

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 19/26108, 19/26964, 19/27035 Nr. 1.9 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz)

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Manuel Höferlin, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/26117 –

Gigabit-Ausbau voranbringen – Upgrade für das Nebenkostenprivileg

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Margit Stumpp, Tabea Rößner, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26531 –

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz – Grundversorgung garantieren und digitale Infrastruktur ausbauen

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Tabea Rößner, Margit Stumpp, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26532 –**

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz – Den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den Mittelpunkt stellen

- e) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Margit Stumpp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26533 –**

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz – Datenschutz, IT-Sicherheit und Bürgerrechte sichern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Überarbeitung und Neufassung des Telekommunikationsgesetzes, so beispielsweise durch die Implementierung umfassender neuer Begriffsbestimmungen, die Schaffung von regulatorischen Anreizen für den Ausbau von Netzen und die Neuordnung der Marktregulierung.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, im Rahmen der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes die Vorgaben für Netzinfrastruktur von Gebäuden derart zu überarbeiten, dass für Neubauten und Gebäude, die umfangreich renoviert werden, gebäudeintern passive Netzinfrastrukturen, die Datendienste mit Geschwindigkeiten von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde ermöglichen, vorschreiben.

Zu Buchstabe c

Aufforderung an die Bundesregierung, den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische

Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) anzupassen und dabei insbesondere einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss festzuschreiben.

Zu Buchstabe d

Aufforderung an die Bundesregierung, durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) einen starken Verbraucherschutz sicherzustellen, der Wahlmöglichkeiten für die Nutzerinnen und Nutzer, günstigere und flexiblere Vertragsmodelle und einen fairen Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt bietet.

Zu Buchstabe e

Aufforderung an die Bundesregierung, den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) anzupassen und umgehend das Telekommunikations-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) vorzulegen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26117 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26531 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26532 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe e

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26533 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurden nicht erörtert.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zu Buchstabe a

Für den Bund entstehen im Einzelplan 09 Haushaltsausgaben in Höhe von jährlich ca. 15,7 Mio. Euro sowie einmalige Ausgaben i. H. v. knapp 200.000 Euro.

Es entsteht bei der Bundesnetzagentur ein zusätzlicher Stellenbedarf von 131 Stellen (57 hD, 46 gD, 28 mD). Mit dem Haushalt 2021 werden bei der Bundesnetzagentur 40 Stellen als erste Tranche (einschließlich der entsprechenden Personalmittel) des Gesamtbedarfs von 131 Stellen etatisiert.

Es entsteht beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Stellenmehrbedarf von fünf Stellen im höheren Dienst. Die zusätzlichen Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln sollen finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 09 ausgeglichen werden.

Des Weiteren entstehen für den Bund im Einzelplan 12 Haushaltsausgaben in Höhe von jährlich ca. 4,67 Mio. Euro beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Es entsteht ein Stellenmehrbedarf von fünf Stellen im höheren Dienst.

In den Haushaltsausgaben im Einzelplan 12 sind zudem jährliche Sachkosten in Höhe von 3,7 Mio. Euro enthalten. Diese Mehrkosten sind im Haushaltsplan 2021 sowie in der Finanzplanung bis 2024 berücksichtigt.

Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln sollen finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 12 ausgeglichen werden.

Für Länder und Kommunen entstehen keine Haushaltsausgaben.

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Zu Buchstabe a

Den Bürgerinnen und Bürgern entsteht infolge des neuen Gesetzes einmalig ein Zeitaufwand in Höhe von 930.000 Stunden. Zugleich werden die Bürgerinnen und Bürger jährlich von Sachkosten in Höhe von 148,8 Mio. Euro entlastet.

Veränderungen des jährlichen Zeitaufwands (in Stunden):	
Veränderungen des jährlichen Sachaufwands (in Tsd. EUR):	-148.800
Einmaliger Zeitaufwand (in Stunden):	930.000
Einmaliger Sachaufwand (in Tsd. EUR):	

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Zu Buchstabe a

Der Wirtschaft entsteht für die Erfüllung der im Gesetz vorgesehenen zusätzlichen Aufgaben ein Aufwand von einmaligen Personalkosten in Höhe von ca. 73,7 Mio. Euro. Darunter sind 7,2 Mio. Euro der Kategorie „Einführung oder Anpassung digitaler Prozessabläufe“, 65,9 Mio. Euro der Kategorie „Einmalige Informationspflicht“, 65.000 Euro der Kategorie „Anpassung von Organisationsstrukturen“ und 16.000 Euro der Kategorie „Anpassung von Produkten, Fertigungsprozessen und Beschaffungswegen“ zuzuordnen. Für die Wirtschaft ergibt sich eine Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands in Höhe von rund 23,4 Mio. Euro, insbesondere jährlichen Personalkosten in Höhe von ca. 23,3 Mio. Euro und jährlichen Sachkosten in Höhe von rund 41.000 Euro.

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (in Tsd. EUR):	23.386
davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten (in Tsd. EUR):	-9.397
Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR):	73.748
davon durch Einführung oder Anpassung digitaler Prozessabläufe (in Tsd. EUR):	7.191
davon durch Einmalige Informationspflicht (in Tsd. EUR):	65.940
davon durch Anpassung von Organisationsstrukturen (in Tsd. EUR):	65
davon durch Anpassung von Produkten, Fertigungsprozessen und Beschaffungswegen (in Tsd. EUR):	16

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Zu Buchstabe a

Von den Erfüllungsaufwänden, die der Wirtschaft einmalig entstehen, entfallen rund 672.000 Euro auf Informationspflichten. Hinsichtlich der wiederkehrenden Erfüllungsaufwände wird die Wirtschaft von Informationspflichten wiederkehrender Art in Höhe von ca. 9,4 Mio. Euro entlastet.

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurden nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Zu Buchstabe a

In Summe entsteht durch das vorliegende Gesetz ein jährlicher Erfüllungsaufwand für die Bundesverwaltung in Höhe von rund 7,7 Mio. Euro und ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von 224.620 Euro.

Die Be- und Entlastungen der Bundesverwaltung sind in folgender Tabelle im Überblick und in der Gesetzesbegründung ausführlich dargestellt:

Bereich	Stellen hD	Stellen gD	Stellen mD	Summe (in Euro)
Teil 1: Allgemeiner Teil	1			104.640
Teil 1: Allgemeiner Teil (einmalige Sachkosten)				25.000
Teil 2: Marktregulierung	7,91	1,4		924.793
Teil 3: Kundenschutz (Personalkosten)	1,56	3,6	2,84	557.267
Teil 3: Kundenschutz (Sachkosten)				9.460
Teil 3: Kundenschutz (einmalige Personalkosten)				19.620
Teil 4: Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung	1	0,5	1	190.080
Teil 5: Informationen über Infrastruktur und Netzausbau	5,5	2,0	1	765.120
Teil 6: Frequenzordnung	9,40	2,15	0,82	1.175.539
Teil 7: Nummerierung	2,36	4,44	1,6	636.172
Teil 8: Wegerechte und Mitnutzung	2,61	0,99		341.856
Teil 9: Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (Personalkosten)	6,04	9,92	10,04	1.830.263

Bereich	Stellen hD	Stellen gD	Stellen mD	Summe (in Euro)
Teil 9: Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (Sachkosten)				4.000
Teil 9: Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (einmalige Sachkosten)				180.000
Teil 10: Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge	1,7	5,99	2,31	710.997
Teil 11: Bundesnetzagentur und andere zuständige Behörden	0,54	2,22	1	261.556
Teil 12: Abgaben	-	-	-	-
Teil 13: Bußgeldvorschriften	-	-	-	-
Teil 14: Übergangs- und Schlussvorschriften	-	-	-	-
Summe	39,62	33,21	20,61	7.736.363

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurde nicht erörtert.

F. Weitere Kosten

Zu Buchstabe a

Es sind keine sonstigen direkten oder indirekten Kosten für die Wirtschaft und insbesondere für mittelständische Unternehmen zu erwarten. Negative Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/26117 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/26531 abzulehnen;
- d) den Antrag auf Drucksache 19/26532 abzulehnen;
- e) den Antrag auf Drucksache 19/26533 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz)

– Drucksachen 19/26108, 19/26964 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts*	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts*
(Telekommunikationsmodernisierungsgesetz)	(Telekommunikationsmodernisierungsgesetz)
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Telekommunikationsgesetz	Telekommunikationsgesetz
(TKG)	(TKG)
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Teil 1 Allgemeine Vorschriften	u n v e r ä n d e r t
§ 1 Zweck des Gesetzes, Anwendungsbereich	
§ 2 Ziele und Grundsätze der Regulierung	
§ 3 Begriffsbestimmungen	
§ 4 Internationale Berichtspflichten	

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 5 Meldepflicht	
§ 6 Jahresfinanzbericht	
§ 7 Strukturelle Separierung und getrennte Rechnungslegung	
§ 8 Ordnungsgeldvorschriften	
§ 9 Internationaler Status	
Teil 2 Marktregulierung	u n v e r ä n d e r t
Abschnitt 1 Verfahren der Marktregulierung	
§ 10 Marktdefinition	
§ 11 Marktanalyse	
§ 12 Konsultations- und Konsolidierungsverfahren	
§ 13 Regulierungsverfügung	
§ 14 Verfahren der Regulierungsverfügung	
§ 15 Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung	
§ 16 Verfahren bei sonstigen marktrelevanten Maßnahmen	
§ 17 Verwaltungsvorschriften zu Regulierungsgrundsätzen und Anträge auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze mit sehr hoher Kapazität	
§ 18 Verpflichtungszusagen	
§ 19 Marktprüfungsverfahren für Verpflichtungszusagen	
Abschnitt 2 Zugangsregulierung	
Unterabschnitt 1 Allgemeine Zugangsvorschriften	
§ 20 Verhandlungen über Zugang und Zusammenschaltung	
§ 21 Zugangsverpflichtung und Zusammenschaltung bei Kontrolle über Zugang zu Endnutzern	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 22 Zugangsverpflichtung bei Hindernissen der Replizierbarkeit	
§ 23 Zugangsvereinbarungen bei Kontrolle über Zugang zu Endnutzern oder bei Hindernissen der Replizierbarkeit	
Unterabschnitt 2 Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht	
§ 24 Diskriminierungsverbot	
§ 25 Transparenzverpflichtung	
§ 26 Zugangsverpflichtungen	
§ 27 Verpflichtungen zur einheitlichen Rechnungsstellung und Inkasso	
§ 28 Zugangsvereinbarungen	
§ 29 Standardangebot	
§ 30 Getrennte Rechnungslegung	
Unterabschnitt 3 Sonstige Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht	
§ 31 Verpflichtung zur funktionellen Trennung eines vertikal integrierten Unternehmens	
§ 32 Freiwillige funktionelle Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen	
§ 33 Ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen	
§ 34 Migration von herkömmlichen Infrastrukturen	
Unterabschnitt 4 Allgemeine Vorschriften	
§ 35 Anordnungen im Rahmen der Zugangsregulierung	
§ 36 Veröffentlichung	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 3</p> <p style="text-align: center;">E n t g e l t r e g u l i e r u n g</p>	
<p style="text-align: center;">Unterabschnitt 1</p> <p style="text-align: center;">Entgeltvorschriften für Zugangsleistungen</p>	
§ 37 Missbräuchliches Verhalten eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht bei der Forderung und Vereinbarung von Entgelten	
§ 38 Entgeltregulierung	
§ 39 Maßstäbe der Entgeltgenehmigung	
§ 40 Verfahren der Entgeltgenehmigung	
§ 41 Rechtsschutz bei Verfahren der Entgeltgenehmigung	
§ 42 Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung	
§ 43 Kostenunterlagen	
§ 44 Abweichung von genehmigten Entgelten	
§ 45 Verfahren der Entgeltanzeige	
§ 46 Nachträgliche Missbrauchsprüfung	
<p style="text-align: center;">Unterabschnitt 2</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Vorschriften</p>	
§ 47 Anordnungen im Rahmen der Entgeltregulierung	
§ 48 Veröffentlichung	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 4</p> <p style="text-align: center;">R e g u l i e r u n g v o n E n d n u t z e r l e i s -</p> <p style="text-align: center;">t u n g e n</p>	
§ 49 Regulierung von Endnutzerleistungen	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 5</p> <p style="text-align: center;">B e s o n d e r e M i s s b r a u c h s a u f s i c h t</p>	
§ 50 Missbräuchliches Verhalten eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht	

Entwurf		Beschlüsse des 9. Ausschusses	
Teil 3 Kundenschutz		Teil 3 Kundenschutz	
§ 51	Nichtdiskriminierung, Berücksichtigung der Interessen von Endnutzern mit Behinderungen	§ 51	unverändert
§ 52	Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle; Rechtsverordnung	§ 52	unverändert
§ 53	Unabhängige Vergleichsinstrumente	§ 53	unverändert
§ 54	Vertragsschluss und Vertragszusammenfassung	§ 54	unverändert
§ 55	Informationsanforderungen für Verträge	§ 55	unverändert
§ 56	Vertragslaufzeit, Kündigung nach stillschweigender Vertragsverlängerung	§ 56	unverändert
§ 57	Vertragsänderung, Minderung und außerordentliche Kündigung	§ 57	unverändert
§ 58	Entstörung	§ 58	unverändert
§ 59	Anbieterwechselprozess und Rufnummernmitnahme	§ 59	Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme
§ 60	Umzug	§ 60	unverändert
§ 61	Selektive Sperre zum Schutz vor Kosten, Sperre bei Zahlungsverzug	§ 61	unverändert
§ 62	Rechnungsinhalte, Teilzahlungen	§ 62	unverändert
§ 63	Verbindungspreisberechnung	§ 63	unverändert
§ 64	Vorausbezahlung	§ 64	unverändert
§ 65	Anspruch auf Einzelverbindungs nachweis	§ 65	unverändert
§ 66	Angebotspakete	§ 66	unverändert
§ 67	Beanstandungen	§ 67	unverändert
§ 68	Schlichtung	§ 68	unverändert
§ 69	Anspruch auf Schadensersatz und Unterlassung	§ 69	Abwehr- und Schadensersatzansprüche
§ 70	Haftungsbegrenzung	§ 70	unverändert
§ 71	Abweichende Vereinbarungen und Geltungsbereich Kundenschutz	§ 71	unverändert
		§ 72	Glasfaserbereitstellungsentgelt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 4 Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung	Teil 4 Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung
§ 72 Anschluss von Telekommunikationsendeinrichtungen	§ 73 unverändert
§ 73 Schnittstellenbeschreibungen der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze	§ 74 unverändert
§ 74 Interoperabilität von Fernseh- und Radiogeräten	§ 75 unverändert
§ 75 Zugangsberechtigungssysteme	§ 76 unverändert
§ 76 Streitschlichtung	§ 77 unverändert
Teil 5 Informationen über Infrastruktur und Netzausbau	Teil 5 Informationen über Infrastruktur und Netzausbau
§ 77 Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes	§ 78 unverändert
§ 78 Informationen über Infrastruktur	§ 79 unverändert
§ 79 Informationen über Breitbandausbau	§ 80 unverändert
§ 80 Informationen über künftigen Netzausbau	§ 81 unverändert
§ 81 Informationen über Baustellen	§ 82 unverändert
§ 82 Informationen über Liegenschaften	§ 83 unverändert
§ 83 Gebiete mit Ausbaudefizit	§ 84 unverändert
§ 84 Veröffentlichung und Weitergabe von Informationen	§ 85 unverändert
§ 85 Verordnungsermächtigung	§ 86 unverändert
Teil 6 Frequenzordnung	Teil 6 Frequenzordnung
§ 86 Ziele der Frequenzregulierung	§ 87 unverändert
§ 87 Aufgaben	§ 88 unverändert
§ 88 Verordnungsermächtigung	§ 89 unverändert
§ 89 Frequenzplan	§ 90 unverändert
§ 90 Frequenzzuteilung	§ 91 unverändert

Entwurf		Beschlüsse des 9. Ausschusses	
§ 91	Befristung und Verlängerung der Frequenzzuteilung	§ 92	u n v e r ä n d e r t
§ 92	Gemeinsame Frequenzzuteilungen	§ 93	u n v e r ä n d e r t
§ 93	Zeitliche Koordinierung der Frequenzzuteilungen	§ 94	u n v e r ä n d e r t
§ 94	Orbitpositionen und Frequenznutzungen durch Satelliten	§ 95	u n v e r ä n d e r t
§ 95	Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen	§ 96	u n v e r ä n d e r t
§ 96	Zuteilung zur gemeinsamen Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf	§ 97	u n v e r ä n d e r t
§ 97	Zuteilung zur alternativen Frequenznutzung	§ 98	u n v e r ä n d e r t
§ 98	Bestandteile der Frequenzzuteilung	§ 99	u n v e r ä n d e r t
§ 99	Vergabeverfahren	§ 100	u n v e r ä n d e r t
§ 100	Flexibilisierung der Frequenznutzung	§ 101	u n v e r ä n d e r t
§ 101	Widerruf der Frequenzzuteilung, Verzicht	§ 102	u n v e r ä n d e r t
§ 102	Überwachung, Anordnung der Außerbetriebnahme	§ 103	Überwachung, Anordnung der Außerbetriebnahme, Monitoring der Mobilfunkversorgung
§ 103	Einschränkung der Frequenzzuteilung	§ 104	u n v e r ä n d e r t
§ 104	Förderung des Wettbewerbs	§ 105	u n v e r ä n d e r t
§ 105	Lokales Roaming, Zugang zu aktiven Netzinfrastrukturen	§ 106	Lokales Roaming, Zugang zu aktiven und passiven Netzinfrastrukturen
§ 106	Beteiligung in der Gruppe für Frequenzpolitik	§ 107	u n v e r ä n d e r t
T e i l 7 N u m m e r i e r u n g		T e i l 7 N u m m e r i e r u n g	
§ 107	Nummerierung	§ 108	u n v e r ä n d e r t
§ 108	Preisangabe	§ 109	u n v e r ä n d e r t
§ 109	Preisansage	§ 110	u n v e r ä n d e r t
§ 110	Preisanzeige	§ 111	u n v e r ä n d e r t
§ 111	Preishöchstgrenzen	§ 112	u n v e r ä n d e r t
§ 112	Verbindungstrennung	§ 113	u n v e r ä n d e r t
§ 113	Anwählprogramme (Dialer)	§ 114	u n v e r ä n d e r t
§ 114	Warteschleifen	§ 115	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 115 Wegfall des Entgeltanspruchs	§ 116 u n v e r ä n d e r t
§ 116 Auskunftsanspruch	§ 117 u n v e r ä n d e r t
§ 117 Datenbank für (0)900er-Rufnummern	§ 118 u n v e r ä n d e r t
§ 118 R-Gespräche	§ 119 u n v e r ä n d e r t
§ 119 Rufnummernübermittlung	§ 120 u n v e r ä n d e r t
§ 120 Internationaler entgeltfreier Telefondienst	§ 121 u n v e r ä n d e r t
§ 121 Umgehungsverbot	§ 122 u n v e r ä n d e r t
§ 122 Befugnisse der Bundesnetzagentur	§ 123 u n v e r ä n d e r t
§ 123 Mitteilung an Staatsanwaltschaft oder Verwaltungsbehörde	§ 124 u n v e r ä n d e r t
Teil 8 Wegerechte und Mitnutzung	Teil 8 Wegerechte und Mitnutzung
Abschnitt 1 Wegerechte	u n v e r ä n d e r t
§ 124 Berechtigung zur Nutzung öffentlicher Wege und ihre Übertragung	§ 125 u n v e r ä n d e r t
§ 125 Pflichten der Eigentümer und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder öffentlichen Zwecken dienender Telekommunikationslinien	§ 126 u n v e r ä n d e r t
§ 126 Verlegung und Änderung von Telekommunikationslinien	§ 127 u n v e r ä n d e r t
§ 127 Mitnutzung und Wegerecht	§ 128 u n v e r ä n d e r t
§ 128 Rücksichtnahme auf Wegeunterhaltung und Widmungszweck	§ 129 u n v e r ä n d e r t
§ 129 Gebotene Änderung	§ 130 u n v e r ä n d e r t
§ 130 Schonung der Baumpflanzungen	§ 131 u n v e r ä n d e r t
§ 131 Besondere Anlagen	§ 132 u n v e r ä n d e r t
§ 132 Spätere besondere Anlagen	§ 133 u n v e r ä n d e r t
§ 133 Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden	§ 134 u n v e r ä n d e r t
§ 134 Verjährung der Ansprüche	§ 135 u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Abschnitt 2 Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze	unverändert
§ 135 Informationen über passive Netzinfrastrukturen	§ 136 unverändert
§ 136 Vor-Ort-Untersuchung passiver Netzinfrastrukturen	§ 137 unverändert
§ 137 Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze	§ 138 unverändert
§ 138 Umfang des Mitnutzungsanspruchs bei Elektrizitätsversorgungsnetzen	§ 139 unverändert
§ 139 Einnahmen aus Mitnutzungen	§ 140 unverändert
§ 140 Ablehnung der Mitnutzung, Versagungsgründe	§ 141 unverändert
§ 141 Informationen über Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen	§ 142 unverändert
§ 142 Koordinierung von Bauarbeiten	§ 143 unverändert
§ 143 Allgemeine Informationen über Verfahrensbedingungen bei Bauarbeiten	§ 144 unverändert
§ 144 Netzinfrastruktur von Gebäuden	§ 145 unverändert
§ 145 Mitverlegung, Sicherstellung und Betrieb der Infrastruktur für Netze mit sehr hoher Kapazität	§ 146 unverändert
§ 146 Antragsform und Reihenfolge der Verfahren	§ 147 unverändert
§ 147 Vertraulichkeit der Verfahren, Informationsverarbeitung und Gewährung der Einsichtnahme	§ 148 unverändert
§ 148 Regulierungsziele, Entgeltmaßstäbe und Fristen der nationalen Streitbeilegung	§ 149 unverändert
§ 149 Genehmigungsfristen für Bauarbeiten	§ 150 unverändert
§ 150 Verordnungsermächtigungen	§ 151 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Abschnitt 3 Drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite, sonstige physische Infrastrukturen und offener Netzzugang	Abschnitt 3 Drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite, sonstige physische Infrastrukturen und offener Netzzugang
§ 151 Errichtung, Anbindung und Betrieb drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite	§ 152 unverändert
§ 152 Informationen über sonstige physische Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite	§ 153 unverändert
§ 153 Mitnutzung sonstiger physischer Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite	§ 154 unverändert
§ 154 Offener Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und Telekommunikationslinien, Verbindlichkeit von Ausbauzusagen in der Förderung	§ 155 unverändert
Teil 9 Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Teil 9 Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
§ 155 Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	§ 156 unverändert
§ 156 Verfügbarkeit der Telekommunikationsdienste	§ 157 unverändert
§ 157 Erschwinglichkeit der Telekommunikationsdienste	§ 158 unverändert
§ 158 Beitrag von Unternehmen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	§ 159 unverändert
§ 159 Feststellung der Unterversorgung	§ 160 unverändert
§ 160 Verpflichtungen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	§ 161 unverändert
§ 161 Ausgleich für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	§ 162 unverändert
§ 162 Umlageverfahren	§ 163 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 10 Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge	Teil 10 Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge
Abschnitt 1 Öffentliche Sicherheit	Abschnitt 1 Öffentliche Sicherheit
§ 163 Notruf	§ 164 unverändert
§ 164 Technische und organisatorische Schutzmaßnahmen	§ 165 unverändert
§ 165 Sicherheitsbeauftragter und Sicherheitskonzept	§ 166 unverändert
§ 166 Katalog von Sicherheitsanforderungen	§ 167 unverändert
§ 167 Mitteilung eines Sicherheitsvorfalls	§ 168 unverändert
§ 168 Daten- und Informationssicherheit	§ 169 unverändert
§ 169 Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen, Erteilung von Auskünften	§ 170 unverändert
§ 170 Mitwirkung bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten	§ 171 unverändert
§ 171 Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden	§ 172 unverändert
§ 172 Automatisiertes Auskunftsverfahren	§ 173 unverändert
§ 173 Manuelles Auskunftsverfahren	§ 174 unverändert
§ 174 Verpflichtete; Entschädigung	§ 175 unverändert
§ 175 Pflichten zur Speicherung von Verkehrsdaten	§ 176 unverändert
§ 176 Verwendung der Daten	§ 177 unverändert
§ 177 Gewährleistung der Sicherheit der Daten	§ 178 unverändert
§ 178 Protokollierung	§ 179 unverändert
§ 179 Anforderungskatalog	§ 180 unverändert
§ 180 Sicherheitskonzept	§ 181 unverändert
§ 181 Auskunftersuchen des Bundesnachrichtendienstes	§ 182 unverändert
§ 182 Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen	§ 183 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Abschnitt 2 Notfallvorsorge	Abschnitt 2 Notfallvorsorge
§ 183 Anwendungsbereich	§ 184 unverändert
§ 184 Telekommunikationssicherstellungspflicht	§ 185 unverändert
§ 185 Telekommunikationsbevorrechtigung	§ 186 unverändert
§ 186 Umsetzung der Telekommunikationsbevorrechtigung	§ 187 unverändert
§ 187 Mitwirkungspflichten und Entschädigung	§ 188 unverändert
§ 188 Entgelte für die Telekommunikationsbevorrechtigung	§ 189 unverändert
§ 189 Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen	§ 190 unverändert
Teil 11 Bundesnetzagentur und andere zuständige Behörden	Teil 11 Bundesnetzagentur und andere zuständige Behörden
Abschnitt 1 Organisation	Abschnitt 1 Organisation
§ 190 Aufgaben und Befugnisse	§ 191 unverändert
§ 191 Medien der Veröffentlichung	§ 192 unverändert
§ 192 Veröffentlichung von Weisungen	§ 193 unverändert
§ 193 Aufgaben und Rechte des Beirates	§ 194 unverändert
§ 194 Tätigkeitsbericht, Sektorgutachten	§ 195 unverändert
§ 195 Jahresbericht	§ 196 unverändert
§ 196 Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene	§ 197 unverändert
§ 197 Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union	§ 198 unverändert
§ 198 Bereitstellung von Informationen	§ 199 unverändert
§ 199 Mediation	§ 200 unverändert
§ 200 Wissenschaftliche Beratung	§ 201 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Abschnitt 2 Befugnisse	Abschnitt 2 Befugnisse
§ 201 Durchsetzung von Verpflichtungen	§ 202 unverändert
§ 202 Auskunftsverlangen und weitere Untersuchungsrechte; Übermittlungspflichten	§ 203 unverändert
§ 203 Auskunftserteilung	§ 204 unverändert
§ 204 Ermittlungen	§ 205 unverändert
§ 205 Beschlagnahme	§ 206 unverändert
§ 206 Vorläufige Anordnungen	§ 207 unverändert
§ 207 Vorteilsabschöpfung durch die Bundesnetzagentur	§ 208 unverändert
Abschnitt 3 Verfahren	Abschnitt 3 Verfahren
Unterabschnitt 1 Verwaltungsverfahren der Bundesnetzagentur	Unterabschnitt 1 Verwaltungsverfahren der Bundesnetzagentur
§ 208 Entscheidungen der Bundesnetzagentur	§ 209 unverändert
§ 209 Bekanntgabe von Allgemeinverfügungen	§ 210 unverändert
Unterabschnitt 2 Beschlusskammern	Unterabschnitt 2 Beschlusskammern
§ 210 Beschlusskammerentscheidungen	§ 211 unverändert
§ 211 Sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen	§ 212 unverändert
§ 212 Einleitung, Beteiligte	§ 213 unverändert
§ 213 Verfahren der nationalen Streitbeilegung	§ 214 unverändert
§ 214 Anhörung, mündliche Verhandlung	§ 215 unverändert
§ 215 Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse	§ 216 unverändert
Unterabschnitt 3 Gerichtsverfahren	Unterabschnitt 3 Gerichtsverfahren
§ 216 Rechtsmittel	§ 217 Rechtsbehelfe
§ 217 Vorlage- und Auskunftspflicht der Bundesnetzagentur	§ 218 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 218 Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen	§ 219 u n v e r ä n d e r t
§ 219 Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	§ 220 u n v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 4 Internationale Aufgaben	u n v e r ä n d e r t
§ 220 Internationale Aufgaben	§ 221 u n v e r ä n d e r t
§ 221 Anerkannte Abrechnungsstelle für den Seefunkverkehr	§ 222 u n v e r ä n d e r t
T e i l 1 2 A b g a b e n	T e i l 1 2 A b g a b e n
§ 222 Gebühren und Auslagen; Verordnungsermächtigung	§ 223 u n v e r ä n d e r t
§ 223 Frequenznutzungsbeitrag	§ 224 u n v e r ä n d e r t
§ 224 Kosten von außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren	§ 225 u n v e r ä n d e r t
§ 225 Kosten des Vorverfahrens	§ 226 u n v e r ä n d e r t
§ 226 Mitteilung der Bundesnetzagentur	§ 227 u n v e r ä n d e r t
T e i l 1 3 B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n	T e i l 1 3 B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n
§ 227 Bußgeldvorschriften	§ 228 u n v e r ä n d e r t
T e i l 1 4 Ü b e r g a n g s - u n d S c h l u s s v o r - s c h r i f t e n	T e i l 1 4 Ü b e r g a n g s - u n d S c h l u s s v o r - s c h r i f t e n
§ 228 Geltungsbereich	§ 229 u n v e r ä n d e r t
§ 229 Übergangsvorschriften	§ 230 u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 1	Teil 1
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 1	§ 1
Zweck des Gesetzes, Anwendungsbereich	u n v e r ä n d e r t
(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, durch technologie neutrale Regulierung den Wettbewerb im Bereich der Telekommunikation und leistungsfähige Telekommunikationsinfrastrukturen zu fördern und flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen zu gewährleisten.	
(2) Diesem Gesetz unterliegen alle Unternehmen oder Personen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes Telekommunikationsnetze oder Telekommunikationsanlagen betreiben oder Telekommunikationsdienste erbringen sowie die weiteren, nach diesem Gesetz Berechtigten und Verpflichteten.	
§ 2	§ 2
Ziele und Grundsätze der Regulierung	Ziele und Grundsätze der Regulierung
(1) Die Regulierung der Telekommunikation ist eine hoheitliche Aufgabe des Bundes.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Ziele der Regulierung sind	(2) Ziele der Regulierung sind
1. die <i>Förderung</i> der Konnektivität sowie des Zugangs zu und der Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität durch alle Bürger und Unternehmen,	1. die Sicherstellung der Konnektivität sowie die Förderung des Zugangs zu und der Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität durch alle Bürger und Unternehmen,
2. die Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs und die Förderung nachhaltig wettbewerbsorientierter Märkte der Telekommunikation im Bereich der Telekommunikationsdienste und -netze – einschließlich eines effizienten infrastrukturbasierten Wettbewerbs – sowie der zugehörigen Einrichtungen und Dienste, auch in der Fläche,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Wahrung der Nutzer-, insbesondere der Verbraucherinteressen auf dem Gebiet der Telekommunikation; die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn (Bundesnetzagentur) und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden fördern die Interessen der Nutzer, indem sie	3. die Wahrung der Nutzer-, insbesondere der Verbraucherinteressen auf dem Gebiet der Telekommunikation; die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn (Bundesnetzagentur) und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden fördern die Interessen der Nutzer, indem sie

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
a) die Konnektivität, die breite Verfügbarkeit sowie den beschleunigten Ausbau <i>und die Nutzung</i> von Netzen mit sehr hoher Kapazität wie auch von Telekommunikationsdiensten fördern,	a) die Konnektivität, die breite Verfügbarkeit sowie den beschleunigten Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität wie auch von Telekommunikationsdiensten sicherstellen und deren Nutzung fördern,
b) auf größtmögliche Vorteile der Nutzer in Bezug auf Auswahl, Preise und Qualität auf der Grundlage eines wirksamen Wettbewerbs hinwirken,	b) u n v e r ä n d e r t
c) die Interessen der öffentlichen Sicherheit wahren und die Sicherheit der Netze und Dienste gewährleisten,	c) u n v e r ä n d e r t
d) gleichwertige Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Räumen sowie ein hohes gemeinsames Schutzniveau für die Endnutzer sicherstellen und die Bedürfnisse – wie beispielsweise erschwingliche Preise – bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere von Endnutzern mit Behinderungen, älteren Endnutzern und Endnutzern mit besonderen sozialen Bedürfnissen, sowie die Wahlmöglichkeiten und den gleichwertigen Zugang für Endnutzer mit Behinderungen berücksichtigen,	d) u n v e r ä n d e r t
e) sicherstellen, dass im Bereich der Telekommunikation keine Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen bestehen,	e) u n v e r ä n d e r t
4. die Förderung der Entwicklung des Binnenmarktes der Europäischen Union, indem die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden verbleibende Hindernisse für Investitionen in Telekommunikationsnetze, Telekommunikationsdienste, zugehörige Einrichtungen und zugehörige Dienste sowie für deren Bereitstellung in der gesamten Europäischen Union abbauen helfen und die Schaffung konvergierender Bedingungen hierfür erleichtern, gemeinsame Regeln und vorhersehbare Regulierungskonzepte entwickeln und ferner <i>die effiziente und störungsfreie Nutzung von Funkfrequenzen</i> , offene Innovationen, den Aufbau und die Entwicklung transeuropäischer Netze, die Bereitstellung, Verfügbarkeit und Interoperabilität europaweiter Dienste und die durchgehende Konnektivität fördern.	4. die Förderung der Entwicklung des Binnenmarktes der Europäischen Union, indem die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden verbleibende Hindernisse für Investitionen in Telekommunikationsnetze, Telekommunikationsdienste, zugehörige Einrichtungen und zugehörige Dienste sowie für deren Bereitstellung in der gesamten Europäischen Union abbauen helfen und die Schaffung konvergierender Bedingungen hierfür erleichtern, gemeinsame Regeln und vorhersehbare Regulierungskonzepte entwickeln und ferner offene Innovationen, den Aufbau und die Entwicklung transeuropäischer Netze, die Bereitstellung, Verfügbarkeit und Interoperabilität europaweiter Dienste und die durchgehende Konnektivität fördern,
	5. die Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen, auch unter Berücksichtigung der Belange des Rundfunks.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden wenden bei der Verfolgung der in Absatz 2 festgelegten Ziele objektive, transparente, nichtdiskriminierende und verhältnismäßige Regulierungsgrundsätze an, indem sie unter anderem	(3) u n v e r ä n d e r t
1. die Vorhersehbarkeit der Regulierung dadurch fördern, dass sie über angemessene Überprüfungszeiträume und im Wege der Zusammenarbeit untereinander, mit dem GEREK, mit der Gruppe für Frequenzpolitik und mit der Kommission ein einheitliches Regulierungskonzept wahren,	
2. gewährleisten, dass Betreiber von Telekommunikationsnetzen und Anbieter von Telekommunikationsdiensten unter vergleichbaren Umständen nicht diskriminiert werden,	
3. das Unionsrecht in technologieneutraler Weise anwenden, soweit dies mit der Erfüllung der Ziele des Absatzes 2 vereinbar ist,	
4. effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen auch dadurch fördern, dass sie dafür sorgen, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird und dass sie verschiedene kommerzielle Vereinbarungen zur Diversifizierung des Investitionsrisikos zwischen Investoren untereinander sowie zwischen Investoren und Zugangsnachfragern zulassen, während sie gleichzeitig gewährleisten, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden,	
5. die vielfältigen Bedingungen im Zusammenhang mit Infrastrukturen, Wettbewerb, Gegebenheiten der Endnutzer und insbesondere der Verbraucher, die in den verschiedenen geografischen Gebieten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sind, gebührend berücksichtigen und	
6. regulatorische Vorabverpflichtungen nur dann auferlegen, wenn es keinen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb im Interesse der Endnutzer gibt und gewährleisten, dass diese Verpflichtungen gelockert oder aufgehoben werden, sobald es einen solchen Wettbewerb gibt.	
(4) Die Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleiben, soweit nicht durch die-	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
ses Gesetz ausdrücklich abschließende Regelungen getroffen werden, anwendbar. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Kartellbehörden bleiben unberührt.	
(5) Die hoheitlichen Rechte des Bundesministeriums der Verteidigung bleiben unberührt.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Belange der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben des Bundes und der Länder sind zu berücksichtigen, ebenso nach Maßgabe dieses Gesetzes die Belange der Bundeswehr.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Belange des Rundfunks und vergleichbarer Telemedien sind unabhängig von der Art der Übertragung zu berücksichtigen. Die medienrechtlichen Bestimmungen der Länder bleiben unberührt.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 3	§ 3
Begriffsbestimmungen	Begriffsbestimmungen
Im Sinne dieses Gesetzes ist oder sind	Im Sinne dieses Gesetzes ist oder sind
1. „Anbieter von Telekommunikationsdiensten“ jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt;	1. u n v e r ä n d e r t
2. „Anruf“ eine über einen öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdienst aufgebaute Verbindung, die eine zweiseitige oder mehrseitige Sprachkommunikation ermöglicht;	2. u n v e r ä n d e r t
3. „Anschlusskennung“ eine Rufnummer oder andere eindeutige und einmalige Zeichenfolge, die einem bestimmten Anschlussinhaber dauerhaft zugewiesen ist und die Telekommunikation über den jeweiligen Anschluss eindeutig und gleichbleibend kennzeichnet;	3. u n v e r ä n d e r t
4. „Anwendungs-Programmierschnittstelle“ die Software-Schnittstelle zwischen Anwendungen, die von Sendeanstalten oder Diensteanbietern zur Verfügung gestellt werden, und den Anschlüssen in den erweiterten digitalen Fernsehempfängsgeräten für digitale Fernseh- und Hörfunkdienste;	4. u n v e r ä n d e r t
5. „Auskunftsdienste“ bundesweit jederzeit telefonisch erreichbare Dienste, insbesondere des Rufnummernbereichs 118, die ausschließlich der Weitergabe von Rufnummer, Name, Anschrift sowie zusätzlichen Angaben von Endnutzern dienen; die Weitervermittlung zu einem erfragten Endnutzer oder Dienst kann Bestandteil des Auskunftsdienstes sein;	5. u n v e r ä n d e r t
6. „Bestandsdaten“ Daten eines Endnutzers, die erforderlich sind für die Begründung, inhaltliche	6. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Telekommunikationsdienste;	
7. „Betreiber“ ein Unternehmen, das ein öffentliches Telekommunikationsnetz oder eine zugehörige Einrichtung bereitstellt oder zur Bereitstellung hiervon befugt ist;	7. un v e r ä n d e r t
8. „Betreiberauswahl“ der Zugang eines Endnutzers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten im Einzelwahlverfahren durch Wählen einer Kennzahl;	8. un v e r ä n d e r t
9. „Betreibervorauswahl“ der Zugang eines Endnutzers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten durch festgelegte Vorauswahl, wobei der Endnutzer unterschiedliche Voreinstellungen für Orts- und Fernverbindungen vornehmen kann und bei jedem Anruf die festgelegte Vorauswahl durch Wählen einer Betreiberkennzahl übergehen kann;	9. un v e r ä n d e r t
10. „digitales Fernsehempfangsgerät“ ein Fernsehgerät mit integriertem digitalem Decoder oder ein an ein Fernsehgerät anschließbarer digitaler Decoder zur Nutzung digital übertragener Fernsehsignale, die mit Zusatzsignalen einschließlich einer Zugangsberechtigung angereichert sein können;	10. un v e r ä n d e r t
11. „drahtlose Breitbandnetze und -dienste“ breitbandfähige drahtlose Telekommunikationsnetze und -dienste;	11. un v e r ä n d e r t
12. „drahtloser Zugangspunkt mit geringer Reichweite“ eine kleine Anlage mit geringer Leistung und geringer Reichweite für den drahtlosen Netzzugang, die lizenzierte oder lizenzfreie Funkfrequenzen oder eine Kombination davon nutzt und den Nutzern einen von der Netztopologie der Festnetze oder Mobilfunknetze unabhängigen drahtlosen Zugang zu Telekommunikationsnetzen ermöglicht, die als Teil eines Telekommunikationsnetzes genutzt werden und mit einer oder mehreren das Erscheinungsbild wenig beeinträchtigenden Antennen ausgestattet sein kann;	12. un v e r ä n d e r t
13. „Endnutzer“ ein Nutzer, der weder öffentliche Telekommunikationsnetze betreibt noch öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt;	13. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
14. „Frequenzzuteilung“ die behördliche oder durch Rechtsvorschriften erteilte Erlaubnis zur Nutzung bestimmter Frequenzen unter festgelegten Bedingungen;	14. un v e r ä n d e r t
15. „Frequenznutzung“ jede gewollte Aussendung oder Abstrahlung elektromagnetischer Wellen zwischen 8,3 Kilohertz und 3 000 Gigahertz zur Nutzung durch Funkdienste und andere Anwendungen elektromagnetischer Wellen;	15. un v e r ä n d e r t
16. „Frequenzzuweisung“ die Benennung eines bestimmten Frequenzbereichs für die Nutzung durch einen oder mehrere Funkdienste oder durch andere Anwendungen elektromagnetischer Wellen, falls erforderlich mit weiteren Festlegungen;	16. un v e r ä n d e r t
17. „funktechnische Störung“ eine Störung, die für das Funktionieren eines Funknavigationsdienstes oder anderer sicherheitsbezogener Dienste eine Gefahr darstellt oder die einen Funkdienst, der im Einklang mit dem geltenden internationalen Recht, dem Recht der Europäischen Union oder Vorschriften dieses oder eines anderen Gesetzes betrieben wird, anderweitig schwerwiegend beeinträchtigt, behindert oder wiederholt unterbricht;	17. un v e r ä n d e r t
18. „gemeinsame Frequenznutzung“ der Zugang von zwei oder mehr Nutzern zu denselben Frequenzbereichen im Rahmen einer bestimmten Regelung für die gemeinsame Nutzung, der auf der Grundlage einer Allgemeinzuteilung, Einzelzuteilung oder einer Kombination davon erlaubt wurde, auch im Rahmen von Regulierungskonzepten wie dem zugeteilten gemeinsamen Zugang, der die gemeinsame Nutzung eines Frequenzbereichs erleichtern soll, einer verbindlichen Vereinbarung aller Beteiligten unterliegt und mit den in ihren <i>Nutzungsrechten von Frequenzen</i> festgelegten Bestimmungen über die gemeinsame Nutzung im Einklang steht, um allen Nutzern eine vorhersehbare und verlässliche Regelung für die gemeinsame Nutzung zu garantieren;	18. „gemeinsame Frequenznutzung“ der Zugang von zwei oder mehr Nutzern zu denselben Frequenzbereichen im Rahmen einer bestimmten Regelung für die gemeinsame Nutzung, der auf der Grundlage einer Allgemeinzuteilung, Einzelzuteilung oder einer Kombination davon erlaubt wurde, auch im Rahmen von Regulierungskonzepten wie dem zugeteilten gemeinsamen Zugang, der die gemeinsame Nutzung eines Frequenzbereichs erleichtern soll, einer verbindlichen Vereinbarung aller Beteiligten unterliegt und mit den in ihren Frequenznutzungsrechten festgelegten Bestimmungen über die gemeinsame Nutzung im Einklang steht, um allen Nutzern eine vorhersehbare und verlässliche Regelung für die gemeinsame Nutzung zu garantieren;
19. „Gerät“ eine Funkanlage, eine Telekommunikationsendeinrichtung oder eine Kombination von beiden;	19. un v e r ä n d e r t
20. „GEREK“ das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation;	20. un v e r ä n d e r t
21. „Gruppe für Frequenzpolitik“ die beratende Gruppe für frequenzpolitische Fragen gemäß Beschluss C/2019/4147 der Kommission vom 11.	21. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Juni 2019 über die Einrichtung der Gruppe für Frequenzpolitik und zur Aufhebung des Beschlusses 2002/622/EG (ABl. C 196 vom 12.6.2019, S. 16);	
22. „harmonisierte Frequenzen“ Frequenzen, für die harmonisierte Bedingungen in Bezug auf die Verfügbarkeit und die effiziente Nutzung durch technische Umsetzungsmaßnahmen gemäß Artikel 4 der Entscheidung Nr. 676/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen Rechtsrahmen für die Funkfrequenzpolitik in der Europäischen Gemeinschaft (Frequenzentscheidung) (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 1) festgelegt worden sind;	22. u n v e r ä n d e r t
23. „Internetzugangsdienst“ ein Internetzugangsdienst im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zu Endkundenentgelten für regulierte intra-EU-Kommunikation sowie zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG und der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 (ABl. L 310 vom 26.11.2015, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2018/1971 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1) geändert worden ist;	23. u n v e r ä n d e r t
24. „interpersoneller Telekommunikationsdienst“ ein gewöhnlich gegen Entgelt erbrachter Dienst, der einen direkten interpersonellen und interaktiven Informationsaustausch über Telekommunikationsnetze zwischen einer endlichen Zahl von Personen ermöglicht, wobei die Empfänger von den Personen bestimmt werden, die die Telekommunikation veranlassen oder daran beteiligt sind; dazu zählen keine Dienste, die eine interpersonelle und interaktive Telekommunikation lediglich als untrennbar mit einem anderen Dienst verbundene untergeordnete Nebenfunktion ermöglichen;	24. u n v e r ä n d e r t
25. „Kennung“ einem Nutzer, einem Anschluss oder einem Endgerät zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesene eindeutige Zeichenfolge, die eine eindeutige Identifizierung des Nutzers, des Anschlusses oder des Endgerätes ermöglicht;	25. u n v e r ä n d e r t
26. „Kurzwahl-Datendienste“ Kurzwahldienste, die der Übermittlung von nichtsprachgestützten Inhalten mittels Telekommunikation dienen und die keine Telemedien sind;	26. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
27. „Kurzwahldienste“ Dienste, die die Merkmale eines Premium-Dienstes haben, jedoch eine spezielle Nummernart mit kurzen Nummern nutzen;	27. <code>unverändert</code>
28. „Kurzwahl-Sprachdienste“ Kurzwahldienste, bei denen die Kommunikation sprachgestützt erfolgt;	28. <code>unverändert</code>
29. „Massenverkehrsdienste“ Dienste, insbesondere des Rufnummernbereichs (0)137, die charakterisiert sind durch ein hohes Verkehrsaufkommen in einem oder mehreren kurzen Zeitintervallen mit kurzer Belegungsdauer zu einem Ziel mit begrenzter Abfragekapazität;	29. <code>unverändert</code>
30. „nachhaltig wettbewerbsorientierter Markt“ ein Markt, auf dem der Wettbewerb so abgesichert ist, dass er ohne sektorspezifische Regulierung besteht;	30. <code>unverändert</code>
31. „Nationale Teilnehmerrufnummern“ Rufnummern, insbesondere des Rufnummernbereichs (0)32, die für Dienste verwendet werden, die den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen ermöglichen und nicht an einen bestimmten Standort gebunden sind;	31. <code>unverändert</code>
32. „Netzabschlusspunkt“ der physische Punkt, an dem einem Endnutzer der Zugang zu einem öffentlichen Telekommunikationsnetz bereitgestellt wird; in Netzen, in denen eine Vermittlung oder Leitwegebestimmung erfolgt, wird der Netzabschlusspunkt anhand einer bestimmten Netzadresse bezeichnet, die mit der Nummer oder dem Namen eines Endnutzers verknüpft sein kann;	32. <code>unverändert</code>
33. „Netz mit sehr hoher Kapazität“ ein Telekommunikationsnetz, das entweder komplett aus Glasfaserkomponenten zumindest bis zum Verteilerpunkt am Ort der Nutzung besteht oder das zu üblichen Spitzenlastzeiten eine vergleichbare Netzleistung in Bezug auf die verfügbare Downlink- und Uplink-Bandbreite, Ausfallsicherheit, fehlerbezogene Parameter, Latenz und Latenzschwankung bieten kann; die Netzleistung kann unabhängig davon als vergleichbar gelten, ob der Endnutzer Schwankungen feststellt, die auf die verschiedenen inhärenten Merkmale des Mediums zurückzuführen sind, über das das Telekommunikationsnetz letztlich mit dem Netzabschlusspunkt verbunden ist;	33. <code>unverändert</code>
34. „Nummern“ Zeichenfolgen, die in Telekommunikationsnetzen Zwecken der Adressierung dienen;	34. <code>unverändert</code>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
35. „Nummernart“ die Gesamtheit aller Nummern eines Nummernraums für einen bestimmten Dienst oder eine bestimmte technische Adressierung;	35. u n v e r ä n d e r t
36. „Nummernbereich“ eine für eine Nummernart bereitgestellte Teilmenge des Nummernraums;	36. u n v e r ä n d e r t
37. „nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienst“ ein interpersoneller Telekommunikationsdienst, der entweder eine Verbindung zu öffentlich zugewiesenen Nummerierungsressourcen, nämlich Nummern nationaler oder internationaler Nummernpläne, herstellt oder die Telekommunikation mit Nummern nationaler oder internationaler Nummernpläne ermöglicht;	37. u n v e r ä n d e r t
38. „Nummernraum“ die Gesamtheit aller Nummern, die für eine bestimmte Art der Adressierung verwendet werden;	38. u n v e r ä n d e r t
39. „Nummernteilbereich“ eine Teilmenge eines Nummernbereichs;	39. u n v e r ä n d e r t
40. „nummernunabhängiger interpersoneller Telekommunikationsdienst“ ein interpersoneller Telekommunikationsdienst, der weder eine Verbindung zu öffentlich zugewiesenen Nummerierungsressourcen, nämlich Nummern nationaler oder internationaler Nummernpläne, herstellt noch die Telekommunikation mit Nummern nationaler oder internationaler Nummernpläne ermöglicht;	40. u n v e r ä n d e r t
41. „Nutzer“ jede natürliche oder juristische Person, die einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst für private oder geschäftliche Zwecke in Anspruch nimmt oder beantragt;	41. u n v e r ä n d e r t
42. „öffentliches Telekommunikationsnetz“ ein Telekommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend der Erbringung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste dient, die die Übertragung von Informationen zwischen Netzabschlusspunkten ermöglichen;	42. u n v e r ä n d e r t
43. „öffentliche Versorgungsnetze“ entstehende, betriebene oder stillgelegte physische Infrastrukturen für die öffentliche Bereitstellung von	43. u n v e r ä n d e r t
a) Erzeugungs-, Leitungs- oder Verteilungsdiensten für	
aa) Telekommunikation,	
bb) Gas,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
cc) Elektrizität, einschließlich der Elektrizität für die öffentliche Straßenbeleuchtung,	
dd) Fernwärme oder	
ee) Wasser, ausgenommen Trinkwasser im Sinne des § 3 Nummer 1 der Trinkwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2016 (BGBl. I S. 459), die zuletzt durch Artikel 99 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist; zu den öffentlichen Versorgungsnetzen zählen auch physische Infrastrukturen zur Abwasserbehandlung und -entsorgung sowie die Kanalisationssysteme;	
b) Verkehrsdiensten, insbesondere Schienenwege, Straßen, Wasserstraßen, Brücken, Häfen und Flugplätze;	
44. „öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste“ einem unbestimmten Personenkreis zur Verfügung stehende Telekommunikationsdienste;	44. u n v e r ä n d e r t
45. „passive Netzinfrastrukturen“ Komponenten eines Telekommunikationsnetzes, die andere Netzkomponenten aufnehmen sollen, selbst jedoch nicht zu aktiven Netzkomponenten werden; hierzu zählen zum Beispiel Fernleitungen, Leer- und Leitungsrohre, Kabelkanäle, Kontrollkammern, Einstiegschächte, Verteilerkästen, Gebäude und Gebäudeeingänge, Antennenanlagen und Trägerstrukturen wie Türme, Lichtzeichenanlagen (Verkehrssampeln) und öffentliche Straßenbeleuchtung, Masten und Pfähle; Kabel, einschließlich unbeschalteter Glasfaserkabel, sind keine passiven Netzinfrastrukturen;	45. u n v e r ä n d e r t
46. „Persönliche Rufnummern“ Rufnummern, insbesondere des Rufnummernbereichs (0)700, durch die ein Zugang zu und von allen Telekommunikationsnetzen unter einer Rufnummer – unabhängig von Standort, Endgerät, Übertragungsart und Technologie – möglich ist;	46. u n v e r ä n d e r t
47. „Premium-Dienste“ Dienste, insbesondere des Rufnummernbereichs (0)900, bei denen über die Telekommunikationsdienstleistung hinaus eine weitere Dienstleistung erbracht wird, die gegenüber dem Anrufer gemeinsam mit der Telekommunikationsdienstleistung abgerechnet wird und	47. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die nicht einer anderen Nummernart zuzurechnen ist;	
48. „Roaming“ die Ermöglichung der Nutzung von Mobilfunknetzen anderer Betreiber außerhalb des Versorgungsbereichs des nachfragenden Mobilfunknetzbetreibers für dessen Endnutzer;	48. u n v e r ä n d e r t
49. „Rufnummer“ eine Nummer des Nummernraums für das öffentliche Telekommunikationsnetz oder eines Nummernraums für Kurzwahldienste;	49. u n v e r ä n d e r t
50. „Rufnummernbereich“ eine für eine Nummernart bereitgestellte Teilmenge des Nummernraums für das öffentliche Telekommunikationsnetz oder eines Nummernraums für Kurzwahldienste;	50. u n v e r ä n d e r t
51. „Service-Dienste“ Dienste, insbesondere des Rufnummernbereichs (0)180, die bundesweit zu einem einheitlichen Entgelt zu erreichen sind;	51. u n v e r ä n d e r t
52. „Sicherheit von Netzen und Diensten“ die Fähigkeit von Telekommunikationsnetzen und -diensten, auf einem bestimmten Vertrauensniveau alle Angriffe abzuwehren, die die Verfügbarkeit, Authentizität, Integrität oder Vertraulichkeit dieser Netze und Dienste, der gespeicherten, übermittelten oder verarbeiteten Daten oder der damit zusammenhängenden Dienste, die über diese Telekommunikationsnetze oder -dienste angeboten werden oder zugänglich sind, beeinträchtigen;	52. u n v e r ä n d e r t
53. „Sicherheitsvorfall“ ein Ereignis mit nachteiliger Wirkung auf die Sicherheit von Telekommunikationsnetzen oder -diensten;	53. u n v e r ä n d e r t
54. „sonstige physische Infrastrukturen“ entstehende, betriebene oder stillgelegte physische Infrastrukturen einschließlich Grundstücke und der darauf befindlichen Gebäude öffentlicher Stellen oder der Kontrolle dieser unterstehende sonstige physische Infrastrukturen, die in technischer Hinsicht für die Errichtung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite geeignet oder zur Anbindung solcher Zugangspunkte erforderlich sind und bei denen das Recht zur Errichtung oder Stilllegung oder zum Betrieb von der öffentlichen Stelle abgeleitet oder verliehen wird; zu diesen Infrastrukturen gehören insbesondere Straßenmobiliar, öffentliche Straßenbeleuchtung, Verkehrsschilder, Lichtzeichenanlagen, Reklametafeln und Litfaßsäulen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen und U-Bahnhöfe;	54. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
55. „Sprachkommunikationsdienst“ ein der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellter Telekommunikationsdienst, der das Führen aus- und eingehender Inlands- oder Inlands- und Auslandsgespräche direkt oder indirekt über eine oder mehrere Nummern eines nationalen oder internationalen Nummernplans ermöglicht;	55. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
56. „Standortdaten“ Daten, die in einem Telekommunikationsnetz oder von einem Telekommunikationsdienst verarbeitet werden und die den Standort des Endgeräts eines Nutzers eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes angeben;	56. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
57. „Teilabschnitt“ eine Teilkomponente des Teilnehmeranschlusses, die den Netzabschlusspunkt am Standort des Endnutzers mit einem Konzentrationspunkt oder einem festgelegten zwischengeschalteten Zugangspunkt des öffentlichen Festnetzes verbindet;	57. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
58. „Teilnehmeranschluss“ der physische von Signalen benutzte Verbindungspfad, mit dem der Netzabschlusspunkt mit einem Verteilerknoten oder mit einer gleichwertigen Einrichtung in festen öffentlichen Telekommunikationsnetzen verbunden wird;	58. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
59. „Telekommunikation“ der technische Vorgang des Aussendens, Übermittels und Empfangens von Signalen mittels Telekommunikationsanlagen;	59. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
60. „Telekommunikationsanlagen“ technische Einrichtungen, Systeme oder Server, die als Nachrichten identifizierbare elektromagnetische oder optische Signale oder Daten im Rahmen der Erbringung eines Telekommunikationsdienstes senden, übertragen, vermitteln, empfangen, steuern oder kontrollieren können;	60. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
61. „Telekommunikationsdienste“ in der Regel gegen Entgelt über Telekommunikationsnetze erbrachte Dienste, die – mit der Ausnahme von Diensten, die Inhalte über Telekommunikationsnetze und -dienste anbieten oder eine redaktionelle Kontrolle über sie ausüben – folgende Dienste umfassen:	61. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
a) Internetzugangsdienste,	
b) interpersonelle Telekommunikationsdienste und	
c) Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen bestehen, wie	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Übertragungsdienste, die für Maschine-Maschine-Kommunikation und für den Rundfunk genutzt werden;	
62. „Telekommunikationsendeinrichtung“ eine direkt oder indirekt an die Schnittstelle eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes angeschlossene Einrichtung zum Aussenden, Verarbeiten oder Empfangen von Nachrichten oder Daten; sowohl bei direkten als auch bei indirekten Anschlüssen kann die Verbindung über elektrisch leitenden Draht, über optische Faser oder elektromagnetisch hergestellt werden; bei einem indirekten Anschluss ist zwischen Telekommunikationsendeinrichtung und Schnittstelle des öffentlichen Telekommunikationsnetzes ein Gerät geschaltet;	62. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
63. „telekommunikationsgestützte Dienste“ Dienste, die keinen räumlich und zeitlich trennbaren Leistungsfluss auslösen, sondern bei denen die Inhaltsleistung noch während der Telekommunikationsverbindung erbracht wird;	63. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
64. „Telekommunikationslinien“ unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen, einschließlich ihrer zugehörigen Schalt- und Verzweigungseinrichtungen, Masten und Unterstützungen, Kabelschächte und Kabelkanalrohre, sowie weitere technische Einrichtungen, die für das Erbringen von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten erforderlich sind;	64. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
65. „Telekommunikationsnetz“ die Gesamtheit von Übertragungssystemen, ungeachtet dessen, ob sie auf einer permanenten Infrastruktur oder zentralen Verwaltungskapazität basieren, und gegebenenfalls Vermittlungs- und Leitwegeinrichtungen sowie anderweitigen Ressourcen, einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile, die die Übertragung von Signalen über Kabel, Funk, optische und andere elektromagnetische Einrichtungen ermöglichen, einschließlich Satellitennetzen, festen, leitungs- und paketvermittelten Netzen, einschließlich des Internets, und mobilen Netzen, Stromleitungssystemen, soweit sie zur Signalübertragung genutzt werden, Netzen für Hör- und Fernsehfunk sowie Kabelfernsehtnetzen, unabhängig von der Art der übertragenen Information;	65. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
66. „Überbau“ die nachträgliche Dopplung von Telekommunikationsinfrastrukturen durch parallele Errichtung, soweit damit dasselbe Versorgungsgebiet erschlossen werden soll;	66. <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
67. „Übertragungsweg“ Telekommunikationsanlagen in Form von Kabel- oder Funkverbindungen mit ihren übertragungstechnischen Einrichtungen als Punkt-zu-Punkt- oder Punkt-zu-Mehrpunkt-Verbindungen mit einem bestimmten Informationsdurchsatzvermögen (Bandbreite oder Bitrate) einschließlich ihrer Abschlusseinrichtungen;	67. u n v e r ä n d e r t
68. „umfangreiche Renovierungen“ Tief- oder Hochbauarbeiten am Standort des Endnutzers, die strukturelle Veränderungen an den gesamten gebäudeinternen passiven Telekommunikationsnetzinfrastrukturen oder einem wesentlichen Teil davon umfassen;	68. u n v e r ä n d e r t
69. „Unternehmen“ das Unternehmen selbst oder mit ihm im Sinne des § 36 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verbundene Unternehmen oder mit ihm im Sinne des § 37 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zusammengeschlossene Unternehmen, unabhängig davon, ob das verbundene oder mit ihm zusammengeschlossene Unternehmen zum Zeitpunkt der Auferlegung von Verpflichtungen nach diesem Gesetz bereits gegründet war;	69. u n v e r ä n d e r t
70. „Verkehrsdaten“ Daten, deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung bei der Erbringung eines Telekommunikationsdienstes erforderlich sind;	70. u n v e r ä n d e r t
71. „Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“ eine Verletzung der Datensicherheit, die zum Verlust, zur unrechtmäßigen Löschung, Veränderung, Speicherung, Weitergabe oder sonstigen unrechtmäßigen Verwendung personenbezogener Daten führt, sowie der unrechtmäßige Zugang zu diesen;	71. u n v e r ä n d e r t
72. „vollständig entbundelter Zugang zum Teilnehmeranschluss“ die Bereitstellung des Zugangs zum Teilnehmeranschluss oder zum Teilabschnitt in der Weise, dass die Nutzung der gesamten Kapazität der Telekommunikationsnetzinfrastruktur ermöglicht wird;	72. u n v e r ä n d e r t
73. „Warteschleife“ jede vom Nutzer eines Telekommunikationsdienstes eingesetzte Vorrichtung oder Geschäftspraxis, über die Anrufe entgegengenommen oder aufrechterhalten werden, ohne dass das Anliegen des Anrufers bearbeitet wird; dies umfasst die Zeitspanne ab Rufaufbau vom Anschluss des Anrufers bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit der Bearbeitung des Anliegens des Anrufers begonnen wird, gleichgültig, ob dies über einen automatisierten Dialog, ein Vorauswahlmenü oder durch	73. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>eine persönliche Bearbeitung erfolgt; ein automatisierter Dialog oder ein Vorauswahlmenü beginnt, sobald automatisiert Informationen abgefragt werden, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind; eine persönliche Bearbeitung des Anliegens beginnt, sobald eine natürliche Person den Anruf entgegennimmt und bearbeitet; hierzu zählt auch die Abfrage von Informationen, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind; als Warteschleife ist ferner die Zeitspanne anzusehen, die anlässlich einer Weiterleitung zwischen Beendigung der vorhergehenden Bearbeitung des Anliegens und der weiteren Bearbeitung vergeht, ohne dass der Anruf technisch unterbrochen wird; keine Warteschleife sind automatische Bandansagen, wenn die Dienstleistung für den Anrufer vor Herstellung der Verbindung erkennbar ausschließlich in einer Bandansage besteht;</p>	
<p>74. „Zugang“ die Bereitstellung von Einrichtungen oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zum Zweck der Erbringung von Telekommunikationsdiensten, auch bei deren Verwendung zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhalten; dies umfasst unter anderem Folgendes:</p>	<p>74. <i>u n v e r ä n d e r t</i></p>
<p>a) Zugang zu Netzkomponenten, einschließlich nicht aktiver Netzkomponenten, und zugehörigen Einrichtungen, wozu auch der feste oder nicht feste Anschluss von Geräten gehören kann; dies beinhaltet insbesondere den Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie zu Einrichtungen und Diensten, die erforderlich sind, um Dienste über den Teilnehmeranschluss zu erbringen, einschließlich des Zugangs zur Anschaltung und Ermöglichung des Anbieterwechsels des Nutzers und zu hierfür notwendigen Informationen und Daten und zur Entstörung;</p>	
<p>b) Zugang zu physischen Infrastrukturen wie Gebäuden, Leitungsrohren und Masten;</p>	
<p>c) Zugang zu einschlägigen Softwaresystemen, einschließlich Systemen für die Betriebsunterstützung;</p>	
<p>d) Zugang zu informationstechnischen Systemen oder Datenbanken für Vorbestellung, Bereitstellung, Auftragserteilung, Anforderung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Abrechnung;</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
e) Zugang zur Nummernumsetzung oder zu Systemen, die eine gleichwertige Funktion bieten;	
f) Zugang zu Fest- und Mobilfunknetzen;	
g) Zugang zu Zugangsberechtigungssystemen für Digitalfernsehdienste und	
h) Zugang zu Diensten für virtuelle Telekommunikationsnetze;	
75. „Zugangsberechtigungssysteme“ technische Verfahren oder Vorrichtungen, welche die erlaubte Nutzung geschützter Rundfunkprogramme von einem Abonnement oder einer individuellen Erlaubnis abhängig machen;	75. u n v e r ä n d e r t
76. „Zugangspunkt zu passiven gebäudeinternen Netzkomponenten“ ein physischer Punkt innerhalb oder außerhalb des Gebäudes, der für Eigentümer und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze zugänglich ist und den Anschluss an die gebäudeinternen passiven Netzinfrastrukturen für Netze mit sehr hoher Kapazität ermöglicht;	76. u n v e r ä n d e r t
77. „zugehörige Dienste“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen Dienste, welche die Bereitstellung, Eigenerbringung oder automatisierte Erbringung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind; darunter fallen unter anderem Systeme zur Nummernumsetzung oder Systeme, die eine gleichwertige Funktion bieten, Zugangsberechtigungssysteme und elektronische Programmführer sowie andere Dienste wie Dienste im Zusammenhang mit Identität, Standort und Präsenz des Nutzers;	77. u n v e r ä n d e r t
78. „zugehörige Einrichtungen“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen zugehörigen Dienste, physischen Infrastrukturen oder sonstigen Einrichtungen oder Komponenten, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind; darunter fallen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Masten, Einstiegsschächte und Verteilerkästen;	78. u n v e r ä n d e r t
79. „Zusammenschaltung“ ein Sonderfall des Zugangs, der zwischen Betreibern öffentlicher Tele-	79. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>kommunikationsnetze hergestellt wird; dies mittels der physischen und logischen Verbindung öffentlicher Telekommunikationsnetze, die von demselben oder einem anderen Unternehmen genutzt werden, um Nutzern eines Unternehmens die Kommunikation mit Nutzern desselben oder eines anderen Unternehmens oder den Zugang zu den von einem anderen Unternehmen angebotenen Diensten zu ermöglichen, soweit solche Dienste von den beteiligten Parteien oder von anderen Parteien, die Zugang zum Netz haben, erbracht werden.</p>	
§ 4	§ 4
Internationale Berichtspflichten	u n v e r ä n d e r t
<p>Die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste müssen der Bundesnetzagentur und, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, anderen zuständigen Behörden auf Verlangen die Informationen zur Verfügung stellen, die diese benötigen, um Berichtspflichten gegenüber der Kommission und anderen internationalen Gremien erfüllen zu können.</p>	
§ 5	§ 5
Meldepflicht	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Wer gewerblich öffentliche Telekommunikationsnetze betreibt oder gewerblich öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, bei denen es sich nicht um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste handelt, muss die beabsichtigte Aufnahme, Änderung und Beendigung seiner Tätigkeit sowie Änderungen seines Namens oder seiner Firma, seiner Rechtsform und seiner Adresse bei der Bundesnetzagentur unverzüglich melden. Die Meldung muss schriftlich oder elektronisch erfolgen.</p>	
<p>(2) Die Meldung erfolgt nach einem von der Bundesnetzagentur vorgeschriebenen und veröffentlichten Formular.</p>	
<p>(3) Auf Antrag bestätigt die Bundesnetzagentur innerhalb von einer Woche die Vollständigkeit der Meldung nach Absatz 2 und bescheinigt, dass dem Unternehmen die durch dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes eingeräumten Rechte zustehen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht auf ihrer Internetseite regelmäßig ein Verzeichnis der gemeldeten Unternehmen einschließlich einer Kurzbeschreibung der gemeldeten Tätigkeit.	
(5) Steht die Einstellung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens eindeutig fest und ist die Beendigung der Tätigkeit der Bundesnetzagentur nicht innerhalb von sechs Monaten gemeldet worden, kann die Bundesnetzagentur die Beendigung der Tätigkeit von Amts wegen feststellen.	
(6) Die Bundesnetzagentur übermittelt dem GEREK auf elektronischem Wege die nach Absatz 2 eingegangenen Formulardaten.	
§ 6	§ 6
Jahresfinanzbericht	u n v e r ä n d e r t
(1) Unternehmen, die	
1. öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringen,	
2. nicht nach handelsrechtlichen Vorschriften zur Offenlegung eines Jahresabschlusses verpflichtet sind und	
3. in entsprechender Anwendung des § 267 Absatz 3 bis 5 des Handelsgesetzbuchs als groß anzusehen sind,	
haben einen Jahresfinanzbericht zu erstellen und nach Maßgabe des Vierten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs offenzulegen; die §§ 326 und 327 des Handelsgesetzbuchs sind nicht entsprechend anzuwenden.	
(2) Der Jahresfinanzbericht hat mindestens zu enthalten:	
1. einen nach Maßgabe des Absatzes 3 aufgestellten und von einem Abschlussprüfer nach Maßgabe des Absatzes 4 geprüften Jahresabschluss,	
2. einen nach Maßgabe des Absatzes 3 aufgestellten und von einem Abschlussprüfer nach Maßgabe des Absatzes 4 geprüften Lagebericht sowie	
3. den Bestätigungsvermerk oder Versagungsvermerk des Abschlussprüfers.	
(3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht eines Unternehmens nach Absatz 1 sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs aufzustellen; § 264 Absatz 3 und § 264b des Handelsgesetzbuchs sind insoweit nicht entsprechend anzuwenden. Handelt es sich bei dem Unternehmen nach Absatz 1 um eine Personenhandelsgesellschaft oder das Unternehmen eines Einzelkaufmanns, dürfen das sonstige Vermögen der Gesellschafter oder des Einzelkaufmanns (Privatvermögen) nicht in die Bilanz und die auf das Privatvermögen entfallenden Aufwendungen und Erträge nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen werden.	
(4) Der Jahresabschluss und der Lagebericht eines Unternehmens nach Absatz 1 sind durch einen Abschlussprüfer nach Maßgabe des Dritten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs zu prüfen. § 324 des Handelsgesetzbuchs ist entsprechend anzuwenden.	
§ 7	§ 7
Strukturelle Separierung und getrennte Rechnungslegung	u n v e r ä n d e r t
(1) Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringen und innerhalb der Europäischen Union besondere oder ausschließliche Rechte für die Erbringung von Diensten in anderen Sektoren besitzen, sind verpflichtet,	
1. die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und der Erbringung von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten strukturell auszugliedern oder	
2. über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder der Erbringung von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten in dem Umfang getrennt Rechnung zu legen, der erforderlich wäre, wenn sie von rechtlich unabhängigen Unternehmen ausgeführt würden.	
(2) Im Falle des Absatzes 1 Nummer 2 hat das Unternehmen für die dort genannten Tätigkeiten eine Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss) nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs aufzustellen; § 264 Absatz 3 und § 264b des Handelsgesetzbuchs sind insoweit nicht entsprechend	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
anzuwenden. In dem Tätigkeitsabschluss sind die Regeln, einschließlich der Berechnungsgrundlagen, anzugeben, nach denen die Vermögensgegenstände und Schulden sowie die Aufwendungen und Erträge den Tätigkeiten zugeordnet worden sind. Das Anlagevermögen ist detailliert aufzuschlüsseln. Die strukturbedingten Kosten sind anzugeben. Der Tätigkeitsabschluss ist durch einen Abschlussprüfer nach Maßgabe des Dritten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs zu prüfen. Das Unternehmen hat den Tätigkeitsabschluss samt Bestätigungsvermerk oder Vermerk über dessen Versagung nach Maßgabe des Vierten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs offenzulegen.	
(3) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 gelten nicht für Unternehmen, deren Umsatzerlöse aus der Bereitstellung von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder der Erbringung von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten in der Europäischen Union in den letzten zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag weniger als 50 000 000 Euro betragen haben.	
§ 8	§ 8
Ordnungsgeldvorschriften	Ordnungsgeldvorschriften
(1) Die Ordnungsgeldvorschriften der §§ 335 bis 335b des Handelsgesetzbuchs sind auf die Verletzung der Pflichten zur Offenlegung des Jahresfinanzberichts nach § 6 Absatz 1 oder des Tätigkeitsabschlusses nach § 7 Absatz 2 Satz 6 entsprechend anzuwenden. Das Ordnungsgeldverfahren kann durchgeführt werden	(1) Die Ordnungsgeldvorschriften der §§ 335 bis 335b des Handelsgesetzbuchs sind auf die Verletzung der Pflichten zur Offenlegung des Jahresfinanzberichts nach § 6 Absatz 1 oder des Tätigkeitsabschlusses nach § 7 Absatz 2 Satz 6 entsprechend anzuwenden. Das Ordnungsgeldverfahren kann durchgeführt werden
1. bei einer juristischen Person gegen die juristische Person oder die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs;	1. u n v e r ä n d e r t
2. bei einer Personenhandelsgesellschaft im Sinne des § 264a Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs gegen die Personenhandelsgesellschaft oder gegen die in § 335b Satz 2 des Handelsgesetzbuchs genannten Personen;	2. u n v e r ä n d e r t
3. bei einer Personenhandelsgesellschaft, die nicht in Nummer 2 genannt ist, gegen die Personenhandelsgesellschaft oder den oder die vertretungsbefugten Gesellschafter;	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
4. bei einem Unternehmen, das in der Rechtsform des Einzelkaufmanns betrieben wird, gegen den Inhaber.	4. bei einem Unternehmen, das in der Rechtsform des Einzelkaufmanns betrieben wird, gegen den Inhaber oder dessen gesetzlichen Vertreter.
§ 329 des Handelsgesetzbuchs ist entsprechend anzuwenden.	§ 329 des Handelsgesetzbuchs ist entsprechend anzuwenden.
(2) Die Bundesnetzagentur übermittelt dem Betreiber des Bundesanzeigers einmal pro Kalenderjahr Name und Anschrift der ihr bekannt werdenden Unternehmen, die	(2) u n v e r ä n d e r t
1. nach § 6 Absatz 1 zur Offenlegung eines Jahresfinanzberichts verpflichtet sind;	
2. nach § 7 Absatz 2 Satz 6 zur Offenlegung eines Tätigkeitsabschlusses verpflichtet sind.	
§ 9	§ 9
Internationaler Status	u n v e r ä n d e r t
(1) Unternehmen, die internationale Telekommunikationsdienste erbringen oder die im Rahmen ihres Angebots Funkanlagen betreiben, die schädliche Störungen bei Funkdiensten anderer Länder verursachen können, sind anerkannte Betriebsunternehmen im Sinne der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion. Diese Unternehmen unterliegen den sich aus der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion ergebenden Verpflichtungen.	
(2) Unternehmen, die internationale Telekommunikationsdienste erbringen, müssen nach den Regelungen der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion	
1. allen Nachrichten, welche die Sicherheit des menschlichen Lebens auf See, zu Lande, in der Luft und im Weltraum betreffen, sowie den außerordentlichen dringenden Seuchennachrichten der Weltgesundheitsorganisation unbedingten Vorrang einräumen,	
2. den Staatstelekommunikationsverbindungen im Rahmen des Möglichen Vorrang vor dem übrigen Telekommunikationsverkehr einräumen, wenn dies von der Person, die die Verbindung anmeldet, ausdrücklich verlangt wird.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 2	Teil 2
Marktregulierung	Marktregulierung
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Verfahren der Marktregulierung	Verfahren der Marktregulierung
§ 10	§ 10
Marktdefinition	Marktdefinition
(1) Die Bundesnetzagentur legt im Rahmen des ihr zustehenden Beurteilungsspielraums unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze des § 2 und der Grundsätze des allgemeinen Wettbewerbsrechts die sachlich und räumlich relevanten Telekommunikationsmärkte fest, die für eine Regulierung nach diesem Abschnitt in Betracht kommen können.	(1) unverändert
(2) Bei der Festlegung von Märkten nach Absatz 1 trägt die Bundesnetzagentur folgenden Veröffentlichungen der Kommission, in ihrer jeweils geltenden Fassung, weitestgehend Rechnung:	(2) Bei der Festlegung von Märkten nach Absatz 1 trägt die Bundesnetzagentur folgenden Veröffentlichungen der Kommission, in ihrer jeweils geltenden Fassung, weitestgehend Rechnung:
1. der Empfehlung (EU) 2020/2245 der Kommission vom 18. Dezember 2020 über relevante Produkt- und Dienstmärkte des elektronischen Kommunikationssektors, die gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation für eine Vorabregulierung in Betracht kommen (ABl. L 439 vom 29.12.2020, S. 23) und	1. unverändert
2. den Leitlinien zur Marktanalyse und zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht nach Artikel 64 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).	2. unverändert
Bei der Festlegung räumlich relevanter Märkte berücksichtigt die Bundesnetzagentur unter anderem die Intensität des Infrastrukturwettbewerbs in diesen Gebieten. Sie kann die nach den §§ 78 bis 82 erhobenen Informationen berücksichtigen.	Bei der Festlegung räumlich relevanter Märkte berücksichtigt die Bundesnetzagentur unter anderem die Intensität des Infrastrukturwettbewerbs in diesen Gebieten. Sie kann die nach den §§ 79 bis 83 erhobenen Informationen berücksichtigen.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Im Falle der Feststellung einer länderübergreifenden Nachfrage durch das GEREK nach Artikel 66 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 trägt die Bundesnetzagentur den Leitlinien zur gemeinsamen Vorgehensweise der Regulierungsbehörden zur Deckung einer ermittelten länderübergreifenden Nachfrage weitestgehend Rechnung.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 11	§ 11
Marktanalyse	Marktanalyse
(1) Bei den nach § 10 Absatz 1 festgelegten Märkten prüft die Bundesnetzagentur im Rahmen der Marktanalyse, ob diese nach Absatz 2 (Drei-Kriterien-Test) für eine Regulierung nach diesem Teil in Betracht kommen. Soweit dies der Fall ist, prüft sie, ob die Auflegung von Verpflichtungen aufgrund der Feststellung, dass ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht nach Absatz 4 verfügt oder verfügen, gerechtfertigt sein kann.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Für eine Regulierung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 kommen solche nach § 10 Absatz 1 festgelegten Märkte in Betracht,	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die durch beträchtliche und anhaltende strukturelle, rechtliche oder regulatorische Marktzutrittschranken gekennzeichnet sind,	
2. deren Strukturen angesichts des Infrastrukturwettbewerbs und des sonstigen Wettbewerbs innerhalb des relevanten Zeitraums nicht zu wirksamem Wettbewerb tendieren und	
3. auf denen die Anwendung des allgemeinen Wettbewerbsrechts allein nicht ausreicht, um dem festgestellten Marktversagen angemessen entgegenzuwirken.	
(3) Bei der Prüfung der Regulierungsbedürftigkeit eines Marktes nach Absatz 2 berücksichtigt die Bundesnetzagentur die Entwicklungen, die ohne eine Regulierung des betrachteten Marktes nach den Vorschriften dieses Abschnitts zu erwarten wären; sie berücksichtigt insbesondere	(3) u n v e r ä n d e r t
1. Marktentwicklungen, die die Wahrscheinlichkeit, dass der relevante Markt zu einem wirksamen Wettbewerb tendiert, beeinflussen,	
2. alle relevanten Wettbewerbszwänge auf Vorleistungs- und Endkundenebene, unabhängig davon, ob davon ausgegangen wird, dass die Quelle sol-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
cher Wettbewerbszwänge von Telekommunikationsnetzen und -diensten oder anderen Arten von Diensten oder Anwendungen ausgeht, die aus Endnutzersicht vergleichbar sind, und unabhängig davon, ob solche Wettbewerbszwänge Teil des relevanten Marktes sind,	
3. andere Arten der Regulierung oder von Maßnahmen, die auferlegt sind und sich auf den relevanten Markt oder zugehörige Endkundenmärkte im betreffenden Zeitraum auswirken, sowie	
4. eine auf eine Marktanalyse gestützte Regulierung anderer relevanter Märkte.	
(4) Sofern ein Markt nach dem Drei-Kriterien-Test für eine Regulierung nach diesem Teil in Betracht kommt, prüft die Bundesnetzagentur, ob und welche Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen. Ein Unternehmen gilt als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, wenn es entweder allein oder gemeinsam mit anderen eine der Beherrschung gleichkommende Stellung einnimmt, das heißt, eine wirtschaftlich starke Stellung, die es ihm gestattet, sich in beträchtlichem Umfang unabhängig von Wettbewerbern, Kunden und Endnutzern zu verhalten.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Verfügt ein Unternehmen auf einem relevanten Markt über beträchtliche Marktmacht, so kann es auf einem benachbarten, für eine Regulierung in Betracht kommenden Markt ebenfalls als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft werden, wenn die Verbindungen zwischen beiden Märkten es gestatten, Marktmacht von dem relevanten Markt auf den benachbarten Markt zu übertragen und damit die gesamte Marktmacht des Unternehmens zu verstärken.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Im Falle länderübergreifender Märkte im Geltungsbereich der Richtlinie (EU) 2018/1972 untersucht die Bundesnetzagentur gemeinsam mit den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, welche diese Märkte umfassen, ob beträchtliche Marktmacht im Sinne von Absatz 4 vorliegt.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Bundesnetzagentur trägt den in § 10 Absatz 2 Satz 1 genannten Veröffentlichungen der Kommission in ihrer jeweils geltenden Fassung weitestgehend Rechnung.	(7) Die Bundesnetzagentur trägt im Rahmen der Marktanalyse den in § 10 Absatz 2 Satz 1 genannten Veröffentlichungen der Kommission in ihrer jeweils geltenden Fassung weitestgehend Rechnung.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 12	§ 12
Konsultations- und Konsolidierungsverfahren	Konsultations- und Konsolidierungsverfahren
(1) Die Bundesnetzagentur gibt den interessierten Parteien Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist, die in der Regel einen Monat betragen soll, zu dem Entwurf der Ergebnisse der Marktdefinition nach § 10 und der Marktanalyse nach § 11 Stellung zu nehmen. Der Entwurf und die dazu eingegangenen Stellungnahmen werden von der Bundesnetzagentur unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten veröffentlicht. Die Bundesnetzagentur unterhält zu diesem Zweck eine einheitliche Informationsstelle, bei der eine Liste aller laufenden Konsultationen vorgehalten wird.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Sofern beabsichtigte Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hätten, übermittelt die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maßnahmen nach Durchführung des Konsultationsverfahrens gleichzeitig der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, es sei denn, eine Empfehlung oder Leitlinie, die die Kommission nach Artikel 34 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlassen hat, sieht eine Ausnahme von der Übermittlungspflicht vor. § 198 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Vor Ablauf eines Monats nach Übermittlung an die Kommission hat die Bundesnetzagentur beabsichtigte Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 nicht festzulegen.	(2) Sofern beabsichtigte Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hätten, übermittelt die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maßnahmen nach Durchführung des Konsultationsverfahrens gleichzeitig der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, es sei denn, eine Empfehlung oder Leitlinie, die die Kommission nach Artikel 34 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlassen hat, sieht eine Ausnahme von der Übermittlungspflicht vor. § 199 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Vor Ablauf eines Monats nach Übermittlung an die Kommission hat die Bundesnetzagentur beabsichtigte Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 nicht festzulegen.
(3) Die Bundesnetzagentur hat den Stellungnahmen der Kommission, des GEREK und der anderen nationalen Regulierungsbehörden, die innerhalb der in Absatz 2 Satz 3 genannten Monatsfrist abgegeben wurden, weitestgehend Rechnung zu tragen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Teilt die Kommission innerhalb der Monatsfrist nach Absatz 2 Satz 3 mit, dass	(4) u n v e r ä n d e r t
1. sie ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit der beabsichtigten Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 mit dem Recht der Europäischen Union und insbesondere mit den Zielen des Artikels 3 der Richtlinie (EU) 2018/1972 habe oder	
2. diese Maßnahmen ein Hemmnis für den Binnenmarkt schaffen,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
so legt die Bundesnetzagentur diese Maßnahmen nicht vor Ablauf von zwei weiteren Monaten nach der Mitteilung der Kommission fest, wenn sie Folgendes enthalten:	
1. die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen Märkten unterscheidet, die in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung (EU) 2020/2245 definiert sind, oder	
2. die Festlegung, dass ein oder mehrere Unternehmen auf einem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügt oder verfügen.	
(5) Fordert die Kommission die Bundesnetzagentur innerhalb des in Absatz 4 genannten Zweimonatszeitraums auf, den Entwurf der beabsichtigten Maßnahme nach §§ 10 und 11 zurückzuziehen, so ändert die Bundesnetzagentur diesen innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Kommissionsbeschlusses oder teilt der Kommission innerhalb dieser sechs Monate mit, dass sie den Entwurf zurückzieht. Ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf der beabsichtigten Maßnahme, so führt sie das Konsultationsverfahren durch und legt der Kommission den geänderten Entwurf nach Absatz 2 vor. Die Bundesnetzagentur unterrichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Beschluss der Kommission und über ihr weiteres Vorgehen nach Satz 1.	(5) Fordert die Kommission die Bundesnetzagentur innerhalb des in Absatz 4 genannten Zweimonatszeitraums auf, den Entwurf der beabsichtigten Maßnahme nach §§ 10 und 11 zurückzuziehen, so ändert die Bundesnetzagentur diesen innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Kommissionsbeschlusses oder teilt der Kommission innerhalb dieser sechs Monate mit, dass sie den Entwurf zurückzieht. Ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf der beabsichtigten Maßnahme, so führt sie das Konsultationsverfahren nach Absatz 1 durch und legt der Kommission den geänderten Entwurf nach Absatz 2 vor. Die Bundesnetzagentur unterrichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Beschluss der Kommission und über ihr weiteres Vorgehen nach Satz 1.
(6) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht unverzüglich nach Stellungnahme der Kommission die Ergebnisse der Marktdefinition nach § 10 und der Marktanalyse nach § 11 unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten und übermittelt diese der Kommission und dem GEREK. § 198 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Findet das Verfahren nach den Absätzen 2 bis 5 keine Anwendung, veröffentlicht die Bundesnetzagentur die Ergebnisse der Marktdefinition nach § 10 und der Marktanalyse nach § 11 in der Regel innerhalb eines Monats nach Ende der Stellungnahmefrist nach Absatz 1 Satz 1 unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen.	(6) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht unverzüglich nach Stellungnahme der Kommission die Ergebnisse der Marktdefinition nach § 10 und der Marktanalyse nach § 11 unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten und übermittelt diese der Kommission und dem GEREK. § 199 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Findet das Verfahren nach den Absätzen 2 bis 5 keine Anwendung, veröffentlicht die Bundesnetzagentur die Ergebnisse der Marktdefinition nach § 10 und der Marktanalyse nach § 11 in der Regel innerhalb eines Monats nach Ende der Stellungnahmefrist nach Absatz 1 Satz 1 unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen.
(7) Die Bundesnetzagentur kann angemessene vorläufige Maßnahmen erlassen, wenn sie bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände der Ansicht ist, dass dringend und ohne Einhaltung des Verfahrens nach den Absätzen 1 bis 5 gehandelt werden muss, um den Wettbewerb zu gewährleisten und die Nutzerinteressen zu schützen. Sie teilt diese der Kommission, dem GEREK	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden unverzüglich nach Erlass mit einer vollständigen Begründung mit. Für einen Beschluss der Bundesnetzagentur, diese Maßnahmen dauerhaft aufzuerlegen oder ihre Geltungsdauer zu verlängern, gelten die Absätze 1 bis 5.	
(8) Die Bundesnetzagentur kann den Entwurf einer Marktdefinition und Marktanalyse nach den §§ 10 und 11 jederzeit zurückziehen.	(8) u n v e r ä n d e r t
§ 13	§ 13
Regulierungsverfügung	Regulierungsverfügung
(1) Die Bundesnetzagentur erlegt Unternehmen, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, Verpflichtungen nach den §§ 24 bis 30, 38 oder 49 auf, ändert bestehende Verpflichtungen oder behält diese bei, wenn sie der Ansicht ist, dass das Marktergebnis für die Endnutzer ohne diese Verpflichtungen keinen wirksamen Wettbewerb darstellen würde.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur kann auferlegte Verpflichtungen widerrufen. Der Widerruf ist den betroffenen Unternehmen mit angemessener Frist anzukündigen. Die Frist ist so zu bemessen, dass ein geordneter Übergang zur durch den Widerruf ausgelösten Situation ohne die betreffenden Verpflichtungen für die Begünstigten der Verpflichtungen und die Endnutzer sichergestellt ist. Bei der Festsetzung der Frist ist den Bedingungen und Fristen bestehender Zugangsvereinbarungen Rechnung zu tragen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Auferlegung, Änderung, Beibehaltung oder dem Widerruf von Verpflichtungen (Regulierungsverfügung) sicher, dass die Verpflichtungen	(3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Auferlegung, Änderung, Beibehaltung oder dem Widerruf von Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 (Regulierungsverfügung) sicher, dass die Verpflichtungen
1. der Art des auf dem relevanten Markt festgestellten Problems entsprechen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer <i>länderübergreifenden Nachfrage</i> nach Artikel 66 der Richtlinie (EU) 2018/1972,	1. der Art des auf dem relevanten Markt festgestellten Problems entsprechen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer durch das GEREK nach Artikel 66 der Richtlinie (EU) 2018/1972 festgestellten länderübergreifenden Nachfrage ,
2. angemessen sind, insbesondere unter Berücksichtigung der Kosten und des Nutzens der Verpflichtungen und	2. u n v e r ä n d e r t
3. im Hinblick auf die Ziele des § 2 gerechtfertigt sind.	3. u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt in der Regulierungsverfügung für verbindlich erklärte Ver-	(4) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt in der Regulierungsverfügung für verbindlich erklärte Ver-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
pflichtungszusagen nach § 19. Sie berücksichtigt hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit der auferlegten Verpflichtung gemäß Absatz 3 mit Blick auf die Verpflichtungszusagen insbesondere	pflichtungszusagen nach § 19. Sie berücksichtigt hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit der auferlegten Verpflichtung gemäß Absatz 3 mit Blick auf die Verpflichtungszusagen insbesondere
1. den Nachweis des fairen und angemessenen Charakters der Verpflichtungszusagen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Offenheit der Verpflichtungszusagen gegenüber allen Marktteilnehmern,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die rechtzeitige Verfügbarkeit des Zugangs unter fairen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen, auch zu Netzen mit sehr hoher Kapazität, im Vorfeld der Einführung entsprechender Endnutzerdienste und	3. die rechtzeitige Verfügbarkeit des Zugangs unter fairen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen, einschließlich der Gleichwertigkeit des Zugangs nach § 24 Absatz 2 , auch zu Netzen mit sehr hoher Kapazität, im Vorfeld der Einführung entsprechender Endnutzerdienste und
4. die allgemeine Angemessenheit der Verpflichtungszusagen, um einen effektiven und nachhaltigen Wettbewerb auf nachgelagerten Märkten zu ermöglichen und den kooperativen Aufbau und die Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität im Interesse der Endnutzer zu erleichtern.	4. u n v e r ä n d e r t
Betreffen für verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen ein Ko-Investitionsangebot nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und nimmt mindestens ein Ko-Investor das Angebot an, sieht die Bundesnetzagentur für die von der Verpflichtungszusage umfassten Netzbestandteile von der Auferlegung von Verpflichtungen nach Absatz 1 ab und widerruft nach Absatz 2 insoweit bestehende Verpflichtungen. Abweichend von Satz 2 kann die Bundesnetzagentur Verpflichtungen nach Absatz 1 auferlegen, ändern oder beibehalten, wenn sie feststellt, dass aufgrund der besonderen Merkmale des betrachteten Marktes das festgestellte Wettbewerbsproblem anderenfalls nicht zu beheben wäre.	Betreffen für verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen ein Ko-Investitionsangebot nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und nimmt mindestens ein Ko-Investor das Angebot an, sieht die Bundesnetzagentur für die von der Verpflichtungszusage umfassten Netzbestandteile von der Auferlegung von Verpflichtungen nach Absatz 1 ab und widerruft nach Absatz 2 insoweit bestehende Verpflichtungen. Abweichend von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur Verpflichtungen nach Absatz 1 auferlegen, ändern oder beibehalten, wenn sie feststellt, dass aufgrund der besonderen Merkmale des betrachteten Marktes das festgestellte Wettbewerbsproblem anderenfalls nicht zu beheben wäre.
(5) Im Falle des § 11 Absatz 5 können Verpflichtungen nach Absatz 1 auf dem benachbarten Markt nur getroffen werden, um die Übertragung der Marktmacht zu unterbinden.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Im Falle des § 11 Absatz 6 legt die Bundesnetzagentur einvernehmlich mit den betroffenen nationalen Regulierungsbehörden fest, welche Verpflichtungen das oder die Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht zu erfüllen hat oder haben.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Entscheidungen zur Auferlegung, Änderung und Beibehaltung der Verpflichtungen nach Absatz 1 oder zum Widerruf nach Absatz 2 ergehen mit den Maßnahmen nach den §§ 10 und 11 als einheitlicher Verwaltungsakt.	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 14	§ 14
Verfahren der Regulierungsverfügung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur legt in der Regel innerhalb von sechs Monaten nach Veröffentlichung der Ergebnisse von Marktdefinition und Marktanalyse einen Entwurf einer Regulierungsverfügung vor.	
(2) Soweit die beabsichtigten Verpflichtungen der Regulierungsverfügung beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt hätten, gelten das Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 und das Verfahren zum Erlass vorläufiger Maßnahmen nach § 12 Absatz 7 entsprechend.	
(3) Das Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2, 3 und 6 gilt entsprechend, sofern die beabsichtigten Verpflichtungen der Regulierungsverfügung Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hätten und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 34 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlässt. Die Bundesnetzagentur legt der Kommission im Konsolidierungsverfahren zusammen mit dem Entwurf der Regulierungsverfügung den Beschluss vor, mit dem Verpflichtungszusagen für verbindlich erklärt wurden. Beabsichtigt die Bundesnetzagentur, Verpflichtungen nach den §§ 31 und 32 aufzuerlegen, so leitet sie das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 erst ein, nachdem die Kommission den Erlass dieser Verpflichtungen auf einen entsprechenden Antrag hin im Verfahren nach Artikel 118 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2018/1972 gestattet hat. Das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 kann die Bundesnetzagentur zusammen mit dem oder im Anschluss an das Verfahren nach § 12 durchführen.	
(4) Teilt die Kommission innerhalb der Monatsfrist nach § 12 Absatz 2 Satz 3 der Bundesnetzagentur und dem GEREK durch Beschluss mit, warum sie der Auffassung ist, dass der Entwurf der Regulierungsverfügung, der nicht lediglich die Beibehaltung einer Verpflichtung beinhaltet, ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstelle oder warum sie erhebliche Zweifel an dessen Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union hat, so legt die Bundesnetzagentur beabsichtigte Verpflichtungen nicht vor Ablauf von drei weiteren Monaten fest.	
(5) Innerhalb der Dreimonatsfrist nach Absatz 4 arbeitet die Bundesnetzagentur eng mit der Kommission und dem GEREK zusammen, um die am besten	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
geeignete und wirksamste Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des § 2 zu ermitteln. Dabei berücksichtigt sie die Ansichten der Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, eine einheitliche Regulierungspraxis zu entwickeln.	
(6) Gibt das GEREK innerhalb von sechs Wochen nach Beginn der Dreimonatsfrist nach Absatz 4 eine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission ab, in der es die ersten Bedenken der Kommission teilt, so kann die Bundesnetzagentur den Entwurf der Regulierungsverfügung vor Ablauf der Dreimonatsfrist nach Absatz 4 unter Berücksichtigung der Mitteilung der Kommission und der Stellungnahme des GEREK ändern und dadurch den geänderten Maßnahmenentwurf zum Gegenstand der weiteren Prüfung durch die Kommission machen.	
(7) Nach Ablauf der Dreimonatsfrist nach Absatz 4 gibt die Bundesnetzagentur der Kommission die Gelegenheit, innerhalb eines weiteren Monats eine Empfehlung abzugeben. Fordert die Kommission die Bundesnetzagentur im Falle des Absatzes 6 innerhalb der Monatsfrist nach Satz 1 auf, eine beabsichtigte Verpflichtung nach § 13 Absatz 4 Satz 3 und 4 oder § 22 Absatz 1 zurückzuziehen, gilt das Verfahren nach § 12 Absatz 5 entsprechend.	
(8) Nach Ablauf der Monatsfrist nach Absatz 7 Satz 1 übermittelt die Bundesnetzagentur der Kommission und dem GEREK die Regulierungsverfügung oder sie teilt mit, dass sie den Entwurf der Regulierungsverfügung zurückgezogen hat. Folgt die Bundesnetzagentur der Empfehlung der Kommission nicht, so begründet sie dies. Ist nach Absatz 1 oder nach § 16 erneut ein Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 durchzuführen, so verlängert sich die Frist nach Satz 1 entsprechend.	
(9) Die Bundesnetzagentur kann den Entwurf einer Regulierungsverfügung nach § 13 jederzeit zurückziehen.	
§ 15	§ 15
Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung	Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung
(1) Werden der Bundesnetzagentur Tatsachen bekannt oder bekannt gemacht, prüft sie innerhalb von sechs Wochen, ob diese Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Ergebnisse von Marktdefinition und Marktanalyse nach den §§ 10 und 11 nicht mehr den tatsächlichen Marktgegebenheiten entsprechen und	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
eine Überprüfung der Ergebnisse zu erfolgen hat. Die §§ 10 bis 14 finden im Falle der Überprüfung der Ergebnisse der §§ 10 und 11 entsprechende Anwendung.	
(2) Stellt die Bundesnetzagentur innerhalb der Sechswochenfrist nach Absatz 1 Satz 1 fest, dass	(2) Stellt die Bundesnetzagentur innerhalb der Sechswochenfrist nach Absatz 1 Satz 1 fest, dass
1. die Tatsachen nach Absatz 1 nicht bedeutend genug sind, um eine neue Marktdefinition und Marktanalyse notwendig zu machen und	1. u n v e r ä n d e r t
2. die dem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auferlegten Verpflichtungen nicht mehr den in § 13 Absatz 1 genannten Bedingungen entsprechen,	2. u n v e r ä n d e r t
kann sie bestehende Verpflichtungen im Verfahren nach § 14 ändern oder widerrufen oder neue Verpflichtungen auferlegen. Satz 1 findet insbesondere Anwendung, wenn das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht für verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen nach § 17 Absatz 3 vorgelegt oder wenn die Bundesnetzagentur nach § 19 Absatz 6 feststellt, dass das Unternehmen die für verbindlich erklärten Verpflichtungszusagen nicht eingehalten hat.	kann sie bestehende Verpflichtungen im Verfahren nach § 14 ändern oder widerrufen oder neue Verpflichtungen auferlegen. Satz 1 findet insbesondere Anwendung, wenn das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht für verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen nach § 19 Absatz 1 vorgelegt hat oder wenn die Bundesnetzagentur nach § 19 Absatz 6 feststellt, dass das Unternehmen die für verbindlich erklärten Verpflichtungszusagen nicht eingehalten hat.
(3) Außer in den Fällen der Absätze 1 und 4 legt die Bundesnetzagentur spätestens alle fünf, jedoch nicht vor Ablauf von drei Jahren nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Marktdefinition und Marktanalyse nach § 12 Absatz 6 einen neuen Entwurf der Ergebnisse der Marktdefinition und Marktanalyse vor. Die Bundesnetzagentur kann diese Frist ausnahmsweise um ein Jahr verlängern. Hierzu meldet sie der Kommission vier Monate vor Ende der Fünfjahresfrist einen mit Gründen versehenen Vorschlag zur Verlängerung. Wenn die Kommission innerhalb eines Monats nach der Meldung des Verlängerungsvorschlags durch die Bundesnetzagentur keine Einwände erhoben hat, gilt die beantragte verlängerte Überprüfungsfrist.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Hat sich die Empfehlung nach Artikel 64 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 geändert, sind bei Märkten, zu denen die Kommission keine vorherige Vorlage nach § 12 Absatz 2 erhalten hat, die Entwürfe der Marktdefinition und Marktanalyse nach den §§ 10 und 11 und der Regulierungsverfügung nach § 13 innerhalb von drei Jahren nach Verabschiedung der Änderung der Empfehlung nach den Verfahren der §§ 12 und 14 vorzulegen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Hat die Bundesnetzagentur die Marktdefinition und Marktanalyse nach den §§ 10 und 11 im Hinblick auf einen relevanten Markt, der in der jeweils gel-	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
tenden Fassung der Empfehlung (EU) 2020/2245 festgelegt ist, nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeschlossen oder zweifelt die Bundesnetzagentur an deren fristgemäßem Abschluss, so kann sie das GEREK um Unterstützung bei der Fertigstellung der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung ersuchen. Im Falle eines solchen Ersuchens legt die Bundesnetzagentur der Kommission die Entwürfe der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung im Verfahren nach § 12 Absatz 2 innerhalb von sechs Monaten vor, nachdem das GEREK mit seiner Unterstützung begonnen hat.	
§ 16	§ 16
Verfahren bei sonstigen marktrelevanten Maßnahmen	u n v e r ä n d e r t
Außer in den Fällen der §§ 10, 11 und 13 hat die Bundesnetzagentur bei allen Maßnahmen, die beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt haben, vor einer Entscheidung das Verfahren nach § 12 Absatz 1 durchzuführen, soweit nicht gesetzlich abweichend geregelt. § 12 Absatz 7 gilt entsprechend.	
§ 17	§ 17
Verwaltungsvorschriften zu Regulierungsgrundsätzen und Anträge auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze mit sehr hoher Kapazität	Verwaltungsvorschriften zu Regulierungsgrundsätzen und Anträge auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze mit sehr hoher Kapazität
(1) Zur Verfolgung eines einheitlichen Regulierungskonzepts im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 1 kann die Bundesnetzagentur Verwaltungsvorschriften zu ihren grundsätzlichen Herangehensweisen und Methoden erlassen für	(1) u n v e r ä n d e r t
1. die Marktdefinition nach § 10,	
2. die Marktanalyse nach § 11 und	
3. die Regulierungsverfügung nach § 13.	
(2) Zur Förderung effizienter Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 4 kann die Bundesnetzagentur im Hinblick auf eine Regulierungsverfügung nach § 13 oder eine <i>Zugangsvereinbarung</i> nach § 23 Verwaltungsvorschriften zu den grundsätzlichen regulatorischen Anforderungen an die Berücksichtigung folgender Aspekte erlassen:	(2) Zur Förderung effizienter Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 4 kann die Bundesnetzagentur im Hinblick auf eine Regulierungsverfügung nach § 13 oder eine Verpflichtung nach § 22 Absatz 1 Verwaltungsvorschriften zu den grundsätzlichen regulatorischen Anforderungen an die Berücksichtigung folgender Aspekte erlassen:

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. Investitionsrisiken bei Projekten zur Errichtung von Netzen mit sehr hoher Kapazität und	1. u n v e r ä n d e r t
2. kommerzielle Vereinbarungen zur Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren untereinander sowie zwischen Investoren und Zugangsnachfragern bei Projekten zur Errichtung von Netzen mit sehr hoher Kapazität.	2. u n v e r ä n d e r t
Dies umfasst insbesondere Anforderungen an die Methodik zur Bestimmung der Anforderungen an die Ausgestaltung der Zugangs- und Entgeltkonditionen. Sofern die Anforderungen von wesentlicher und allgemeiner Bedeutung für den Markt sind, soll die Bundesnetzagentur Verwaltungsvorschriften nach Satz 1 erlassen.	Dies umfasst insbesondere Anforderungen an die Methodik zur Bestimmung der Anforderungen an die Ausgestaltung der Zugangs- und Entgeltkonditionen. Sofern die Anforderungen von wesentlicher und allgemeiner Bedeutung für den Markt sind, soll die Bundesnetzagentur Verwaltungsvorschriften nach Satz 1 erlassen.
(3) Für den Erlass der Verwaltungsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 entsprechend.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur erteilt einem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze, der einen Auf- und Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität plant oder vornimmt, auf dessen Antrag für eine konkret bezeichnete Region eine Auskunft über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen oder Maßnahmen nach diesem Teil.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Hat die Auskunft nach Absatz 4 Auswirkungen auf die Ergebnisse der Marktdefinition und der Marktanalyse nach den §§ 10 und 11, gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 entsprechend. Hat die Auskunft Auswirkungen auf Maßnahmen nach § 13, gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 14 entsprechend.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 18	§ 18
Verpflichtungszusagen	Verpflichtungszusagen
(1) Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht können der Bundesnetzagentur zu den für ihre Telekommunikationsnetze geltenden Zugangs- oder Ko-Investitionsbedingungen Verpflichtungszusagen vorlegen, damit die Bundesnetzagentur über eine Verbindlichkeitserklärung nach § 19 entscheiden kann; die Verpflichtungszusagen können sich insbesondere auf Folgendes beziehen:	(1) u n v e r ä n d e r t
1. kommerzielle Vereinbarungen, die in Bezug auf die Bewertung geeigneter und angemessener Verpflichtungen nach § 13 relevant sind;	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. Ko-Investitionsangebote betreffend die Errichtung von Netzen mit sehr hoher Kapazität, die bis zu den Gebäuden des Endnutzers oder der Basisstation aus Glasfaserkomponenten bestehen, oder	
3. Zugang für Dritte nach § 32, sowohl während des Umsetzungszeitraums als auch nach vollständiger Umsetzung einer freiwilligen funktionellen Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen.	
Das Unternehmen veröffentlicht die nach Satz 1 vorgelegten Verpflichtungszusagen zugleich auf seiner Internetseite.	
(2) Verpflichtungszusagen müssen fair, angemessen, nichtdiskriminierend und für alle Marktteilnehmer offen sein. Die Bundesnetzagentur prüft die vorgelegten Verpflichtungszusagen im Marktprüfungsverfahren nach § 19, es sei denn, die vorgelegten Verpflichtungszusagen erfüllen eine oder mehrere relevante Bedingungen offenkundig nicht.	(2) Verpflichtungszusagen müssen fair, angemessen, nichtdiskriminierend und für alle Marktteilnehmer offen sein. Die Bundesnetzagentur prüft die vorgelegten Verpflichtungszusagen im Marktprüfungsverfahren nach § 19, es sei denn, die vorgelegten Verpflichtungszusagen erfüllen eine oder mehrere relevante Bedingungen offenkundig nicht. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt in ihrer Prüfung insbesondere, ob die vorgelegten Verpflichtungszusagen Bedingungen umfassen, die eine Gleichwertigkeit des Zugangs nach § 24 Absatz 2 gewährleisten.
(3) Verpflichtungszusagen für Ko-Investitionsangebote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 müssen folgende Anforderungen erfüllen:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. das Ko-Investitionsangebot steht Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zu jedem Zeitpunkt während der Lebensdauer des Telekommunikationsnetzes offen;	
2. die Konditionen des Ko-Investitionsangebots ermöglichen es anderen Ko-Investoren, die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste sind, auf den nachgelagerten Märkten, in denen das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht tätig ist, langfristig wirksam und nachhaltig im Wettbewerb zu bestehen; dies umfasst	
a) faire, angemessene und nichtdiskriminierende Bedingungen, die den Zugang zur Kapazität des Netzes in vollem, mindestens aber der Ko-Investition entsprechendem Umfang sichern;	
b) Flexibilität hinsichtlich Umfang und Zeitpunkt der Beteiligung der einzelnen Ko-Investoren, einschließlich der Möglichkeit, den	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Umfang der Beteiligung zukünftig auszuweiten und die im Rahmen der Ko-Investitionen übernommenen Rechte und Pflichten auf Dritte zu übertragen;	
c) die Gewährung gleicher wechselseitiger Rechte durch die Ko-Investoren nach Abschluss der Errichtung der von der Ko-Investition umfassten Infrastruktur, einschließlich der Gewährung gegenseitigen Zugangs;	
3. das Ko-Investitionsangebot ist transparent und wird durch das marktmächtige Unternehmen rechtzeitig, spätestens aber sechs Monate vor Beginn der Errichtung des von der Ko-Investition umfassten Telekommunikationsnetzes öffentlich auf seinen Internetseiten verfügbar gemacht;	
4. die Konditionen des Zugangs für nicht an der Ko-Investition beteiligte Unternehmen ermöglichen es Zugangsnachfragern auf den nachgelagerten Märkten, in denen das marktmächtige Unternehmen tätig ist, langfristig wirksam und nachhaltig im Wettbewerb zu bestehen; dies umfasst faire, angemessene und nichtdiskriminierende Bedingungen des Zugangs, die mindestens die Qualität, die Geschwindigkeit und die Endnutzerreichweite aufweisen wie vor Errichtung der von der Ko-Investition umfassten Infrastruktur sowie einen Anpassungsmechanismus, der solche Bedingungen mit Blick auf die Entwicklung der Endkundenmärkte auch langfristig absichert.	
Die Bundesnetzagentur trägt hierbei den Leitlinien, die das GEREK nach Artikel 76 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2018/1972 veröffentlicht, weitestgehend Rechnung.	
(4) Verpflichtungszusagen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 müssen einen effektiven und nichtdiskriminierenden Zugang für Dritte sowohl während des Umsetzungszeitraums als auch nach vollständiger Umsetzung einer freiwilligen funktionellen Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen gewährleisten.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 19	§ 19
Marktprüfungsverfahren für Verpflichtungszusagen	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur erklärt Verpflichtungszusagen des Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht regelmäßig für den angebotenen Zeitraum ganz oder teilweise durch Beschluss für verbindlich,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
wenn sie die jeweils anzuwendenden Bedingungen des § 18 erfüllen. Verpflichtungszusagen nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 sind abweichend von Satz 1 für mindestens sieben Jahre für verbindlich zu erklären.	
(2) Die Bundesnetzagentur gibt den interessierten Parteien Gelegenheit, zu den nach § 18 Absatz 1 vorgelegten Verpflichtungszusagen in der Regel innerhalb eines Monats Stellung zu nehmen.	
(3) Die Bundesnetzagentur teilt dem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht innerhalb von sechs Wochen nach Ablauf der Stellungnahmefrist nach Absatz 2 eine vorläufige Bewertung der vorgelegten Verpflichtungszusagen mit. Genügen diese den jeweils anzuwendenden Bedingungen des § 18 nicht, teilt die Bundesnetzagentur dies dem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht mit.	
(4) Nach Mitteilung der vorläufigen Bewertung durch die Bundesnetzagentur kann das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht die ursprünglich vorgelegten Verpflichtungszusagen innerhalb von sechs Wochen ändern, um der vorläufigen Bewertung der Bundesnetzagentur Rechnung zu tragen. Die Bundesnetzagentur prüft, ob die geänderten Verpflichtungszusagen die jeweils anzuwendenden Bedingungen des § 18 erfüllen und erklärt diese gegebenenfalls nach Absatz 2 für verbindlich. Im Falle wesentlicher Änderungen ist den interessierten Parteien im Rahmen der Prüfung nach Satz 2 erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.	
(5) Die Bundesnetzagentur prüft zwölf Monate vor Ablauf des Geltungszeitraums von für verbindlich erklärten Verpflichtungszusagen eine Verlängerung der Laufzeit.	
(6) Die Bundesnetzagentur überwacht und gewährleistet die Einhaltung der von ihr nach Absatz 1 für verbindlich erklärten Verpflichtungszusagen. Sie kann das marktmächtige Unternehmen zu diesem Zweck auffordern, jährliche Konformitätserklärungen abzugeben.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Abschnitt 2	Abschnitt 2
Zugangsregulierung	Zugangsregulierung
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Allgemeine Zugangsvorschriften	Allgemeine Zugangsvorschriften
§ 20	§ 20
Verhandlungen über Zugang und Zusammenschaltung	Verhandlungen über Zugang und Zusammenschaltung
(1) <i>Unternehmen</i> sind berechtigt und auf Verlangen anderer Unternehmen verpflichtet, mit <i>anderen Unternehmen</i> über ein Angebot auf Zugang und Zusammenschaltung zu verhandeln, um die Kommunikation der Nutzer, die Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten sowie deren Interoperabilität im gesamten Gebiet der Europäischen Union zu gewährleisten.	(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind berechtigt und auf Verlangen anderer Unternehmen verpflichtet, mit diesen über ein Angebot auf Zugang und Zusammenschaltung zu verhandeln, um die Kommunikation der Nutzer, die Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten sowie deren Interoperabilität im gesamten Gebiet der Europäischen Union zu gewährleisten.
(2) Informationen, die bei oder nach Verhandlungen oder Vereinbarungen über Zugang und Zusammenschaltung nach Absatz 1 gewonnen werden, dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie bereitgestellt werden. Die Informationen dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden, insbesondere nicht an andere Abteilungen, Tochtergesellschaften oder Geschäftspartner der an den Verhandlungen Beteiligten.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Bundesnetzagentur kann auf Antrag Beteiligter nach Absatz 1 als neutraler Vermittler in den Verhandlungen eingesetzt werden, sofern die Wettbewerbslage dies erfordert.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 21	§ 21
Zugangsverpflichtung und Zusammenschaltung bei Kontrolle über Zugang zu Endnutzern	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen, die den Zugang zu Endnutzern kontrollieren,	
1. verpflichten, ihre Telekommunikationsnetze mit denen anderer Unternehmen zusammenzuschalten, soweit dies erforderlich ist, um die durchgehende Konnektivität und die Bereitstellung von	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Diensten sowie deren Interoperabilität zu gewährleisten;	
2. weitere Verpflichtungen auferlegen, soweit dies zur Gewährleistung der durchgehenden Konnektivität oder zur Gewährleistung der Interoperabilität erforderlich ist.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Telekommunikationsdienste verpflichten, ihre Dienste interoperabel zu machen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:	
1. die nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdienste weisen eine nennenswerte Abdeckung und Nutzerbasis auf;	
2. die durchgehende Konnektivität zwischen Endnutzern ist wegen mangelnder Interoperabilität zwischen interpersonellen Telekommunikationsdiensten bedroht;	
3. die Verpflichtungen sind zur Gewährleistung der durchgehenden Konnektivität zwischen Endnutzern erforderlich und	
4. die Kommission hat Durchführungsmaßnahmen nach Artikel 61 Absatz 2 Unterabsatz 2 Buchstabe ii der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlassen.	
(3) Die Bundesnetzagentur kann Betreiber verpflichten, zu fairen, ausgewogenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen Zugang zu Anwendungs-Programmierschnittstellen und elektronischen Programmführern zu gewähren, soweit dies zur Gewährleistung des Zugangs der Endnutzer zu digitalen Hörfunk- und Fernsehdiensten sowie damit verbundenen ergänzenden Diensten erforderlich ist.	
(4) Die Maßnahmen der Bundesnetzagentur nach den Absätzen 1 bis 3 müssen fair, objektiv, transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein.	
(5) Für die nach den Absätzen 1 bis 3 auferlegten Maßnahmen gelten die Verfahren des § 14 entsprechend. Die Bundesnetzagentur überprüft die erlassenen Maßnahmen innerhalb von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer Auferlegung auf deren Wirksamkeit und darauf, ob deren Änderung oder Aufhebung angemessen wäre.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 22	§ 22
Zugangsverpflichtung bei Hindernissen der Replizierbarkeit	Zugangsverpflichtung bei Hindernissen der Replizierbarkeit
(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen verpflichten, anderen Unternehmen Zugang zu ihrem Netz an einem Punkt jenseits des ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkts, welcher möglichst endnutzernah liegt, zu gewähren, wenn	(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen verpflichten, anderen Unternehmen Zugang zu ihrem Netz an einem Punkt jenseits des ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkts, welcher möglichst endnutzernah liegt, zu gewähren, wenn
1. die Verpflichtung erforderlich ist, um beträchtliche und anhaltende wirtschaftliche oder physische Hindernisse für eine Replizierbarkeit von Netzelementen, die einer bestehenden oder sich abzeichnenden Marktsituation mit erheblichen Einschränkungen der Wettbewerbsergebnisse für die Endnutzer zugrunde liegen, zu beseitigen und	1. u n v e r ä n d e r t
2. Verpflichtungen nach § 148 Absatz 6 betreffend den Zugang in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt sowie Verpflichtungen nach § 13 Absatz 1 nicht ausreichen.	2. Verpflichtungen nach § 149 Absatz 6 betreffend den Zugang in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt sowie Verpflichtungen nach § 13 Absatz 1 nicht ausreichen.
Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen verpflichten, Zugang zu insbesondere aktiven oder virtuell entbündelten Produkten zu gewähren. Die Bundesnetzagentur legt den Punkt für den Zugang mit der Maßgabe fest, dass dadurch einem effizienten Zugangsnachfrager die Abnahme einer wirtschaftlich tragfähigen Anzahl von Endnutzeranschlüssen ermöglicht wird.	Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen verpflichten, Zugang zu insbesondere aktiven oder virtuell entbündelten Produkten zu gewähren. Die Bundesnetzagentur legt den Punkt für den Zugang mit der Maßgabe fest, dass dadurch einem effizienten Zugangsnachfrager die Abnahme einer wirtschaftlich tragfähigen Anzahl von Endnutzeranschlüssen ermöglicht wird.
(2) Die Bundesnetzagentur erlegt einem Unternehmen in den folgenden Fällen keine Zugangsverpflichtungen nach Absatz 1 auf:	(2) Die Bundesnetzagentur erlegt einem Unternehmen in den folgenden Fällen keine Zugangsverpflichtungen nach Absatz 1 auf:
1. für ein Netz mit sehr hoher Kapazität, wenn das Unternehmen	1. u n v e r ä n d e r t
a) ein ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätiges Unternehmen im Sinne von § 33 ist und	
b) tragfähige Zugangsalternativen zu fairen, nichtdiskriminierenden und angemessenen Bedingungen anbietet;	
2. die wirtschaftliche oder finanzielle Tragfähigkeit des Aufbaus neuer <i>Telekommunikationsetze</i> insbesondere im Rahmen kleiner lokaler Projekte würde durch die Zugangsverpflichtung gefährdet.	2. die wirtschaftliche oder finanzielle Tragfähigkeit des Aufbaus neuer Telekommunikationsnetze insbesondere im Rahmen kleiner lokaler Projekte würde durch die Zugangsverpflichtung gefährdet.
Abweichend von Satz 1 Nummer 1 kann die Bundesnetzagentur Verpflichtungen nach Absatz 1 auferlegen,	Abweichend von Satz 1 Nummer 1 kann die Bundesnetzagentur Verpflichtungen nach Absatz 1 auferle-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
wenn das Unternehmen den Aufbau des Telekommunikationsnetzes mit sehr hoher Kapazität mit öffentlichen Mitteln finanziert. Die Bundesnetzagentur kann für andere als die in Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a genannten Unternehmen von Zugangsverpflichtungen absehen, wenn diese zu fairen, nichtdiskriminierenden und angemessenen Bedingungen Zugang zu einem Netz mit sehr hoher Kapazität gewähren.	gen, wenn das Unternehmen den Aufbau des Telekommunikationsnetzes mit sehr hoher Kapazität mit öffentlichen Mitteln finanziert. Die Bundesnetzagentur kann für andere als die in Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a genannten Unternehmen von Zugangsverpflichtungen absehen, wenn diese zu fairen, nichtdiskriminierenden und angemessenen Bedingungen Zugang zu einem Netz mit sehr hoher Kapazität gewähren.
(3) Die Maßnahmen nach Absatz 1 müssen fair, objektiv, transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Für die nach den Absätzen 1 und 2 Satz 2 auferlegten Maßnahmen gelten die Verfahren des § 14 entsprechend. Für die Prüfung der Bundesnetzagentur nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, ob beträchtliche und anhaltende wirtschaftliche oder physische Hindernisse für eine Replizierbarkeit von Netzelementen vorliegen, finden die Fristen des § 14 Absatz 1 entsprechende Anwendung. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt bei der Auferlegung der Maßnahmen weitestgehend die Leitlinien des GEREK nach Artikel 61 Absatz 3 Unterabsatz 5 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2018/1972. Sie prüft die erlassenen Maßnahmen innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Auferlegung auf deren Wirksamkeit und darauf, ob deren Änderung oder Aufhebung angemessen wäre.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 23	§ 23
Zugangsvereinbarungen bei Kontrolle über Zugang zu Endnutzern oder bei Hindernissen der Replizierbarkeit	u n v e r ä n d e r t
(1) Ein Unternehmen, dem eine Verpflichtung nach § 21 oder § 22 auferlegt worden ist, hat anderen Unternehmen, die diese Zugangsleistung nachfragen, um Telekommunikationsdienste anbieten zu können, unverzüglich, spätestens aber drei Monate nach Auferlegung der Zugangsverpflichtung, einen entsprechenden Zugang anzubieten.	
(2) Zugangsvereinbarungen nach Absatz 1 sind der Bundesnetzagentur vorzulegen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht	Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht
§ 24	§ 24
Diskriminierungsverbot	Diskriminierungsverbot
(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, dass Zugangsvereinbarungen auf objektiven Maßstäben beruhen, nachvollziehbar sein, einen gleichwertigen Zugang gewährleisten und den Geboten der Chancengleichheit und Billigkeit genügen müssen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, allen Unternehmen, einschließlich sich selbst, Zugangsprodukte und -dienste mit den gleichen Fristen und zu <i>gleichwertigen</i> Bedingungen, auch im Hinblick auf Entgelte und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung zu stellen, um einen gleichwertigen Zugang im Sinne von Absatz 1 zu gewährleisten.	(2) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, allen Unternehmen, einschließlich sich selbst, Zugangsprodukte und -dienste mit den gleichen Fristen und zu gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Entgelte und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung zu stellen, um einen gleichwertigen Zugang im Sinne von Absatz 1 zu gewährleisten.
§ 25	§ 25
Transparenzverpflichtung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, alle für den Zugang benötigten Informationen zu veröffentlichen, insbesondere	
1. zur Buchführung,	
2. zu Entgelten,	
3. zu technischen Spezifikationen,	
4. zu Netzmerkmalen und	
5. zu Bereitstellungs- und Nutzungsbedingungen, einschließlich aller Bedingungen, die den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen ändern, insbesondere aufgrund der Migration von herkömmlichen Infrastrukturen.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann einem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht vorschreiben,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
welche Informationen in welcher Form zur Verfügung zu stellen sind, soweit dies verhältnismäßig ist.	
(3) Die Bundesnetzagentur kann ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, Zugangsvereinbarungen ohne gesonderte Aufforderung in einer öffentlichen und einer vertraulichen Fassung vorzulegen. Sofern Zugangsvereinbarungen nicht mehr bestehen, teilt das Unternehmen dies der Bundesnetzagentur mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht, wann und wo Nachfrager nach Zugangsleistungen die nach Satz 1 vorgelegte öffentliche Fassung einer Zugangsvereinbarung einsehen können.	
§ 26	§ 26
Zugangsverpflichtungen	Zugangsverpflichtungen
(1) Die Bundesnetzagentur kann ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, anderen Unternehmen Zugang zu gewähren, wenn anderenfalls die Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Endkundenmarktes behindert würde und die Interessen der Endnutzer beeinträchtigt würden.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Bei der Prüfung, ob und welche Zugangsverpflichtungen nach Absatz 1 gerechtfertigt sind und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen nach § 2 stehen, prüft die Bundesnetzagentur, ob <i>bereits oder absehbar auferlegte Verpflichtungen nach diesem Teil oder bereits abgeschlossene oder angebotene kommerzielle Zugangsvereinbarungen im betreffenden oder in einem verbundenen Vorleistungsmarkt zur Sicherstellung der in § 2 genannten Ziele ausreichen. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt insbesondere</i>	(2) Bei der Prüfung, ob und welche Zugangsverpflichtungen nach Absatz 1 gerechtfertigt sind und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen nach § 2 stehen, prüft die Bundesnetzagentur, ob
	1. bereits oder absehbar auferlegte Verpflichtungen nach diesem Teil oder bereits abgeschlossene oder angebotene kommerzielle Zugangsvereinbarungen im betreffenden oder in einem verbundenen Vorleistungsmarkt und
	2. die bloße Auferlegung von Verpflichtungen nach Absatz 3 Nummer 10
	zur Sicherstellung der in § 2 genannten Ziele ausreichen. Dabei berücksichtigt die Bundesnetzagentur insbesondere:
1. die technische und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Nutzung oder Installation konkurrierender Einrichtungen angesichts des Tempos der Marktentwicklung, wobei die Art und der Typ der Zusammenschaltung und des Zugangs berücksichtigt	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
werden, einschließlich der Tragfähigkeit anderer vorgelagerter Zugangsprodukte;	
2. die Möglichkeit der Gewährung des vorgeschlagenen Zugangs angesichts der verfügbaren Kapazität;	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Anfangsinvestitionen des Eigentümers der Einrichtung unter Berücksichtigung etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und der Investitionsrisiken, insbesondere solcher Risiken, die mit Investitionen in Netze mit <i>besonders</i> hoher Kapazität verbunden sind;	3. die Anfangsinvestitionen des Eigentümers der Einrichtung unter Berücksichtigung etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und der Investitionsrisiken, insbesondere solcher Risiken, die mit Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität verbunden sind;
4. die Notwendigkeit zur langfristigen Sicherung des Wettbewerbs unter besonderer Berücksichtigung eines wirtschaftlich effizienten Infrastrukturwettbewerbs und innovativer Geschäftsmodelle;	4. u n v e r ä n d e r t
5. gewerbliche Schutzrechte oder Rechte an geistigem Eigentum;	5. u n v e r ä n d e r t
6. die Bereitstellung unionsweiter Dienste und	6. u n v e r ä n d e r t
7. die zu erwartende technische Entwicklung von Netzgestaltung und Netzmanagement.	7. u n v e r ä n d e r t
(3) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, unter Beachtung von Absatz 1 unter anderem folgende Verpflichtungen auferlegen:	(3) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, unter Beachtung von Absatz 1 unter anderem folgende Verpflichtungen auferlegen:
1. Zugang zu bestimmten physischen Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen einschließlich des physisch entbündelten Zugangs zum Teilnehmeranschluss zu gewähren;	1. u n v e r ä n d e r t
2. bereits gewährten Zugang zu Einrichtungen nicht nachträglich zu verweigern;	2. u n v e r ä n d e r t
3. Zugang zu bestimmten aktiven oder virtuellen Netzkomponenten und -diensten, einschließlich des virtuell entbündelten Breitbandzugangs, zu gewähren;	3. u n v e r ä n d e r t
4. bestimmte notwendige Voraussetzungen für die Interoperabilität <i>der durchgehenden Konnektivität</i> oder für Roaming in Mobilfunknetzen zu schaffen;	4. bestimmte notwendige Voraussetzungen für die Interoperabilität durchgehender Nutzerdienste oder für Roaming in Mobilfunknetzen zu schaffen;
5. Zugang zu Systemen für die Betriebsunterstützung oder ähnlichen Softwaresystemen, die zur Gewährleistung eines chancengleichen Wettbewerbs bei der Bereitstellung von Diensten notwendig sind, unter Sicherstellung der Effizienz bestehender Einrichtungen zu gewähren;	5. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
6. Zugang zu zugehörigen Diensten wie einem Identitäts-, Standort- und Präsenzdienst zu gewähren;	6. u n v e r ä n d e r t
7. Zusammenschaltung von öffentlichen Telekommunikationsnetzen zu ermöglichen;	7. u n v e r ä n d e r t
8. offenen Zugang zu technischen Schnittstellen, Protokollen oder anderen Schlüsseltechnologien, die für die Interoperabilität von Diensten oder <i>Diensten</i> für virtuelle Telekommunikationsnetze unentbehrlich sind, zu gewähren;	8. offenen Zugang zu technischen Schnittstellen, Protokollen oder anderen Schlüsseltechnologien, die für die Interoperabilität von Diensten oder für Dienste für virtuelle Telekommunikationsnetze unentbehrlich sind, zu gewähren;
9. Kollokation oder andere Formen der gemeinsamen Nutzung von zugehörigen Einrichtungen zu ermöglichen sowie den Nachfragern oder deren Beauftragten jederzeit Zutritt zu diesen Einrichtungen zu gewähren und	9. u n v e r ä n d e r t
10. Zugang zu baulichen Anlagen zu gewähren, auch dann, wenn diese nicht Teil des sachlich relevanten Marktes nach § 10 sind, sofern die Zugangsverpflichtung im Hinblick auf das in der Marktanalyse nach § 11 festgestellte Problem erforderlich und angemessen ist.	10. Zugang zu baulichen Anlagen, wozu unter anderem Gebäude oder Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Pfähle, Masten, Leitungsrohre, Leerrohre, Kontrollkammern, Einstiegsschächte und Verteilerkästen gehören , zu gewähren, auch dann, wenn diese nicht Teil des sachlich relevanten Marktes nach § 10 sind, sofern die Zugangsverpflichtung im Hinblick auf das in der Marktanalyse nach § 11 festgestellte Problem erforderlich und angemessen ist.
(4) Weist ein Unternehmen nach, dass durch die Inanspruchnahme der Leistung die Aufrechterhaltung der Netzintegrität oder die Sicherheit des Netzbetriebs gefährdet würde, erlegt die Bundesnetzagentur die betreffende Zugangsverpflichtung nicht oder in anderer Form auf. Die Aufrechterhaltung der Netzintegrität und die Sicherheit des Netzbetriebs sind nach objektiven Maßstäben zu beurteilen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Wenn die Bundesnetzagentur einem Unternehmen die <i>Verpflichtung</i> auferlegt, <i>den Zugang bereitzustellen</i> , kann sie technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Telekommunikationsnetzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zugrunde zu legen, müssen mit den nach Artikel 39 der Richtlinie (EU) 2018/1972 festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.	(5) Wenn die Bundesnetzagentur einem Unternehmen eine Zugangsverpflichtung auferlegt, kann sie technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Telekommunikationsnetzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zugrunde zu legen, müssen mit den nach Artikel 39 der Richtlinie (EU) 2018/1972 festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.
(6) Im Rahmen der Erfüllung der Zugangsverpflichtungen sind Nutzungsmöglichkeiten von Zugangsleistungen sowie Kooperationsmöglichkeiten	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
zwischen den zum Zugang berechtigten Unternehmen zuzulassen, es sei denn, ein Unternehmen weist im Einzelfall nach, dass eine Nutzungsmöglichkeit oder eine Kooperation aus technischen Gründen nicht oder nur eingeschränkt möglich ist.	
§ 27	§ 27
Verpflichtungen zur einheitlichen Rechnungsstellung und Inkasso	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, Dienstleistungen im Bereich der einheitlichen Rechnungsstellung sowie zur Entgegennahme oder zum ersten Einzug von Zahlungen nach Maßgabe der folgenden Absätze zu gewähren.	
(2) Soweit der Endnutzer mit anderen Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nicht etwas anderes vereinbart, hat ihm der Rechnungsersteller eine Rechnung zu erstellen, die unabhängig von der Tarifgestaltung auch die Entgelte für Telekommunikationsdienstleistungen und telekommunikationsgestützte Dienste anderer Anbieter ausweist, die über den Netzzugang des Endnutzers in Anspruch genommen werden. Die Zahlung an den Rechnungsersteller für diese Entgelte erfolgt einheitlich für die gesamte in Anspruch genommene Leistung wie für dessen Forderungen.	
(3) Die folgenden Verpflichtungen können nicht auferlegt werden:	
1. eine Verpflichtung zur Rechnungserstellung für	
a) zeitunabhängig tarifierte Leistungen im Sinne von Absatz 2 Satz 1 mit Entgelten über 10 Euro,	
b) zeitabhängig tarifierte telekommunikationsgestützte Dienste jeweils mit Entgelten über 2 Euro pro Minute und	
c) alle Dienste, für die ein Legitimationsverfahren erforderlich ist;	
2. eine Verpflichtung zur Reklamationsbearbeitung der für Dritte abgerechneten Leistungen;	
3. eine Verpflichtung zur Mahnung und	
4. eine Verpflichtung zur Durchsetzung der Forderungen Dritter.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) Der Rechnungsersteller hat den Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste den Namen, die Anschrift und die Anschlusskennung des Schuldners zu übermitteln, soweit dies für die Zwecke der Reklamationsbearbeitung, der Mahnung sowie der Durchsetzung von Forderungen für Leistungen im Sinne von Absatz 2 Satz 1 erforderlich ist.	
(5) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste haben dem Rechnungsersteller gegenüber sicherzustellen, dass ihm keine Datensätze für Leistungen zur Abrechnung übermittelt werden, die nicht den gesetzlichen Regelungen entsprechen. Der Rechnungsersteller trägt weder die Verantwortung noch haftet er für die für Dritte abgerechneten Leistungen.	
(6) Der Rechnungsersteller hat in seinen Mahnungen deutlich hervorgehoben anzugeben, dass der Kunde nicht nur den Mahnbetrag, sondern auch den gegebenenfalls höheren, ursprünglichen Rechnungsbetrag mit befreiender Wirkung an den Rechnungsersteller zahlen kann.	
(7) Nach Absatz 1 auferlegte Verpflichtungen finden keine Anwendung, sofern der Rechnungsersteller eine Vereinbarung mit dem überwiegenden Teil des insoweit relevanten Marktes der von ihren Anschlusskunden auswählbaren Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste abgeschlossen hat und auch anderen Anbietern, die nicht an einer solchen Vereinbarung beteiligt sind, diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Dienstleistungen nach den in der Vereinbarung niedergelegten Bedingungen gewährt.	
§ 28	§ 28
Zugangsvereinbarungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, dem eine Zugangsverpflichtung nach § 26 oder § 27 auferlegt worden ist, hat gegenüber anderen Unternehmen, die diese Leistung nachfragen, um Telekommunikationsdienste erbringen zu können, unverzüglich, spätestens aber drei Monate nach Auferlegung der Zugangsverpflichtung, einen entsprechenden Zugang anzubieten.	
(2) Zugangsvereinbarungen nach Absatz 1 sind der Bundesnetzagentur vorzulegen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 29	§ 29
Standardangebot	Standardangebot
(1) Die Bundesnetzagentur kann ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, ein Standardangebot für die folgenden Zugangsleistungen zu veröffentlichen:	(1) u n v e r ä n d e r t
1. Zugangsleistungen, deren Gewährung dem Unternehmen nach § 26 auferlegt wurde und	
2. Zugangsleistungen, für die eine allgemeine Nachfrage besteht.	
(2) Sofern die Bundesnetzagentur ein Unternehmen zur Veröffentlichung eines Standardangebots verpflichtet hat, hat das Unternehmen innerhalb von drei Monaten ab Inkrafttreten der Verpflichtung den Entwurf eines Standardangebots vorzulegen, der eine Produktbeschreibung und Bereitstellungs- und Nutzungsbedingungen, einschließlich der Entgelte, enthält. Satz 1 gilt nicht, wenn bereits ein Standardangebot festgelegt und dessen Mindestlaufzeit noch nicht abgelaufen ist. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht den vorgelegten Entwurf auf ihrer Internetseite und gibt den Beteiligten nach der Veröffentlichung Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Bundesnetzagentur prüft, ob der nach Absatz 2 vorgelegte Entwurf des Standardangebots den <i>Anforderungen von</i> Chancengleichheit, Billigkeit und Rechtzeitigkeit entspricht und so umfassend ist, dass er von den einzelnen Nachfragern ohne weitere Verhandlungen angenommen werden kann. Sie trägt dabei den Leitlinien des GEREK über die Mindestkriterien für Standardangebote nach Artikel 69 Absatz 4 Satz 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 weitestmöglich Rechnung.	(3) Die Bundesnetzagentur prüft, ob der nach Absatz 2 vorgelegte Entwurf des Standardangebots den Kriterien der Chancengleichheit, Billigkeit und Rechtzeitigkeit entspricht und so umfassend ist, dass er von den einzelnen Nachfragern ohne weitere Verhandlungen angenommen werden kann. Sie trägt dabei den Leitlinien des GEREK über die Mindestkriterien für Standardangebote nach Artikel 69 Absatz 4 Satz 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 weitestmöglich Rechnung.
(4) Genügt der nach Absatz 2 vorgelegte Entwurf des Standardangebots den Anforderungen des Absatzes 3, legt die Bundesnetzagentur das Standardangebot fest und versieht es mit einer Mindestlaufzeit. Anderenfalls fordert die Bundesnetzagentur das Unternehmen auf, innerhalb einer angemessenen Frist einen überarbeiteten Entwurf vorzulegen. Die Bundesnetzagentur kann diese Aufforderung verbinden mit Vorgaben für einzelne Bedingungen, einschließlich Vertragsstrafen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht den nach Absatz 4 Satz 2 überarbeiteten Entwurf des Standardangebots auf ihrer Internetseite und gibt den	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Beteiligten nach Veröffentlichung Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist. Die Bundesnetzagentur prüft, ob der überarbeitete Entwurf den Anforderungen des Absatzes 3 entspricht. Die Bundesnetzagentur kann Änderungen am Standardangebot vornehmen und es mit einer Mindestlaufzeit versehen, soweit das Unternehmen Vorgaben für einzelne Bedingungen nicht oder nicht ausreichend umgesetzt hat.	
(6) Veröffentlicht das Unternehmen keinen Entwurf eines Standardangebots nach Absatz 1 Nummer 2, ermittelt die Bundesnetzagentur, für welche Zugangsleistungen eine allgemeine Nachfrage besteht und legt fest, welche der ermittelten Leistungen Bestandteil eines Standardangebots werden. Sie fordert das Unternehmen auf, einen den Vorgaben des Absatzes 2 entsprechenden Entwurf innerhalb von drei Monaten nach der Festlegung der Leistungsbestandteile vorzulegen.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Das Unternehmen muss beabsichtigte Änderungen oder Pläne zur Einstellung des Standardangebots der Bundesnetzagentur zur Prüfung vorlegen.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Die Entscheidungen nach Absatz 4 Satz 2 und Absatz 5 Satz 3 können nur insgesamt angegriffen werden. Für die Regulierung der Entgelte gelten die Bestimmungen des Abschnitts 3.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Die Bundesnetzagentur kann das Unternehmen verpflichten, ein festgelegtes Standardangebot zu ändern, wenn es nicht mehr den Anforderungen des Absatzes 3 genügt. Hat die Bundesnetzagentur ein Unternehmen nach Absatz 1 Nummer 2 zur Vorlage eines Standardangebots verpflichtet und hat sich die allgemeine Nachfrage wesentlich geändert, gilt Satz 1 entsprechend. Für die Änderung des Standardangebots gelten die Absätze 2 bis 6 entsprechend.	(9) Die Bundesnetzagentur kann das Unternehmen verpflichten, ein festgelegtes Standardangebot zu ändern, wenn es nicht mehr den Anforderungen des Absatzes 3 genügt. Hat die Bundesnetzagentur ein Unternehmen nach Absatz 1 Nummer 2 zur Vorlage eines Standardangebots verpflichtet und hat sich die allgemeine Nachfrage wesentlich geändert, gilt Satz 1 entsprechend. Für die Änderung des Standardangebots gelten die Absätze 2 bis 7 entsprechend.
(10) Das Unternehmen ist verpflichtet, das Standardangebot in seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufzunehmen.	(10) u n v e r ä n d e r t
§ 30	§ 30
Getrennte Rechnungslegung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann einem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht für bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit Zugangsleistungen eine getrennte Rechnungslegung vorschreiben. Die Bundesnetzagentur kann insbesondere von einem vertikal integrierten Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verlangen, seine Vorleistungspreise und seine internen Verrechnungspreise transparent zu gestalten.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Die Bundesnetzagentur kann dabei konkrete Vorgaben zu dem zu verwendenden Format sowie zu der zu verwendenden Rechnungsführungsmethode machen.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann verlangen, dass ihr die Kostenrechnungs- und Buchungsunterlagen nach Absatz 1 einschließlich sämtlicher damit zusammenhängender Informationen und Dokumente auf Anforderung in vorgeschriebener Form vorgelegt werden. Die Bundesnetzagentur kann diese Informationen in geeigneter Form veröffentlichen, soweit dies zur Erreichung der in § 2 genannten Ziele beiträgt. Dabei sind die Bestimmungen zur Wahrung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen zu beachten.	
Unterabschnitt 3	Unterabschnitt 3
Sonstige Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht	Sonstige Zugangsvorschriften für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht
§ 31	§ 31
Verpflichtung zur funktionellen Trennung eines vertikal integrierten Unternehmens	Verpflichtung zur funktionellen Trennung eines vertikal integrierten Unternehmens
(1) Gelangt die Bundesnetzagentur zu dem Schluss, dass die nach § 13 Absatz 1 auferlegten Verpflichtungen nicht zu einem wirksamen Wettbewerb geführt haben und wichtige und andauernde Wettbewerbsprobleme oder Marktversagen auf den Märkten für bestimmte Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene bestehen, so kann sie als außerordentliche Maßnahme vertikal integrierte Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der betreffenden Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene in Form einer funktionellen Trennung in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen. Dieser Geschäftsbereich stellt Zugangsprodukte und -dienste allen Unternehmen, einschließlich der anderen Geschäftsbereiche des eigenen Mutterunternehmens, mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, einschließlich der Entgelte und des Dienstumfangs, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Beabsichtigt die Bundesnetzagentur, eine Verpflichtung zur funktionellen Trennung aufzuerlegen, so übermittelt sie der Kommission einen entsprechenden Antrag, der Folgendes umfasst:	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. den Nachweis, dass die in Absatz 1 genannte Schlussfolgerung der Bundesnetzagentur begründet ist;	
2. eine mit Gründen versehene Einschätzung, dass keine oder nur geringe Aussichten bestehen, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens einen wirksamen und nachhaltigen Infrastrukturwettbewerb gibt;	
3. eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf die Bundesnetzagentur, auf das Unternehmen, insbesondere auf das Personal des abgetrennten Geschäftsbereichs und auf den Telekommunikationssektor insgesamt, einschließlich der Investitionsanreize, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Wahrung des sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie auf sonstige interessierte Parteien, einschließlich der erwarteten Auswirkungen auf den Wettbewerb und möglicher Folgen für die Endnutzer;	
4. eine Analyse der Gründe, die dafür sprechen, dass diese Verpflichtung das effizienteste Mittel zur Eindämmung des festgestellten Wettbewerbsproblems oder Marktversagens darstellt.	
(3) Der der Kommission neben dem Antrag nach Absatz 2 vorzulegende Maßnahmenentwurf umfasst Folgendes:	(3) Die Bundesnetzagentur legt der Kommission neben dem Antrag nach Absatz 2 einen Maßnahmenentwurf vor, der Folgendes umfasst:
1. die genaue Angabe von Art und Ausmaß der Trennung, insbesondere die Angabe des rechtlichen Status des getrennten Geschäftsbereichs;	1. un v e r ä n d e r t
2. die Angabe der Vermögenswerte des getrennten Geschäftsbereichs sowie der von diesem bereitzustellenden Produkte und Dienstleistungen;	2. un v e r ä n d e r t
3. die organisatorischen Modalitäten zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Personals des getrennten Geschäftsbereichs sowie die entsprechenden Anreize;	3. un v e r ä n d e r t
4. Vorschriften zur Gewährleistung der Einhaltung der Verpflichtungen;	4. un v e r ä n d e r t
5. Vorschriften zur Gewährleistung der Transparenz der betrieblichen Verfahren, insbesondere gegenüber den anderen interessierten Parteien;	5. un v e r ä n d e r t
6. ein Überwachungsprogramm, mit dem die Einhaltung der Verpflichtung sichergestellt wird und das unter anderem die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts enthält.	6. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) Im Anschluss an die Entscheidung der Kommission über den Antrag nach Absatz 2 führt die Bundesnetzagentur entsprechend den Verfahren nach § 12 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum lokalen Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Analyse <i>erlegt</i> die Bundesnetzagentur im Verfahren nach § 14 <i>Verpflichtungen auf, behält Verpflichtungen bei, ändert oder widerruft sie</i> .	(4) Im Anschluss an die Entscheidung der Kommission über den Antrag nach Absatz 2 führt die Bundesnetzagentur entsprechend den Verfahren nach § 12 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum lokalen Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Analyse erlässt die Bundesnetzagentur im Verfahren nach § 14 eine Regulierungsverfügung .
(5) Einem marktmächtigen Unternehmen, dem die funktionelle Trennung auferlegt wurde, kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem es als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 11 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen nach § 13 Absatz 1 auferlegt werden.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 32	§ 32
Freiwillige funktionelle Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen	Freiwillige funktionelle Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen
(1) Ein vertikal integriertes Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht unterrichtet die Bundesnetzagentur mindestens drei Monate im Voraus von der Absicht, die Anlagen des lokalen Anschlussnetzes ganz oder zu einem großen Teil auf eine andere Gesellschaft mit einem anderen Eigentümer zu übertragen oder einen getrennten Geschäftsbereich einzurichten, um damit allen Anbietern auf der Endkundenebene, einschließlich der eigenen im Endkundenbereich tätigen Unternehmensbereiche, völlig gleichwertige Zugangsprodukte zu liefern. Das Unternehmen unterrichtet die Bundesnetzagentur auch über alle Änderungen dieser Absicht sowie über das Ergebnis des Prozesses der funktionellen Trennung.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur prüft die möglichen Folgen der beabsichtigten Transaktion nach Absatz 1 und etwaiger nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 <i>vorgelegter Verpflichtungszusagen</i> . Sie führt hierzu entsprechend dem Verfahren des § 11 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum lokalen Anschlussnetz besteht. Sofern das Unternehmen Verpflichtungszusagen vorlegt, führt die Bundesnetzagentur das Marktprüfungsverfahren nach § 19 durch. Sie kann dem Unternehmen, einschließlich dem rechtlich oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich, sofern dieser über beträchtliche Marktmacht auf einem Markt verfügt, <i>Verpflichtungen nach § 13 auferlegen oder Verpflichtungen beibehalten, ändern oder wider-</i>	(2) Die Bundesnetzagentur prüft die möglichen Folgen der beabsichtigten Transaktion nach Absatz 1 und etwaiger Verpflichtungszusagen nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3. Sie führt hierzu entsprechend dem Verfahren des § 11 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum lokalen Anschlussnetz besteht. Sofern das Unternehmen Verpflichtungszusagen vorlegt, führt die Bundesnetzagentur das Marktprüfungsverfahren nach § 19 durch. Sie kann gegenüber dem Unternehmen, einschließlich dem rechtlich oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich, sofern dieser über beträchtliche Marktmacht auf einem Markt verfügt, eine Regulierungsverfügung im Verfahren nach § 14 erlassen , sofern verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen zur

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>rufen, sofern verbindlich erklärte Verpflichtungszusagen zur Erreichung der Ziele nach § 2 nicht ausreichen. Es gilt das Verfahren nach § 14. § 33 bleibt unberührt.</i>	Erreichung der Ziele nach § 2 nicht ausreichen. § 33 bleibt unberührt.
§ 33	§ 33
Ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen	Ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen
(1) Die Bundesnetzagentur kann einem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, das auf keinem Endkundenmarkt für öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste tätig ist, abweichend von § 13 Absatz 1 Verpflichtungen nach <i>den</i> §§ 24, 26 Absatz 3 Nummer 1 bis 9 oder nach Abschnitt 3 auferlegen, sofern folgende Voraussetzungen vorliegen:	(1) Die Bundesnetzagentur kann einem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, das auf keinem Endkundenmarkt für öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste tätig ist, abweichend von § 13 Absatz 1 Verpflichtungen nach § 24, § 26 Absatz 3 Nummer 1 bis 9 oder nach Abschnitt 3 auferlegen, sofern folgende Voraussetzungen vorliegen:
1. laufende und geplante Tätigkeiten in allen Geschäftsbereichen des Unternehmens und aller Anteilseigner, die eine Kontrolle über das Unternehmen ausüben können, erfolgen ausschließlich in Vorleistungsmärkten für öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste;	1. u n v e r ä n d e r t
2. es bestehen keine Exklusivvereinbarungen oder faktisch auf Exklusivvereinbarungen hinauslaufende Vereinbarungen des Unternehmens mit einem anderen Unternehmen, das in Endkundenmärkten für öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste tätig ist.	2. u n v e r ä n d e r t
(2) <i>Werden der Bundesnetzagentur Tatsachen bekannt oder bekannt gemacht, aus denen sich ergibt, dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht mehr erfüllt sind oder die durch das Unternehmen gegenüber auf nachgelagerten Märkten tätigen Unternehmen angebotenen Bedingungen zu Wettbewerbsproblemen zum Nachteil der Endnutzer führen oder absehbar führen werden, geht sie nach § 15 Absatz 1 vor. Das Unternehmen unterrichtet die Bundesnetzagentur umgehend über Tatsachen im Sinne von Satz 1.</i>	(2) Die Bundesnetzagentur geht nach § 15 Absatz 1 vor, wenn ihr Tatsachen bekannt oder bekannt gemacht werden, aus denen sich ergibt, dass
	1. die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht mehr erfüllt sind oder
	2. die Bedingungen, die das Unternehmen gegenüber auf nachgelagerten Märkten tätigen Unternehmen anbietet, zu Wettbewerbsproblemen zum Nachteil der Endnutzer führen oder absehbar führen werden.
	Das Unternehmen unterrichtet die Bundesnetzagentur umgehend über Tatsachen im Sinne von Satz 1.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 34	§ 34
Migration von herkömmlichen Infrastrukturen	Migration von herkömmlichen Infrastrukturen
(1) Beabsichtigt ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, Teile seines Telekommunikationsnetzes außer Betrieb zu nehmen oder durch neue Infrastrukturen zu ersetzen und wird infolgedessen das Angebot eines nach § 26 auferlegten Zugangsproduktes unmöglich, muss es dies der Bundesnetzagentur rechtzeitig, mindestens jedoch ein Jahr vor Beginn der Außerbetriebnahme oder der Ersetzung anzeigen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Anzeige des Unternehmens nach Absatz 1 muss Folgendes enthalten:	(2) u n v e r ä n d e r t
1. einen Zeitplan zum Prozess der Außerbetriebnahme oder der Ersetzung,	
2. die Bedingungen der Migration, einschließlich einer Beschreibung der während und nach Abschluss der Migration angebotenen alternativen Zugangsprodukte, und	
3. den Antrag auf Änderung des Standardangebots, soweit das Unternehmen ein Standardangebot gemäß § 29 für das auferlegte Zugangsprodukt veröffentlicht hat.	
(3) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die nach Absatz 2 vorgelegten Unterlagen auf ihrer Internetseite unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und gibt den interessierten Parteien Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist, die <i>in der Regel</i> einen Monat betragen soll, hierzu Stellung zu nehmen.	(3) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die nach Absatz 2 vorgelegten Unterlagen auf ihrer Internetseite unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und gibt den interessierten Parteien Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist, die mindestens einen Monat betragen soll, hierzu Stellung zu nehmen.
(4) Die Bundesnetzagentur prüft die nach Absatz 2 vorgelegten Unterlagen zum Prozess der Außerbetriebnahme oder der Ersetzung. Sie legt hierbei einen transparenten Zeitplan, einschließlich einer angemessenen Kündigungsfrist für die Zugangsvereinbarung, und transparente und angemessene Bedingungen fest. Die Festlegung umfasst auch die Verfügbarkeit alternativer Zugangsprodukte zu fairen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen, soweit dies für die Wahrung des Wettbewerbs und der Rechte der Endnutzer erforderlich ist. Die Bedingungen der alternativen Zugangsprodukte, einschließlich Qualität, Geschwindigkeit und Endnutzerreichweite, müssen jedenfalls vergleichbar zu den Bedingungen der zuvor verfügbaren Zugangsprodukte sein.	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(5) Die Bundesnetzagentur kann die Verpflichtungen, die dem Unternehmen auferlegt wurden, für solche Telekommunikationsnetze, die außer Betrieb genommen oder ersetzt werden, mit dem Wirksamwerden der Kündigung der Zugangsvereinbarung widerrufen, wenn die Bedingungen des Absatzes 4 Satz 2 und 3 eingehalten werden. Es gilt das Verfahren nach § 14. Die Änderung des Standardangebots erfolgt gleichzeitig mit der Änderung der Regulierungsverfügung.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Regulierungsverfügung nach § 13 für die aufgerüstete oder neue Netzinfrastruktur bleibt unberührt.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Beabsichtigt ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, sein Netz oder Teile davon zu veräußern, finden die Absätze 1 bis 4 entsprechende Anwendung auf den Verkaufsprozess.	(7) Beabsichtigt ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, sein Netz oder Teile davon zu veräußern, finden die Absätze 1 bis 5 entsprechende Anwendung auf den Verkaufsprozess.
Unterabschnitt 4	Unterabschnitt 4
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 35	§ 35
Anordnungen im Rahmen der Zugangsregulierung	Anordnungen im Rahmen der Zugangsregulierung
(1) Kommt eine Zugangsvereinbarung nach § 23 oder § 28 ganz oder teilweise nicht zustande und liegen die nach diesem Gesetz erforderlichen Voraussetzungen für eine Verpflichtung zur Zugangsgewährung vor, ordnet die Bundesnetzagentur den Zugang nach Anhörung der Beteiligten an. Die Anordnung ergeht innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab schriftlicher oder elektronischer Anrufung durch einen an der zu schließenden Zugangsvereinbarung Beteiligten oder ab Einleitung eines Verfahrens von Amts wegen, sofern dies zur Erreichung der Ziele des § 2 erforderlich ist. In besonders zu begründenden Fällen kann die Bundesnetzagentur innerhalb der Frist nach Satz 2 das Verfahren auf bis zu vier Monate verlängern.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Eine Anordnung nach Absatz 1 ist nur zulässig, soweit und solange die Beteiligten keine Zugangs- oder Zusammenschaltungsvereinbarung treffen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Anrufung nach Absatz 1 Satz 2 muss begründet werden. Insbesondere muss dargelegt werden,	(3) u n v e r ä n d e r t
1. welchen genauen Inhalt die Anordnung der Bundesnetzagentur haben soll,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. wann der Zugang nachgefragt worden ist und welche konkreten Leistungen dabei nachgefragt worden sind,	
3. dass ernsthafte Verhandlungen stattgefunden haben oder Verhandlungen vom Anrufungsgegner verweigert worden sind,	
4. bei welchen Punkten keine Einigung erzielt worden ist und	
5. wie begehrte technische Maßnahmen technisch ausführbar sind.	
Die Anrufung kann bis zum Erlass der Anordnung widerrufen werden.	
(4) Gegenstand einer Anordnung nach Absatz 1 können alle Bedingungen einer Zugangsvereinbarung sowie die Entgelte sein. Die Bundesnetzagentur darf die Anordnung mit Bedingungen, einschließlich Vertragsstrafen, in Bezug auf Chancengleichheit, Billigkeit und Rechtzeitigkeit verknüpfen. Für die Regulierung der Entgelte gelten die Bestimmungen des Abschnitts 3.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Sind sowohl Bedingungen einer Zugangsvereinbarung streitig als auch die zu entrichtenden Entgelte für nachgefragte Leistungen, soll die Bundesnetzagentur hinsichtlich der Bedingungen und der Entgelte jeweils Teilentscheidungen treffen. Sofern die Bundesnetzagentur Teilentscheidungen trifft, gelten für diese jeweils die in Absatz 1 genannten Fristen. Die Anordnung der Bundesnetzagentur kann nur insgesamt angegriffen werden.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Im Laufe des Verfahrens vorgelegte Unterlagen werden nur berücksichtigt, wenn dadurch die Einhaltung der <i>nach</i> Absatz 1 Satz 2 bestimmten Frist nicht gefährdet wird.	(6) Im Laufe des Verfahrens vorgelegte Unterlagen werden nur berücksichtigt, wenn dadurch die Einhaltung der in Absatz 1 Satz 2 bestimmten Frist nicht gefährdet wird.
(7) Die betroffenen Unternehmen müssen eine Anordnung der Bundesnetzagentur nach Absatz 1 unverzüglich befolgen, es sei denn, die Bundesnetzagentur hat in der Anordnung eine Umsetzungsfrist bestimmt. Zur Durchsetzung der Anordnung kann die Bundesnetzagentur nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von bis zu einer Million Euro festsetzen.	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 36	§ 36
Veröffentlichung	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die nach diesem Abschnitt getroffenen Maßnahmen unter Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der betroffenen Unternehmen.	
A b s c h n i t t 3	A b s c h n i t t 3
E n t g e l t r e g u l i e r u n g	E n t g e l t r e g u l i e r u n g
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Entgeltvorschriften für Zugangsleistungen	Entgeltvorschriften für Zugangsleistungen
§ 37	§ 37
Missbräuchliches Verhalten eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht bei der Forderung und Vereinbarung von Entgelten	unverändert
(1) Ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht darf diese Stellung bei der Forderung und Vereinbarung von Entgelten gegenüber Endnutzern oder gegenüber anderen Unternehmen nicht missbrauchen. Ein Missbrauch liegt insbesondere vor, wenn das Unternehmen Entgelte fordert, die	
1. nur aufgrund seiner beträchtlichen Marktmacht auf dem jeweiligen Markt der Telekommunikation gegenüber Endnutzern oder gegenüber anderen Unternehmen durchsetzbar sind oder	
2. die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen auf einem Telekommunikationsmarkt auf erhebliche Weise beeinträchtigen.	
Eine Verhaltensweise nach Satz 2 Nummer 2 stellt keinen Missbrauch dar, wenn für sie eine sachliche Rechtfertigung nachgewiesen wird.	
(2) Ein Missbrauch durch das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht im Sinne von Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird vermutet, wenn	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. das Entgelt der betreffenden Leistung die langfristigen zusätzlichen Kosten der Leistung, einschließlich einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals, nicht deckt,	
2. das Unternehmen durch das Entgelt der betreffenden Leistung einzelnen Nachfragern, einschließlich sich selbst oder seinen Tochter- oder Partnerunternehmen, Vorteile gegenüber anderen Nachfragern gleichartiger oder ähnlicher Leistungen einräumt; die Differenzierung von Entgelten im Rahmen von kommerziellen Vereinbarungen zur Errichtung von Netzen mit sehr hoher Kapazität stellt regelmäßig keine Verhaltensweise im Sinne dieser Nummer dar, wenn dies der Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren sowie zwischen Investoren und Zugangsnachfragern dient und alle tatsächlichen und potenziellen Nachfrager bei Berücksichtigung des jeweils übernommenen Risikos gleich behandelt werden,	
3. die Spanne zwischen dem Entgelt, welches das Unternehmen anderen Unternehmen für eine Zugangsleistung in Rechnung stellt, und dem entsprechenden Endnutzerentgelt nicht ausreicht, um einem effizienten Unternehmen die Erzielung einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals auf dem Endnutzermarkt zu ermöglichen (Preis-Kosten-Schere),	
4. die Spanne zwischen den Entgelten, welche das Unternehmen für auf verschiedenen Wertschöpfungsstufen erbrachte Zugangsleistungen in Rechnung stellt, die Wertschöpfungsdifferenz nicht angemessen widerspiegelt (Kosten-Kosten-Schere) oder	
5. das Unternehmen bei seinem Produktangebot eine sachlich ungerechtfertigte Bündelung vornimmt; bei der Frage, ob dies der Fall ist, hat die Bundesnetzagentur insbesondere zu prüfen, ob es anderen effizienten Unternehmen möglich ist, das Bündelprodukt zu vergleichbaren Konditionen anzubieten.	
§ 38	§ 38
Entgeltregulierung	Entgeltregulierung
(1) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, Entgelte für Zugangsleistungen zur Genehmigung im Verfahren nach § 40 vorzulegen oder im Verfahren nach § 45 zur	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Anzeige zu bringen, wenn anderenfalls die Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Endnutzermarktes durch missbräuchliche entgeltbezogene Maßnahmen des Unternehmens behindert würde und die Interessen der Endnutzer beeinträchtigt würden. Die nachträgliche Missbrauchsprüfung der Entgelte nach § 46 bleibt unberührt.	
(2) Die Bundesnetzagentur prüft bei Netzen mit sehr hoher Kapazität insbesondere, ob sie von einer Verpflichtung des Unternehmens nach Absatz 1, die Entgelte zur Genehmigung im Verfahren nach § 40 vorzulegen oder im Verfahren nach § 45 zur Anzeige zu bringen, absieht, sofern für solche Netze	(2) Die Bundesnetzagentur prüft bei Netzen mit sehr hoher Kapazität insbesondere, ob sie von einer Verpflichtung des Unternehmens nach Absatz 1, die Entgelte zur Genehmigung im Verfahren nach § 40 vorzulegen oder im Verfahren nach § 45 zur Anzeige zu bringen, absieht, sofern für solche Netze
1. ein nachweisbarer Preisdruck auf die Endkundenpreise vorliegt und	1. u n v e r ä n d e r t
2. ein effektiver und nichtdiskriminierender Zugang gesichert ist, der eine technische und wirtschaftliche Nachbildbarkeit der Endkundenprodukte des marktmächtigen Unternehmens durch effiziente Zugangsnachfrager gewährleistet.	2. u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur kann die Entgelte auf deren wirtschaftliche Nachbildbarkeit im Verfahren nach § 46 prüfen; <i>abweichend kann sie auch im Verfahren nach § 40 oder § 45 vorgehen, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist.</i> Ein Vorgehen nach Satz 2 ist auch dann möglich, wenn aufgrund einer niedrigen Bevölkerungsdichte in einer konkreten Region die Anreize für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität gering sind und ein Zugang nach Satz 1 Nummer 2 gesichert ist.	Die Bundesnetzagentur kann die Entgelte auf deren wirtschaftliche Nachbildbarkeit im Verfahren nach § 46 prüfen oder, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist , nach § 40 oder § 45 vorgehen. Ein Vorgehen nach Satz 2 ist auch dann möglich, wenn aufgrund einer niedrigen Bevölkerungsdichte in einer konkreten Region die Anreize für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität gering sind und ein Zugang nach Satz 1 Nummer 2 gesichert ist.
(3) Entgelte, die ein Unternehmen im Rahmen von Verpflichtungen nach § 21 oder § 22 verlangt, unterliegen einer nachträglichen Missbrauchsprüfung nach § 46. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur das Unternehmen verpflichten, die Entgelte zur Genehmigung im Verfahren nach § 40 vorzulegen oder im Verfahren nach § 45 zur Anzeige zu bringen, wenn dies erforderlich ist, um die Ziele nach § 2 zu erreichen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur kann einem Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht Verpflichtungen in Bezug auf Kostenrechnungsmethoden, einschließlich der Anwendung einer bestimmten Form der Kostenrechnung, auferlegen. In diesem Fall kann sie das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht verpflichten, eine Beschreibung der den Auflagen entsprechenden Kostenrechnungsmethode zu veröffentlichen, in der die wichtigsten Kostenarten und die Regeln der	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Kostenzuweisung aufgeführt werden. Die Bundesnetzagentur oder eine von ihr beauftragte unabhängige Stelle prüft die Anwendung der nach diesem Absatz auferlegten Verpflichtungen und veröffentlicht das Prüfergebnis einmal jährlich. Das Unternehmen übermittelt die hierfür erforderlichen Daten an die Bundesnetzagentur regelmäßig elektronisch.	
(5) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt	(5) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt
1. bei der Prüfung, ob und welche Entgeltmaßnahmen gerechtfertigt sind und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen nach § 2 stehen, insbesondere die Notwendigkeit der Förderung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes und die langfristigen Endnutzerinteressen am Ausbau von neuen und verbesserten Telekommunikationsnetzen, insbesondere von Netzen mit <i>besonders</i> hoher Kapazität;	1. bei der Prüfung, ob und welche Entgeltmaßnahmen gerechtfertigt sind und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen nach § 2 stehen, insbesondere die Notwendigkeit der Förderung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes und die langfristigen Endnutzerinteressen am Ausbau von neuen und verbesserten Telekommunikationsnetzen, insbesondere von Netzen mit sehr hoher Kapazität;
2. im Falle der Regulierung von Entgelten insbesondere, dass die Maßnahmen in ihrer Gesamtheit, einschließlich in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht, aufeinander abgestimmt sind (Konsistenzgebot) sowie die Anreize für den Ausbau neuer und verbesserter Telekommunikationsnetze, die wirtschaftliche Effizienz und einen nachhaltigen Wettbewerb fördern und dem langfristigen Endnutzerinteresse dienen; sie berücksichtigt hierfür die zugrunde liegenden Investitionen und ermöglicht eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals, wobei sie etwaigen spezifischen Investitionsrisiken unter weitestgehender Beachtung vereinbarter kommerzieller Zugangsvereinbarungen Rechnung trägt;	2. u n v e r ä n d e r t
3. im Falle der Regulierung von Entgelten betreffend den Zugang zu baulichen Anlagen nach § 26 Absatz 3 Nummer 10 insbesondere auch die Folgen einer Zugangsgewährung für den Geschäftsplan des Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht.	3. u n v e r ä n d e r t
(6) Betrifft eine Entgeltregulierung von Zugangsleistungen nach Absatz 1 Terminierungsleistungen von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, trägt die Bundesnetzagentur den Prinzipien, Kriterien und Parametern des Anhangs III der Richtlinie (EU) 2018/1972 weitestgehend Rechnung, sofern nicht durch delegierten Rechtsakt der Kommission nach Artikel 75 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 unionsweite Entgelte für Terminierungsleistungen festgelegt sind. Legt die Kommission unionsweite Entgelte für Terminierungsleistungen fest, stellt die Bundesnetzagentur	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
deren Einhaltung sicher. § 44 Absatz 1 und 2 gilt entsprechend.	
§ 39	§ 39
Maßstäbe der Entgeltgenehmigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur genehmigt nach § 38 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 2 vorgelegte Entgelte	
1. anhand der Maßstäbe des § 37,	
2. auf der Grundlage der auf die einzelnen Dienste entfallenden Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung nach § 42 oder	
3. auf der Grundlage einer anderen Vorgehensweise; ein solches Vorgehen ist besonders zu begründen.	
Ungeachtet des geltenden Maßstabs der Entgeltgenehmigung dürfen genehmigte Entgelte nicht nach Maßgabe des § 37 missbräuchlich sein; für genehmigte Entgelte nach § 38 Absatz 3 Satz 2 gilt § 37 entsprechend.	
(2) Die Bundesnetzagentur bestimmt, welcher Maßstab der Entgeltgenehmigung nach Absatz 1 am besten geeignet ist, die Ziele nach § 2 zu erreichen. Im Fall von Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 gilt bei der Anwendung kostenorientierter Vorgehensweisen § 42 Absatz 2 und 3 entsprechend. Die Bundesnetzagentur kann den Maßstab der Entgeltgenehmigung im Rahmen der Regulierungsverfügung nach § 13 bestimmen.	
§ 40	§ 40
Verfahren der Entgeltgenehmigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Unterliegen Entgelte einer Genehmigungspflicht nach § 38, ist vor dem beabsichtigten Inkrafttreten bei der Bundesnetzagentur ein Antrag auf Genehmigung zu stellen. Der Antrag muss die Entgelte, die Kostenunterlagen nach § 43 und alle sonstigen für die Genehmigungserteilung erforderlichen Unterlagen enthalten. Bei befristet erteilten Genehmigungen hat die Vorlage des Entgeltantrags mindestens zehn Wochen vor Fristablauf zu erfolgen.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann Unternehmen, deren Entgelte einer Genehmigungspflicht nach § 38 unterliegen, dazu auffordern, Entgeltgenehmigungsanträge zu stellen. Für den Antrag gilt Absatz 1 Satz 2. Wird der Aufforderung nicht innerhalb eines Monats	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
nach deren Zugang Folge geleistet, leitet die Bundesnetzagentur ein Verfahren von Amts wegen ein.	
(3) Die Bundesnetzagentur prüft für jedes einzelne Entgelt die Einhaltung des nach § 39 Absatz 1 bestimmten Maßstabs der Entgeltgenehmigung. Hierfür kann sie zusätzlich zu den nach Absatz 1 oder 2 vorliegenden Unterlagen	
1. Preise solcher Unternehmen als Vergleich heranziehen, die entsprechende Leistungen auf vergleichbaren, dem Wettbewerb geöffneten Märkten anbieten; dabei sind die Besonderheiten der Vergleichsmärkte zu berücksichtigen; oder	
2. eine von der Kostenberechnung des Unternehmens unabhängige Kostenrechnung anstellen und hierfür Kostenmodelle heranziehen.	
Soweit die vorliegenden Unterlagen für eine Entscheidung nach Absatz 5 nicht ausreichen, kann diese auch auf einer Prüfung nach Satz 2 Nummer 1 oder 2 beruhen.	
(4) Soweit die Bundesnetzagentur im Rahmen der Prüfung nach Absatz 3 zu dem Ergebnis kommt, dass Entgelte den festgelegten Maßstäben der Entgeltgenehmigung entsprechen, erteilt sie ganz oder teilweise eine befristete Genehmigung. Die Genehmigung der Entgelte ist ganz oder teilweise zu versagen, soweit die Entgelte mit diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften nicht in Einklang stehen. Die Bundesnetzagentur kann eine Genehmigung der Entgelte auch versagen, wenn das Unternehmen die in § 43 genannten Kostenunterlagen nicht vollständig vorgelegt hat.	
(5) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht in der Regel innerhalb von zehn Wochen nach Eingang eines Entgeltgenehmigungsantrags den Entwurf einer Entscheidung. Die Verfahren des § 14 gelten entsprechend. Hat die Bundesnetzagentur gemäß Absatz 2 Satz 3 ein Verfahren von Amts wegen eingeleitet, gilt die Zehnwochenfrist ab dem Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung.	
§ 41	§ 41
Rechtsschutz bei Verfahren der Entgeltgenehmigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Enthalten Entgeltgenehmigungen die vollständige oder teilweise Genehmigung eines vertraglich bereits vereinbarten Entgelts, so wirken sie zurück auf den Zeitpunkt der erstmaligen Leistungsbereitstellung durch das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Das Gericht kann im Verfahren nach § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung die vorläufige Zahlung eines beantragten höheren Entgelts anordnen, wenn überwiegend wahrscheinlich ist, dass der Anspruch auf die Genehmigung des höheren Entgelts besteht; der Darlegung eines Anordnungsgrundes bedarf es nicht. Verpflichtet das Gericht die Bundesnetzagentur zur Erteilung einer Genehmigung für ein höheres Entgelt, so entfaltet diese Genehmigung die Rückwirkung nach Satz 1 nur, wenn eine Anordnung nach Satz 2 ergangen ist. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Klageerhebung gestellt und begründet werden.</p>	
<p>(2) Werden Entgelte nach dem 31. Juli 2018 erstmalig genehmigt, findet Absatz 1 Satz 3 keine Anwendung, wenn der Vertragspartner gemäß Absatz 1 Satz 1 Zugangsleistungen nachfragt und dieses Unternehmen im letzten Geschäftsjahr vor der Klageerhebung, für das ein Jahresabschluss vorliegt, einen Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen Euro erzielt hat. Umsätze verbundener Unternehmen im Sinne des § 3 Nummer 69 sind zu berücksichtigen, wenn die verbundenen Unternehmen ebenfalls Umsätze auf Telekommunikationsmärkten erzielen.</p>	
<p>(3) In dem Verfahren nach Absatz 1 in Verbindung mit § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung kann das Gericht durch Beschluss anordnen, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies innerhalb einer bestimmten Frist beantragen. Der Beschluss ist unanfechtbar. Er ist im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen. Er muss außerdem auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung kann zusätzlich in einem von dem Gericht für Bekanntmachungen bestimmten Informations- und Kommunikationssystem erfolgen. Die Frist muss mindestens einen Monat ab der Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger betragen. In der Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ist mitzuteilen, an welchem Tag die Frist abläuft. Für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Frist gilt § 60 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend. Das Gericht soll Personen, die von der Entscheidung erkennbar in besonderem Maße betroffen werden, auch ohne Antrag beiladen. In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 finden die Sätze 1 bis 9 auf sämtliche Rechtsbehelfsverfahren des Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht Anwendung, die auf die Genehmigung eines beantragten höheren Entgelts gerichtet sind.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 42	§ 42
Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung	Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung
(1) Die Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung umfassen die langfristigen zusätzlichen Kosten der Leistungsbereitstellung und einen angemessenen Zuschlag für leistungsmengenneutrale Gemeinkosten, einschließlich einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals, soweit diese Kosten jeweils für die Leistungsbereitstellung notwendig sind.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Aufwendungen, die nicht in den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung enthalten sind, werden zusätzlich zu Absatz 1 nur berücksichtigt, soweit und solange hierfür eine rechtliche Verpflichtung besteht oder das die Genehmigung beantragende Unternehmen eine sonstige sachliche Rechtfertigung nachweist. Zu berücksichtigende Aufwendungen können auch Gebühren für Beschlusskammerverfahren sein.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Bei der Festlegung der angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals berücksichtigt die Bundesnetzagentur insbesondere	(3) Bei der Festlegung der angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals berücksichtigt die Bundesnetzagentur insbesondere
1. die Kapitalstruktur des regulierten Unternehmens,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Verhältnisse auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten und die Bewertung des regulierten Unternehmens auf diesen Märkten,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Erfordernisse hinsichtlich der Rendite für das eingesetzte Kapital, wobei auch die leistungsspezifischen Risiken des eingesetzten Kapitals gewürdigt werden sollen; dies umfasst auch die Berücksichtigung etwaiger spezifischer Investitionsrisiken gemäß § 38 Absatz 5 Nummer 1,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die langfristige Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auch im Hinblick auf die Wettbewerbssituation auf den Telekommunikationsmärkten,	4. u n v e r ä n d e r t
5. eine EU-weite Harmonisierung der Methoden.	5. eine EU-weite Harmonisierung der Methoden bei der Bestimmung des Zinssatzes.
(4) Aufwendungen, die auf einem Wechsel in der Person des Unternehmens beruhen, können weder bei der Ermittlung der Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung gemäß Absatz 1 noch als Aufwendungen gemäß Absatz 2 berücksichtigt werden.	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 43	§ 43
Kostenunterlagen	Kostenunterlagen
(1) Vorzulegende Kostenunterlagen in den Verfahren nach § 40 Absatz 1 und 2 sind insbesondere	(1) u n v e r ä n d e r t
1. aktuelle Kostennachweise, die, sofern nicht anders angeordnet, elektronisch zur Verfügung zu stellen sind,	
2. eine detaillierte Leistungsbeschreibung, einschließlich Angaben zur Qualität der Leistung,	
3. ein Entwurf der Allgemeinen Geschäftsbedingungen,	
4. die Angabe, ob die Leistung Gegenstand einer Zugangsvereinbarung nach § 23 oder § 28, eines festgelegten Standardangebots nach § 29 oder einer Zugangsanordnung nach § 47 ist,	
5. Angaben über	
a) den Umsatz,	
b) die Absatzmengen,	
c) die Höhe der einzelnen Kosten nach Absatz 2,	
d) der Höhe der Deckungsbeiträge sowie	
e) die Entwicklung der Nachfragerstrukturen bei der beantragten Dienstleistung für die zwei zurückliegenden Jahre sowie das Antragsjahr und die darauf folgenden zwei Jahre und	
6. soweit für bestimmte Leistungen oder Leistungsbestandteile keine Pauschaltarife beantragt werden, eine Begründung dafür, weshalb eine solche Beantragung ausnahmsweise nicht möglich ist.	
(2) Die Kostennachweise nach Absatz 1 Nummer 1 umfassen die Kosten, die sich unmittelbar zuordnen lassen (Einzelkosten) und die Kosten, die sich nicht unmittelbar zuordnen lassen (Gemeinkosten). Insbesondere darzulegen sind	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die der Kostenrechnung zugrunde liegenden Einsatzmengen, die dazu gehörenden Preise, jeweils einzeln und als Durchschnittswert, sowie die im Nachweiszeitraum erzielte und erwartete Kapazitätsauslastung und	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. die Ermittlungsmethode der Kosten und der Investitionswerte sowie die Angabe plausibler Mengenschlüssel für die Kostenzuordnung zu den einzelnen Diensten des Unternehmens.	
(3) Das beantragende Unternehmen hat regelmäßig einmal jährlich zum Abschluss eines jeden Geschäftsjahres die Gesamtkosten des Unternehmens sowie deren Aufteilung auf die Kostenstellen und auf die einzelnen Leistungen nach Einzel- und Gemeinkosten vorzulegen. Die Angaben für nicht regulierte Dienstleistungen können dabei zusammengefasst werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Kostennachweise müssen im Hinblick auf ihre Transparenz und die Aufbereitung der Daten eine Prüfung durch die Bundesnetzagentur und eine Entscheidung innerhalb der Frist nach § 40 Absatz 5 ermöglichen. <i>Sie sind, sofern nicht anders angeordnet, elektronisch vorzulegen.</i>	(4) Die Kostennachweise nach Absatz 1 Nummer 1 müssen im Hinblick auf ihre Transparenz und die Aufbereitung der Daten eine Prüfung durch die Bundesnetzagentur und eine Entscheidung innerhalb der Frist nach § 40 Absatz 5 ermöglichen.
(5) Nicht mit dem Antrag vorgelegte Unterlagen werden nur berücksichtigt, wenn dadurch die Einhaltung der Zehnwochenregelfrist nach § 40 Absatz 5 nicht gefährdet wird. Sofern die Bundesnetzagentur während des Verfahrens zusätzliche Unterlagen und Auskünfte anfordert, müssen diese nur berücksichtigt werden, wenn das beantragende Unternehmen sie innerhalb einer von der Bundesnetzagentur gesetzten Frist vorlegt.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Kostenrechnungsmethoden sind von dem beantragenden Unternehmen grundsätzlich antragsübergreifend einheitlich anzuwenden.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Befugnisse nach § 47 bleiben unberührt.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 44	§ 44
Abweichung von genehmigten Entgelten	u n v e r ä n d e r t
(1) Unterliegen Entgelte eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht einer Genehmigungspflicht nach § 38, darf das Unternehmen keine anderen als die von der Bundesnetzagentur genehmigten Entgelte verlangen.	
(2) Verträge über Leistungen, die andere als die für diese genehmigten Entgelte enthalten, werden mit der Maßgabe wirksam, dass das genehmigte Entgelt an die Stelle des vertraglich vereinbarten Entgelts tritt.	
(3) Eine vertragliche oder gesetzliche Verpflichtung zur Erbringung der Leistung bleibt unabhängig vom Vorliegen einer Entgeltgenehmigung bestehen. Die Bundesnetzagentur kann die Werbung für ein	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Rechtsgeschäft sowie den Abschluss, die Vorbereitung und die Anbahnung eines Rechtsgeschäfts, das ein anderes als das genehmigte oder ein nicht genehmigtes, aber genehmigungsbedürftiges Entgelt enthält, untersagen.	
§ 45	§ 45
Verfahren der Entgeltanzeige	u n v e r ä n d e r t
(1) Hat die Bundesnetzagentur das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 38 verpflichtet, Entgelte zur Anzeige zu bringen, sind ihr diese zwei Monate vor dem geplanten Inkrafttreten anzuzeigen.	
(2) Die Bundesnetzagentur untersagt innerhalb von zwei Wochen ab Zugang der Anzeige die Einführung der nach Absatz 1 angezeigten Entgelte bis zum Abschluss ihrer Prüfung, sofern die geplante Entgeltmaßnahme offenkundig nicht mit § 37 vereinbar wäre; im Falle des § 38 Absatz 3 Satz 2 findet § 37 entsprechend Anwendung. Für die weitere Prüfung geht die Bundesnetzagentur nach § 46 vor.	
§ 46	§ 46
Nachträgliche Missbrauchsprüfung	u n v e r ä n d e r t
(1) Werden der Bundesnetzagentur Tatsachen bekannt oder bekannt gemacht, die die Annahme rechtfertigen, dass Entgelte für Zugangsleistungen von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nicht den Anforderungen des § 37 genügen, leitet die Bundesnetzagentur unverzüglich eine Überprüfung der Entgelte ein; im Falle des § 38 Absatz 3 Satz 2 findet § 37 entsprechend Anwendung. Die Bundesnetzagentur teilt die Einleitung der Überprüfung dem betroffenen Unternehmen schriftlich oder elektronisch mit.	
(2) Die Bundesnetzagentur entscheidet innerhalb von zwei Monaten nach Einleitung der Überprüfung nach Absatz 1.	
(3) Stellt die Bundesnetzagentur in der Entscheidung nach Absatz 2 fest, dass Entgelte für Zugangsleistungen nicht den Anforderungen des § 37 genügen, untersagt sie das nach diesem Gesetz verbotene Verhalten und erklärt die beanstandeten Entgelte ab dem Zeitpunkt der Feststellung für unwirksam.	
(4) Legt das betroffene Unternehmen innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt der Feststellung nach Absatz 3 Vorschläge zur Änderung der Entgelte vor,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
prüft die Bundesnetzagentur binnen eines Monats ab der Vorlage der Vorschläge, ob diese die festgestellten Verstöße gegen die Anforderungen des § 37 abstellen. Mit der Feststellung, dass vorgelegte geänderte Entgelte den Anforderungen des § 37 genügen, werden diese Entgelte unverzüglich wirksam.	
(5) Erfolgt keine Vorlage nach Absatz 4 oder gelangt die Bundesnetzagentur nach Absatz 4 zu der Feststellung, dass die vorgelegten geänderten Entgelte ungenügend sind, ordnet die Bundesnetzagentur innerhalb von zwei Monaten ab Feststellung nach Absatz 4 Entgelte an, die den Anforderungen des § 37 genügen. Im Falle eines Missbrauchs im Sinne des § 37 Absatz 2 Nummer 5 ordnet sie zudem an, in welcher Weise das Unternehmen eine Entbündelung vorzunehmen hat.	
(6) Erfolgt eine Anordnung nach Absatz 5, gilt § 44 entsprechend.	
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 47	§ 47
Anordnungen im Rahmen der Entgeltregulierung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann im Rahmen oder zur Vorbereitung von Verfahren der Entgeltregulierung nach diesem Abschnitt anordnen, dass das Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht	
1. ihr detaillierte Angaben zum Leistungsangebot, zum aktuellen und erwarteten Umsatz für Dienstleistungen, zu den aktuellen und erwarteten Absatzmengen und Kosten, zu den voraussehbaren Auswirkungen auf die Endnutzer sowie auf die anderen Unternehmen und sonstige Unterlagen und Angaben zur Verfügung stellt, die sie zur sachgerechten Ausübung der Entgeltregulierung für erforderlich hält,	
2. die Kostenrechnung in einer Form übermittelt, die es der Bundesnetzagentur ermöglicht, die für die Entgeltregulierung aufgrund dieses Gesetzes notwendigen Daten zu erlangen oder	
3. Zugang unter bestimmten Tarifsystemen anbietet und bestimmte Kostendeckungsmechanismen anwendet.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Soweit nicht anders angeordnet, hat das Unternehmen Angaben nach Satz 1 schriftlich oder elektronisch an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Trifft die Bundesnetzagentur eine Anordnung nach Satz 1 Nummer 3, hat das Unternehmen innerhalb von zwei Wochen einen entsprechenden Entgeltantrag vorzulegen. Die Bundesnetzagentur entscheidet nach Vorlage des Antrags oder nach Ablauf der in Satz 3 genannten Frist innerhalb von vier Wochen.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann zur Durchsetzung der Anordnungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von bis zu einer Million Euro festsetzen.	
(3) Die Bundesnetzagentur kann auch von Unternehmen, die nicht über beträchtliche Marktmacht verfügen, Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 verlangen sowie nach Absatz 2 vorgehen, wenn dies zur sachgerechten Ausübung der Entgeltregulierung erforderlich ist.	
§ 48	§ 48
Veröffentlichung	Veröffentlichung
(1) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht nach Unterabschnitt 1 auferlegte Entgeltsmaßnahmen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur kann anordnen, in welcher Form ein Entgelt oder eine Entgeltänderung einschließlich der Leistungsbeschreibung und sonstiger entgeltrelevanter Bestandteile zu veröffentlichen ist.	(2) Die Bundesnetzagentur kann gegenüber dem betroffenen Unternehmen anordnen, in welcher Form ein Entgelt oder eine Entgeltänderung einschließlich der Leistungsbeschreibung und sonstiger entgeltrelevanter Bestandteile zu veröffentlichen ist.
A b s c h n i t t 4	A b s c h n i t t 4
R e g u l i e r u n g v o n E n d n u t z e r l e i s t u n g e n	u n v e r ä n d e r t
§ 49	
Regulierung von Endnutzerleistungen	
(1) Rechtfertigen Tatsachen die Annahme, dass die Verpflichtungen im Zugangsbereich nach Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 sowie nach Abschnitt 3 nicht zur Erreichung der Ziele nach § 2 und der Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten nachgelagerten Endkundenmarktes führen würden,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
kann die Bundesnetzagentur Unternehmen auch Verpflichtungen in einem Endkundenmarkt, in dem das Unternehmen über beträchtliche Marktmacht verfügt, auferlegen.	
(2) Die Bundesnetzagentur kann nach Absatz 1 auch Entgelte für Endnutzerleistungen der Entgeltregulierung unterwerfen; Abschnitt 3 gilt entsprechend.	
A b s c h n i t t 5	A b s c h n i t t 5
B e s o n d e r e M i s s b r a u c h s a u f s i c h t	B e s o n d e r e M i s s b r a u c h s a u f s i c h t
§ 50	§ 50
Missbräuchliches Verhalten eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht	Missbräuchliches Verhalten eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht
(1) Ein Unternehmen beträchtlicher Marktmacht darf diese Stellung gegenüber Endnutzern oder gegenüber anderen Unternehmen nicht missbrauchen. Ein Missbrauch liegt insbesondere vor, wenn das Unternehmen	(1) Ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht darf diese Stellung gegenüber Endnutzern oder gegenüber anderen Unternehmen nicht missbrauchen. Ein Missbrauch liegt insbesondere vor, wenn das Unternehmen
1. andere Unternehmen unmittelbar oder mittelbar unbillig behindert oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen auf einem Telekommunikationsmarkt auf erhebliche Weise beeinträchtigt.	2. u n v e r ä n d e r t
Eine Verhaltensweise nach Satz 2 Nummer 2 stellt keinen Missbrauch dar, wenn für sie eine sachliche Rechtfertigung nachgewiesen wird.	Eine Verhaltensweise nach Satz 2 Nummer 2 stellt keinen Missbrauch dar, wenn für sie eine sachliche Rechtfertigung nachgewiesen wird.
(2) Ein Missbrauch im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2 wird vermutet, wenn	(2) u n v e r ä n d e r t
1. das Unternehmen einzelnen Nachfragern, einschließlich sich selbst oder seinen Tochter- oder Partnerunternehmen, Vorteile gegenüber anderen Nachfragern gleichartiger oder ähnlicher Leistungen einräumt oder	
2. das Unternehmen seiner Verpflichtung aus § 28 Absatz 1 nicht nachkommt, indem es die Bearbeitung von Zugangsanträgen verzögert.	
(3) Werden der Bundesnetzagentur Tatsachen bekannt oder bekannt gemacht, die die Annahme rechtfertigen, dass ein Missbrauch nach Absatz 1 vorliegt, leitet die Bundesnetzagentur unverzüglich ein Verfahren zur Überprüfung ein und teilt dies dem betroffenen	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Unternehmen schriftlich oder elektronisch mit. Sie entscheidet regelmäßig innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Einleitung des Verfahrens, ob ein Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung vorliegt.	
(4) Wenn die Bundesnetzagentur im Rahmen der Überprüfung nach Absatz 3 zu der Entscheidung gelangt, dass ein Missbrauch durch ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht vorliegt, ergreift sie Maßnahmen, um den Missbrauch zu beenden. Dazu kann sie dem Unternehmen ein Verhalten auferlegen oder untersagen. Sie kann Verträge ganz oder teilweise für unwirksam erklären.	(4) u n v e r ä n d e r t
Teil 3	Teil 3
K u n d e n s c h u t z	K u n d e n s c h u t z
§ 51	§ 51
Nichtdiskriminierung, Berücksichtigung der Interessen von Endnutzern mit Behinderungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste dürfen gegenüber Endnutzern keine unterschiedlichen Anforderungen oder allgemeinen Bedingungen für den Zugang zu den Netzen oder Diensten oder für deren Nutzung anwenden, die auf der Staatsangehörigkeit, auf dem Wohnsitz oder auf dem Ort der Niederlassung des Endnutzers beruhen, es sei denn, diese unterschiedliche Behandlung ist objektiv gerechtfertigt.	
(2) Die Interessen von Endnutzern mit Behinderungen sind von den Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste bei der Planung und Erbringung der Dienste zu berücksichtigen. Es ist ein Zugang zu ermöglichen, der dem Zugang gleichwertig ist, über den die Mehrheit der Endnutzer verfügt. Der Zugang zu den Telekommunikationsdiensten muss Endnutzern mit Behinderungen jederzeit zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Auswahl an Unternehmen und Diensten.	
(3) Nach Anhörung der betroffenen Verbände und der Unternehmen stellt die Bundesnetzagentur den Bedarf nach Absatz 2 fest, der sich aus den Bedürfnissen von Endnutzern mit Behinderungen ergibt. Zur Sicherstellung des Dienstes sowie der Dienstemerkmale ist die Bundesnetzagentur befugt, den Unternehmen	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Verpflichtungen aufzuerlegen. Die Bundesnetzagentur kann von solchen Verpflichtungen absehen, wenn eine Anhörung der betroffenen Kreise ergibt, dass diese Dienstmerkmale oder vergleichbare Dienste als weit- hin verfügbar erachtet werden.	
(4) Die Anbieter von Sprachkommunikations- diensten stellen jederzeit verfügbare Vermittlungs- dienste für gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer zu einem erschwinglichen Preis unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse bereit. Die Bundesnetza- gentur ermittelt den Bedarf für diese Vermittlungs- dienste unter Beteiligung der betroffenen Verbände und der Unternehmen. Soweit Unternehmen keinen be- darfsgerechten Vermittlungsdienst bereitstellen, beauf- tragt die Bundesnetzagentur einen Leistungserbringer mit der Bereitstellung eines Vermittlungsdienstes zu ei- nem erschwinglichen Preis. Dabei kann sie eine Grenze vorsehen, bis zu welcher die Nutzung des Vermitt- lungsdienstes für die Nutzer kostenfrei ist. Die mit die- ser Bereitstellung nicht durch die vom Nutzer zu zah- lenden Entgelte gedeckten Kosten tragen die Unterneh- men, die keinen bedarfsgerechten Vermittlungsdienst bereitstellen. Der jeweils von einem Unternehmen zu tragende Anteil an diesen Kosten bemisst sich nach dem Verhältnis des Anteils der vom jeweiligen Unter- nehmen erbrachten abgehenden Verbindungen zum Ge- samtvolumen der von allen zahlungspflichtigen Unter- nehmen erbrachten abgehenden Verbindungen und wird von der Bundesnetzagentur festgesetzt. Die Zah- lungspflicht entfällt für Unternehmen, die weniger als 0,5 Prozent des Gesamtvolumens der abgehenden Ver- bindungen erbracht haben; der auf diese Unternehmen entfallende Teil der Kosten wird von den übrigen Un- ternehmen nach Maßgabe des Satzes 6 getragen. Die Bundesnetzagentur legt die Einzelheiten des Verfah- rens der Entgeltermittlung und Kostentragung fest.	
§ 52	§ 52
Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle; Rechtsverordnung	Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle; Rechtsverordnung
(1) Anbieter von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, die die Erbringung der Dienste von ihren Geschäftsbedingungen abhängig machen, sind verpflichtet, aktuelle Informationen zu veröffentlichen über	(1) u n v e r ä n d e r t
1. geltende Preise und Tarife,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. die Vertragslaufzeit und die bei vorzeitiger Vertragskündigung anfallenden Entgelte sowie Rechte bezüglich der Kündigung von Angebotspaketen oder Teilen davon,	
3. Standardbedingungen für den Zugang zu den von ihnen für Endnutzer und Verbraucher bereitgestellten Diensten und deren Nutzung,	
4. die Dienstqualität einschließlich eines Angebots zur Überprüfbarkeit der Datenübertragungsrate,	
5. Einzelheiten über speziell für Nutzer mit Behinderungen bestimmte Produkte und Dienste und	
6. die tatsächliche, standortbezogene Mobilfunknetzabdeckung, einschließlich einer Kartendarstellung zur aktuellen Netzabdeckung.	
Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2120 bleibt hiervon unberührt.	
(2) Im Rahmen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 sind Anbieter von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten verpflichtet, Folgendes zu veröffentlichen:	(2) u n v e r ä n d e r t
1. Kontaktangaben des Unternehmens,	
2. den Umfang der angebotenen Dienste und Hauptmerkmale jedes bereitgestellten Dienstes einschließlich etwaiger Mindestniveaus der Dienstqualität sowie etwaig auferlegter Nutzungsbeschränkungen für bereitgestellte Telekommunikationsendeinrichtungen,	
3. Tarife der angebotenen Dienste mit Angaben zu dem in bestimmten Tarifen enthaltenen Kommunikationsvolumen und den geltenden Tarifen für zusätzliche Kommunikationseinheiten, Nummern oder Dienste, für die besondere Preisbedingungen gelten, Zugangsentgelte, Wartungsentgelte, Nutzungsentgelte jeder Art, besondere sowie zielgruppenspezifische Tarife und Zusatzentgelte sowie Kosten für Endgeräte,	
4. ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die von ihnen angebotenen Vertragslaufzeiten, die Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel nach § 59, Kündigungsbedingungen sowie Verfahren im Zusammenhang mit der Übertragung von Rufnummern oder anderen Kennungen,	
5. allgemeine und anbieterbezogene Informationen über die Verfahren zur Streitbeilegung und	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
6. Informationen über grundlegende Rechte der Endnutzer von Internetzugangsdiensten oder öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, insbesondere	
a) zu Einzelverbindungsanzeigen,	
b) zu beschränkten und für den Endnutzer kostenlosen Sperren abgehender Verbindungen oder von Kurzwahl-Datendiensten oder, soweit technisch möglich, anderen Arten ähnlicher Anwendungen,	
c) zur Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze gegen Vorauszahlung,	
d) zur Verteilung der Kosten für einen Netzananschluss auf einen längeren Zeitraum,	
e) zu den Folgen von Zahlungsverzug für mögliche Sperren,	
f) zu den Dienstmerkmalen Tonwahl- und Mehrfrequenzwahlverfahren und Anzeige der Rufnummer des Anrufers und	
g) zur Tarifberatung.	
(3) Die Informationen sind klar, verständlich und leicht zugänglich in maschinenlesbarer Weise und in einem für Endnutzer mit Behinderungen barrierefreien Format bereitzustellen. Die Bundesnetzagentur stellt sicher, dass die Anbieter diese Informationen veröffentlichen und regelmäßig auf den neuesten Stand bringen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften zur Förderung der Transparenz sowie zur Veröffentlichung von Informationen und zusätzlichen Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle auf dem Telekommunikationsmarkt zu erlassen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) In der Rechtsverordnung nach Absatz 4 können hinsichtlich Ort und Form der gemäß den Absätzen 2 und 3 zu veröffentlichenden Informationen konkretisierende Anforderungen festgelegt werden. In der Rechtsverordnung nach Absatz 4 können Anbieter von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten sowie Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichtet werden, Einrichtungen anzubieten, um die	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Kosten von Sprachkommunikationsdiensten, von Internetzugangsdiensten oder von nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten im Falle des Artikels 115 der Richtlinie (EU) 2018/1972 zu kontrollieren. Die Einrichtung umfasst auch unentgeltliche Warnhinweise für die Verbraucher im Falle eines anormalen oder übermäßigen Verbrauchsverhaltens.	
(6) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Ermächtigung nach Absatz 4 durch Rechtsverordnung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundestag.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Bundesnetzagentur kann selbst oder über Dritte jegliche Information veröffentlichen, die für Endnutzer Bedeutung haben kann. Die Bundesnetzagentur <i>veröffentlicht auf ihrer Internetseite die von den Mobilfunknetzbetreibern übermittelten Informationen über die tatsächliche, standortbezogene Mobilfunknetzabdeckung einschließlich lokaler Schwerpunkte für Verbindungsabbrüche bei der Sprachtelefonie.</i> Die Bundesnetzagentur kann zur Förderung der Transparenz sowie zur Bereitstellung von Informationen und zusätzlichen Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle nach Absatz 4 interaktive Führer oder ähnliche Techniken selbst oder über Dritte bereitstellen, wenn diese auf dem Markt nicht kostenlos oder zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stehen. Zur Bereitstellung nach Satz 3 ist die Nutzung der von Betreibern von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und von Anbietern von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten veröffentlichten Informationen für die Bundesnetzagentur oder für Dritte kostenlos.	(7) Die Bundesnetzagentur kann selbst oder über Dritte jegliche Information veröffentlichen, die für Endnutzer Bedeutung haben kann. Die Bundesnetzagentur kann zur Förderung der Transparenz sowie zur Bereitstellung von Informationen und zusätzlichen Dienstmerkmalen zur Kostenkontrolle nach Absatz 4 interaktive Führer oder ähnliche Techniken selbst oder über Dritte bereitstellen, wenn diese auf dem Markt nicht kostenlos oder zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stehen. Zur Bereitstellung nach Satz 3 ist die Nutzung der von Betreibern von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und von Anbietern von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten veröffentlichten Informationen für die Bundesnetzagentur oder für Dritte kostenlos.
§ 53	§ 53
Unabhängige Vergleichsinstrumente	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur stellt sicher, dass Verbraucher kostenlosen Zugang zu mindestens einem unabhängigen Vergleichsinstrument haben, mit dem diese verschiedene Internetzugangsdienste und öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Telekommunikationsdienste vergleichen und beurteilen können in Bezug auf	
1. die Preise und Tarife der für wiederkehrende oder verbrauchsbasierte direkte Geldzahlungen erbrachten Dienste und	
2. die Dienstqualität, falls eine Mindestdienstqualität angeboten wird oder das Unternehmen verpflichtet ist, solche Informationen zu veröffentlichen.	
(2) Das Vergleichsinstrument nach Absatz 1 muss	
1. unabhängig von den Anbietern der Dienste betrieben werden und damit sicherstellen, dass die Anbieter bei den Suchergebnissen gleichbehandelt werden;	
2. die Inhaber und Betreiber des Vergleichsinstruments eindeutig offenlegen;	
3. klare und objektive Kriterien enthalten, auf die sich der Vergleich stützt;	
4. eine leicht verständliche und eindeutige Sprache verwenden;	
5. korrekte und aktualisierte Informationen bereitstellen und den Zeitpunkt der letzten Aktualisierung angeben;	
6. allen Anbietern von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten offenstehen, eine breite Palette an Angeboten umfassen, die einen wesentlichen Teil des Marktes abdecken, sowie eine eindeutige diesbezügliche Erklärung ausgeben, bevor die Ergebnisse angezeigt werden, falls die angebotenen Informationen keine vollständige Marktübersicht darstellen;	
7. ein wirksames Verfahren für die Meldung falscher Informationen vorsehen;	
8. Preise, Tarife und Dienstqualität zwischen Angeboten vergleichbar machen, die Verbrauchern zur Verfügung stehen.	
Die Bundesnetzagentur kann sicherstellen, dass das Vergleichsinstrument nach Absatz 1 Nummer 1 auch öffentlich zugängliche nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste umfasst.	
(3) Vergleichsinstrumente, die den Anforderungen nach Absatz 2 entsprechen, werden auf Antrag des Anbieters des Vergleichsinstruments von der Bundesnetzagentur zertifiziert. Die Bundesnetzagentur kann	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
einen Dritten mit der Zertifizierung beauftragen. Falls derartige Vergleichsinstrumente im Markt nicht angeboten werden, schreibt die Bundesnetzagentur die Leistung aus.	
(4) Dritte dürfen die Informationen, die von Anbietern von Internetzugangsdiensten oder öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten veröffentlicht werden, zur Bereitstellung unabhängiger Vergleichsinstrumente nutzen. Die Anbieter müssen eine kostenlose Nutzung in offenen Datenformaten ermöglichen.	
§ 54	§ 54
Vertragsschluss und Vertragszusammenfassung	u n v e r ä n d e r t
(1) Bevor ein Verbraucher seine Vertragserklärung abgibt, hat der Anbieter anderer öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste als für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste dem Verbraucher die in Artikel 246 oder Artikel 246a § 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und die in § 55 aufgeführten Informationen zu erteilen, soweit diese einen von ihm zu erbringenden Dienst betreffen.	
(2) Die Informationen nach Absatz 1 sind dem Verbraucher in klarer und verständlicher Weise und auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen. Ist die Zurverfügungstellung auf einem dauerhaften Datenträger nicht möglich, sind sie in einem vom Anbieter bereitgestellten, leicht herunterladbaren Dokument zu erteilen. Die Informationen sind auf Anfrage in einem Format bereitzustellen, das für Endnutzer mit Behinderungen zugänglich ist. Der Verbraucher ist durch den Anbieter ausdrücklich auf die Verfügbarkeit der bereitgestellten Informationen sowie darauf hinzuweisen, dass er über die Informationen zum Zweck der Dokumentation, der künftigen Bezugnahme und der unveränderten Wiedergabe nur verfügen kann, wenn er diese herunterlädt.	
(3) Bevor ein Verbraucher seine Vertragserklärung abgibt, stellt der Anbieter dem Verbraucher eine klare und leicht lesbare Vertragszusammenfassung unter Verwendung des Musters in der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2243 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung eines Musters für die Vertragszusammenfassung, das von den Anbietern öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikations-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
dienste gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden ist (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 274), kostenlos zur Verfügung. Die Vertragszusammenfassung muss die Hauptelemente der Informationspflichten darlegen und umfasst mindestens folgende Informationen:	
1. Name, Anschrift und Kontaktangaben des Anbieters sowie Kontaktangaben für Beschwerden, falls diese sich von ersteren unterscheiden,	
2. die wesentlichen Merkmale der einzelnen zu erbringenden Dienste,	
3. die jeweiligen Preise für die Aktivierung der Telekommunikationsdienste und alle wiederkehrenden oder verbrauchsabhängigen Entgelte, wenn die Dienste gegen direkte Geldzahlung erbracht werden,	
4. die Laufzeit des Vertrages und die Bedingungen für seine Verlängerung und Kündigung,	
5. die Nutzbarkeit der Produkte und Dienste für Endnutzer mit Behinderungen und	
6. im Hinblick auf Internetzugangsdienste auch eine Zusammenfassung der gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d und e der Verordnung (EU) 2015/2120 erforderlichen Informationen.	
Ist es aus objektiven technischen Gründen nicht möglich, die Vertragszusammenfassung vor Abgabe der Vertragserklärung des Verbrauchers zur Verfügung zu stellen, so muss sie dem Verbraucher unverzüglich nach Vertragsschluss zur Verfügung gestellt werden. Die Wirksamkeit des Vertrages hängt davon ab, dass der Verbraucher nach Erhalt der Vertragszusammenfassung den Vertrag in Textform genehmigt. Genehmigt der Verbraucher den Vertrag nicht, so steht dem Anbieter, wenn er gegenüber dem Verbraucher in Erwartung der Genehmigung den Telekommunikationsdienst erbracht hat, kein Anspruch auf Wertersatz zu.	
(4) Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Informationen werden Inhalt des Vertrages, es sei denn, die Vertragsparteien haben ausdrücklich etwas anderes vereinbart.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 55	§ 55
Informationsanforderungen für Verträge	u n v e r ä n d e r t
(1) Bevor ein Verbraucher seine Vertragserklärung abgibt, hat der Anbieter anderer öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste als für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzter Übermittlungsdienste dem Verbraucher folgende Informationen umfassend, klar und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen:	
1. die gemäß Anhang VIII Teil A der Richtlinie (EU) 2018/1972 zu erteilenden Informationen und	
2. Informationen über die Entschädigung der Endnutzer durch ihre Anbieter für den Fall, dass diese die Verpflichtungen zum Anbieterwechsel oder bei einer Rufnummernmitnahme nicht einhalten oder Kundendienst- und Installationstermine versäumen.	
(2) Bevor ein Verbraucher seine Vertragserklärung abgibt, stellen Anbieter von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen interpersonellen Telekommunikationsdiensten zusätzlich zu den Informationen nach Absatz 1 die Informationen nach Anhang VIII Teil B der Richtlinie (EU) 2018/1972 zur Verfügung.	
(3) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dazu verpflichtet, Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste die für die Erfüllung der Informationspflichten benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn ausschließlich die Betreiber über diese Informationen verfügen.	
(4) Die Bundesnetzagentur kann nach Beteiligung der betroffenen Verbände und der Unternehmen festlegen, welche Mindestangaben nach den Absätzen 1 und 2 erforderlich sind. Hierzu kann die Bundesnetzagentur die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, die nicht nur Übertragungsdienste für Dienste der Maschine-Maschine-Kommunikation bereitstellen, oder die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichten, Daten zum tatsächlichen Mindestniveau der Dienstqualität zu erheben, eigene Messungen durchzuführen oder Hilfsmittel zu entwickeln, die es dem Endnutzer ermöglichen, eigenständige Messungen durchzuführen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht jährlich auf ihrer Internetseite einen Bericht über ihre Erhebungen und Erkenntnisse, in dem insbesondere dargestellt wird, inwiefern	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. die Anbieter von Internetzugangsdiensten die Informationen zur Verfügung stellen, die nach Absatz 2 und nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2120 erforderlich sind,	
2. erhebliche, kontinuierliche oder regelmäßig wiederkehrende Abweichungen zwischen der nach Satz 2 gemessenen Dienstqualität und den nach Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2120 im Vertrag enthaltenen Angaben festgestellt wurden und	
3. Anforderungen und Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Verordnung (EU) 2015/2120 notwendig und wirksam sind.	
§ 56	§ 56
Vertragslaufzeit, Kündigung nach stillschweigender Vertragsverlängerung	Vertragslaufzeit, Kündigung nach stillschweigender Vertragsverlängerung
(1) Die anfängliche Laufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher und einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, der nicht nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Übertragungsdienste für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation zum Gegenstand hat, darf 24 Monate nicht überschreiten. <i>Verträge mit einer anfänglichen Laufzeit von mehr als einem Jahr sind unwirksam, wenn der Anbieter dem Verbraucher vor Vertragschluss nicht unaufgefordert einen Vertrag über die gleiche Telekommunikationsdienstleistung mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten zu einem Preis anbietet, der den Preis für den Vertrag mit der längeren Laufzeit um nicht mehr als 25 Prozent im Monatsdurchschnitt übersteigt.</i>	(1) Die anfängliche Laufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher und einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, der nicht nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Übertragungsdienste für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation zum Gegenstand hat, darf 24 Monate nicht überschreiten. Anbieter sind vor Vertragsschluss verpflichtet, einem Verbraucher einen Vertrag mit einer anfänglichen Laufzeit von höchstens zwölf Monaten anzubieten.
(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden für Verträge, die nur die Herstellung einer physischen Verbindung zum Gegenstand haben, ohne dabei Endgeräte oder Dienste zu umfassen, auch wenn mit dem Verbraucher vereinbart wird, dass er die vereinbarte Vergütung über einen Zeitraum in Raten zahlen kann, der 24 Monate übersteigt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Ist in einem Vertrag <i>über</i> öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste nach Absatz 1 vorgesehen, dass er sich nach Ablauf der anfänglichen Vertragslaufzeit stillschweigend verlängert, wenn der Endnutzer den Vertrag nicht rechtzeitig kündigt, kann der Endnutzer einen solchen Vertrag nach Ablauf der anfänglichen Vertragslaufzeit jederzeit unter Einhaltung	(3) Ist in einem Vertrag zwischen einem Endnutzer und einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, der nicht nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Übertragungsdienste für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Ma-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
einer Kündigungsfrist von einem Monat kündigen. Der Anbieter muss den Endnutzer rechtzeitig vor einer Verlängerung des Vertrages auf einem dauerhaften Datenträger hinweisen auf	schine-Kommunikation zum Gegenstand hat , vorgesehen, dass er sich nach Ablauf der anfänglichen Vertragslaufzeit stillschweigend verlängert, wenn der Endnutzer den Vertrag nicht rechtzeitig kündigt, kann der Endnutzer einen solchen Vertrag nach Ablauf der anfänglichen Vertragslaufzeit jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat kündigen. Der Anbieter muss den Endnutzer rechtzeitig vor einer Verlängerung des Vertrages auf einem dauerhaften Datenträger hinweisen auf
1. die stillschweigende Verlängerung des Vertrages,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Möglichkeit, die Verlängerung des Vertrages durch seine rechtzeitige Kündigung zu verhindern, und	2. u n v e r ä n d e r t
3. das Recht, einen verlängerten Vertrag nach Satz 1 zu kündigen.	3. u n v e r ä n d e r t
(4) Durch eine Kündigung aufgrund des Absatzes 3 Satz 1 dürfen einem Endnutzer keine Kosten entstehen. Wenn ein Endnutzer berechtigt ist, einen Vertrag vor dem Ende der vereinbarten Laufzeit zu kündigen, darf von ihm keine Entschädigung verlangt werden, <i>außer für einbehaltene Endgeräte. Die Entschädigung</i> darf weder höher sein als der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbarte zeitanteilige Wert der Geräte noch als die Restentgelte, die noch für den Dienst angefallen wären, wenn dieser nicht vorzeitig gekündigt worden wäre. Spätestens mit Zahlung <i>der Entschädigung</i> muss der Anbieter alle einschränkenden Bedingungen <i>der</i> Nutzung dieser Endgeräte in anderen Telekommunikationsnetzen kostenlos aufheben.	(4) Durch eine Kündigung aufgrund des Absatzes 3 Satz 1 dürfen einem Endnutzer keine Kosten entstehen. Wenn ein Endnutzer berechtigt ist, einen Vertrag vor dem Ende der vereinbarten Laufzeit zu kündigen, darf von ihm über einen Wertersatz für einbehaltene Endgeräte hinaus keine Entschädigung verlangt werden. Der Wertersatz darf weder höher sein als der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbarte zeitanteilige Wert der Geräte noch als die Restentgelte, die noch für den Dienst angefallen wären, wenn dieser nicht vorzeitig gekündigt worden wäre. Spätestens mit Zahlung des Wertersatzes muss der Anbieter alle einschränkenden Bedingungen für die Nutzung dieser Endgeräte in anderen Telekommunikationsnetzen kostenlos aufheben.
(5) Anbieter eines Internetzugangsdienstes stellen unentgeltlich sicher, dass Endnutzer während eines angemessenen Zeitraums nach Beendigung des Vertrages mit dem Anbieter des Internetzugangsdienstes weiterhin Zugang zu E-Mails haben, die unter der Mail-Domain des Anbieters bereitgestellt wurden, und dass Endnutzer diese E-Mails an eine vom Endnutzer festgelegte andere E-Mail-Adresse weiterleiten können. Die Bundesnetzagentur kann den angemessenen Zeitraum nach Satz 1 festlegen.	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 57	§ 57
Vertragsänderung, Minderung und außerordentliche Kündigung	Vertragsänderung, Minderung und außerordentliche Kündigung
(1) Hat ein Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste sich durch Allgemeine Geschäftsbedingungen vorbehalten, einen Vertrag einseitig zu ändern und ändert er die Vertragsbedingungen einseitig, kann der Endnutzer den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne Kosten kündigen, es sei denn, die Änderungen sind	(1) u n v e r ä n d e r t
1. ausschließlich zum Vorteil des Endnutzers,	
2. rein administrativer Art und haben keine negativen Auswirkungen auf den Endnutzer oder	
3. unmittelbar durch Unionsrecht oder innerstaatlich geltendes Recht vorgeschrieben.	
Die Kündigung kann innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt erklärt werden, in dem die Unterrichtung des Anbieters über die Vertragsänderung, die den Anforderungen des Absatzes 2 Satz 1 entspricht, dem Endnutzer zugeht. Der Vertrag kann durch die Kündigung frühestens zu dem Zeitpunkt beendet werden, zu dem die Vertragsänderung wirksam werden soll. Die Sätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden auf Verträge, die nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste zum Gegenstand haben.	
(2) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste müssen Endnutzer mindestens einen Monat, höchstens zwei Monate, bevor eine Vertragsänderung nach Absatz 1 Satz 1 wirksam werden soll, klar und verständlich auf einem dauerhaften Datenträger über Folgendes unterrichten:	(2) u n v e r ä n d e r t
1. den Inhalt und den Zeitpunkt der Vertragsänderung und	
2. ein bestehendes Kündigungsrecht des Endnutzers nach Absatz 1 Satz 1 bis 3.	
Die Bundesnetzagentur kann das Format für die Unterrichtung über Vertragsänderungen und zum Kündigungsrecht nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 festlegen.	
(3) Anbieter beraten die Endnutzer hinsichtlich des für den jeweiligen Endnutzer besten Tarifs in Bezug auf ihre Dienste. Sie berücksichtigen hierbei insbesondere den vom <i>jeweiligen</i> Endnutzer <i>genutzten Umfang</i>	(3) Anbieter beraten die Endnutzer hinsichtlich des für den jeweiligen Endnutzer besten Tarifs in Bezug auf ihre Dienste. Sie berücksichtigen hierbei insbesondere den Umfang der vom Endnutzer aktuell vertraglich vereinbarten Dienste, insbesondere in Bezug auf das enthaltene Datenvolumen. Anbieter

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>der Dienste. Anbieter erteilen Endnutzern Informationen über den hiernach ermittelten besten Tarif mindestens einmal pro Jahr.</i>	erteilen Endnutzern Informationen über den hiernach ermittelten besten Tarif mindestens einmal pro Jahr.
(4) Im Falle von	(4) Im Falle von
1. erheblichen, kontinuierlichen oder regelmäßig wiederkehrenden Abweichungen bei der Geschwindigkeit oder bei anderen Dienstqualitätsparametern zwischen der tatsächlichen Leistung der Internetzugangsdienste und der vom Anbieter der Internetzugangsdienste gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a bis d der Verordnung (EU) 2015/2120 angegebenen Leistung, die durch einen von der Bundesnetzagentur bereitgestellten oder von ihr oder einem von ihr beauftragten Dritten zertifizierten Überwachungsmechanismus ermittelt wurden, oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. anhaltenden oder häufig auftretenden erheblichen Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der im Vertrag angegebenen Leistung eines Telekommunikationsdienstes mit Ausnahme eines Internetzugangsdienstes,	2. u n v e r ä n d e r t
ist der Verbraucher unbeschadet sonstiger Rechtsbehelfe berechtigt, das vertraglich vereinbarte Entgelt <i>für den nicht vertragskonform geleisteten Vertragsbestandteil</i> zu mindern oder den Vertrag außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Bei der Minderung ist das vertraglich vereinbarte Entgelt in dem Verhältnis herabzusetzen, in welchem die tatsächliche Leistung von der vertraglich vereinbarten Leistung abweicht. Im Falle des vollständigen Ausfalls eines Dienstes ist eine erhaltene Entschädigung nach § 58 Absatz 2 auf die Minderung anzurechnen. Für eine Kündigung nach Satz 1 ist § 314 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden. Für die Entschädigung des Anbieters im Falle einer Kündigung nach Satz 1 gilt § 54 Absatz 4 Satz 2 bis 4 entsprechend.	ist der Verbraucher unbeschadet sonstiger Rechtsbehelfe berechtigt, das vertraglich vereinbarte Entgelt zu mindern oder den Vertrag außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Bei der Minderung ist das vertraglich vereinbarte Entgelt in dem Verhältnis herabzusetzen, in welchem die tatsächliche Leistung von der vertraglich vereinbarten Leistung abweicht. Ist der Eintritt der Voraussetzungen von Satz 1 Nummer 1 oder 2 unstreitig oder vom Verbraucher nachgewiesen worden, besteht das Recht des Verbrauchers zur Minderung so lange fort, bis der Anbieter den Nachweis erbringt, dass er die vertraglich vereinbarte Leistung ordnungsgemäß erbringt. Im Falle des vollständigen Ausfalls eines Dienstes ist eine erhaltene Entschädigung nach § 58 Absatz 2 auf die Minderung anzurechnen. Für eine Kündigung nach Satz 1 ist § 314 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden. Für die Entschädigung des Anbieters im Falle einer Kündigung nach Satz 1 gilt § 56 Absatz 4 Satz 2 bis 4 entsprechend.
(5) Die Bundesnetzagentur kann die unbestimmten Begriffe der erheblichen, kontinuierlichen oder regelmäßig wiederkehrenden Abweichung bei der Geschwindigkeit nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 sowie der anhaltenden oder häufig auftretenden erheblichen Abweichungen nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 nach	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Anhörung der betroffenen Kreise durch Allgemeinverfügung konkretisieren.	
§ 58	§ 58
Entstörung	Entstörung
(1) Der Verbraucher kann von einem Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes verlangen, dass dieser eine Störung unverzüglich und unentgeltlich beseitigt, es sei denn, der Verbraucher hat die Störung selbst zu vertreten. Satz 1 gilt nicht für nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder die Bereitstellung von Übertragungsdiensten für Dienste der Maschine-Maschine-Kommunikation. Der Verbraucher hat bei der Entstörung eine Mitwirkungspflicht.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Wenn der Anbieter die Störung nicht innerhalb eines <i>Arbeitstages</i> nach Eingang der Störungsmeldung beseitigen kann, ist er verpflichtet, den Verbraucher spätestens innerhalb des <i>darauffolgenden Arbeitstages</i> darüber zu informieren, welche Maßnahmen er eingeleitet hat und wann die Störung voraussichtlich behoben sein wird. <i>Wird die Störung nicht innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Eingang der Störungsmeldung beseitigt, kann der Verbraucher ab dem Folgetag eine Entschädigung verlangen, es sei denn, der Verbraucher hat die Störung zu vertreten. Eine Entschädigung kann ab dem dritten Arbeitstag pro Tag des vollständigen Ausfalls des Dienstes verlangt werden. Die Höhe der Entschädigung beträgt am dritten und vierten Tag 5 Euro oder 10 Prozent und ab dem fünften Tag 10 Euro oder 20 Prozent der vertraglich vereinbarten Monatsentgelte bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Beruht die vollständige Unterbrechung des Dienstes auf gesetzlich festgelegten Maßnahmen nach diesem Gesetz, der Verordnung (EU) 2015/2120 oder sicherheitsbehördlichen Anordnungen, steht dem Verbraucher eine Entschädigung nicht zu.</i>	(2) Der Anbieter hat den Eingang einer Störungsmeldung sowie die Vereinbarung von Kundendienst- und Installationsterminen jeweils unverzüglich gegenüber dem Verbraucher zu dokumentieren. Wenn der Anbieter die Störung nicht innerhalb eines Kalendertages nach Eingang der Störungsmeldung beseitigen kann, ist er verpflichtet, den Verbraucher spätestens innerhalb des Folgetages darüber zu informieren, welche Maßnahmen er eingeleitet hat und wann die Störung voraussichtlich behoben sein wird.
	(3) Wird die Störung nicht innerhalb von zwei Kalendertagen nach Eingang der Störungsmeldung beseitigt, kann der Verbraucher ab dem Folgetag für jeden Tag des vollständigen Ausfalls des Dienstes eine Entschädigung verlangen, es sei denn, der Verbraucher hat die Störung oder ihr Fortdauern zu vertreten, oder die vollständige Unterbrechung des Dienstes beruht auf gesetzlich festgelegten Maßnahmen nach diesem Gesetz, der Verordnung (EU) 2015/2120, sicherheitsbehördlichen Anordnungen oder höherer Gewalt. Die Höhe der Entschädigung

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	<p>beträgt am dritten und vierten Tag 5 Euro oder 10 Prozent und ab dem fünften Tag 10 Euro oder 20 Prozent der vertraglich vereinbarten Monatsentgelte bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Soweit der Verbraucher wegen der Störung eine Minderung nach § 57 Absatz 4 geltend macht, ist diese Minderung auf eine nach diesem Absatz zu zahlende Entschädigung anzurechnen. Das Recht des Verbrauchers, einen über die Entschädigung nach diesem Absatz hinausgehenden Schadensersatz zu verlangen, bleibt unberührt. Die Entschädigung ist auf einen solchen Schadensersatz anzurechnen; ein solcher Schadensersatz ist auf die Entschädigung anzurechnen.</p>
<p>(3) Der Anbieter hat die Entgegennahme einer Störungsmeldung sowie die Vereinbarung von Kundendienst- und Installationsterminen jeweils unverzüglich gegenüber dem Verbraucher zu dokumentieren. Wird ein vereinbarter Kundendienst- oder Installationstermin vom Anbieter versäumt, kann der Verbraucher für jeden versäumten Termin eine Entschädigung von 10 Euro oder 20 Prozent der vertraglich vereinbarten Monatsentgelte bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt verlangen, es sei denn, der Endnutzer hat das Versäumnis des Termins zu vertreten.</p>	<p>(4) Wird ein vereinbarter Kundendienst- oder Installationstermin vom Anbieter versäumt, kann der Verbraucher für jeden versäumten Termin eine Entschädigung in Höhe von 10 Euro oder 20 Prozent des vertraglich vereinbarten Monatsentgeltes bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt, je nachdem welcher Betrag höher ist, verlangen, es sei denn, der Verbraucher hat das Versäumnis des Termins zu vertreten. Absatz 3 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.</p>
<p>(4) Die Bundesnetzagentur kann weitere Einzelheiten der Entstörung durch Festlegung regeln. Dabei kann sie insbesondere auch weitere Fristen, Dokumentations- und Informationsanforderungen zum Beginn und Ablauf des Entstörungsverfahrens sowie Anforderungen an die Vereinbarung und Dokumentation von Kundendienst- und Installationsterminen festlegen.</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 59</p>	<p>§ 59</p>
<p>Anbieterwechselprozess und Rufnummernmitnahme</p>	<p>Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme</p>
<p>(1) Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme erfolgen unter Leitung des aufnehmenden Anbieters. Anbieter von Internetzugangsdiensten und nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten erteilen Endnutzern vor und während des Wechselprozesses ausreichende Informationen. Der aufnehmende und der abgebende Anbieter sowie die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dabei zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie sorgen dafür, dass es keine Unterbrechung des Dienstes gibt, sie verzögern oder missbrauchen den Wechsel oder die Rufnummernmitnahme nicht und führen diese nicht</p>	<p>(1) Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme erfolgen unter Leitung des aufnehmenden Anbieters. Anbieter von Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten erteilen Endnutzern vor und während des Anbieterwechsels ausreichende Informationen. Der aufnehmende und der abgebende Anbieter sowie die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dabei zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie sorgen dafür, dass es keine Unterbrechung des Dienstes gibt, sie verzögern oder</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
ohne vertragliche Vereinbarung des Endnutzers mit dem aufnehmenden Anbieter durch.	missbrauchen den Wechsel oder die Rufnummernmitnahme nicht und führen diese nicht ohne vertragliche Vereinbarung des Endnutzers mit dem aufnehmenden Anbieter durch.
(2) Die Anbieter müssen bei einem Anbieterwechsel sicherstellen, dass die Leistung des abgebenden Anbieters gegenüber dem Endnutzer nicht unterbrochen wird, bevor die vertraglichen und technischen Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel vorliegen, es sei denn, der Endnutzer verlangt dies. Der aufnehmende Anbieter stellt sicher, dass die Aktivierung des Telekommunikationsdienstes am mit dem Endnutzer ausdrücklich vereinbarten Tag unverzüglich erfolgt. Bei einem Anbieterwechsel darf der Dienst des Endnutzers nicht länger als einen Arbeitstag unterbrochen werden. Schlägt der Wechsel innerhalb dieser Frist fehl, gilt Satz 2 entsprechend.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Der abgebende Anbieter hat ab Vertragsende bis zum Ende der Leistungspflicht nach Absatz 2 Satz 2 gegenüber dem Endnutzer einen Anspruch auf Entgeltzahlung. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach den ursprünglich vereinbarten Vertragsbedingungen mit der Maßgabe, dass sich die vereinbarten Anschlussentgelte nach Vertragsende um 50 Prozent reduzieren, es sei denn, der abgebende Anbieter weist nach, dass der Endnutzer die Verzögerung des Anbieterwechsels zu vertreten hat. Der abgebende Anbieter hat im Falle des Absatzes 2 Satz 1 gegenüber dem Endnutzer eine taggenaue Abrechnung vorzunehmen. Der Anspruch des aufnehmenden Anbieters auf Entgeltzahlung gegenüber dem Endnutzer entsteht nicht vor erfolgreichem Abschluss des Anbieterwechsels. <i>Wird der Dienst des Endnutzers länger als einen Arbeitstag unterbrochen, kann der Endnutzer vom abgebenden Anbieter für jeden Arbeitstag der Unterbrechung eine Entschädigung von 10 Euro oder 20 Prozent der vertraglich vereinbarten Monatsentgelte bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt verlangen, es sei denn, der Endnutzer hat die Verlängerung der Unterbrechung zu vertreten. Wird ein vereinbarter Kundendienst- oder Installationstermin vom Anbieter versäumt, kann der Endnutzer für jeden versäumten Termin eine Entschädigung von 10 Euro oder 20 Prozent der vertraglich vereinbarten Monatsentgelte bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt verlangen, es sei denn, der Endnutzer hat das Versäumnis des Termins zu vertreten.</i>	(3) Der abgebende Anbieter hat ab Vertragsende bis zum Ende der Leistungspflicht nach Absatz 2 Satz 2 gegenüber dem Endnutzer einen Anspruch auf Entgeltzahlung. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach den ursprünglich vereinbarten Vertragsbedingungen mit der Maßgabe, dass sich die vereinbarten Anschlussentgelte nach Vertragsende um 50 Prozent reduzieren, es sei denn, der abgebende Anbieter weist nach, dass der Endnutzer die Verzögerung des Anbieterwechsels zu vertreten hat. Der abgebende Anbieter hat im Falle des Absatzes 2 Satz 1 gegenüber dem Endnutzer eine taggenaue Abrechnung vorzunehmen. Der Anspruch des aufnehmenden Anbieters auf Entgeltzahlung gegenüber dem Endnutzer entsteht nicht vor erfolgreichem Abschluss des Anbieterwechsels.
	(4) Wird der Dienst des Endnutzers bei einem Anbieterwechsel länger als einen Arbeitstag unterbrochen, kann der Endnutzer vom abgeben-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	den Anbieter für jeden weiteren Arbeitstag der Unterbrechung eine Entschädigung in Höhe von 10 Euro oder 20 Prozent des vertraglich vereinbarten Monatsentgeltes bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt, je nachdem welcher Betrag höher ist, verlangen, es sei denn, der Endnutzer hat die Verzögerung zu vertreten. Wird ein vereinbarter Kundendienst- oder Installationstermin vom abgebenden oder aufnehmenden Anbieter versäumt, kann der Endnutzer von dem jeweiligen Anbieter für jeden versäumten Termin eine Entschädigung in Höhe von 10 Euro oder 20 Prozent des vertraglich vereinbarten Monatsentgeltes bei Verträgen mit gleichbleibendem monatlichem Entgelt, je nachdem welcher Betrag höher ist, verlangen, es sei denn, der Endnutzer hat das Versäumnis des Termins zu vertreten. Auf eine nach diesem Absatz geschuldete Entschädigung ist § 58 Absatz 3 Satz 4 und 5 entsprechend anwendbar.
(4) Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste müssen sicherstellen, dass Endnutzer auf Antrag die ihnen zugeteilte Rufnummer beibehalten können (Rufnummernmitnahme). Ist für die Rufnummernmitnahme eine Portierung notwendig, können Rufnummern unabhängig von dem Anbieter, der den Dienst erbringt, wie folgt portiert werden:	(5) Anbieter öffentlich zugänglicher nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste müssen sicherstellen, dass Endnutzer auf Antrag die ihnen zugeteilte Rufnummer beibehalten können (Rufnummernmitnahme). Ist für die Rufnummernmitnahme eine Portierung notwendig, können Rufnummern unabhängig von dem Anbieter, der den Dienst erbringt, wie folgt portiert werden:
1. im Falle geografisch gebundener Rufnummern an einem bestimmten Standort und	1. u n v e r ä n d e r t
2. im Falle nicht geografisch gebundener Rufnummern an jedem Standort.	2. u n v e r ä n d e r t
Die Sätze 1 und 2 gelten nur innerhalb der Nummernbereiche oder Nummernteilbereiche, die für einen bestimmten Dienst festgelegt wurden. Insbesondere ist die Portierung von Rufnummern für Sprachkommunikationsdienste an festen Standorten zu solchen ohne festen Standort und umgekehrt unzulässig.	Die Sätze 1 und 2 gelten nur innerhalb der Nummernbereiche oder Nummernteilbereiche, die für einen bestimmten Dienst festgelegt wurden. Insbesondere ist die Portierung von Rufnummern für Sprachkommunikationsdienste an festen Standorten zu solchen ohne festen Standort und umgekehrt unzulässig.
(5) Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste stellen sicher, dass Endnutzer, die einen Vertrag kündigen, die Rufnummernmitnahme nach Absatz 4 bis zu einem Monat nach Vertragsende beantragen können. Die Mitnahme der Rufnummer und deren technische Aktivierung erfolgen an dem mit dem Endnutzer vereinbarten Tag, spätestens innerhalb des folgenden Arbeitstages. Erfolgen die Mitnahme der Rufnummer und deren technische Aktivierung nicht spätestens innerhalb des folgenden Arbeitstages, kann der Endnutzer von dem Anbieter, der die Verzögerung zu vertreten hat, eine Entschädigung von	(6) Anbieter öffentlich zugänglicher nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste stellen sicher, dass Endnutzer, die einen Vertrag kündigen, die Rufnummernmitnahme nach Absatz 5 bis zu einem Monat nach Vertragsende beantragen können. Die Mitnahme der Rufnummer und deren technische Aktivierung erfolgen an dem mit dem Endnutzer vereinbarten Tag, spätestens innerhalb des folgenden Arbeitstages. Erfolgen die Mitnahme der Rufnummer und deren technische Aktivierung nicht spätestens innerhalb des folgenden Arbeitstages, kann der Endnutzer von dem Anbieter, der die Verzögerung

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>10 Euro für jeden <i>weiteren</i> Tag der Verzögerung verlangen. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Mitnahme der ihm zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen dem Endnutzer und dem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p>	<p>zu vertreten hat, eine Entschädigung in Höhe von 10 Euro für jeden Tag der Verzögerung verlangen; § 58 Absatz 3 Satz 4 und 5 ist entsprechend anwendbar. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Mitnahme der ihm zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen dem Endnutzer und dem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p>
<p>(6) Die Bundesnetzagentur stellt sicher, dass die Preise, die im Zusammenhang mit der Rufnummernportierung und dem Anbieterwechsel zwischen Anbietern berechnet werden, die einmalig entstehenden Kosten nicht überschreiten. Etwaige Entgelte unterliegen einer nachträglichen Regulierung. Für die Regulierung der Entgelte gilt § 46 entsprechend. Die Bundesnetzagentur stellt ferner sicher, dass Endnutzern für die Rufnummernmitnahme keine direkten Entgelte berechnet werden.</p>	<p>(7) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(7) Die Bundesnetzagentur kann unter Berücksichtigung des Vertragsrechts, der technischen Machbarkeit und der Notwendigkeit, den Endnutzern die Kontinuität der Dienstleistung zu gewährleisten, weitere Einzelheiten für den Anbieterwechsel und die Rufnummernmitnahme festlegen. Dazu gehört auch, falls technisch machbar, eine Auflage, die Anlage des Anbieterprofils des aufnehmenden Anbieters auf der SIM-Karte über Luftschnittstellen durchzuführen, sofern der Endnutzer nichts anderes beantragt. Für Endnutzer, die keine Verbraucher sind und mit denen der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten eine Individualvereinbarung getroffen hat, kann die Bundesnetzagentur von den Absätzen 1 und 2 abweichende Regelungen treffen.</p>	<p>(8) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 60</p>	<p>§ 60</p>
<p>Umzug</p>	<p>Umzug</p>
<p>(1) Wenn ein Verbraucher seinen Wohnsitz wechselt und seine Verträge weiterführen möchte, ist der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten verpflichtet, die vertraglich geschuldete Leistung an dem neuen Wohnsitz des Verbrauchers ohne Änderung der vereinbarten Vertragslaufzeit und der sonstigen Vertragsinhalte zu erbringen, soweit er diese dort anbietet. Der Anbieter kann ein angemessenes Entgelt für den durch den Umzug entstandenen Aufwand verlangen, das jedoch nicht höher sein darf als</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
das für die Schaltung eines Neuanschlusses vorgesehene Entgelt.	
(2) Wird die vertraglich geschuldete Leistung am neuen Wohnsitz nicht angeboten, kann der Verbraucher den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat kündigen. Die Kündigung kann mit Wirkung zum Zeitpunkt des Auszugs oder mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt erklärt werden.	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(3) Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten sowie Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass die Aktivierung des Telekommunikationsdienstes am neuen Wohnsitz <i>an</i> dem mit dem Verbraucher ausdrücklich vereinbarten Tag <i>unverzüglich</i> erfolgt. § 58 Absatz 3 und § 59 Absatz 3 Satz 4 gelten entsprechend.	(3) Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten sowie Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass die Aktivierung des Telekommunikationsdienstes am neuen Wohnsitz zu dem mit dem Verbraucher ausdrücklich vereinbarten Tag erfolgt. § 58 Absatz 3 und § 59 Absatz 4 gelten entsprechend.
(4) Die Bundesnetzagentur kann unter Berücksichtigung des Vertragsrechts, der technischen Machbarkeit und der Notwendigkeit, den Endnutzern die Kontinuität der Dienstleistung zu gewährleisten, die Einzelheiten des Verfahrens für den Umzug festlegen.	(4) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 61	§ 61
Selektive Sperre zum Schutz vor Kosten, Sperre bei Zahlungsverzug	Selektive Sperre zum Schutz vor Kosten, Sperre bei Zahlungsverzug
(1) Endnutzer können von dem Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten, von dem Anbieter von Internetzugangsdiensten und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Telekommunikationsnetz verlangen, dass die Nutzung ihres Netzzugangs für bestimmte Rufnummernbereiche im Sinne von § 3 Nummer 50 sowie für Kurzwahldienste unentgeltlich netzseitig gesperrt wird, soweit dies technisch möglich ist. Die Freischaltung der gesperrten Rufnummernbereiche und der Kurzwahldienste kann kostenpflichtig sein.	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Endnutzer können von dem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Mobilfunknetz verlangen, dass die Identifizierung ihres Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung unentgeltlich netzseitig gesperrt wird.	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(3) Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten und Anbieter von Internetzugangsdiensten dürfen zu erbringende Leistungen für einen Verbraucher unbeschadet anderer gesetzlicher Vorschriften nur nach	(3) Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten und Anbieter von Internetzugangsdiensten dürfen zu erbringende Leistungen für einen Verbraucher unbeschadet anderer gesetzlicher Vorschriften nur nach

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Maßgabe der nachfolgenden Absätze ganz oder teilweise mittels einer Sperre verweigern. § 163 Absatz 1 bleibt unberührt.	Maßgabe der nachfolgenden Absätze ganz oder teilweise mittels einer Sperre verweigern. § 164 Absatz 1 bleibt unberührt.
(4) Wegen Zahlungsverzugs des Verbrauchers darf der Anbieter eine Sperre durchführen, wenn der Verbraucher bei wiederholter Nichtzahlung und nach Abzug etwaiger Anzahlungen mit Zahlungsverpflichtungen von mindestens 150 Euro in Verzug ist. Der Anbieter muss die Sperre mindestens zwei Wochen zuvor schriftlich androhen und dabei auf die Möglichkeit des Verbrauchers, Rechtsschutz vor den Gerichten zu suchen, hinweisen. Bei der Berechnung der Höhe des Betrags nach Satz 1 bleiben nicht titulierte Forderungen, die der Verbraucher form- und fristgerecht und schlüssig begründet beanstandet hat, außer Betracht. Ebenso bleiben nicht titulierte bestrittene Forderungen Dritter außer Betracht. Dies gilt auch dann, wenn diese Forderungen abgetreten worden sind.	(4) Wegen Zahlungsverzugs des Verbrauchers darf der Anbieter eine Sperre durchführen, wenn der Verbraucher bei wiederholter Nichtzahlung und nach Abzug etwaiger Anzahlungen mit Zahlungsverpflichtungen von mindestens 100 Euro in Verzug ist. Der Anbieter muss die Sperre mindestens zwei Wochen zuvor schriftlich androhen und dabei auf die Möglichkeit des Verbrauchers, Rechtsschutz vor den Gerichten zu suchen, hinweisen. Bei der Berechnung der Höhe des Betrags nach Satz 1 bleiben nicht titulierte Forderungen, die der Verbraucher form- und fristgerecht und schlüssig begründet beanstandet hat, außer Betracht. Ebenso bleiben nicht titulierte bestrittene Forderungen Dritter außer Betracht. Dies gilt auch dann, wenn diese Forderungen abgetreten worden sind.
(5) Der Anbieter darf eine Sperre durchführen, wenn der begründete Verdacht besteht, dass der Anschluss des Endnutzers missbräuchlich benutzt oder von Dritten manipuliert wird.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Sperre ist auf die vom Zahlungsverzug oder Missbrauch betroffenen Leistungen zu beschränken. Im Falle strittiger hoher Rechnungen für Mehrwertdienste muss dem Verbraucher weiterhin Zugang zu einem Mindestangebot an Sprachkommunikations- und Breitbandinternetzugangsdiensten gewährt werden. Sofern der Zahlungsverzug einen Dienst betrifft, der Teil eines Angebotspakets ist, kann der Anbieter nur den betroffenen Bestandteil des Angebotspakets sperren. Eine auch ankommende Sprachkommunikation erfassende Vollsperrung darf frühestens eine Woche nach Sperrung abgehender Sprachkommunikation erfolgen.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Sperre darf nur aufrechterhalten werden, solange der Grund für die Sperre fortbesteht.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 62	§ 62
Rechnungsinhalte, Teilzahlungen	Rechnungsinhalte, Teilzahlungen
(1) Rechnungen an Endnutzer müssen Folgendes enthalten:	(1) Rechnungen an Endnutzer müssen Folgendes enthalten:
1. die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistungen,	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. <i>die Namen und ladungsfähigen Anschriften aller beteiligten Anbieter, deren Leistungen abgerechnet werden,</i>	2. den Namen und die ladungsfähige Anschrift des rechnungsstellenden Anbieters,
3. <i>bei Anbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland,</i>	3. bei einem rechnungsstellenden Anbieter mit Sitz im Ausland zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland, und
4. <i>die kostenfreien Kundendiensttelefonnummern, E-Mail-Adressen und Websites aller beteiligten Anbieter, deren Leistungen abgerechnet werden, und</i>	4. eine nationale Ortsnetzzrufnummer oder eine kostenfreie Kundendiensttelefonnummer, E-Mail-Adresse und Internetseite des rechnungsstellenden Anbieters.
5. <i>die Gesamthöhe der auf jeden Anbieter entfallenden Entgelte.</i>	5. entfällt
	(2) Sofern Fremdforderungen oder abgetretene Forderungen Dritter (Drittanbieter) mit ausgewiesen werden, müssen Rechnungen an Endnutzer zusätzlich folgende Angaben enthalten:
	1. den Namen und die ladungsfähige Anschriften des Drittanbieters,
	2. eine nationale Ortsnetzzrufnummer oder eine kostenfreie Kundendiensttelefonnummer, des Drittanbieters,
	3. den Hinweis auf eine Internetseite mit den folgenden leicht auffindbaren Informationen des Drittanbieters:
	a) E-Mailadresse,
	b) ladungsfähige Anschrift des Drittanbieters,
	c) bei einem Drittanbieter mit Sitz im Ausland zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland.
§ 65 bleibt unberührt. Zahlt der Endnutzer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber <i>den anderen auf der Rechnung aufgeführten Anbietern.</i>	§ 65 bleibt unberührt. Zahlt der Endnutzer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber dem Drittanbieter.
(2) Hat der Endnutzer vor oder bei der Zahlung nichts anderes bestimmt, so sind Teilzahlungen an den rechnungsstellenden Anbieter auf die in der Rechnung ausgewiesenen Forderungen nach ihrem Anteil an der Gesamtforderung der Rechnung zu verrechnen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(3) Das rechnungsstellende Unternehmen muss den Rechnungsempfänger in der Rechnung darauf hin-	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
weisen, dass dieser berechtigt ist, begründete Einwendungen gegen einzelne in der Rechnung gestellte Forderungen zu erheben.	
(4) Die Bundesnetzagentur legt nach Anhörung der betroffenen Unternehmen, Fachkreise und Verbraucherverbände Verfahren fest, die die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste und die Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Mobilfunknetz anwenden müssen, um die Identifizierung eines Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung zu nutzen. Diese Verfahren sollen den Endnutzer wirksam davor schützen, dass eine neben der Verbindung erbrachte Leistung gegen seinen Willen in Anspruch genommen und abgerechnet wird. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Verfahren und überprüft sie in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 63	§ 63
Verbindungspreisberechnung	Verbindungspreisberechnung
(1) Bei der Abrechnung sind Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste und Anbieter von Internetzugangsdiensten verpflichtet,	(1) Bei der Abrechnung sind Anbieter öffentlich zugänglicher nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste und Anbieter von Internetzugangsdiensten verpflichtet,
1. die Dauer und den Zeitpunkt zeitabhängig tarifizierter Verbindungen von nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten und Internetzugangsdiensten unter regelmäßiger Abgleichung mit einem amtlichen Zeitnormal zu ermitteln,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die für die Tarifizierung relevanten Entfernungszonen zu ermitteln,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die übertragene Datenmenge bei volumenabhängig tarifizierten Verbindungen von nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten und Internetzugangsdiensten nach einem nach Absatz 3 vorgegebenen Verfahren zu ermitteln und	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Systeme, Verfahren und technischen Einrichtungen, mit denen auf der Grundlage der ermittelten Verbindungsdaten die Entgeltforderungen berechnet werden, einer regelmäßigen Kontrolle auf Abrechnungsgenauigkeit und Übereinstimmung mit den vertraglich vereinbarten Entgelten zu unterziehen.	4. u n v e r ä n d e r t
(2) Die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 bis 3 sowie die Abrechnungsgenauigkeit	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
und Entgeltrichtigkeit der Datenverarbeitungseinrichtungen nach Absatz 1 Nummer 4 sind durch ein Qualitätssicherungssystem sicherzustellen oder einmal jährlich durch öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige oder vergleichbare Stellen überprüfen zu lassen. Zum Nachweis der Einhaltung dieser Bestimmung ist der Bundesnetzagentur die Prüfbescheinigung einer akkreditierten Zertifizierungsstelle für Qualitätssicherungssysteme oder das Prüfergebnis eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen vorzulegen.	
(3) Die Bundesnetzagentur legt im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik Anforderungen an die Systeme und Verfahren zur Ermittlung des Entgelts volumenabhängig tarifizierter Verbindungen nach Absatz 1 Nummer 2 bis 4 nach Anhörung der betroffenen Unternehmen, Fachkreise und Verbraucherverbände fest.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 64	§ 64
Vorausbezahlung	Vorausbezahlung
(1) Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, auf Vorauszahlungsbasis Zugang zum öffentlichen Telekommunikationsnetz zu erhalten und <i>öffentlich zugängliche</i> Sprachkommunikationsdienste, Internetzugangsdienste oder nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste in Anspruch nehmen zu können.	(1) Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, auf Vorauszahlungsbasis Zugang zum öffentlichen Telekommunikationsnetz zu erhalten und Sprachkommunikationsdienste, Internetzugangsdienste oder öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste in Anspruch nehmen zu können.
(2) Für den Fall, dass eine Leistung nach Absatz 1 nicht angeboten wird, schreibt die Bundesnetzagentur die Leistung aus.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Einzelheiten kann die Bundesnetzagentur festlegen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Bei vorausbezahlten Diensten erstattet der bisherige Anbieter dem Verbraucher auf Anfrage bei Beendigung des Vertrages das Restguthaben.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 65	§ 65
Anspruch auf Einzelbindungsnachweis	Anspruch auf Einzelbindungsnachweis
(1) Der Endnutzer kann von dem Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste und von dem Anbieter von Internetzugangsdiensten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft eine nach Einzelverbindungen aufgeschlüsselte Rechnung (Einzelbindungsnachweis) verlangen, die zumindest	(1) Der Endnutzer kann von dem Anbieter öffentlich zugänglicher nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste und von dem Anbieter von Internetzugangsdiensten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft eine nach Einzelverbindungen aufgeschlüsselte Rechnung (Einzelverbindungs-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die Angaben enthält, die für eine Nachprüfung der Teilbeträge der Rechnung erforderlich sind. Dies gilt nicht, soweit technische Hindernisse der Erteilung von Einzelverbindungsnachweisen entgegenstehen oder wegen der Art des Rechtsgeschäfts eine Rechnung grundsätzlich nicht erteilt wird. Die Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.	nachweis) verlangen, die zumindest die Angaben enthält, die für eine Nachprüfung der Teilbeträge der Rechnung erforderlich sind. Dies gilt nicht, soweit technische Hindernisse der Erteilung von Einzelverbindungsnachweisen entgegenstehen oder wegen der Art des Rechtsgeschäfts eine Rechnung grundsätzlich nicht erteilt wird. Die Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.
(2) Die Einzelheiten darüber, welche Angaben in der Regel für einen Einzelverbindungsnachweis erforderlich und in welcher Form diese Angaben jeweils mindestens zu erteilen sind, kann die Bundesnetzagentur durch Verfügung festlegen. Der Endnutzer kann einen auf diese Festlegungen beschränkten Einzelverbindungsnachweis verlangen, für den kein Entgelt erhoben werden darf.	(2) u n v e r ä n d e r t
§ 66	§ 66
Angebotspakete	Angebotspakete
(1) Wenn ein Dienstpaket oder ein Dienst- und Endgerätepaket, das Verbrauchern angeboten wird, mindestens einen Internetzugangsdienst oder einen öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdienst umfasst (Paketvertrag), gelten die §§ 52 und 54 Absatz 3 sowie die §§ 56, 57 und 59 Absatz 1 für alle Elemente des Pakets einschließlich derjenigen Bestandteile, die ansonsten nicht unter jene Bestimmungen fallen.	(1) Wenn ein Dienstpaket oder ein Dienst- und Endgerätepaket, das Verbrauchern angeboten wird, mindestens einen Internetzugangsdienst oder einen öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdienst umfasst (Paketvertrag), gelten die §§ 52 und 54 Absatz 3, §§ 56, 57 und 59 Absatz 1 für alle Elemente des Pakets einschließlich derjenigen Bestandteile, die ansonsten nicht unter jene Bestimmungen fallen.
(2) Wenn ein Bestandteil des Pakets nach Absatz 1 bei Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen oder nicht erfolgter Bereitstellung vor dem Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit kündbar ist, kann der Verbraucher anstelle der Kündigung des einzelnen Vertragsbestandteils den Vertrag im Hinblick auf alle Bestandteile des Pakets kündigen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Durch eine etwaige Bestellung von zusätzlichen Diensten oder Endgeräten, die von demselben Anbieter von Internetzugangsdiensten oder öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten bereitgestellt oder vertrieben werden, darf die ursprüngliche Laufzeit des Vertrags, in dessen Leistungsumfang die betreffenden Dienste oder Endgeräte aufgenommen werden, nicht verlängert werden. Dies gilt nicht, wenn der Verbraucher der Verlängerung bei der Bestellung der zusätzlichen Dienste oder Endgeräte ausdrücklich zustimmt.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 67	§ 67
Beanstandungen	Beanstandungen
<p>(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten für die Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, sind verpflichtet, Informationen zu den von ihnen bereitgestellten Beschwerdeverfahren in einem Format zu veröffentlichen, das für Endnutzer mit Behinderungen zugänglich ist. Die Anbieter müssen insbesondere informieren über die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung von Beschwerden der Endnutzer sowie die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung von Beschwerden zu den Themen Qualität der Dienstleistungen, Vertragsdurchführung und Abrechnung. Die Anbieter müssen klarstellen, wie die Endnutzer Zugang zu diesen Verfahren haben. Die Verfahren müssen den Interessen von Endnutzern mit Behinderungen Rechnung tragen, indem sie in einem barrierefreien Format erfolgen.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(2) Endnutzer können eine erteilte Abrechnung nach Zugang oder eine Abbuchung vorausbezahlten Guthabens innerhalb einer Frist von acht Wochen beanstanden. Im Falle der Beanstandung hat der Anbieter dem Endnutzer das Verbindungsaufkommen als Entgeltnachweis nach den einzelnen Verbindungsdaten aufzuschlüsseln und eine technische Prüfung durchzuführen, es sei denn, die Beanstandung ist nachweislich nicht auf einen technischen Mangel zurückzuführen. Bei der Aufschlüsselung des Verbindungsaufkommens hat der Anbieter die datenschutzrechtlichen Belange etwaiger weiterer Nutzer des Anschlusses zu wahren.</p>	<p>(2) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(3) Der Endnutzer kann innerhalb der Beanstandungsfrist verlangen, dass ihm der Entgeltnachweis und die Ergebnisse der technischen Prüfung vorgelegt werden. Erfolgt die Vorlage nicht binnen acht Wochen nach einer Beanstandung, erlöschen bis dahin entstandene Ansprüche aus Verzug. Die mit der Abrechnung geltend gemachte Forderung wird mit der verlangten Vorlage fällig. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht, welche Verfahren zur Durchführung der technischen Prüfung geeignet sind.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Soweit aus technischen Gründen keine Verkehrsdaten gespeichert oder für den Fall, dass keine Beanstandungen erhoben wurden, gespeicherte Daten nach Verstreichen der in Absatz 2 Satz 1 geregelten</p>	<p>(4) Soweit aus technischen Gründen keine Verkehrsdaten gespeichert oder für den Fall, dass keine Beanstandungen erhoben wurden, gespeicherte Daten nach Verstreichen der in Absatz 2 Satz 1 geregelten</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
oder mit dem Anbieter vereinbarten Frist oder aufgrund rechtlicher Verpflichtungen gelöscht worden sind, trifft den Anbieter weder eine Nachweispflicht für die erbrachten Verbindungsleistungen noch die Auskunftspflicht nach Absatz 1 für die Einzelverbindungen. Satz 1 gilt entsprechend, soweit der Endnutzer nach einem deutlich erkennbaren Hinweis auf die Folgen nach Satz 1 verlangt hat, dass Verkehrsdaten gelöscht oder nicht gespeichert werden.	oder mit dem Anbieter vereinbarten Frist oder aufgrund rechtlicher Verpflichtungen gelöscht worden sind, trifft den Anbieter weder eine Nachweispflicht für die erbrachten Verbindungsleistungen noch die Auskunftspflicht nach Absatz 2 für die Einzelverbindungen. Satz 1 gilt entsprechend, soweit der Endnutzer nach einem deutlich erkennbaren Hinweis auf die Folgen nach Satz 1 verlangt hat, dass Verkehrsdaten gelöscht oder nicht gespeichert werden.
(5) Dem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste obliegt der Nachweis, dass er den Telekommunikationsdienst oder den Zugang zum Telekommunikationsnetz bis zu dem Übergabepunkt, an dem dem Endnutzer der Netzzugang bereitgestellt wird, technisch fehlerfrei erbracht hat. Ergibt die technische Prüfung nach Absatz 1 Mängel, die sich auf die Berechnung des beanstandeten Entgelts zu Lasten des Endnutzers ausgewirkt haben können, oder wird die technische Prüfung später als zwei Monate nach der Beanstandung durch den Endnutzer abgeschlossen, wird widerleglich vermutet, dass das in Rechnung gestellte Verbindungsaufkommen des jeweiligen Anbieters öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste unrichtig ermittelt ist.	(5) Dem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste obliegt der Nachweis, dass er den Telekommunikationsdienst oder den Zugang zum Telekommunikationsnetz bis zu dem Übergabepunkt, an dem dem Endnutzer der Netzzugang bereitgestellt wird, technisch fehlerfrei erbracht hat. Ergibt die technische Prüfung nach Absatz 2 Mängel, die sich auf die Berechnung des beanstandeten Entgelts zu Lasten des Endnutzers ausgewirkt haben können, oder wird die technische Prüfung später als zwei Monate nach der Beanstandung durch den Endnutzer abgeschlossen, wird widerleglich vermutet, dass das in Rechnung gestellte Verbindungsaufkommen des jeweiligen Anbieters öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste unrichtig ermittelt ist.
(6) Soweit der Endnutzer nachweist, dass ihm die Inanspruchnahme von Leistungen des Anbieters nicht zugerechnet werden kann, hat der Anbieter keinen Anspruch auf Entgelt gegen den Endnutzer. Der Anspruch entfällt auch, soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Dritte durch unbefugte Veränderungen an öffentlichen Telekommunikationsnetzen das in Rechnung gestellte Verbindungsentgelt beeinflusst haben.	(6) u n v e r ä n d e r t
§ 68	§ 68
Schlichtung	Schlichtung
(1) Ein Endnutzer kann bei der Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten, wenn es zwischen ihm und einem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zum Streit über einen Sachverhalt kommt, der mit den folgenden Regelungen zusammenhängt:	(1) Ein Endnutzer kann bei der Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten, wenn es zwischen ihm und einem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zum Streit über einen Sachverhalt kommt, der mit den folgenden Regelungen zusammenhängt:
1. die §§ 51, 52, 54 bis 67 oder den aufgrund dieser Regelungen getroffenen Festlegungen sowie § 155 oder einer Rechtsverordnung nach § 52 Absatz 4,	1. die §§ 51, 52, 54 bis 67 oder den aufgrund dieser Regelungen getroffenen Festlegungen sowie § 156 oder einer Rechtsverordnung nach § 52 Absatz 4,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neufassung) (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 10), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/920 (ABl. L 147 vom 9.6.2017, S. 1) geändert worden ist, oder	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
3. Artikel 4 Absatz 1, 2 und 4 und Artikel 5a der Verordnung (EU) 2015/2120.	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Das Schlichtungsverfahren endet, wenn	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. der Schlichtungsantrag zurückgenommen wird,	
2. Endnutzer und Betreiber oder Anbieter sich geeinigt und dies der Bundesnetzagentur mitgeteilt haben,	
3. Endnutzer und Betreiber oder Anbieter übereinstimmend erklären, dass sich der Streit erledigt hat,	
4. die Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur dem Endnutzer und dem Betreiber oder Anbieter mitteilt, dass eine Einigung im Schlichtungsverfahren nicht erreicht werden konnte, oder	
5. die Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur feststellt, dass Belange nach Absatz 1 nicht mehr berührt sind.	
(3) Die Bundesnetzagentur regelt die weiteren Einzelheiten über das Schlichtungsverfahren in einer Schlichtungsordnung, die sie veröffentlicht. Die Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur muss die Anforderungen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254), das durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, erfüllen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übermittelt der Zentralen Anlaufstelle für Verbraucherschlichtung die Mitteilungen nach § 32 Absatz 3 und 4 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes.	(3) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 69	§ 69
Anspruch auf Schadensersatz und Unterlassung	Abwehr- und Schadensersatzansprüche
Ein Unternehmen, das gegen dieses Gesetz, eine aufgrund dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnung, eine aufgrund dieses Gesetzes in einer Zuteilung aufer-	(1) Ein Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, der gegen dieses Gesetz, eine aufgrund dieses Gesetzes erlassene Rechts-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>legte Verpflichtung oder eine Verfügung der Bundesnetzagentur verstößt, ist dem Betroffenen zur Unterlassung <i>und Beseitigung</i> verpflichtet. Der <i>Anspruch</i> besteht bereits dann, wenn eine Zuwiderhandlung droht. Betroffen ist, wer als Endnutzer oder Wettbewerber durch den Verstoß beeinträchtigt ist. Fällt dem <i>Unternehmen</i> Vorsatz oder Fahrlässigkeit zur Last, ist <i>es</i> einem Endnutzer oder einem Wettbewerber auch zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der ihm aus dem Verstoß entstanden ist. Geldschulden nach Satz 4 hat <i>das Unternehmen</i> ab Eintritt des Schadens zu verzinsen. Die §§ 288 und 289 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs <i>finden entsprechende Anwendung</i>.</p>	<p>verordnung, eine aufgrund dieses Gesetzes in einer Zuteilung auferlegte Verpflichtung oder eine Verfügung der Bundesnetzagentur verstößt, ist dem Betroffenen zur Unterlassung verpflichtet. Der Unterlassungsanspruch besteht bereits dann, wenn eine Zuwiderhandlung droht. Betroffen ist, wer als Endnutzer oder Wettbewerber durch den Verstoß beeinträchtigt ist. Fällt dem Anbieter Vorsatz oder Fahrlässigkeit zur Last, ist er einem Endnutzer oder einem Wettbewerber auch zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der ihm aus dem Verstoß entstanden ist. Geldschulden nach Satz 4 hat der Anbieter ab Eintritt des Schadens zu verzinsen. Die §§ 288 und 289 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind entsprechend anwendbar.</p>
	<p>(2) Soweit ein Anbieter aufgrund einer Vorschrift dieses Teils dem Endnutzer eine Entschädigung zu leisten hat oder dem Endnutzer oder einem Wettbewerber nach den allgemeinen Vorschriften zum Schadensersatz verpflichtet ist, ist diese Entschädigung oder dieser Schadensersatz auf einen Schadensersatz nach Absatz 1 anzurechnen; ein Schadensersatz nach Absatz 1 ist auf die Entschädigung oder einen Schadensersatz nach den allgemeinen Vorschriften anzurechnen.</p>
§ 70	§ 70
Haftungsbegrenzung	Haftungsbegrenzung
<p>Soweit eine Verpflichtung des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Ersatz eines Vermögensschadens gegenüber einem Endnutzer besteht <i>und nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht</i>, ist die Haftung auf <i>höchstens</i> 12 500 Euro je Endnutzer begrenzt. <i>Entsteht die Schadensersatzpflicht durch eine einheitliche Handlung oder ein einheitliches Schaden verursachendes Ereignis gegenüber mehreren Endnutzern und beruht dies nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, so ist die Schadensersatzpflicht unbeschadet der Begrenzung in Satz 1 in der Summe auf höchstens 30 Millionen Euro begrenzt. Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren Geschädigten aufgrund desselben Ereignisses zu leisten sind, die Höchstgrenze, so wird der Schadensersatz in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadensersatzansprüche zur Höchstgrenze steht. Die Haftungsbegrenzung nach den Sätzen 1 bis 3 gilt nicht für Ansprüche auf Ersatz des Schadens, der durch den Verzug der Zahlung von Schadensersatz entsteht. Abweichend von den Sätzen 1 bis 3 kann die Höhe der Haftung gegenüber Endnutzern, die keine Verbraucher</i></p>	<p>Soweit eine Verpflichtung des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Ersatz eines Vermögensschadens oder zur Zahlung einer Entschädigung gegenüber einem Endnutzer besteht, ist die Haftung auf 12 500 Euro je Endnutzer begrenzt. Besteht die Schadensersatz- oder Entschädigungspflicht des Anbieters wegen desselben Ereignisses gegenüber mehreren Endnutzern, ist die Haftung auf insgesamt 30 Millionen Euro begrenzt. Übersteigt die Schadensersatz- oder Entschädigungspflicht gegenüber mehreren Anspruchsberechtigten auf Grund desselben Ereignisses die Höchstgrenze nach Satz 2, wird der Schadensersatz oder die Entschädigung in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche zur Höchstgrenze steht. Die Haftungsbegrenzung nach den Sätzen 1 bis 3 gilt nicht, wenn die Schadensersatz- oder Entschädigungspflicht durch ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Anbieters herbeigeführt wurde, sowie für Ansprüche auf Ersatz des Schadens, der</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
sind, durch einzelvertragliche Vereinbarung geregelt werden.	durch den Verzug der Zahlung von Schadensersatz oder einer Entschädigung entsteht. Abweichend von den Sätzen 1 bis 3 kann die Höhe der Haftung gegenüber Endnutzern, die keine Verbraucher sind, durch einzelvertragliche Vereinbarung geregelt werden.
§ 71	§ 71
Abweichende Vereinbarungen und Geltungsbereich Kundenschutz	Abweichende Vereinbarungen und Geltungsbereich Kundenschutz
(1) Von den Vorschriften dieses Teils oder der aufgrund dieses Teils erlassenen Rechtsverordnungen darf, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, nicht zum Nachteil des Endnutzers abgewichen werden.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Wer im Rahmen eines Miet- oder Pachtvertrages oder im Zusammenhang mit einem Miet- oder Pachtvertrag Telekommunikationsdienste zur Verfügung stellt, vereinbart, anbietet oder dem Verbraucher im Rahmen des Miet- oder Pachtvertrages oder im Zusammenhang mit einem Miet- oder Pachtvertrag Kosten für solche Dienste in Rechnung stellt, hat sicherzustellen, dass die Vorschriften dieses Teils gegenüber dem Verbraucher eingehalten werden. Diese Pflicht zur Sicherstellung gilt nur, wenn es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt. Verbraucher können entsprechend § 56 Absatz 3 gegenüber ihrem Vermieter oder Verpächter die Beendigung der Inanspruchnahme von Telekommunikationsdiensten im Rahmen des Miet- oder Pachtverhältnisses erklären, wenn das Miet- oder Pachtverhältnis bereits 24 Monate oder länger besteht.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) § 52 Absatz 1 bis 3, § 54 Absatz 1 und 4, die §§ 55, 56 Absatz 1, § 57 Absatz 1, die §§ 58, 60, 61, 66 und 71 Absatz 2 sind auch auf Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen sowie Organisationen ohne Gewinnerzielungsabsicht anzuwenden, es sei denn, diese haben ausdrücklich dem Verzicht der Anwendung dieser Bestimmungen zugestimmt.	(3) § 52 Absatz 1 bis 3, § 54 Absatz 1 und 4, die §§ 55, 56 Absatz 1, die § 58, § 60, § 61, § 66 und § 71 Absatz 2 sind auch auf Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen sowie Organisationen ohne Gewinnerzielungsabsicht anzuwenden, es sei denn, diese haben ausdrücklich dem Verzicht der Anwendung dieser Bestimmungen zugestimmt.
(4) Mit Ausnahme der §§ 51, 68, 69 und 70 finden die Regelungen dieses Teils keine Anwendung auf Kleinstunternehmen, wenn sie nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste erbringen. Kleinstunternehmen nach Satz 1 müssen Endnutzer vor Vertragsschluss darüber informieren, dass die §§ 52 bis 67 auf den Vertrag nicht anzuwenden sind.	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	§ 72
	Glasfaserbereitstellungsentgelt
	(1) Der Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes kann auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Eigentümer des Grundstücks von diesem ein Bereitstellungsentgelt nach Maßgabe der folgenden Absätze erheben, wenn der Betreiber
	1. das Gebäude mit Gestattung des Eigentümers des Grundstücks erstmalig mit einer Netzinfrastruktur ausstattet, die vollständig aus Glasfaserkomponenten besteht,
	2. die Netzinfrastruktur nach Nummer 1 an ein öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität anschließt, und
	3. für den mit dem Eigentümer des Grundstücks vereinbarten Bereitstellungszeitraum die Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur nach Nummer 1 und des Anschlusses an das öffentliche Netz mit sehr hoher Kapazität nach Nummer 2 gewährleistet.
	Dem Eigentümer eines Grundstücks steht der Inhaber eines grundstücksgleichen Rechts gleich.
	(2) Das Bereitstellungsentgelt darf im Erhebungszeitraum, der mit Errichtung der Netzinfrastruktur innerhalb des Gebäudes (Absatz 1 Nummer 1) beginnt, in wiederkehrenden Zeitabschnitten erhoben werden. Das Bereitstellungsentgelt darf im Jahr höchstens 60 Euro und in der Summe (Gesamtkosten) höchstens 540 Euro je Wohneinheit betragen. Es darf höchstens für die Dauer von bis zu fünf Jahren erhoben werden; ist dieser Zeitraum zur Refinanzierung der Gesamtkosten nicht ausreichend, kann er auf höchstens neun Jahre verlängert werden. Überschreiten die Gesamtkosten 300 Euro (aufwändige Maßnahme), hat der Betreiber nach Absatz 1 die Gründe hierfür darzulegen.
	(3) Bei der Festsetzung des Bereitstellungsentgelts dürfen die auf die Jahre des Erhebungszeitraums gleichmäßig verteilten tatsächlichen Kosten zuzüglich einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals berücksichtigt werden, die für die Errichtung der Netzinfrastruktur innerhalb des Gebäudes (Absatz 1 Nummer 1) entstanden sind; dies sind die Kosten für die Errichtung

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	der passiven Netzinfrastruktur und der Glasfaserkabel im Gebäude. Kosten, die von einem Dritten übernommen oder die mit Zuschüssen aus öffentlichen Haushalten gedeckt werden, sind von den Kosten nach Satz 1 abzuziehen.
	(4) In jeder Rechnung des Betreibers nach Absatz 1 an den Eigentümer des Grundstücks sind auszuweisen
	1. die Höhe des Bereitstellungsentgelts für den Abrechnungszeitraum,
	2. Beginn und Ende des Erhebungszeitraums,
	3. die Gesamtkosten,
	4. bei aufwändigen Maßnahmen gemäß Absatz 2 Satz 4 die Darlegung der Gründe sowie
	5. bei Errichtung der Netzinfrastruktur innerhalb des Gebäudes (Absatz 1 Nummer 1) vor dem 1. Dezember 2021
	a) deren Errichtungsdatum,
	b) die Laufzeit des anlässlich der Errichtung abgeschlossenen Gestattungsvertrages und
	c) den Zeitpunkt, ab dem das Bereitstellungsentgelt erstmals erhoben worden ist.
	(5) Nach Ablauf des Bereitstellungszeitraums ist der Eigentümer des Grundstücks verpflichtet, die Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur innerhalb des Gebäudes (Absatz 1 Nummer 1) zu gewährleisten.
	(6) Der Betreiber nach Absatz 1 hat Anbietern von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Zwecke der Versorgung von Endnutzern dauerhaft auf Antrag Zugang zur passiven Netzinfrastruktur sowie den Glasfaserkabeln am Hausübergabepunkt zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen und unentgeltlich zu gewähren. Die Pflicht nach Satz 1 trifft nach Ende des Bereitstellungszeitraums den Eigentümer des Grundstücks.
	(7) Die vorgenannten Regelungen gelten für Glasfaserinfrastrukturen, die spätestens am 31. Dezember 2027 errichtet worden sind. Ein Bereitstellungsentgelt kann auch für Infrastrukturen erhoben werden, die im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 1. Dezember 2021 errichtet wurden, wenn

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	1. die Voraussetzungen der vorigen Absätze eingehalten sind und
	2. der Eigentümer des Grundstücks und der Betreiber nach Absatz 1 anlässlich der erstmaligen Errichtung der Netzinfrastruktur einen Gestattungsvertrag geschlossen haben, der nach der vertraglichen Vereinbarung frühestens am 1. Juli 2024 endet.
	In diesem Fall ist das Bereitstellungsentgelt in dem Verhältnis zu kürzen, das dem Verhältnis von verstrichener Zeit seit Errichtung der Infrastruktur zu der vereinbarten Laufzeit des Gestattungsvertrags nach Nummer 2 entspricht.
Teil 4	Teil 4
Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung	Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung
§ 72	§ 73
Anschluss von Telekommunikationsendeinrichtungen	Anschluss von Telekommunikationsendeinrichtungen
(1) Der Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen an festen Standorten ist an einer mit dem Endnutzer zu vereinbarenden, geeigneten Stelle zu installieren. Dieser Zugang ist ein passiver Netzabschlusspunkt; das öffentliche Telekommunikationsnetz endet am passiven Netzabschlusspunkt. Für Mobilfunknetze ist die Luftschnittstelle grundsätzlich der Netzabschlusspunkt.	(1) unverändert
(2) Die Bundesnetzagentur kann durch Allgemeinverfügung Ausnahmen von Absatz 1 zulassen. Sie berücksichtigt dabei weitestmöglich die nach Artikel 61 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2018/1972 vom GEREK erstellten Leitlinien und wahrt die Endgerätewahlfreiheit nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2120. Die Bundesnetzagentur gibt den betroffenen Unternehmen, Fachkreisen und Verbraucherverbänden vor Erlass der Allgemeinverfügung Gelegenheit zur Stellungnahme.	(2) unverändert
(3) Die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste dürfen den Anschluss von	(3) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Telekommunikationsendeinrichtungen an das öffentliche Telekommunikationsnetz nicht verweigern, wenn die Telekommunikationsendeinrichtungen die grundlegenden Anforderungen nach der Richtlinie 2014/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 79) erfüllen. Sie können dem Endnutzer Telekommunikationsendeinrichtungen überlassen, dürfen aber deren Anschluss und Nutzung nicht zwingend vorschreiben. Notwendige Zugangsdaten und Informationen für den Anschluss von Telekommunikationsendeinrichtungen und die Nutzung der Telekommunikationsdienste haben sie dem Endnutzer in Textform unaufgefordert und kostenfrei bei Vertragsschluss zur Verfügung zu stellen.</p>	
<p>(4) Wer Telekommunikationsendeinrichtungen an öffentlichen Telekommunikationsnetzen betreiben will, hat für deren fachgerechten Anschluss Sorge zu tragen.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Verursacht ein Gerät, dessen Konformität mit den Anforderungen des § 4 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2879), das durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, bescheinigt wurde, ernsthafte Schäden an einem <i>Netz</i>, schädliche Störungen beim Netzbetrieb oder funktechnische Störungen, so kann die Bundesnetzagentur dem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze gestatten, für dieses Gerät den Anschluss zu verweigern, die Verbindung aufzuheben oder den Dienst einzustellen. Die Bundesnetzagentur teilt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die von ihr getroffenen Maßnahmen mit.</p>	<p>(5) Verursacht ein Gerät, dessen Konformität mit den Anforderungen des § 4 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2879), das durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, bescheinigt wurde, ernsthafte Schäden an einem Telekommunikationsnetz, schädliche Störungen beim Netzbetrieb oder funktechnische Störungen, so kann die Bundesnetzagentur dem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze gestatten, für dieses Gerät den Anschluss zu verweigern, die Verbindung aufzuheben oder den Dienst einzustellen. Die Bundesnetzagentur teilt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die von ihr getroffenen Maßnahmen mit.</p>
<p>(6) Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze kann eine Telekommunikationsendeinrichtung im Notfall ohne vorherige Erlaubnis nur dann vom <i>Netz</i> abtrennen, wenn</p>	<p>(6) Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze kann eine Telekommunikationsendeinrichtung im Notfall ohne vorherige Erlaubnis nur dann vom Telekommunikationsnetz abtrennen, wenn</p>
<p>1. der Schutz des Telekommunikationsnetzes die unverzügliche Abschaltung der Telekommunikationsendeinrichtung erfordert und</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>2. dem Benutzer unverzüglich und für ihn kostenfrei eine alternative Lösung angeboten werden kann.</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(7) Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze unterrichtet unverzüglich die Bundesnetzagentur über die Trennung einer Telekommunikationsendeinrichtung vom <i>Netz</i>.</p>	<p>(7) Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze unterrichtet unverzüglich die Bundesnetzagentur über die Trennung einer Telekommunikationsendeinrichtung vom Telekommunikationsnetz.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(8) Die Bundesnetzagentur ergreift gegenüber Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die erforderlichen Maßnahmen, um den Anschluss der Telekommunikationsendeinrichtungen zu gewährleisten, wenn die Betreiber	(8) Die Bundesnetzagentur ergreift gegenüber Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die erforderlichen Maßnahmen, um den Anschluss der Telekommunikationsendeinrichtungen zu gewährleisten, wenn die Betreiber
1. eine Anschaltung von Telekommunikationsendeinrichtungen an ihre Telekommunikationsnetze verweigern oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. angeschaltete Telekommunikationsendeinrichtungen vom <i>Netz</i> genommen haben, ohne dass die Voraussetzungen des Absatzes 5 oder 6 vorgelegen haben.	2. angeschaltete Telekommunikationsendeinrichtungen vom Telekommunikationsnetz genommen haben, ohne dass die Voraussetzungen des Absatzes 5 oder 6 vorgelegen haben.
§ 73	§ 74
Schnittstellenbeschreibungen der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze	Schnittstellenbeschreibungen der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze
(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind verpflichtet,	(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sind verpflichtet,
1. angemessene und genaue technische Beschreibungen ihrer Netzzugangsschnittstellen bereitzustellen und zu veröffentlichen sowie der Bundesnetzagentur unmittelbar mitzuteilen und	1. u n v e r ä n d e r t
2. regelmäßig alle aktualisierten Beschreibungen dieser Netzzugangsschnittstellen zu veröffentlichen und der Bundesnetzagentur unmittelbar mitzuteilen.	2. u n v e r ä n d e r t
Die Verpflichtung <i>des Satzes</i> 1 Nummer 1 gilt auch für jede technische Änderung einer vorhandenen Schnittstelle.	Die Verpflichtung nach Satz 1 Nummer 1 gilt auch für jede technische Änderung einer vorhandenen Schnittstelle.
(2) Die Schnittstellenbeschreibungen müssen hinreichend detailliert sein, um den Entwurf von Telekommunikationsendeinrichtungen zu ermöglichen, die zur Nutzung aller über die entsprechende Schnittstelle erbrachten Dienste in der Lage sind. Der Verwendungszweck der Schnittstellen muss angegeben werden. Die Schnittstellenbeschreibungen müssen alle Informationen enthalten, damit die Hersteller die jeweiligen Prüfungen in Bezug auf die schnittstellenrelevanten grundlegenden Anforderungen, die für die jeweilige Telekommunikationsendeinrichtung gelten, nach eigener Wahl durchführen können.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Pflicht zur Veröffentlichung nach Absatz 1 ist erfüllt, wenn die Angaben im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Erfolgt die Veröffentlichung an anderer Stelle, hat der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze die Fundstelle	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
umgehend der Bundesnetzagentur mitzuteilen. In diesem Fall veröffentlicht die Bundesnetzagentur die Fundstelle in ihrem Amtsblatt oder auf ihrer Internetseite.	
(4) Ist die Veröffentlichung der gesamten <i>Schnittstellenspezifikationen</i> aufgrund des Umfangs nicht zumutbar, so ist es ausreichend, eine Mitteilung zu veröffentlichen, die zumindest über Art und Verwendungszweck der Schnittstelle Auskunft gibt und einen Hinweis auf Bezugsmöglichkeiten der umfassenden <i>Schnittstellenspezifikationen</i> enthält. Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze stellt sicher, dass die <i>Schnittstellenspezifikationen</i> nach Anforderung unverzüglich an die Interessenten abgegeben werden und die Interessenten weder zeitlich noch inhaltlich noch hinsichtlich der Kosten für den Bezug der <i>Schnittstellenspezifikationen</i> ungleich behandelt werden. Ein für den Bezug von <i>Schnittstellenspezifikationen</i> erhobenes Entgelt darf nur in Höhe der hierdurch verursachten besonderen Kosten erhoben werden.	(4) Ist die Veröffentlichung der gesamten Schnittstellenbeschreibungen aufgrund des Umfangs nicht zumutbar, so ist es ausreichend, eine Mitteilung zu veröffentlichen, die zumindest über Art und Verwendungszweck der Schnittstelle Auskunft gibt und einen Hinweis auf Bezugsmöglichkeiten der umfassenden Schnittstellenbeschreibung enthält. Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze stellt sicher, dass die Schnittstellenbeschreibungen nach Anforderung unverzüglich an die Interessenten abgegeben werden und die Interessenten weder zeitlich noch inhaltlich noch hinsichtlich der Kosten für den Bezug der Schnittstellenbeschreibungen ungleich behandelt werden. Ein für den Bezug von Schnittstellenbeschreibungen erhobenes Entgelt darf nur in Höhe der hierdurch verursachten besonderen Kosten erhoben werden.
(5) Der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze darf Leistungen, die über die nach Absatz 1 veröffentlichten Schnittstellen bereitgestellt werden sollen, nur anbieten, wenn zuvor die Schnittstellenbeschreibung oder die Fundstelle der Schnittstellenbeschreibung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht worden ist.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 74	§ 75
Interoperabilität von Fernseh- und Radiogeräten	u n v e r ä n d e r t
(1) Jedes zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig angebotene digitale Fernsehempfangsgerät muss, soweit es einen integrierten Bildschirm enthält, dessen sichtbare Diagonale 30 Zentimeter überschreitet, mit mindestens einer Schnittstellenbuchse ausgestattet sein, die von einer anerkannten europäischen Normenorganisation angenommen wurde oder einer gemeinsamen, branchenweiten, offenen Spezifikation entspricht und den Anschluss von Peripheriegeräten sowie die Möglichkeit einer Zugangsberechtigung erlaubt.	
(2) Jedes zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig angebotene digitale Fernsehempfangsgerät, das zum Empfang und zur Entschlüsselung von digitalen Fernsehsignalen in der Lage ist, muss über die Fähigkeit verfügen,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. Signale zu entschlüsseln, die einem einheitlichen europäischen Verschlüsselungsalgorithmus entsprechen, wie er von einer anerkannten europäischen Normenorganisation verwaltet wird;	
2. Signale anzuzeigen, die unverschlüsselt übertragen wurden, sofern bei Mietgeräten die mietvertraglichen Bestimmungen vom Mieter eingehalten werden.	
(3) Jedes Autoradio, das in ein neu in Verkehr gebrachtes, für die Personenbeförderung ausgelegtes und gebautes Kraftfahrzeug mit mindestens vier Rädern eingebaut wird, muss einen Empfänger nach dem jeweiligen Stand der Technik enthalten, der zumindest den Empfang und die Wiedergabe von Hörfunkdiensten unmittelbar ermöglicht, die über digitalen terrestrischen Rundfunk ausgestrahlt werden. Bei Empfängern, die den harmonisierten Normen oder Teilen davon entsprechen, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden sind, wird die Konformität mit der Anforderung in Satz 1, die mit den betreffenden Normen oder Teilen davon übereinstimmt, angenommen.	
(4) Jedes für Verbraucher bestimmte, erstmalig zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig auf dem Markt bereitgestellte, überwiegend für den Empfang von Ton-Rundfunk bestimmte Radiogerät, das den Programmnamen anzeigen kann und nicht Absatz 3 unterfällt, muss einen Empfänger enthalten, der zumindest den Empfang und die Wiedergabe digitaler Hörfunkdienste ermöglicht. Davon ausgenommen sind	
1. Bausätze für Funkanlagen,	
2. Geräte, die Teil einer Funkanlage des Amateurfunkdienstes sind und	
3. Geräte, bei denen der Hörfunkempfänger eine reine Nebenfunktion hat.	
(5) Anbieter digitaler Fernsehdienste haben digitale Fernsehempfangsgeräte, die sie ihren Endnutzern im Zusammenhang mit der Nutzung der digitalen Fernsehdienste zur Verfügung stellen, kostenfrei und einfach von ihren Endnutzern zurückzunehmen. Dies gilt nicht, sofern das Gerät mit den Digitalfernsehdiensten des Anbieters, zu dem der Endnutzer gewechselt ist, vollständig interoperabel ist. Die Übereinstimmung mit den Interoperabilitätsanforderungen wird vermutet bei digitalen Fernsehempfangsgeräten, die zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung den betreffenden harmonisierten Normen oder Teilen davon entsprechen, deren	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden sind. Die Regelungen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes bleiben hiervon unberührt.	
§ 75	§ 76
Zugangsberechtigungssysteme	u n v e r ä n d e r t
(1) Entschließen sich Inhaber gewerblicher Schutzrechte an Zugangsberechtigungssystemen, Lizenzen an Hersteller digitaler Fernsehempfangsgeräte zu vergeben oder an Dritte, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, so muss dies zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen geschehen. Es gelten die Kriterien der §§ 37 und 46. Die Inhaber dürfen dabei technische und wirtschaftliche Faktoren in angemessener Weise berücksichtigen. Die Lizenzvergabe darf jedoch nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die Folgendes beeinträchtigen:	
1. den Einbau einer gemeinsamen Schnittstelle zum Anschluss anderer Zugangsberechtigungssysteme oder	
2. den Einbau spezifischer Komponenten eines anderen Zugangsberechtigungssystems aus Gründen der Transaktionssicherheit der zu schützenden Inhalte.	
(2) Anbieter und Verwender von Zugangsberechtigungssystemen müssen	
1. allen Rundfunkveranstaltern die Nutzung ihrer benötigten technischen Dienste zur Nutzung ihrer Systeme sowie die dafür erforderlichen Auskünfte zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen ermöglichen,	
2. soweit sie auch für das Abrechnungssystem mit den Endnutzern verantwortlich sind, vor Abschluss eines entgeltpflichtigen Vertrages mit einem Endnutzer diesem eine Entgeltliste aushändigen,	
3. über ihre Tätigkeit als Anbieter dieser Systeme eine getrennte Rechnungsführung haben,	
4. vor Aufnahme sowie einer Änderung ihres Angebots die Angaben zu den Nummern 1 bis 3 sowie die einzelnen angebotenen Dienstleistungen für Endnutzer und die dafür geforderten Entgelte der Bundesnetzagentur anzeigen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Die Bundesnetzagentur unterrichtet die zuständige Stelle nach Landesrecht unverzüglich über die Anzeige nach Absatz 2 Nummer 4. Kommt die Bundesnetzagentur oder die zuständige Stelle nach Landesrecht jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich aufgrund der Anzeige innerhalb einer Frist von zwei Monaten zu dem Ergebnis, dass das Angebot den Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 nicht entspricht, verlangt sie Änderungen des Angebots. Können die Vorgaben trotz Änderungen nicht erreicht werden oder werden die Änderungen trotz Aufforderung nicht erfüllt, untersagt sie das Angebot.	
(4) Verfügt oder verfügen ein oder mehrere Anbieter oder Verwender von Zugangsberechtigungssystemen nicht über beträchtliche Marktmacht, so kann die Bundesnetzagentur die Bedingungen nach den Absätzen 2 und 3 in Bezug auf die oder den Betroffenen ändern oder aufheben, wenn	
1. die Aussichten für einen wirksamen Wettbewerb auf den Endnutzermärkten für die Übertragung von Rundfunksignalen sowie für Zugangsberechtigungssysteme und andere zugehörige Einrichtungen dadurch nicht negativ beeinflusst werden und	
2. die zuständige Stelle nach Landesrecht festgestellt hat, dass die Kapazitätsfestlegungen und Übertragungspflichten nach Landesrecht dadurch nicht negativ beeinflusst werden.	
Für das Verfahren nach Satz 1 gelten die §§ 11 bis 16 entsprechend.	
§ 76	§ 77
Streitschlichtung	Streitschlichtung
(1) Die durch die §§ 74 und 75 Berechtigten oder Verpflichteten können zur Beilegung ungelöster Streitfragen in Bezug auf die Anwendung dieser Vorschriften die Schlichtungsstelle nach den folgenden Absätzen gemeinsam anrufen. Die Anrufung erfolgt schriftlich oder elektronisch. Die Bundesnetzagentur entscheidet innerhalb von zwei Monaten.	(1) Die durch die §§ 75 und 76 Berechtigten oder Verpflichteten können zur Beilegung ungelöster Streitfragen in Bezug auf die Anwendung dieser Vorschriften die Schlichtungsstelle nach den folgenden Absätzen gemeinsam anrufen. Die Anrufung erfolgt schriftlich oder elektronisch. Die Bundesnetzagentur entscheidet innerhalb von zwei Monaten.
(2) Die Schlichtungsstelle nach Absatz 1 wird bei der Bundesnetzagentur errichtet. Sie besteht aus einem vorsitzenden Mitglied und zwei beisitzenden Mitgliedern. Die Bundesnetzagentur regelt Errichtung und Besetzung der Schlichtungsstelle und erlässt eine Ver-	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
fahrensordnung, Errichtung und Besetzung der Schlichtungsstelle sowie die Verfahrensordnung sind von der Bundesnetzagentur zu veröffentlichen.	
(3) Die Schlichtungsstelle nach Absatz 1 gibt der zuständigen Stelle nach Landesrecht im Rahmen dieses Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme. Sofern die zuständige Stelle nach Landesrecht medienrechtliche Einwendungen erhebt, trifft sie innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens eine entsprechende Entscheidung. Die beiden Entscheidungen können in einem zusammengefassten Verfahren erfolgen.	(3) u n v e r ä n d e r t
T e i l 5	T e i l 5
I n f o r m a t i o n e n ü b e r I n f r a - s t r u k t u r u n d N e t z a u s b a u	I n f o r m a t i o n e n ü b e r I n f r a - s t r u k t u r u n d N e t z a u s b a u
§ 77	§ 78
Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes	Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes
(1) Zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Transparenz in Bezug auf den Ausbau öffentlicher Telekommunikationsnetze errichtet und führt die zentrale Informationsstelle des Bundes ein technisches Instrument in Gestalt eines Datenportals, das Informationen bereitstellt zu den Bereichen	(1) Zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Transparenz in Bezug auf den Ausbau öffentlicher Telekommunikationsnetze errichtet und führt die zentrale Informationsstelle des Bundes ein technisches Instrument in Gestalt eines Datenportals, das Informationen bereitstellt zu den Bereichen
1. Infrastruktur nach Maßgabe des § 78,	1. Infrastruktur nach Maßgabe des § 79 ,
2. Breitbandausbau nach Maßgabe des § 79,	2. Breitbandausbau nach Maßgabe des § 80 ,
3. künftiger Netzausbau nach Maßgabe des § 80,	3. künftiger Netzausbau nach Maßgabe des § 81 ,
4. Baustellen nach Maßgabe des § 81 und	4. Baustellen nach Maßgabe des § 82 und
5. Liegenschaften nach Maßgabe des § 82.	5. Liegenschaften nach Maßgabe des § 83 .
(2) Die Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes werden vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wahrgenommen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann die Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes vollständig oder teilweise an Behörden in seinem Geschäftsbereich oder an seiner Fachaufsicht unterstehende Behörden übertragen oder Dritte mit der Aufgabenwahrnehmung beleihen, soweit dies rechtlich zulässig ist.	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Die Informationen können auch für allgemeine Planungs- und Förderzwecke sowie für weitere durch Gesetz bestimmte Zwecke genutzt werden.	(3) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(4) Bei geografischen Erhebungen, die für die in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind, arbeitet die zentrale Informationsstelle des Bundes mit der Bundesnetzagentur zusammen, soweit die Bundesnetzagentur die jeweilige Aufgabe nicht selbst durchführt und dies für ihre Aufgaben von Belang sein kann.	(4) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 78	§ 79
Informationen über Infrastruktur	Informationen über Infrastruktur
(1) Informationen über Infrastruktur umfassen	(1) Informationen über Infrastruktur umfassen
1. eine gebietsbezogene, Planungszwecken dienende Übersicht über Einrichtungen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, nach den Absätzen 2 bis 4,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
2. detaillierte Informationen nach § 135 Absatz 3 für die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze gemäß den §§ 137 bis 140, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 135 Absatz 5 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, und	2. detaillierte Informationen nach § 136 Absatz 3 für die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze gemäß den §§ 138 bis 141, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 136 Absatz 5 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, und
3. detaillierte Informationen nach § 152 Absatz 3 für die Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen zur <i>Einrichtung</i> oder Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite gemäß § 151, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 152 Absatz 5 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden.	3. detaillierte Informationen nach § 153 Absatz 3 für die Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen zur Errichtung oder Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite gemäß § 152, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 153 Absatz 5 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden.
(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen, die für die Zwecke nach Absatz 1 Nummer 1 über Art, gegenwärtige Nutzung sowie tatsächliche Verfügbarkeit und geografische Lage des Standortes und der Leitungswege dieser Einrichtungen erforderlich sind. Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen, die für die <i>Einrichtung</i> und Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite geeignet sind, diejenigen Informationen, die für die Zwecke nach Absatz 1	(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen, die für die Zwecke nach Absatz 1 Nummer 1 über Art, gegenwärtige Nutzung sowie tatsächliche Verfügbarkeit und geografische Lage des Standortes und der Leitungswege dieser Einrichtungen erforderlich sind. Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen, die für die Errichtung und Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite geeignet sind, diejenigen Informationen, die für die Zwecke nach Absatz 1

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Nummer 1 über Art, gegenwärtige Nutzung sowie tatsächliche Verfügbarkeit und geografische Lage des Standortes und der Leitungswege dieser <i>Trägerstrukturen</i> erforderlich sind. Zu den Einrichtungen gemäß Satz 1 <i>und den Trägerstrukturen gemäß Satz 2</i> zählen insbesondere alle passiven Netzinfrastrukturen und sonstige physische Infrastrukturen.	Nummer 1 über Art, gegenwärtige Nutzung sowie tatsächliche Verfügbarkeit und geografische Lage des Standortes und der Leitungswege dieser sonstigen physischen Infrastrukturen erforderlich sind. Zu den Einrichtungen gemäß Satz 1 zählen insbesondere alle passiven Netzinfrastrukturen und sonstige physische Infrastrukturen.
(3) Die zentrale Informationsstelle des Bundes nimmt nach Absatz 2 erhaltene Informationen nicht in die Übersicht nach Absatz 1 Nummer 1 auf, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass	(3) Die zentrale Informationsstelle des Bundes nimmt nach Absatz 2 erhaltene Informationen nicht in die Übersicht nach Absatz 1 Nummer 1 auf, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass
1. eine Einsichtnahme nach Absatz 4 die Sicherheit und Integrität der Einrichtung oder der <i>Trägerstruktur</i> oder die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet,	1. eine Einsichtnahme nach Absatz 4 die Sicherheit und Integrität der Einrichtung oder der sonstigen physischen Infrastruktur oder die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet,
2. eine Einsichtnahme nach Absatz 4 die Vertraulichkeit gemäß § 147 verletzt,	2. eine Einsichtnahme nach Absatz 4 die Vertraulichkeit gemäß § 148 verletzt,
3. Teile einer Infrastruktur betroffen sind, die durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes als Kritische Infrastrukturen bestimmt worden und nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. Teile öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastrukturen betroffen sind, die durch den Bund zur Verwirklichung einer sicheren Behördenkommunikation genutzt werden.	4. u n v e r ä n d e r t
In diesen Fällen sind für die jeweiligen Gebiete, in denen sich die Einrichtungen oder <i>Trägerstrukturen</i> befinden, Informationen im Sinne von § 135 Absatz 3 Nummer 3 und § 152 Absatz 3 Nummer 3 aufzunehmen.	In diesen Fällen sind für die jeweiligen Gebiete, in denen sich die Einrichtungen oder sonstigen physischen Infrastrukturen befinden, Informationen im Sinne von § 136 Absatz 3 Nummer 3 und § 153 Absatz 3 Nummer 3 aufzunehmen.
(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes gewährt den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen nach Absatz 5 Einsicht in die Übersicht nach Absatz 1, soweit mit dem Ausbauvorhaben Einrichtungen geschaffen werden sollen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können. Zu den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten gehören insbesondere	(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes gewährt den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen nach Absatz 5 Einsicht in die Übersicht nach Absatz 1, soweit mit dem Ausbauvorhaben Einrichtungen geschaffen werden sollen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können. Zu den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten gehören insbesondere
1. Gebietskörperschaften,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Eigentümer und Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze,	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. die Auftragnehmer von Gebietskörperschaften oder Eigentümern und Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze.	3. u n v e r ä n d e r t
Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Gebietskörperschaften haben für allgemeine Planungs- und Förderzwecke sowie zur Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz <i>einen Anspruch auf Einsichtnahme in die Übersicht nach Absatz 1 sowie auf die anschließende Verwendung der eingesehenen Informationen über Infrastruktur zu diesen Zwecken und nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen nach Absatz 5 Satz 1.</i>	Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Gebietskörperschaften haben für allgemeine Planungs- und Förderzwecke sowie zur Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz das Recht auf:
	1. Einsichtnahme in die Übersicht nach Absatz 1 nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen nach Absatz 5, und
	2. Verwendung der eingesehenen Informationen zu den vorgenannten Zwecken.
(5) Die zentrale Informationsstelle des Bundes regelt die Einzelheiten der Einsichtnahme in Einsichtnahmebedingungen. Diese haben insbesondere der Sensitivität der erfassten Daten und dem zu erwartenden Verwaltungsaufwand Rechnung zu tragen. Die Einsichtnahmeberechtigten haben die Vertraulichkeit nach § 147 zu wahren.	(5) Die zentrale Informationsstelle des Bundes regelt die Einzelheiten der Einsichtnahme in Einsichtnahmebedingungen. Diese haben insbesondere der Sensitivität der erfassten Daten und dem zu erwartenden Verwaltungsaufwand Rechnung zu tragen. Die Einsichtnahmeberechtigten haben die Vertraulichkeit nach § 148 zu wahren.
§ 79	§ 80
Informationen über Breitbandausbau	Informationen über Breitbandausbau
(1) Informationen über den Breitbandausbau beruhen auf einer von der zentralen Informationsstelle des Bundes durchzuführenden geografischen Erhebung zur örtlichen Verfügbarkeit öffentlicher Telekommunikationsnetze, die sie in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens einmal im Jahr durchführt.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Informationen über den Breitbandausbau umfassen eine gebiets- und haushaltsbezogene Übersicht über die örtliche Verfügbarkeit von öffentlichen Telekommunikationsnetzen sowie Informationen über Gebiete, in denen der Ausbau öffentlicher Telekommunikationsnetze öffentlich gefördert wird, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes vorliegen. Die Übersicht muss hinreichende Details zu lokalen Gegebenheiten sowie ausreichende Informationen über die Dienstqualität und deren Parameter enthalten.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die zentrale Informationsstelle des Bundes muss sicherstellen, dass die Informationen über den	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Breitbandausbau unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vertraulich behandelt werden.	
(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes stellt Endnutzern ein Informationswerkzeug bereit, damit <i>sie</i> die Verfügbarkeit von Netzanbindungen in verschiedenen Gebieten mit einem Detailgrad ermitteln können, der geeignet ist, ihnen bei der Auswahl des Betreibers oder Diensteanbieters zu helfen. Satz 1 gilt nicht, wenn ein Informationswerkzeug auf dem Markt zur Verfügung steht.	(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes stellt Endnutzern ein Informationswerkzeug bereit, damit diese die Verfügbarkeit von Netzanbindungen in verschiedenen Gebieten mit einem Detailgrad ermitteln können, der geeignet ist, ihnen bei der Auswahl des Betreibers oder Diensteanbieters zu helfen. Satz 1 gilt nicht, wenn ein Informationswerkzeug, das die Anforderungen des Satzes 1 erfüllt , auf dem Markt zur Verfügung steht.
§ 80	§ 81
Informationen über künftigen Netzausbau	Informationen über künftigen Netzausbau
(1) Informationen über den künftigen Netzausbau für den Bereich Mobilfunk beruhen auf geographischen Erhebungen, die die zentrale Informationsstelle des Bundes zum Zweck der Erstellung einer Übersicht über den künftigen Ausbau der für den Mobilfunk bestimmten öffentlichen Telekommunikationsnetze <i>durchführen kann</i> . Die Erhebungen nach Satz 1 umfassen solche Informationen, die erkennen lassen, an welchen Standorten ein Mobilfunknetzbetreiber innerhalb <i>eines Zeitraums</i> von 24 Monaten, <i>gerechnet</i> ab dem Beginn der jeweiligen Erhebung, das von ihm betriebene Mobilfunknetz auszubauen beabsichtigt <i>sowie Angaben zu der zu erwartenden Netzabdeckung</i> .	(1) Informationen über den künftigen Netzausbau für den Bereich Mobilfunk beruhen auf geographischen Erhebungen, die die zentrale Informationsstelle des Bundes zum Zweck der Erstellung einer Übersicht über den künftigen Ausbau der für den Mobilfunk bestimmten öffentlichen Telekommunikationsnetze durchführt . Die Erhebungen nach Satz 1 umfassen solche Informationen, die erkennen lassen, an welchen Standorten ein Mobilfunknetzbetreiber innerhalb von 12 Monaten ab dem Beginn der jeweiligen Erhebung das von ihm betriebene Mobilfunknetz in den Gebieten auszubauen beabsichtigt, für die sich aus der Kartendarstellung nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 ergibt, dass dort keine Netzabdeckung mit Mobilfunktechnologien der dritten, vierten oder fünften Generation besteht .
(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes führt die Erhebungen in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens <i>halbjährlich</i> durch.	(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes führt die Erhebungen in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens in Abständen von sechs Monaten ab erstmaliger Erhebung durch.
(3) Die nach Absatz 1 zu erhebenden Informationen umfassen <i>geografische Standortkoordinaten, am jeweiligen Standort eingesetzte Frequenzbereiche und Mobilfunktechnologien, die Art der Anbindung des jeweiligen Standortes an öffentliche Telekommunikationsnetze sowie Angaben zur zu erwartenden Netzabdeckung. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur legt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Vorgaben zu den technischen Einzelheiten zu den in Absatz 1 Satz 2 und Satz 1 dieses Absatzes genannten Gegenständen in einer Technischen Richtlinie fest, die im Verkehrsblatt veröffentlicht wird</i> .	(3) Die nach Absatz 1 zu erhebenden Informationen umfassen:

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	1. geografische Standortkoordinaten oder, sofern noch keine Baugenehmigung für einen konkreten Standort beantragt wurde, hinreichend genaue Angaben zu Suchkreisen für die Standortplanung, und
	2. Angaben zu der zu erwartenden Netzabdeckung.
	Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur legt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Vorgaben zu den technischen Einzelheiten zu den in Absatz 1 Satz 2 und Satz 1 dieses Absatzes genannten Gegenständen in einer Technischen Richtlinie fest, die im Verkehrsblatt veröffentlicht wird.
(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann auf Anforderung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auf Grundlage der geografischen Erhebung eine Übersicht für einen festgelegten Zeitraum hinsichtlich der künftigen örtlichen Verfügbarkeit sonstiger öffentlicher Telekommunikationsnetze erstellen, wenn die zentrale Informationsstelle des Bundes einen Bedarf für eine solche Erhebung feststellt und diesen Bedarf begründet.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Informationen über den künftigen Netzausbau im Sinne des Absatzes 1 umfassen alle relevanten Informationen zu geplanten Netzausbaumaßnahmen einschließlich der Netzausbaupläne aller Unternehmen und öffentlichen Stellen. Die erhobenen Informationen müssen den Anforderungen des § 79 Absatz 2 Satz 2 entsprechen und gemäß § 79 Absatz 3 behandelt werden. Für Informationen, die für die Übersicht über die künftige Verfügbarkeit sonstiger öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinne des Absatzes 2 erforderlich sind, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.	(5) Informationen über den künftigen Netzausbau im Sinne des Absatzes 1 umfassen alle relevanten Informationen zu geplanten Netzausbaumaßnahmen einschließlich der Netzausbaupläne aller Unternehmen und öffentlichen Stellen. Die erhobenen Informationen müssen den Anforderungen des § 80 Absatz 2 Satz 2 entsprechen und gemäß § 80 Absatz 3 behandelt werden. Für Informationen, die für die Übersicht über die künftige Verfügbarkeit sonstiger öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinne des Absatzes 4 erforderlich sind, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.
(6) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann Gebietskörperschaften für allgemeine Planungs- und Förderzwecke Einsicht in die Übersicht nach den Absätzen 1 und 4 gewähren. Näheres regelt die zentrale Informationsstelle des Bundes in Einsichtnahmebedingungen, die sicherstellen, dass die Informationen unter Wahrung der öffentlichen Sicherheit und unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vertraulich behandelt werden.	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 81	§ 82
Informationen über Baustellen	Informationen über Baustellen
Informationen über Baustellen sind Informationen nach § 141 Absatz 3 für die Koordinierung von Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen gemäß § 142, soweit sie der zentralen Informationsstelle des Bundes nach § 141 Absatz 5 und 6 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden.	Informationen über Baustellen sind Informationen nach § 142 Absatz 3 für die Koordinierung von Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen gemäß § 143, soweit sie der zentralen Informationsstelle des Bundes nach § 142 Absatz 5 und 6 für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden.
§ 82	§ 83
Informationen über Liegenschaften	Informationen über Liegenschaften
(1) Informationen über Liegenschaften sind Informationen über solche Liegenschaften, Grundstücke, Infrastrukturen und <i>Trägerstrukturen</i> , deren Eigentümer der Bund, ein Land oder eine Kommune ist.	(1) Informationen über Liegenschaften sind Informationen über solche für die Zwecke des Mobilfunknetzausbaus geeignete Liegenschaften, Grundstücke, Infrastrukturen und sonstige physische Infrastrukturen , deren Eigentümer der Bund, ein Land oder eine Kommune ist.
(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von den in Absatz 1 genannten Eigentümern diejenigen Informationen, die für die Bereitstellung der Informationen über Liegenschaften nach § 77 Absatz 1 Nummer 5 für das Datenportal nach § 77 Absatz 1 <i>Nummer 1</i> erforderlich sind. § 78 Absatz 3 gilt entsprechend.	(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes verlangt von den in Absatz 1 genannten Eigentümern diejenigen Informationen, die für die Bereitstellung der Informationen über Liegenschaften nach § 78 Absatz 1 Nummer 5 für das Datenportal nach § 78 Absatz 1 erforderlich sind. § 79 Absatz 3 gilt entsprechend.
(3) Das von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 77 Absatz 1 geführte <i>technische Instrument</i> ermöglicht die Einsicht in die Informationen über Liegenschaften im Sinne des Absatzes 1 nach Maßgabe von Einsichtnahmebedingungen, die die zentrale Informationsstelle des Bundes vorhält. Werden die Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes nicht unmittelbar durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wahrgenommen, so bedürfen die Einsichtnahmebedingungen der Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.	(3) Das von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 78 Absatz 1 geführte Datenportal ermöglicht die Einsicht in die Informationen über Liegenschaften im Sinne des Absatzes 1 nach Maßgabe von Einsichtnahmebedingungen, die die zentrale Informationsstelle des Bundes vorhält. Werden die Aufgaben der zentralen Informationsstelle des Bundes nicht unmittelbar durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wahrgenommen, so bedürfen die Einsichtnahmebedingungen der Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.
§ 83	§ 84
Gebiete mit Ausbaudefizit	Gebiete mit Ausbaudefizit
(1) Für allgemeine Planungs- und Förderzwecke kann die zentrale Informationsstelle des Bundes geographisch eindeutig abgegrenzte Gebiete ausweisen, für	(1) Für allgemeine Planungs- und Förderzwecke kann die zentrale Informationsstelle des Bundes geographisch eindeutig abgegrenzte Gebiete auswei-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die aufgrund der gemäß den §§ 79 und 80 erfassten Informationen festgestellt wird, dass während des Zeitraums, den die Informationen über künftigen Netzausbau abdecken,	sen, für die aufgrund der gemäß den §§ 80 und 81 erfassten Informationen festgestellt wird, dass während des Zeitraums, den die Informationen über künftigen Netzausbau abdecken,
1. kein Unternehmen und keine öffentliche Stelle ein Netz mit sehr hoher Kapazität ausbaut oder auszubauen plant und	1. u n v e r ä n d e r t
2. keine bedeutsame Modernisierung oder Erweiterung des Telekommunikationsnetzes mit dem Ziel höherer Download-Geschwindigkeiten geplant ist.	2. u n v e r ä n d e r t
Die zentrale Informationsstelle des Bundes veröffentlicht, welche Gebiete sie gemäß Satz 1 ausgewiesen hat.	Die zentrale Informationsstelle des Bundes veröffentlicht, welche Gebiete sie gemäß Satz 1 ausgewiesen hat.
(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann Unternehmen und öffentliche Stellen ersuchen, ihre Absicht zu bekunden, während des betreffenden Zeitraums der Vorausschau Netze mit sehr hoher Kapazität innerhalb des gemäß Absatz 1 Satz 1 ausgewiesenen Gebietes auszubauen. Bekundet ein Unternehmen oder eine öffentliche Stelle daraufhin die Absicht im Sinne des Satzes 1, kann die zentrale Informationsstelle des Bundes andere Unternehmen und öffentliche Stellen auffordern, deren etwaige Absicht zu bekunden,	(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann Unternehmen und öffentliche Stellen ersuchen, ihre Absicht zu bekunden, während des betreffenden Zeitraums der Vorausschau Netze mit sehr hoher Kapazität innerhalb des gemäß Absatz 1 Satz 1 ausgewiesenen Gebietes auszubauen. Bekundet ein Unternehmen oder eine öffentliche Stelle daraufhin die Absicht im Sinne des Satzes 1, kann die zentrale Informationsstelle des Bundes andere Unternehmen und öffentliche Stellen auffordern, deren etwaige Absicht zu bekunden,
1. in diesem Gebiet Netze mit sehr hoher Kapazität aufzubauen oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. eine bedeutsame Modernisierung oder Erweiterung ihres Telekommunikationsnetzes mit dem Ziel höherer Download-Geschwindigkeiten vorzunehmen.	2. u n v e r ä n d e r t
Die zentrale Informationsstelle des Bundes gibt an, welche Informationen in der Absichtsbekundung enthalten sein müssen, damit sie mindestens den Anforderungen des § 79 Absatz 2 Satz 2 entspricht. Die zentrale Informationsstelle des Bundes teilt allen Unternehmen oder öffentlichen Stellen auf Anfrage mit, ob das ausgewiesene Gebiet nach den gemäß den §§ 79 und 80 erhobenen Informationen von einem Netz der nächsten Generation unter Nennung der Größenordnung der jeweiligen Download-Geschwindigkeiten versorgt wird oder wahrscheinlich versorgt werden wird, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes vorliegen.	Die zentrale Informationsstelle des Bundes gibt an, welche Informationen in der Absichtsbekundung enthalten sein müssen, damit sie mindestens den Anforderungen des § 80 Absatz 2 Satz 2 entspricht. Die zentrale Informationsstelle des Bundes teilt allen Unternehmen oder öffentlichen Stellen auf Anfrage mit, ob das ausgewiesene Gebiet nach den gemäß den §§ 80 und 81 erhobenen Informationen von einem Netz der nächsten Generation unter Nennung der Größenordnung der jeweiligen Download-Geschwindigkeiten versorgt wird oder wahrscheinlich versorgt werden wird, soweit diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes vorliegen.
(3) Maßnahmen nach Absatz 2 werden nach einem effizienten, objektiven, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren durchgeführt, von dem kein Unternehmen von vornherein ausgeschlossen ist.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 84	§ 85
Veröffentlichung und Weitergabe von Informationen	Veröffentlichung und Weitergabe von Informationen
(1) Die zentrale Informationsstelle des Bundes veröffentlicht die Informationen aus der geographischen Erhebung gemäß § 79, sofern die Informationen auf dem Markt nicht verfügbar sind. Sie hat hierbei Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und das Informationsweiterverwendungsgesetz vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2913), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2015 (BGBl. I S. 1162) geändert worden ist, einzuhalten. Einsichtnahmerechte nach diesem Gesetz bleiben unberührt.	(1) Die zentrale Informationsstelle des Bundes veröffentlicht die Informationen aus der geographischen Erhebung gemäß § 80, sofern die Informationen auf dem Markt nicht verfügbar sind. Sie hat hierbei Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und das Informationsweiterverwendungsgesetz vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2913), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2015 (BGBl. I S. 1162) geändert worden ist, einzuhalten. Einsichtnahmerechte nach diesem Gesetz bleiben unberührt.
(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes gibt die Informationen nach den §§ 78 bis 82 auf Anfrage an andere für die Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz zuständige öffentliche Stellen weiter, sofern die anfragende Stelle den gleichen Grad der Vertraulichkeit und des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleistet wie die zentrale Informationsstelle des Bundes. Die Parteien, die die Informationen bereitgestellt haben, sind über die Möglichkeit der Weitergabe der Informationen nach Satz 1 zu informieren. Unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 werden die Informationen auf Anfrage dem GEREK und der Kommission zur Verfügung gestellt.	(2) Die zentrale Informationsstelle des Bundes gibt die Informationen nach den §§ 79 bis 83 auf Anfrage an andere für die Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz zuständige öffentliche Stellen weiter, sofern die anfragende Stelle den gleichen Grad der Vertraulichkeit und des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleistet wie die zentrale Informationsstelle des Bundes. Die Parteien, die die Informationen bereitgestellt haben, sind über die Möglichkeit der Weitergabe der Informationen nach Satz 1 zu informieren. Unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 werden die Informationen auf Anfrage dem GEREK und der Kommission zur Verfügung gestellt.
§ 85	§ 86
Verordnungsermächtigung	Verordnungsermächtigung
Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, in welcher Form, in welchem technischen Format und in welchem Detailgrad, beispielsweise hinsichtlich Lage und technischer Gegebenheiten, die Informationen im Sinne des § 77 Absatz 1 der zentralen Informationsstelle des Bundes bereitzustellen sind.	Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, in welcher Form, in welchem technischen Format und in welchem Detailgrad, beispielsweise hinsichtlich Lage und technischer Gegebenheiten, die Informationen im Sinne des § 78 Absatz 1 der zentralen Informationsstelle des Bundes bereitzustellen sind.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 6	Teil 6
Frequenzordnung	Frequenzordnung
§ 86	§ 87
Ziele der Frequenzregulierung	Ziele der Frequenzregulierung
(1) Ziele der Frequenzregulierung sind	(1) unverändert
1. die effiziente Verwaltung der Frequenzen für Telekommunikationsnetze und -dienste in der Bundesrepublik Deutschland im Einklang mit § 2 unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Frequenzen ein öffentliches Gut von hohem gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sicherheits- und verteidigungspolitischen Wert sind,	
2. die Frequenzzuweisung, die Frequenznutzung und die Frequenzzuteilung gemäß objektiven, transparenten, wettbewerbsfördernden, nichtdiskriminierenden und angemessenen Kriterien,	
3. die Beachtung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte, einschließlich der Vollzugsordnung für den Funkdienst und	
4. die Förderung der Harmonisierung der Frequenznutzung für Telekommunikationsnetze und -dienste in der Europäischen Union, um deren effizienten und störungsfreien Einsatz zu gewährleisten und um Vorteile für die Verbraucher, wie etwa Wettbewerb, größenbedingte Kostenvorteile und Interoperabilität der Dienste und Netze, zu erzielen.	
(2) Die Bundesnetzagentur handelt bei der Verfolgung der in Absatz 1 genannten Ziele im Einklang mit § 197 und mit der Entscheidung Nr. 676/2002/EG, indem sie unter anderem	(2) Die Bundesnetzagentur handelt bei der Verfolgung der in Absatz 1 genannten Ziele im Einklang mit § 198 und mit der Entscheidung Nr. 676/2002/EG, indem sie unter anderem
1. die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit hochwertigen, leistungsfähigen und unterbrechungsfreien drahtlosen Sprach- und Datendiensten und dabei insbesondere die Versorgung und die nutzbare Dienstqualität in ländlichen Räumen sowie entlang wichtiger nationaler und europäischer Verkehrswege einschließlich des transeuropäischen Verkehrsnetzes gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über	1. die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit hochwertigen, leistungsfähigen, flächendeckenden und unterbrechungsfreien drahtlosen Sprach- und Datendiensten für alle Endnutzer und dabei insbesondere die breitbandige Versorgung und die nutzbare Dienstqualität in ländlichen Räumen vorantreibt und mindestens entlang von Bundesfernstraßen und auch im nachgeordneten Straßennetz sowie an allen Schienen- und Wasserwegen einen durchgehenden, unterbrechungsfreien Zugang für alle Endnutzer zu Sprach- und

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2019/254 (ABl. L 43 vom 14.2.2019, S. 1) geändert worden ist, vorantreibt,</i>	breitbandigen Datendiensten des öffentlichen Mobilfunks möglichst bis 2026 gewährleistet,
2. die rasche Entwicklung neuer drahtloser Kommunikationstechnologien und Anwendungen in der Europäischen Union erleichtert, gegebenenfalls auch durch ein sektorübergreifendes Konzept,	2. un v e r ä n d e r t
3. im Interesse langfristiger Investitionen für Vorhersehbarkeit und Einheitlichkeit bei der Erteilung, Verlängerung, Änderung und Beschränkung sowie dem Entzug von Frequenzzuteilungen sorgt,	3. un v e r ä n d e r t
4. zum Zweck der Vermeidung grenzüberschreitender oder nationaler funktechnischer Störungen geeignete Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergreift,	4. un v e r ä n d e r t
5. die gemeinsame Nutzung von Frequenzen durch gleichartige oder unterschiedliche Frequenznutzungen im Einklang mit dem Wettbewerbsrecht fördert,	5. un v e r ä n d e r t
6. die am besten geeignete und mit dem geringstmöglichen Aufwand verbundene Art der Zuteilung gemäß § 90 anwendet, damit die Frequenzen so flexibel, gemeinsam und effizient wie möglich genutzt werden,	6. die am besten geeignete und mit dem geringstmöglichen Aufwand verbundene Art der Zuteilung gemäß § 91 anwendet, damit die Frequenzen so flexibel, gemeinsam und effizient wie möglich genutzt werden,
7. Regeln für die Erteilung, die Übertragung, die Verlängerung, die Änderung und den Entzug von Frequenznutzungsrechten anwendet, die klar und transparent festgelegt werden, um die Rechtssicherheit, Einheitlichkeit und Vorhersehbarkeit der Regulierung zu gewährleisten und	7. un v e r ä n d e r t
8. darauf hinarbeitet, dass Frequenzzuteilungen in der Europäischen Union im Hinblick auf den Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsschäden durch elektromagnetische Felder auf einheitliche und vorhersehbare Weise erfolgen, wobei sie der Empfehlung 1999/519/EG des Rates vom 12. Juli 1999 zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern (0 Hz – 300 GHz) (ABl. L 199 vom 30.7.1999, S. 59) Rechnung trägt.	8. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 87	§ 88
Aufgaben	Aufgaben
(1) Zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen und unter Berücksichtigung der Regulierungsziele des § 2 sowie der Ziele der Frequenzregulierung gemäß § 86 werden durch die jeweils zuständigen Behörden	(1) Zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen und unter Berücksichtigung der Regulierungsziele des § 2 sowie der Ziele der Frequenzregulierung gemäß § 87 werden durch die jeweils zuständigen Behörden
1. Frequenzbereiche in der Frequenzverordnung nach § 88 zugewiesen und im Frequenzplan in Frequenznutzungen aufgeteilt,	1. Frequenzbereiche in der Frequenzverordnung nach § 89 zugewiesen und im Frequenzplan in Frequenznutzungen aufgeteilt,
2. Frequenzen zugeteilt und	2. u n v e r ä n d e r t
3. Frequenznutzungen überwacht.	3. u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur trifft Anordnungen bei Frequenznutzungen im Rahmen des Betriebs von Funkanlagen auf fremden Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Für Frequenznutzungen, die in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums der Verteidigung fallen, stellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur das Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung her.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 88	§ 89
Verordnungsermächtigung	Verordnungsermächtigung
(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Frequenzzuweisungen für die Bundesrepublik Deutschland sowie darauf bezogene weitere Festlegungen in einer Frequenzverordnung festzulegen. Hierbei sind die Belange der inneren und äußeren Sicherheit zu berücksichtigen. Die Frequenzverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates. In die Vorbereitung sind die von Frequenzzuweisungen betroffenen Kreise einzubeziehen.	(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Frequenzzuweisungen für die Bundesrepublik Deutschland sowie darauf bezogene weitere Festlegungen in einer Frequenzverordnung festzulegen. Hierbei sind die Belange der inneren und äußeren Sicherheit zu berücksichtigen. Die Frequenzverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates. In die Vorbereitung sind die von Frequenzzuweisungen betroffenen Kreise einzubeziehen. In die Frequenzverordnung können Regelungen, wie mit frei werdenden Frequenzen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle zu verfahren ist, aufgenommen werden.
(2) Bei der Frequenzzuweisung sind die einschlägigen internationalen Übereinkünfte, einschließlich der Vollzugsordnung für den Funkdienst, die europäische Harmonisierung und die technische Entwicklung zu berücksichtigen. Sind im Rahmen der Fre-	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
quenzzuweisung auch Bestimmungen über Frequenznutzungen und darauf bezogene nähere Festlegungen betroffen, so sind Beschränkungen nur aus den in Artikel 45 Absatz 4 und 5 der Richtlinie (EU) 2018/1972 genannten Gründen zulässig.	
(3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Frequenzzuweisungen sowie weitere darauf bezogene Festlegungen, soweit sie zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr und der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Spannungs- und Verteidigungsfall erforderlich sind, in einer besonderen Frequenzverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festzulegen. Die Regelungen der besonderen Frequenzverordnung nach Satz 1 finden nur bei Feststellung des Spannungsfalls nach Artikel 80a des Grundgesetzes oder des Verteidigungsfalls nach Artikel 115a des Grundgesetzes Anwendung.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 89	§ 90
Frequenzplan	Frequenzplan
(1) Auf der Grundlage der Frequenzzuweisungen und Festlegungen in der <i>Verordnung</i> nach § 88 teilt die Bundesnetzagentur die Frequenzbereiche in Frequenznutzungen sowie darauf bezogene Nutzungsbestimmungen auf (Frequenzplan). Dabei beteiligt sie die betroffenen Bundes- und Landesbehörden, die betroffenen Kreise und die Öffentlichkeit und berücksichtigt die Regulierungsziele des § 2 sowie die Ziele der Frequenzregulierung gemäß § 86. Die Bundesnetzagentur stellt das Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landes- und Bundesbehörden her, soweit	(1) Auf der Grundlage der Frequenzzuweisungen und Festlegungen in der Frequenzverordnung nach § 89 Absatz 1 teilt die Bundesnetzagentur die Frequenzbereiche in Frequenznutzungen sowie darauf bezogene Nutzungsbestimmungen auf (Frequenzplan). Dabei beteiligt sie die betroffenen Bundes- und Landesbehörden, die betroffenen Kreise und die Öffentlichkeit und berücksichtigt die Regulierungsziele des § 2 sowie die Ziele der Frequenzregulierung gemäß § 87 . Die Bundesnetzagentur stellt das Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landes- und Bundesbehörden her, soweit
1. die dem Bereich der öffentlichen Sicherheit zustehenden Kapazitäten oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. die dem Rundfunk auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen zustehenden Kapazitäten für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder	2. u n v e r ä n d e r t
betroffen sind. § 87 Absatz 3 bleibt unberührt.	betroffen sind. § 88 Absatz 3 bleibt unberührt.
(2) Stellt die Bundesnetzagentur nach Ablauf von drei Jahren nach der Festlegung einer Frequenznutzung fest, dass eine Frequenzzuteilung im Sinne der Festlegung des Frequenzplans nicht ergangen ist, so kann sie nach Anhörung der Betroffenen die entsprechende Festlegung nach Maßgabe der Festlegungen in	(2) Stellt die Bundesnetzagentur nach Ablauf von drei Jahren nach der Festlegung einer Frequenznutzung fest, dass eine Frequenzzuteilung im Sinne der Festlegung des Frequenzplans nicht ergangen ist, so kann sie nach Anhörung der Betroffenen die entsprechende Festlegung nach Maßgabe der Festlegungen in

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
der Frequenzverordnung nach § 85 aufheben oder ändern. Absatz 1 Satz 3 findet keine Anwendung.	der Frequenzverordnung nach § 89 Absatz 1 aufheben oder ändern. Absatz 1 Satz 3 findet keine Anwendung.
(3) Die Frequenznutzung und die Nutzungsbestimmungen werden durch technische, betriebliche oder regulatorische Parameter beschrieben. Zu diesen Parametern können auch Angaben zu Nutzungsbeschränkungen und zu geplanten Nutzungen gehören.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Der Frequenzplan sowie dessen Änderungen sind zu veröffentlichen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zu Telekommunikationsdiensten sind so auszuweisen, dass alle hierfür vorgesehenen Technologien verwendet werden dürfen und alle Arten von Telekommunikationsdiensten zulässig sind. Absatz 6 bleibt unberührt.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) § 88 Absatz 2 gilt entsprechend.	(6) § 89 Absatz 2 gilt entsprechend.
§ 90	§ 91
Frequenzzuteilung	Frequenzzuteilung
(1) Jede Frequenznutzung bedarf einer vorherigen Frequenzzuteilung, soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist. Die Frequenzzuteilung erfolgt zweckgebunden nach Maßgabe des Frequenzplanes und nichtdiskriminierend auf der Grundlage nachvollziehbarer und objektiver Verfahren. Eine Frequenzzuteilung ist nicht erforderlich, wenn die Frequenznutzungsrechte aufgrund einer sonstigen gesetzlichen Regelung ausgeübt werden können. Sofern für Behörden zur Ausübung gesetzlicher Befugnisse die Nutzung bereits anderen zugeteilter Frequenzen erforderlich ist und durch diese Nutzung keine erheblichen Nutzungsbeeinträchtigungen zu erwarten sind, ist die Nutzung unter Einhaltung der von der Bundesnetzagentur im Benehmen mit den Bedarfsträgern und Rechteinhabern festgelegten Rahmenbedingungen gestattet, ohne dass dies einer Frequenzzuteilung bedarf.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Frequenzen werden in der Regel von Amts wegen als Allgemeinzuteilungen durch die Bundesnetzagentur für die Nutzung durch die Allgemeinheit oder einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis zugeteilt. Die Allgemeinzuteilung ist zu veröffentlichen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Soweit eine Allgemeinzuteilung nicht möglich ist, werden durch die Bundesnetzagentur Frequenzen für einzelne Frequenznutzungen natürlichen Personen, juristischen Personen oder Personenvereinigungen, soweit ihnen ein Recht zustehen kann, auf Antrag	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
einzelnen zugeteilt. Bei der Auswahl zwischen Allgemein- und Einzelzuteilung berücksichtigt die Bundesnetzagentur	
1. die spezifischen Merkmale der betreffenden Funkfrequenzen,	
2. die Notwendigkeit des Schutzes vor funktechnischen Störungen,	
3. soweit erforderlich, die Schaffung verlässlicher Bedingungen für die gemeinsame Frequenznutzung,	
4. die Notwendigkeit der Gewährleistung der technischen Qualität der Kommunikation und der Dienste,	
5. im Einklang mit Unionsrecht stehende Ziele von allgemeinem Interesse sowie	
6. die Notwendigkeit der Wahrung der effizienten Nutzung von Funkfrequenzen.	
Die Entscheidung über die Gewährung von Nutzungsrechten, die für das Angebot von Telekommunikationsdiensten bestimmt sind, ist zu veröffentlichen.	
(4) Der Antrag auf Einzelzuteilung nach Absatz 3 ist schriftlich oder elektronisch zu stellen. In dem Antrag ist das Gebiet zu bezeichnen, in dem die Frequenz genutzt werden soll. Die Erfüllung der subjektiven Voraussetzungen für die Frequenzzuteilung ist im Hinblick auf eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung und weitere Bedingungen nach Anhang I Teil D der Richtlinie (EU) 2018/1972 darzulegen. Die Bundesnetzagentur kann von dem Antragsteller die Vorlage eines Frequenznutzungskonzeptes verlangen, in dem dieser darlegt, wie er eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung gemäß Satz 3 sicherstellen wird. Die Bundesnetzagentur entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen. Von dieser Frist unberührt bleiben geltende internationale Vereinbarungen über die Nutzung von Frequenzen und Erdumlaufpositionen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Frequenzen werden zugeteilt, wenn	(5) Frequenzen werden zugeteilt, wenn
1. sie für die vorgesehene Nutzung im Frequenzplan ausgewiesen sind,	1. u n v e r ä n d e r t
2. sie verfügbar sind,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Verträglichkeit mit anderen Frequenznutzungen gegeben ist und	3. u n v e r ä n d e r t
4. eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung durch den Antragsteller sichergestellt ist.	4. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Eine Frequenzzuteilung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn die vom Antragsteller beabsichtigte Nutzung mit den Regulierungszielen nach § 2 nicht vereinbar ist. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.	Eine Frequenzzuteilung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn die vom Antragsteller beabsichtigte Nutzung mit den Regulierungszielen nach den §§ 2 und 87 nicht vereinbar ist. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.
(6) Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Einzelfrequenz.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Der Inhaber der Frequenzzuteilung hat der Bundesnetzagentur Beginn und Beendigung der Frequenznutzung unverzüglich anzuzeigen. Bei der Bundesnetzagentur anzuzeigen sind zudem Namensänderungen, Anschriftenänderungen, unmittelbare und mittelbare Änderungen in den Eigentumsverhältnissen, auch bei verbundenen Unternehmen, und identitätswahrende Umwandlungen.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Sollen Frequenznutzungsrechte durch Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge übergehen, hat der Inhaber der Frequenzzuteilung diese Änderung der Frequenzzuteilung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur unter Vorlage entsprechender Nachweise schriftlich oder elektronisch zu beantragen. In diesen Fällen können Frequenzen bis zur Entscheidung über den Änderungsantrag weiter genutzt werden. Dem Änderungsantrag ist zu entsprechen, wenn	(8) Sollen Frequenznutzungsrechte durch Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge übergehen, hat der Inhaber der Frequenzzuteilung diese Änderung der Frequenzzuteilung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur unter Vorlage entsprechender Nachweise schriftlich oder elektronisch zu beantragen. In diesen Fällen können Frequenzen bis zur Entscheidung über den Änderungsantrag weiter genutzt werden. Dem Änderungsantrag ist zu entsprechen, wenn
1. die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach Absatz 5 vorliegen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. eine Wettbewerbsverzerrung auf dem sachlich und räumlich relevanten Markt nicht zu besorgen ist und	2. u n v e r ä n d e r t
3. eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung gewährleistet ist.	3. u n v e r ä n d e r t
Werden Frequenzzuteilungen nicht mehr genutzt, hat der Inhaber der Frequenzzuteilung den Verzicht auf sie unverzüglich nach Maßgabe des § 101 Absatz 8 zu erklären. Wird eine juristische Person, der Frequenzen zugeteilt waren, aufgelöst, ohne dass es einen Rechtsnachfolger gibt, muss derjenige, der die Auflösung durchführt, die Frequenzen zurückgeben. Verstirbt eine natürliche Person, ohne dass ein Erbe die Frequenzen weiter nutzen will, müssen diese vom Erben oder vom Nachlassverwalter zurückgegeben werden.	Werden Frequenzzuteilungen nicht mehr genutzt, hat der Inhaber der Frequenzzuteilung den Verzicht auf sie unverzüglich nach Maßgabe des § 102 Absatz 8 zu erklären. Wird eine juristische Person, der Frequenzen zugeteilt waren, aufgelöst, ohne dass es einen Rechtsnachfolger gibt, muss derjenige, der die Auflösung durchführt, die Frequenzen zurückgeben. Verstirbt eine natürliche Person, ohne dass ein Erbe die Frequenzen weiter nutzen will, müssen diese vom Erben oder vom Nachlassverwalter zurückgegeben werden.
(9) Sind für Frequenzzuteilungen nicht in ausreichendem Umfang verfügbare Frequenzen vorhanden oder sind für bestimmte Frequenzen mehrere Anträge gestellt, kann die Bundesnetzagentur anordnen, dass	(9) Sind für Frequenzzuteilungen nicht in ausreichendem Umfang verfügbare Frequenzen vorhanden oder sind für bestimmte Frequenzen mehrere Anträge gestellt, kann die Bundesnetzagentur anordnen,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
der Zuteilung der Frequenzen ein Vergabeverfahren nach § 99 voranzugehen hat. Die Voraussetzungen einer Einzelzuteilung nach Absatz 5 bleiben hiervon unberührt. Vor der Entscheidung sind die betroffenen Kreise anzuhören. Die Entscheidung der Bundesnetzagentur ist zu veröffentlichen.	dass der Zuteilung der Frequenzen ein Vergabeverfahren nach § 100 voranzugehen hat. Die Voraussetzungen einer Einzelzuteilung nach Absatz 5 bleiben hiervon unberührt. Vor der Entscheidung sind die betroffenen Kreise anzuhören. Die Entscheidung der Bundesnetzagentur ist zu veröffentlichen.
§ 91	§ 92
Befristung und Verlängerung der Frequenzzuteilung	Befristung und Verlängerung der Frequenzzuteilung
(1) Frequenzen werden in der Regel befristet zuteilt. Die Befristung muss für die betreffende Nutzung angemessen sein und die Amortisation der dafür notwendigen Investitionen angemessen berücksichtigen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Eine befristete Zuteilung ist zu verlängern, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach § 90 Absatz 5 vorliegen. Die Regelungen in Satz 3 und Absatz 3 bleiben hiervon unberührt. § 90 Absatz 9 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass im Falle harmonisierter Frequenzen bei der Ausübung des Ermessens gemäß § 90 Absatz 9 Satz 1 insbesondere Folgendes zu berücksichtigen ist:	(2) Eine befristete Zuteilung ist zu verlängern, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach § 91 Absatz 5 vorliegen. Die Regelungen in Satz 3 und Absatz 3 bleiben hiervon unberührt. § 91 Absatz 9 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass im Falle harmonisierter Frequenzen bei der Ausübung des Ermessens gemäß § 91 Absatz 9 Satz 1 insbesondere Folgendes zu berücksichtigen ist:
1. die Erfüllung der in den §§ 2 und 86 festgelegten Ziele sowie von Zielen des Gemeinwohls gemäß dem Recht der Europäischen Union oder dem nationalen Recht,	1. die Erfüllung der in den §§ 2 und 87 festgelegten Ziele sowie von Zielen des Gemeinwohls gemäß dem Recht der Europäischen Union oder dem nationalen Recht,
2. die Umsetzung einer technischen Umsetzungsmaßnahme nach Artikel 4 der Entscheidung Nr. 676/2002/EG,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die <i>Überprüfung</i> der ordnungsgemäßen Einhaltung der an das betreffende Frequenznutzungsrecht geknüpften Bedingungen,	3. die Sicherstellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einhaltung der an das betreffende Frequenznutzungsrecht geknüpften Bedingungen,
4. die Notwendigkeit, im Einklang mit § 104 den Wettbewerb zu fördern und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden,	4. die Notwendigkeit, im Einklang mit § 105 den Wettbewerb zu fördern und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden,
5. die Notwendigkeit, die Nutzung der Frequenzen in Anbetracht der Entwicklung der Technik und der Märkte effizienter zu gestalten,	5. u n v e r ä n d e r t
6. die Notwendigkeit, erhebliche Störungen der Dienste zu verhindern, und	6. u n v e r ä n d e r t
7. die Nachfrage nach Frequenzen bei anderen Unternehmen als denen, die im betreffenden Frequenzbereich über Nutzungsrechte verfügen.	7. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Harmonisierte Frequenzen für drahtlose Breitbanddienste werden für mindestens 15 Jahre zugeteilt. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur eine kürzere Befristung festlegen für	(3) Harmonisierte Frequenzen für drahtlose Breitbanddienste werden für mindestens 15 Jahre zugeteilt. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur eine kürzere Befristung festlegen für
1. begrenzte geografische Gebiete mit äußerst lückenhaftem oder gar keinem Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. bestimmte kurzfristige Projekte,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Nutzungen der Frequenzen, die unter Beachtung der Ziele des Artikels 45 Absatz 4 und 5 der Richtlinie (EU) 2018/1972 mit drahtlosen Breitbanddiensten koexistieren können,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die alternative Nutzung der Frequenz gemäß § 97 oder	4. die alternative Nutzung der Frequenz gemäß § 98 oder
5. die Anpassung der Geltungsdauer eines Frequenznutzungsrechts an die Geltungsdauer anderer Frequenznutzungsrechte.	5. u n v e r ä n d e r t
Die Zuteilung ist zu verlängern, wenn die nach § 98 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Satz 6 festgelegten allgemeinen Kriterien erfüllt sind. Die Zuteilung ist angemessen zu verlängern, damit der Regelungsrahmen für Investitionen in Netzinfrastrukturen für die Nutzung solcher Frequenzen während eines Zeitraums von mindestens 20 Jahren für die Inhaber der Frequenznutzungsrechte vorhersehbar ist. Die Regelungen in Absatz 2 bleiben hiervon unberührt. Die allgemeinen Kriterien der Verlängerung beziehen sich auf	Die Zuteilung ist zu verlängern, wenn die nach § 99 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Satz 6 festgelegten allgemeinen Kriterien erfüllt sind. Die Zuteilung ist angemessen zu verlängern, damit der Regelungsrahmen für Investitionen in Netzinfrastrukturen für die Nutzung solcher Frequenzen während eines Zeitraums von mindestens 20 Jahren für die Inhaber der Frequenznutzungsrechte vorhersehbar ist. Die Regelungen in Absatz 2 bleiben hiervon unberührt. Die allgemeinen Kriterien der Verlängerung beziehen sich auf
1. die Gewährung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der betreffenden Frequenzen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. das Erreichen der Ziele des § 86 Absatz 2 Nummer 1 und 2,	2. das Erreichen der Ziele des § 87 Absatz 2 Nummer 1 und 2,
3. den Schutz des menschlichen Lebens,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Wahrung nationaler Sicherheits- und Verteidigungsinteressen und	5. u n v e r ä n d e r t
6. die Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs.	6. u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur entscheidet rechtzeitig vor Ablauf der Geltungsdauer über die Verlängerung. Zu diesem Zweck prüft die Bundesnetzagentur von Amts wegen oder auf Antrag des Rechteinhabers die Notwendigkeit einer solchen Verlängerung. Bei einer Befristung von Zuteilungen von harmonisierten	(4) Die Bundesnetzagentur entscheidet rechtzeitig vor Ablauf der Geltungsdauer über die Verlängerung. Zu diesem Zweck prüft die Bundesnetzagentur von Amts wegen oder auf Antrag des Rechteinhabers die Notwendigkeit einer solchen Verlängerung. Bei einer Befristung von Zuteilungen von harmonisierten

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Frequenzen entscheidet die Bundesnetzagentur auf Antrag des Rechteinhabers frühestens fünf Jahre vor dem Ablauf der Geltungsdauer der betreffenden Rechte über die Verlängerung. Bei einer Befristung von Zuteilungen von harmonisierten Frequenzen für drahtlose Breitbandnetze und -dienste nimmt die Bundesnetzagentur spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Geltungsdauer der betreffenden Rechte eine objektive und zukunftsgerichtete Bewertung der Einhaltung der gemäß § 98 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Satz 6 festgelegten Kriterien vor.	Frequenzen entscheidet die Bundesnetzagentur auf Antrag des Rechteinhabers frühestens fünf Jahre vor dem Ablauf der Geltungsdauer der betreffenden Rechte über die Verlängerung. Bei einer Befristung von Zuteilungen von harmonisierten Frequenzen für drahtlose Breitbandnetze und -dienste nimmt die Bundesnetzagentur spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Geltungsdauer der betreffenden Rechte eine objektive und zukunftsgerichtete Bewertung der Einhaltung der gemäß § 99 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Satz 6 festgelegten Kriterien vor.
	(5) Bei der Verlängerung einer Frequenzzuteilung kann die Bundesnetzagentur zur Sicherstellung der Regulierungsziele nach den §§ 2 und 87 Art und Umfang der Frequenznutzung sowie Nebenbestimmungen nach § 99 beibehalten, aufheben, ändern oder neu festlegen. Im Falle einer Verlängerung nach Absatz 3 sollen Art und Umfang der Frequenznutzung sowie Nebenbestimmungen beibehalten werden, es sei denn, ihre Beibehaltung ist nicht mehr erforderlich oder eine Änderung oder Neuauferlegung zur Sicherstellung der Regulierungsziele der §§ 2 und 87 geboten.
§ 92	§ 93
Gemeinsame Frequenzzuteilungen	Gemeinsame Frequenzzuteilungen
Die Bundesnetzagentur kann mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und mit der Gruppe für Frequenzpolitik zusammenarbeiten, um unter Berücksichtigung der von den Marktteilnehmern vorgebrachten Interessen gemeinsame Aspekte einer Frequenzzuteilung festzulegen und gegebenenfalls gemeinsam ein Vergabeverfahren gemäß § 99 durchzuführen.	Die Bundesnetzagentur kann mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und mit der Gruppe für Frequenzpolitik zusammenarbeiten, um unter Berücksichtigung der von den Marktteilnehmern vorgebrachten Interessen gemeinsame Aspekte einer Frequenzzuteilung festzulegen und gegebenenfalls gemeinsam ein Vergabeverfahren gemäß § 100 durchzuführen.
§ 93	§ 94
Zeitliche Koordinierung der Frequenzzuteilungen	Zeitliche Koordinierung der Frequenzzuteilungen
(1) Die Bundesnetzagentur schafft die Voraussetzungen für die Zuteilung von harmonisierten Frequenzen unverzüglich, spätestens jedoch 30 Monate nach der Festlegung harmonisierter Bedingungen durch technische Umsetzungsmaßnahmen gemäß der Entscheidung Nr. 676/2002/EG, oder unverzüglich nach der Aufhebung einer Entscheidung, mit der die Bundesnetzagentur in Ausnahmefällen Frequenzen zur alternativen Nutzung gemäß § 97 zugeteilt hat.	(1) Die Bundesnetzagentur schafft die Voraussetzungen für die Zuteilung von harmonisierten Frequenzen unverzüglich, spätestens jedoch 30 Monate nach der Festlegung harmonisierter Bedingungen durch technische Umsetzungsmaßnahmen gemäß der Entscheidung Nr. 676/2002/EG, oder unverzüglich nach der Aufhebung einer Entscheidung, mit der die Bundesnetzagentur in Ausnahmefällen Frequenzen zur alternativen Nutzung gemäß § 98 zugeteilt hat.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(2) Die Bundesnetzagentur kann die Frist gemäß Absatz 1 für einen bestimmten Frequenzbereich überschreiten,	(2) u n v e r ä n d e r t
1. wenn dies durch die Beschränkung der Nutzung des betreffenden Frequenzbereichs aufgrund der Ziele von allgemeinem Interesse gemäß Artikel 45 Absatz 5 Buchstabe a und d der Richtlinie (EU) 2018/1972 gerechtfertigt ist,	
2. wenn offene Fragen der grenzüberschreitenden Koordinierung mit Staaten außerhalb der Europäischen Union bestehen, die zu funktechnischen Störungen führen, sofern die Europäische Union gemäß Artikel 28 Absatz 5 der Richtlinie (EU) 2018/1972 um Unterstützung ersucht worden ist,	
3. zur Wahrung nationaler Sicherheits- und Verteidigungsinteressen oder	
4. im Falle höherer Gewalt.	
Die Bundesnetzagentur überprüft die Überschreitung gemäß Satz 1 spätestens alle zwei Jahre.	
(3) Die Bundesnetzagentur kann die Frist gemäß Absatz 1 für einen bestimmten Frequenzbereich, sofern erforderlich, um bis zu 30 Monate in den folgenden Fällen überschreiten:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. bei offenen Fragen der grenzüberschreitenden Koordinierung zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die zu funktechnischen Störungen führen, sofern rechtzeitig sämtliche erforderlichen Maßnahmen gemäß Artikel 28 Absatz 3 und 4 der Richtlinie (EU) 2018/1972 ergriffen werden oder	
2. bei Auftreten technischer Schwierigkeiten bei der Umstellung eines aktuellen Nutzers auf einen anderen Frequenzbereich.	
(4) Im Falle einer Fristüberschreitung nach Absatz 2 oder Absatz 3 unterrichtet die Bundesnetzagentur die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission rechtzeitig; die Gründe für die Fristüberschreitung hat sie anzugeben.	(4) Im Falle einer Fristüberschreitung nach Absatz 2 oder Absatz 3 unterrichtet die Bundesnetzagentur die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Kommission rechtzeitig; die Gründe für die Fristüberschreitung hat sie anzugeben.
§ 94	§ 95
Orbitpositionen und Frequenznutzungen durch Satelliten	Orbitpositionen und Frequenznutzungen durch Satelliten
(1) Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, die Orbitpositionen und Frequenzen	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
durch Satelliten nutzen, unterliegen den Verpflichtungen, die sich aus der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergeben.	
(2) Jede Ausübung deutscher Orbit- und Frequenznutzungsrechte bedarf neben der Frequenzzuteilung nach § 90 Absatz 1 der Übertragung durch die Bundesnetzagentur. Die Bundesnetzagentur führt auf Antrag Anmeldung, Koordinierung und Notifizierung von Satellitensystemen bei der Internationalen Fernmeldeunion durch und überträgt dem Antragsteller die daraus hervorgegangenen Orbit- und Frequenznutzungsrechte. Voraussetzung für die Übertragung der Orbit- und Frequenznutzungsrechte ist, dass	(2) Jede Ausübung deutscher Orbit- und Frequenznutzungsrechte bedarf neben der Frequenzzuteilung nach § 91 Absatz 1 der Übertragung durch die Bundesnetzagentur. Die Bundesnetzagentur führt auf Antrag Anmeldung, Koordinierung und Notifizierung von Satellitensystemen bei der Internationalen Fernmeldeunion durch und überträgt dem Antragsteller die daraus hervorgegangenen Orbit- und Frequenznutzungsrechte. Voraussetzung für die Übertragung der Orbit- und Frequenznutzungsrechte ist, dass
1. Frequenzen und Orbitpositionen verfügbar sind,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Verträglichkeit mit anderen Frequenznutzungen sowie anderen Anmeldungen von Satellitensystemen gegeben ist,	2. die Verträglichkeit mit anderen Frequenznutzungen sowie anderen Anmeldungen von Satellitensystemen gegeben ist und
3. öffentliche Interessen nicht beeinträchtigt werden.	3. u n v e r ä n d e r t
(3) Für vorhandene deutsche Planeinträge und sonstige ungenutzte Orbit- und Frequenznutzungsrechte bei der Internationalen Fernmeldeunion kann ein Vergabeverfahren aufgrund der von der Bundesnetzagentur festzulegenden Bedingungen durchgeführt werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Übertragung kann widerrufen werden, wenn	(4) u n v e r ä n d e r t
1. die Orbit- und Frequenznutzungsrechte länger als ein Jahr nicht ausgeübt wurden oder	
2. die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 3 nicht mehr erfüllt sind.	
§ 95	§ 96
Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen	Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen
(1) Für die Zuteilung von Frequenzen zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder ist neben den Voraussetzungen des § 90 auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen. Die jeweilige Landesbehörde teilt den Versorgungsbedarf für Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder der Bundesnetzagentur mit. Die Bundesnetzagentur setzt diese Bedarfsanmeldungen bei der	(1) Für die Zuteilung von Frequenzen zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder ist neben den Voraussetzungen des § 91 auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen. Die jeweilige Landesbehörde teilt den Versorgungsbedarf für Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder der Bundesnetzagentur mit. Die Bundesnetzagentur setzt diese Bedarfsanmeldungen bei der

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Frequenzzuteilung nach § 90 um. Näheres zum Verfahren legt die Bundesnetzagentur auf der Grundlage rundfunkrechtlicher Festlegungen der zuständigen Landesbehörden fest. Die dem Rundfunkdienst im Frequenzplan zugewiesenen Frequenzen können für andere Zwecke als die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder genutzt werden, wenn dem Rundfunk die auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen zustehende Kapazität zur Verfügung steht. Die Bundesnetzagentur stellt hierzu das Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden her. Hat die zuständige Landesbehörde die inhaltliche Belegung einer analogen oder digitalen Frequenznutzung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder einem Inhalteanbieter zur alleinigen Nutzung zugewiesen, so kann dieser einen Vertrag mit einem Sendernetzbetreiber seiner Wahl abschließen, soweit dabei gewährleistet ist, dass den rundfunkrechtlichen Festlegungen entsprochen wurde. Sofern der Sendernetzbetreiber die Zuteilungsvoraussetzungen erfüllt, teilt ihm die Bundesnetzagentur die Frequenz auf Antrag zu. Die Frequenzzuteilung ist auf die Dauer der rundfunkrechtlichen Zuweisung der zuständigen Landesbehörde zu befristen und kann bei Fortdauern dieser Zuweisung verlängert werden.</p>	<p>Frequenzzuteilung nach § 91 um. Näheres zum Verfahren legt die Bundesnetzagentur auf der Grundlage rundfunkrechtlicher Festlegungen der zuständigen Landesbehörden fest. Die dem Rundfunkdienst im Frequenzplan zugewiesenen Frequenzen können für andere Zwecke als die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder genutzt werden, wenn dem Rundfunk die auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen zustehende Kapazität zur Verfügung steht. Die Bundesnetzagentur stellt hierzu das Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden her. Hat die zuständige Landesbehörde die inhaltliche Belegung einer analogen oder digitalen Frequenznutzung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder einem Inhalteanbieter zur alleinigen Nutzung zugewiesen, so kann dieser einen Vertrag mit einem Sendernetzbetreiber seiner Wahl abschließen, soweit dabei gewährleistet ist, dass den rundfunkrechtlichen Festlegungen entsprochen wurde. Sofern der Sendernetzbetreiber die Zuteilungsvoraussetzungen erfüllt, teilt ihm die Bundesnetzagentur die Frequenz auf Antrag zu. Die Frequenzzuteilung ist auf die Dauer der rundfunkrechtlichen Zuweisung der zuständigen Landesbehörde zu befristen und kann bei Fortdauern dieser Zuweisung verlängert werden.</p> <p>Bei durch mehrere Inhalteanbieter belegten Multiplexen erfolgt die Sendernetzbetreiberauswahl durch die Bundesnetzagentur nur dann, wenn sich die nach Landesrecht bestimmten Inhalteanbieter vor dem Start des Multiplexes nicht auf einen Sendernetzbetreiber einigen können. Die zuständige Landesbehörde teilt der Bundesnetzagentur das Ergebnis des Einigungsverfahrens mit. Sofern sich die nach Landesrecht bestimmten Inhalteanbieter nicht auf einen Sendernetzbetreiber einigen konnten, bittet die nach Landesrecht zuständige Stelle um die Einleitung eines Verfahrens zur Auswahl eines Sendernetzbetreibers durch die Bundesnetzagentur.</p>
(2) Frequenznutzungen des Bundesministeriums der Verteidigung bedürfen in den ausschließlich für militärische Nutzungen im Frequenzplan ausgewiesenen Frequenzbereichen keiner Frequenzzuteilung.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Als zugeteilt gelten Frequenzen, die für die Seefahrt und die Binnenschifffahrt sowie die Luftfahrt ausgewiesen sind und die auf fremden Wasser- oder Luftfahrzeugen, die sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten, zu den entsprechenden Zwecken genutzt werden. Dies gilt nur für Frequenzen, die aufgrund einer gültigen nationalen Erlaubnis des Landes, in dem das Fahrzeug registriert ist, genutzt werden.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) Für Frequenzen, die für den Funk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Funk) ausgewiesen sind, legt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Benehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden in einer Richtlinie fest:	(4) u n v e r ä n d e r t
1. die Zuständigkeiten der beteiligten Behörden,	
2. das Verfahren zur Anerkennung als Berechtigter zur Teilnahme am BOS-Funk,	
3. das Verfahren und die Zuständigkeiten bei der Bearbeitung von Anträgen auf Frequenzzuteilung innerhalb der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,	
4. die Grundsätze zur Frequenzplanung und die Verfahren zur Frequenzkoordinierung innerhalb der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie	
5. die Regelungen für den Funkbetrieb und für die Zusammenarbeit der Frequenznutzer im BOS-Funk.	
Die Richtlinie ist, insbesondere Satz 1 Nummer 4 und 5 betreffend, mit der Bundesnetzagentur abzustimmen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestätigt im Einzelfall nach Anhörung der jeweils sachlich zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden die Zugehörigkeit eines Antragstellers zum Kreis der nach Satz 1 anerkannten Berechtigten.	
(5) Die Bundesnetzagentur teilt Frequenzen für die Nutzung des Flugfunkdienstes zu, wenn die nach dem Luftverkehrsrecht erforderlichen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vorliegen. Die nach § 90 festgelegte Zuständigkeit der Bundesnetzagentur und deren Eingriffsmöglichkeiten bleiben unberührt.	(5) Die Bundesnetzagentur teilt Frequenzen für die Nutzung des Flugfunkdienstes zu, wenn die nach dem Luftverkehrsrecht erforderlichen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vorliegen. Die nach § 91 festgelegte Zuständigkeit der Bundesnetzagentur und deren Eingriffsmöglichkeiten bleiben unberührt.
(6) Frequenzen für die Nutzung durch Küstenfunkstellen des Revier- und Hafenfunkdienstes werden nur dann zugeteilt, wenn die Zustimmung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vorliegt.	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 96	§ 97
Zuteilung zur gemeinsamen Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf	u n v e r ä n d e r t
(1) Frequenzen, bei denen eine effiziente Nutzung durch einen Einzelnen allein nicht zu erwarten ist, können auch mehreren zur gemeinsamen Nutzung zugeteilt werden. Die Inhaber dieser Frequenznutzungsrechte haben Beeinträchtigungen hinzunehmen, die sich aus einer bestimmungsgemäßen gemeinsamen Nutzung der Frequenz ergeben.	
(2) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien in der Telekommunikation oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf, kann von den im Frequenzplan enthaltenen Festlegungen bei der Zuteilung von Frequenzen befristet abgewichen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass keine Frequenznutzung beeinträchtigt wird. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.	
§ 97	§ 98
Zuteilung zur alternativen Frequenznutzung	Zuteilung zur alternativen Frequenznutzung
(1) Besteht auf nationaler oder regionaler Ebene keine ausreichende Nachfrage nach der Nutzung eines Frequenzbereichs der harmonisierten Frequenzen, so kann die Bundesnetzagentur nach Maßgabe des Artikels 45 Absatz 4 und 5 der Richtlinie (EU) 2018/1972 einen solchen Frequenzbereich ganz oder teilweise zur alternativen Nutzung zuteilen, sofern	(1) Besteht auf nationaler oder regionaler Ebene keine ausreichende Nachfrage nach der Nutzung eines Frequenzbereichs der harmonisierten Frequenzen, so kann die Bundesnetzagentur nach Maßgabe des Artikels 45 Absatz 4 und 5 der Richtlinie (EU) 2018/1972 einen solchen Frequenzbereich ganz oder teilweise zur alternativen Nutzung zuteilen, sofern
1. die mangelnde Nachfrage nach der Nutzung eines solchen Frequenzbereichs nach Anhörung der betroffenen Kreise, einschließlich einer vorausschauenden Beurteilung der Marktnachfrage, festgestellt wurde und	1. u n v e r ä n d e r t
2. durch die alternative Nutzung die Verfügbarkeit oder die Nutzung eines solchen Frequenzbereichs in anderen Mitgliedstaaten nicht verhindert oder beeinträchtigt wird.	2. durch die alternative Nutzung die Verfügbarkeit oder die Nutzung eines solchen Frequenzbereichs in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht verhindert oder beeinträchtigt wird.
(2) Die Bundesnetzagentur überprüft das Vorliegen der Voraussetzungen in regelmäßigen Abständen	(2) Die Bundesnetzagentur überprüft das Vorliegen der Voraussetzungen in regelmäßigen Abständen

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
von Amts wegen oder auf Antrag eines an der harmonisierten Nutzung Interessierten. Die Bundesnetzagentur setzt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten von der getroffenen Entscheidung einschließlich deren Gründe sowie über das Ergebnis der Überprüfung der Entscheidung in Kenntnis.	den von Amts wegen oder auf Antrag eines an der harmonisierten Nutzung Interessierten. Die Bundesnetzagentur setzt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union von der getroffenen Entscheidung einschließlich deren Gründe sowie über das Ergebnis der Überprüfung der Entscheidung in Kenntnis.
§ 98	§ 99
Bestandteile der Frequenzzuteilung	Bestandteile der Frequenzzuteilung
(1) Im Rahmen der Frequenzzuteilung sind insbesondere festzulegen:	(1) Im Rahmen der Frequenzzuteilung sind insbesondere festzulegen:
1. die Art und der Umfang der Frequenznutzung, soweit dies zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen erforderlich ist und	1. u n v e r ä n d e r t
2. die allgemeinen Kriterien für die Verlängerung der Frequenzzuteilung gemäß § 91 Absatz 3 Satz 6.	2. die allgemeinen Kriterien für die Verlängerung der Frequenzzuteilung gemäß § 92 Absatz 3 Satz 6.
Bei der Festlegung von Art und Umfang der Frequenznutzung sind internationale Vereinbarungen zur Frequenzkoordinierung zu beachten.	Bei der Festlegung von Art und Umfang der Frequenznutzung sind internationale Vereinbarungen zur Frequenzkoordinierung zu beachten.
	(2) Verknüpft die Bundesnetzagentur Frequenzzuteilungen gemäß Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 mit Nebenbestimmungen, so kann sie, insbesondere um eine effektive und effiziente Frequenznutzung sicherzustellen oder die Versorgung zu verbessern, unter anderem folgende Möglichkeiten vorsehen:
	1. zur gemeinsamen Nutzung von passiven oder aktiven Infrastrukturen für die Funkfrequenznutzung oder von Funkfrequenzen,
	2. zu kommerziellen Roamingzugangsvereinbarungen und
	3. zum gemeinsamen Ausbau von Infrastrukturen für die Bereitstellung von auf Funkfrequenzen gestützten Telekommunikationsnetzen oder -diensten.
	Die Bundesnetzagentur sorgt dafür, dass die mit Funkfrequenznutzungsrechten verknüpften Bedingungen die gemeinsame Funkfrequenznutzung nicht behindern. Die Umsetzung der gemäß diesem

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Absatz auferlegten Bedingungen durch die Unternehmen bleibt weiterhin dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen unterworfen.
(2) Zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen, der weiteren in § 2 genannten Regulierungsziele sowie der in § 86 genannten Ziele der Frequenzregulierung	(3) Zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen, der weiteren in § 2 genannten Regulierungsziele sowie der in § 87 genannten Ziele der Frequenzregulierung
1. kann die Frequenzzuteilung mit Nebenbestimmungen versehen werden und	1. u n v e r ä n d e r t
2. können die Frequenz, Nebenstimmungen zur Frequenzzuteilung sowie Art und Umfang der Frequenznutzung unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nachträglich geändert werden.	2. u n v e r ä n d e r t
Den interessierten Kreisen, einschließlich Nutzern und Verbrauchern, wird eine ausreichende Frist eingeräumt, um ihren Standpunkt zu den geplanten Änderungen nach Satz 1 Nummer 2 darzulegen. Die Frist nach Satz 2 beträgt grundsätzlich mindestens vier Wochen, es sei denn, die geplanten Änderungen sind geringfügig. Änderungen werden unter Angabe der Gründe veröffentlicht. Sind durch die Änderungen Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.	Den interessierten Kreisen, einschließlich Nutzern und Verbrauchern, wird eine ausreichende Frist eingeräumt, um ihren Standpunkt zu den geplanten Änderungen nach Satz 1 Nummer 2 darzulegen. Die Frist nach Satz 2 beträgt grundsätzlich mindestens vier Wochen, es sei denn, die geplanten Änderungen sind geringfügig. Änderungen werden unter Angabe der Gründe veröffentlicht. Sind durch die Änderungen Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.
(3) Die Frequenzzuteilung kann Hinweise darauf enthalten, welche Parameter die Bundesnetzagentur den Festlegungen zu Art und Umfang der Frequenznutzung bezüglich der Empfangsanlagen zugrunde gelegt hat. Bei Nichteinhaltung der mitgeteilten Parameter wird die Bundesnetzagentur keinerlei Maßnahmen ergreifen, um Nachteilen zu begegnen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(4) Frequenzen, die der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder dienen, werden im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde mit Auflagen zugeteilt, die sicherstellen, dass die rundfunkrechtlichen Belange der Länder berücksichtigt werden.	(5) u n v e r ä n d e r t
(5) Zugeteilte Frequenzen dürfen nur mit Funkanlagen genutzt werden, die dem Funkanlagengesetz entsprechen.	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 99	§ 100
Vergabeverfahren	Vergabeverfahren
<p>(1) Hat die Bundesnetzagentur nach § 90 Absatz 9 angeordnet, dass der Zuteilung von Frequenzen ein Vergabeverfahren voranzugehen hat, kann sie nach Anhörung der betroffenen Kreise das Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 oder das Ausschreibungsverfahren nach Absatz 6 durchführen. Die Bundesnetzagentur legt bei der Entscheidung zur Wahl des Vergabeverfahrens gemäß Satz 1 die allgemeinen Ziele des Verfahrens fest. Die Ziele sind zusätzlich zur Förderung des Wettbewerbs auf einen oder mehrere der folgenden Aspekte beschränkt:</p>	<p>(1) Hat die Bundesnetzagentur nach § 91 Absatz 9 angeordnet, dass der Zuteilung von Frequenzen ein Vergabeverfahren voranzugehen hat, kann sie nach Anhörung der betroffenen Kreise das Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 oder das Ausschreibungsverfahren nach Absatz 6 durchführen. Die Bundesnetzagentur legt bei der Entscheidung zur Wahl des Vergabeverfahrens gemäß Satz 1 die allgemeinen Ziele des Verfahrens fest. Die Ziele sind zusätzlich zur Förderung des Wettbewerbs und der Verbesserung der Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, auf einen oder mehrere der folgenden Aspekte beschränkt:</p>
1. <i>Verbesserung der Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten,</i>	1. entfällt
2. Gewährleistung der erforderlichen Dienstqualität,	1. unverändert
3. Förderung der effizienten Nutzung von Frequenzen, unter anderem unter Berücksichtigung der für die Nutzungsrechte geltenden Bedingungen und der Höhe der Abgaben, oder	2. unverändert
4. Förderung von Innovation und Geschäftsentwicklung.	3. unverändert
<p>(2) Grundsätzlich ist das Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 durchzuführen. Dies gilt nicht, wenn dieses Verfahren nicht geeignet ist, die Regulierungsziele nach § 2 sicherzustellen. Die fehlende Eignung zur Sicherstellung der Regulierungsziele nach § 2 kann insbesondere vorliegen, wenn</p>	<p>(2) unverändert</p>
1. für die Frequenznutzung, für die die Frequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen, bereits Frequenzen ohne Versteigerungsverfahren zugeteilt wurden oder	
2. ein Antragsteller für die zuzuteilenden Frequenzen eine gesetzlich begründete Präferenz geltend machen kann.	
Für Frequenzen, die für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder vorgesehen sind, ist das Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 nicht durchzuführen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Entscheidung über die Wahl des Vergabeverfahrens sowie die Festlegungen und Regeln für die Durchführung der Verfahren unter Angabe der Gründe. Zudem veröffentlicht sie die dazugehörigen Frequenznutzungsbestimmungen. Sie legt die Ergebnisse einer mit der Entscheidung in Zusammenhang stehenden Beurteilung der Wettbewerbssituation sowie der technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Marktes dar.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur bestimmt vor Durchführung eines Vergabeverfahrens	(4) Die Bundesnetzagentur bestimmt vor Durchführung eines Vergabeverfahrens
1. die von einem Antragsteller zu erfüllenden subjektiven, fachlichen und sachlichen Mindestvoraussetzungen für die Zulassung zum Vergabeverfahren,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Frequenznutzung, für die die zu vergebenden Frequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die für die Aufnahme des Telekommunikationsdienstes notwendige Grundausstattung an Frequenzen, sofern dies erforderlich ist,	3. die für die Aufnahme des Telekommunikationsdienstes notwendige Grundausstattung an Frequenzen, sofern dies erforderlich ist, und
4. die Frequenznutzungsbestimmungen einschließlich des Versorgungsgrades bei der Frequenznutzung und seiner zeitlichen Umsetzung.	4. die Frequenznutzungsbestimmungen einschließlich des Versorgungsgrades bei der Frequenznutzung und seiner zeitlichen Umsetzung; bei der Festlegung des Versorgungsgrades und seiner zeitlichen Umsetzung berücksichtigt die Bundesnetzagentur neben den Regulierungszielen nach den §§ 2 und 87 auch Möglichkeiten für Inhaber von Frequenznutzungsrechten, in zumutbarer Weise öffentlich geförderte Infrastrukturen mitzunutzen oder aufzubauen.
(5) Im Falle der Versteigerung legt die Bundesnetzagentur vor der Durchführung des Vergabeverfahrens die Regeln für die Durchführung des Versteigerungsverfahrens im Einzelnen fest. Die Regeln müssen objektiv, nachvollziehbar und nichtdiskriminierend sein und die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigen. Die Bundesnetzagentur legt ein Mindestgebot für das Nutzungsrecht an den zu versteigernden Frequenzen sowie Zahlungsregelungen fest. Der Versteigerung geht ein Verfahren voraus, in dem die Zulassung zur Versteigerung schriftlich oder elektronisch zu beantragen ist. Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Zulassung durch schriftlichen oder elektronischen Bescheid. Der Antrag auf Zulassung ist abzulehnen, wenn der Antragsteller nicht darlegt und nachweist, dass er die nach Absatz 4 festgelegten und	(5) Im Falle der Versteigerung legt die Bundesnetzagentur vor der Durchführung des Vergabeverfahrens die Regeln für die Durchführung des Versteigerungsverfahrens im Einzelnen fest. Die Regeln müssen objektiv, nachvollziehbar und nichtdiskriminierend sein und die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigen. Die Bundesnetzagentur legt ein Mindestgebot für das Nutzungsrecht an den zu versteigernden Frequenzen sowie Zahlungsregelungen fest. Der Versteigerung geht ein Verfahren voraus, in dem die Zulassung zur Versteigerung schriftlich oder elektronisch zu beantragen ist. Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Zulassung durch schriftlichen oder elektronischen Bescheid. Der Antrag auf Zulassung ist abzulehnen, wenn der Antragsteller nicht darlegt und nachweist, dass er die nach Absatz 4 festgelegten und

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die nach § 90 Absatz 5 bestehenden Voraussetzungen erfüllt.	die nach § 91 Absatz 5 bestehenden Voraussetzungen erfüllt.
(6) Im Falle der Ausschreibung bestimmt die Bundesnetzagentur vor der Durchführung des Vergabeverfahrens die Kriterien, nach denen die Eignung der Bewerber bewertet wird. Kriterien sind	(6) u n v e r ä n d e r t
1. die Zuverlässigkeit, Fachkunde und Leistungsfähigkeit der Bewerber,	
2. die Eignung von vorzulegenden Planungen für die Nutzung der ausgeschriebenen Frequenzen,	
3. die Förderung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes und	
4. der räumliche Versorgungsgrad.	
Bei ansonsten gleicher Eignung ist derjenige Bewerber auszuwählen, der einen höheren räumlichen Versorgungsgrad mit den entsprechenden Telekommunikationsdiensten gewährleistet. Die Bundesnetzagentur legt den im Falle des Zuschlags für das Frequenznutzungsrecht zu zahlenden Zuschlagspreis sowie Zahlungsregelungen fest.	
(7) Die Zuteilung der Frequenzen erfolgt nach § 90, nachdem das Vergabeverfahren nach Absatz 3 Satz 1 durchgeführt worden ist. Verpflichtungen, die Antragsteller im Laufe eines Versteigerungs- oder Ausschreibungsverfahrens eingegangen sind, werden Bestandteile der Frequenzzuteilung.	(7) Die Zuteilung der Frequenzen erfolgt nach § 91, nachdem das Vergabeverfahren nach Absatz 3 Satz 1 durchgeführt worden ist. Verpflichtungen, die Antragsteller im Laufe eines Versteigerungs- oder Ausschreibungsverfahrens eingegangen sind, werden Bestandteile der Frequenzzuteilung.
(8) Bei einem Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 oder einem Ausschreibungsverfahren nach Absatz 6 kann die in § 90 Absatz 4 genannte Höchstfrist von sechs Wochen so lange wie nötig, längstens jedoch um acht Monate, verlängert werden, um für alle Beteiligten ein chancengleiches, angemessenes, offenes und transparentes Verfahren sicherzustellen. Diese Fristen lassen geltende internationale Vereinbarungen über die Nutzung von Frequenzen und die Satellitenkoordinierung unberührt.	(8) Bei einem Versteigerungsverfahren nach Absatz 5 oder einem Ausschreibungsverfahren nach Absatz 6 kann die in § 91 Absatz 4 genannte Höchstfrist von sechs Wochen so lange wie nötig, längstens jedoch um acht Monate, verlängert werden, um für alle Beteiligten ein chancengleiches, angemessenes, offenes und transparentes Verfahren sicherzustellen. Diese Fristen lassen geltende internationale Vereinbarungen über die Nutzung von Frequenzen und die Satellitenkoordinierung unberührt.
§ 100	§ 101
Flexibilisierung der Frequenznutzung	Flexibilisierung der Frequenznutzung
(1) Die Bundesnetzagentur kann Frequenzbereiche bestimmen, in denen sie Frequenznutzungsrechte zum Handel, zur Vermietung oder zur kooperativen, gemeinsamen Nutzung (Frequenzpooling) freigibt, um	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
flexible Frequenznutzungen zu ermöglichen. Die betroffenen Kreise sind vor der Freigabeentscheidung anzuhören.	
(2) Sofern die Bundesnetzagentur eine Freigabeentscheidung nach Absatz 1 Satz 1 trifft, legt sie zeitgleich die Rahmenbedingungen und das Verfahren für den Handel, die Vermietung und das Frequenzpooling fest. Die Rahmenbedingungen und das Verfahren haben insbesondere sicherzustellen, dass	(2) Sofern die Bundesnetzagentur eine Freigabeentscheidung nach Absatz 1 Satz 1 trifft, legt sie zeitgleich die Rahmenbedingungen und das Verfahren für den Handel, die Vermietung und das Frequenzpooling fest. Die Rahmenbedingungen und das Verfahren haben insbesondere sicherzustellen, dass
1. die Effizienz der Frequenznutzung gesteigert oder gewahrt wird,	1. u n v e r ä n d e r t
2. das ursprüngliche Vergabeverfahren einer Frequenzzuteilung nicht entgegensteht,	2. u n v e r ä n d e r t
3. keine Verzerrung des Wettbewerbs zu besorgen ist,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Nutzungsbestimmungen und internationale Vereinbarungen zur Frequenznutzung, eingehalten werden und	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Regulierungsziele nach § 2 sichergestellt sind.	5. die Regulierungsziele nach den §§ 2 und 87 sichergestellt sind.
Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Entscheidung über die Rahmenbedingungen und das Verfahren. Die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen mit der nach Landesrecht zuständigen Stelle, soweit Frequenzen betroffen sind, die für Rundfunkdienste vorgesehen sind.	Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Entscheidung über die Rahmenbedingungen und das Verfahren. Die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen mit der nach Landesrecht zuständigen Stelle, soweit Frequenzen betroffen sind, die für Rundfunkdienste vorgesehen sind.
(3) Erlöse, die aus Maßnahmen nach Absatz 1 erzielt werden, stehen abzüglich der Verwaltungskosten demjenigen zu, der seine Frequenznutzungsrechte Dritten überträgt oder zur Nutzung oder Mitbenutzung überlässt.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Inhaber von Frequenznutzungsrechten informieren die Bundesnetzagentur über ihre Absicht, Frequenznutzungsrechte zu übertragen oder zu vermieten, sowie über die Übertragung oder Vermietung von Frequenznutzungsrechten. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Informationen.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 101	§ 102
Widerruf der Frequenzzuteilung, Verzicht	Widerruf der Frequenzzuteilung, Verzicht
(1) Eine Frequenzzuteilung kann neben den Fällen des § 49 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn	(1) Eine Frequenzzuteilung kann neben den Fällen des § 49 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. nicht innerhalb eines Jahres nach der Zuteilung mit der Nutzung der Frequenz im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks begonnen wurde,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Frequenz länger als ein Jahr nicht im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks genutzt worden ist,	2. u n v e r ä n d e r t
3. eine der Voraussetzungen nach § 90 Absatz 5 und § 95 Absatz 4 bis 6 nicht mehr gegeben ist,	3. eine der Voraussetzungen nach § 91 Absatz 5 oder § 96 Absatz 4 bis 6 nicht mehr gegeben ist,
4. einer Verpflichtung, die sich aus der Frequenzzuteilung ergibt, schwer oder wiederholt zuwidergehandelt oder trotz Aufforderung nicht nachgekommen wird,	4. u n v e r ä n d e r t
5. nach der Frequenzzuteilung Wettbewerbsverzerrungen wahrscheinlich sind oder	5. u n v e r ä n d e r t
6. durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Person des Inhabers des Frequenznutzungsrechts eine Wettbewerbsverzerrung zu besorgen ist.	6. u n v e r ä n d e r t
(2) Die Frist bis zum Wirksamwerden des Widerrufs muss angemessen sein.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Sofern Frequenzen für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen sind, stellt die Bundesnetzagentur auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde her.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Frequenzzuteilung soll widerrufen werden, wenn bei einer Frequenz, die zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder zugeteilt ist, alle rundfunkrechtlichen Festlegungen der zuständigen Landesbehörde für Rundfunk, der auf dieser Frequenz übertragen wird, entfallen sind. Wenn bei einer Frequenz nach Satz 1 eine oder alle rundfunkrechtlichen Festlegungen nach Satz 1 entfallen sind und innerhalb von sechs Monaten keine neue rundfunkrechtliche Festlegung erteilt wird, kann die Bundesnetzagentur im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde dem bisherigen Inhaber diese Frequenz zuteilen. Die Zuteilung nach Satz 2 erfolgt mit eingeschränkter Verpflichtung oder ohne Verpflichtung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder nach Maßgabe des Frequenzplanes, auch wenn dies nicht dem vorherigen Vergabeverfahren entspricht.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Bloße Änderungen der Frequenznutzung infolge der Anwendung der in § 88 Absatz 2 Satz 2 genannten Vorschriften rechtfertigen allein nicht den Widerruf einer Frequenzzuteilung.	(5) Bloße Änderungen der Frequenznutzung infolge der Anwendung der in § 89 Absatz 2 Satz 2 genannten Vorschriften rechtfertigen allein nicht den Widerruf einer Frequenzzuteilung.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(6) § 49 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ist auf den Widerruf nach den Absätzen 1 und 4 nicht anzuwenden.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Frequenzzuteilungen für die Übertragung von Rundfunk sollen widerrufen werden, wenn ein nach § 95 Absatz 1 Satz 7 vom Inhalteanbieter ausgewählter Sendernetzbetreiber auf Antrag die Zuteilung an ihn verlangen kann. Für die Widerrufsentscheidung gilt Absatz 3 entsprechend. Für das Wirksamwerden des Widerrufs ist eine angemessene Frist von mindestens drei Monaten vorzusehen.	(7) Frequenzzuteilungen für die Übertragung von Rundfunk sollen widerrufen werden, wenn ein nach § 96 Absatz 1 Satz 7 vom Inhalteanbieter ausgewählter Sendernetzbetreiber auf Antrag die Zuteilung an ihn verlangen kann. Für die Widerrufsentscheidung gilt Absatz 3 entsprechend. Für das Wirksamwerden des Widerrufs ist eine angemessene Frist von mindestens drei Monaten vorzusehen.
(8) Die Frequenzzuteilung erlischt durch Verzicht. Der Inhaber der Frequenzzuteilung hat den Verzicht gegenüber der Bundesnetzagentur schriftlich oder elektronisch unter genauer Bezeichnung der Frequenzzuteilung zu erklären.	(8) u n v e r ä n d e r t
§ 102	§ 103
Überwachung, Anordnung der Außerbetriebnahme	Überwachung, Anordnung der Außerbetriebnahme, Monitoring der Mobilfunkversorgung
(1) Zur Sicherstellung der Frequenzordnung überwacht die Bundesnetzagentur die Frequenznutzung. Soweit es für die Überwachung, insbesondere zur Identifizierung eines Frequenznutzers, erforderlich und angemessen ist, sind die Bediensteten der Bundesnetzagentur befugt, sich Kenntnis von den näheren Umständen eines Telekommunikationsvorgangs zu verschaffen und in besonderen Fällen auch in Aussendungen hineinzuhören. Die durch Maßnahmen nach Satz 2 erlangten Informationen dürfen nur zur Sicherstellung der Frequenzordnung verwendet werden. Abweichend hiervon dürfen Informationen an die zuständigen Behörden übermittelt werden, soweit dies für die Verfolgung einer in § 100a der Strafprozessordnung genannten Straftat erforderlich ist. Das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes wird nach Maßgabe der Sätze 2 bis 4 eingeschränkt.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Zur Sicherstellung der Frequenzordnung kann die Bundesnetzagentur eine Einschränkung des Betriebes oder die Außerbetriebnahme von Geräten anordnen. Zur Durchsetzung dieser Anordnungen kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von bis zu 500 000 Euro festgesetzt werden.	(2) u n v e r ä n d e r t
	(3) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht auf ihrer Internetseite die von den Mobilfunknetzbe-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	treibern übermittelten Informationen über die tatsächliche, standortbezogene Mobilfunknetzabdeckung.
	(4) Zur Veröffentlichung nach Absatz 3 gehören anbieterbezogen insbesondere auch
	1. die lokalen Schwerpunkte von Verbindungsabbrüchen bei der Sprachtelefonie und
	2. der Grad der Versorgung
	entlang von Bundesfernstraßen, des nachgeordneten Straßennetzes sowie der Schienen- und Wasserwege, um die Erreichung des Frequenzregulierungsziels nach § 87 Absatz 2 Nummer 1 sicherzustellen.
	(5) Die Bundesnetzagentur berichtet erstmals sechs Monate nach Inkrafttreten der Absätze 3 und 4 und im Anschluss jährlich dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags über den Zustand der Mobilfunkversorgung insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung bezüglich der in Absatz 4 genannten Aspekte. Gegenstand des Berichts soll zudem der anbieterbezogene Stand der Erfüllung von Nebenbestimmungen im Sinne des § 99 Absatz 3 sein, die mit der Zuteilung von Frequenzen für den Mobilfunk verbunden und zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht bereits vollständig erfüllt sind.
§ 103	§ 104
Einschränkung der Frequenzzuteilung	u n v e r ä n d e r t
Die Nutzung der zugeteilten Frequenzen kann vorübergehend eingeschränkt werden, wenn diese Frequenzen von den zuständigen Behörden zur Bewältigung ihrer Aufgaben im Spannungs- und im Verteidigungsfall, im Rahmen von Bündnisverpflichtungen, im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, im Rahmen internationaler Vereinbarungen zur Notfallbewältigung oder bei Naturkatastrophen, terroristischen Anschlägen oder sonstigen vergleichbaren Ereignissen und besonders schweren Unglücksfällen benötigt werden.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 104	§ 105
Förderung des Wettbewerbs	Förderung des Wettbewerbs
(1) Bei der Zuteilung von Frequenzen für Telekommunikationsnetze und -dienste gemäß diesem Gesetz sowie der Änderung oder Verlängerung von Zuteilungen solcher Frequenzen fördert die Bundesnetzagentur einen wirksamen Wettbewerb und vermeidet Wettbewerbsverfälschungen im Binnenmarkt.	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele kann die Bundesnetzagentur geeignete Maßnahmen ergreifen. Diese umfassen unter anderem	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. die Begrenzung der Menge an Frequenzen, die einem Unternehmen zugeteilt werden, oder, wenn die Umstände dies rechtfertigen, die Verknüpfung der Frequenznutzungsrechte mit Bedingungen, beispielsweise mit der Gewährung des Vorleistungszugangs und mit nationalem oder regionalem Roaming in bestimmten Frequenzbereichen oder in Gruppen von Frequenzbereichen mit ähnlichen Merkmalen,	
2. die Reservierung eines bestimmten Abschnitts eines Frequenzbereichs oder einer Gruppe von Frequenzbereichen für neue Marktteilnehmer, wenn dies angesichts der besonderen Lage auf dem nationalen Markt angemessen und gerechtfertigt ist,	
3. die Verweigerung neuer Zuteilungen oder der Genehmigung neuer Frequenznutzungsarten in bestimmten Bereichen oder das Verknüpfen neuer Nutzungsrechte oder neuer Frequenznutzungsarten mit bestimmten Bedingungen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Zuteilung, Übertragung oder Anhäufung von Nutzungsrechten zu verhindern,	
4. die Aufnahme von Bedingungen für eine Untersagung der Übertragung von Zuteilungen oder die Auferlegung von Bedingungen für die Übertragung von Zuteilungen, die nicht unionsweit oder bundesweit der Fusionskontrolle unterliegen, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Wettbewerb durch die Übertragung in beträchtlicher Weise beeinträchtigt würde, oder	
5. die Änderung bestehender Rechte im Einklang mit diesem Gesetz, wenn dies erforderlich ist, um Wettbewerbsverzerrungen infolge der Übertragung oder Anhäufung von Zuteilungen nachträglich zu beseitigen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Bei ihren Entscheidungen stützt sich die Bundesnetzagentur unter Berücksichtigung der Marktbedingungen und der verfügbaren Vergleichsgrößen auf eine objektive, vorausschauende Beurteilung der Wettbewerbsverhältnisse, der Frage, ob solche Maßnahmen zur Erhaltung oder Erreichung eines wirksamen Wettbewerbs erforderlich sind, und der voraussichtlichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf bestehende oder künftige Investitionen der Marktteilnehmer insbesondere in den Netzausbau. Bei der Beurteilung berücksichtigt die Bundesnetzagentur den in § 11 Absatz 3 beschriebenen Ansatz zur Durchführung von Marktanalysen. Sie kann hierzu allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.</p>	
<p>(3) Bevor die Bundesnetzagentur Maßnahmen nach Absatz 2 ergreift, gibt sie interessierten Kreisen Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf der Maßnahmen innerhalb einer angemessenen Frist. Die Frist muss der Komplexität des Sachverhalts entsprechen und mindestens einen Monat betragen. Bei außergewöhnlichen Umständen kann eine kürzere Frist gesetzt werden. § 98 Absatz 2 bleibt unberührt. Die Ergebnisse der Anhörung sowie die Maßnahmen sind zu veröffentlichen. Bei der Anwendung des Absatzes 2 handelt die Bundesnetzagentur im Übrigen nach dem in § 106 genannten Verfahren.</p>	<p>(3) Bevor die Bundesnetzagentur Maßnahmen nach Absatz 2 ergreift, gibt sie interessierten Kreisen Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf der Maßnahmen innerhalb einer angemessenen Frist. Die Frist muss der Komplexität des Sachverhalts entsprechen und mindestens einen Monat betragen. Bei außergewöhnlichen Umständen kann eine kürzere Frist gesetzt werden. § 99 Absatz 3 bleibt unberührt. Die Ergebnisse der Anhörung sowie die Maßnahmen sind zu veröffentlichen. Bei der Anwendung des Absatzes 2 handelt die Bundesnetzagentur im Übrigen nach dem in § 107 genannten Verfahren.</p>
§ 105	§ 106
Lokales Roaming, Zugang zu aktiven Netzinfrastrukturen	Lokales Roaming, Zugang zu aktiven und passiven Netzinfrastrukturen
<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann den Betreiber eines öffentlichen Mobilfunknetzes <i>auf Antrag eines anderen Mobilfunknetzbetreibers</i> dazu verpflichten, in einem räumlich <i>eng</i> umgrenzten Gebiet Roaming zu ermöglichen (lokales Roaming), wenn</p>	<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann den Betreiber eines öffentlichen Mobilfunknetzes dazu verpflichten, in einem räumlich umgrenzten Gebiet die Mitnutzung passiver Infrastrukturen oder, soweit dies nicht ausreicht, Roaming zu ermöglichen (lokales Roaming), wenn</p>
<p>1. unüberwindbare wirtschaftliche oder physische Hindernisse für den marktgesteuerten Netzausbau in diesem Gebiet bestehen, aufgrund derer Endnutzer nur äußerst lückenhaften Zugang zu öffentlichen Mobilfunknetzen haben, <i>und diese Hindernisse insbesondere durch Mitnutzung von passiven Netzinfrastrukturen nach § 137 nicht überwunden werden können,</i></p>	<p>1. unüberwindbare wirtschaftliche oder physische Hindernisse für den marktgesteuerten Netzausbau in diesem Gebiet bestehen, aufgrund derer Endnutzer nur äußerst lückenhaften Zugang zu öffentlichen Mobilfunknetzen und -diensten haben,</p>
<p>2. das lokale Roaming zum Angebot von über Mobilfunknetze erbrachten öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten auf lokaler Ebene unmittelbar erforderlich ist,</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. keinem anderen Mobilfunknetzbetreiber tragfähige und vergleichbare alternative Zugangswege zu den Endnutzern zu fairen und angemessenen Bedingungen in diesem Gebiet zur Verfügung gestellt werden,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Möglichkeit einer solchen Verpflichtung ausdrücklich vorgesehen wurde	4. u n v e r ä n d e r t
a) im Falle eines Vergabeverfahrens in den Vergabebedingungen der Frequenzzuteilung,	
b) im Übrigen rechtzeitig vor der Frequenzzuteilung,	
5. von der Verpflichtung begünstigte Unternehmen einen angemessenen Beitrag zur Versorgung von bislang unterversorgten Gebieten leisten und	5. u n v e r ä n d e r t
6. zwischen den Beteiligten <i>in angemessener Zeit</i> keine Vereinbarung zum lokalen Roaming zustande gekommen ist.	6. zwischen den Beteiligten innerhalb von drei Monaten keine Vereinbarung zum lokalen Roaming oder zur Mitnutzung passiver Infrastrukturen zustande gekommen ist; die Frist für Verhandlungen zwischen den Beteiligten kann um einen weiteren Monat verlängert werden, soweit alle Beteiligten dieses übereinstimmend bei der Bundesnetzagentur beantragen.
(2) Bei der Entscheidung über eine Verpflichtung nach Absatz 1 <i>hat</i> die Bundesnetzagentur insbesondere <i>zu berücksichtigen</i> :	(2) Bei der Entscheidung über eine Verpflichtung nach Absatz 1 berücksichtigt die Bundesnetzagentur insbesondere:
1. <i>die Regulierungsziele nach § 2 Absatz 2,</i>	1. entfällt
2. <i>die Sicherstellung der Versorgung von Endnutzern entlang von wichtigen Verkehrswegen und in weiteren Gebieten mit äußerst lückenhaftem Zugang für Endnutzer,</i>	1. die Gewährleistung eines durchgehenden, unterbrechungsfreien Zugangs für alle Endnutzer zu Sprach- und breitbandigen Datendiensten des öffentlichen Mobilfunks mindestens entlang von Bundesfernstraßen und auch im nachgeordneten Straßennetz sowie an allen Schienen- und Wasserwegen möglichst bis 2026 und in weiteren Gebieten mit äußerst lückenhaftem Zugang für Endnutzer,
3. <i>die effiziente Nutzung von Frequenzen,</i>	2. u n v e r ä n d e r t
4. <i>die Ermöglichung einer größeren Auswahl und einer höheren Dienstqualität für die Endnutzer,</i>	3. die Ermöglichung einer wesentlich größeren Auswahl und einer höheren Dienstqualität für die Endnutzer,
5. <i>die technische Durchführbarkeit und die diesbezüglichen Bedingungen,</i>	4. u n v e r ä n d e r t
6. <i>den Stand des Infrastruktur- und Dienstleistungswettbewerbs,</i>	5. u n v e r ä n d e r t
7. <i>die Förderung technischer Innovationen und</i>	6. technische Innovationen und

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
8. die <i>Wahrung von Anreizen für den Infrastrukturausbau</i> .	7. die vorrangige Notwendigkeit, im Hinblick auf den Ausbau der Infrastruktur zunächst Anreize für das nach Absatz 1 verpflichtete Unternehmen zu schaffen .
(3) § 12 gilt entsprechend.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Unbeschadet <i>des lokalen Roamings</i> kann die Bundesnetzagentur Unternehmen, die öffentliche Mobilfunknetze in einem räumlich <i>eng</i> umgrenzten Gebiet bereitstellen, dazu verpflichten, Zugang zu aktiven Netzinfrastrukturen in diesem Gebiet zu gewähren. Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend.	(4) Unbeschadet der Verpflichtung nach Absatz 1 kann die Bundesnetzagentur Unternehmen, die öffentliche Mobilfunknetze in einem räumlich umgrenzten Gebiet bereitstellen, dazu verpflichten, Zugang zu aktiven Netzinfrastrukturen in diesem Gebiet zu gewähren. Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend.
(5) Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Bedingungen <i>für das lokale Roaming</i> oder den Zugang zu aktiven <i>Netzinfrastrukturen</i> , soweit die Beteiligten in <i>angemessener Zeit</i> keine Einigung hierüber erzielt haben. Die Bedingungen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein.	(5) Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Bedingungen, zu denen ein nach Absatz 1 oder 4 verpflichtetes Unternehmen lokales Roaming oder den Zugang zu aktiven oder passiven Infrastrukturen gewähren muss, innerhalb von zwei Monaten nach der Entscheidung nach Absatz 1 oder 4 , soweit die Beteiligten in diesem Zeitraum keine Einigung hierüber erzielt haben. Die Frist kann um einen weiteren Monat verlängert werden . Die Bedingungen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein.
(6) Die Bundesnetzagentur kann den Begünstigten der Anordnung nach Absatz 1 oder Absatz 4 verpflichten, Frequenzen mit dem Verpflichteten der Anordnung nach Absatz 1 oder Absatz 4 in dem betreffenden Gebiet gemeinsam zu nutzen.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Bundesnetzagentur überprüft Verpflichtungen und Bedingungen nach den Absätzen 1 bis 6 innerhalb von fünf Jahren nach Erlass. Sie prüft hierbei insbesondere, ob deren Änderung oder Aufhebung angesichts der sich wandelnden Umstände angemessen wäre.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 106	§ 107
Beteiligung in der Gruppe für Frequenzpolitik	Beteiligung in der Gruppe für Frequenzpolitik
(1) Sofern die Bundesnetzagentur beabsichtigt, ein Vergabeverfahren nach § 90 Absatz 9 in Verbindung mit § 99 in Bezug auf harmonisierte Frequenzen für drahtlose Breitbandnetze und -dienste oder Maßnahmen nach § 104 Absatz 2 durchzuführen, unterrichtet sie die Gruppe für Frequenzpolitik über entsprechende Entscheidungs- oder Maßnahmeentwürfe zeitgleich mit deren Veröffentlichung im Anhörungsverfahren.	(1) Sofern die Bundesnetzagentur beabsichtigt, ein Vergabeverfahren nach § 91 Absatz 9 in Verbindung mit § 100 in Bezug auf harmonisierte Frequenzen für drahtlose Breitbandnetze und -dienste oder Maßnahmen nach § 105 Absatz 2 durchzuführen, unterrichtet sie die Gruppe für Frequenzpolitik über entsprechende Entscheidungs- oder Maßnahmeentwürfe zeitgleich mit deren Veröffentlichung im Anhörungsverfahren.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(2) Die Bundesnetzagentur gibt bei der Unterrichtung nach Absatz 1 an, ob und gegebenenfalls wann sie die Gruppe für Frequenzpolitik zur Einberufung eines Peer-Review-Forums nach Artikel 35 der Richtlinie (EU) 2018/1972 auffordert.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Sofern die Gruppe für Frequenzpolitik ein Peer-Review-Forum nach Artikel 35 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 einberuft, erläutert die Bundesnetzagentur den Maßnahmeentwurf nach Artikel 35 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2018/1972.	(3) u n v e r ä n d e r t
T e i l 7	T e i l 7
N u m m e r i e r u n g	N u m m e r i e r u n g
§ 107	§ 108
N u m m e r i e r u n g	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur nimmt die Aufgaben der Nummerierung wahr. Ihr obliegt insbesondere die Strukturierung und Ausgestaltung des Nummernraumes mit dem Ziel, den Anforderungen von Endnutzern, Betreibern von Telekommunikationsnetzen und Anbietern von Telekommunikationsdiensten zu genügen. Die Bundesnetzagentur teilt ferner Nummern den Betreibern von Telekommunikationsnetzen, Anbietern von Telekommunikationsdiensten und Endnutzern zu. Ausgenommen ist die Verwaltung von Domännennamen oberster und nachgeordneter Stufen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Zuteilungsentscheidungen nach Satz 3 unter Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten.	
(2) Im Rahmen ihrer Tätigkeit nach Absatz 1 stellt die Bundesnetzagentur einen Bereich geografisch nicht gebundener Nummern zur Verfügung, die zur Bereitstellung anderer Telekommunikationsdienste als interpersoneller Telekommunikationsdienste auch im Ausland genutzt werden können.	
(3) Die Bundesnetzagentur kann zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen oder Empfehlungen sowie zur Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit von Nummern Änderungen der Struktur und Ausgestaltung des Nummernraumes und des nationalen Nummernplanes vornehmen. Dabei sind die Belange der Betroffenen, insbesondere die Umstellungskosten, die den Betreibern von Telekommunikationsnetzen, den An-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>bietern von Telekommunikationsdiensten und den Nutzern entstehen, angemessen zu berücksichtigen. Beabsichtigte Änderungen sind rechtzeitig vor ihrem Wirksamwerden bekannt zu geben. Die von diesen Änderungen betroffenen Betreiber von Telekommunikationsnetzen und Anbieter von Telekommunikationsdiensten sind verpflichtet, die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.</p>	
<p>(4) Die Bundesnetzagentur kann zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach Absatz 3 Anordnungen erlassen. Zur Durchsetzung der Anordnungen können nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Zwangsgelder bis zu 500 000 Euro festgesetzt werden.</p>	
<p>(5) Die Bundesnetzagentur trifft, sofern der angerufene Endnutzer Anrufe aus bestimmten geographischen Gebieten nicht aus wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt hat, die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass</p>	
<p>1. die Endnutzer in der Lage sind, Dienste unter Verwendung geografisch nicht gebundener Nummern in der Europäischen Union zu erreichen und zu nutzen und</p>	
<p>2. die Endnutzer in der Lage sind, unabhängig von der vom Betreiber verwendeten Technologie und der von ihm genutzten Geräte alle in der Europäischen Union bestehenden Rufnummern, einschließlich der Nummern in den nationalen Nummernplänen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie universeller internationaler gebührenfreier Rufnummern, zu erreichen.</p>	
<p>(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Maßstäbe und Leitlinien festzulegen für</p>	
<p>1. die Strukturierung, Ausgestaltung und Verwaltung der Nummernräume sowie</p>	
<p>2. den Erwerb, Umfang und Verlust von Nutzungsrechten an Nummern.</p>	
<p>Dies schließt auch die Umsetzung darauf bezogener internationaler Empfehlungen und Verpflichtungen in nationales Recht sowie die Festlegung von Regelungen zur Nutzung von Nummern gemäß Absatz 2 ein. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:</p>	
<p>1. die effiziente Nummernnutzung,</p>	
<p>2. die Belange der Marktbeteiligten einschließlich der Planungssicherheit,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Marktteilnehmer,	
4. die Anforderungen an die Nummernnutzung und die langfristige Bedarfsdeckung sowie	
5. die Interessen der Endnutzer.	
In der Verordnung sind die Befugnisse der Bundesnetzagentur sowie die Rechte und Pflichten der Marktteilnehmer und der Endnutzer im Einzelnen festzulegen. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.	
(7) Ist im Vergabeverfahren für generische Domänen oberster Stufe für die Zuteilung oder Verwendung einer geografischen Bezeichnung, die mit dem Namen einer Gebietskörperschaft identisch ist, eine Einverständniserklärung oder Unbedenklichkeitsbescheinigung durch eine deutsche Regierungs- oder Verwaltungsstelle erforderlich, obliegt die Entscheidung über die Erteilung des Einverständnisses oder die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Stelle. Weisen mehrere Gebietskörperschaften identische Namen auf, liegt die Entscheidungsbefugnis bei der Gebietskörperschaft, die nach der Verkehrsauffassung die größte Bedeutung hat.	
§ 108	§ 109
Preisangabe	Preisangabe
(1) Wer gegenüber Endnutzern	(1) Wer gegenüber Endnutzern
1. Premium-Dienste,	1. unverändert
2. Auskunftsdienste,	2. unverändert
3. Massenverkehrsdienste,	3. unverändert
4. Service-Dienste,	4. unverändert
5. Kurzwahldienste,	5. Kurzwahldienste oder
6. Dienste über Nationale Teilnehmerrufnummern <i>oder</i>	6. Dienste über Nationale Teilnehmerrufnummern
7. <i>Dienste über Persönliche Rufnummern</i>	7. entfällt
anbietet oder dafür wirbt, hat dabei den für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Höchstpreis nach § 109 Absatz 1 bis 5 zeitabhängig je Minute oder zeitunabhängig je Inanspruchnahme einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile anzugeben. Bei nach § 122 Absatz 7 Satz 1 festgelegten Preisen ist dieser Preis anzugeben. Besteht einheitlich netzübergreifend bei sämtlichen Anbietern ein niedrigerer	anbietet oder dafür wirbt, hat dabei den für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Höchstpreis nach § 112 Absatz 1 bis 5 oder 6 Satz 4 zeitabhängig je Minute oder zeitunabhängig je Inanspruchnahme einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile anzugeben. Bei nach § 123 Absatz 7 Satz 1 festgelegten Preisen ist dieser Preis anzugeben. Be-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Preis als der Höchstpreis, darf auch dieser angegeben werden.	steht einheitlich netzübergreifend bei sämtlichen Anbietern ein niedrigerer Preis als der Höchstpreis, darf auch dieser angegeben werden.
(2) Der Preis ist gut lesbar, deutlich sichtbar und in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rufnummer anzugeben. Die Preisangabe hat nach Möglichkeit barrierefrei zu erfolgen. Bei Anzeige der Rufnummer darf die Preisangabe nicht zeitlich kürzer als die Rufnummer angezeigt werden. Auf den Abschluss eines Dauerschuldverhältnisses ist hinzuweisen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Bei Telefax-Diensten ist zusätzlich die Anzahl der zu übermittelnden Seiten anzugeben.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 109	§ 110
Preisansage	Preisansage
(1) Wer den vom Endnutzer zu zahlenden Preis für die Inanspruchnahme von	(1) Wer den vom Endnutzer zu zahlenden Preis für die Inanspruchnahme von
1. sprachgestützten Premium-Diensten,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Kurzwahl-Sprachdiensten,	2. u n v e r ä n d e r t
3. sprachgestützten Auskunftsdiensten und	3. u n v e r ä n d e r t
4. sprachgestützter Betreiberauswahl	4. u n v e r ä n d e r t
festlegt, hat vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit dem Endnutzer den für die Inanspruchnahme dieses Dienstes zu zahlenden Preis zeitabhängig je Minute oder zeitunabhängig je Datenvolumen oder sonstiger Inanspruchnahme einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile anzusagen. Für sprachgestützte Betreiberauswahl ist der Preis in Cent anzusagen.	festlegt, hat vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit dem Endnutzer den für die Inanspruchnahme dieses Dienstes zu zahlenden Preis zeitabhängig je Minute oder zeitunabhängig je Datenvolumen oder sonstiger Inanspruchnahme einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile anzusagen. Für sprachgestützte Betreiberauswahl ist der Preis dauerhaft in Euro oder in Cent anzusagen; ein Wechsel zwischen der Preisansage in Euro und in Cent ist unzulässig.
(2) Die Preisansage ist spätestens drei Sekunden vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit unter Hinweis auf den Zeitpunkt des Beginns derselben abzuschließen. Ändert sich dieser Preis während der Inanspruchnahme des Dienstes, so ist vor Beginn des neuen Tarifabschnitts der nach der Änderung zu zahlende Preis entsprechend Absatz 1 und Satz 1 anzusagen mit der Maßgabe, dass die Ansage auch während der Inanspruchnahme des Dienstes erfolgen kann. Beim Einsatz von Warteschleifen nach § 114 Absatz 1 Nummer 5 stellt weder der Beginn noch das Ende der Warteschleife eine Änderung des Preises im Sinne von Satz 2 dar, wenn der vom Endnutzer im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 zu	(2) Die Preisansage nach Absatz 1 ist spätestens drei Sekunden vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit unter Hinweis auf den Zeitpunkt des Beginns derselben abzuschließen. Ändert sich dieser Preis während der Inanspruchnahme des Dienstes, so ist vor Beginn des neuen Tarifabschnitts der nach der Änderung zu zahlende Preis entsprechend Absatz 1 und Satz 1 anzusagen mit der Maßgabe, dass die Ansage auch während der Inanspruchnahme des Dienstes erfolgen kann. Beim Einsatz von Warteschleifen nach § 115 Absatz 1 Nummer 5 stellt weder der Beginn noch das Ende der Warteschleife eine Änderung des Preises im Sinne von Satz 2 dar, wenn der vom Endnutzer im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 zu zahlende Preis für den Tarifabschnitt nach der Warteschleife unverändert gegenüber

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
zahlende Preis für den Tarifabschnitt nach der Warteschleife unverändert gegenüber dem Preis für den Tarifabschnitt vor der Warteschleife ist.	dem Preis für den Tarifabschnitt vor der Warteschleife ist.
(3) Bei Inanspruchnahme von sprachgestützten Massenverkehrsdiensten hat der Diensteanbieter dem Endnutzer den für die Inanspruchnahme dieses Dienstes zu zahlenden Preis nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 anzusetzen. Abweichend von Satz 1 kann die Preisansage unmittelbar im Anschluss an die Inanspruchnahme des Dienstes erfolgen, wenn der Preis 1 Euro pro Minute oder Inanspruchnahme nicht übersteigt.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Im Falle der Weitervermittlung durch einen sprachgestützten Auskunftsdienst besteht die Preisansageverpflichtung auch für das weiterzuvermittelnde Gespräch für den Auskunftsdiensteanbieter. Die Ansage kann während der Inanspruchnahme des sprachgestützten Auskunftsdienstes erfolgen, ist jedoch vor der Weitervermittlung vorzunehmen; Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Auf die aus der Weitervermittlung resultierende Entgeltspflichtigkeit etwaiger Warteschleifen und die Unbeachtlichkeit anderslautender Preisansagen im Rahmen der Warteschleifen ist hinzuweisen. Bei der Weitervermittlung auf entgeltfreie Telefondienste ist auf die Unbeachtlichkeit etwaiger Hinweise auf die Kostenfreiheit hinzuweisen.	(4) Im Falle der Weitervermittlung durch einen sprachgestützten Auskunftsdienst besteht die Preisansageverpflichtung nach Absatz 1 auch für das weiterzuvermittelnde Gespräch für den Auskunftsdiensteanbieter. Die Ansage kann während der Inanspruchnahme des sprachgestützten Auskunftsdienstes erfolgen, ist jedoch vor der Weitervermittlung vorzunehmen; Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Auf die aus der Weitervermittlung resultierende Entgeltspflichtigkeit etwaiger Warteschleifen und die Unbeachtlichkeit anderslautender Preisansagen im Rahmen der Warteschleifen ist hinzuweisen. Bei der Weitervermittlung auf entgeltfreie Telefondienste ist auf die Unbeachtlichkeit etwaiger Hinweise auf die Kostenfreiheit hinzuweisen.
§ 110	§ 111
Preisanzeige	u n v e r ä n d e r t
(1) Für Kurzwahl-Datendienste hat derjenige, der den vom Endnutzer zu zahlenden Preis für die Inanspruchnahme dieses Dienstes festlegt,	
1. vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit den für die Inanspruchnahme dieses Dienstes zu zahlenden Preis einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile ab einem Preis von 1 Euro pro Inanspruchnahme deutlich sichtbar und gut lesbar anzuzeigen und	
2. sich vom Endnutzer den Erhalt der Information bestätigen zu lassen.	
(2) Von den Verpflichtungen nach Absatz 1 kann abgewichen werden, wenn	
1. der Dienst im öffentlichen Interesse erbracht wird oder	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. sich der Endnutzer vor Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber dem Verpflichteten nach Absatz 1 durch ein geeignetes Verfahren legitimiert.	
Die Einzelheiten regelt und veröffentlicht die Bundesnetzagentur.	
§ 111	§ 112
Preishöchstgrenzen	Preishöchstgrenzen
(1) Preise für zeitabhängig über Rufnummern für Premium-Dienste, Kurzwahldienste und Auskunftsdienste abgerechnete Verbindungen und Dienstleistungen dürfen nur erhoben werden, wenn sie insgesamt höchstens 3 Euro pro Minute betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können. Dies gilt auch im Falle der Weitervermittlung durch einen Auskunftsdienst. Die Abrechnung darf höchstens im 60-Sekunden-Takt erfolgen. Satz 3 gilt entsprechend für die Betreiberauswahl.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Preise für zeitunabhängig über Rufnummern für Premium-Dienste, <i>Kurzwahl-Sprachdienste</i> und Auskunftsdienste abgerechnete Verbindungen und Dienstleistungen dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 30 Euro pro Verbindung betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können.	(2) Preise für zeitunabhängig über Rufnummern für Premium-Dienste, Kurzwahldienste und Auskunftsdienste abgerechnete Verbindungen und Dienstleistungen dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 30 Euro pro Verbindung betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können.
(3) Wird der Preis von Dienstleistungen aus zeitabhängigen und zeitunabhängigen Leistungsanteilen gebildet, so müssen diese Preisanteile entweder im Einzelverbindungs nachweis, soweit dieser erteilt wird, getrennt ausgewiesen werden oder Verfahren nach Absatz 6 Satz 3 zur Anwendung kommen. Der Preis nach Satz 1 darf höchstens 30 Euro je Verbindung betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können.	(3) Wird der Preis von über Rufnummern für Premium-Dienste, Kurzwahldienste und Auskunftsdienste abgerechnete Dienstleistungen aus zeitabhängigen und zeitunabhängigen Leistungsanteilen gebildet, so müssen diese Preisanteile entweder im Einzelverbindungs nachweis, soweit dieser erteilt wird, getrennt ausgewiesen werden oder Verfahren nach Absatz 6 Satz 3 zur Anwendung kommen. Der Preis nach Satz 1 darf höchstens 30 Euro je Verbindung betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können.
(4) Preise für Anrufe bei Service-Diensten dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 0,14 Euro pro Minute oder 0,20 Euro pro Anruf betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können. Die Abrechnung darf höchstens im 60-Sekunden-Takt erfolgen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Preise für Anrufe bei Nationalen Teilnehmer-rufnummern und Persönlichen Rufnummern dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 0,14 Euro pro Mi-	(5) Preise für Anrufe bei Nationalen Teilneh-merrufnummern und Persönlichen Rufnummern dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 0,09 Euro

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
nute betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können. Die Abrechnung darf höchstens im 60-Sekunden-Takt erfolgen.	pro Minute betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können. Die Abrechnung darf höchstens im 60-Sekunden-Takt erfolgen.
(6) Über die Preisgrenzen der Absätze 1, 2, 4 und 5 hinausgehende Preise dürfen nur erhoben werden, wenn sich der Kunde vor Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber dem Anbieter durch ein geeignetes Verfahren legitimiert. Die Einzelheiten regelt die Bundesnetzagentur. Sie kann durch Allgemeinverfügung Einzelheiten zu zulässigen Verfahren in Bezug auf Tarifierungen nach den Absätzen 1, 2, 4 und 5 festlegen. Darüber hinaus kann die Bundesnetzagentur entsprechend dem Verfahren nach § 122 Absatz 7 von den Absätzen 1, 2, 4 und 5 abweichende Preishöchstgrenzen festlegen, wenn die allgemeine Entwicklung der Preise oder des Marktes dies erforderlich macht.	(6) Über die Preisgrenzen der Absätze 1 bis 3 hinausgehende Preise dürfen nur erhoben werden, wenn sich der Kunde vor Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber dem Anbieter durch ein geeignetes Verfahren legitimiert. Die Einzelheiten regelt die Bundesnetzagentur. Sie kann durch Allgemeinverfügung Einzelheiten zu zulässigen Verfahren in Bezug auf Tarifierungen nach den Absätzen 1 bis 5 festlegen. Darüber hinaus kann die Bundesnetzagentur entsprechend dem Verfahren nach § 123 Absatz 7 von den Absätzen 1 bis 5 abweichende Preishöchstgrenzen festlegen, wenn die allgemeine Entwicklung der Preise oder des Marktes dies erforderlich macht.
§ 112	§ 113
Verbindungstrennung	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei dem die Rufnummer für Premium-Dienste, Kurzwahl-Sprachdienste oder Auskunftsdienste eingerichtet ist, hat jede zeitabhängig abgerechnete Verbindung zu dieser Rufnummer nach 60 Minuten zu trennen. Dies gilt auch, wenn zu einer Rufnummer für Premium-Dienste oder für Kurzwahl-Sprachdienste weitervermittelt wurde.	
(2) Von der Verpflichtung nach Absatz 1 kann abgewichen werden, wenn sich der Endnutzer vor der Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber dem Anbieter durch ein geeignetes Verfahren legitimiert. Die Einzelheiten regelt die Bundesnetzagentur. Sie kann durch Allgemeinverfügung die Einzelheiten der zulässigen Verfahren zur Verbindungstrennung festlegen.	
§ 113	§ 114
Anwählprogramme (Dialer)	u n v e r ä n d e r t
(1) Anwählprogramme, die Verbindungen zu einer Nummer herstellen, bei denen neben der Telekommunikationsdienstleistung Inhalte abgerechnet werden (Dialer), sind unzulässig.	
(2) Für die Nutzung von Anwählprogrammen, die der Anrufende verwendet, um Verbindungen zu ei-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>ner Nummer herzustellen, bei denen neben der Telekommunikationsdienstleistung keine Inhalte abgerechnet werden (Telefonie-Dialer), legt die Bundesnetzagentur Verfahren und Grenzwerte zum Schutz der Angerufenen vor unzumutbaren Belästigungen durch Anrufversuche fest. Die Festlegung erfolgt durch Allgemeinverfügung. Vor der Festlegung sind die betroffenen Unternehmen, Fachkreise und Verbraucherverbände anzuhören.</p>	
<p>(3) Die nach Absatz 2 festgelegten Verfahren und Grenzwerte sind spätestens ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten einzuhalten, sofern in der Festlegung keine abweichende Umsetzungsfrist bestimmt ist. Ab diesem Zeitpunkt dürfen Telefonie-Dialer nur eingesetzt werden, wenn hierbei die von der Bundesnetzagentur festgelegten Verfahren und Grenzwerte eingehalten werden. Die Bundesnetzagentur überprüft die festgelegten Verfahren und Grenzwerte in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit.</p>	
§ 114	§ 115
Warteschleifen	Warteschleifen
<p>(1) Warteschleifen dürfen nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:</p>	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer,	
2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer oder zu einer Rufnummer, die die Bundesnetzagentur den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 3 gleichgestellt hat,	
3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017),	
4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung oder	
5. der Anruf ist für die Dauer der Warteschleife für den Anrufer kostenfrei, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen.	
<p>(2) Beim ersten Einsatz einer Warteschleife im Rahmen des Anrufs, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat der Angerufene sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre voraussichtliche Dauer und, unbeschadet der §§ 108 bis 110, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder ob der Anruf gemäß Absatz 1</p>	<p>(2) Beim ersten Einsatz einer Warteschleife im Rahmen des Anrufs, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat der Angerufene sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre voraussichtliche Dauer und, unbeschadet der §§ 109 bis 111, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder ob der Anruf gemäß</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Nummer 5 für die Dauer des Einsatzes dieser Warteschleife für den Anrufer kostenfrei ist. Die Ansage kann mit Beginn der Bearbeitung vorzeitig beendet werden.	Absatz 1 Nummer 5 für die Dauer des Einsatzes dieser Warteschleife für den Anrufer kostenfrei ist. Die Ansage kann mit Beginn der Bearbeitung vorzeitig beendet werden.
(3) Die Bundesnetzagentur stellt auf Antrag eines Zuteilungsnehmers Rufnummern den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 1 Nummer 2 in Bezug auf den Einsatz von Warteschleifen gleich, wenn	(3) u n v e r ä n d e r t
1. der Angerufene vom Anrufer weder unmittelbar noch mittelbar über den Anbieter von Telekommunikationsdiensten ein Entgelt für den Anruf zu dieser Nummer erhält und Anrufe zu dieser Nummer in der Regel von den am Markt verfügbaren Pauschaltarifen erfasst sind und	
2. die Tarifierung dieser Rufnummer auch im Übrigen keine abweichende Behandlung gegenüber den ortsgebundenen Rufnummern rechtfertigt.	
§ 115	§ 116
Wegfall des Entgeltanspruchs	Wegfall des Entgeltanspruchs
Der Endnutzer ist zur Zahlung eines Entgelts nicht verpflichtet, wenn und soweit	Der Endnutzer ist zur Zahlung eines Entgelts nicht verpflichtet, wenn und soweit
1. entgegen § 109 Absatz 1 und 2 nicht vor Beginn der Inanspruchnahme oder entgegen § 109 Absatz 4 nicht während der Inanspruchnahme des Dienstes über den erhobenen Preis informiert wurde,	1. entgegen § 110 Absatz 1, 2 und 3 Satz 1 nicht vor Beginn der Inanspruchnahme, entgegen § 110 Absatz 3 Satz 2 nicht unmittelbar im Anschluss an die Inanspruchnahme oder entgegen § 110 Absatz 4 nicht während der Inanspruchnahme des Dienstes über den erhobenen Preis informiert wurde,
2. entgegen § 110 nicht vor Beginn der Inanspruchnahme über den erhobenen Preis informiert wurde und keine Bestätigung des Endnutzers erfolgt,	2. entgegen § 111 nicht vor Beginn der Inanspruchnahme über den erhobenen Preis informiert wurde und keine Bestätigung des Endnutzers erfolgt,
3. entgegen § 111 die Preishöchstgrenzen nicht eingehalten wurden,	3. entgegen § 112 die Preishöchstgrenzen nicht eingehalten wurden,
4. entgegen § 112 die zeitliche Obergrenze nicht eingehalten wurde,	4. entgegen § 113 die zeitliche Obergrenze nicht eingehalten wurde,
5. Dialer entgegen § 113 Absatz 1 betrieben wurden,	5. Dialer entgegen § 114 Absatz 1 betrieben wurden,
6. der Angerufene entgegen § 114 Absatz 1 während des Anrufs eine oder mehrere Warteschleifen einsetzt oder die Angaben nach § 114 Absatz 2 nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gemacht werden,	6. der Angerufene entgegen § 115 Absatz 1 während des Anrufs eine oder mehrere Warteschleifen einsetzt oder die Angaben nach § 115 Absatz 2 nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gemacht werden,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
7. entgegen § 118 Absatz 1 Satz 2 R-Gesprächsdienste mit Zahlungen an den Anrufer angeboten werden,	7. entgegen § 119 Absatz 1 Satz 2 R-Gesprächsdienste mit Zahlungen an den Anrufer angeboten werden,
8. nach Eintragung in die Sperr-Liste nach § 118 Absatz 2 ein R-Gespräch zum gesperrten Anschluss erfolgt oder	8. nach Eintragung in die Sperr-Liste nach § 119 Absatz 2 ein R-Gespräch zum gesperrten Anschluss erfolgt oder
9. die Bundesnetzagentur ein Rechnungslegungs- und Inkassierungsverbot nach § 122 Absatz 5 Satz 1 erlassen hat.	9. die Bundesnetzagentur ein Rechnungslegungs- und Inkassierungsverbot nach § 123 Absatz 5 Satz 1 erlassen hat.
In diesen Fällen entfällt die Entgeltzahlungspflicht des Anrufers für den gesamten Anruf.	In diesen Fällen entfällt die Entgeltzahlungspflicht des Anrufers für den gesamten Anruf.
§ 116	§ 117
Auskunftsanspruch	u n v e r ä n d e r t
(1) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann schriftlich oder elektronisch von der Bundesnetzagentur Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der eine Nummer von der Bundesnetzagentur zugeteilt bekommen hat. Die Auskunft soll unverzüglich nach Eingang der Anfrage nach Satz 1 erteilt werden.	
(2) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann von demjenigen, dem von der Bundesnetzagentur (0)137er-Rufnummern oder Rufnummern für Kurzwahldienste zugeteilt sind, unentgeltlich	
1. Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der über eine dieser Rufnummern Dienstleistungen anbietet, oder	
2. die Mitteilung verlangen, an wen die Rufnummer gemäß § 59 übertragen wurde.	
Bei Kurzwahlnummern, die nicht von der Bundesnetzagentur zugeteilt wurden, besteht der Anspruch gegenüber demjenigen, in dessen Netz die Kurzwahlnummer geschaltet ist. Bei gemäß § 59 übertragenen Rufnummern besteht der Anspruch auf Auskunft nach Satz 1 Nummer 1 gegenüber dem Anbieter, zu dem die Rufnummer übertragen wurde. Die Auskünfte nach den Sätzen 1 bis 3 sollen innerhalb von zehn Werktagen nach Eingang der schriftlich oder elektronisch gestellten Anfrage erteilt werden. Die Auskunftspflichtigen haben die Angabe bei ihren Kunden zu erheben und aktuell zu halten.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 117	§ 118
Datenbank für (0)900er-Rufnummern	u n v e r ä n d e r t
(1) Alle zugeteilten (0)900er-Rufnummern werden in einer Datenbank bei der Bundesnetzagentur erfasst. Die Datenbank ist mit folgenden Angaben im Internet zu veröffentlichen:	
1. dem Namen und der ladungsfähigen Anschrift des Diensteanbieters,	
2. bei Diensteanbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich mit der ladungsfähigen Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland.	
(2) Jedermann kann schriftlich oder elektronisch von der Bundesnetzagentur Auskunft über die in der Datenbank gespeicherten Daten verlangen.	
§ 118	§ 119
R-Gespräche	u n v e r ä n d e r t
(1) Aufgrund von Verbindungen, bei denen dem Angerufenen das Verbindungsentgelt in Rechnung gestellt wird (R-Gespräche), dürfen keine Zahlungen an den Anrufer erfolgen. Das Angebot von R-Gesprächsdiensten mit einer Zahlung an den Anrufer nach Satz 1 ist unzulässig.	
(2) Die Bundesnetzagentur führt eine Sperr-Liste mit Rufnummern, die von R-Gesprächsdiensten für eingehende R-Gespräche zu sperren sind. Endnutzer können ihren Anbieter von Telekommunikationsdiensten beauftragen, die Aufnahme ihrer Nummern in die Sperr-Liste unentgeltlich zu veranlassen. Eine Löschung von der Liste kann kostenpflichtig sein. Der Anbieter übermittelt den Wunsch des Endnutzers sowie etwaig erforderliche Streichungen wegen Wegfalls der abgeleiteten Zuteilung an die Bundesnetzagentur. Die Bundesnetzagentur stellt die Sperr-Liste Anbietern von R-Gesprächsdiensten zum Abruf bereit.	
§ 119	§ 120
Rufnummernübermittlung	Rufnummernübermittlung
(1) Anbieter von nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, die Endnutzern den Aufbau von abgehenden Verbindungen ermögli-	(1) Anbieter von öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, die Endnutzern den Aufbau von abgehenden Verbindungen ermöglichen, müssen sicherstellen,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>chen, müssen sicherstellen, dass beim Verbindungsaufbau als Rufnummer des Anrufers eine vollständige national signifikante Rufnummer des deutschen Nummernraums übermittelt und als solche gekennzeichnet wird. Die Rufnummer muss dem Endnutzer für den Dienst zugeteilt sein, im Rahmen dessen die Verbindung aufgebaut wird. Rufnummern für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Premium-Dienste, Nummern für Kurzwahldienste sowie die Notrufnummern 110 und 112 dürfen nicht als Rufnummer des Anrufers übermittelt werden. Andere an der Verbindung beteiligte Anbieter dürfen übermittelte Rufnummern nicht verändern.</p>	<p>dass beim Verbindungsaufbau als Rufnummer des Anrufers eine vollständige national signifikante Rufnummer des deutschen Nummernraums übermittelt und als solche gekennzeichnet wird. Die Rufnummer muss dem Endnutzer für den Dienst zugeteilt sein, im Rahmen dessen die Verbindung aufgebaut wird. Rufnummern für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Premium-Dienste, Nummern für Kurzwahldienste sowie die Notrufnummern 110 und 112 dürfen nicht als Rufnummer des Anrufers übermittelt werden. Andere an der Verbindung beteiligte Anbieter dürfen übermittelte Rufnummern nicht verändern.</p>
<p>(2) Endnutzer dürfen zusätzliche Rufnummern nur aufsetzen und in das öffentliche Telekommunikationsnetz übermitteln, wenn sie ein Nutzungsrecht an der entsprechenden Rufnummer haben und es sich um eine Rufnummer des deutschen Nummernraums handelt. Abweichend von Satz 1 darf im Falle einer Rufumleitung als zusätzliche Rufnummer die übermittelte und angezeigte Rufnummer des Anrufers aufgesetzt werden. Rufnummern für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Premium-Dienste, Nummern für Kurzwahldienste sowie die Notrufnummern 110 und 112 dürfen von Endnutzern nicht als zusätzliche Rufnummer aufgesetzt und in das öffentliche Telekommunikationsnetz übermittelt werden.</p>	<p>(2) Endnutzer dürfen zusätzliche Rufnummern nur aufsetzen und in das öffentliche Telekommunikationsnetz übermitteln, wenn sie ein Nutzungsrecht an der entsprechenden Rufnummer haben und es sich um eine Rufnummer des deutschen Nummernraums handelt. Abweichend von Satz 1 darf im Falle einer Rufumleitung als zusätzliche Rufnummer die übermittelte und angezeigte Rufnummer des Anrufers aufgesetzt werden. Rufnummern für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Premium-Dienste, Nummern für Kurzwahldienste sowie die Notrufnummern 110 und 112 dürfen von Endnutzern nicht als zusätzliche Rufnummer aufgesetzt und in das öffentliche Telekommunikationsnetz übermittelt werden. Die Bundesnetzagentur kann nach Anhörung der betroffenen Fachkreise und Verbraucherverbände Voraussetzungen festlegen, unter denen das Aufsetzen einer ausländischen Rufnummer abweichend von Satz 1 zulässig ist.</p>
<p>(3) Sämtliche an der Verbindung beteiligte Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste müssen sicherstellen, dass Rufnummern für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Premium-Dienste, Nummern für Kurzwahldienste sowie die Notrufnummern 110 und 112 nicht als Rufnummer des Anrufers übermittelt und angezeigt werden. Sie haben Verbindungen, bei denen als Rufnummer des Anrufers Rufnummern nach Satz 1 übermittelt und angezeigt werden, abubrechen.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Sämtliche an der Verbindung beteiligte Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste müssen sicherstellen, dass als Rufnummer des Anrufers nur dann eine national signifikante Rufnummer des deutschen Nummernraums angezeigt wird, wenn die Verbindung aus dem öffentlichen deutschen Telefonnetz übergeben wird. Wird eine Verbindung, bei der eine national signifikante Rufnummer des deut-</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
schen Nummernraums angezeigt wird, aus dem ausländischen Telefonnetz übergeben, haben die Anbieter sicherzustellen, dass netzintern der Eintrittsweg der Verbindung in das deutsche Netz eindeutig gekennzeichnet wird; die Rufnummernanzeige ist zu unterdrücken. Ausgenommen von Satz 1 ist das internationale Roaming im Mobilfunk. Angerufene müssen die Möglichkeit haben, Anrufe mit unterdrückter Rufnummernanzeige auf einfache Weise und unentgeltlich abzuweisen.	
(5) Absatz 1 gilt entsprechend für Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste bei der Übertragung von Textnachrichten über das öffentliche Telekommunikationsnetz. Abweichend von Absatz 4 Satz 1 sind Nummern für Kurzwahldienste sowie Nummern, bei denen die alphanumerische Umsetzung einen bestimmten Namen oder Begriff ergibt, zulässig, wenn der Absender für den Empfänger hierüber eindeutig identifizierbar ist und hierüber keine zweiseitige Kommunikation ermöglicht wird.	(5) Absatz 1 gilt entsprechend für Anbieter nummerngebundener interpersoneller Telekommunikationsdienste bei der Übertragung von Textnachrichten über das öffentliche Telekommunikationsnetz. Abweichend von Satz 1 sind Nummern für Kurzwahldienste sowie alphanumerische Absenderkennungen zulässig, wenn der Absender für den Empfänger hierüber eindeutig identifizierbar ist und hierüber keine zweiseitige Kommunikation ermöglicht wird.
§ 120	§ 121
Internationaler entgeltfreier Telefondienst	u n v e r ä n d e r t
Anrufe bei (00)800er-Rufnummern müssen für den Anrufer unentgeltlich sein. Die Erhebung eines Entgelts für die Inanspruchnahme eines Endgerätes bleibt unbenommen.	
§ 121	§ 122
Umgehungsverbot	Umgehungsverbot
Die §§ 108 bis 120 sind auch dann anzuwenden, wenn versucht wird, sie durch anderweitige Gestaltungen zu umgehen.	Die §§ 109 bis 121 sind auch dann anzuwenden, wenn versucht wird, sie durch anderweitige Gestaltungen zu umgehen.
§ 122	§ 123
Befugnisse der Bundesnetzagentur	Befugnisse der Bundesnetzagentur
(1) Die Bundesnetzagentur kann im Rahmen der Nummernverwaltung Anordnungen und andere geeignete Maßnahmen treffen, um die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, aufgrund dieses Gesetzes ergangener Verpflichtungen und der von ihr erteilten Bedingungen über die Zuteilung von Nummern sicherzustellen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur kann die Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und die	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichten, Auskünfte zu personenbezogenen Daten wie Name und ladungsfähige Anschrift von Nummerninhabern und Nummernnutzern zu erteilen, die für den Vollzug dieses Gesetzes, aufgrund dieses Gesetzes ergangener Verordnungen sowie der erteilten Bedingungen erforderlich sind, soweit die Daten den Unternehmen bekannt sind. Die Bundesnetzagentur kann insbesondere Auskünfte zu personenbezogenen Daten verlangen, die erforderlich sind für die einzelfallbezogene Überprüfung von Verpflichtungen, wenn	
1. der Bundesnetzagentur eine Beschwerde vorliegt,	
2. die Bundesnetzagentur aus anderen Gründen eine Verletzung von Pflichten annimmt oder	
3. die Bundesnetzagentur von sich aus Ermittlungen durchführt.	
Andere Regelungen bleiben von der Auskunftspflicht nach den Sätzen 1 und 2 unberührt.	
(3) Zur Verfolgung von Verstößen gegen § 119 kann die Bundesnetzagentur von Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Auskunft über die Rufnummer, von der ein Anruf ausging, sowie über für die Verfolgung erforderliche personenbezogene Daten wie Name und ladungsfähige Anschrift des Nummerninhabers und des Nummernnutzers verlangen. Zur Erfüllung dieser Auskunftspflicht dürfen Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste im dafür erforderlichen Umfang Verkehrsdaten verarbeiten.	(3) Zur Verfolgung von Verstößen gegen § 120 kann die Bundesnetzagentur von Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Auskunft über die Rufnummer, von der ein Anruf ausging, sowie über für die Verfolgung erforderliche personenbezogene Daten wie Name und ladungsfähige Anschrift des Nummerninhabers und des Nummernnutzers verlangen. Zur Erfüllung dieser Auskunftspflicht dürfen Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste im dafür erforderlichen Umfang Verkehrsdaten verarbeiten.
(4) Die Bundesnetzagentur kann bei Nichterfüllung von gesetzlichen oder behördlich auferlegten Verpflichtungen die rechtswidrig genutzte Nummer entziehen. Sie soll ferner im Falle der gesicherten Kenntnis von der rechtswidrigen Nutzung einer Rufnummer gegenüber dem Netzbetreiber, in dessen Netz die Nummer geschaltet ist, die Abschaltung der Rufnummer anordnen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Bundesnetzagentur kann den Rechnungsersteller bei gesicherter Kenntnis einer rechtswidrigen Nummernnutzung auffordern, keine Rechnungslegung und -inkassierung vorzunehmen. Sie kann in diesem Zusammenhang	(5) u n v e r ä n d e r t
1. die Auszahlung und Verrechnung bereits inkassierter Entgelte untersagen und	
2. die Erstattung bereits inkassierter Entgelte anordnen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>(6) Teilt die Bundesnetzagentur Nummern nach § 107 Absatz 2 zu, knüpft sie die Nutzungsrechte an den Nummern an bestimmte Bedingungen, um im Falle einer Bereitstellung von Diensten im Ausland die Einhaltung der einschlägigen ausländischen Verbraucherschutzvorschriften und des ausländischen Rechts zu gewährleisten. Weist die zuständige Behörde des Staates, in dem die Nummern zum Einsatz kommen, einen Verstoß gegen dessen einschlägige Verbraucherschutzvorschriften oder dessen nationales Recht im Rahmen der Nummernnutzung nach, ergreift die Bundesnetzagentur auf Antrag dieser Behörde Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Bedingungen.</p>	<p>(6) Teilt die Bundesnetzagentur Nummern nach § 108 Absatz 2 zu, knüpft sie die Nutzungsrechte an den Nummern an bestimmte Bedingungen, um im Falle einer Bereitstellung von Diensten im Ausland die Einhaltung der einschlägigen ausländischen Verbraucherschutzvorschriften und des ausländischen Rechts zu gewährleisten. Weist die zuständige Behörde des Staates, in dem die Nummern zum Einsatz kommen, einen Verstoß gegen dessen einschlägige Verbraucherschutzvorschriften oder dessen nationales Recht im Rahmen der Nummernnutzung nach, ergreift die Bundesnetzagentur auf Antrag dieser Behörde Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Bedingungen.</p>
<p>(7) Soweit für Premium-Dienste, Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Service-Dienste die Tarifhoheit bei dem Anbieter des Anrufers liegt und deshalb unterschiedliche Entgelte für Verbindungen gelten würden, legt die Bundesnetzagentur nach Anhörung der betroffenen Unternehmen, Fachkreise und Verbraucherverbände zum Zweck der Preisangabe und Preisansage nach den §§ 108 und 109 jeweils bezogen auf bestimmte Nummernbereiche oder Nummernteilbereiche den Preis netzübergreifend für sämtliche Anbieter fest. Soweit erforderlich, legt die Bundesnetzagentur dabei auch fest, durch wen die Preisansage nach § 109 Absatz 1 zu erfolgen hat. Teil 2 Abschnitt 2 bleibt unberührt.</p>	<p>(7) Soweit für Premium-Dienste, Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste oder Service-Dienste die Tarifhoheit bei dem Anbieter des Anrufers liegt und deshalb unterschiedliche Entgelte für Verbindungen gelten würden, legt die Bundesnetzagentur nach Anhörung der betroffenen Unternehmen, Fachkreise und Verbraucherverbände zum Zweck der Preisangabe und Preisansage nach den §§ 109 und 110 jeweils bezogen auf bestimmte Nummernbereiche oder Nummernteilbereiche den Preis netzübergreifend für sämtliche Anbieter fest. Soweit erforderlich, legt die Bundesnetzagentur dabei auch fest, durch wen die Preisansage nach § 110 Absatz 1 zu erfolgen hat. Teil 2 Abschnitt 2 bleibt unberührt.</p>
<p>(8) Zur Durchsetzung der Anordnungen nach den Absätzen 1 bis 6 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von mindestens 1 000 Euro bis höchstens 1 000 000 Euro festgesetzt werden.</p>	<p>(8) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(9) Die Rechte der Länder sowie die Befugnisse anderer Behörden bleiben unberührt.</p>	<p>(9) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 123</p>	<p>§ 124</p>
<p>Mitteilung an Staatsanwaltschaft oder Verwaltungsbehörde</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Die Bundesnetzagentur teilt Tatsachen, die den Verdacht einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit begründen, der Staatsanwaltschaft oder der Verwaltungsbehörde mit.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 8	Teil 8
Wegerechte und Mitnutzung	Wegerechte und Mitnutzung
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Wegerechte	Wegerechte
§ 124	§ 125
Berechtigung zur Nutzung öffentlicher Wege und ihre Übertragung	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Bund ist befugt, Verkehrswege für die öffentlichen Zwecken dienenden Telekommunikationslinien unentgeltlich zu benutzen, soweit dadurch nicht der Widmungszweck der Verkehrswege dauernd beschränkt wird (Nutzungsberechtigung). Als Verkehrswege gelten öffentliche Wege, Plätze, Brücken und Tunnel sowie die öffentlichen Gewässer.	
(2) Der Bund überträgt die Nutzungsberechtigung nach Absatz 1 durch die Bundesnetzagentur auf Antrag an die Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder öffentlichen Zwecken dienender Telekommunikationslinien. In dem Antrag nach Satz 1 ist das Gebiet zu bezeichnen, für das die Nutzungsberechtigung übertragen werden soll.	
(3) Die Bundesnetzagentur überträgt die Nutzungsberechtigung, wenn der Antragsteller nachweislich fachkundig, zuverlässig und leistungsfähig ist, Telekommunikationslinien zu errichten und die Nutzungsberechtigung mit den Regulierungszielen nach § 2 vereinbar ist. Die Bundesnetzagentur erteilt die Nutzungsberechtigung für die Dauer der öffentlichen Tätigkeit. Sie entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen.	
(4) Beginn und Beendigung der Nutzung sowie jeder sonstige Wegfall der Nutzungsberechtigung nach Absatz 2, Namensänderungen, Anschriftenänderungen und identitätswahrende Umwandlungen des Unternehmens sind der Bundesnetzagentur unverzüglich mitzuteilen. Die Bundesnetzagentur stellt diese Informationen den Wegebausträgern zur Verfügung. Für Schäden, die daraus entstehen, dass Änderungen nicht rechtzeitig mitgeteilt wurden, haftet der Nutzungsberechtigte.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 125	§ 126
Pflichten der Eigentümer und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder öffentlichen Zwecken dienender Telekommunikationslinien	Pflichten der Eigentümer und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder öffentlichen Zwecken dienender Telekommunikationslinien
(1) Telekommunikationslinien sind so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen.	u n v e r ä n d e r t
(2) Dem Träger der Straßenbaulast ist mitzuteilen, ob Glasfaserleitungen oder Leerrohrsysteme, die der Aufnahme von Glasfaserleitungen dienen, in Abweichung von den Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien in geringerer Verlegetiefe, wie zum Beispiel im Wege des Micro- oder Minitrenching, verlegt werden. Der Nutzung der Verlegetechniken nach Satz 1 kann nur widersprochen werden, wenn	(2) entfällt
1. eine Verringerung der Verlegetiefe zu einer wesentlichen Beeinträchtigung des Schutzniveaus oder	
2. eine Verringerung der Verlegetiefe zu einer wesentlichen Erhöhung des Erhaltungsaufwandes führt und	
3. der Antragsteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung entstehenden Kosten oder den höheren Erhaltungsaufwand nicht übernimmt.	
Die Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystemen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen.	
§ 126	§ 127
Verlegung und Änderung von Telekommunikationslinien	Verlegung und Änderung von Telekommunikationslinien
(1) Für die Verlegung oder die Änderung von Telekommunikationslinien ist die schriftliche oder elektronische Zustimmung des Trägers der Wegebau- last erforderlich.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Ist der Wegebau- lastträger selbst Betreiber einer Telekommunikationslinie oder mit einem Betreiber im Sinne des § 37 Absatz 1 oder 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zusammengeschlossen,	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
so ist die Zustimmung nach Absatz 1 von einer Verwaltungseinheit zu erteilen, die unabhängig von der für den Betrieb der Telekommunikationslinie oder der für die Wahrnehmung der Gesellschaftsrechte zuständigen Verwaltungseinheit ist.	
<p>(3) Die Zustimmung gilt nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags als erteilt. <i>Der Antrag ist als vollständig anzusehen</i>, wenn der zuständige Wegebausträger <i>nicht</i> innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags <i>Einwände erhebt</i>. Die Zustimmungsfrist kann um einen Monat verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen.</p>	<p>(3) Die Zustimmung gilt nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags als erteilt. Diese Zustimmungsfrist beginnt nicht, wenn der Antrag unvollständig ist und der zuständige Wegebausträger dies innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags beim zuständigen Wegebausträger dem Antragsteller in Textform mitteilt. Im Fall der Ergänzung oder Änderung des Antrags beginnen die Fristen nach den Sätzen 1 und 2 neu zu laufen. Die Zustimmungsfrist kann um einen Monat verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen.</p>
<p>(4) <i>Zeigt der Nutzungsberechtigte</i> eine nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften des jeweils zuständigen Wegebausträgers nur geringfügige bauliche Maßnahme <i>dem Wegebausträger an</i>, und fordert dieser nicht innerhalb eines Monats den <i>Nutzungsberechtigten</i> auf, einen entsprechenden Antrag zu stellen, gilt die Zustimmung nach Absatz 1 als erteilt.</p>	<p>(4) Wird eine nach Maßgabe etwaiger Verwaltungsvorschriften des jeweils zuständigen Wegebausträgers nur geringfügige bauliche Maßnahme diesem vollständig angezeigt, und fordert dieser nicht innerhalb eines Monats den Anzeigenden auf, einen entsprechenden Antrag zu stellen, gilt die Zustimmung nach Absatz 1 als erteilt. Diese Zustimmungsfrist beginnt nicht, wenn die Anzeige unvollständig ist und der zuständige Wegebausträger dies innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige beim zuständigen Wegebausträger dem Anzeigenden in Textform mitteilt. Im Fall der Ergänzung oder Änderung der Anzeige beginnen die Fristen nach den Sätzen 1 und 2 neu zu laufen.</p>
<p>(5) Behördliche Entscheidungen nach Maßgabe des Naturschutzrechtes, des Wasserhaushaltrechtes, des Denkmalschutzes und der Straßenverkehrs-Ordnung, die im Zuge der Verlegung oder Änderung von Telekommunikationslinien notwendig sind, sind <i>gemeinsam</i> mit der Zustimmung nach Absatz 1 zu erteilen. Dies gilt nicht in Fällen, in denen der Bund für die Erteilung dieser Zustimmung zuständig ist. Sonstige Genehmigungserfordernisse bleiben unberührt. Die Länder <i>bestimmen</i> eine oder mehrere koordinierende Stellen und <i>sorgen</i> für die <i>Einhaltung</i> der <i>im Hinblick auf die</i> in Satz 1 genannten behördlichen Entscheidungen <i>geltenden gemeinsamen Verfahrensfrist nach § 149</i>.</p>	<p>(5) Behördliche Entscheidungen nach Maßgabe des Naturschutzrechtes, des Wasserhaushaltrechtes, des Denkmalschutzes und der Straßenverkehrs-Ordnung, die im Zuge der Verlegung oder Änderung von Telekommunikationslinien notwendig sind, sind zeitgleich mit der Zustimmung nach Absatz 1 zu erteilen. Dies gilt nicht in Fällen, in denen der Bund für die Erteilung dieser Zustimmung zuständig ist. Sonstige Genehmigungserfordernisse bleiben unberührt. Die Länder sollen eine oder mehrere koordinierende Stellen bestimmen und für die zeitgleiche Erteilung der in Satz 1 genannten behördlichen Entscheidungen sorgen.</p>
<p>(6) Bei der Verlegung oberirdischer Leitungen sind die Interessen der Wegebausträger, der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die städtebaulichen Belange abzuwägen. In die Abwägung</p>	<p>(6) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>muss zugunsten einer beantragten Verlegung oberirdischer Leitungen insbesondere einfließen, dass der Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität beschleunigt wird oder die Kosten der Verlegung hierdurch maßgeblich gesenkt werden. Soweit beantragt, sollen in der Regel oberirdische Leitungen verlegt werden, wenn vereinzelt stehende Gebäude oder Gebäudeansammlungen erschlossen werden sollen. Soweit die Verlegung im Rahmen einer Gesamtbaumaßnahme koordiniert werden kann, die in engem zeitlichem Zusammenhang nach der Antragstellung auf Zustimmung durchgeführt wird, soll die Verlegung in der Regel unterirdisch erfolgen.</p>	
	<p>(7) Dem Träger der Straßenbaulast ist mitzuteilen, ob Glasfaserleitungen oder Leerrohrsysteme, die der Aufnahme von Glasfaserleitungen dienen, in geringerer als der nach den anerkannten Regeln der Technik vorgesehenen Verlegetiefe, wie zum Beispiel im Wege des Micro- oder Minitrenching, verlegt werden (mindertiefe Verlegung). Eine mindertiefe Verlegung darf erfolgen, wenn der Antragsteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung des Schutzniveaus entstehenden Kosten oder den etwaig höheren Erhaltungsaufwand übernimmt. Die Sätze 1 und 2 sind auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystemen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen nicht anzuwenden.</p>
<p>(7) Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die <i>Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.</i> Die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Telekommunikationslinie sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, die im Bereich des jeweiligen Wegebaulastträgers übliche Dokumentation der Lage der Telekommunikationslinie nach geographischen Koordinaten und die Verkehrssicherungspflichten regeln.</p>	<p>(8) Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Telekommunikationslinie sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, die im Bereich des jeweiligen Wegebaulastträgers übliche Dokumentation der Lage der Telekommunikationslinie nach geographischen Koordinaten und die Verkehrssicherungspflichten regeln. Soweit keine anerkannten Regeln der Technik für die mindertiefe Verlegung oder Errichtungs- und Anbindungskonzepte für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite bestehen, und der Wegebaulastträger von den Angaben des Antragstellers abweichende Vorgaben zur Art und Weise der Errichtung bei der mindertiefen Verlegung oder bei der Errichtung und Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite macht, müssen diese aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig sein. Die Zustimmung kann außerdem</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.
§ 127	§ 128
Mitnutzung und Wegerecht	Mitnutzung und Wegerecht
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze dürfen ihre passiven Netzinfrastrukturen Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität zur Mitnutzung anbieten. Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze dürfen ihre passiven Netzinfrastrukturen Eigentümern oder Betreibern anderer öffentlicher Versorgungsnetze für deren Netzausbau zur Mitnutzung anbieten.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Soweit die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 124 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich ist, können andere passive Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsbetreiber unter den Voraussetzungen der §§ 137, 138 und 140 mitgenutzt werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Telekommunikationslinie zum Aufbau eines Netzes mit sehr hoher Kapazität genutzt werden kann.	(2) Soweit die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 125 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich ist, können andere passive Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsbetreiber unter den Voraussetzungen der §§ 138, 139 und 141 mitgenutzt werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Telekommunikationslinie zum Aufbau eines Netzes mit sehr hoher Kapazität genutzt werden kann.
(3) Soweit die Nutzungsberechtigung nach § 124 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien auf die Eisenbahninfrastruktur nicht anwendbar ist und es sich bei der Eisenbahninfrastruktur nicht um eine passive Netzinfrastruktur handelt, können Teile der Eisenbahninfrastruktur nach den §§ 137, 138 und 140 mitgenutzt werden. Die §§ 78, 81, 135 und 136 gelten entsprechend.	(3) Soweit die Nutzungsberechtigung nach § 125 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien auf die Eisenbahninfrastruktur nicht anwendbar ist und es sich bei der Eisenbahninfrastruktur nicht um eine passive Netzinfrastruktur handelt, können Teile der Eisenbahninfrastruktur nach den §§ 138, 139 und 141 mitgenutzt werden. Die §§ 79, 82, 136 und 137 gelten entsprechend.
(4) Beeinträchtigt die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 124 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung und gemeinsame Unterbringung (Kollokation) der zugehörigen Einrichtungen und der Telekommunikationslinien anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. Die getroffenen Maßnahmen müssen objektiv, transparent, nichtdiskriminierend und verhältnismäßig sein. Die Bundesnetzagentur legt Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Telekommunikationslinien und zugehörigen Einrichtungen fest.	(4) Beeinträchtigt die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 125 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung und gemeinsame Unterbringung (Kollokation) der zugehörigen Einrichtungen und der Telekommunikationslinien anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. Die getroffenen Maßnahmen müssen objektiv, transparent, nichtdiskriminierend und verhältnismäßig sein. Die Bundesnetzagentur legt Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Telekommunikationslinien und zugehörigen Einrichtungen fest.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 128	§ 129
Rücksichtnahme auf Wegeunterhaltung und Widmungszweck	Rücksichtnahme auf Wegeunterhaltung und Widmungszweck
(1) Bei der Benutzung der Verkehrswege ist eine Erschwerung ihrer Unterhaltung und eine vorübergehende Beschränkung ihres Widmungszwecks nach Möglichkeit zu vermeiden.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Wird die Unterhaltung erschwert, so hat der Nutzungsberechtigte dem Unterhaltungspflichtigen die aus der Erschwerung erwachsenden Kosten zu ersetzen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Nach Beendigung der Arbeiten an den Telekommunikationslinien hat der Nutzungsberechtigte den Verkehrsweg unverzüglich wieder instand zu setzen, sofern nicht der Unterhaltungspflichtige erklärt hat, die Instandsetzung selbst vornehmen zu wollen. Der Nutzungsberechtigte hat dem Unterhaltungspflichtigen die Auslagen für die von ihm vorgenommene Instandsetzung zu erstatten und den durch die Arbeiten an den Telekommunikationslinien entstandenen Schaden zu ersetzen.	(3) u n v e r ä n d e r t
	(4) Der Unterhaltungspflichtige kann die Erfüllung der Pflichten durch den Nutzungsberechtigten und seine Rechte durch schriftlichen Verwaltungsakt geltend machen.
§ 129	§ 130
Gebotene Änderung	Gebotene Änderung
(1) Ergibt sich nach Errichtung einer Telekommunikationslinie, dass sie den Widmungszweck eines Verkehrsweges nicht nur vorübergehend beschränkt oder die Vornahme der zu seiner Unterhaltung erforderlichen Arbeiten verhindert oder der Ausführung einer von dem Unterhaltungspflichtigen beabsichtigten Änderung des Verkehrsweges entgegensteht, so ist die Telekommunikationslinie, soweit erforderlich, abzuändern oder zu beseitigen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Soweit ein Verkehrsweg eingezogen wird, erlischt die Befugnis des Nutzungsberechtigten zu seiner Benutzung.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) In all diesen Fällen hat der Nutzungsberechtigte die gebotenen Maßnahmen an der Telekommunikationslinie auf seine Kosten zu bewirken.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	(4) Der Unterhaltspflichtige kann die Erfüllung der Pflichten durch den Nutzungsberechtigten und seine Rechte durch schriftlichen Verwaltungsakt geltend machen.
§ 130	§ 131
Schonung der Baumpflanzungen	Schonung der Baumpflanzungen
(1) Die Baumpflanzungen auf und an den Verkehrswegen sind nach Möglichkeit zu schonen, auf das Wachstum der Bäume ist Rücksicht zu nehmen. Ausästungen können nur insoweit verlangt werden, als sie zur Herstellung der Telekommunikationslinie oder zur Verhütung von Betriebsstörungen erforderlich sind; sie sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.	(1) Die Baumpflanzungen auf und an den Verkehrswegen und Wirtschaftswegen im Sinne des § 134 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sind nach Möglichkeit zu schonen, auf das Wachstum der Bäume ist Rücksicht zu nehmen. Ausästungen können nur insoweit verlangt werden, als sie zur Herstellung der Telekommunikationslinie oder zur Verhütung von Betriebsstörungen erforderlich sind; sie sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
(2) Der Nutzungsberechtigte hat dem Besitzer der Baumpflanzungen eine angemessene Frist zu setzen, innerhalb welcher er die Ausästungen selbst vornehmen kann. Sind die Ausästungen innerhalb der Frist nicht oder nicht genügend vorgenommen, so bewirkt der Nutzungsberechtigte die Ausästungen. Dazu ist er auch berechtigt, wenn es sich um die dringliche Verhütung oder Beseitigung einer Störung handelt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Der Nutzungsberechtigte ersetzt den an den Baumpflanzungen verursachten Schaden und die Kosten der auf sein Verlangen vorgenommenen Ausästungen.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 131	§ 132
Besondere Anlagen	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Telekommunikationslinien sind so auszuführen, dass sie vorhandene besondere Anlagen (der Wegeunterhaltung dienende Einrichtungen, Kanalisations-, Wasser-, Gasleitungen, Schienenbahnen, elektrische Anlagen und dergleichen) nicht störend beeinflussen. Die aus der Herstellung erforderlicher Schutzvorkehrungen erwachsenden Kosten hat der Nutzungsberechtigte zu tragen.	
(2) Die Verlegung oder Veränderung vorhandener besonderer Anlagen kann nur gegen Entschädigung und nur dann verlangt werden, wenn die Benutzung des Verkehrsweges für die Telekommunikationslinie sonst	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
unterbleiben müsste und die besondere Anlage anderweitig ihrem Zweck entsprechend untergebracht werden kann.	
(3) Auch bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 hat die Benutzung des Verkehrsweges für die Telekommunikationslinie zu unterbleiben, wenn der aus der Verlegung oder Veränderung der besonderen Anlage entstehende Schaden gegenüber den Kosten, welche dem Nutzungsberechtigten aus der Benutzung eines anderen ihm zur Verfügung stehenden Verkehrsweges erwachsen, unverhältnismäßig groß ist.	
(4) Die Absätze 1 bis 3 finden auf in der Vorbereitung befindliche besondere Anlagen, deren Herstellung im öffentlichen Interesse liegt, entsprechende Anwendung. Eine Entschädigung aufgrund des Absatzes 2 wird nur bis zu dem Betrag der Aufwendungen gewährt, die durch die Vorbereitung entstanden sind. Als in der Vorbereitung begriffen gelten Anlagen, sobald sie aufgrund eines im Einzelnen ausgearbeiteten Planes die Genehmigung des Auftraggebers und, soweit erforderlich, die Genehmigung der zuständigen Behörden und des Eigentümers oder des sonstigen zur Nutzung Berechtigten des in Anspruch genommenen Weges erhalten haben.	
§ 132	§ 133
Spätere besondere Anlagen	u n v e r ä n d e r t
(1) Spätere besondere Anlagen sind nach Möglichkeit so auszuführen, dass sie die vorhandenen Telekommunikationslinien nicht störend beeinflussen.	
(2) Der Inhaber oder Betreiber einer späteren besonderen Anlage kann vom Nutzungsberechtigten verlangen, dass eine Telekommunikationslinie auf dessen Kosten verlegt oder verändert wird, wenn	
1. ohne die Verlegung oder Veränderung die Errichtung der späteren besonderen Anlage unterbleiben müsste oder wesentlich erschwert würde,	
2. die Errichtung der späteren besonderen Anlage aus Gründen des öffentlichen Interesses, insbesondere aus volkswirtschaftlichen Gründen oder wegen Verkehrsrücksichten, von den Wegeunterhaltungspflichtigen oder unter ihrer überwiegenden Beteiligung vollständig oder überwiegend ausgeführt werden soll und	
3. die Kosten des Nutzungsberechtigten nicht unverhältnismäßig sind.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Liegen nur die Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 und 2 vor, so kann eine Verlegung oder Veränderung auch dann verlangt werden, wenn der Inhaber oder Betreiber der späteren besonderen Anlage die Kosten teilweise erstattet, so dass die vom Nutzungsberechtigten zu tragenden Kosten verhältnismäßig ausfallen.	
(3) Muss wegen einer späteren besonderen Anlage die schon vorhandene Telekommunikationslinie mit Schutzvorkehrungen versehen werden, so sind die dadurch entstehenden Kosten von dem Nutzungsberechtigten zu tragen.	
(4) Überlässt ein Wegeunterhaltungspflichtiger seinen Anteil einem nicht unterhaltungspflichtigen Dritten, so sind dem Nutzungsberechtigten die durch die Verlegung oder Veränderung oder durch die Herstellung der Schutzvorkehrungen erwachsenden Kosten, soweit sie auf dessen Anteil fallen, zu erstatten.	
(5) Die Unternehmer anderer als der in Absatz 2 bezeichneten besonderen Anlagen haben die aus der Verlegung oder Veränderung der vorhandenen Telekommunikationslinien oder aus der Herstellung der erforderlichen Schutzvorkehrungen erwachsenden Kosten zu tragen.	
(6) Auf spätere Änderungen vorhandener besonderer Anlagen finden die Absätze 1 bis 5 entsprechende Anwendung.	
§ 133	§ 134
Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden	Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden
(1) Der Eigentümer eines Grundstücks, das kein Verkehrsweg im Sinne des § 124 Absatz 1 Satz 2 ist, kann die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung von Telekommunikationslinien auf seinem Grundstück sowie den Anschluss der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude an Netze mit sehr hoher Kapazität insoweit nicht verbieten, als	(1) Der Eigentümer eines Grundstücks, das kein Verkehrsweg im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 2 ist, kann die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung von Telekommunikationslinien auf seinem Grundstück sowie den Anschluss der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude an Netze mit sehr hoher Kapazität insoweit nicht verbieten, als
1. auf dem Grundstück einschließlich der Gebäudeanschlüsse eine durch ein Recht gesicherte Leitung oder Anlage auch für die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung einer Telekommunikationslinie genutzt und hierdurch die Nutzbarkeit des Grundstücks nicht dauerhaft zusätzlich eingeschränkt wird,	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. das Grundstück einschließlich der Gebäude durch die Benutzung nicht unzumutbar beeinträchtigt wird,	2. u n v e r ä n d e r t
3. das Grundstück im öffentlichen Eigentum steht, wie ein Verkehrsweg genutzt wird, ohne als solcher gewidmet zu sein (Wirtschaftsweg), und der Benutzung keine wichtigen Gründe der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. das Grundstück im Eigentum eines Schienenwegbetreibers steht und die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs hierdurch nicht beeinträchtigt wird.	4. u n v e r ä n d e r t
Werden Gebäude, die sich nicht auf dem Grundstück des Eigentümers befinden, gleichwohl von dessen Grundstück oder Gebäude aus mitversorgt, so gilt Satz 1 entsprechend.	Werden Gebäude, die sich nicht auf dem Grundstück des Eigentümers befinden, gleichwohl von dessen Grundstück oder Gebäude aus mitversorgt, so gilt Satz 1 entsprechend.
(2) Der Eigentümer eines Grundstücks nach Absatz 1 kann dessen Überfahren nicht verbieten, wenn die Überfahrt zur Errichtung, zum Betrieb und zur Erneuerung von Telekommunikationslinien auf einem anderen Grundstück notwendig ist.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Hat der Grundstückseigentümer eine Einwirkung nach Absatz 1 oder Absatz 2 zu dulden, so kann er von dem Betreiber der Telekommunikationslinie oder dem Eigentümer des Leitungsnetzes einen angemessenen Ausgleich in Geld verlangen, wenn durch die Errichtung, die Erneuerung oder durch Wartungs-, Reparatur- oder vergleichbare, mit dem Betrieb der Telekommunikationslinie unmittelbar zusammenhängende Maßnahmen eine Benutzung seines Grundstücks oder dessen Ertrag über das zumutbare Maß hinaus beeinträchtigt wird. Für eine erweiterte Nutzung zu Zwecken der Telekommunikation kann darüber hinaus ein einmaliger Ausgleich in Geld verlangt werden, sofern bisher keine Leitungswege vorhanden waren, die zu Zwecken der Telekommunikation genutzt werden konnten. Der Anspruch nach Satz 2 besteht nicht, wenn die erweiterte Nutzung ausschließlich zum Anschluss von Gebäuden auf dem genutzten Grundstück erfolgt oder wenn das Grundstück im öffentlichen Eigentum steht. Wird das Grundstück oder sein Zubehör durch die Ausübung der aus dieser Vorschrift folgenden Rechte beschädigt, hat der Betreiber oder der Eigentümer des Leitungsnetzes auf seine Kosten den Schaden zu beseitigen. § 840 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist anzuwenden. Der Betreiber der Telekommunikationslinie oder der Eigentümer des Leitungsnetzes hat den Eigentümer des Grundstücks auf die Pflicht zur Duldung vor Einwirkung nach Absatz 1 oder Absatz 2 hinzuweisen.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) Soweit die Durchführung von nach Absatz 1 zu dulddenden Maßnahmen nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich ist, können bestehende passive Netzinfrastrukturen Dritter unter den Voraussetzungen der §§ 137, 138 und 140 mitgenutzt werden.	(4) Soweit die Durchführung von nach Absatz 1 zu dulddenden Maßnahmen nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich ist, können bestehende passive Netzinfrastrukturen Dritter unter den Voraussetzungen der §§ 138, 139 und 141 mitgenutzt werden.
(5) Beeinträchtigt die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 124 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung von Grundstücken anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. § 127 Absatz 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.	(5) Beeinträchtigt die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 125 für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung von Grundstücken anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. § 128 Absatz 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.
§ 134	§ 135
Verjährung der Ansprüche	Verjährung der Ansprüche
Die Verjährung der auf den §§ 127 bis 133 beruhenden Ansprüche richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.	Die Verjährung der auf den §§ 128 bis 134 beruhenden Ansprüche richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.
Abschnitt 2	Abschnitt 2
Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze	Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze
§ 135	§ 136
Informationen über passive Netzinfrastrukturen	Informationen über passive Netzinfrastrukturen
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze für Zwecke des Ausbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität die Erteilung von Informationen über die passive Netzinfrastruktur ihrer öffentlichen Versorgungsnetze beantragen. Im Antrag ist das Gebiet anzugeben, das mit Netzen mit sehr hoher Kapazität erschlossen werden soll.	(1) unverändert
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze erteilen Antragstellern nach Absatz 1 innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag des Antrags- eingangs die beantragten Informationen. Die Erteilung	(2) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
erfolgt unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen.	
(3) Die Informationen über passive Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze nach Absatz 2 müssen mindestens folgende Angaben enthalten:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. die geografische Lage des Standortes und der Leitungswege der passiven Netzinfrastrukturen,	
2. die Art und gegenwärtige Nutzung der passiven Netzinfrastrukturen und	
3. die Kontaktdaten eines oder mehrerer Ansprechpartner beim Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes.	
(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass	(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass
1. eine Erteilung der Informationen die Sicherheit oder Integrität der Versorgungsnetze, die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet,	1. u n v e r ä n d e r t
2. durch die Erteilung der Informationen die Vertraulichkeit gemäß § 147 verletzt wird,	2. durch die Erteilung der Informationen die Vertraulichkeit gemäß § 148 verletzt wird,
3. von dem Antrag Teile einer Kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes bei Erteilung der Informationen unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen, oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. ein Ablehnungsgrund für eine Mitnutzung nach § 140 Absatz 2 vorliegt.	4. ein Ablehnungsgrund für eine Mitnutzung nach § 141 Absatz 2 vorliegt.
(5) Werden nach Absatz 1 beantragte Informationen bereits von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 77 Absatz 1 Nummer 1 bereitgestellt, genügt anstelle einer Erteilung der Informationen durch den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes ein Hinweis an den Antragsteller, dass die Informationen nach Absatz 6 einsehbar sind. Der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes kann der zentralen Informationsstelle des Bundes die Informationen über die passiven Netzinfrastrukturen seines Versorgungsnetzes zur Bereitstellung gemäß § 77 Absatz 1 Nummer 1 im Rahmen der hierfür von der zentralen Informationsstelle des Bundes vorgegebenen Bedingungen zur Verfügung stellen.	(5) Werden nach Absatz 1 beantragte Informationen bereits von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 bereitgestellt, genügt anstelle einer Erteilung der Informationen durch den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes ein Hinweis an den Antragsteller, dass die Informationen nach Absatz 6 einsehbar sind. Der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes kann der zentralen Informationsstelle des Bundes die Informationen über die passiven Netzinfrastrukturen seines Versorgungsnetzes zur Bereitstellung gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 im Rahmen der hierfür von der zentralen Informationsstelle des

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Bundes vorgegebenen Bedingungen zur Verfügung stellen.
(6) Die zentrale Informationsstelle des Bundes macht die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen unverzüglich zugänglich:	(6) u n v e r ä n d e r t
1. den Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze,	
2. dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie	
3. den Gebietskörperschaften der Länder und der Kommunen.	
Die Zugänglichmachung erfolgt elektronisch unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen. Näheres regelt die zentrale Informationsstelle des Bundes in Einsichtnahmebedingungen, die insbesondere der Sensitivität der erfassten Daten und dem zu erwartenden Verwaltungsaufwand Rechnung zu tragen haben.	
(7) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen auch für die Bereitstellung einer gebietsbezogenen Übersicht gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 verwenden.	(7) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen auch für die Bereitstellung einer gebietsbezogenen Übersicht gemäß § 79 Absatz 1 Nummer 1 verwenden.
§ 136	§ 137
Vor-Ort-Untersuchung passiver Netzinfrastrukturen	Vor-Ort-Untersuchung passiver Netzinfrastrukturen
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei den Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze eine Vor-Ort-Untersuchung der passiven Netzinfrastrukturen beantragen. Aus dem Antrag muss hervorgehen, welche Netzkomponenten von dem Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität betroffen sind.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze müssen zumutbaren Anträgen nach Absatz 1 innerhalb eines Monats ab dem Tag des Antrags- eingangs entsprechen. Ein Antrag ist insbesondere dann zumutbar, wenn die Untersuchung für eine gemeinsame Nutzung passiver Netzinfrastrukturen oder die Koordination von Bauarbeiten erforderlich ist.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass	(3) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass
1. eine Vor-Ort-Untersuchung die Sicherheit oder Integrität der öffentlichen Versorgungsnetze oder	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet,	
2. durch die Vor-Ort-Untersuchung die Vertraulichkeit gemäß § 147 verletzt wird,	2. durch die Vor-Ort-Untersuchung die Vertraulichkeit gemäß § 148 verletzt wird,
3. von dem Antrag Teile einer Kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes zur Durchführung der Vor-Ort-Untersuchung unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen, oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. ein Versagungsgrund für eine Mitnutzung nach § 140 Absatz 2 oder für eine Koordinierung von Bauarbeiten nach § 142 Absatz 4 vorliegt oder die Koordinierung von Bauarbeiten unzumutbar ist.	4. ein Versagungsgrund für eine Mitnutzung nach § 141 Absatz 2 oder für eine Koordinierung von Bauarbeiten nach § 143 Absatz 4 vorliegt oder die Koordinierung von Bauarbeiten unzumutbar ist.
(4) Die Gewährung hat unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen zu erfolgen. Dabei sind die jeweiligen besonderen Sicherheitserfordernisse des öffentlichen Versorgungsnetzes zu beachten.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die für die Vor-Ort-Untersuchung erforderlichen und angemessenen Kosten trägt der Antragsteller. Dazu zählen insbesondere die Kosten der Vorbereitung, der Absicherung und der Durchführung der Vor-Ort-Untersuchung.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 137	§ 138
Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze	u n v e r ä n d e r t
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei den Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze die Mitnutzung der passiven Netzinfrastrukturen der öffentlichen Versorgungsnetze für den Einbau von Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität beantragen. Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:	
1. eine detaillierte Beschreibung des Projekts und der Komponenten des öffentlichen Versorgungsnetzes, für die die Mitnutzung beantragt wird,	
2. einen genauen Zeitplan für die Umsetzung der beantragten Mitnutzung und	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. die Angabe des Gebiets, das mit Netzen mit sehr hoher Kapazität erschlossen werden soll.	
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze müssen Antragstellern nach Absatz 1 innerhalb von zwei Monaten nach Antragseingang ein Angebot über die Mitnutzung ihrer passiven Netzinfrastrukturen für den Einbau von Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität unterbreiten. Das Angebot über die Mitnutzung hat insbesondere Folgendes zu enthalten:	
1. faire und angemessene Bedingungen für die Mitnutzung, insbesondere in Bezug auf den Preis für die Bereitstellung und Nutzung des Versorgungsnetzes sowie in Bezug auf die zu leistenden Sicherheiten und Vertragsstrafen,	
2. die operative und organisatorische Umsetzung der Mitnutzung; die Umsetzung umfasst die Art und Weise des Einbaus der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität, die Dokumentationspflichten und den Zeitpunkt oder den Zeitraum der Bauarbeiten,	
3. die Verantwortlichkeiten einschließlich der Möglichkeit, Dritte zu beauftragen.	
Das Angebot kann besondere Vereinbarungen zur Haftung beim Einbau der Netzkomponenten und zu Instandhaltungen, Änderungen, Erweiterungen, Verlegungen und Störungen enthalten.	
(3) Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Gesundheit sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt.	
(4) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze haben Verträge über Mitnutzungen innerhalb von zwei Monaten nach deren Abschluss der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben.	
(5) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze können Standardangebote für Mitnutzungen über die zentrale Informationsstelle des Bundes veröffentlichen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 138	§ 139
Umfang des Mitnutzungsanspruchs bei Elektrizitätsversorgungsnetzen	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Mitnutzung eines Elektrizitätsversorgungsnetzes umfasst auch Dachständer, Giebelanschlüsse und die Hauseinführung.	
(2) Soweit es für den Betrieb des öffentlichen Telekommunikationsnetzes notwendig ist, muss der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes entgeltlich einen Anschluss zum Bezug des Betriebsstroms für die eingebauten Komponenten des Netzes mit sehr hoher Kapazität zur Verfügung stellen.	
§ 139	§ 140
Einnahmen aus Mitnutzungen	Einnahmen aus Mitnutzungen
Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze können Einnahmen aus Mitnutzungen, die über die Kosten im Sinne des § 148 Absatz 2 Satz 3 hinausgehen und sich für den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes durch die Ermöglichung der Mitnutzung seiner passiven Netzinfrastrukturen ergeben, von der Berechnungsgrundlage für Endnutzertarife ihrer Haupttätigkeit ausnehmen.	Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze können Einnahmen aus Mitnutzungen, die über die Kosten im Sinne des § 149 Absatz 2 Satz 3 hinausgehen und sich für den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes durch die Ermöglichung der Mitnutzung seiner passiven Netzinfrastrukturen ergeben, von der Berechnungsgrundlage für Endnutzertarife ihrer Haupttätigkeit ausnehmen.
§ 140	§ 141
Ablehnung der Mitnutzung, Versagungsgründe	Ablehnung der Mitnutzung, Versagungsgründe
(1) Gibt der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes kein Angebot über die Mitnutzung ab, so hat er innerhalb der in § 137 Absatz 2 Satz 1 genannten Frist dem Antragsteller nachzuweisen, dass einer Mitnutzung objektive, transparente und verhältnismäßige Gründe entgegenstehen.	(1) Gibt der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes kein Angebot über die Mitnutzung ab, so hat er innerhalb der in § 138 Absatz 2 Satz 1 genannten Frist dem Antragsteller nachzuweisen, dass einer Mitnutzung objektive, transparente und verhältnismäßige Gründe entgegenstehen.
(2) Der Antrag auf Mitnutzung darf nur abgelehnt werden, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die fehlende technische Eignung der passiven Netzinfrastrukturen für die beabsichtigte Unterbringung der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität,	
2. der zum Zeitpunkt des Antragseingangs fehlende oder der zukünftig fehlende Platz für die beabsichtigte Unterbringung der Komponenten von Netzen	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
mit sehr hoher Kapazität im öffentlichen Versorgungsnetz; den zukünftig fehlenden Platz hat der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes anhand der Investitionsplanung für die nächsten fünf Jahre ab Antragstellung konkret darzulegen,	
3. konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die beantragte Mitnutzung die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet, wobei von konkreten Anhaltspunkten für die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auszugehen ist, soweit Teile öffentlicher Versorgungsnetze betroffen sind, die durch den Bund zur Verwirklichung einer sicheren Behördenkommunikation genutzt werden,	
4. konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die beantragte Mitnutzung die Integrität oder Sicherheit bereits bestehender öffentlicher Versorgungsnetze, insbesondere nationaler Kritischer Infrastrukturen, gefährdet; bei Kritischen Infrastrukturen liegen konkrete Anhaltspunkte für eine solche Gefährdung vor, soweit von dem Antrag Teile einer Kritischen Infrastruktur, insbesondere die Informationstechnik Kritischer Infrastrukturen, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber die Mitnutzung im Rahmen der ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten nicht durch verhältnismäßige Maßnahmen ermöglichen kann,	
5. Anhaltspunkte für eine zu erwartende erhebliche Störung des Versorgungsdienstes durch die geplanten Telekommunikationsdienste,	
6. die Verfügbarkeit tragfähiger Alternativen zur beantragten Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen, soweit der Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes diese Alternativen anbietet, sie sich für die Bereitstellung von Netzen mit sehr hoher Kapazität eignen und die Mitnutzung zu fairen und angemessenen Bedingungen gewährt wird; als Alternativen können geeignete Vorleistungsprodukte für Telekommunikationsdienste, der Zugang zu bestehenden Telekommunikationsnetzen oder die Mitnutzung anderer als der beantragten passiven Netzinfrastrukturen angeboten werden,	
7. der Überbau von bestehenden Glasfasernetzen, die einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zur Verfügung stellen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 141	§ 142
Informationen über Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen	Informationen über Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei den Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze die Erteilung von Informationen über geplante oder laufende Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen beantragen, um eine Koordinierung dieser Bauarbeiten mit Bauarbeiten zum Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität zu prüfen. Der Antrag muss erkennen lassen, in welchem Gebiet der Einbau von Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität vorgesehen ist.	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze erteilen Antragstellern nach Absatz 1 innerhalb von zwei Wochen ab dem Tag des Antragseingangs die beantragten Informationen. Die Erteilung erfolgt unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen.	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(3) Die Informationen müssen folgende Angaben zu laufenden und geplanten Bauarbeiten an passiven Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze enthalten, für die bereits eine Genehmigung erteilt wurde oder ein Genehmigungsverfahren anhängig ist:	(3) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. die geografische Lage des Standortes und die Art der Bauarbeiten,	
2. die betroffenen Netzkomponenten,	
3. den geschätzten Beginn und die geplante Dauer der Bauarbeiten und	
4. Kontaktdaten eines oder mehrerer Ansprechpartner des Eigentümers oder Betreibers des öffentlichen Versorgungsnetzes.	
Ist innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Antrags auf Erteilung der Informationen ein Antrag auf Genehmigung der Bauarbeiten vorgesehen, so müssen auch zu diesen Bauarbeiten die Informationen nach den Absätzen 2 und 3 erteilt werden.	
(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass	(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass
1. die Sicherheit oder Integrität der Versorgungsnetze oder die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit durch Erteilung der Informationen gefährdet wird,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. durch die Erteilung die Vertraulichkeit gemäß § 147 verletzt wird,	2. durch die Erteilung die Vertraulichkeit gemäß § 148 verletzt wird,
3. Bauarbeiten betroffen sind, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen nicht überschreitet,	3. u n v e r ä n d e r t
4. von dem Antrag Teile einer Kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes bei Erteilung der Informationen unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen,	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Koordinierung von Bauarbeiten unzumutbar ist oder	5. u n v e r ä n d e r t
6. ein Versagungsgrund für eine Koordinierung von Bauarbeiten nach § 142 Absatz 4 vorliegt.	6. ein Versagungsgrund für eine Koordinierung von Bauarbeiten nach § 143 Absatz 4 vorliegt.
(5) Anstelle einer Erteilung der Informationen genügt ein Verweis auf eine bereits erfolgte Veröffentlichung, wenn	(5) Anstelle einer Erteilung der Informationen genügt ein Verweis auf eine bereits erfolgte Veröffentlichung, wenn
1. der Bauherr die beantragten Informationen bereits selbst elektronisch öffentlich zugänglich gemacht hat oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. der Zugang zu diesen Informationen bereits über die zentrale Informationsstelle des Bundes nach § 77 Absatz 1 Nummer 4 gewährleistet ist.	2. der Zugang zu diesen Informationen bereits über die zentrale Informationsstelle des Bundes nach § 78 Absatz 1 Nummer 4 gewährleistet ist.
(6) Innerhalb der in Absatz 2 genannten Frist sind die Informationen auch der zentralen Informationsstelle des Bundes zu übermitteln. Sie macht diese Informationen anderen Interessenten, die ein berechtigtes Interesse an der Einsichtnahme haben, in geeigneter Form zugänglich. Näheres regeln die Einsichtnahmebedingungen der zentralen Informationsstelle des Bundes.	(6) u n v e r ä n d e r t
§ 142	§ 143
Koordinierung von Bauarbeiten	Koordinierung von Bauarbeiten
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze können mit Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze im Hinblick auf den Ausbau der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität Vereinbarungen über die Koordinierung von Bauarbeiten schließen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei den Eigentümern	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze die Koordinierung von Bauarbeiten beantragen. Im Antrag sind Art und Umfang der zu koordinierenden Bauarbeiten und die zu errichtenden Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität zu benennen.	
(3) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze, die ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bauarbeiten direkt oder indirekt ausführen, haben zumutbaren Anträgen nach Absatz 2 zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen stattzugeben. Den Anträgen ist insbesondere zu entsprechen, sofern	(3) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze, die ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bauarbeiten direkt oder indirekt ausführen, haben zumutbaren Anträgen nach Absatz 2 zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen stattzugeben. Den Anträgen ist insbesondere zu entsprechen, sofern
1. dadurch keine zusätzlichen Kosten für die ursprünglich geplanten Bauarbeiten verursacht werden, wobei eine geringfügige zeitliche Verzögerung der Planung und geringfügige Mehraufwendungen für die Bearbeitung des Koordinierungsantrags nicht als zusätzliche Kosten der ursprünglich geplanten Bauarbeiten gelten,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Kontrolle über die Koordinierung der Arbeiten nicht behindert wird,	2. u n v e r ä n d e r t
3. der Koordinierungsantrag so früh wie möglich, spätestens aber einen Monat vor Einreichung des endgültigen Projektantrags bei der zuständigen Genehmigungsbehörde gestellt wird und Bauarbeiten betrifft, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet und	3. u n v e r ä n d e r t
4. der Hauptzweck der ganz oder überwiegend öffentlich finanzierten Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird.	4. der Hauptzweck der ganz oder überwiegend öffentlich finanzierten Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Der Hauptzweck wird insbesondere dann nicht beeinträchtigt, wenn hierbei ein geplantes oder im Bau befindliches Glasfasernetz, das einen offenen und diskriminierungsfreien Netzzugang gewährt, nur geringfügig überbaut würde.
(4) Der Antrag nach Absatz 2 ist ganz oder teilweise insbesondere abzulehnen, sofern	(4) u n v e r ä n d e r t
1. von dem Antrag Teile einer Kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur maßgeblich sind,	
2. der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes zur Koordinierung der Bauarbeiten unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen, oder	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. durch die zu koordinierenden Bauarbeiten ein geplantes öffentlich gefördertes Glasfasernetz, das einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zur Verfügung stellt, überbaut würde.	
(5) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze haben Koordinierungsvereinbarungen innerhalb von zwei Monaten nach deren Abschluss der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht Grundsätze dafür, wie die Kosten, die mit der Koordinierung von Bauarbeiten verbunden sind, auf den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Telekommunikationsnetzes umgelegt werden sollen. Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen der Streitbeilegung nach § 148 an die veröffentlichten Grundsätze gebunden.	(6) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht Grundsätze dafür, wie die Kosten, die mit der Koordinierung von Bauarbeiten verbunden sind, auf den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Telekommunikationsnetzes umgelegt werden sollen. Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen der Streitbeilegung nach § 149 an die veröffentlichten Grundsätze gebunden.
§ 143	§ 144
Allgemeine Informationen über Verfahrensbedingungen bei Bauarbeiten	u n v e r ä n d e r t
Die zentrale Informationsstelle des Bundes macht die relevanten Informationen zugänglich, welche die allgemeinen Bedingungen und Verfahren für die Erteilung von Genehmigungen für Bauarbeiten betreffen, die zum Zweck des Aufbaus der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität notwendig sind. Diese Informationen schließen Angaben über Ausnahmen von Genehmigungspflichten ein.	
§ 144	§ 145
Netzinfrastruktur von Gebäuden	Netzinfrastruktur von Gebäuden
(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze dürfen ihr öffentliches Telekommunikationsnetz in den Räumen des Endnutzers abschließen. Der Abschluss ist nur statthaft, wenn der Endnutzer zustimmt und Eingriffe in Eigentumsrechte Dritter so geringfügig wie möglich erfolgen. Die Verlegung neuer Netzinfrastruktur ist nur statthaft, soweit keine Nutzung bestehender Netzinfrastruktur nach den Absätzen 2 und 3 möglich ist, mit der der Betreiber seinen Telekommunikationsdienst ohne spürbare Qualitätseinbußen bis zum Endnutzer bereitstellen kann. Soweit dies zum Netzabschluss erforderlich ist, ist der Gebäudeeigentümer dazu verpflichtet, dem Telekommunikationsnetzbetreiber auf Antrag den Anschluss aktiver Netzbestandteile an das Stromnetz zu ermöglichen. Die durch	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
den Anschluss aktiver Netzbestandteile an das Stromnetz entstehenden Kosten hat der Telekommunikationsnetzbetreiber zu tragen.	
(2) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können, um ihr Netz in den Räumlichkeiten des Endnutzers abzuschließen, bei den Eigentümern oder Betreibern von gebäudeinternen Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder den Eigentümern von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden am Standort des Endnutzers die Mitnutzung der gebäudeinternen Netzinfrastruktur beantragen. Liegt der erste Konzentrations- oder Verteilerpunkt eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes außerhalb des Gebäudes, so gilt Absatz 1 ab diesem Punkt entsprechend.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Wer über Netzinfrastrukturen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes verfügt, hat allen zumutbaren Mitnutzungsanträgen nach Absatz 2 zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen, einschließlich der Mitnutzungsentgelte, stattzugeben, wenn eine Dopplung der Netzinfrastrukturen technisch unmöglich oder wirtschaftlich ineffizient ist.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Neu errichtete Gebäude, die über Anschlüsse für Endnutzer von Telekommunikationsdiensten verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit geeigneten passiven Netzinfrastrukturen für Netze mit sehr hoher Kapazität sowie einem Zugangspunkt zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Gebäude, die umfangreich renoviert werden und über Anschlüsse für Endnutzer von Telekommunikationsdiensten verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit passiven Netzinfrastrukturen für Netze mit sehr hoher Kapazität sowie einem Zugangspunkt zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Einfamilienhäuser, Baudenkmäler, Ferienhäuser, Militärgebäude und Gebäude, die für Zwecke der nationalen Sicherheit genutzt werden, fallen nicht unter die Absätze 4 und 5.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die zuständigen Behörden haben darüber zu wachen, dass die nach den Absätzen 4 bis 6 festgesetzten Anforderungen erfüllt werden. Soweit von der Verordnungsermächtigung des § 150 Absatz 4 Gebrauch gemacht wurde, berücksichtigen sie dabei die in der Rechtsverordnung festgesetzten Ausnahmen.	(7) Die zuständigen Behörden haben darüber zu wachen, dass die nach den Absätzen 4 bis 6 festgesetzten Anforderungen erfüllt werden. Soweit von der Verordnungsermächtigung des § 151 Absatz 4 Gebrauch gemacht wurde, berücksichtigen sie dabei die in der Rechtsverordnung festgesetzten Ausnahmen.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	(8) Die Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung, soweit zur mitzunutzenden gebäudeinternen Infrastruktur ein Zugang gemäß § 72 Absatz 6 gewährt wird.
§ 145	§ 146
Mitverlegung, Sicherstellung und Betrieb der Infrastruktur für Netze mit sehr hoher Kapazität	Mitverlegung, Sicherstellung und Betrieb der Infrastruktur für Netze mit sehr hoher Kapazität
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze können im Rahmen von Bauarbeiten passive Netzinfrastrukturen für ein Netz mit sehr hoher Kapazität mitverlegen, um eine Mitnutzung im Sinne dieses Abschnitts oder den Betrieb eines Netzes mit sehr hoher Kapazität zu ermöglichen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Im Rahmen von ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bauarbeiten für die Bereitstellung von Verkehrsdiensten, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet, ist sicherzustellen, dass geeignete passive Netzinfrastrukturen für ein Netz mit sehr hoher Kapazität bedarfsgerecht mitverlegt werden, um den Betrieb eines Netzes mit sehr hoher Kapazität durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze zu ermöglichen. Im Rahmen der Erschließung von Neubaugebieten ist stets sicherzustellen, dass geeignete passive Netzinfrastrukturen für ein Netz mit sehr hoher Kapazität mitverlegt werden.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben dem nach Absatz 2 Verpflichteten auf Anfrage innerhalb von zwei Monaten Auskunft über die wesentlichen Bedingungen eines Betriebs einer nach Absatz 2 zu verlegenden oder bereits verlegten Infrastruktur zu geben. Dazu gehören insbesondere die Modalitäten eines Anschlusses der Infrastruktur an das eigene öffentliche <i>Telekommunikationsetz</i> einschließlich der relevanten Übergabepunkte.	(3) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben dem nach Absatz 2 Verpflichteten auf Anfrage innerhalb von zwei Monaten Auskunft über die wesentlichen Bedingungen eines Betriebs einer nach Absatz 2 zu verlegenden oder bereits verlegten Infrastruktur zu geben. Dazu gehören insbesondere die Modalitäten eines Anschlusses der Infrastruktur an das eigene öffentliche Telekommunikationsnetz einschließlich der relevanten Übergabepunkte.
§ 146	§ 147
Antragsform und Reihenfolge der Verfahren	Antragsform und Reihenfolge der Verfahren
(1) Anträge der Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze nach den §§ 78, 81, 135 bis 137, 141, 142, 144, 152 und 153 können schriftlich oder elektronisch gestellt werden.	(1) Anträge der Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze nach den §§ 79, 82, 136 bis 138, 142, 143, 145, 153 und 154 können schriftlich oder elektronisch gestellt werden.
(2) Über vollständige Anträge hat der Verpflichtete in der Reihenfolge zu entscheiden, in der die Anträge bei ihm eingehen. Ein vollständiger Antrag liegt	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
vor, wenn der Antragsteller alle entscheidungsrelevanten Informationen dargelegt hat.	
§ 147	§ 148
Vertraulichkeit der Verfahren, Informationsverarbeitung und Gewährung der Einsichtnahme	Vertraulichkeit der Verfahren, Informationsverarbeitung und Gewährung der Einsichtnahme
(1) Die Informationen, die im Rahmen der Verfahren dieses Abschnitts gewonnen werden, dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie bereitgestellt werden. Die Informationen dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden, insbesondere nicht an andere Abteilungen, Tochtergesellschaften oder Geschäftspartner der an den Verhandlungen Beteiligten. Die Verfahrensbeteiligten haben die aus den Verhandlungen oder Vereinbarungen gewonnenen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann die Informationen, die es für die Aufgabenerfüllung nach § 77 Absatz 1 Nummer 1 und 5 erhalten hat, verarbeiten und auf Antrag den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten Einsicht in die verarbeiteten Informationen gewähren. Für die Verwendung der nach Satz 1 gewonnenen Informationen gilt Absatz 1 entsprechend.	(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann die Informationen, die es für die Aufgabenerfüllung nach § 78 Absatz 1 Nummer 1 und 5 erhalten hat, verarbeiten und auf Antrag den am Ausbau von öffentlichen Versorgungsnetzen Beteiligten Einsicht in die verarbeiteten Informationen gewähren. Für die Verwendung der nach Satz 1 gewonnenen Informationen gilt Absatz 1 entsprechend.
§ 148	§ 149
Regulierungsziele, Entgeltmaßstäbe und Fristen der nationalen Streitbeilegung	Regulierungsziele, Entgeltmaßstäbe und Fristen der nationalen Streitbeilegung
(1) Die Bundesnetzagentur kann als nationale Streitbeilegungsstelle nach § 210 in Verbindung mit § 213 in den folgenden Fällen angerufen und eine verbindliche Entscheidung beantragt werden:	(1) Die Bundesnetzagentur kann als nationale Streitbeilegungsstelle nach § 211 in Verbindung mit § 214 in den folgenden Fällen angerufen und eine verbindliche Entscheidung beantragt werden:
1. Der Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Versorgungsnetzes oder sonstiger physischer Infrastruktur, die für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite geeignet ist, gibt innerhalb der in § 137 Absatz 2 und § 153 Absatz 2 genannten Frist kein Angebot zur Mitnutzung ab oder es kommt keine Einigung über die Bedingungen der Mitnutzung zustande,	1. Der Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Versorgungsnetzes oder sonstiger physischer Infrastruktur, die für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite geeignet ist, gibt innerhalb der in § 138 Absatz 2 und § 154 Absatz 2 genannten Frist kein Angebot zur Mitnutzung ab oder es kommt keine Einigung über die Bedingungen der Mitnutzung zustande,
2. Rechte, Pflichten oder Versagungsgründe, die in den §§ 135, 136, 141 und 152 festgelegt sind, sind streitig,	2. Rechte, Pflichten oder Versagungsgründe, die in den §§ 136, 137, 142 und 153 festgelegt sind, sind streitig,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. in den Fällen des § 142 Absatz 2 und 3 kommt innerhalb eines Monats ab dem Tag des Eingangs des Antrags bei dem Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes keine Vereinbarung über die Koordinierung der Bauarbeiten zustande,	3. in den Fällen des § 143 Absatz 2 und 3 kommt innerhalb eines Monats ab dem Tag des Eingangs des Antrags bei dem Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes keine Vereinbarung über die Koordinierung der Bauarbeiten zustande,
4. innerhalb von zwei Monaten ab Eingang des Antrags kommt keine Vereinbarung über die Mitnutzung nach § 144 Absatz 2 und 3 zustande <i>oder</i>	4. innerhalb von zwei Monaten ab Eingang des Antrags kommt keine Vereinbarung über die Mitnutzung nach § 145 Absatz 2 und 3 zustande,
5. innerhalb von zwei Monaten ab Eingang des Antrags beim Betreiber des öffentlichen Telekommunikationsnetzes kommt keine Vereinbarung über den Netzzugang nach § 154 Absatz 1 zustande.	5. innerhalb von zwei Monaten ab Eingang des Antrags beim Betreiber des öffentlichen Telekommunikationsnetzes kommt keine Vereinbarung über den Netzzugang nach § 155 Absatz 1 zustande oder
	6. innerhalb von einem Monat ab Eingang des Antrags beim Betreiber einer nach § 72 Absatz 1 Nummer 1 und 2 errichteten Netzinfrastruktur kommt keine Vereinbarung über den Netzzugang nach § 72 Absatz 6 zustande.
(2) In dem Verfahren nach Absatz 1 Nummer 1 entscheidet die Bundesnetzagentur über die Rechte, Pflichten oder Versagungsgründe aus den §§ 137, 138, 140 und 153. Setzt sie ein Mitnutzungsentgelt fest, ist dieses fair und angemessen zu bestimmen. Grundlage für die Höhe des Mitnutzungsentgelts sind die zusätzlichen Kosten, die sich für den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes oder der sonstigen physischen Infrastruktur durch die Ermöglichung der Mitnutzung seiner passiven Netzinfrastrukturen oder seiner sonstigen physischen Infrastruktur ergeben. Darüber hinaus gewährt sie einen angemessenen Aufschlag als Anreiz für Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastruktur zur Gewährung der Mitnutzung.	(2) In dem Verfahren nach Absatz 1 Nummer 1 entscheidet die Bundesnetzagentur über die Rechte, Pflichten oder Versagungsgründe aus den §§ 138, 139, 141 und 154 . Setzt sie ein Mitnutzungsentgelt fest, ist dieses fair und angemessen zu bestimmen. Grundlage für die Höhe des Mitnutzungsentgelts sind die zusätzlichen Kosten, die sich für den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes oder der sonstigen physischen Infrastruktur durch die Ermöglichung der Mitnutzung seiner passiven Netzinfrastrukturen oder seiner sonstigen physischen Infrastruktur ergeben. Darüber hinaus gewährt sie einen angemessenen Aufschlag als Anreiz für Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastruktur zur Gewährung der Mitnutzung.
(3) Betrifft die Streitigkeit nach Absatz 1 Nummer 1 die Mitnutzung eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, so berücksichtigt die Bundesnetzagentur neben Absatz 2 auch die in § 2 Absatz 2 genannten Regulierungsziele. Dabei stellt die Bundesnetzagentur sicher, dass Eigentümer und Betreiber des mitzunutzen- den öffentlichen Telekommunikationsnetzes die Möglichkeit haben, ihre Kosten zu decken; sie berücksichtigt hierfür über die zusätzlichen Kosten gemäß Absatz 2 hinaus auch die Folgen der beantragten Mitnutzung auf deren Geschäftsplan einschließlich der Investitionen in das mitgenutzte öffentliche Telekommunikationsnetz und deren angemessene Verzinsung.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(4) In den Verfahren nach Absatz 1 Nummer 3 und 5 legt die Bundesnetzagentur in ihrer Entscheidung faire und diskriminierungsfreie Bedingungen einschließlich der Entgelte der Koordinierungsvereinbarung oder des jeweils beantragten Netzzugangs fest.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) In dem Verfahren nach Absatz 1 Nummer 4 richtet sich die Bestimmung der Höhe des Mitnutzungsentgelts für Eigentümer oder Betreiber von gebäudeinternen Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden nach den Maßstäben des Absatzes 2, ohne dass ein Aufschlag gewährt wird. Für ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtete gebäudeinterne Komponenten eines Netzes mit sehr hoher Kapazität oder <i>zu einem solchen Netz</i> aufgerüstete gebäudeinterne Netzinfrastrukturen richtet sich für den die Mitnutzung beantragenden Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes die Bestimmung des Mitnutzungsentgelts nach den Maßstäben des Absatzes 3. Soweit der die Mitnutzung begehrende Telekommunikationsnetzbetreiber Investitionen zur Herstellung dieser Infrastruktur getätigt hat, kann er die Mitnutzung entgeltfrei beanspruchen, es sei denn, dass die Mitnutzung aufgrund besonderer technischer oder baulicher Gegebenheiten einen außergewöhnlichen Aufwand verursacht. Der Maßstab nach Satz 3 gilt nur für solche Investitionen, die erstmalig ab Inkrafttreten dieses Gesetzes getätigt werden.	(5) In dem Verfahren nach Absatz 1 Nummer 4 richtet sich die Bestimmung der Höhe des Mitnutzungsentgelts für Eigentümer oder Betreiber von gebäudeinternen Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden nach den Maßstäben des Absatzes 2, ohne dass ein Aufschlag gewährt wird. Für ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtete gebäudeinterne Komponenten eines Netzes mit sehr hoher Kapazität oder aufgerüstete gebäudeinterne Netzinfrastrukturen, die vollständig aus Glasfaserkomponenten bestehen , richtet sich für den die Mitnutzung beantragenden Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes die Bestimmung des Mitnutzungsentgelts nach den Maßstäben des Absatzes 3, soweit die mitzunutzende gebäudeinterne Netzinfrastruktur auf Kosten eines Eigentümers oder Betreibers eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der kein mit dem am Gebäude Verfügungsberechtigten verbundenes Unternehmen im Sinne des § 3 Nummer 69 ist, errichtet wurde . Soweit der die Mitnutzung begehrende Telekommunikationsnetzbetreiber Investitionen zur Herstellung dieser Infrastruktur getätigt hat, kann er die Mitnutzung entgeltfrei beanspruchen, es sei denn, dass die Mitnutzung aufgrund besonderer technischer oder baulicher Gegebenheiten einen außergewöhnlichen Aufwand verursacht. Der Maßstab nach Satz 3 gilt nur für solche Investitionen, die erstmalig ab Inkrafttreten dieses Gesetzes getätigt werden.
(6) Soweit eine Replizierung der Netzinfrastruktur technisch unmöglich oder wirtschaftlich ineffizient ist, kann die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle über die Entscheidung nach Absatz 5 über die Mitnutzung nach § 144 Absatz 2 und 3 hinaus Eigentümer oder Betreiber von gebäudeinternen Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden dazu verpflichten, anderen Unternehmen Zugang zur gebäudeinternen Netzinfrastruktur oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt des öffentlichen Telekommunikationsnetzes außerhalb des Gebäudes zu gewähren. Die auferlegten Maßnahmen können insbesondere konkrete Bestimmungen zur Zugangsgewährung, Transparenz und Diskriminierungsfreiheit sowie zu den Zugangsentgelten	(6) Soweit eine Replizierung der Netzinfrastruktur technisch unmöglich oder wirtschaftlich ineffizient ist, kann die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle über die Entscheidung nach Absatz 5 über die Mitnutzung nach § 145 Absatz 2 und 3 hinaus Eigentümer oder Betreiber von gebäudeinternen Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden dazu verpflichten, anderen Unternehmen Zugang zur gebäudeinternen Netzinfrastruktur oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt des öffentlichen Telekommunikationsnetzes außerhalb des Gebäudes zu gewähren. Die auferlegten Maßnahmen können insbesondere konkrete Bestimmungen zur Zugangsgewährung, Trans-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
enthalten. Die Maßnahmen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und diskriminierungsfrei sein. Das Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 und das Verfahren zum Erlass vorläufiger Maßnahmen nach § 12 Absatz 7 gelten entsprechend. Das Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2, 3 und 6 gilt entsprechend, sofern die Maßnahmen Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder nach Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 34 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlässt. Die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle überprüft die beschlossenen Maßnahmen innerhalb von fünf Jahren auf deren Wirksamkeit. Für die Ergebnisse ihrer Prüfung gelten die Sätze 4 bis 6 entsprechend. Die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle kann beabsichtigte Maßnahmen nach diesem Absatz jederzeit zurückziehen.	parenz und Diskriminierungsfreiheit sowie zu den Zugangsentgelten enthalten. Die Maßnahmen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und diskriminierungsfrei sein. Das Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 und das Verfahren zum Erlass vorläufiger Maßnahmen nach § 12 Absatz 7 gelten entsprechend. Das Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2, 3 und 6 gilt entsprechend, sofern die Maßnahmen Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder nach Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 34 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlässt. Die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle überprüft die beschlossenen Maßnahmen innerhalb von fünf Jahren auf deren Wirksamkeit. Für die Ergebnisse ihrer Prüfung gelten die Sätze 4 bis 6 entsprechend. Die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle kann beabsichtigte Maßnahmen nach diesem Absatz jederzeit zurückziehen.
(7) Die Bundesnetzagentur entscheidet nach Eingang des vollständigen Antrags verbindlich in dem Verfahren nach	(7) u n v e r ä n d e r t
1. Absatz 1 Nummer 1 und 5 innerhalb von vier Monaten und	
2. Absatz 1 Nummer 2 bis 4 innerhalb von zwei Monaten.	
(8) Die Bundesnetzagentur kann die ihr gesetzten Fristen für die Streitbeilegung bei außergewöhnlichen Umständen um höchstens zwei Monate verlängern. Die Umstände sind besonders und hinreichend zu begründen.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Anträge können schriftlich oder elektronisch gestellt werden.	(9) u n v e r ä n d e r t
§ 149	§ 150
Genehmigungsfristen für Bauarbeiten	Genehmigungsfristen für Bauarbeiten
Genehmigungen für Bauarbeiten, die zum Zweck des Aufbaus der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität notwendig sind, sind innerhalb von drei Monaten nach Eingang eines vollständigen Antrags zu erteilen oder abzulehnen. Die Frist kann um einen Monat verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen. <i>Die Frist für Entscheidungen nach § 126 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 beginnt mit Eingang</i>	Genehmigungen für Bauarbeiten, die zum Zweck des Aufbaus der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität notwendig sind, sind innerhalb von drei Monaten nach Eingang eines vollständigen Antrags zu erteilen oder abzulehnen. Die Frist kann um einen Monat verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>des vollständigen Antrags bei der oder den zuständigen koordinierenden Stelle oder Stellen.</i>	
§ 150	§ 151
Verordnungsermächtigungen	Verordnungsermächtigungen
<p>(1) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie passive Netzinfrastrukturen zu benennen, die von den in den §§ 78, 81, 135 und 136 genannten Rechten und Pflichten ausgenommen sind. Die Ausnahmen sind hinreichend zu begründen. Sie dürfen nur darauf gestützt werden, dass der Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen betroffen ist oder dass die passiven Netzinfrastrukturen für die Telekommunikation technisch ungeeignet sind. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.</p>	<p>(1) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie passive Netzinfrastrukturen zu benennen, die von den in den §§ 79, 82, 136 und 137 genannten Rechten und Pflichten ausgenommen sind. Die Ausnahmen sind hinreichend zu begründen. Sie dürfen nur darauf gestützt werden, dass der Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen betroffen ist oder dass die passiven Netzinfrastrukturen für die Telekommunikation technisch ungeeignet sind. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.</p>
<p>(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, über die in § 141 Absatz 4 vorgesehenen Ablehnungsgründe von den in § 141 festgelegten Rechten und Pflichten hinausgehende Ausnahmen vorzusehen und Kategorien von Bauarbeiten zu benennen, die der zentralen Informationsstelle des Bundes zu melden sind. Solche Kategorien dürfen nur Bauarbeiten enthalten, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet. Die Rechtsverordnung ist hinreichend zu begründen und kann im Umfang oder Wert geringfügige Bauarbeiten oder Kritische Infrastrukturen ausnehmen. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.</p>	<p>(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, über die in § 142 Absatz 4 vorgesehenen Ablehnungsgründe von den in § 142 festgelegten Rechten und Pflichten hinausgehende Ausnahmen vorzusehen und Kategorien von Bauarbeiten zu benennen, die der zentralen Informationsstelle des Bundes zu melden sind. Solche Kategorien dürfen nur Bauarbeiten enthalten, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet. Die Rechtsverordnung ist hinreichend zu begründen und kann im Umfang oder Wert geringfügige Bauarbeiten oder Kritische Infrastrukturen ausnehmen. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.</p>
<p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ausnahmen von den in § 142 festgelegten Rechten und Pflichten vorzusehen. Die Ausnahmen können auf dem geringen Umfang und Wert der Bauarbeiten oder auf dem Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen beruhen. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die</p>	<p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ausnahmen von den in § 143 festgelegten Rechten und Pflichten vorzusehen. Die Ausnahmen können auf dem geringen Umfang und Wert der Bauarbeiten oder auf dem Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen beruhen. Soweit die Ausnahmen auf den Schutz von Teilen Kritischer Infrastrukturen gestützt werden, bedarf die</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.	die Rechtsverordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.
(4) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ausnahmen von § 144 Absatz 4 und 5 vorzusehen. Die Rechtsverordnung ist hinreichend zu begründen und kann bestimmte Gebäudekategorien und umfangreiche Renovierungen ausnehmen, falls die Erfüllung der Pflichten unverhältnismäßig wäre. Die Unverhältnismäßigkeit kann insbesondere auf den voraussichtlichen Kosten für einzelne Eigentümer oder auf der spezifischen Art des Gebäudes beruhen.	(4) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ausnahmen von § 145 Absatz 4 und 5 vorzusehen. Die Rechtsverordnung ist hinreichend zu begründen und kann bestimmte Gebäudekategorien und umfangreiche Renovierungen ausnehmen, falls die Erfüllung der Pflichten unverhältnismäßig wäre. Die Unverhältnismäßigkeit kann insbesondere auf den voraussichtlichen Kosten für einzelne Eigentümer oder auf der spezifischen Art des Gebäudes beruhen.
(5) Eigentümern und Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze und interessierten Parteien ist die Gelegenheit zu geben, innerhalb eines Monats zum Entwurf einer aufgrund der Absätze 1 bis 4 erlassenen Rechtsverordnung Stellung zu nehmen.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die aufgrund der Absätze 1 bis 4 erlassenen Rechtsverordnungen sind der Kommission mitzuteilen.	(6) u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 3	A b s c h n i t t 3
Drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite, sonstige physische Infrastrukturen und offener Netzzugang	Drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite, sonstige physische Infrastrukturen und offener Netzzugang
§ 151	§ 152
Errichtung, Anbindung und Betrieb drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite	Errichtung, Anbindung und Betrieb drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite
(1) Die zuständigen Behörden beschränken die Errichtung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite, die den Durchführungsmaßnahmen nach Artikel 57 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 entsprechen, nicht in unangemessener Weise. <i>Die zuständigen Behörden können für die Errichtung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite an Gebäuden oder Anlagen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder wenn die Gebäude oder Anlagen architektonisch, historisch oder ökologisch wertvoll und im Einklang mit Bundesrecht geschützt sind, Genehmigungen verlangen. § 149 gilt entsprechend.</i>	(1) Die zuständigen Behörden beschränken die Errichtung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite, die den Durchführungsmaßnahmen nach Artikel 57 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 entsprechen, nicht in unangemessener Weise.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(2) Die Errichtung und Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite unterliegt keinen über die gemäß § 222 zulässigen hinausgehenden Gebühren und Auslagen. Hiervon unberührt bleiben erhobene Gebühren und Auslagen für Genehmigungen nach Absatz 1 Satz 3 und geschäftliche Vereinbarungen.	(2) Die Errichtung und Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite unterliegt keinen über die gemäß § 223 zulässigen hinausgehenden Gebühren und Auslagen. Hiervon unberührt bleiben erhobene Gebühren und Auslagen für Genehmigungen nach Absatz 1 Satz 3 und geschäftliche Vereinbarungen.
§ 152	§ 153
Informationen über sonstige physische Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite	Informationen über sonstige physische Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen für Zwecke der Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite die Erteilung von Informationen über die sonstigen physischen Infrastrukturen beantragen. Im Antrag ist das Gebiet anzugeben, das mit drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite erschlossen werden soll.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Eigentümer oder Betreiber sonstiger physischer Infrastrukturen müssen Antragstellern nach Absatz 1 innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag des Antragseingangs die beantragten Informationen erteilen. Die Erteilung erfolgt unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Informationen über sonstige physische Infrastrukturen nach Absatz 2 müssen mindestens folgende Angaben enthalten:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. die geografische Lage des Standortes und etwaig entstehende oder bereits bestehende Telekommunikationslinien,	
2. die Art und gegenwärtige Nutzung der sonstigen physischen Infrastrukturen und	
3. die Kontaktdaten eines oder mehrerer Ansprechpartner beim Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur.	
(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass	(4) Der Antrag nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass
1. eine Erteilung der Informationen die Sicherheit oder Integrität der sonstigen physischen Infrastruktur, die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit gefährdet,	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. durch die Erteilung der Informationen die Vertraulichkeit gemäß § 147 verletzt wird,	2. durch die Erteilung der Informationen die Vertraulichkeit gemäß § 148 verletzt wird,
3. eine Erteilung der Informationen die Integrität oder Sicherheit bereits bestehender sonstiger physischer Infrastrukturen, insbesondere nationaler, nachweislich besonders schutzbedürftiger Kritischer Infrastrukturen, gefährdet und der Betreiber die Mitnutzung im Rahmen der ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten nicht durch verhältnismäßige Maßnahmen ermöglichen kann,	3. u n v e r ä n d e r t
4. ein Ablehnungsgrund für eine Mitnutzung nach § 153 Absatz 4 vorliegt.	4. ein Ablehnungsgrund für eine Mitnutzung nach § 154 Absatz 4 vorliegt.
(5) Werden nach Absatz 1 beantragte Informationen bereits von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 77 Absatz 1 Nummer 1 bereitgestellt, genügt anstelle einer Erteilung der Informationen durch den Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur ein Hinweis an den Antragsteller, dass die Informationen nach Absatz 6 einsehbar sind. Der Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur kann diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes zur Bereitstellung gemäß § 77 Absatz 1 Nummer 1 im Rahmen der hierfür von ihr vorgegebenen Bedingungen zur Verfügung stellen.	(5) Werden nach Absatz 1 beantragte Informationen bereits von der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 bereitgestellt, genügt anstelle einer Erteilung der Informationen durch den Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur ein Hinweis an den Antragsteller, dass die Informationen nach Absatz 6 einsehbar sind. Der Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur kann diese Informationen der zentralen Informationsstelle des Bundes zur Bereitstellung gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 im Rahmen der hierfür von ihr vorgegebenen Bedingungen zur Verfügung stellen.
(6) Die zentrale Informationsstelle des Bundes macht die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen unverzüglich zugänglich:	(6) u n v e r ä n d e r t
1. den Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze,	
2. dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie	
3. den Gebietskörperschaften der Länder und der Kommunen.	
Die Zugänglichmachung erfolgt elektronisch unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen. Näheres regelt die zentrale Informationsstelle des Bundes in Einsichtnahmebedingungen, die der vorherigen Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur bedürfen. Die Einsichtnahmebedingungen haben insbesondere der Sensitivität der erfassten Daten und dem zu erwartenden Verwaltungsaufwand Rechnung zu tragen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(7) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen auch für die Bereitstellung einer gebietsbezogenen Übersicht gemäß § 78 Absatz 1 Nummer 1 verwenden.	(7) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann die nach Absatz 5 Satz 2 erhaltenen Informationen auch für die Bereitstellung einer gebietsbezogenen Übersicht gemäß § 79 Absatz 1 Nummer 1 verwenden.
§ 153	§ 154
Mitnutzung sonstiger physischer Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite	u n v e r ä n d e r t
(1) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze können bei Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen die Mitnutzung für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite beantragen. Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:	
1. eine detaillierte Beschreibung des Projekts und der Komponenten der sonstigen physischen Infrastruktur, für die die Mitnutzung beantragt wird,	
2. einen genauen Zeitplan für die Umsetzung der beantragten Mitnutzung und	
3. die Angabe des Gebiets, das mit drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite erschlossen werden soll, sowie deren vorgesehene Sendeleistung.	
(2) Eigentümer oder Betreiber sonstiger physischer Infrastrukturen müssen Antragstellern nach Absatz 1 innerhalb von zwei Monaten nach Antragseingang ein Angebot über die Mitnutzung für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite unterbreiten. Das Angebot über die Mitnutzung hat insbesondere Folgendes zu enthalten:	
1. faire und angemessene, transparente und diskriminierungsfreie Bedingungen für die Mitnutzung, insbesondere in Bezug auf den Preis,	
2. die Art und Weise der Umsetzung sowie den Zeitpunkt der Bereitstellung und	
3. die Verantwortlichkeiten einschließlich der Möglichkeit, Dritte zu beauftragen.	
Das Angebot kann besondere Vereinbarungen zur Haftung und zu Instandhaltungen, Änderungen, Erweiterungen, Verlegungen und Störungen enthalten.	
(3) Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und der	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
öffentlichen Gesundheit sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt.	
(4) Gibt der Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur kein Angebot über die Mitnutzung ab, so hat er innerhalb der in Absatz 2 Satz 1 genannten Frist dem Antragsteller nachzuweisen, dass einer Mitnutzung objektive, transparente und verhältnismäßige Gründe entgegenstehen. Der Antrag auf Mitnutzung darf nur abgelehnt werden, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:	
1. die fehlende technische oder bauliche Eignung der sonstigen physischen Infrastruktur für die beabsichtigte Errichtung oder Anbindung des drahtlosen Zugangspunkts mit geringer Reichweite,	
2. der zum Zeitpunkt des Antragseingangs fehlende Platz für die beabsichtigte Errichtung oder Anbindung des drahtlosen Zugangspunkts mit geringer Reichweite,	
3. konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die beantragte Mitnutzung die öffentliche Sicherheit gefährdet, wobei von konkreten Anhaltspunkten auszugehen ist, soweit Teile einer sonstigen physischen Infrastruktur betroffen sind, die durch den Bund zur Verwirklichung einer sicheren Behördenkommunikation genutzt werden,	
4. konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die beantragte Mitnutzung die Integrität oder Sicherheit bereits bestehender sonstiger physischer Infrastrukturen, insbesondere nationaler, nachweislich besonders schutzbedürftiger Kritischer Infrastrukturen, gefährdet, und der Betreiber die Mitnutzung im Rahmen der ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten nicht durch verhältnismäßige Maßnahmen ermöglichen kann,	
5. die Verfügbarkeit tragfähiger Alternativen zur beantragten Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen, soweit der Eigentümer oder Betreiber der sonstigen physischen Infrastruktur diese Alternativen anbietet, sie sich für die Errichtung oder Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite eignen und die Mitnutzung zu fairen und angemessenen Bedingungen gewährt wird.	
(5) Eigentümer oder Betreiber sonstiger physischer Infrastrukturen haben Verträge über Mitnutzungen innerhalb von zwei Monaten nach deren Abschluss der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 154	§ 155
Offener Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und Telekommunikationslinien, Verbindlichkeit von Ausbauzusagen in der Förderung	u n v e r ä n d e r t
(1) Betreiber oder Eigentümer öffentlicher Telekommunikationsnetze müssen anderen Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf Antrag einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen zu fairen und angemessenen Bedingungen gewähren.	
(2) Bei öffentlich geförderten Baumaßnahmen gilt die gesamte verlegte Infrastruktur als gefördert im Sinne des Absatzes 1. Dies gilt nicht für die im Rahmen der öffentlich geförderten Baumaßnahme zusätzlich eingebrachte Infrastruktur, die der Fördermittelempfänger oder ein Dritter auf jeweils eigene Kosten verlegt hat.	
(3) Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben Verträge über einen offenen Netzzugang im Sinne des Absatzes 1 innerhalb von zwei Monaten nach deren Abschluss der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben.	
(4) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Grundsätze zu Art, Umfang und Bedingungen des offenen Netzzugangs nach Absatz 1. Sie berücksichtigt dabei unionsrechtliche Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau in der jeweils gültigen Fassung.	
(5) Richtliniengeber für die öffentliche Förderung von Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen können in der jeweiligen Förderrichtlinie vorsehen, dass Meldungen von Unternehmen in einem Verfahren zur Markterkundung nur berücksichtigt werden, soweit sich das Unternehmen gegenüber der Gebietskörperschaft oder dem Zuwendungsgeber, die oder der das Verfahren durchführt oder in Auftrag gegeben hat, vertraglich verpflichtet, den gemeldeten Ausbau durchzuführen. Das Markterkundungsverfahren wird von einer Gebietskörperschaft oder im Auftrag einer Gebietskörperschaft, einem Zuwendungsgeber oder im Auftrag eines Zuwendungsgebers mit dem Ziel	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
durchgeführt, den Ausbau von Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen in einem festgelegten Gebiet innerhalb eines bestimmten Zeitraums sicherzustellen.	
Teil 9	Teil 9
Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
§ 155	§ 156
Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
(1) Endnutzer haben gegenüber Unternehmen, die durch die Bundesnetzagentur nach § 160 Absatz 1, 2 oder 3 verpflichtet worden sind (Diensteverpflichtete), einen Anspruch auf Versorgung mit den von der Verpflichtung umfassten Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz, an ihrer Hauptwohnung oder an ihrem Geschäftsort, soweit diese sich in dem von der Verpflichtung umfassten Gebiet befinden. Der Diensteverpflichtete hat die Versorgung innerhalb einer angemessenen Frist nach Geltendmachung durch den Endnutzer sicherzustellen.	(1) Endnutzer haben gegenüber Unternehmen, die durch die Bundesnetzagentur nach § 161 Absatz 1, 2 oder 3 verpflichtet worden sind (Diensteverpflichtete), einen Anspruch auf Versorgung mit den von der Verpflichtung umfassten Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz, an ihrer Hauptwohnung oder an ihrem Geschäftsort, soweit diese sich in dem von der Verpflichtung umfassten Gebiet befinden. Der Diensteverpflichtete hat die Versorgung innerhalb der von der Bundesnetzagentur festgelegten Frist des § 161 Absatz 2 Satz 4 nach Geltendmachung durch den Endnutzer sicherzustellen.
(2) Diensteverpflichtete haben die Leistungen so anzubieten und zu erbringen, dass Endnutzer nicht für Einrichtungen oder Telekommunikationsdienste zu zahlen haben, die nicht notwendig oder für die gewählten Telekommunikationsdienste nicht erforderlich sind.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Diensteverpflichtete haben der Bundesnetzagentur auf Anfrage angemessene und aktuelle Informationen über ihre Leistungen bei der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 mitzuteilen. Dabei werden die Parameter, Definitionen und Messverfahren für die Dienstqualität zugrunde gelegt, die in Anhang X der Richtlinie (EU) 2018/1972 dargelegt sind.	(3) Diensteverpflichtete haben der Bundesnetzagentur auf Anfrage angemessene und aktuelle Informationen über ihre Leistungen bei der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 mitzuteilen. Dabei werden die Parameter, Definitionen und Messverfahren für die Dienstqualität zugrunde gelegt, die in Anhang X der Richtlinie (EU) 2018/1972 dargelegt sind.
(4) Auf Antrag eines Verbrauchers kann die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß § 156 Absatz 2 auf Sprachkommunikationsdienste beschränkt werden.	(4) Auf Antrag eines Verbrauchers kann die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß § 157 Absatz 2 auf Sprachkommunikationsdienste beschränkt werden.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 156	§ 157
Verfügbarkeit der Telekommunikationsdienste	Verfügbarkeit der Telekommunikationsdienste
(1) Die Bundesnetzagentur überwacht in regelmäßigen Abständen die Verfügbarkeit eines Mindestangebots gemäß Absatz 2. Sie berücksichtigt hierbei die Ergebnisse der Erhebungen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß den §§ 79, 80 und 83.	(1) Die Bundesnetzagentur überwacht in regelmäßigen Abständen die Verfügbarkeit eines Mindestangebots gemäß Absatz 2. Sie berücksichtigt hierbei die Ergebnisse der Erhebungen der zentralen Informationsstelle des Bundes gemäß den §§ 80, 81 und 84. Die Bundesnetzagentur berichtet in dem Jahresbericht nach § 196 über die Ergebnisse der Überwachung nach Satz 1.
(2) Mindestens verfügbar sein müssen Sprachkommunikationsdienste sowie ein schneller Internetzugangsdienst für eine angemessene soziale und wirtschaftliche Teilhabe im Sinne des Absatzes 3, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) <i>Die Bundesnetzagentur legt fest</i> , welche Anforderungen ein Internetzugangsdienst sowie ein Sprachkommunikationsdienst nach Absatz 2 erfüllen müssen. Bei der Festlegung der Anforderungen an den Internetzugangsdienst <i>berücksichtigt die Bundesnetzagentur</i> insbesondere die von mindestens 80 Prozent der Verbraucher im Bundesgebiet genutzte Mindestbandbreite sowie weitere nationale Gegebenheiten wie die Auswirkungen der festgelegten Qualität auf Anreize zum privatwirtschaftlichen Breitbandausbau und zu Breitbandfördermaßnahmen. Der Internetzugangsdienst muss <i>jedoch</i> stets mindestens die in Anhang V der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Dienste, Teleheimarbeit im üblichen Umfang und eine für Verbraucher marktübliche Nutzung von Online-Inhaltendiensten ermöglichen.	(3) In einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, die des Einvernehmens mit dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages bedarf, wird ohne Zustimmung des Bundesrates festgelegt , welche Anforderungen ein Internetzugangsdienst sowie ein Sprachkommunikationsdienst nach Absatz 2 erfüllen müssen. Bei der Festlegung der Anforderungen an den Internetzugangsdienst nach Satz 1 werden insbesondere die von mindestens 80 Prozent der Verbraucher im Bundesgebiet genutzte Mindestbandbreite, Uploadrate und Latenz sowie weitere nationale Gegebenheiten, wie die Auswirkungen der festgelegten Qualität auf Anreize zum privatwirtschaftlichen Breitbandausbau und zu Breitbandfördermaßnahmen, berücksichtigt . Der Internetzugangsdienst muss stets mindestens die in Anhang V der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Dienste, Teleheimarbeit einschließlich Verschlüsselungsverfahren im üblichen Umfang und eine für Verbraucher marktübliche Nutzung von Online-Inhaltendiensten ermöglichen. Die nach Satz 1 festzulegende Uploadrate und Latenz können niedriger, als die von 80 Prozent der Verbraucher im Bundesgebiet genutzten Werte sein, wenn tatsächlich nachgewiesen ist, dass die in Satz 3 genannten Dienste auch bei geringeren Vorgaben beim Endnutzer funktionieren. In einer Rechtsverordnung nach Satz 1 können kürzere als die in § 160 und § 161 genannten Fristen festgelegt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	werden, wenn durch eine Digitalisierung der Verfahrensabläufe eine Beschleunigung erreicht werden konnte.
(4) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Anforderungen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Regelung. Hierbei legt sie zugleich die Bedingungen für die erneute Überprüfung der Anforderungen fest.	(4) Die Rechtsverordnung nach Absatz 3 ist innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Regelung zu erlassen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die festgelegten Anforderungen jährlich zu überprüfen. Über das Ergebnis unterrichtet es den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages.
	(5) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann die Ermächtigung nach Absatz 3 sowie die Pflichten nach Absatz 4 durch Rechtsverordnung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur nach Satz 1 sowie das Ergebnis des Prüfberichts bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und mit dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages.
§ 157	§ 158
Erschwinglichkeit der Telekommunikationsdienste	Erschwinglichkeit der Telekommunikationsdienste
(1) Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, müssen Verbrauchern zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht Grundsätze über die Ermittlung erschwinglicher Preise für Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Regelung.	(1) Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, müssen Verbrauchern zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht nach Anhörung der betroffenen Kreise Grundsätze über die Ermittlung erschwinglicher Preise für Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Regelung.
(2) Die Bundesnetzagentur überwacht die Entwicklung und Höhe der Preise für Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort.	(2) Die Bundesnetzagentur überwacht die Entwicklung und Höhe der Preise für Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 158	§ 159
Beitrag von Unternehmen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Beitrag von Unternehmen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
Jeder Anbieter, der auf dem sachlichen Markt der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig ist, ist verpflichtet, dazu beizutragen, dass die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach den §§ 156 und 157 erbracht werden kann. Die Verpflichtung nach Satz 1 ist nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abschnitts zu erfüllen.	Jeder Anbieter, der auf dem sachlichen Markt der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig ist, ist verpflichtet, dazu beizutragen, dass die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach den §§ 157 und 158 erbracht werden kann. Die Verpflichtung nach Satz 1 ist nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abschnitts zu erfüllen.
§ 159	§ 160
Feststellung der Unterversorgung	Feststellung der Unterversorgung
(1) Stellt die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Überwachung gemäß § 156 Absatz 1 und § 157 Absatz 2 fest, dass einer der nachfolgenden Umstände vorliegt, so veröffentlicht sie <i>spätestens vier Monate</i> nach erstmaliger Kenntniserlangung diese Feststellung:	(1) Stellt die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Überwachung gemäß § 157 Absatz 1 und § 158 Absatz 2 fest, dass einer der nachfolgenden Umstände vorliegt, so veröffentlicht sie innerhalb von zwei Monaten nach erstmaliger Kenntniserlangung diese Feststellung:
1. eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 wird weder aktuell noch in absehbarer Zeit angemessen, ausreichend oder nach § 157 Absatz 1 zu einem erschwinglichen Endnutzerpreis erbracht,	1. eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 wird weder aktuell noch in objektiv absehbarer Zeit angemessen, ausreichend oder nach § 158 Absatz 1 zu einem erschwinglichen Endnutzerpreis erbracht,
2. es ist zu besorgen, dass eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 zukünftig nicht mehr gewährleistet sein wird.	2. es ist zu besorgen, dass eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 zukünftig nicht mehr gewährleistet sein wird.
	Die Bundesnetzagentur kann die ihr gesetzte Frist für die Veröffentlichung der Unterversorgungsfeststellung nach Satz 1 bei außergewöhnlichen Umständen um bis zu einen Monat überschreiten. Die Umstände sind hinreichend zu begründen.
(2) Stellt die Bundesnetzagentur <i>darüber hinaus</i> in dem von der Feststellung umfassten Gebiet einen tatsächlichen Bedarf für eine Versorgung mit den nach § 156 Absatz 2 mindestens verfügbaren Telekommunikationsdiensten fest, kündigt sie an, nach den Vorschriften des § 160 Absatz 2 vorzugehen, sofern kein Unternehmen innerhalb eines Monats nach <i>Bekanntgabe</i> der <i>Ankündigung</i> schriftlich oder elektronisch gegenüber der Bundesnetzagentur zusagt, sich zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156	(2) Stellt die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Feststellung nach Absatz 1 in dem von der Feststellung umfassten Gebiet einen tatsächlichen Bedarf für eine Versorgung mit den nach § 157 Absatz 2 mindestens verfügbaren Telekommunikationsdiensten fest, kündigt sie mit der Veröffentlichung der Unterversorgungsfeststellung an, nach den Vorschriften des § 161 Absatz 2 vorzugehen, sofern kein Unternehmen innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Unterversorgungsfeststellung schriftlich oder elektronisch gegenüber der Bundesnetzagentur zusagt, sich zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Absatz 2 und § 157 Absatz 1 ohne Ausgleich nach § 161 zu verpflichten.	nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 ohne Ausgleich nach § 162 zu verpflichten.
§ 160	§ 161
Verpflichtungen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Verpflichtungen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
(1) Ist die nach § 159 Absatz 2 eingereichte Verpflichtungszusage nach Beurteilung durch die Bundesnetzagentur geeignet, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1 zu gewährleisten, kann die Bundesnetzagentur die Verpflichtungszusage durch Verfügung für bindend erklären. Die Verfügung hat zum Inhalt, dass die Bundesnetzagentur vorbehaltlich des Satzes 4 von ihren Befugnissen nach den folgenden Absätzen gegenüber den beteiligten Unternehmen keinen Gebrauch machen wird. Die Verfügung kann befristet werden. Die Bundesnetzagentur kann die Verfügung nach Satz 1 aufheben und das Verfahren wieder aufnehmen, wenn	(1) Ist die nach § 160 Absatz 2 eingereichte Verpflichtungszusage nach Beurteilung durch die Bundesnetzagentur geeignet, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 zu gewährleisten, kann die Bundesnetzagentur die Verpflichtungszusage durch Verfügung für bindend erklären. Die Verfügung hat zum Inhalt, dass die Bundesnetzagentur vorbehaltlich des Satzes 4 von ihren Befugnissen nach den folgenden Absätzen gegenüber den beteiligten Unternehmen keinen Gebrauch machen wird. Die Verfügung kann befristet werden. Die Bundesnetzagentur kann die Verfügung nach Satz 1 aufheben und das Verfahren wieder aufnehmen, wenn
1. sich die tatsächlichen Verhältnisse in einem für die Verfügung wesentlichen Punkt nachträglich geändert haben,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die beteiligten Unternehmen ihre Verpflichtungen nicht einhalten,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Bundesnetzagentur die Anforderungen an die Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 3 oder § 157 Absatz 1 ändert oder	3. die Bundesnetzagentur die Anforderungen an die Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 3 oder § 158 Absatz 1 ändert oder
4. die Verfügung auf unvollständigen, unrichtigen oder irreführenden Angaben der Parteien beruht.	4. u n v e r ä n d e r t
(2) Hat die Bundesnetzagentur das Vorliegen einer Unterversorgung und eines tatsächlichen Bedarfs gemäß § 159 festgestellt und keine geeignete Verpflichtungszusage nach Absatz 1 für bindend erklärt, verpflichtet die Bundesnetzagentur nach Anhörung der in Betracht kommenden Unternehmen eines oder mehrere dieser Unternehmen, Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz, <i>innerhalb einer bestimmten Frist</i> zu erbringen. Der Diensteverpflichtete hat spätestens mit Ablauf von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Verpflichtung mit dem Schaffen der Voraussetzungen für die Erbringung der von der Verpflichtung umfassten Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2 zu beginnen. Im Rahmen der Anhörung kann die Bundes-	(2) Hat die Bundesnetzagentur das Vorliegen einer Unterversorgung und eines tatsächlichen Bedarfs gemäß § 160 festgestellt und keine geeignete Verpflichtungszusage nach Absatz 1 für bindend erklärt, verpflichtet die Bundesnetzagentur nach Anhörung der in Betracht kommenden Unternehmen eines oder mehrere dieser Unternehmen, Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz zu erbringen. Die Verpflichtung eines oder mehrerer der in Betracht kommenden Unternehmen hat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Monatsfrist zur Einreichung ausgleichsfreier Verpflichtungszusagen nach § 160 Absatz 2 zu erfolgen. Die Frist nach Satz 2 kann um einen Monat überschritten werden, wenn dies wegen der Komplexität des Sachverhalts

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>netzagentur die Unternehmen dazu verpflichten, ihr Informationen, die für die Entscheidung nach Satz 1 erforderlich sind, vorzulegen und glaubhaft zu machen. Für eine Verpflichtung nach Satz 1 kommen insbesondere solche Unternehmen in Betracht, die bereits geeignete Telekommunikationsnetze in der Nähe der betreffenden Anschlüsse betreiben und die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 auf kosteneffiziente Weise erbringen können. Die Bundesnetzagentur kann die Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 für mehrere Gebiete anordnen. Das Verfahren zur Verpflichtung des geeigneten Unternehmens muss effizient, objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein. <i>Die Verpflichtung eines oder mehrerer der in Betracht kommenden Unternehmen hat innerhalb von vier Monaten ab Veröffentlichung der Feststellung der Unterversorgung zu erfolgen. Die Verpflichtungsfrist kann um einen Monat verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität des Sachverhalts gerechtfertigt ist.</i></p>	<p>gerechtfertigt ist. Der Diensteverpflichtete hat spätestens mit Ablauf von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Verpflichtung mit dem Schaffen der Voraussetzungen für die Erbringung der von der Verpflichtung umfassten Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 zu beginnen und diese Telekommunikationsdienste innerhalb einer von der Bundesnetzagentur gesetzten angemessenen Frist, die in der Regel drei Monate nicht überschreiten sollte, zu erbringen. Im Rahmen der Anhörung kann die Bundesnetzagentur die Unternehmen dazu verpflichten, ihr Informationen, die für die Entscheidung nach Satz 1 erforderlich sind, vorzulegen und glaubhaft zu machen. Für eine Verpflichtung nach Satz 1 kommen insbesondere solche Unternehmen in Betracht, die bereits geeignete Telekommunikationsnetze in der Nähe der betreffenden Anschlüsse betreiben und die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 auf kosteneffiziente Weise erbringen können. Die Bundesnetzagentur kann die Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 für mehrere Gebiete anordnen. Das Verfahren zur Verpflichtung des geeigneten Unternehmens muss effizient, objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein.</p>
<p>(3) Die Bundesnetzagentur kann ausnahmsweise ein oder mehrere in Betracht kommende Unternehmen dazu verpflichten, Endnutzer leitungsgebunden unter Mitnutzung bereits vorhandener Telekommunikationslinien anzuschließen und mit Diensten nach § 156 Absatz 2 zu versorgen, wenn dies zumutbar ist. Die Feststellung einer Unterversorgung nach § 159 Absatz 1 bleibt unberührt. Zumutbar ist der leitungsgebundene Anschluss in der Regel dann, wenn geeignete Leerrohrinfrastruktur am zu versorgenden Grundstück anliegt. Das Verfahren zur Verpflichtung eines oder mehrerer Unternehmen zum leitungsgebundenen Anschluss entspricht dem Verfahren des Absatzes 2. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht ihre Entscheidung einschließlich deren Gründe.</p>	<p>(3) Die Bundesnetzagentur kann ausnahmsweise ein oder mehrere in Betracht kommende Unternehmen dazu verpflichten, Endnutzer leitungsgebunden unter Mitnutzung bereits vorhandener Telekommunikationslinien anzuschließen und mit Diensten nach § 157 Absatz 2 zu versorgen, wenn dies zumutbar ist. Die Feststellung einer Unterversorgung nach § 160 Absatz 1 bleibt unberührt. Zumutbar ist der leitungsgebundene Anschluss in der Regel dann, wenn geeignete Leerrohrinfrastruktur am zu versorgenden Grundstück anliegt. Das Verfahren zur Verpflichtung eines oder mehrerer Unternehmen zum leitungsgebundenen Anschluss entspricht dem Verfahren des Absatzes 2. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht ihre Entscheidung einschließlich deren Gründe.</p>
<p>(4) Wesentliche Änderungen, die sich auf die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1 auswirken können, haben Diensteverpflichtete der Bundesnetzagentur rechtzeitig im Voraus anzuzeigen. Anzuzeigen ist insbesondere die Veräußerung eines wesentlichen Teils oder der Gesamtheit der Anlagen des Ortsanschlussnetzes an eine andere juristische Person mit anderem Eigentümer.</p>	<p>(4) Wesentliche Änderungen, die sich auf die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 auswirken können, haben Diensteverpflichtete der Bundesnetzagentur rechtzeitig im Voraus anzuzeigen. Anzuzeigen ist insbesondere die Veräußerung eines wesentlichen Teils oder der Gesamtheit der Anlagen des Ortsanschlussnetzes an eine andere juristische Person mit anderem Eigentümer.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 161	§ 162
Ausgleich für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	Ausgleich für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten
(1) Die Bundesnetzagentur gewährt dem Diensteverpflichteten nach § 160 Absatz 2 oder 3 nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem dem Diensteverpflichteten ein Defizit bei der Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1 entsteht, auf begründeten Antrag nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einen finanziellen Ausgleich, sofern die ermittelten Nettokosten eine unzumutbare Belastung darstellen.	(1) Die Bundesnetzagentur gewährt dem Diensteverpflichteten nach § 161 Absatz 2 oder 3 nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem dem Diensteverpflichteten ein Defizit bei der Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 entsteht, auf begründeten Antrag nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einen finanziellen Ausgleich, sofern die ermittelten Nettokosten eine unzumutbare Belastung darstellen.
(2) Die Bundesnetzagentur ermittelt die voraussichtliche Höhe der Nettokosten für die verpflichtende Erbringung der Telekommunikationsdienste nach § 153 Absatz 2 und § 157 Absatz 1 als Differenz zwischen den Nettokosten des Diensteverpflichteten für den Betrieb ohne Diensteverpflichtung und den Nettokosten für den Betrieb unter Einhaltung der Diensteverpflichtung gemäß Anhang VII der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung.	(2) Die Bundesnetzagentur ermittelt die voraussichtliche Höhe der Nettokosten für die verpflichtende Erbringung der Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 als Differenz zwischen den Nettokosten des Diensteverpflichteten für den Betrieb ohne Diensteverpflichtung und den Nettokosten für den Betrieb unter Einhaltung der Diensteverpflichtung gemäß Anhang VII der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung.
(3) Die Bundesnetzagentur prüft die für die Berechnung der Nettokosten zugrunde liegende Kostenrechnung des Diensteverpflichteten und weitere der Berechnung der Nettokosten zugrunde liegende Informationen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur stellt fest, ob die ermittelten Nettokosten der Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten eine unzumutbare Belastung darstellen. Ist dies der Fall, setzt die Bundesnetzagentur die Höhe des Ausgleichs fest. Die Höhe des Ausgleichs ergibt sich aus dem von der Bundesnetzagentur errechneten Ausgleichsbetrag zuzüglich einer marktüblichen Verzinsung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tag, der dem Ablauf des in Absatz 1 genannten Kalenderjahres folgt.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht	(5) u n v e r ä n d e r t
1. die Grundsätze der Nettokostenberechnung nach Absatz 2, einschließlich der Einzelheiten der zu verwendenden Methode,	
2. die Ergebnisse der Nettokostenberechnung nach Absatz 2 und	
3. die Ergebnisse der Prüfung nach Absatz 3.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse nach Satz 1 Nummer 2 und 3 sind die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der betroffenen Unternehmen zu wahren.	
§ 162	§ 163
Umlageverfahren	Umlageverfahren
(1) Gewährt die Bundesnetzagentur einen Ausgleich nach § 161 für die Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1, trägt jedes Unternehmen, das nach § 158 verpflichtet ist, zu diesem Ausgleich durch eine Abgabe bei.	(1) Gewährt die Bundesnetzagentur einen Ausgleich nach § 162 für die Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1, trägt jedes Unternehmen, das nach § 159 verpflichtet ist, zu diesem Ausgleich durch eine Abgabe bei.
(2) Die Höhe der Abgabe bemisst sich grundsätzlich nach dem Verhältnis des Jahresinlandsumsatzes des jeweiligen Unternehmens zu der Summe des Jahresinlandsumsatzes aller auf dem sachlich relevanten Markt Verpflichteten und hat eine eigene Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 160 Absatz 1 hinreichend zu berücksichtigen. Dabei ist abzustellen auf den Inlandsumsatz des Kalenderjahres, für das ein Ausgleich nach § 161 gewährt wird. Die Höhe der Abgabe wird für jedes Unternehmen gesondert berechnet und darf nicht gebündelt werden. Kann von einem abgabepflichtigen Unternehmen die auf ihn entfallende Abgabe nicht erlangt werden, so ist der Ausfall von den übrigen Verpflichteten nach dem Verhältnis ihrer Anteile zueinander zu leisten.	(2) Die Höhe der Abgabe bemisst sich grundsätzlich nach dem Verhältnis des Jahresinlandsumsatzes des jeweiligen Unternehmens zu der Summe des Jahresinlandsumsatzes aller auf dem sachlich relevanten Markt Verpflichteten und hat eine eigene Erbringung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 161 Absatz 1 hinreichend zu berücksichtigen. Dabei ist abzustellen auf den Inlandsumsatz des Kalenderjahres, für das ein Ausgleich nach § 162 gewährt wird. Die Höhe der Abgabe wird für jedes Unternehmen gesondert berechnet und darf nicht gebündelt werden. Kann von einem abgabepflichtigen Unternehmen die auf ihn entfallende Abgabe nicht erlangt werden, so ist der Ausfall von den übrigen Verpflichteten nach dem Verhältnis ihrer Anteile zueinander zu leisten.
(3) Die Unternehmen teilen der Bundesnetzagentur ihre Umsätze auf dem sachlich relevanten Markt der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 jeweils auf Verlangen jährlich mit. Unterbleibt die Mitteilung, kann die Bundesnetzagentur eine Schätzung vornehmen.	(3) Die Unternehmen teilen der Bundesnetzagentur ihre Umsätze auf dem sachlich relevanten Markt der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 jeweils auf Verlangen jährlich mit. Unterbleibt die Mitteilung, kann die Bundesnetzagentur eine Schätzung vornehmen.
(4) Bei der Ermittlung der Umsätze gelten § 36 Absatz 2 und § 38 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechend.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Nach Ablauf des Kalenderjahres, für das ein Ausgleich nach § 161 Absatz 1 gewährt wird, setzt die Bundesnetzagentur den Abgabebetrag der abgabepflichtigen Unternehmen fest und teilt dies den betroffenen Unternehmen mit.	(5) Nach Ablauf des Kalenderjahres, für das ein Ausgleich nach § 162 Absatz 1 gewährt wird, setzt die Bundesnetzagentur den Abgabebetrag der abgabepflichtigen Unternehmen fest und teilt dies den betroffenen Unternehmen mit.
	(6) Die Bundesnetzagentur kann Anbieter, die nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste im Geltungsbereich dieses Gesetzes erbringen dazu verpflichten, zu dem Aus-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	gleich nach Absatz 1 beizutragen, wenn die Voraussetzungen nach § 21 Absatz 2 Nummer 1 vorliegen. Sie hat den Anteil der nach Satz 1 verpflichteten Unternehmen im Verhältnis zu den nach § 159 Verpflichteten zu berechnen. Die Absätze 2 bis 5 gelten entsprechend, wobei als Bemessungsgrundlage an die Stelle des Jahresinlandsumsatzes die Anzahl der monatlich aktiven Nutzer im Inland tritt.
(6) Die zu einer Abgabe nach Absatz 1 verpflichteten Unternehmen haben die von der Bundesnetzagentur festgesetzten, auf sie entfallenden Abgaben innerhalb eines Monats ab Zugang des Festsetzungsbescheides an die Bundesnetzagentur zu entrichten. Ist ein zur Abgabe verpflichtetes Unternehmen mit der Zahlung der Abgabe mehr als drei Monate im Rückstand, erlässt die Bundesnetzagentur einen Feststellungsbescheid über die rückständigen Beträge der Abgabe und betreibt die Einziehung.	(7) Die zu einer Abgabe nach Absatz 1 oder Absatz 6 verpflichteten Unternehmen haben die von der Bundesnetzagentur festgesetzten, auf sie entfallenden Abgaben innerhalb eines Monats ab Zugang des Festsetzungsbescheides an die Bundesnetzagentur zu entrichten. Ist ein zur Abgabe verpflichtetes Unternehmen mit der Zahlung der Abgabe mehr als drei Monate im Rückstand, erlässt die Bundesnetzagentur einen Feststellungsbescheid über die rückständigen Beträge der Abgabe und betreibt die Einziehung.
(7) Unternehmen sind von der Abgabeverpflichtung befreit, wenn ihr Jahresinlandsumsatz unterhalb einer von der Bundesnetzagentur festgesetzten Umsatzschwelle für Kleinunternehmen sowie für kleine und mittlere Unternehmen liegt. Bei der Festsetzung berücksichtigt die Bundesnetzagentur unionsrechtliche Vorschriften, welche die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen betreffen. Auf Antrag kann die Bundesnetzagentur weitere Unternehmen nach § 158 bei unbilliger Härte von der Abgabeverpflichtung befreien.	(8) Unternehmen sind von der Abgabeverpflichtung befreit, wenn ihr Jahresinlandsumsatz unterhalb einer von der Bundesnetzagentur festgesetzten Umsatzschwelle für Kleinunternehmen sowie für kleine und mittlere Unternehmen liegt. Bei der Festsetzung berücksichtigt die Bundesnetzagentur unionsrechtliche Vorschriften, welche die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen betreffen. Auf Antrag kann die Bundesnetzagentur weitere Unternehmen nach § 159 bei unbilliger Härte von der Abgabeverpflichtung befreien.
(8) Die Bundesnetzagentur hat bei der Anwendung der Absätze 1 bis 7 die Grundsätze der Transparenz, der geringstmöglichen Marktverfälschung, der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismäßigkeit entsprechend den im Anhang VII Teil B der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung genannten Grundsätzen einzuhalten. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Grundsätze für die Berechnung der Abgabe für den Ausgleich der Nettokosten. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht ferner unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einen jährlichen Bericht, in dem die Einzelheiten der nach § 161 berechneten Nettokosten für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 156 Absatz 2 und § 157 Absatz 1 angegeben und die von allen beteiligten Unternehmen geleisteten Abgaben aufgeführt sind, einschließlich etwaiger Marktvorteile, die den Diensteverpflichteten infolge der Diensteverpflichtung entstanden sind.	(9) Die Bundesnetzagentur hat bei der Anwendung der Absätze 1 bis 8 die Grundsätze der Transparenz, der geringstmöglichen Marktverfälschung, der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismäßigkeit entsprechend den im Anhang VII Teil B der Richtlinie (EU) 2018/1972 in der jeweils gültigen Fassung genannten Grundsätzen einzuhalten. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Grundsätze für die Berechnung der Abgabe für den Ausgleich der Nettokosten. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht ferner unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einen jährlichen Bericht, in dem die Einzelheiten der nach § 162 berechneten Nettokosten für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 und § 158 Absatz 1 angegeben und die von allen beteiligten Unternehmen geleisteten Abgaben aufgeführt sind, einschließlich etwaiger Marktvorteile, die den Diensteverpflichteten infolge der Diensteverpflichtung entstanden sind.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Teil 10	Teil 10
Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge	Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Öffentliche Sicherheit	Öffentliche Sicherheit
§ 163	§ 164
Notruf	Notruf
(1) Wer öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Gesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen oder internationalen Nummernplans erbringt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen jederzeit unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden. Die nach den Sätzen 1 und 2 Verpflichteten haben sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle auch Folgendes mit der Notrufverbindung übermittelt wird:	(1) Wer öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Gesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen oder internationalen Nummernplans erbringt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen jederzeit unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden. Die nach den Sätzen 1 und 2 Verpflichteten haben sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle auch Folgendes mit der Notrufverbindung übermittelt wird:
1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, und	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.	2. u n v e r ä n d e r t
Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen; sie stehen vorrangigen Verbindungen nach § 185 Absatz 2 Satz 1 gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 5 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs erforderlich	Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen; sie stehen vorrangigen Verbindungen nach § 186 Absatz 2 Satz 1 gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 5 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Anbieter eines Telekommunikationsdienstes selbst; die Entgeltlichkeit von Vorleistungen bleibt unberührt.	erforderlich sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Anbieter eines Telekommunikationsdienstes selbst; die Entgeltlichkeit von Vorleistungen bleibt unberührt.
(2) Im Hinblick auf Notrufverbindungen, die unter Verwendung eines Telefaxgerätes eingeleitet werden, gilt Absatz 1 entsprechend.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Zur Gewährleistung einer gleichwertigen Notrufkommunikation von Menschen mit Behinderungen ist sicherzustellen, dass bei Nutzung eines Vermittlungsdienstes nach § 51 Absatz 4 unentgeltliche Notrufverbindungen möglich sind. Soweit technisch möglich, gelten die Anforderungen des Absatzes 1 Satz 3 und 6 entsprechend.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Telekommunikationsdienste, die eine direkte Kommunikation zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle ermöglichen, haben sicherzustellen, dass die zur Ermittlung des Standortes erforderlichen Daten übermittelt werden. Die für diese Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Anbieter eines Telekommunikationsdienstes selbst; die Entgeltlichkeit von Vorleistungen bleibt unberührt.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Regelungen zu treffen	(5) u n v e r ä n d e r t
1. zu den Grundsätzen der Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen durch die für den Notruf zuständigen Landes- und Kommunalbehörden sowie zu den Grundsätzen des Abstimmungsverfahrens zwischen diesen Behörden und den betroffenen Netzbetreibern, soweit diese Grundsätze für die Herstellung von Notrufverbindungen erforderlich sind,	
2. zur Herstellung von Notrufverbindungen zur jeweils örtlich zuständigen Notrufabfragestelle oder Ersatznotrufabfragestelle,	
3. zum Umfang der für Notrufverbindungen zu erbringenden Leistungsmerkmale, einschließlich	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
a) der Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 3 und	
b) zulässiger Abweichungen hinsichtlich der nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 zu übermittelnden Daten in unausweichlichen technisch bedingten Sonderfällen,	
4. zur Bereitstellung und Übermittlung von Daten, die geeignet sind, der Notrufabfragestelle die Verfolgung von Missbrauch des Notrufs zu ermöglichen,	
5. zum Herstellen von Notrufverbindungen mittels automatischer Verfahren,	
6. zur Sicherstellung der Gleichwertigkeit der Notrufkommunikation für Menschen mit Behinderungen und	
7. zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur auf den in den Nummern 1 bis 6 aufgeführten Gebieten, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.	
Landesrechtliche Regelungen über Notrufabfragestellen, die nicht Verpflichtungen im Sinne der Absätze 1 bis 4 betreffen, bleiben von den Vorschriften dieses Absatzes unberührt.	
(6) Die technischen Einzelheiten zu den in Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 bis 6 aufgeführten Regelungsgegenständen, insbesondere die Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben zu dem Standort, von dem die Notrufverbindung ausgeht, legt die Bundesnetzagentur in einer Technischen Richtlinie fest; dabei berücksichtigt sie die Vorschriften der Rechtsverordnung nach Absatz 5. Die Bundesnetzagentur erstellt die Technische Richtlinie unter Beteiligung	(6) u n v e r ä n d e r t
1. der Verbände der durch die Absätze 1 bis 4 betroffenen Anbieter von Telekommunikationsdiensten und Betreiber von Telekommunikationsnetzen,	
2. der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat benannten Vertreter der Betreiber von Notrufabfragestellen und	
3. der Hersteller der in den Telekommunikationsnetzen und Notrufabfragestellen eingesetzten technischen Einrichtungen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Bei den Festlegungen in der Technischen Richtlinie sind internationale Standards zu berücksichtigen; Abweichungen von den Standards sind zu begründen. Die Verpflichteten nach den Absätzen 1 bis 4 haben die Anforderungen der Technischen Richtlinie spätestens ein Jahr nach deren Bekanntmachung zu erfüllen, sofern in der Technischen Richtlinie für bestimmte Verpflichtungen kein längerer Übergangszeitraum festgelegt ist. Nach dieser Technischen Richtlinie gestaltete mangelfreie technische Einrichtungen müssen im Falle einer Änderung der Technischen Richtlinie spätestens drei Jahre nach deren Inkrafttreten die geänderten Anforderungen erfüllen.</p>	
§ 164	§ 165
Technische und organisatorische Schutzmaßnahmen	Technische und organisatorische Schutzmaßnahmen
(1) Wer Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, hat angemessene technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen	(1) u n v e r ä n d e r t
1. zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses und	
2. gegen die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten.	
Dabei ist der Stand der Technik zu berücksichtigen.	
(2) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat bei den hierfür betriebenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen	(2) u n v e r ä n d e r t
1. zum Schutz gegen Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen von Telekommunikationsnetzen und -diensten führen, auch, sofern diese Störungen durch äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen bedingt sein können, und	
2. zur Beherrschung der Risiken für die Sicherheit von Telekommunikationsnetzen und -diensten.	
Insbesondere sind Maßnahmen, einschließlich gegebenenfalls Maßnahmen in Form von Verschlüsselung, zu treffen, um Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe zu sichern und Auswirkungen von Sicherheitsverletzungen für Nutzer, andere Telekommunikationsnetze und Dienste so gering wie möglich zu halten. Bei diesen Maßnahmen ist der Stand der Technik zu berücksichtigen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(3) Als eine angemessene Maßnahme im Sinne des Absatzes 2 können Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Systeme zur Angriffserkennung im Sinne des § 2 Absatz 9b des BSI-Gesetzes einsetzen. Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste mit erhöhtem Gefährdungspotenzial haben entsprechende Systeme zur Angriffserkennung einzusetzen. Die eingesetzten Systeme zur Angriffserkennung müssen in der Lage sein, durch kontinuierliche und automatische Erfassung und Auswertung Gefahren oder Bedrohungen zu erkennen. Sie sollen zudem in der Lage sein, erkannte Gefahren oder Bedrohungen abzuwenden und für eingetretene Störungen geeignete Beseitigungsmaßnahmen vorsehen. Weitere Einzelheiten kann die Bundesnetzagentur im Katalog von Sicherheitsanforderungen nach § 166 festlegen.	(3) Als eine angemessene Maßnahme im Sinne des Absatzes 2 können Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Systeme zur Angriffserkennung im Sinne des § 2 Absatz 9b des BSI-Gesetzes einsetzen. Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste mit erhöhtem Gefährdungspotenzial haben entsprechende Systeme zur Angriffserkennung einzusetzen. Die eingesetzten Systeme zur Angriffserkennung müssen in der Lage sein, durch kontinuierliche und automatische Erfassung und Auswertung Gefahren oder Bedrohungen zu erkennen. Sie sollen zudem in der Lage sein, erkannte Gefahren oder Bedrohungen abzuwenden und für eingetretene Störungen geeignete Beseitigungsmaßnahmen vorsehen. Weitere Einzelheiten kann die Bundesnetzagentur im Katalog von Sicherheitsanforderungen nach § 167 festlegen.
(4) Kritische Komponenten im Sinne des § 2 Absatz 13 des BSI-Gesetzes dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie von einer anerkannten Prüfstelle überprüft und von einer anerkannten Zertifizierungsstelle zertifiziert wurden.	(4) Kritische Komponenten im Sinne von § 2 Absatz 13 des BSI-Gesetzes dürfen von einem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze mit erhöhtem Gefährdungspotenzial nur eingesetzt werden, wenn sie vor dem erstmaligen Einsatz von einer anerkannten Zertifizierungsstelle überprüft und zertifiziert wurden.
(5) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat Maßnahmen zu treffen, um den ordnungsgemäßen Betrieb seiner Netze zu gewährleisten und dadurch die fortlaufende Verfügbarkeit der über diese Netze erbrachten Dienste sicherzustellen.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Technische Vorkehrungen und sonstige Schutzmaßnahmen sind angemessen, wenn der dafür erforderliche technische und wirtschaftliche Aufwand nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der zu schützenden Telekommunikationsnetze oder -dienste steht. § 62 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes gilt entsprechend.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Bei gemeinsamer Nutzung eines Standortes oder technischer Einrichtungen hat jeder Beteiligte die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 zu erfüllen, soweit bestimmte Verpflichtungen nicht einem bestimmten Beteiligten zugeordnet werden können.	(7) Bei gemeinsamer Nutzung eines Standortes oder technischer Einrichtungen hat jeder Beteiligte die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 5 zu erfüllen, soweit bestimmte Verpflichtungen nicht einem bestimmten Beteiligten zugeordnet werden können.
(8) Im Falle des Eintritts eines Sicherheitsvorfalls oder der Feststellung einer erheblichen Gefahr kann die Bundesnetzagentur Maßnahmen zur Behebung des Sicherheitsvorfalls oder zur Abwendung der Gefahr und deren Umsetzungsfristen anordnen.	(8) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>(9) Die Bundesnetzagentur kann anordnen, dass sich die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 4 erfüllt sind. Unbeschadet von Satz 1 haben sich Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze mit erhöhtem Gefährdungspotenzial alle zwei Jahre einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde zu unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 4 erfüllt sind. Die Bundesnetzagentur legt den Zeitpunkt der erstmaligen Überprüfung fest. Der nach den Sätzen 1 und 2 Verpflichtete hat eine Kopie des Überprüfungsberichts unverzüglich an die Bundesnetzagentur und an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, sofern dieses die Überprüfung nicht vorgenommen hat, zu übermitteln. Er trägt die Kosten dieser Überprüfung. Die Bewertung der Überprüfung sowie eine diesbezügliche Feststellung von Sicherheitsmängeln im Sicherheitskonzept nach § 165 erfolgt durch die Bundesnetzagentur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.</p>	<p>(9) Die Bundesnetzagentur kann anordnen, dass sich die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 7 erfüllt sind. Unbeschadet von Satz 1 haben sich Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze mit erhöhtem Gefährdungspotenzial alle zwei Jahre einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde zu unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 7 erfüllt sind. Die Bundesnetzagentur legt den Zeitpunkt der erstmaligen Überprüfung fest. Der nach den Sätzen 1 und 2 Verpflichtete hat eine Kopie des Überprüfungsberichts unverzüglich an die Bundesnetzagentur und an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, sofern dieses die Überprüfung nicht vorgenommen hat, zu übermitteln. Er trägt die Kosten dieser Überprüfung. Die Bewertung der Überprüfung sowie eine diesbezügliche Feststellung von Sicherheitsmängeln im Sicherheitskonzept nach § 166 erfolgt durch die Bundesnetzagentur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.</p>
<p>(10) Über aufgedeckte Mängel bei der Erfüllung der Sicherheitsanforderungen in der Informationstechnik sowie die in diesem Zusammenhang von der Bundesnetzagentur geforderten Abhilfemaßnahmen unterrichtet die Bundesnetzagentur unverzüglich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.</p>	<p>(10) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(11) Die Bundesnetzagentur kann zur Unterstützung ein Computer-Notfallteam gemäß Artikel 9 der Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (ABl. L 194 vom 19.7.2016, S. 1; L 33 vom 7.2.2018, S. 5) im Rahmen der zugewiesenen Aufgaben in Anspruch nehmen. Die Bundesnetzagentur kann ferner das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die zuständigen nationalen Strafverfolgungsbehörden und die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit konsultieren.</p>	<p>(11) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 165	§ 166
Sicherheitsbeauftragter und Sicherheitskonzept	Sicherheitsbeauftragter und Sicherheitskonzept
(1) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat	(1) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat
1. einen Sicherheitsbeauftragten zu bestimmen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. einen in der Europäischen Union ansässigen Ansprechpartner zu benennen und	2. u n v e r ä n d e r t
3. ein Sicherheitskonzept zu erstellen, aus dem hervorgeht,	3. ein Sicherheitskonzept zu erstellen, aus dem hervorgeht,
a) welches öffentliche Telekommunikationsnetz betrieben wird und welche öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienste erbracht werden,	a) u n v e r ä n d e r t
b) von welchen Gefährdungen auszugehen ist und	b) u n v e r ä n d e r t
c) welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Schutzmaßnahmen zur Erfüllung der durch die Vorgaben des Katalogs von Sicherheitsanforderungen nach § 166 konkretisierten Verpflichtungen aus § 162 Absatz 1 bis 4 getroffen oder geplant sind; sofern der Katalog lediglich Sicherheitsziele vorgibt, ist darzulegen, dass mit den ergriffenen Maßnahmen das jeweilige Sicherheitsziel vollumfänglich erreicht wird.	c) welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Schutzmaßnahmen zur Erfüllung der durch die Vorgaben des Katalogs von Sicherheitsanforderungen nach § 165 konkretisierten Verpflichtungen aus § 165 Absatz 1 bis 7 getroffen oder geplant sind; sofern der Katalog lediglich Sicherheitsziele vorgibt, ist darzulegen, dass mit den ergriffenen Maßnahmen das jeweilige Sicherheitsziel vollumfänglich erreicht wird.
(2) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat der Bundesnetzagentur das Sicherheitskonzept unverzüglich nach der Aufnahme des Netzbetriebs vorzulegen. Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, kann von der Bundesnetzagentur verpflichtet werden, das Sicherheitskonzept vorzulegen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Mit dem Sicherheitskonzept ist eine Erklärung vorzulegen, dass die in dem Sicherheitskonzept aufgezeigten technischen Vorkehrungen und sonstigen Schutzmaßnahmen umgesetzt sind oder unverzüglich umgesetzt werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Stellt die Bundesnetzagentur im Sicherheitskonzept oder bei dessen Umsetzung Sicherheitsmängel fest, so kann sie die unverzügliche Beseitigung dieser Mängel verlangen. Sofern sich die dem Sicherheitskonzept zugrunde liegenden Gegebenheiten ändern, hat der	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
nach Absatz 2 Verpflichtete das Sicherheitskonzept unverzüglich nach der Änderung anzupassen und der Bundesnetzagentur unverzüglich nach erfolgter Anpassung unter Hinweis auf die Änderungen erneut vorzulegen.	
(5) Die Bundesnetzagentur überprüft regelmäßig die Umsetzung des Sicherheitskonzepts. Die Überprüfung soll mindestens alle zwei Jahre erfolgen.	(5) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 166	§ 167
Katalog von Sicherheitsanforderungen	Katalog von Sicherheitsanforderungen
(1) Die Bundesnetzagentur legt im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit durch Allgemeinverfügung in einem Katalog von Sicherheitsanforderungen für das Betreiben von Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen sowie für die Verarbeitung personenbezogener Daten fest:	(1) Die Bundesnetzagentur legt im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit durch Allgemeinverfügung in einem Katalog von Sicherheitsanforderungen für das Betreiben von Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen sowie für die Verarbeitung personenbezogener Daten fest:
1. Einzelheiten der nach § 162 Absatz 1 bis 4 zu treffenden technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen unter Beachtung der verschiedenen Gefährdungspotenziale der öffentlichen Telekommunikationsnetze und öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienste,	1. Einzelheiten der nach § 165 Absatz 1 bis 7 zu treffenden technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen unter Beachtung der verschiedenen Gefährdungspotenziale der öffentlichen Telekommunikationsnetze und öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienste,
2. welche Funktionen kritische Funktionen im Sinne von § 2 Absatz 13 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b des BSI-Gesetzes sind, die von kritischen Komponenten im Sinne von § 2 Absatz 13 des BSI-Gesetzes realisiert werden, und	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
3. wer als Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und als Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste mit erhöhtem Gefährdungspotenzial einzustufen ist.	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
Der Katalog von Sicherheitsanforderungen nach Satz 1 kann auch Anforderungen zur Offenlegung und Interoperabilität von Schnittstellen von Netzkomponenten einschließlich einzuhaltender technischer Standards enthalten. Die Bundesnetzagentur gibt den Herstellern, den Verbänden der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und den Verbänden der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Gelegenheit zur Stellungnahme.	Der Katalog von Sicherheitsanforderungen nach Satz 1 kann auch Anforderungen zur Offenlegung und Interoperabilität von Schnittstellen von Netzkomponenten einschließlich einzuhaltender technischer Standards enthalten. Die Bundesnetzagentur gibt den Herstellern, den Verbänden der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und den Verbänden der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Gelegenheit zur Stellungnahme.
(2) Die Verpflichteten haben die Vorgaben des Katalogs spätestens ein Jahr nach dessen Inkrafttreten zu erfüllen, es sei denn, in dem Katalog ist eine davon abweichende Umsetzungsfrist festgelegt worden.	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 167	§ 168
Mitteilung eines Sicherheitsvorfalls	u n v e r ä n d e r t
(1) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat der Bundesnetzagentur und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik einen Sicherheitsvorfall mit beträchtlichen Auswirkungen auf den Betrieb der Netze oder die Erbringung der Dienste unverzüglich mitzuteilen. § 42 Absatz 4 und § 43 Absatz 4 des Bundesdatenschutzgesetzes gelten entsprechend.	
(2) Das Ausmaß der Auswirkungen eines Sicherheitsvorfalls ist – sofern verfügbar – insbesondere anhand folgender Kriterien zu bewerten:	
1. die Zahl der von dem Sicherheitsvorfall betroffenen Nutzer,	
2. die Dauer des Sicherheitsvorfalls,	
3. die geographische Ausdehnung des von dem Sicherheitsvorfall betroffenen Gebiets,	
4. das Ausmaß der Beeinträchtigung des Telekommunikationsnetzes oder des Dienstes,	
5. das Ausmaß der Auswirkungen auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeiten.	
(3) Die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 muss die folgenden Angaben enthalten:	
1. Angaben zu dem Sicherheitsvorfall,	
2. Angaben zu den Kriterien nach Absatz 2,	
3. Angaben zu den betroffenen Systemen sowie	
4. Angaben zu der vermuteten oder tatsächlichen Ursache.	
(4) Die Bundesnetzagentur legt Einzelheiten des Mitteilungsverfahrens fest. Die Bundesnetzagentur kann einen detaillierten Bericht über den Sicherheitsvorfall und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen verlangen.	
(5) Erforderlichenfalls unterrichtet die Bundesnetzagentur die nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit über den Sicherheitsvorfall. Die Bundesnetzagentur kann die Öffentlichkeit unterrichten oder die nach Absatz 1 Satz 1 Verpflichteten zu dieser Unterrichtung	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
verpflichten, wenn sie zu dem Schluss gelangt, dass die Bekanntgabe des Sicherheitsvorfalls im öffentlichen Interesse liegt.	
(6) Im Falle einer besonderen und erheblichen Gefahr eines Sicherheitsvorfalls informieren die nach Absatz 1 Satz 1 Verpflichteten die von dieser Gefahr potenziell betroffenen Nutzer über alle möglichen Schutz- oder Abhilfemaßnahmen, die von den Nutzern ergriffen werden können sowie gegebenenfalls auch über die Gefahr selbst. § 8e des BSI-Gesetzes gilt entsprechend.	
(7) Die Bundesnetzagentur legt der Kommission, der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik einmal pro Jahr einen zusammenfassenden Bericht über die eingegangenen Meldungen und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen vor.	
§ 168	§ 169
Daten- und Informationssicherheit	u n v e r ä n d e r t
(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich die Bundesnetzagentur und die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von der Verletzung zu benachrichtigen. Ist anzunehmen, dass durch die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten Endnutzer oder andere Personen schwerwiegend in ihren Rechten oder schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt werden, hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Betroffenen unverzüglich von dieser Verletzung zu benachrichtigen. In Fällen, in denen in dem Sicherheitskonzept nachgewiesen wurde, dass die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten durch geeignete technische Vorkehrungen gesichert, insbesondere unter Anwendung eines als sicher anerkannten Verschlüsselungsverfahrens gespeichert wurden, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich. Unabhängig von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur den Anbieter des Telekommunikationsdienstes unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen nachteiligen Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu einer Benachrichtigung der Betroffenen verpflichten. Im Übrigen gelten § 42 Absatz 4 und § 43 Absatz 4 des Bundesdatenschutzgesetzes entsprechend.	
(2) Die Benachrichtigung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 muss mindestens enthalten:	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. die Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten,	
2. Angaben zu den Kontaktstellen, bei denen weitere Informationen erhältlich sind, und	
3. Empfehlungen zu Maßnahmen, die mögliche nachteilige Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten begrenzen.	
In der Benachrichtigung an die Bundesnetzagentur und die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und die beabsichtigten oder ergriffenen Maßnahmen darzulegen.	
(3) Die Anbieter der Telekommunikationsdienste haben ein Verzeichnis der Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu führen, das Angaben zu Folgendem enthält:	
1. den Umständen der Verletzungen,	
2. den Auswirkungen der Verletzungen und	
3. den ergriffenen Abhilfemaßnahmen.	
Diese Angaben müssen ausreichend sein, um der Bundesnetzagentur und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die Prüfung zu ermöglichen, ob die Absätze 1 und 2 eingehalten wurden. Das Verzeichnis enthält nur die zu diesem Zweck erforderlichen Informationen und muss nicht Verletzungen berücksichtigen, die mehr als fünf Jahre zurückliegen.	
(4) Werden dem Anbieter des Telekommunikationsdienstes nach Absatz 1 Satz 1 Störungen bekannt, die von Datenverarbeitungssystemen der Nutzer ausgehen, so hat er die Nutzer, soweit ihm diese bereits bekannt sind, unverzüglich darüber zu benachrichtigen. Soweit technisch möglich und zumutbar, hat er die Nutzer auf angemessene, wirksame und zugängliche technische Mittel hinzuweisen, mit denen sie diese Störungen erkennen und beseitigen können. Der Anbieter des Telekommunikationsdienstes darf die Teile des Datenverkehrs von und zu einem Nutzer, von denen eine Störung ausgeht, umleiten, soweit dies erforderlich ist, um den Nutzer über die Störungen benachrichtigen zu können.	
(5) Wird der Anbieter des Telekommunikationsdienstes nach Absatz 1 Satz 1 vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik über konkrete er-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>hebliche Gefahren informiert, die von Datenverarbeitungssystemen der Nutzer ausgehen oder diese betreffen, so hat er die betroffenen Nutzer, soweit ihm diese bekannt sind, unverzüglich darüber zu benachrichtigen. Soweit technisch möglich und zumutbar, hat er die Nutzer auf angemessene, wirksame und zugängliche technische Mittel hinzuweisen, mit denen sie diese Gefahren erkennen und ihnen vorbeugen können. Werden dem Anbieter des Telekommunikationsdienstes nach Absatz 1 Satz 1 Gefahren bekannt, die von Datenverarbeitungssystemen der Nutzer ausgehen oder diese betreffen, so kann er die Nutzer, soweit ihm diese bekannt sind, darüber benachrichtigen. Soweit technisch möglich und zumutbar, kann er die Nutzer auf angemessene, wirksame und zugängliche technische Mittel hinweisen, mit denen sie diese Gefahren erkennen und ihnen vorbeugen können.</p>	
<p>(6) Der Anbieter des Telekommunikationsdienstes darf im Falle einer Störung die Nutzung des Telekommunikationsdienstes bis zur Beendigung der Störung einschränken, umleiten oder unterbinden, soweit dies erforderlich ist, um die Beeinträchtigung der Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme des Anbieters des Telekommunikationsdienstes, eines Nutzers im Sinne des Absatzes 4 oder anderer Nutzer zu beseitigen oder zu verhindern und der Nutzer die Störung nicht unverzüglich selbst beseitigt oder zu erwarten ist, dass der Nutzer die Störung selbst nicht unverzüglich beseitigt.</p>	
<p>(7) Der Anbieter des Telekommunikationsdienstes darf den Datenverkehr von und zu Störungsquellen einschränken, umleiten oder unterbinden, soweit dies zur Vermeidung von Störungen in den Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen der Nutzer erforderlich ist.</p>	
<p>(8) Vorbehaltlich technischer Durchführungsmaßnahmen der Kommission nach Artikel 4 Absatz 5 der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37; L 241 vom 10.9.2013, S. 9; L 162 vom 23.6.2017, S. 56), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/136/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11) geändert worden ist, kann die Bundesnetzagentur Leitlinien vorgeben bezüglich des Formats, der Verfahrensweise und der Umstände, unter denen eine Benachrichtigung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten erforderlich ist.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 169	§ 170
Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen, Erteilung von Auskünften	Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen, Erteilung von Auskünften
(1) Wer eine Telekommunikationsanlage betreibt, mit der öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbracht werden, hat	(1) Wer eine Telekommunikationsanlage betreibt, mit der öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbracht werden, hat
1. ab dem Zeitpunkt der Betriebsaufnahme auf eigene Kosten technische Einrichtungen zur Umsetzung gesetzlich vorgesehener Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation vorzuhalten und organisatorische Vorkehrungen für deren unverzügliche Umsetzung zu treffen,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
2. in Fällen, in denen die Überwachbarkeit nur durch das Zusammenwirken von zwei oder mehreren Telekommunikationsanlagen eines oder mehrerer Betreiber sichergestellt werden kann, ab dem Zeitpunkt der Betriebsaufnahme die dazu erforderlichen automatischen Steuerungsmöglichkeiten zur Erfassung und Ausleitung der zu überwachenden Telekommunikation in seiner Telekommunikationsanlage bereitzustellen sowie eine derartige Steuerung zu ermöglichen,	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
3. der Bundesnetzagentur unverzüglich nach der Betriebsaufnahme	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
a) mitzuteilen, dass er die Vorkehrungen nach Nummer 1 getroffen hat, sowie	
b) einen Zustellungsbevollmächtigten im Inland zu benennen, bei dem die Zustellung für ihn bestimmter Anordnungen zur Überwachung der Telekommunikation sowie damit zusammenhängender Verfügungen und Schriftstücke bewirkt werden kann,	
4. der Bundesnetzagentur den unentgeltlichen Nachweis zu erbringen, dass seine technischen Einrichtungen und organisatorischen Vorkehrungen nach Nummer 1 mit den Vorschriften der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6 übereinstimmen; dazu hat er unverzüglich, spätestens einen Monat nach Betriebsaufnahme,	4. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
a) der Bundesnetzagentur die Unterlagen zu übersenden, die dort für die Vorbereitung der im Rahmen des Nachweises von der Bundesnetzagentur durchzuführenden Prüfungen erforderlich sind, und	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
b) mit der Bundesnetzagentur einen Prüftermin für die Erbringung dieses Nachweises zu vereinbaren;	
bei den für den Nachweis erforderlichen Prüfungen hat er die Bundesnetzagentur zu unterstützen,	
5. der Bundesnetzagentur auf deren besondere Aufforderung insbesondere zur Beseitigung von Fehlfunktionen eine erneute unentgeltliche Prüfung seiner technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu gestatten sowie	5. u n v e r ä n d e r t
6. die Aufstellung und den Betrieb von technischen Mitteln der zur Überwachung der Telekommunikation berechtigten Stellen für die Durchführung von Maßnahmen nach den §§ 3, 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes oder nach den §§ 6, 12 und 14 des BND-Gesetzes in seinen Räumen zu dulden und Bediensteten der für diese Maßnahmen zuständigen Stelle sowie bei Maßnahmen nach den §§ 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes den Mitgliedern und Mitarbeitern der G 10-Kommission (§ 1 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes) Zugang zu diesen technischen Mitteln zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu gewähren.	6. die Aufstellung und den Betrieb von technischen Mitteln der zur Überwachung der Telekommunikation berechtigten Stellen für die Durchführung von Maßnahmen nach den §§ 3, 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes oder nach den §§ 6, 12 und 14 des BND-Gesetzes in seinen Räumen zu dulden und Bediensteten der für diese Maßnahmen zuständigen Stelle sowie bei Maßnahmen nach den §§ 3, 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes den Mitgliedern und Mitarbeitern der G 10-Kommission (§ 1 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes) Zugang zu diesen technischen Mitteln zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu gewähren.
(2) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt und sich hierfür eines Betreibers einer Telekommunikationsanlage bedient, hat	(2) u n v e r ä n d e r t
1. sich bei der Auswahl des Betreibers der dafür genutzten Telekommunikationsanlage zu vergewissern, dass dieser Anordnungen zur Überwachung der Telekommunikation unverzüglich nach Maßgabe des Absatzes 1 sowie der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6 umsetzen kann, und	
2. der Bundesnetzagentur unverzüglich nach Aufnahme seines Dienstes mitzuteilen,	
a) welche Telekommunikationsdienste er erbringt,	
b) durch wen Überwachungsanordnungen, die seine Nutzer betreffen, umgesetzt werden und	
c) an welche im Inland gelegene Stelle die Zustellung von Anordnungen zur Überwachung der Telekommunikation sowie damit zusammenhängender Verfügungen und Schriftstücke bewirkt werden kann.	
(3) Änderungen der den Mitteilungen nach Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b und Absatz 2	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Nummer 2 zugrunde liegenden Daten sind der Bundesnetzagentur unverzüglich mitzuteilen. In Fällen, in denen noch keine Vorschriften nach Absatz 6 vorhanden sind, hat der Verpflichtete die technischen Einrichtungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 in Absprache mit der Bundesnetzagentur zu gestalten, die entsprechende Festlegungen im Benehmen mit den berechtigten Stellen trifft.	
(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit die Rechtsverordnung nach Absatz 5 Ausnahmen für die Telekommunikationsanlage vorsieht. § 100a Absatz 4 Satz 1 der Strafprozessordnung, § 2 Absatz 1 Satz 3 des Artikel 10-Gesetzes, § 51 Absatz 6 Satz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes, § 8 Absatz 1 Satz 1 des BND-Gesetzes sowie entsprechende landesgesetzliche Regelungen zur polizeilich-präventiven Telekommunikationsüberwachung bleiben unberührt.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates	(5) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates
1. Regelungen zu treffen	1. Regelungen zu treffen
a) über die grundlegenden technischen Anforderungen und die organisatorischen Eckpunkte für die Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen und die Erteilung von Auskünften einschließlich der Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen und der Erteilung von Auskünften durch einen von dem Verpflichteten beauftragten Erfüllungsgehilfen und der Speicherung von Anordnungsdaten sowie zu den Mitwirkungspflichten bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten nach § 170,	a) über die grundlegenden technischen Anforderungen und die organisatorischen Eckpunkte für die Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen und die Erteilung von Auskünften einschließlich der Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen und der Erteilung von Auskünften durch einen von dem Verpflichteten beauftragten Erfüllungsgehilfen und der Speicherung von Anordnungsdaten sowie zu den Mitwirkungspflichten bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten nach § 171,
b) über den Regelungsrahmen für die Technische Richtlinie nach Absatz 6,	b) u n v e r ä n d e r t
c) für den Nachweis nach Absatz 1 Nummer 4 und 5 und	c) für den Nachweis nach Absatz 1 Nummer 4,
	d) für die erneute Prüfung nach Absatz 1 Nummer 5,
d) für die nähere Ausgestaltung der Duldungsverpflichtung nach Absatz 1 Nummer 6 <i>so wie</i>	e) für die nähere Ausgestaltung der Duldungsverpflichtung nach Absatz 1 Nummer 6 und
	f) für die nähere Ausgestaltung der Sicherstellungspflichten nach Absatz 11 sowie
2. zu bestimmen,	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
a) in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen vorübergehend auf die Einhaltung bestimmter technischer Vorgaben verzichtet werden kann,	
b) dass die Bundesnetzagentur aus technischen Gründen Ausnahmen von der Erfüllung einzelner technischer Anforderungen zulassen kann und	
c) bei welchen Telekommunikationsanlagen und damit erbrachten Telekommunikationsdiensten aus grundlegenden technischen Erwägungen oder aus Gründen der Verhältnismäßigkeit abweichend von Absatz 1 Nummer 1 keine technischen Einrichtungen vorgehalten und keine organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden müssen.	
(6) Die Bundesnetzagentur legt technische Einzelheiten zur Umsetzung von Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation, insbesondere technische Einzelheiten, die zur Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der zu überwachenden Telekommunikation und zur Auskunftserteilung sowie zur Gestaltung des Übergabepunktes zu den berechtigten Stellen und zur Speicherung der Anordnungsdaten sowie zu den Mitwirkungspflichten bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten nach § 170 erforderlich sind, in einer im Benehmen mit den berechtigten Stellen und unter Beteiligung der Verbände und der Hersteller zu erstellenden Technischen Richtlinie fest. Dabei sind internationale technische Standards zu berücksichtigen; Abweichungen von den Standards sind zu begründen.	(6) Die Bundesnetzagentur legt technische Einzelheiten zur Umsetzung von Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation, insbesondere technische Einzelheiten, die zur Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der zu überwachenden Telekommunikation und zur Auskunftserteilung sowie zur Gestaltung des Übergabepunktes zu den berechtigten Stellen und zur Speicherung der Anordnungsdaten sowie zu den Mitwirkungspflichten bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten nach § 171 erforderlich sind, in einer im Benehmen mit den berechtigten Stellen und unter Beteiligung der Verbände und der Hersteller zu erstellenden Technischen Richtlinie fest. Dabei sind internationale technische Standards zu berücksichtigen; Abweichungen von den Standards sind zu begründen.
(7) Wer technische Einrichtungen zur Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen herstellt oder vertreibt, kann von der Bundesnetzagentur verlangen, dass sie diese Einrichtungen im Rahmen einer Typmusterprüfung im Zusammenwirken mit bestimmten Telekommunikationsanlagen daraufhin prüft, ob die rechtlichen und technischen Vorschriften der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6 erfüllt werden. Die Bundesnetzagentur kann nach pflichtgemäßem Ermessen vorübergehend Abweichungen von den technischen Vorgaben zulassen, sofern die Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich sichergestellt ist und sich ein nur unwesentlicher Anpassungsbedarf bei den Einrichtungen der berechtigten Stellen ergibt. Die Bundesnetzagentur hat dem Hersteller oder Vertreiber das Prüfergebnis schriftlich mitzuteilen. Die Prüfergebnisse werden von	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>der Bundesnetzagentur bei dem Nachweis der Übereinstimmung der technischen Einrichtungen mit den anzuwendenden technischen Vorschriften beachtet, den der Verpflichtete nach Absatz 1 Nummer 4 zu erbringen hat. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vor Inkrafttreten dieser Vorschrift ausgesprochenen Zustimmungen zu den von Herstellern vorgestellten Rahmenkonzepten gelten als Mitteilungen im Sinne des Satzes 3.</p>	
<p>(8) Wer nach Absatz 1 oder 2 in Verbindung mit der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6 verpflichtet ist, Vorkehrungen zu treffen, hat die Anforderungen spätestens ein Jahr, nachdem sie für ihn Geltung erlangen, zu erfüllen, sofern dort nicht für bestimmte Verpflichtungen ein längerer Zeitraum festgelegt ist. Nach dieser Richtlinie gestaltete mängelfreie technische Einrichtungen für bereits vom Verpflichteten angebotene Telekommunikationsdienste müssen im Falle einer Änderung der Richtlinie spätestens drei Jahre nach deren Inkrafttreten die geänderten Anforderungen erfüllen. Stellt sich bei dem Nachweis nach Absatz 1 Nummer 4 oder einer erneuten Prüfung nach Absatz 1 Nummer 5 ein Mangel bei den von dem Verpflichteten getroffenen technischen oder organisatorischen Vorkehrungen heraus, hat er diesen Mangel nach Vorgaben der Bundesnetzagentur in angemessener Frist zu beseitigen; stellt sich im Betrieb, insbesondere anlässlich durchzuführender Überwachungsmaßnahmen, ein Mangel heraus, hat er diesen unverzüglich zu beseitigen. Sofern für die technische Einrichtung eine Typmusterprüfung nach Absatz 7 durchgeführt worden ist und dabei Fristen für die Beseitigung von Mängeln festgelegt worden sind, hat die Bundesnetzagentur diese Fristen bei ihren Vorgaben zur Mängelbeseitigung nach Satz 3 zu berücksichtigen.</p>	<p>(8) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(9) Jeder Betreiber einer Telekommunikationsanlage, der anderen im Rahmen seines Angebots für die Öffentlichkeit Netzabschlusspunkte seiner Telekommunikationsanlage überlässt, ist verpflichtet, den gesetzlich zur Überwachung der Telekommunikation berechtigten Stellen auf deren Anforderung Netzabschlusspunkte für die Übertragung der im Rahmen einer Überwachungsmaßnahme anfallenden Informationen unverzüglich und vorrangig bereitzustellen. Die technische Ausgestaltung derartiger Netzabschlusspunkte kann in einer Rechtsverordnung nach Absatz 5 geregelt werden. Für die Bereitstellung und Nutzung gelten mit Ausnahme besonderer Tarife oder Zuschläge für vorrangige oder vorzeitige Bereitstellung oder Entstörung</p>	<p>(9) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die jeweils für die Allgemeinheit anzuwendenden Tarife. Besondere vertraglich vereinbarte Rabatte bleiben von Satz 3 unberührt.	
(10) Telekommunikationsanlagen, die von den gesetzlich berechtigten Stellen betrieben werden und mittels derer in das Fernmeldegeheimnis oder in den Netzbetrieb eingegriffen werden soll, sind im Einvernehmen mit der Bundesnetzagentur technisch zu gestalten. Die Bundesnetzagentur hat sich gegenüber der berechtigten Stelle zu der technischen Gestaltung innerhalb angemessener Frist zu äußern.	(10) u n v e r ä n d e r t
	(11) Betreiber von öffentlichen Mobilfunknetzen, die Nutzer eines Betreibers von öffentlichen Mobilfunknetzen in der europäischen Union nach Absprache anschließen und zu dessen Telekommunikationsanlage vermitteln, haben bei der durch sie bereitzustellenden Überwachungskopie sicherzustellen, dass eine durch den ausländischen Betreiber netzseitig eingebrachte Verschlüsselung zu dessen Nutzern aufgehoben wird, soweit hierfür internationale technische Standards zur Verfügung stehen, die in der Technischen Richtlinie nach Absatz 6 beschrieben werden.
§ 170	§ 171
Mitwirkung bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten	Mitwirkung bei technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten
Jeder Betreiber eines öffentlichen Mobilfunknetzes hat nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 169 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 169 Absatz 6 <i>Folgendes zu ermöglichen:</i>	Jeder Betreiber eines öffentlichen Mobilfunknetzes hat den berechtigten Stellen nach § 100i Absatz 1 der Strafprozessordnung, § 53 des Bundeskriminalamtgesetzes, § 9 Absatz 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 5 des MAD-Gesetzes und § 5 des BND-Gesetzes, oder nach Landesrecht nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 170 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 170 Absatz 6 ohne dass dies dem Endnutzer bekannt wird,
1. den Einsatz von technischen Mitteln der berechtigten Stellen in seinem <i>Netz zur Ermittlung des Standortes von empfangsbereiten Mobilfunkendgeräten und zur Ermittlung von temporären oder dauerhaften Anschlusskennungen, die Mobilfunkendgeräten in seinem Netz zugewiesen sind, sowie</i>	1. den Einsatz von technischen Mitteln der berechtigten Stellen in seinem Mobilfunknetz zu ermöglichen, die der Ermittlung folgender Informationen von Mobilfunkendgeräten dienen:
	a) des Standortes,
	b) der Gerätenummer,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	c) der Kennung zur Identifizierung des Anschlusses und
	d) der temporären oder dauerhaften Kennungen, die Mobilfunkendgeräten in seinem Mobilfunknetz zugewiesen sind,
	sowie
2. eine automatisierte <i>Auskunftserteilung</i> über die temporär und dauerhaft in seinem <i>Netz</i> zugewiesenen <i>Anschlusskennungen</i> .	2. eine automatisierte Auskunft über die temporär und dauerhaft in seinem Mobilfunknetz zugewiesenen Kennungen unverzüglich zu erteilen .
§ 169 Absatz 10 gilt entsprechend.	§ 170 Absatz 10 gilt entsprechend. Verpflichtungen nach Maßgabe des § 170 bleiben unberührt. Die Benachrichtigung des Endnutzers erfolgt ausschließlich durch die für die Maßnahme zuständige Behörde nach den jeweils geltenden Vorschriften.
§ 171	§ 172
Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden	Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden
(1) Wer nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen bestehen, erbringt und dabei Rufnummern vergibt, hat für die Auskunftsverfahren nach den §§ 172 und 173 vor der Freischaltung folgende Daten zu erheben und unverzüglich zu speichern, auch, soweit diese Daten für betriebliche Zwecke nicht erforderlich sind:	(1) Wer nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste, Internetzugangsdienste oder Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen bestehen, erbringt und dabei Rufnummern oder andere Anschlusskennungen vergibt oder Telekommunikationsanschlüsse für von anderen vergebene Rufnummern oder andere Anschlusskennungen bereitstellt , hat für die Auskunftsverfahren nach den §§ 173 und 174 vor der Freischaltung folgende Daten zu erheben und unverzüglich zu speichern, auch, soweit diese Daten für betriebliche Zwecke nicht erforderlich sind:
1. die Rufnummern,	1. u n v e r ä n d e r t
2. andere von ihm vergebene Anschlusskennungen,	2. u n v e r ä n d e r t
3. den Namen und die Anschrift des Anschlussinhabers,	3. u n v e r ä n d e r t
4. bei natürlichen Personen deren Geburtsdatum,	4. u n v e r ä n d e r t
5. bei Festnetzanschlüssen die Anschrift des Anschlusses,	5. u n v e r ä n d e r t
6. in Fällen, in denen neben einem Mobilfunkanschluss auch ein Mobilfunkendgerät überlassen wird, die Gerätenummer dieses Gerätes sowie	6. u n v e r ä n d e r t
7. das Datum der Vergabe der Rufnummer und, soweit abweichend, das Datum des Vertragsbeginns.	7. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Das Datum der Beendigung der Zuordnung der Rufnummer und, sofern davon abweichend, das Datum des Vertragsendes sind bei Bekanntwerden ebenfalls zu speichern. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, sofern die Daten nicht in Endnutzerverzeichnisse eingetragen werden. Für das Auskunftsverfahren nach § 173 ist die Form der Datenspeicherung freigestellt.	Das Datum der Beendigung der Zuordnung der Rufnummer und, sofern davon abweichend, das Datum des Vertragsendes sind bei Bekanntwerden ebenfalls zu speichern. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, sofern die Daten nicht in Endnutzerverzeichnisse eingetragen werden. Für das Auskunftsverfahren nach § 174 ist die Form der Datenspeicherung freigestellt.
(2) Anbieter von im Voraus bezahlten Mobilfunkdiensten haben die Richtigkeit der nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 erhobenen Daten, sofern die Daten in den vorgelegten Dokumenten oder eingesehenen Registern oder Verzeichnissen enthalten sind, vor der Freischaltung zu überprüfen durch	(2) u n v e r ä n d e r t
1. Vorlage eines Ausweises im Sinne des § 2 Absatz 1 des Personalausweisgesetzes,	
2. Vorlage eines Passes im Sinne des § 1 Absatz 2 des Passgesetzes,	
3. Vorlage eines sonstigen gültigen amtlichen Ausweises, der ein Lichtbild des Inhabers enthält und mit dem die Pass- und Ausweispflicht im Inland erfüllt wird, wozu insbesondere auch ein nach ausländerrechtlichen Bestimmungen anerkannter oder zugelassener Pass, Personalausweis oder Pass- oder Ausweisersatz zählt,	
4. Vorlage eines Aufenthaltstitels,	
5. Vorlage eines Ankunftsnachweises nach § 63a Absatz 1 des Asylgesetzes oder einer Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung nach § 63 Absatz 1 des Asylgesetzes,	
6. Vorlage einer Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung nach § 60a Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes oder	
7. Vorlage eines Auszugs aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister oder einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis, der Gründungsdokumente oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente oder durch Einsichtnahme in diese Register oder Verzeichnisse und Abgleich mit den darin enthaltenen Daten, sofern es sich bei dem Anschlussinhaber um eine juristische Person oder Personengesellschaft handelt.	
Dazu darf ihnen abweichend von § 20 Absatz 2 Satz 2 des Personalausweisgesetzes und § 18 Absatz 3 Satz 2 des Passgesetzes ein Vertriebspartner eine elektronische Kopie des Personalausweises oder Reisepasses übersenden. Die Überprüfung kann auch durch andere geeignete Verfahren erfolgen; die Bundesnetzagentur	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>legt nach Anhörung der betroffenen Kreise fest, welche anderen Verfahren zur Überprüfung geeignet sind, wobei jeweils zum Zweck der Identifikation vor Freischaltung der vertraglich vereinbarten Mobilfunkdienstleistung ein Dokument im Sinne des Satzes 1 genutzt werden muss. Verpflichtete haben vor Nutzung anderer geeigneter Verfahren die Feststellung der Übereinstimmung eines Verfahrens mit der Festlegung der Bundesnetzagentur durch eine Konformitätsbewertungsstelle im Sinne der Begriffsbestimmung in Artikel 2 Nummer 13 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) nachzuweisen, die gemäß jener Verordnung als zur Durchführung der Konformitätsbewertung von anderen geeigneten Verfahren nach Satz 3 akkreditiert worden ist. Die Feststellung darf bei Nutzung des Verfahrens nicht älter als 24 Monate sein. Bei der Überprüfung ist die Art des eingesetzten Verfahrens zu speichern; bei Überprüfung mittels eines Dokumentes im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 bis 6 sind ferner Angaben zu Art, Nummer und ausstellender Stelle zu speichern. Für die Identifizierung anhand eines elektronischen Identitätsnachweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes, nach § 12 des eID-Karte-Gesetzes oder nach § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes gilt § 8 Absatz 2 Satz 5 des Geldwäschegesetzes entsprechend.</p>	
<p>(3) Die Verpflichtung zur unverzüglichen Speicherung nach Absatz 1 Satz 1 gilt hinsichtlich der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3 entsprechend für denjenigen, der nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste erbringt und dabei Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3 erhebt, wobei an die Stelle der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 die entsprechenden Kennungen des Dienstes und an die Stelle des Anschlussinhabers nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 der Nutzer des Dienstes tritt.</p>	<p>(3) Die Verpflichtung zur unverzüglichen Speicherung nach Absatz 1 Satz 1 gilt hinsichtlich der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 3, 4 und 7 entsprechend für denjenigen, der nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste erbringt und dabei Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 3, 4 und 7 erhebt, wobei an die Stelle der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 die entsprechenden Kennungen des Dienstes und an die Stelle des Anschlussinhabers nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 der Nutzer des Dienstes tritt.</p>
<p>(4) Wird dem Verpflichteten nach den Absätzen 1 bis 3 eine Änderung bekannt, hat er die Daten unverzüglich zu berichtigen.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Bedient sich ein Verpflichteter nach den Absätzen 1 bis 3 zur Erhebung der Daten nach Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 3 oder Überprüfung der Daten nach Absatz 2 eines Dritten, bleibt er für die Erfüllung der Pflichten nach den Absätzen 1 bis 3 verantwortlich. Es ist dem Dritten verboten, unrichtige Daten zu verwenden oder zu verarbeiten. Werden dem Dritten im</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Rahmen des üblichen Geschäftsablaufes Änderungen der Daten nach Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 3 bekannt, hat er diese dem Anbieter des Telekommunikationsdienstes unverzüglich zu übermitteln.	
(6) Die Daten nach den Absätzen 1 bis 3 sind mit Ablauf des auf die Beendigung des Vertragsverhältnisses folgenden Kalenderjahres zu löschen.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Eine Entschädigung für die Datenerhebung und -speicherung wird nicht gewährt.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 172	§ 173
Automatisiertes Auskunftsverfahren	Automatisiertes Auskunftsverfahren
(1) Wer nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen bestehen, erbringt und dabei Rufnummern vergibt, hat die nach § 169 Absatz 1, 2 und § 171 Absatz 4 erhobenen Daten unverzüglich in Kundendateien zu speichern, in die auch Rufnummern und Rufnummernkontingente, die zur weiteren Vermarktung oder sonstigen Nutzung an andere Anbieter von Telekommunikationsdiensten vergeben werden, sowie bei portierten Rufnummern die aktuelle Portierungskennung aufzunehmen sind. Der Verpflichtete kann auch eine andere Stelle nach Maßgabe des Artikels 28 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) beauftragen, die Kundendateien zu führen. Für die Berichtigung und Löschung der in den Kundendateien gespeicherten Daten gilt § 171 Absatz 4 und 6 entsprechend. In Fällen portierter Rufnummern sind die Rufnummer und die zugehörige Portierungskennung erst nach Ablauf des Jahres zu löschen, das dem Zeitpunkt folgt, zu dem die Rufnummer wieder an den Netzbetreiber zurückgegeben wurde, dem sie ursprünglich zugeteilt worden war.	(1) Wer nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen bestehen, erbringt und dabei Rufnummern vergibt, hat die nach § 172 Absatz 1, 2 und 4 erhobenen Daten unverzüglich in Kundendateien zu speichern, in die auch Rufnummern und Rufnummernkontingente, die zur weiteren Vermarktung oder sonstigen Nutzung an andere Anbieter von Telekommunikationsdiensten vergeben werden, sowie bei portierten Rufnummern die aktuelle Portierungskennung aufzunehmen sind. Der Verpflichtete kann auch eine andere Stelle nach Maßgabe des Artikels 28 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) beauftragen, die Kundendateien zu führen. Für die Berichtigung und Löschung der in den Kundendateien gespeicherten Daten gilt § 172 Absatz 4 und 6 entsprechend. In Fällen portierter Rufnummern sind die Rufnummer und die zugehörige Portierungskennung erst nach Ablauf des Jahres zu löschen, das dem Zeitpunkt folgt, zu dem die Rufnummer wieder an den Netzbetreiber zurückgegeben wurde, dem sie ursprünglich zugeteilt worden war.
(2) Der Verpflichtete hat zu gewährleisten, dass	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die Bundesnetzagentur jederzeit Daten aus den Kundendateien automatisiert im Inland abrufen kann,	
2. der Abruf von Daten unter Verwendung unvollständiger Abfragedaten oder die Suche mittels einer Ähnlichenfunktion erfolgen kann.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Der Verpflichtete und sein Beauftragter haben durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass ihnen die abgerufenen Daten nicht zur Kenntnis gelangen können.	
(3) Die Bundesnetzagentur darf Daten aus den Kundendateien nur abrufen, soweit die Kenntnis der Daten erforderlich ist	(3) u n v e r ä n d e r t
1. für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Verstößen nach diesem Gesetz oder nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb,	
2. für die Erledigung von Auskunftersuchen der in Absatz 4 genannten Stellen.	
Die ersuchende Stelle prüft unverzüglich, inwieweit sie die als Antwort übermittelten Daten benötigt; nicht benötigte Daten löscht sie unverzüglich; dies gilt auch für die Bundesnetzagentur für den Abruf von Daten nach Satz 1 Nummer 1.	
(4) Auskünfte aus den Kundendateien nach Absatz 1 werden den folgenden Stellen nach Absatz 7 jederzeit erteilt, soweit die Auskünfte zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind und die Ersuchen an die Bundesnetzagentur im automatisierten Auskunftsverfahren vorgelegt werden:	(4) Auskünfte aus den Kundendateien nach Absatz 1 werden den folgenden Stellen nach Absatz 7 jederzeit erteilt, soweit die Auskünfte zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind und die Ersuchen an die Bundesnetzagentur im automatisierten Auskunftsverfahren vorgelegt werden:
1. den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden,	1. u n v e r ä n d e r t
2. den Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder für Zwecke der Gefahrenabwehr,	2. u n v e r ä n d e r t
3. dem Zollkriminalamt und den Zollfahndungsämtern für Zwecke eines Strafverfahrens sowie dem Zollkriminalamt zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen nach § 23a des Zollfahndungsdienstgesetzes,	3. u n v e r ä n d e r t
4. den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundesnachrichtendienst,	4. u n v e r ä n d e r t
5. den Notrufabfragestellen nach § 163 sowie der Abfragestelle für die Rufnummer 124 124,	5. den Notrufabfragestellen nach § 164 sowie der Abfragestelle für die Rufnummer 124 124,
6. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,	6. u n v e r ä n d e r t
7. den Behörden der Zollverwaltung für die in § 2 Absatz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes genannten Zwecke über zentrale Abfragestellen,	7. u n v e r ä n d e r t
8. den nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen	8. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Behörden für die in § 2 Absatz 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes genannten Zwecke über zentrale Abfragestellen sowie	
9. den für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 81 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zuständigen Kartellbehörden.	9. u n v e r ä n d e r t
(5) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie dem Bundesministerium der Verteidigung eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen, in der Folgendes geregelt wird:	(5) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie dem Bundesministerium der Verteidigung eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen, in der Folgendes geregelt wird:
1. die wesentlichen Anforderungen an die technischen Verfahren	1. u n v e r ä n d e r t
a) zur Übermittlung der Ersuchen an die Bundesnetzagentur,	
b) zur Abfrage der Daten durch die Bundesnetzagentur bei den Verpflichteten und deren Antwort an die Bundesnetzagentur einschließlich der für die Abfrage zu verwendenden Datenarten und	
c) zur Übermittlung der Ergebnisse des Abrufs von der Bundesnetzagentur an die ersuchenden Stellen,	
2. die zu beachtenden Sicherheitsanforderungen,	2. u n v e r ä n d e r t
3. für Auskünfte und Abrufe mit unvollständigen Abfragedaten und für die Suche mittels einer Ähnlichenfunktion	3. u n v e r ä n d e r t
a) die Mindestanforderungen an den Umfang der einzugebenden Daten zur möglichst genauen Bestimmung der gesuchten Person,	
b) die Zeichen, die in Ersuchen verwendet werden dürfen,	
c) Anforderungen an den Einsatz sprachwissenschaftlicher Verfahren, die gewährleisten, dass unterschiedliche Schreibweisen eines Personen-, Straßen- oder Ortsnamens sowie Abweichungen, die sich aus der Vertauschung, Auslassung oder Hinzufügung von Namensbestandteilen ergeben, in die Suche und das Suchergebnis einbezogen werden,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
d) die zulässige Menge der an die Bundesnetzagentur zu übermittelnden Antwortdatensätze sowie	
4. wer abweichend von Absatz 1 Satz 1 aus Gründen der Verhältnismäßigkeit keine Kundendateien für das automatisierte Auskunftsverfahren vorhalten muss; in diesen Fällen gilt § 169 Absatz 1 Satz 4 entsprechend.	4. wer abweichend von Absatz 1 Satz 1 aus Gründen der Verhältnismäßigkeit keine Kundendateien für das automatisierte Auskunftsverfahren vorhalten muss; in diesen Fällen gilt § 172 Absatz 1 Satz 4 entsprechend.
Im Übrigen können in der Rechtsverordnung auch Einschränkungen der Abfragemöglichkeit für die in Absatz 4 Nummer 5 bis 9 genannten Stellen auf den für diese Stellen erforderlichen Umfang geregelt werden.	Im Übrigen können in der Rechtsverordnung auch Einschränkungen der Abfragemöglichkeit für die in Absatz 4 Nummer 5 bis 9 genannten Stellen auf den für diese Stellen erforderlichen Umfang geregelt werden.
(6) Die technischen Einzelheiten des automatisierten <i>Abrufverfahrens</i> legt die Bundesnetzagentur unter Beteiligung der betroffenen Verbände und der berechtigten Stellen in einer Technischen Richtlinie fest, die bei Bedarf an den Stand der Technik anzupassen ist. Die Verpflichteten nach den § 170 Absatz 1 und § 172 Absatz 2 und die berechtigten Stellen haben die Anforderungen der Technischen Richtlinie spätestens ein Jahr nach deren Inkrafttreten zu erfüllen, es sei denn, in der Technischen Richtlinie ist eine davon abweichende Umsetzungsfrist festgelegt worden. Nach dieser Richtlinie gestaltete mängelfreie technische Einrichtungen müssen im Falle einer Änderung der Technischen Richtlinie spätestens drei Jahre nach deren Inkrafttreten die geänderten Anforderungen erfüllen.	(6) Die technischen Einzelheiten des automatisierten Auskunftsverfahrens legt die Bundesnetzagentur unter Beteiligung der betroffenen Verbände und der berechtigten Stellen in einer Technischen Richtlinie fest, die bei Bedarf an den Stand der Technik anzupassen ist. Die Verpflichteten nach den Absätzen 1 und 2 und die berechtigten Stellen haben die Anforderungen der Technischen Richtlinie spätestens ein Jahr nach deren Inkrafttreten zu erfüllen, es sei denn, in der Technischen Richtlinie ist eine davon abweichende Umsetzungsfrist festgelegt worden. Nach dieser Richtlinie gestaltete mängelfreie technische Einrichtungen müssen im Falle einer Änderung der Technischen Richtlinie spätestens drei Jahre nach deren Inkrafttreten die geänderten Anforderungen erfüllen.
(7) Auf Ersuchen der in Absatz 4 genannten Stellen hat die Bundesnetzagentur die entsprechenden Datensätze aus den Kundendateien nach Absatz 1 abzurufen und als Ergebnis an die ersuchende Stelle zu übermitteln. Sie prüft die Zulässigkeit der Übermittlung nur, soweit hierzu ein besonderer Anlass besteht. Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung tragen	(7) u n v e r ä n d e r t
1. in den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 1 die Bundesnetzagentur und	
2. in den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 2 die in Absatz 4 genannten Stellen.	
(8) Die Bundesnetzagentur protokolliert für Zwecke der Datenschutzkontrolle durch die jeweils zuständige Stelle bei jedem Abruf	(8) u n v e r ä n d e r t
1. den Zeitpunkt,	
2. die bei der Durchführung des Abrufs verwendeten Daten,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. die abgerufenen Daten,	
4. ein die abrufende Person eindeutig bezeichnendes Datum sowie	
5. die ersuchende Stelle, deren Aktenzeichen und ein die ersuchende Person eindeutig bezeichnendes Datum.	
Eine Verwendung der Protokolldaten für andere Zwecke ist unzulässig. Die Protokolldaten sind nach einem Jahr zu löschen.	
(9) Der Verpflichtete nach § 170 Absatz 1 und § 172 Absatz 2 hat alle technischen Vorkehrungen in seinem Verantwortungsbereich auf seine Kosten zu treffen, die für die Erteilung der Auskünfte nach dieser Vorschrift erforderlich sind. Dazu gehören auch die Anschaffung der zur Sicherstellung der Vertraulichkeit und des Schutzes vor unberechtigten Zugriffen erforderlichen Geräte, die Einrichtung eines geeigneten Telekommunikationsanschlusses sowie die laufende Bereitstellung dieser Vorkehrungen nach Maßgaben der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6. Eine Entschädigung für im automatisierten Auskunftsverfahren erteilte Auskünfte wird den Verpflichteten nicht gewährt.	(9) Der Verpflichtete nach den Absätzen 1 und 2 hat alle technischen Vorkehrungen in seinem Verantwortungsbereich auf seine Kosten zu treffen, die für die Erteilung der Auskünfte nach dieser Vorschrift erforderlich sind. Dazu gehören auch die Anschaffung der zur Sicherstellung der Vertraulichkeit und des Schutzes vor unberechtigten Zugriffen erforderlichen Geräte, die Einrichtung eines geeigneten Telekommunikationsanschlusses sowie die laufende Bereitstellung dieser Vorkehrungen nach Maßgaben der Rechtsverordnung nach Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach Absatz 6. Eine Entschädigung für im automatisierten Auskunftsverfahren erteilte Auskünfte wird den Verpflichteten nicht gewährt.
§ 173	§ 174
Manuelles Auskunftsverfahren	Manuelles Auskunftsverfahren
(1) Wer Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, darf von ihm erhobene Bestandsdaten sowie die nach § 171 erhobenen Daten nach Maßgabe dieser Vorschrift zur Erfüllung von Auskunftspflichten gegenüber den in Absatz 3 genannten Stellen verwenden. Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird. Die in eine Auskunft aufzunehmenden Daten dürfen auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden; hierfür dürfen Verkehrsdaten auch automatisiert ausgewertet werden. Für die Auskunftserteilung nach Satz 3 sind sämtliche unternehmensinternen Datenquellen zu berücksichtigen. Der Verpflichtete hat die in seinem Verantwortungsbereich für die Auskunftserteilung erforderlichen Vorkehrungen auf eigene Kosten zu treffen.	(1) Wer Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, darf von ihm erhobene Bestandsdaten sowie die nach § 172 erhobenen Daten nach Maßgabe dieser Vorschrift zur Erfüllung von Auskunftspflichten gegenüber den in Absatz 3 genannten Stellen verwenden. Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird. Die in eine Auskunft aufzunehmenden Daten dürfen auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden; hierfür dürfen Verkehrsdaten auch automatisiert ausgewertet werden. Für die Auskunftserteilung nach Satz 3 sind sämtliche unternehmensinternen Datenquellen zu berücksichtigen. Der Verpflichtete hat die in seinem Verantwortungsbereich für die Auskunftserteilung erforderlichen Vorkehrungen auf eigene Kosten zu treffen.
(2) Die Auskunft darf nur erteilt werden nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze und soweit die um	(2) Die Auskunft darf nur erteilt werden nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze und soweit die um

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Auskunft ersuchende Stelle dies im Einzelfall unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung verlangt, die ihr eine Erhebung der in Absatz 1 in Bezug genommenen Daten erlaubt. Das Auskunftsverlangen ist schriftlich oder elektronisch zu stellen. Bei Gefahr im Verzug darf die Auskunft auch erteilt werden, wenn das Verlangen in anderer Form gestellt wird. In diesem Falle ist das Verlangen unverzüglich nachträglich schriftlich oder elektronisch zu bestätigen. Die Verantwortung für die Zulässigkeit <i>des Auskunftsverlangens</i> tragen die um Auskunft ersuchenden Stellen.	um die Auskunft ersuchende Stelle dies im Einzelfall unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung verlangt, die ihr eine Erhebung der in Absatz 1 in Bezug genommenen Daten erlaubt. Das Auskunftsverlangen ist schriftlich oder elektronisch zu stellen. Bei Gefahr im Verzug darf die Auskunft auch erteilt werden, wenn das Verlangen in anderer Form gestellt wird. In diesem Falle ist das Verlangen unverzüglich nachträglich schriftlich oder elektronisch zu bestätigen. Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Auskunft tragen die um Auskunft ersuchenden Stellen.
(3) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 1 darf nur erteilt werden	(3) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 1 darf nur erteilt werden
1. an die für die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden, soweit zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit vorliegen und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind, um den Sachverhalt zu erforschen, den Aufenthaltsort eines Beschuldigten zu ermitteln oder eine Strafe zu vollstrecken,	1. an die für die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden, soweit zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um den Sachverhalt zu erforschen, den Aufenthaltsort eines Beschuldigten oder Betroffenen zu ermitteln oder eine Strafe zu vollstrecken,
2. an die für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden, <i>soweit dies im Einzelfall erforderlich ist, um</i>	2. an die für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden, wenn die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Einzelfall erforderlich sind
a) <i>eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwehren</i> oder	a) zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder
b) <i>eine drohende Gefahr für ein Rechtsgut von erheblichem Gewicht abzuwehren</i> , wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes sowie zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder	b) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder, der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt sowie nicht unerheblichen Sachwerten , wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes sowie zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder
c) <i>eine drohende Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut abzuwehren</i> , wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie in einem überschaubaren Zeitraum eine gegen ein solches Rechtsgut gerichtete Straftat begehen wird, oder	c) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder, der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt , wenn das individuelle Verhalten

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie in einem übersehbaren Zeitraum eine gegen ein solches Rechtsgut gerichtete Straftat begehen wird, oder
d) <i>eine</i> Straftat von erheblicher Bedeutung <i>zu verhüten</i> , sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierte Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung einer Tat beteiligt ist, oder	d) zur Verhütung einer Straftat von erheblicher Bedeutung, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierte Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung einer Tat beteiligt ist, oder
e) <i>eine schwere</i> Straftat <i>im Sinne des § 100a Absatz 3 der Strafprozessordnung zu verhüten</i> , sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums die Tat begehen wird,	e) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums die Tat begehen wird,
3. an das Bundeskriminalamt als Zentralstelle nach § 2 des Bundeskriminalamtgesetzes,	3. an das Bundeskriminalamt als Zentralstelle nach § 2 des Bundeskriminalamtgesetzes,
a) sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes vorliegen und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind,	a) sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind,
aa) um die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln oder	aa) um die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln, oder
bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen oder	bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen, oder
b) sofern die <i>zu erhebenden</i> Daten im Rahmen der Strafvollstreckung erforderlich sind, um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen oder	b) sofern die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Rahmen der Strafvollstreckung erforderlich sind, um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen, oder
c) sofern die <i>konkrete</i> Gefahr besteht, dass eine Person an der Begehung einer Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes beteiligt sein wird und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind,	c) sofern die Gefahr besteht, dass eine Person an der Begehung einer Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	zes beteiligt sein wird und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind,
aa) um die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln oder	aa) um die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln, oder
bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen oder	bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen, oder
d) sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise an einer Straftat von erheblicher Bedeutung beteiligt sein wird und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind,	d) sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise an einer Straftat von erheblicher Bedeutung beteiligt sein wird und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind,
aa) um die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln oder	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen oder	bb) u n v e r ä n d e r t
e) sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine schwere Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung begehen wird und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind,	e) sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine schwere Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung begehen wird und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind,
aa) um die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln oder	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen,	bb) u n v e r ä n d e r t
4. an das Zollkriminalamt als Zentralstelle nach § 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes,	4. an das Zollkriminalamt als Zentralstelle nach § 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes,
a) sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen und die <i>zu erhebenden</i> Daten erforderlich sind,	a) sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
aa) <i>um</i> die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln oder	aa) die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln, oder
bb) <i>um</i> ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, auch im Rahmen der Strafvollstreckung, zu bearbeiten oder	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, auch im Rahmen der Strafvollstreckung, zu bearbeiten, oder
b) sofern dies im Einzelfall erforderlich ist, <i>um</i>	b) sofern dies im Einzelfall erforderlich ist
aa) <i>eine</i> Gefahr für die öffentliche Sicherheit <i>abzuwehren</i> ,	aa) zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit,
bb) <i>eine drohende Gefahr für ein Rechtsgut von erheblichem Gewicht abzuwehren</i> , wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder	bb) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder, der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, sowie nicht unerheblichen Sachwerten , wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder
cc) <i>eine drohende Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut abzuwehren</i> , wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Gefährdung eines solchen Rechtsgutes in einem überschaubaren Zeitraum eintreten wird, oder	cc) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder, der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt , wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Gefährdung eines solchen Rechtsgutes in einem überschaubaren Zeitraum eintreten wird, oder
dd) <i>ein Auskunftersuchen</i> einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung einer Straftat <i>zu erledigen</i> oder	dd) zur Erledigung eines Auskunftersuchens einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung einer Straftat oder

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
ee) <i>eine</i> Straftat von erheblicher Bedeutung <i>zu verhüten</i> , sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersichtbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierte Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung der Tat beteiligt ist, oder	ee) zur Verhütung einer Straftat von erheblicher Bedeutung, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersichtbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierte Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung der Tat beteiligt ist, oder
ff) <i>eine schwere</i> Straftat <i>im Sinne von</i> § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung <i>zu verhüten</i> , sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersichtbaren Zeitraums die Tat begehen wird,	ff) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersichtbaren Zeitraums die Tat begehen wird,
5. an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall erforderlich ist zur Aufklärung bestimmter Bestrebungen oder Tätigkeiten nach	5. u n v e r ä n d e r t
a) § 3 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder	
b) einem zum Verfassungsschutz (§ 1 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes) landesgesetzlich begründeten Beobachtungsauftrag der Landesbehörde, insbesondere zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung vor Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität,	
6. an den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Aufklärung bestimmter Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes <i>über den militärischen Abschirmdienst</i> oder zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Truppe oder zum Schutz der Angehörigen, der Dienststellen oder Einrichtungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung nach § 14 Absatz 1 des Gesetzes <i>über den militärischen Abschirmdienst</i> erforderlich ist,	6. an den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Aufklärung bestimmter Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Absatz 1 des MAD -Gesetzes oder zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Truppe oder zum Schutz der Angehörigen, der Dienststellen oder Einrichtungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung nach § 14 Absatz 1 des MAD -Gesetzes erforderlich ist,
7. an den Bundesnachrichtendienst, soweit dies erforderlich ist	7. an den Bundesnachrichtendienst, soweit dies erforderlich ist

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>a) zur politischen Unterrichtung der Bundesregierung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Informationen über das Ausland gewonnen werden können, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind und zu deren Aufklärung das Bundeskanzleramt den Bundesnachrichtendienst beauftragt hat oder</p>	<p>a) zur politischen Unterrichtung der Bundesregierung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Informationen über das Ausland gewonnen werden können, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind und zu deren Aufklärung das Bundeskanzleramt den Bundesnachrichtendienst beauftragt hat, oder</p>
<p>b) zur Früherkennung von aus dem Ausland drohenden Gefahren von internationaler Bedeutung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Erkenntnisse gewonnen werden können mit Bezug zu den in § 4 Absatz 3 Nummer 1 des <i>Bundesnachrichtendienstgesetzes</i> genannten Gefahrenbereichen oder zum Schutz der in § 4 Absatz 3 Nummer 2 und 3 des <i>Bundesnachrichtendienstgesetzes</i> genannten Rechtsgüter.</p>	<p>b) zur Früherkennung von aus dem Ausland drohenden Gefahren von internationaler Bedeutung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Erkenntnisse gewonnen werden können mit Bezug zu den in § 4 Absatz 3 Nummer 1 des BND-Gesetzes genannten Gefahrenbereichen oder zum Schutz der in § 4 Absatz 3 Nummer 2 und 3 des BND-Gesetzes genannten Rechtsgüter,</p>
	<p>8. an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zum Schutz der Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen des § 2 Absatz 10 Satz 1 Nummer 1 des BSI-Gesetzes oder der öffentlichen Sicherheit, um damit eine Beeinträchtigung der Sicherheit oder Funktionsfähigkeit informationstechnischer Systeme einer Kritischen Infrastruktur oder eines Unternehmens im besonderen öffentlichen Interesse abzuwenden, wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, das auf die informationstechnischen Systeme bestimmbarer Infrastrukturen oder Unternehmen abzielen wird, und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Einzelfall erforderlich sind, um den Betreiber der betroffenen Kritischen Infrastruktur oder das betroffene Unternehmen im besonderen öffentlichen Interesse vor dieser Beeinträchtigung zu warnen, über diese zu informieren oder bei deren Beseitigung zu beraten oder zu unterstützen.</p>
<p>(4) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 2 darf nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 und nur dann erteilt werden, wenn die Auskunft verlangende Stelle auch zur Nutzung der zu beauskunftenden Daten im Einzelfall berechtigt ist. Die Verantwortung für die</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Berechtigung zur Nutzung der zu beauskunftenden Daten tragen die um Auskunft ersuchenden Stellen.	
(5) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 3 darf nur <i>unter den Voraussetzungen des Absatzes 3</i> erteilt werden <i>mit der Maßgabe, dass ein Auskunftsverlangen</i>	(5) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 3 darf nur erteilt werden an
1. <i>nach Absatz 3 Nummer 1 die Verfolgung einer Straftat,</i>	1. die für die Verfolgung von Straftaten zuständigen Behörden, soweit zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um den Sachverhalt zu erforschen, den Aufenthaltsort eines Beschuldigten zu ermitteln oder eine Strafe zu vollstrecken,
2. <i>nach Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b oder Nummer 4 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb die Abwehr einer Gefahr für ein Rechtsgut von hervorgehobenem Gewicht,</i>	2. die für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden, wenn die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Einzelfall erforderlich sind
	a) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, sowie nicht unerheblicher Sachwerte oder zur Verhütung einer Straftat oder
	b) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes sowie zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder
	c) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie in einem überschaubaren Zeitraum eine gegen ein solches

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Rechtsgut gerichtete Straftat begehen wird, oder
	d) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierten Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung einer Tat beteiligt ist, oder
	e) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums die Tat begehen wird,
3. nach Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c und d und Nummer 4 Buchstabe b Doppelbuchstabe cc und dd die Abwehr einer Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter oder die Verfolgung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung,	3. das Bundeskriminalamt als Zentralstelle nach § 2 des Bundeskriminalamtgesetzes, sofern
	a) zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um
	aa) die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln, oder
	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen, oder
	b) die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Rahmen der Strafvollstreckung erforderlich sind, um ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, zu erledigen,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	c) die Gefahr besteht, dass eine Person an der Begehung einer Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 des Bundeskriminalamtgesetzes beteiligt sein wird und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um
	aa) die für die Verhütung der Straftat zuständigen Polizeibehörde zu ermitteln, oder
	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen, oder
	d) Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise an einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung beteiligt sein wird und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um
	aa) die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln, oder
	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen, oder
	e) das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine schwere Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung begehen wird, und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um
	aa) die für die Verhütung der Straftat zuständige Polizeibehörde zu ermitteln, oder
	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung der Straftat zu erledigen,
4. nach Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa und Nummer 4 Buchstabe b	4. das Zollkriminalamt als Zentralstelle nach § 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes, sofern

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>Doppelbuchstabe ee die Verhütung einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder</i>	
	a) im Einzelfall zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten erforderlich sind, um
	aa) die zuständige Strafverfolgungsbehörde zu ermitteln, oder
	bb) ein Auskunftersuchen einer ausländischen Strafverfolgungsbehörde im Rahmen des internationalen polizeilichen Dienstverkehrs, das nach Maßgabe der Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bearbeitet wird, auch im Rahmen der Strafvollstreckung, zu erledigen, oder
	b) dies im Einzelfall erforderlich ist
	aa) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, sowie nicht unerheblicher Sachwerte oder zur Verhütung einer Straftat, oder
	bb) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, wenn Tatsachen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, an dem bestimmte Personen beteiligt sein werden, oder
	cc) zum Schutz von Leib, Leben, Freiheit der Person, sexueller Selbstbestimmung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, der freiheitlich demokratischen

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Grundordnung sowie Gütern der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Gefährdung eines solchen Rechtsgutes in einem übersehbaren Zeitraum eintreten wird, oder
	dd) zur Erledigung eines Auskunftersuchens einer ausländischen Polizeibehörde im Rahmen des polizeilichen Dienstverkehrs zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, oder
	ee) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine ihrer Art nach konkretisierte Weise als Täter oder Teilnehmer an der Begehung der Tat beteiligt ist, oder
	ff) zur Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung, sofern das individuelle Verhalten einer Person, die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums die Tat begehen wird,
5. nach Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe d Doppelbuchstabe aa und Buchstabe e Doppelbuchstabe aa und Nummer 4 Buchstabe b Doppelbuchstabe ff und Nummer 5 zumindest die Verhütung einer schweren Straftat nach § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung	5. entfällt
	5. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall erforderlich ist zur Aufklärung bestimmter Bestrebungen oder Tätigkeiten nach
	a) § 3 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder
	b) einem zum Verfassungsschutz (§ 1 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetz-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	zes) landesgesetzlich begründeten Beobachtungsauftrag der Landesbehörde, insbesondere zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung vor Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität,
	6. den Militärischen Abschirmdienst, soweit dies aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall zur Aufklärung bestimmter Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Absatz 1 des MAD-Gesetzes oder zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Truppe oder zum Schutz der Angehörigen, der Dienststellen und Einrichtungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung nach § 14 Absatz 1 des MAD-Gesetzes erforderlich ist,
	7. den Bundesnachrichtendienst, soweit dies erforderlich ist
	a) zur politischen Unterrichtung der Bundesregierung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Informationen über das Ausland gewonnen werden können, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind und zu deren Aufklärung das Bundeskanzleramt den Bundesnachrichtendienst beauftragt hat, oder
	b) zur Früherkennung von aus dem Ausland drohenden Gefahren von internationaler Bedeutung, wenn im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch die Auskunft Erkenntnisse gewonnen werden können mit Bezug zu den in § 4 Absatz 3 Nummer 1 des BND-Gesetzes genannten Gefahrenbereichen oder zum Schutz der in § 4 Absatz 3 Nummer 2 und 3 des BND-Gesetzes genannten Rechtsgüter,
	8. an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zum Schutz der Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen des § 2 Absatz 10 Satz 1 Nummer 1 des BSI-Gesetzes oder der öffentlichen Sicherheit, um damit eine Beeinträchtigung der Sicherheit oder Funktionsfähigkeit informationstechnischer Systeme einer Kritischen Infrastruktur oder eines Unternehmens im besonderen öffentlichen Interesse abzuwenden, wenn Tatsachen den

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	<p>Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, das auf die informationstechnischen Systeme bestimmbarer Infrastrukturen oder Unternehmen abzielen wird, und die in die Auskunft aufzunehmenden Daten im Einzelfall erforderlich sind, um den Betreiber der betroffenen Kritischen Infrastruktur oder das betroffene Unternehmen im besonderen öffentlichen Interesse vor dieser Beeinträchtigung zu warnen, über diese zu informieren oder bei deren Beseitigung zu beraten oder zu unterstützen.</p>
<p>zum Gegenstand hat. Im Übrigen bleibt Absatz 3 unberührt.</p>	
<p>(6) Über das Auskunftersuchen und die Auskunftserteilung haben die Verpflichteten gegenüber den Betroffenen sowie Dritten Stillschweigen zu wahren.</p>	<p>(6) Derjenige, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, hat die zu beauskunftenden Daten unverzüglich und vollständig zu übermitteln. Über das Auskunftersuchen und die Auskunftserteilung haben die Verpflichteten gegenüber den Betroffenen sowie Dritten Stillschweigen zu wahren.</p>
<p>(7) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat für die Entgegennahme der Auskunftsverlangen sowie für die Erteilung der zugehörigen Auskünfte gesicherte elektronische Schnittstellen nach Maßgabe der Verordnung nach § 169 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 169 Absatz 6 bereitzuhalten, durch die auch die gegen die Kenntnisnahme der Daten durch Unbefugte gesicherte Übertragung gewährleistet ist. Dabei haben Verpflichtete mit 100 000 oder mehr <i>Nutzern</i> die Schnittstelle sowie das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren nach der Technischen Richtlinie nach § 169 Absatz 6 bereitzuhalten. Verpflichtete mit weniger als 100 000 <i>Nutzern</i> müssen nur das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren bereithalten. Darüber hinaus gelten für die Entgegennahme der Auskunftsverlangen sowie für die Übermittlung der zugehörigen Auskünfte § 31 Absatz 2 Satz 2 bis 4 und Absatz 6 und 7, § 34 Absatz 1 Satz 1 und 3 und Absatz 2 sowie § 35 der Verordnung nach § 169 Absatz 5 entsprechend. Die Verpflichteten haben dafür Sorge zu tragen, dass jedes Auskunftsverlangen durch eine verantwortliche Fachkraft auf Einhaltung der in Absatz 2 genannten formalen Voraussetzungen geprüft und die weitere Bearbeitung des Verlangens erst nach einem positiven Prüfergebnis freigegeben wird. Die Prüfung und Freigabe durch eine verantwortliche Fachkraft nach Satz 5 kann unterbleiben, sofern durch die technische Ausgestaltung der elektronischen Schnittstelle die Einhaltung der in Absatz 2 genannten</p>	<p>(7) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat für die Entgegennahme der Auskunftsverlangen sowie für die Erteilung der zugehörigen Auskünfte gesicherte elektronische Schnittstellen nach Maßgabe der Verordnung nach § 170 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 170 Absatz 6 bereitzuhalten, durch die auch die gegen die Kenntnisnahme der Daten durch Unbefugte gesicherte Übertragung gewährleistet ist. Dabei haben Verpflichtete mit 100 000 oder mehr Vertragspartnern die Schnittstelle sowie das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren nach der Technischen Richtlinie nach § 170 Absatz 6 bereitzuhalten. Verpflichtete mit weniger als 100 000 Vertragspartnern müssen nur das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren bereithalten. Darüber hinaus gelten für die Entgegennahme der Auskunftsverlangen sowie für die Übermittlung der zugehörigen Auskünfte § 31 Absatz 2 Satz 2 bis 4 und Absatz 6 und 7, § 34 Absatz 1 Satz 1 und 3 und Absatz 2 sowie § 35 der Verordnung nach § 170 Absatz 5 entsprechend. Die Verpflichteten haben dafür Sorge zu tragen, dass jedes Auskunftsverlangen durch eine verantwortliche Fachkraft auf Einhaltung der in Absatz 2 genannten formalen Voraussetzungen geprüft und die weitere Bearbeitung des Verlangens erst nach einem positiven Prüfergebnis freigegeben wird. Die Prüfung und Freigabe durch eine verantwortliche Fachkraft nach Satz 5 kann unterbleiben, sofern durch die technische Ausgestaltung der elektronischen Schnittstelle</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
formalen Voraussetzungen automatisch überprüft werden kann.	die Einhaltung der in Absatz 2 genannten formalen Voraussetzungen automatisch überprüft werden kann.
§ 174	§ 175
Verpflichtete; Entschädigung	Verpflichtete; Entschädigung
(1) Die Verpflichtungen zur Speicherung von Verkehrsdaten, zur Verwendung der Daten und zur Datensicherheit nach den §§ 175 bis 180 beziehen sich auf Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste für Endnutzer, bei denen es sich nicht um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste handelt. Ein Anbieter nach Satz 1, der nicht alle der nach Maßgabe der §§ 175 bis 180 zu speichernden Daten selbst erzeugt oder verarbeitet, hat	(1) Die Verpflichtungen zur Speicherung von Verkehrsdaten, zur Verwendung der Daten und zur Datensicherheit nach den §§ 176 bis 181 beziehen sich auf Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste für Endnutzer, bei denen es sich nicht um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste handelt. Ein Anbieter nach Satz 1, der nicht alle der nach Maßgabe der §§ 176 bis 181 zu speichernden Daten selbst erzeugt oder verarbeitet, hat
1. sicherzustellen, dass die nicht von ihm selbst bei der Erbringung seines Dienstes erzeugten oder verarbeiteten Daten gemäß § 175 Absatz 1 gespeichert werden, und	1. sicherzustellen, dass die nicht von ihm selbst bei der Erbringung seines Dienstes erzeugten oder verarbeiteten Daten gemäß § 176 Absatz 1 gespeichert werden, und
2. der Bundesnetzagentur auf deren Verlangen unverzüglich mitzuteilen, wer diese Daten speichert.	2. u n v e r ä n d e r t
(2) Für notwendige Aufwendungen, die den Verpflichteten durch die Umsetzung der Vorgaben aus den §§ 175, 177 bis 180 entstehen, ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen, soweit dies zur Abwendung oder zum Ausgleich unbilliger Härten geboten erscheint. Für die Bemessung der Entschädigung sind die tatsächlich entstandenen Kosten maßgebend. Über Anträge auf Entschädigung entscheidet die Bundesnetzagentur.	(2) Für notwendige Aufwendungen, die den Verpflichteten durch die Umsetzung der Vorgaben aus den §§ 176, 178 bis 181 entstehen, ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen, soweit dies zur Abwendung oder zum Ausgleich unbilliger Härten geboten erscheint. Für die Bemessung der Entschädigung sind die tatsächlich entstandenen Kosten maßgebend. Über Anträge auf Entschädigung entscheidet die Bundesnetzagentur.
§ 175	§ 176
Pflichten zur Speicherung von Verkehrsdaten	Pflichten zur Speicherung von Verkehrsdaten
(1) Die in § 174 Absatz 1 Genannten sind verpflichtet, Daten wie folgt im Inland zu speichern:	(1) Die in § 175 Absatz 1 Genannten sind verpflichtet, Daten wie folgt im Inland zu speichern:
1. Daten nach den Absätzen 2 und 3 für zehn Wochen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Standortdaten nach Absatz 4 für vier Wochen.	2. u n v e r ä n d e r t
(2) Die Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten speichern	(2) Die Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten speichern
1. die Rufnummer oder eine andere Kennung des anrufenden und des angerufenen Anschlusses sowie bei Um- oder Weiterschaltungen jedes weiteren beteiligten Anschlusses,	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. Datum und Uhrzeit von Beginn und Ende der Verbindung unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Angaben zu dem genutzten Dienst, wenn im Rahmen des Sprachkommunikationsdienstes unterschiedliche Dienste genutzt werden können,	3. u n v e r ä n d e r t
4. im Falle mobiler Sprachkommunikationsdienste ferner	4. u n v e r ä n d e r t
a) die internationale Kennung mobiler Endnutzer für den anrufenden und den angerufenen Anschluss,	
b) die internationale Kennung des anrufenden und des angerufenen Endgerätes,	
c) Datum und Uhrzeit der ersten Aktivierung des Dienstes unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone, wenn Dienste im Voraus bezahlt wurden,	
5. im Falle von Internet-Sprachkommunikationsdiensten auch die Internetprotokoll-Adressen des anrufenden und des angerufenen Anschlusses und zugewiesene Benutzerkennungen.	5. u n v e r ä n d e r t
Satz 1 gilt entsprechend	Satz 1 gilt entsprechend
1. bei der Übermittlung einer Kurz-, Multimedia- oder ähnlichen Nachricht; hierbei treten an die Stelle der Angaben nach Satz 1 Nummer 2 die Zeitpunkte der Versendung und des Empfangs der Nachricht;	1. u n v e r ä n d e r t
2. für unbeantwortete oder wegen eines Eingriffs des Netzwerkmanagements erfolglose Anrufe, soweit der Anbieter öffentlich zugänglicher Sprachkommunikationsdienste die in Satz 1 genannten Verkehrsdaten für die in § 10 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Zwecke speichert oder protokolliert.	2. für unbeantwortete oder wegen eines Eingriffs des Netzwerkmanagements erfolglose Anrufe, soweit der Anbieter öffentlich zugänglicher Sprachkommunikationsdienste die in Satz 1 genannten Verkehrsdaten für die in § 9 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Zwecke speichert oder protokolliert.
(3) Die Anbieter öffentlich zugänglicher Internetzugangsdienste speichern	(3) u n v e r ä n d e r t
1. die dem Endnutzer für eine Internetnutzung zugewiesene Internetprotokoll-Adresse,	
2. eine eindeutige Kennung des Anschlusses, über den die Internetnutzung erfolgt, sowie eine zugewiesene Benutzerkennung,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. Datum und Uhrzeit von Beginn und Ende der Internetnutzung unter der zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone.	
(4) Im Falle der Nutzung mobiler Sprachkommunikationsdienste sind die Bezeichnungen der Funkzellen zu speichern, die durch den anrufenden und den angerufenen Anschluss bei Beginn der Verbindung genutzt wurden. Bei öffentlich zugänglichen Internetzugangsdiensten ist im Falle der mobilen Nutzung die Bezeichnung der bei Beginn der Internetverbindung genutzten Funkzelle zu speichern. Zusätzlich sind die Daten vorzuhalten, aus denen sich die geografische Lage und die Hauptstrahlrichtungen der die jeweilige Funkzelle versorgenden Funkantennen ergeben.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Der Inhalt der Kommunikation, Daten über aufgerufene Internetseiten und Daten von Diensten der elektronischen Post dürfen aufgrund dieser Vorschrift nicht gespeichert werden.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Daten, die den in § 12 Absatz 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Verbindungen zugrunde liegen, dürfen aufgrund dieser Vorschrift nicht gespeichert werden. Dies gilt entsprechend für Telefonverbindungen, die von den in § 12 Absatz 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Stellen ausgehen. § 12 Absatz 2 Satz 2 bis 7 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes gilt entsprechend.	(6) Daten, die den in § 11 Absatz 5 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Verbindungen zugrunde liegen, dürfen aufgrund dieser Vorschrift nicht gespeichert werden. Dies gilt entsprechend für Telefonverbindungen, die von den in § 11 Absatz 5 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes genannten Stellen ausgehen. § 11 Absatz 6 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes gilt entsprechend.
(7) Die Speicherung der Daten hat so zu erfolgen, dass Auskunftersuchen der berechtigten Stellen unverzüglich beantwortet werden können.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat die aufgrund des Absatzes 1 gespeicherten Daten unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Ablauf der Speicherfristen nach Absatz 1, irreversibel zu löschen oder die irreversible Löschung sicherzustellen.	(8) Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat die aufgrund des Absatzes 1 gespeicherten Daten unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Ablauf der Speicherfristen nach Absatz 1, irreversibel zu löschen oder die irreversible Löschung sicherzustellen.
§ 176	§ 177
Verwendung der Daten	Verwendung der Daten
(1) Die aufgrund des § 175 gespeicherten Daten dürfen	(1) Die aufgrund des § 176 gespeicherten Daten dürfen
1. an eine Strafverfolgungsbehörde übermittelt werden, soweit diese die Übermittlung unter Berufung auf eine gesetzliche Bestimmung, die ihr eine Er-	1. an eine Strafverfolgungsbehörde übermittelt werden, soweit diese die Übermittlung unter Berufung auf eine gesetzliche Bestimmung, die ihr eine Erhebung der in § 176 genannten Daten zur

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
hebung der in § 175 genannten Daten zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten erlaubt, verlangt;	Verfolgung besonders schwerer Straftaten erlaubt, verlangt;
2. an eine Gefahrenabwehrbehörde der Länder übermittelt werden, soweit diese die Übermittlung unter Berufung auf eine gesetzliche Bestimmung, die ihr eine Erhebung der in § 175 genannten Daten zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für den Bestand des Bundes oder eines Landes erlaubt, verlangt;	2. an eine Gefahrenabwehrbehörde der Länder übermittelt werden, soweit diese die Übermittlung unter Berufung auf eine gesetzliche Bestimmung, die ihr eine Erhebung der in § 176 genannten Daten zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für den Bestand des Bundes oder eines Landes erlaubt, verlangt;
3. durch den Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste für eine Auskunft nach § 171 Absatz 1 Satz 3 verwendet werden.	3. durch den Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste für eine Auskunft nach § 174 Absatz 1 Satz 3 verwendet werden.
(2) Für andere Zwecke als die in Absatz 1 genannten dürfen die aufgrund des § 175 gespeicherten Daten von den nach § 174 Absatz 1 Verpflichteten nicht verwendet werden.	(2) Für andere Zwecke als die in Absatz 1 genannten dürfen die aufgrund des § 176 gespeicherten Daten von den nach § 175 Absatz 1 Verpflichteten nicht verwendet werden.
(3) Die Übermittlung der Daten erfolgt nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 169 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 169 Absatz 6. Die Daten sind so zu kennzeichnen, dass erkennbar ist, dass es sich um Daten handelt, die nach § 175 gespeichert waren. Nach Übermittlung an eine andere Stelle ist die Kennzeichnung durch diese aufrechtzuerhalten.	(3) Die Übermittlung der Daten erfolgt nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 170 Absatz 5 und der Technischen Richtlinie nach § 170 Absatz 6. Die Daten sind so zu kennzeichnen, dass erkennbar ist, dass es sich um Daten handelt, die nach § 176 gespeichert waren. Nach Übermittlung an eine andere Stelle ist die Kennzeichnung durch diese aufrechtzuerhalten.
§ 177	§ 178
Gewährleistung der Sicherheit der Daten	Gewährleistung der Sicherheit der Daten
Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die aufgrund der Speicherpflicht nach § 175 Absatz 1 gespeicherten Daten durch technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verwendung geschützt werden. Die Maßnahmen umfassen insbesondere	Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die aufgrund der Speicherpflicht nach § 176 Absatz 1 gespeicherten Daten durch technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verwendung geschützt werden. Die Maßnahmen umfassen insbesondere
1. den Einsatz eines besonders sicheren Verschlüsselungsverfahrens,	1. un v e r ä n d e r t
2. die Speicherung in gesonderten, von den für die üblichen betrieblichen Aufgaben getrennten Speichereinrichtungen,	2. un v e r ä n d e r t
3. die Speicherung mit einem hohen Schutz vor dem Zugriff aus dem Internet auf vom Internet entkoppelten Datenverarbeitungssystemen,	3. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
4. die Beschränkung des Zutritts zu den Datenverarbeitungsanlagen auf Personen, die durch den Verpflichteten besonders ermächtigt sind, und	4. u n v e r ä n d e r t
5. die notwendige Mitwirkung von mindestens zwei Personen beim Zugriff auf die Daten, die dazu durch den Verpflichteten besonders ermächtigt worden sind.	5. u n v e r ä n d e r t
§ 178	§ 179
Protokollierung	Protokollierung
(1) Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass für Zwecke der Datenschutzkontrolle jeder Zugriff, insbesondere das Lesen, Kopieren, Ändern, Löschen und Sperren der aufgrund der Speicherpflicht nach § 175 Absatz 1 gespeicherten Daten protokolliert wird. Zu protokollieren sind	(1) Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass für Zwecke der Datenschutzkontrolle jeder Zugriff, insbesondere das Lesen, Kopieren, Ändern, Löschen und Sperren der aufgrund der Speicherpflicht nach § 176 Absatz 1 gespeicherten Daten protokolliert wird. Zu protokollieren sind
1. der Zeitpunkt des Zugriffs,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die auf die Daten zugreifenden Personen,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Zweck und Art des Zugriffs.	3. u n v e r ä n d e r t
(2) Für andere Zwecke als die der Datenschutzkontrolle dürfen die Protokolldaten nicht verwendet werden.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Protokolldaten nach einem Jahr gelöscht werden.	(3) Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Protokolldaten nach einem Jahr gelöscht werden.
§ 179	§ 180
Anforderungskatalog	Anforderungskatalog
(1) Bei der Umsetzung der Verpflichtungen gemäß den §§ 175 bis 178 ist ein besonders hoher Standard der Datensicherheit und Datenqualität zu gewährleisten. Die Einhaltung dieses Standards wird vermutet, wenn alle Anforderungen des Katalogs der technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen erfüllt werden, den die Bundesnetzagentur im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erstellt.	(1) Bei der Umsetzung der Verpflichtungen gemäß den §§ 176 bis 179 ist ein besonders hoher Standard der Datensicherheit und Datenqualität zu gewährleisten. Die Einhaltung dieses Standards wird vermutet, wenn alle Anforderungen des Katalogs der technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen erfüllt werden, den die Bundesnetzagentur im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erstellt.
(2) Die Bundesnetzagentur überprüft fortlaufend die im Katalog nach Absatz 1 Satz 2 enthaltenen Anforderungen; hierbei berücksichtigt sie den Stand der Technik und der Fachdiskussion. Stellt die Bundesnetz-	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
agentur Änderungsbedarf fest, ist der Katalog im Be- nehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Infor- mationstechnik und der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit un- verzüglich anzupassen.	
(3) § 166 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Der Anforderungskatalog wird von der Bundesnetzagentur veröffentlicht. § 162 Absatz 9 Satz 1 und 5 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Anforderungen nach § 162 Absatz 1 bis 4 die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1, § 175 Absatz 7 und 8, den §§ 177 und 178 Absatz 1 und 3 treten.	(3) § 167 Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Der Anforderungskatalog wird von der Bundesnetzagentur veröffentlicht. § 165 Absatz 9 Satz 1 und 5 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Anforderungen nach § 165 Absatz 1 bis 7 die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1, § 176 Absatz 7 und 8, § 178 und § 179 Absatz 1 und 3 treten.
§ 180	§ 181
Sicherheitskonzept	Sicherheitskonzept
Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat in das Sicherheitskonzept nach § 165 zusätzlich aufzuneh- men,	Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat in das Sicherheitskonzept nach § 166 zusätzlich aufzuneh- men,
1. welche Systeme zur Erfüllung der Verpflichtun- gen aus den §§ 175 bis 178 betrieben werden,	1. welche Systeme zur Erfüllung der Verpflichtun- gen aus den §§ 176 bis 179 betrieben werden,
2. von welchen Gefährdungen für diese Systeme aus- zugehen ist und	2. u n v e r ä n d e r t
3. welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Maßnahmen getroffen oder geplant sind, um die- sen Gefährdungen entgegenzuwirken und die Ver- pflichtungen aus den §§ 175 bis 178 zu erfüllen.	3. welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Maßnahmen getroffen oder geplant sind, um die- sen Gefährdungen entgegenzuwirken und die Verpflichtungen aus den §§ 176 bis 179 zu erfül- len.
Der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete hat der Bundes- netzagentur das Sicherheitskonzept unverzüglich nach dem Beginn der Speicherung nach § 175 und unverzüg- lich bei jeder Änderung des Konzepts vorzulegen. Bleibt das Sicherheitskonzept unverändert, hat der nach § 174 Absatz 1 Verpflichtete dies gegenüber der Bun- desnetzagentur im Abstand von jeweils zwei Jahren schriftlich zu erklären.	Der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete hat der Bundes- netzagentur das Sicherheitskonzept unverzüglich nach dem Beginn der Speicherung nach § 176 und unver- züglich bei jeder Änderung des Konzepts vorzulegen. Bleibt das Sicherheitskonzept unverändert, hat der nach § 175 Absatz 1 Verpflichtete dies gegenüber der Bundesnetzagentur im Abstand von jeweils zwei Jah- ren schriftlich zu erklären.
§ 181	§ 182
Auskunftersuchen des Bundesnachrichtendienstes	u n v e r ä n d e r t
(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikations- netze haben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf Anfrage entgeltfrei Auskünfte über die Strukturen der Telekommunikationsnetze sowie bevor- stehende Änderungen zu erteilen. Einzelne Telekom-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>munikationsvorgänge und Bestandsdaten von Endnutzern dürfen nicht Gegenstand einer Auskunft nach dieser Vorschrift sein.</p>	
<p>(2) Anfragen nach Absatz 1 sind nur zulässig, wenn ein entsprechendes Ersuchen des Bundesnachrichtendienstes vorliegt und soweit die Auskunft zur Erfüllung der Aufgaben nach den §§ 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes oder den §§ 6, 12 und 14 des BND-Gesetzes erforderlich ist. Die Verwendung einer nach dieser Vorschrift erlangten Auskunft zu anderen Zwecken ist ausgeschlossen.</p>	
§ 182	§ 183
Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen	Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen
<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann Anordnungen und andere Maßnahmen treffen, um die Einhaltung der Vorschriften des Abschnitts 1 sowie der aufgrund dieses Abschnitts ergangenen Rechtsverordnungen und Allgemeinverfügungen, insbesondere der jeweils anzuwendenden Technischen Richtlinien, sicherzustellen. Der nach den Vorschriften des Abschnitts 1 Verpflichtete muss auf Anforderung der Bundesnetzagentur die hierzu erforderlichen Auskünfte erteilen. Die Bundesnetzagentur ist zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen befugt, die Geschäfts- und Betriebsräume während der üblichen Betriebs- oder Geschäftszeiten zu betreten und zu besichtigen. Die Befugnisse der Bundesnetzagentur nach Teil 11 Abschnitt 2 bleiben unberührt.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(2) Die Bundesnetzagentur kann bei konkreten Anhaltspunkten für Verstöße gegen die Verpflichtungen aus § 171 den Inhalt von Kundendateien überprüfen und dazu auch personenbezogene Daten verarbeiten. Die Speicherdauer der personenbezogenen Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.</p>	<p>(2) Die Bundesnetzagentur kann bei konkreten Anhaltspunkten für Verstöße gegen die Verpflichtungen aus § 172 den Inhalt von Kundendateien nach § 173 Absatz 1 Satz 1 überprüfen und dazu auch personenbezogene Daten verarbeiten. Die Speicherdauer der personenbezogenen Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.</p>
<p>(3) Bei wiederholten Verstößen gegen § 169 Absatz 1 bis 6, § 170 Absatz 1, § 172 Absatz 6 Satz 4, Absatz 9 Satz 1 und 2 oder § 173 kann die Tätigkeit des Verpflichteten durch Anordnung der Bundesnetzagentur dahingehend eingeschränkt werden, dass der Kundenstamm bis zur Erfüllung der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Verpflichtungen nur durch Vertragsablauf oder Kündigung verändert werden darf.</p>	<p>(3) Bei wiederholten Verstößen gegen § 172 Absatz 1 bis 6, § 173 Absatz 1, 2, 6 Satz 2, Absatz 9 Satz 1 und 2 oder § 174 Absatz 1 Satz 5 und Absatz 6 kann die Tätigkeit des Verpflichteten durch Anordnung der Bundesnetzagentur dahingehend eingeschränkt werden, dass der Kundenstamm bis zur Erfüllung der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Verpflichtungen nur durch Vertragsablauf oder Kündigung verändert werden darf.</p>
<p>(4) Über die Befugnis zu Anordnungen nach Absatz 3 hinaus kann die Bundesnetzagentur bei Nichterfüllung von Verpflichtungen dieses Abschnitts den</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Betrieb der betreffenden Telekommunikationsanlage oder das Erbringen des betreffenden Telekommunikationsdienstes ganz oder teilweise untersagen, wenn mildere Eingriffe zur Durchsetzung rechtmäßigen Verhaltens nicht ausreichen.	
(5) Zur Durchsetzung von Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 4 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld bis zu einer Million Euro festgesetzt werden.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 des Grundgesetzes wird nach Maßgabe des Absatzes 1 eingeschränkt.	(6) u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 2	A b s c h n i t t 2
N o t f a l l v o r s o r g e	N o t f a l l v o r s o r g e
§ 183	§ 184
Anwendungsbereich	u n v e r ä n d e r t
Die Vorschriften dieses Abschnitts sind anzuwenden zur Sicherung einer Mindestversorgung mit Telekommunikationsdiensten	
1. bei unmittelbar bevorstehenden oder bereits eingetretenen erheblichen Störungen der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten, insbesondere infolge von Naturkatastrophen, besonders schweren Unglücksfällen, Sabotagehandlungen, terroristischen Anschlägen, sonstigen vergleichbaren Ereignissen oder im Spannungs- oder Verteidigungsfall sowie	
2. zur Erfüllung	
a) internationaler Vereinbarungen zur Notfallbewältigung,	
b) der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen oder	
c) von Bündnisverpflichtungen.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 184	§ 185
Telekommunikationssicherstellungspflicht	Telekommunikationssicherstellungspflicht
(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste mit mehr als 100 000 <i>Nutzern</i> haben folgende von ihnen erbrachte Dienste aufrechtzuerhalten:	(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste mit mehr als 100 000 Vertragspartnern haben folgende von ihnen erbrachte Dienste aufrechtzuerhalten:
1. Sprachkommunikationsdienste,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Internetzugangsdienste,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Datenübertragungsdienste und	3. u n v e r ä n d e r t
4. E-Mail-Dienste.	4. u n v e r ä n d e r t
Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben den Betrieb ihres Netzes mindestens in dem Umfang aufrechtzuerhalten, der für die Erbringung der Dienste nach Satz 1 erforderlich ist. Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nach Satz 1 und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze, die Anschlüsse oder Übertragungswege bereitstellen, die für die Dienste nach Satz 1 erforderlich sind, haben diese Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.	Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben den Betrieb ihres Netzes mindestens in dem Umfang aufrechtzuerhalten, der für die Erbringung der Dienste nach Satz 1 erforderlich ist. Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nach Satz 1 und Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze, die Anschlüsse oder Übertragungswege bereitstellen, die für die Dienste nach Satz 1 erforderlich sind, haben diese Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.
(2) Unbeschadet der Regelungen der Verordnung (EU) 2015/2120 haben Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze Verkehrsmanagementmaßnahmen zu ergreifen, soweit und solange es erforderlich ist, um eine drohende Netzüberlastung zu verhindern oder eine eingetretene Netzüberlastung zu beseitigen. Dabei sind gleichwertige Verkehrsarten gleich zu behandeln.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nach Absatz 1 haben Maßnahmen zu ergreifen, soweit und solange es erforderlich ist, um eine drohende Engpasssituation bei der Umschaltung von Telekommunikationsnetzen und -diensten, an Übergabepunkten von Telekommunikationsnetzen und -diensten sowie an Systemkomponenten zur Steuerung und Verwaltung von Telekommunikationsdiensten zu verhindern oder eine eingetretene Engpasssituation zu beseitigen.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 185	§ 186
Telekommunikationsbevorrechtigung	Telekommunikationsbevorrechtigung
(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nach § 184 Absatz 1 Satz 1, die	(1) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste nach § 185 Absatz 1 Satz 1, die

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Anschlüsse oder Übertragungswege bereitstellen, die für die nach § 184 Absatz 1 sicherzustellenden Dienste erforderlich sind, haben für Telekommunikationsbevorrechtigte unverzüglich und vorrangig	Anschlüsse oder Übertragungswege bereitstellen, die für die nach § 185 Absatz 1 sicherzustellenden Dienste erforderlich sind, haben für Telekommunikationsbevorrechtigte unverzüglich und vorrangig
1. Anschlüsse und Übertragungswege bereitzustellen und zu entstören sowie	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Datenübertragungsraten bestehender Anschlüsse oder Übertragungswege auf Anfrage im erforderlichen Umfang zu erweitern.	2. u n v e r ä n d e r t
(2) Betreiber öffentlicher Mobilfunknetze haben für Telekommunikationsbevorrechtigte Verbindungen im Mobilfunk für interpersonelle Kommunikation vorrangig herzustellen. Für die Ausgestaltung dieser Verpflichtung kann die Bundesnetzagentur technische Festlegungen und zeitliche Vorgaben treffen. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt bei den Festlegungen internationale technische Standards und beteiligt die betroffenen Verbände.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Telekommunikationsbevorrechtigte sind	(3) u n v e r ä n d e r t
1. Verfassungsorgane des Bundes und der Länder,	
2. Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände,	
3. Gerichte des Bundes und der Länder,	
4. Dienststellen der Bundeswehr und der stationierten Streitkräfte,	
5. Katastrophenschutz- und Zivilschutzorganisationen sowie Hilfsorganisationen nach § 26 Absatz 1 Satz 2 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes,	
6. Aufgabenträger im Gesundheitswesen,	
7. Hilfs- und Rettungsdienste,	
8. Rundfunkveranstalter,	
9. Nutzer, denen von einer Behörde nach Nummer 2, die für den Bevölkerungsschutz (Zivil- oder Katastrophenschutz) oder die Verteidigung zuständig ist, eine Bescheinigung darüber ausgestellt wurde, dass sie lebens- oder verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben und hierzu auf Telekommunikationsdienste nach Absatz 1 oder 2 angewiesen sind.	
Die Bescheinigung nach Satz 1 Nummer 9 verliert ihre Gültigkeit zehn Jahre nach Ausstellungsdatum, sofern auf der Bescheinigung nicht eine kürzere Geltungsdauer vermerkt ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 186	§ 187
Umsetzung der Telekommunikationsbevorrechtigung	Umsetzung der Telekommunikationsbevorrechtigung
(1) Telekommunikationsbevorrechtigte haben ihrem Anbieter rechtzeitig im Voraus mitzuteilen,	(1) Telekommunikationsbevorrechtigte haben ihrem Anbieter rechtzeitig im Voraus mitzuteilen,
1. welche Anschlüsse und Übertragungswege vorrangig entstört werden sollen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. für welche Mobilfunkanschlüsse vorrangige Verbindungen in Anspruch genommen werden sollen.	2. u n v e r ä n d e r t
Dabei haben Telekommunikationsbevorrechtigte nach § 185 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 die ihnen ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.	Dabei haben Telekommunikationsbevorrechtigte nach § 186 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 die ihnen ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.
(2) Für die Umsetzung der Telekommunikationsbevorrechtigung hat der nach § 185 Absatz 1 und 2 Verpflichtete unverzüglich nach Eingang der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 Vorkehrungen zu treffen. Er hat diese Vorkehrungen nach Kündigung des Anschlusses oder nach Ablauf der in § 185 Absatz 3 Satz 2 genannten Frist wieder aufzuheben, sofern nicht vor Ablauf dieser Frist eine neue Bescheinigung nach § 185 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 vorgelegt wird. Die nach § 185 Absatz 1 und 2 Verpflichteten haben den betroffenen Nutzer über den Abschluss und die Aufhebung der getroffenen Vorkehrungen unverzüglich zu informieren.	(2) Für die Umsetzung der Telekommunikationsbevorrechtigung hat der nach § 186 Absatz 1 und 2 Verpflichtete unverzüglich nach Eingang der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 Vorkehrungen zu treffen. Er hat diese Vorkehrungen nach Kündigung des Anschlusses oder nach Ablauf der in § 186 Absatz 3 Satz 2 genannten Frist wieder aufzuheben, sofern nicht vor Ablauf dieser Frist eine neue Bescheinigung nach § 186 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 vorgelegt wird. Die nach § 186 Absatz 1 und 2 Verpflichteten haben den betroffenen Nutzer über den Abschluss und die Aufhebung der getroffenen Vorkehrungen unverzüglich zu informieren.
(3) Für die Erfüllung der Verpflichtung nach § 185 Absatz 2 Satz 1 kann die Dauer oder die Datenübertragungsrate nicht vorrangiger Verbindungen im erforderlichen Umfang begrenzt werden. Satz 1 gilt nicht für Verbindungen zu den Notrufnummern 110 und 112; § 4 der Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. November 2012 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.	(3) Für die Erfüllung der Verpflichtung nach § 186 Absatz 2 Satz 1 kann die Dauer oder die Datenübertragungsrate nicht vorrangiger Verbindungen im erforderlichen Umfang begrenzt werden. Satz 1 gilt nicht für Verbindungen zu den Notrufnummern 110 und 112; § 4 der Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. November 2012 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.
§ 187	§ 188
Mitwirkungspflichten und Entschädigung	Mitwirkungspflichten und Entschädigung
(1) Die nach diesem Abschnitt Verpflichteten haben auf Anordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in den Fällen des § 183 sowie im Rahmen von Vorsorgeplanungen und Übungen in Arbeitsstäben im Inland mitzuwirken sowie das hierfür erforderliche Fachpersonal abzustellen.	(1) Die nach diesem Abschnitt Verpflichteten haben auf Anordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in den Fällen des § 184 sowie im Rahmen von Vorsorgeplanungen und Übungen in Arbeitsstäben im Inland mitzuwirken sowie das hierfür erforderliche Fachpersonal abzustellen.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>(2) Für Personal, das aufgrund einer Anordnung nach Absatz 1 abgestellt wurde, wird ab Beginn des Einsatzes je Person und angefangener Stunde eine Entschädigung gewährt. Diese entspricht der Nummer 11.3 der Anlage 1 zum Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Die Entschädigung darf je Person und Tag den Betrag, der für einen achtstündigen Einsatz zu leisten ist, nicht überschreiten.</p>	<p>(2) u n v e r ä n d e r t</p>
§ 188	§ 189
<p>Entgelte für die Telekommunikationsbevorrechtigung</p>	<p>Entgelte für die Telekommunikationsbevorrechtigung</p>
<p>Telekommunikationsbevorrechtigte haben die folgenden Entgelte an ihren Anbieter zu entrichten:</p>	<p>Telekommunikationsbevorrechtigte haben die folgenden Entgelte an ihren Anbieter zu entrichten:</p>
<p>1. für jeden Anschluss und Übertragungsweg, für den Vorkehrungen nach § 186 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 getroffen wurden, ein einmaliges Entgelt in Höhe von 100 Euro und</p>	<p>1. für jeden Anschluss und Übertragungsweg, für den Vorkehrungen nach § 187 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 getroffen wurden, ein einmaliges Entgelt in Höhe von 100 Euro und</p>
<p>2. für jeden Anschluss, für den technische Vorkehrungen nach § 186 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 getroffen wurden, ein einmaliges Entgelt in Höhe von 50 Euro.</p>	<p>2. für jeden Anschluss, für den technische Vorkehrungen nach § 187 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 getroffen wurden, ein einmaliges Entgelt in Höhe von 50 Euro.</p>
<p>Damit sind alle Entgeltansprüche abgegolten. Hat ein Verpflichteter die getroffenen Vorkehrungen pflichtgemäß aufgehoben und wird ihm danach eine neue Bescheinigung nach § 185 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 vorgelegt, gilt Satz 1 entsprechend. Die übrigen Entgelte für die Inanspruchnahme von Telekommunikationsdiensten bleiben unberührt.</p>	<p>Damit sind alle Entgeltansprüche abgegolten. Hat ein Verpflichteter die getroffenen Vorkehrungen pflichtgemäß aufgehoben und wird ihm danach eine neue Bescheinigung nach § 186 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 vorgelegt, gilt Satz 1 entsprechend. Die übrigen Entgelte für die Inanspruchnahme von Telekommunikationsdiensten bleiben unberührt.</p>
§ 189	§ 190
<p>Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann Anordnungen und andere Maßnahmen treffen, um die Einhaltung der Vorschriften dieses Abschnitts sicherzustellen. Der Verpflichtete hat auf Anforderung der Bundesnetzagentur die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen. § 55 der Strafprozessordnung gilt entsprechend. Die Bundesnetzagentur ist zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen befugt, die Geschäfts- und Betriebsräume während der üblichen Betriebs- oder Geschäftszeiten zu betreten und zu besichtigen. Der Ver-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
pflichtete hat die Überprüfung zu dulden. Die Befugnisse der Bundesnetzagentur nach Teil 11 Abschnitt 2 bleiben unberührt.	
(2) Zur Durchsetzung von Maßnahmen nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld bis zu einer Million Euro festgesetzt werden.	
Teil 11	Teil 11
Bundesnetzagentur und andere zuständige Behörden	Bundesnetzagentur und andere zuständige Behörden
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Organisation	Organisation
§ 190	§ 191
Aufgaben und Befugnisse	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur nimmt die ihr nach diesem Gesetz und nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/2120 sowie nach Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 8 der Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 1) zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse wahr.	
§ 191	§ 192
Medien der Veröffentlichung	u n v e r ä n d e r t
Veröffentlichungen und Bekanntmachungen, zu denen die Bundesnetzagentur durch dieses Gesetz verpflichtet ist, erfolgen im Amtsblatt der Bundesnetzagentur und auf ihrer Internetseite, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 192	§ 193
Veröffentlichung von Weisungen	u n v e r ä n d e r t
Weisungen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erteilen, sind im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Dies gilt nicht für Aufgaben, die von diesen Bundesministerien aufgrund dieses Gesetzes oder anderer Gesetze in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen sind und mit deren Erfüllung sie die Bundesnetzagentur beauftragt haben.	
§ 193	§ 194
Aufgaben und Rechte des Beirates	Aufgaben und Rechte des Beirates
(1) Der Beirat nach § 5 des Gesetzes über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen hat die in den nachstehenden Absätzen genannten Aufgaben und Rechte.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Der Beirat wirkt mit bei den Entscheidungen der Bundesnetzagentur in den Fällen des § 99 Absatz 4 Nummer 2 und 4.	(2) Der Beirat wirkt mit bei den Entscheidungen der Bundesnetzagentur in den Fällen des § 100 Absatz 4 Nummer 2 und 4.
(3) Der Beirat ist berechtigt, Maßnahmen zur Umsetzung der Regulierungsziele und zur Sicherstellung des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß Teil 9 zu beantragen. Die Bundesnetzagentur ist verpflichtet, den Antrag innerhalb von sechs Wochen zu bescheiden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Der Beirat ist gegenüber der Bundesnetzagentur berechtigt, Auskünfte und Stellungnahmen einzuholen. Die Bundesnetzagentur ist gegenüber dem Beirat auskunftspflichtig.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Der Beirat ist bei der Aufstellung des Frequenzplanes nach § 89 anzuhören.	(5) Der Beirat ist bei der Aufstellung des Frequenzplanes nach § 90 anzuhören.
§ 194	§ 195
Tätigkeitsbericht, Sektorgutachten	Tätigkeitsbericht, Sektorgutachten
(1) Die Bundesnetzagentur legt den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes einen Bericht über ihre Tätigkeit sowie über die Lage und die Entwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation vor. Der Bericht ist gemeinsam mit dem Sektorgutachten nach Absatz 2 vorzulegen. In dem Bericht ist auch zu der	(1) Die Bundesnetzagentur legt den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes einen Bericht über ihre Tätigkeit sowie über die Lage und die Entwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation vor. Der Bericht ist gemeinsam mit dem Sektorgutachten nach Absatz 2 vorzulegen. In dem Bericht ist auch zu der Entwicklung und der Höhe der Endnutzerpreise der

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Entwicklung und der Höhe der Endnutzerpreise der Telekommunikationsdienste nach § 156 Absatz 2 sowie zu der Verfügbarkeit des Mindestangebots an diesen Diensten Stellung zu nehmen.	Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 sowie zu der Verfügbarkeit des Mindestangebots an diesen Diensten Stellung zu nehmen.
(2) Die Monopolkommission erstellt alle zwei Jahre ein Sektorgutachten, in dem sie den Stand und die absehbare Entwicklung des Wettbewerbs und die Frage, ob nachhaltig wettbewerbsorientierte Telekommunikationsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland bestehen, beurteilt, die Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes über die Regulierung und Wettbewerbsaufsicht würdigt und zu sonstigen aktuellen wettbewerbspolitischen Fragen Stellung nimmt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Das Sektorgutachten soll bis zum 30. November eines Jahres abgeschlossen sein, in dem kein Hauptgutachten nach § 44 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorgelegt wird. Die Monopolkommission kann Einsicht nehmen in die bei der Bundesnetzagentur geführten Akten einschließlich der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, soweit dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Für den vertraulichen Umgang mit den Akten gilt § 46 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechend. Die Bundesregierung nimmt zum Sektorgutachten gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes in angemessener Frist Stellung.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 195	§ 196
Jahresbericht	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur veröffentlicht einmal jährlich einen Bericht über die Entwicklung des Telekommunikationsmarktes, einschließlich der wesentlichen Marktdaten, ihrer Entscheidungen sowie ihrer eingesetzten personellen und finanziellen Ressourcen. In dem Jahresbericht berichtet die Bundesnetzagentur auch über ihre zukünftigen Vorhaben.	
§ 196	§ 197
Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene	Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene
(1) Die Bundesnetzagentur entscheidet in den folgenden Fällen im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt:	(1) Die Bundesnetzagentur entscheidet in den folgenden Fällen im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt:
1. §§ 10 und 11,	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. § 31,	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 32 und	3. u n v e r ä n d e r t
4. § 100 Absatz 2 Nummer 3.	4. § 101 Absatz 2 Nummer 3.
(2) Die Bundesnetzagentur gibt dem Bundeskartellamt im Rahmen der folgenden Entscheidungen rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme:	(2) Die Bundesnetzagentur gibt dem Bundeskartellamt im Rahmen der folgenden Entscheidungen rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme:
1. § 17 in Verbindung mit § 16 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3,	1. § 17 in Verbindung mit § 18 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3,
2. Teil 2 Abschnitt 2 bis 5 und	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 148 Absatz 6.	3. § 149 Absatz 6.
(3) Die Bundesnetzagentur gibt dem Bundeskartellamt im Rahmen einer Maßnahme oder Entscheidung nach § 90 Absatz 9 in Verbindung mit	(3) Die Bundesnetzagentur gibt dem Bundeskartellamt im Rahmen einer Maßnahme oder Entscheidung nach § 91 Absatz 9 in Verbindung mit
1. § 89 Absatz 2 Satz 4,	1. § 92 Absatz 2 Satz 3 Nummer 4 ,
2. § 99 Absatz 3 Satz 3,	2. § 100 Absatz 3 Satz 3,
3. § 101 Absatz 1 Nummer 5 und 6,	3. § 102 Absatz 1 Nummer 5 und 6,
4. § 104 oder	4. § 105 oder
5. § 105	5. § 106
rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme.	rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme.
(4) Führt das Bundeskartellamt im Bereich der Telekommunikation Verfahren nach den §§ 19 und 20 Absatz 1 und 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, nach Artikel 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder nach § 40 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen durch, gibt es der Bundesnetzagentur rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Beide Behörden wirken auf eine einheitliche und den Zusammenhang mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wahrende Auslegung dieses Gesetzes, auch beim Erlass von Verwaltungsvorschriften, hin. Sie haben einander Beobachtungen und Feststellungen mitzuteilen, die für die Erfüllung der beiderseitigen Aufgaben von Bedeutung sein können.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Bundesnetzagentur arbeitet mit den Landesmedienanstalten zusammen. Auf Anfrage übermittelt sie den Landesmedienanstalten Erkenntnisse, die für die Erfüllung von deren Aufgaben erforderlich sind.	(6) Die Bundesnetzagentur arbeitet mit den Landesmedienanstalten zusammen. Auf Anfrage übermittelt sie den Landesmedienanstalten Erkenntnisse, die für die Erfüllung von deren Aufgaben erforderlich sind. Im Falle einer Betroffenheit von Belangen von Rundfunk und vergleichbaren Telemedien nach § 2

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Absatz 7 Satz 1, wird die zuständige Landesmedienanstalt hierüber informiert und an eingeleiteten Verfahren beteiligt. Auf Antrag der zuständigen Landesmedienanstalt prüft die Bundesnetzagentur auf der Grundlage dieses Gesetzes die Einleitung eines Verfahrens und die Anordnung von Maßnahmen nach diesem Gesetz.
(7) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/2120 arbeitet die Bundesnetzagentur, soweit Belange des Rundfunks und vergleichbarer Telemedien nach § 2 Absatz 7 Satz 1 betroffen sind, mit der nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Stelle zusammen.	(7) u n v e r ä n d e r t
§ 197	§ 198
Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur arbeitet mit den nationalen Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Kommission und dem GEREK auf transparente Weise zusammen, um eine einheitliche Anwendung der Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2018/1972 zu gewährleisten. Sie arbeitet insbesondere mit der Kommission und dem GEREK bei der Ermittlung der Maßnahmen zusammen, die zur Bewältigung bestimmter Situationen auf dem Markt am besten geeignet sind.	
(2) Die Bundesnetzagentur unterstützt die Ziele des GEREK in Bezug auf bessere regulatorische Koordinierung und mehr Kohärenz.	
(3) Die Bundesnetzagentur arbeitet gemeinsam und im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in der Gruppe für Frequenzpolitik mit.	
(4) Die Bundesnetzagentur trägt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben weitestgehend den Empfehlungen Rechnung, die die Kommission nach Artikel 38 Absatz 1 und 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 erlässt. Beschließt die Bundesnetzagentur, sich nicht an eine solche Empfehlung zu halten, so teilt sie dies der Kommission unter Angabe ihrer Gründe mit.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 198	§ 199
Bereitstellung von Informationen	Bereitstellung von Informationen
(1) Die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden stellen der Kommission auf deren begründeten Antrag die Informationen zur Verfügung, die die Kommission benötigt, um ihre Aufgaben aufgrund des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union wahrzunehmen. Beziehen sich die bereitgestellten Informationen auf Informationen, die zuvor von Unternehmen auf Anforderung der Behörde bereitgestellt wurden, so werden die Unternehmen hiervon unterrichtet.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden können ihnen übermittelte Informationen dem GEREK und Behörden eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union auf deren begründeten Antrag hin zur Verfügung stellen, soweit dies erforderlich ist, damit das GEREK seine oder diese Behörden ihre Verpflichtungen aus dem Recht der Europäischen Union erfüllen kann oder können.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Im Rahmen des Informationsaustausches nach den Absätzen 1 und 2 stellen die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden eine vertrauliche Behandlung aller übermittelten Informationen sicher, die nach den Vorschriften der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über das Geschäftsgeheimnis als vertraulich angesehen werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden kennzeichnen im Rahmen der Bereitstellung von Informationen an die Kommission, an Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und an das GEREK vertrauliche Informationen. Sie <i>kann</i> bei der Kommission beantragen, dass die Informationen, die sie der Kommission <i>bereitstellt</i> , Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag ist zu begründen.	(4) Die Bundesnetzagentur und andere nach diesem Gesetz zuständige Behörden kennzeichnen im Rahmen der Bereitstellung von Informationen an die Kommission, an Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und an das GEREK vertrauliche Informationen. Sie können bei der Kommission beantragen, dass die Informationen, die sie der Kommission bereitstellen , Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag ist zu begründen.
§ 199	§ 200
Mediation	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur kann in geeigneten Fällen zur Beilegung telekommunikationsrechtlicher Streitig-	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
keiten den Parteien einen einvernehmlichen Einigungsversuch vor einer Gütestelle im Wege eines Mediationsverfahrens vorschlagen.	
§ 200	§ 201
Wissenschaftliche Beratung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann zur Vorbereitung ihrer Entscheidungen oder zur Begutachtung von Fragen der Regulierung wissenschaftliche Kommissionen einsetzen. Die Mitglieder dieser Kommissionen müssen auf dem Gebiet der Telekommunikation über besondere volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, sozialpolitische, technologische oder rechtliche Erfahrungen und über ausgewiesene wissenschaftliche Kenntnisse verfügen.	
(2) Die Bundesnetzagentur erhält bei der Erfüllung ihrer Aufgaben fortlaufend wissenschaftliche Unterstützung. Diese betrifft insbesondere	
1. die regelmäßige Begutachtung der volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Entwicklung der Telekommunikation im Inland und Ausland,	
2. die Aufbereitung und Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Gestaltung des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten, die Regulierung von Anbietern mit beträchtlicher Marktmacht, die Regeln über den offenen Netzzugang und die Zusammenschaltung sowie die Nummerierung und den Kundenschutz.	
A b s c h n i t t 2	A b s c h n i t t 2
B e f u g n i s s e	B e f u g n i s s e
§ 201	§ 202
Durchsetzung von Verpflichtungen	Durchsetzung von Verpflichtungen
(1) Stellt die Bundesnetzagentur fest, dass ein Unternehmen seine Verpflichtungen nach diesem Gesetz, aufgrund dieses Gesetzes, nach der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 oder nach der Verordnung (EU) 2015/2120 nicht erfüllt, <i>teilt sie dies dem Unternehmen mit und gibt ihm Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen. Die Bundesnetzagentur kann die Anhörung nach Satz 1 mit der Aufforderung</i>	(1) Stellt die Bundesnetzagentur fest, dass ein Unternehmen seine Verpflichtungen nach diesem Gesetz, aufgrund dieses Gesetzes, nach der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 oder nach der Verordnung (EU) 2015/2120 nicht erfüllt, fordert sie das Unternehmen auf

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>verbinden, der Nichterfüllung der Verpflichtung innerhalb einer angemessenen Frist oder unverzüglich abzu- helfen. Dieses Abhilfeverlangen kann nur gleichzeitig mit der Anordnung nach Absatz 2 angefochten werden.</i>	
	1. innerhalb einer angemessenen Frist zur Nicht- erfüllung der Verpflichtung Stellung zu neh- men und
	2. innerhalb einer angemessenen Frist oder un- verzüglich der Nichterfüllung der Verpflich- tung abzuhelpen.
	Das Abhilfeverlangen nach Satz 1 Nummer 2 kann nur gleichzeitig mit der Anordnung nach Absatz 2 angefochten werden.
(2) Die Bundesnetzagentur kann die erforderli- chen Maßnahmen anordnen, um die Einhaltung der Verpflichtungen sicherzustellen, wenn das Unterneh- men	(2) Die Bundesnetzagentur kann die erforderli- chen Maßnahmen anordnen, um die Einhaltung der Verpflichtungen sicherzustellen, wenn das Unterneh- men dem Abhilfeverlangen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 nicht innerhalb der gesetzten Frist nachkommt. Bei der Anordnung ist dem Unterneh- men eine angemessene Frist zu setzen, um den Maßnahmen entsprechen zu können.
1. <i>der Aufforderung zur Abhilfe nicht innerhalb der Abhilfefrist oder unverzüglich (Absatz 1 Satz 2) nachkommt,</i>	1. entfällt
2. <i>im Übrigen nicht innerhalb der Stellungnahme- frist (Absatz 1 Satz 1) seinen Verpflichtungen nachkommt.</i>	2. entfällt
<i>Hierbei ist dem Unternehmen eine angemessene Frist zu setzen, um den Maßnahmen entsprechen zu können.</i>	
(3) Verletzt das Unternehmen seine Verpflich- tungen in schwerer oder wiederholter Weise oder kommt es den von der Bundesnetzagentur angeordne- ten Maßnahmen nach Absatz 2 nicht nach, so kann die Bundesnetzagentur ihm die Tätigkeit als Betreiber von Telekommunikationsnetzen oder Anbieter von Tele- kommunikationsdiensten untersagen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Wird durch die Verletzung von Verpflichtun- gen die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar und erheblich gefährdet oder führt die Pflichtverletzung bei anderen Anbietern oder Nutzern von Telekommuni- kationsnetzen und -diensten zu erheblichen wirt- schaftlichen oder betrieblichen Problemen, kann die Bundesnetzagentur vorläufige Maßnahmen ergreifen. Die Bundesnetzagentur entscheidet, nachdem sie dem betreffenden Unternehmen Gelegenheit zur Stellung- nahme innerhalb einer angemessenen Frist eingeräumt	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
hat, ob die vorläufige Maßnahme bestätigt, aufgehoben oder abgeändert wird.	
(5) Zur Durchsetzung der Anordnungen nach Absatz 2 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von mindestens 1 000 Euro bis höchstens 10 Millionen Euro festgesetzt werden.	(5) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(6) Die Absätze 1, 2, 4 und 5 gelten für die Durchsetzung von Verpflichtungen von Eigentümern und Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze, die keine Unternehmen sind, entsprechend.	(6) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(7) Stellt die Bundesnetzagentur fest, dass ein Anbieter seine Verpflichtungen nach der Verordnung (EU) 2018/302 nicht erfüllt, gelten die Absätze 1, 2 und 5 entsprechend.	(7) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 202	§ 203
Auskunftsverlangen und weitere Untersuchungsrechte; Übermittlungspflichten	Auskunftsverlangen und weitere Untersuchungsrechte; Übermittlungspflichten
(1) Unbeschadet anderer nationaler oder auf unmittelbar vollziehbarem Recht der Europäischen Union beruhender Berichts- und Informationspflichten sind die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste sowie die Eigentümer und Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze verpflichtet, der Bundesnetzagentur auf Verlangen diejenigen Informationen zur Verfügung zu stellen, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der weiteren ihr zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse <i>nach § 187</i> erforderlich sind. Die Bundesnetzagentur kann insbesondere Auskünfte verlangen, die erforderlich sind für	(1) Unbeschadet anderer nationaler oder auf unmittelbar vollziehbarem Recht der Europäischen Union beruhender Berichts- und Informationspflichten sind die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste sowie die Eigentümer und Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze verpflichtet, der Bundesnetzagentur auf Verlangen diejenigen Informationen zur Verfügung zu stellen, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der weiteren ihr nach § 191 zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse erforderlich sind. Die Bundesnetzagentur kann insbesondere Auskünfte verlangen, die erforderlich sind für
1. die systematische oder einzelfallbezogene Überprüfung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes ergeben,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
2. die einzelfallbezogene Überprüfung von Verpflichtungen, wenn der Bundesnetzagentur eine Beschwerde vorliegt oder sie aus anderen Gründen eine Verletzung von Pflichten annimmt oder sie von sich aus Ermittlungen durchführt,	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
3. die Veröffentlichung von Qualitäts- und Preisvergleichen für Dienste zum Nutzen der Endnutzer, einschließlich Informationen über die tatsächliche, standortbezogene Netzabdeckung nach § 52 Absatz 7 Satz 2,	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
4. von ihr genau angegebene statistische Zwecke,	4. <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
5. die Marktdefinitions- und Marktanalyseverfahren nach den §§ 10 und 11 sowie die Regulierungsverfügung nach § 13,	5. un v e r ä n d e r t
6. das Marktprüfungsverfahren für Verpflichtungszusagen nach § 19 und für die Auferlegung von Zugangsverpflichtungen bei Hindernissen der Replizierbarkeit nach § 22,	6. un v e r ä n d e r t
7. die Durchführung der Verfahren in Teil 9,	7. un v e r ä n d e r t
8. Verfahren auf Erteilung von Nutzungsrechten und zur Überprüfung der entsprechenden Anträge oder	8. un v e r ä n d e r t
9. die systematische oder einzelfallbezogene Überprüfung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften über die Zuteilung und Nutzung von Nummern sowie der von der Bundesnetzagentur getroffenen Festlegungen und erteilten Bedingungen über die Zuteilung und Nutzung von Nummern.	9. un v e r ä n d e r t
Auskünfte nach Satz 2 Nummer 1 bis 5 dürfen nicht vor dem Zugang zum Markt oder als Bedingung für den Zugang verlangt werden. Satz 1 gilt entsprechend für Anbieter im Sinne von Artikel 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) 2018/302. Reichen die von den in den Satz 1 genannten Unternehmen übermittelten Informationen für die Bundesnetzagentur nicht aus, um ihre Regulierungsaufgaben wahrzunehmen, können auch andere Unternehmen, die in der Telekommunikation oder in eng damit verbundenen Sektoren tätig sind, zur Erteilung von Auskünften über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Zwecke verpflichtet werden.	Auskünfte nach Satz 2 Nummer 1 bis 5 dürfen nicht vor dem Zugang zum Markt oder als Bedingung für den Zugang verlangt werden. Satz 1 gilt entsprechend für Anbieter im Sinne von Artikel 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) 2018/302. Reichen die von den in den Satz 1 genannten Unternehmen übermittelten Informationen für die Bundesnetzagentur nicht aus, um ihre Regulierungsaufgaben wahrzunehmen, können auch andere Unternehmen, die in der Telekommunikation oder in eng damit verbundenen Sektoren tätig sind, zur Erteilung von Auskünften über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Zwecke verpflichtet werden.
(2) Soweit es zur Erfüllung der nach diesem Gesetz oder der weiteren ihr zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse nach § 190 erforderlich ist, kann die Bundesnetzagentur von den in Absatz 1 genannten Unternehmen	(2) Soweit es zur Erfüllung der nach diesem Gesetz oder der weiteren ihr zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse nach § 191 erforderlich ist, kann die Bundesnetzagentur von den in Absatz 1 genannten Unternehmen
1. Auskunft über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere über Umsatzzahlen, verlangen sowie	1. un v e r ä n d e r t
2. innerhalb der üblichen Betriebs- oder Geschäftszeiten die geschäftlichen Unterlagen einsehen und prüfen.	2. un v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur kann von den in Absatz 1 genannten Unternehmen insbesondere Auskünfte über künftige Netz- und Diensteentwicklungen verlangen, wenn diese Entwicklungen sich auf Dienste auf Vorleistungsebene auswirken können, die die Unternehmen Wettbewerbern zugänglich machen. Die Bundesnetzagentur kann ferner von Unternehmen mit beträchtlicher	Die Bundesnetzagentur kann von den in Absatz 1 genannten Unternehmen insbesondere Auskünfte über künftige Netz- und Diensteentwicklungen verlangen, wenn diese Entwicklungen sich auf Dienste auf Vorleistungsebene auswirken können, die die Unternehmen Wettbewerbern zugänglich machen. Die Bundesnetzagentur kann ferner von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf Vorleistungsmärkten verlangen, Rechnungslegungsdaten zu den mit diesen

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Marktmacht auf Vorleistungsmärkten verlangen, Rechnungslegungsdaten zu den mit diesen Vorleistungsmärkten verbundenen Endnutzermärkten vorzulegen.	Vorleistungsmärkten verbundenen Endnutzermärkten vorzulegen.
(3) Soweit es zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist, die der Bundesnetzagentur in diesem Gesetz übertragen werden, kann die Bundesnetzagentur im Streitfall	(3) Soweit es zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist, die der Bundesnetzagentur in diesem Gesetz übertragen werden, kann die Bundesnetzagentur im Streitfall
1. passive Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze vor Ort untersuchen,	1. u n v e r ä n d e r t
2. von den Eigentümern und Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze Auskünfte über künftige Entwicklungen der Netze und Dienste verlangen, soweit sich diese Entwicklungen auf die Mitnutzung der passiven Netzinfrastrukturen der Eigentümer und Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze auswirken können, und	2. u n v e r ä n d e r t
3. in den Fällen von § 78 Absatz 3, § 135 Absatz 4, § 136 Absatz 3, § 140 Absatz 2, § 141 Absatz 4, § 142 Absatz 4, § 152 Absatz 4 und § 153 Absatz 4 Einsicht nehmen in die von den Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze erstellten Sicherheitskonzepte, sonstigen Konzepte, Nachweisdokumente oder in Teile davon.	3. in den Fällen von § 79 Absatz 3, § 136 Absatz 4, § 137 Absatz 3, § 141 Absatz 2, § 142 Absatz 4, § 143 Absatz 4, § 153 Absatz 4 und § 154 Absatz 4 Einsicht nehmen in die von den Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze erstellten Sicherheitskonzepte, sonstigen Konzepte, Nachweisdokumente oder in Teile davon.
(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Telekommunikationslinien verlangen, diejenigen Informationen zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach	(4) Die zentrale Informationsstelle des Bundes kann von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze oder Telekommunikationslinien verlangen, diejenigen Informationen zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach
1. § 77 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 79 und	1. § 78 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 80 und
2. § 77 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 80.	2. § 78 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 81 .
Reichen die gemäß Satz 1 gesammelten Informationen für die Zwecke der §§ 79 und 80 nicht aus, kann die zentrale Informationsstelle des Bundes andere Unternehmen, die in der Telekommunikation oder in eng damit verbundenen Sektoren tätig sind, um Informationen ersuchen, die zur Erfüllung der Aufgaben nach § 77 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 79 und nach § 77 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 80 erforderlich sind.	Reichen die gemäß Satz 1 gesammelten Informationen für die Zwecke der §§ 80 und 81 nicht aus, kann die zentrale Informationsstelle des Bundes andere Unternehmen, die in der Telekommunikation oder in eng damit verbundenen Sektoren tätig sind, um Informationen ersuchen, die zur Erfüllung der Aufgaben nach § 78 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 80 und nach § 78 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 81 erforderlich sind.
(5) Die Bundesnetzagentur stellt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Daten zum tatsächlichen, standortbezogenen Ausbau der Mobilfunknetze nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 in	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Verbindung mit § 52 Absatz 7 Satz 2, insbesondere Daten zu lokalen Schwerpunkten für Verbindungsabbrüche bei der Sprachtelefonie, einschließlich unternehmensbezogener Daten und der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, in einem weiterverarbeitungsfähigen Format zur Verfügung, soweit dies zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Zu den gesetzlichen Aufgaben zählt auch die Erstellung von Netzausdeckungskarten unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.	
(6) Die Bundesnetzagentur ordnet die Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 durch Verfügung an. Die zentrale Informationsstelle des Bundes fordert die Informationen nach Absatz 4 durch Verfügung an. In der Verfügung sind die Rechtsgrundlagen, der Gegenstand und der Zweck des Auskunftsverlangens anzugeben. Ein Auskunftsverlangen kann dabei mehrere Zwecke umfassen. Für die Erteilung der Auskunft oder der Information ist eine angemessene Frist zu bestimmen. Die Übermittlung der angeforderten Auskünfte oder Informationen erfolgt elektronisch und in einem weiterverarbeitungsfähigen Format, soweit dies von der Bundesnetzagentur oder der zentralen Informationsstelle des Bundes nicht anders angeordnet wurde. Die Bundesnetzagentur und die zentrale Informationsstelle des Bundes können zur Ausgestaltung und zu den Intervallen der Übermittlung geeignete Vorgaben machen.	(6) u n v e r ä n d e r t
§ 203	§ 204
Auskunftserteilung	Auskunftserteilung
(1) Die Inhaber der Unternehmen oder die diese vertretenden Personen sind verpflichtet,	(1) Die Inhaber der Unternehmen oder die diese vertretenden Personen sind verpflichtet,
1. die verlangten Auskünfte nach § 202 Absatz 1 bis 3 zu erteilen,	1. die verlangten Auskünfte nach § 203 Absatz 1 bis 4 zu erteilen,
2. die geschäftlichen Unterlagen vorzulegen und	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Prüfung dieser geschäftlichen Unterlagen sowie das Betreten von Geschäftsräumen und -grundstücken während der üblichen Betriebs- oder Geschäftszeiten zu dulden.	3. u n v e r ä n d e r t
Bei juristischen Personen, Gesellschaften oder nicht rechtsfähigen Vereinen gelten die Verpflichtungen nach Satz 1 für die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen.	Bei juristischen Personen, Gesellschaften oder nicht rechtsfähigen Vereinen gelten die Verpflichtungen nach Satz 1 für die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen.
(2) Personen, die von der Bundesnetzagentur mit der Vornahme von Prüfungen beauftragt werden, dürfen die Büro- und Geschäftsräume der Unternehmen	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
und Vereinigungen von Unternehmen während der üblichen Betriebs- oder Geschäftszeiten betreten.	
(3) Durchsuchungen können nur auf Anordnung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Durchsuchung erfolgen soll, vorgenommen werden. Auf die Anfechtung dieser Anordnung finden die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung entsprechende Anwendung. Bei Gefahr im Verzug können die in Absatz 2 bezeichneten Personen während der Geschäftszeit die erforderlichen Durchsuchungen ohne richterliche Anordnung vornehmen. An Ort und Stelle ist ein Protokoll über die Durchsuchung und ihr wesentliches Ergebnis zu erstellen, aus dem sich, falls keine richterliche Anordnung ergangen ist, auch die Tatsachen ergeben, die zur Annahme einer Gefahr im Verzug geführt haben.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Gegenstände oder geschäftliche Unterlagen können im erforderlichen Umfang in Verwahrung genommen werden oder, wenn sie nicht freiwillig herausgegeben werden, beschlagnahmt werden. Auf die Beschlagnahme findet Absatz 3 entsprechende Anwendung.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Zur Auskunft nach Absatz 1 Verpflichtete können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die durch Auskünfte oder Maßnahmen nach § 202 Absatz 1 bis 3 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen für ein Besteuerungsverfahren oder ein Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit oder einer Devisenzuwerhandlung sowie für ein Verfahren wegen einer Steuerstraftat oder einer Devisenstraftat nicht verwendet werden; die §§ 93, 97, 105 Absatz 1, § 111 Absatz 5 in Verbindung mit § 105 Absatz 1 sowie § 116 Absatz 1 der Abgabenordnung sind insoweit nicht anzuwenden. Satz 2 gilt nicht für Verfahren wegen einer Steuerstraftat sowie eines damit zusammenhängenden Besteuerungsverfahrens, wenn an deren Durchführung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, oder bei vorsätzlich falschen Angaben der Auskunftspflichtigen oder der für sie tätigen Personen.	(5) Zur Auskunft nach Absatz 1 Verpflichtete können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die durch Auskünfte oder Maßnahmen nach § 203 Absatz 1 bis 4 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen für ein Besteuerungsverfahren oder ein Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit oder einer Devisenzuwerhandlung sowie für ein Verfahren wegen einer Steuerstraftat oder einer Devisenstraftat nicht verwendet werden; die §§ 93, 97, 105 Absatz 1, § 111 Absatz 5 in Verbindung mit § 105 Absatz 1 sowie § 116 Absatz 1 der Abgabenordnung sind insoweit nicht anzuwenden. Satz 2 gilt nicht für Verfahren wegen einer Steuerstraftat sowie eines damit zusammenhängenden Besteuerungsverfahrens, wenn an deren Durchführung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, oder bei vorsätzlich falschen Angaben der Auskunftspflichtigen oder der für sie tätigen Personen.
(6) Soweit Prüfungen einen Verstoß gegen Auflagen, Anordnungen oder Verfügungen der Bundesnetzagentur ergeben haben, hat das Unternehmen der Bundesnetzagentur die Aufwendungen für diese Prüfungen einschließlich ihrer Auslagen für Sachverständige zu erstatten.	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(7) Zur Durchsetzung der Maßnahmen nach § 202 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von mindestens 1 000 Euro bis höchstens 10 Millionen Euro festgesetzt werden.	(7) Zur Durchsetzung der Maßnahmen nach § 203 kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld von mindestens 1 000 Euro bis höchstens 10 Millionen Euro festgesetzt werden.
§ 204	§ 205
Ermittlungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann alle Ermittlungen führen und alle Beweise erheben, die erforderlich sind.	
(2) Für den Beweis durch Augenschein, Zeugen und Sachverständige sind § 372 Absatz 1, die §§ 376, 377, 380 bis 387, 390, 395 bis 397, 398 Absatz 1 und die §§ 401, 402, 404, 406 bis 409, 411 bis 414 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden; Haft darf nicht verhängt werden. Für die Entscheidung über die Beschwerde ist das Oberlandesgericht zuständig.	
(3) Über die Aussagen der Zeuginnen und Zeugen soll ein Protokoll erstellt werden. Das Protokoll ist von dem ermittelnden Mitglied der Bundesnetzagentur und, wenn ein Urkundsbeamter zugezogen ist, auch von diesem zu unterschreiben. Das Protokoll soll Ort und Tag der Verhandlung sowie die Namen der Mitwirkenden und Beteiligten enthalten.	
(4) Das Protokoll ist den Zeuginnen und Zeugen zur Genehmigung vorzulesen oder zur eigenen Durchsicht vorzulegen. Die erteilte Genehmigung ist zu vermerken und von den Betreffenden zu unterschreiben. Unterbleibt die Unterschrift, so ist der Grund hierfür anzugeben.	
(5) Bei der Vernehmung von Sachverständigen sind die Absätze 3 und 4 entsprechend anzuwenden.	
(6) Die Bundesnetzagentur kann das Amtsgericht um die Beeidigung von Zeuginnen und Zeugen ersuchen, wenn sie die Beeidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für notwendig erachtet. Über die Beeidigung entscheidet das Gericht.	
§ 205	§ 206
Beschlagnahme	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur kann Gegenstände, die als Beweismittel für die Ermittlung von Bedeutung	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
sein können, beschlagnahmen. Die Beschlagnahme ist den davon Betroffenen unverzüglich bekannt zu geben.	
(2) Die Bundesnetzagentur hat innerhalb von drei Tagen die gerichtliche Bestätigung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat, zu beantragen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger des Betroffenen gegen die Beschlagnahme ausdrücklich Widerspruch erhoben hat.	
(3) Der Betroffene kann jederzeit eine gerichtliche Entscheidung beantragen. Hierüber ist er zu belehren. Über den Antrag entscheidet das nach Absatz 2 zuständige Gericht.	
(4) Gegen die gerichtliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung gelten entsprechend.	
§ 206	§ 207
Vorläufige Anordnungen	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur kann bis zur endgültigen Entscheidung vorläufige Anordnungen treffen.	
§ 207	§ 208
Vorteilsabschöpfung durch die Bundesnetzagentur	u n v e r ä n d e r t
(1) Hat ein Unternehmen gegen eine Entscheidung der Bundesnetzagentur oder vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine Vorschrift dieses Gesetzes verstoßen und dadurch einen wirtschaftlichen Vorteil erlangt, kann die Bundesnetzagentur die Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils anordnen und dem Unternehmen die Zahlung eines entsprechenden Geldbetrags auferlegen.	
(2) Absatz 1 gilt nicht, sofern der wirtschaftliche Vorteil durch Schadensersatzleistungen oder durch die Verhängung von Bußgeldern oder die Anordnung der Einziehung von Taterträgen ausgeglichen ist. Soweit das Unternehmen Leistungen nach Satz 1 erst nach der Vorteilsabschöpfung erbringt, ist der abgeführte Geldbetrag in Höhe der nachgewiesenen Zahlungen an das Unternehmen zurückzuerstatten.	
(3) Wäre die Durchführung einer Vorteilsabschöpfung eine unbillige Härte, soll die Anordnung auf einen angemessenen Geldbetrag beschränkt werden	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
oder ganz unterbleiben. Sie soll auch unterbleiben, wenn der wirtschaftliche Vorteil gering ist.	
(4) Die Höhe des wirtschaftlichen Vorteils kann geschätzt werden. Der abzuführende Geldbetrag ist zahlenmäßig zu bestimmen.	
A b s c h n i t t 3	A b s c h n i t t 3
V e r f a h r e n	V e r f a h r e n
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Verwaltungsverfahren der Bundesnetzagentur	Verwaltungsverfahren der Bundesnetzagentur
§ 208	§ 209
Entscheidungen der Bundesnetzagentur	Entscheidungen der Bundesnetzagentur
(1) Entscheidungen der Bundesnetzagentur sind zu begründen. Sie sind mit der Begründung und einer Belehrung über <i>das zulässige Rechtsmittel</i> den Beteiligten bekannt zu geben.	(1) Entscheidungen der Bundesnetzagentur sind zu begründen. Sie sind mit der Begründung und einer Belehrung über den zulässigen Rechtsbehelf den Beteiligten bekannt zu geben.
(2) Entscheidungen, die gegenüber einem Beteiligten im Ausland ergehen, gibt die Bundesnetzagentur gegenüber denjenigen bekannt, die der Beteiligte der Bundesnetzagentur als Bevollmächtigte im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union benannt hat. Hat der Beteiligte keine Bevollmächtigten im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union benannt, so gibt die Bundesnetzagentur die Entscheidung durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger bekannt oder stellt sie diese nach § 9 des Verwaltungszustellungsgesetzes im Ausland zu.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Im Übrigen bleibt § 41 des Verwaltungsverfahrensgesetzes unberührt.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Sofern ein Verfahren nicht mit einer Entscheidung abgeschlossen wird, ist die Beendigung des Verfahrens den Beteiligten mitzuteilen.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 209	§ 210
Bekanntgabe von Allgemeinverfügungen	Bekanntgabe von Allgemeinverfügungen
Entscheidungen der Bundesnetzagentur in Form von Technischen Richtlinien und anderen Allgemein-	Entscheidungen der Bundesnetzagentur in Form von Technischen Richtlinien und anderen Allgemein-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
verfügungen sind abweichend von § 208 Absatz 1 öffentlich bekannt zu geben. Die öffentliche Bekanntgabe wird dadurch bewirkt, dass	verfügungen sind abweichend von § 209 Absatz 1 öffentlich bekannt zu geben. Die öffentliche Bekanntgabe wird dadurch bewirkt, dass
1. die vollständige Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht wird und	1. u n v e r ä n d e r t
2. Folgendes im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht wird:	2. u n v e r ä n d e r t
a) der verfügende Teil der Allgemeinverfügung,	
b) die Rechtsbehelfsbelehrung und	
c) ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.	
Die Allgemeinverfügung gilt zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur als bekannt gegeben; hierauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen. § 41 Absatz 4 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.	Die Allgemeinverfügung gilt zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur als bekannt gegeben; hierauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen. § 41 Absatz 4 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Beschlusskammern	Beschlusskammern
§ 210	§ 211
Beschlusskammerentscheidungen	Beschlusskammerentscheidungen
(1) Die Bundesnetzagentur entscheidet durch Beschlusskammern in den Fällen des Teils 2, des § 90 Absatz 9 sowie der §§ 99 und 100. Absatz 4 Satz 1 bleibt unberührt. Die Entscheidung ergeht durch Verwaltungsakt. Die Beschlusskammern werden mit Ausnahme der Absätze 2 und 4 nach Bestimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Benehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gebildet.	(1) Die Bundesnetzagentur entscheidet durch Beschlusskammern in den Fällen des Teils 2, des § 91 Absatz 9 sowie der §§ 100 und 101 . Absatz 4 Satz 1 bleibt unberührt. Die Entscheidung ergeht durch Verwaltungsakt. Die Beschlusskammern werden mit Ausnahme der Absätze 2 und 4 nach Bestimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Benehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gebildet.
(2) Die Bundesnetzagentur entscheidet durch Beschlusskammern als nationale Streitbeilegungsstelle in den Fällen von § 127 Absatz 4, § 133 Absatz 5 und § 148. Die Entscheidung ergeht durch Verwaltungsakt. Nationale Streitbeilegungsstellen werden nach Bestimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gebildet.	(2) Die Bundesnetzagentur entscheidet durch Beschlusskammern als nationale Streitbeilegungsstelle in den Fällen von § 72 , § 128 Absatz 4, § 134 Absatz 5 und § 149 . Die Entscheidung ergeht durch Verwaltungsakt. Nationale Streitbeilegungsstellen werden nach Bestimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gebildet.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>(3) Die Beschlusskammern entscheiden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden oder einer Vorsitzenden und zwei beisitzenden Mitgliedern. Der oder die Vorsitzende und die beisitzenden Mitglieder müssen die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes erworben haben. Mindestens ein Mitglied der Beschlusskammer muss die Befähigung zum Richteramt haben.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) In den Fällen des § 90 Absatz 9 sowie der §§ 99 und 100 <i>entscheidet die Beschlusskammer in der Besetzung mit dem Präsidenten als Vorsitzendem oder der Präsidentin als Vorsitzender und den beiden Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen als beisitzende Mitglieder</i>; Absatz 3 Satz 2 und 3 <i>findet insoweit keine Anwendung. Die Vertretung in Verhinderungsfällen wird in der Geschäftsordnung nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen geregelt.</i> Die Entscheidung in den Fällen des § 99 Absatz 4 Nummer 2 und 4 erfolgt im Benehmen mit dem Beirat.</p>	<p>(4) In den Fällen des § 91 Absatz 9 sowie der §§ 100 und 101 findet für die Besetzung der Beschlusskammer § 3 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Gesetzes über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen entsprechende Anwendung; Absatz 3 Satz 2 und 3 findet insoweit keine Anwendung. Die Entscheidung in den Fällen des § 100 Absatz 4 Nummer 2 und 4 erfolgt im Benehmen mit dem Beirat.</p>
<p>(5) Zur Wahrung einer einheitlichen Spruchpraxis in Fällen vergleichbarer oder zusammenhängender Sachverhalte und zur Sicherstellung des Konsistenzgebotes nach § 38 Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 sind in der Geschäftsordnung der Bundesnetzagentur Verfahren vorzusehen, die vor Erlass von Entscheidungen umfassende Abstimmungs-, Auskunft- und Informationspflichten der jeweiligen Beschlusskammern und der Abteilungen vorsehen. Soweit Entscheidungen der Beschlusskammern nach den §§ 24 bis 32 Absatz 2, nach § 38 oder 49 betroffen sind, ist in der Geschäftsordnung sicherzustellen, dass Festlegungen nach den §§ 10 und 11 durch die Präsidentenkammer erfolgen.</p>	<p>(5) Zur Wahrung einer einheitlichen Spruchpraxis in Fällen vergleichbarer oder zusammenhängender Sachverhalte und zur Sicherstellung des Konsistenzgebotes nach § 38 Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 sind in der Geschäftsordnung der Bundesnetzagentur Verfahren vorzusehen, die vor Erlass von Entscheidungen umfassende Abstimmungs-, Auskunft- und Informationspflichten der jeweiligen Beschlusskammern und der Abteilungen vorsehen. Soweit Entscheidungen der Beschlusskammern nach den §§ 24 bis 32 Absatz 2, nach § 38 oder § 49 betroffen sind, ist in der Geschäftsordnung sicherzustellen, dass Festlegungen nach den §§ 10 und 11 durch die Präsidentenkammer erfolgen.</p>
<p>(6) Abweichend von § 208 Absatz 1 sind Entscheidungen der Beschlusskammern den Beteiligten nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes zuzustellen. Beschlusskammerentscheidungen, die gegenüber einem Beteiligten im Ausland ergehen, stellt die Bundesnetzagentur denjenigen zu, die der Beteiligte der Bundesnetzagentur als Zustellungsbevollmächtigte im Inland benannt hat. Hat der Beteiligte keine Zustellungsbevollmächtigten im Inland benannt, so stellt die Beschlusskammer die Entscheidung durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger oder nach § 9 des Verwaltungszustellungsgesetzes im Ausland zu.</p>	<p>(6) Abweichend von § 209 Absatz 1 sind Entscheidungen der Beschlusskammern den Beteiligten nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes zuzustellen. Beschlusskammerentscheidungen, die gegenüber einem Beteiligten im Ausland ergehen, stellt die Bundesnetzagentur denjenigen zu, die der Beteiligte der Bundesnetzagentur als Zustellungsbevollmächtigte im Inland benannt hat. Hat der Beteiligte keine Zustellungsbevollmächtigten im Inland benannt, so stellt die Beschlusskammer die Entscheidung durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger oder nach § 9 des Verwaltungszustellungsgesetzes im Ausland zu.</p>
<p>(7) Sofern ein Verfahren nicht mit einer Entscheidung abgeschlossen wird, die den Beteiligten nach Absatz 6 zugestellt wird, ist die Beendigung des Verfahrens den Beteiligten mitzuteilen.</p>	<p>(7) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 211	§ 212
Sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen	Sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen
<p>(1) Ergeben sich im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes Streitigkeiten zwischen Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringen, oder zwischen diesen und anderen Unternehmen, denen Zugangs- oder Zusammenschaltungsverpflichtungen aus diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes zugutekommen, trifft die Beschlusskammer, soweit dies gesetzlich nicht anders geregelt ist, auf Antrag einer Partei nach Anhörung der Beteiligten eine verbindliche Entscheidung. Sie hat innerhalb einer Frist von höchstens vier Monaten, beginnend mit der Anrufung durch einen der an dem Streitfall Beteiligten, über die Streitigkeit zu entscheiden.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(2) Fällt eine Streitigkeit in einem unter dieses Gesetz fallenden Bereich zwischen Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in die Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von mehr als einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, kann jede Partei die Streitigkeit der betreffenden nationalen Regulierungsbehörde vorlegen. Fällt die Streitigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur, so koordiniert sie ihre Maßnahmen mit den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden der anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Beschlusskammer trifft ihre Entscheidung im Benehmen mit der betreffenden nationalen Regulierungsbehörde innerhalb der in Absatz 1 genannten <i>Fristen</i>.</p>	<p>(2) Fällt eine Streitigkeit in einem unter dieses Gesetz fallenden Bereich zwischen Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in die Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von mehr als einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, kann jede Partei die Streitigkeit der betreffenden nationalen Regulierungsbehörde vorlegen. Fällt die Streitigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur, so koordiniert sie ihre Maßnahmen mit den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden der anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Beschlusskammer trifft ihre Entscheidung im Benehmen mit der betreffenden nationalen Regulierungsbehörde innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist.</p>
<p>(3) Bei einer Streitigkeit nach Absatz 2, die den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beeinträchtigt, meldet die Bundesnetzagentur die Streitigkeit dem GEREK, um sie im Einklang mit den in § 2 genannten Zielen dauerhaft beizulegen. Die Beschlusskammer trifft ihre Entscheidung nicht, bevor das GEREK im Anschluss an eine Meldung nach Satz 1 seine Stellungnahme abgegeben hat, in der es die Bundesnetzagentur oder die zuständige nationale Regulierungsbehörde ersucht, konkrete Maßnahmen zu ergreifen oder zu unterlassen, damit die Streitigkeit spätestens innerhalb von vier Monaten beigelegt wird. § 206 bleibt hiervon unberührt.</p>	<p>(3) Bei einer Streitigkeit nach Absatz 2, die den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beeinträchtigt, meldet die Bundesnetzagentur die Streitigkeit dem GEREK, um sie im Einklang mit den in § 2 genannten Zielen dauerhaft beizulegen. Die Beschlusskammer trifft ihre Entscheidung nicht, bevor das GEREK im Anschluss an eine Meldung nach Satz 1 seine Stellungnahme abgegeben hat, in der es die Bundesnetzagentur oder die zuständige nationale Regulierungsbehörde ersucht, konkrete Maßnahmen zu ergreifen oder zu unterlassen, damit die Streitigkeit spätestens innerhalb von vier Monaten beigelegt wird. § 207 bleibt hiervon unberührt.</p>
<p>(4) Die §§ 201 bis 206, 210 und 212 bis 216 gelten entsprechend.</p>	<p>(4) Die §§ 202 bis 207, 211 und 213 bis 217 gelten entsprechend.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 212	§ 213
Einleitung, Beteiligte	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Beschlusskammer leitet ein Verfahren von Amts wegen oder auf Antrag ein.	
(2) An dem Verfahren vor der Beschlusskammer sind beteiligt:	
1. der Antragsteller,	
2. die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, gegen die sich das Verfahren richtet,	
3. die Personen und Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung berührt werden und die die Bundesnetzagentur auf ihren Antrag zu dem Verfahren beigelegt hat.	
§ 213	§ 214
Verfahren der nationalen Streitbeilegung	Verfahren der nationalen Streitbeilegung
(1) Die nationale Streitbeilegungsstelle leitet ein Verfahren auf Antrag ein.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) An Verfahren vor der nationalen Streitbeilegungsstelle sind beteiligt:	(2) An Verfahren vor der nationalen Streitbeilegungsstelle sind beteiligt:
1. bei einem Verfahren nach § 127 Absatz 4, § 133 Absatz 5, § 148 Absatz 1 Nummer 1, 2, 3 und 5 der Antragsteller und die Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastruktur, gegen die sich das Verfahren richtet,	1. bei einem Verfahren nach § 128 Absatz 4, § 134 Absatz 5, § 149 Absatz 1 Nummer 1, 2, 3 und 5 der Antragsteller und die Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastruktur, gegen die sich das Verfahren richtet,
2. bei einem Verfahren nach § 148 Absatz 1 Nummer 4 der Antragsteller und die Verfügungsberechtigten über Netzinfrastrukturen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, gegen die sich das Verfahren richtet,	2. bei einem Verfahren nach § 149 Absatz 1 Nummer 4 der Antragsteller und die Verfügungsberechtigten über Netzinfrastrukturen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, gegen die sich das Verfahren richtet,
	3. bei einem Verfahren nach § 149 Absatz 1 Nummer 6 der Antragsteller und die Betreiber einer nach § 72 Absatz 1 Nummer 1 und 2 errichteten Netzinfrastuktur, gegen die sich das Verfahren richtet,
3. die Personen und Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung berührt werden	4. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
und die die Bundesnetzagentur auf ihren Antrag zu dem Verfahren beigeladen hat,	
4. bei einer Inanspruchnahme von Eisenbahninfrastrukturunternehmen die zuständige Eisenbahnaufsichtsbehörde.	5. u n v e r ä n d e r t
(3) Sind bei Streitigkeiten über das Vorliegen eines Ablehnungsgrundes nach § 135 Absatz 4 Nummer 3, § 136 Absatz 3 Nummer 3, § 140 Absatz 2 Nummer 4, § 141 Absatz 4 Nummer 4, § 142 Absatz 4 Nummer 1, § 152 Absatz 4 Nummer 3 oder § 153 Absatz 4 Satz 2 Nummer 4 Kritische Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 10 des BSI-Gesetzes betroffen, so entscheidet die Bundesnetzagentur im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.	(3) Sind bei Streitigkeiten über das Vorliegen eines Ablehnungsgrundes nach § 136 Absatz 4 Nummer 3, § 137 Absatz 3 Nummer 3, § 141 Absatz 2 Nummer 4, § 142 Absatz 4 Nummer 4, § 143 Absatz 4 Nummer 1, § 153 Absatz 4 Nummer 3 oder § 154 Absatz 4 Satz 2 Nummer 4 Kritische Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 10 des BSI-Gesetzes betroffen, so entscheidet die Bundesnetzagentur im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.
§ 214	§ 215
Anhörung, mündliche Verhandlung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Beschlusskammer hat den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.	
(2) Die Beschlusskammer kann den Personen, die von dem Verfahren berührte Wirtschaftskreise vertreten, in geeigneten Fällen Gelegenheit zur Stellungnahme geben.	
(3) Die Beschlusskammer entscheidet aufgrund öffentlicher mündlicher Verhandlung. Mit Einverständnis der Beteiligten kann die mündliche Verhandlung im Rahmen einer Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt oder ohne mündliche Verhandlung entschieden werden. Ferner kann die Beschlusskammer ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn nach Ankündigung durch die Beschlusskammer keiner der Beteiligten begründet die Durchführung der mündlichen Verhandlung verlangt. Auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen ist für die Verhandlung oder für einen Teil davon die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder die Gefährdung eines wichtigen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses besorgen lässt.	
(4) Abweichend von Absatz 3 kann die Beschlusskammer ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist. Die Beteiligten sind vorher zu hören.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(5) Die Beschlusskammer kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf einer gesetzten Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn	
1. ihre Zulassung nach der freien Überzeugung der Beschlusskammer die Erledigung des Verfahrens verzögern würde,	
2. der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt und	
3. der Beteiligte über die Folgen einer Fristversäumung belehrt worden ist.	
Der Entschuldigungsgrund ist auf Verlangen der Beschlusskammer glaubhaft zu machen.	
§ 215	§ 216
Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse	u n v e r ä n d e r t
Unverzüglich nach der Vorlage von Unterlagen im Rahmen des Beschlusskammerverfahrens haben alle Beteiligten diejenigen Teile zu kennzeichnen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. In diesem Fall müssen sie zusätzlich eine Fassung vorlegen, die aus ihrer Sicht ohne Preisgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen eingesehen werden kann. Erfolgt diese Vorlage nicht, kann die Beschlusskammer von ihrer Zustimmung zur Einsicht ausgehen, es sei denn, ihr sind besondere Umstände bekannt, die eine solche Vermutung nicht rechtfertigen. Hält die Beschlusskammer die Kennzeichnung der Unterlagen als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse für unberechtigt, so muss sie vor der Entscheidung über die Gewährung von Einsichtnahme an Dritte die vorlegenden Personen hören.	
Unterabschnitt 3	Unterabschnitt 3
Gerichtsverfahren	Gerichtsverfahren
§ 216	§ 217
Rechtsmittel	Rechtsbehelfe
(1) Widerspruch und Klage gegen Entscheidungen der Bundesnetzagentur haben keine aufschiebende Wirkung.	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(2) Im Falle des § 210 findet kein Vorverfahren statt.	(2) Im Falle des § 211 und bei Entscheidungen der Bundesnetzagentur nach Teil 9 findet kein Vorverfahren statt.
(3) Im Falle des § 210 sind die Berufung gegen ein Urteil und die Beschwerde nach der Verwaltungsgerichtsordnung oder nach dem Gerichtsverfassungsgesetz gegen eine andere Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausgeschlossen. Das gilt nicht für	(3) Im Falle des § 211 und bei Entscheidungen der Bundesnetzagentur nach Teil 9 sind die Berufung gegen ein Urteil und die Beschwerde nach der Verwaltungsgerichtsordnung oder nach dem Gerichtsverfassungsgesetz gegen eine andere Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausgeschlossen. Das gilt nicht für
1. die Beschwerde gegen den Beschluss nach § 217 Absatz 2 Satz 1,	1. die Beschwerde gegen den Beschluss nach § 218 Absatz 2 Satz 1,
2. die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision nach § 135 in Verbindung mit § 133 der Verwaltungsgerichtsordnung und	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Beschwerde gegen Beschlüsse über den Rechtsweg nach § 17a Absatz 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes.	3. u n v e r ä n d e r t
Auf die Beschwerde gegen Beschlüsse über den Rechtsweg findet § 17a Absatz 4 Satz 4 bis 6 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.	Auf die Beschwerde gegen Beschlüsse über den Rechtsweg findet § 17a Absatz 4 Satz 4 bis 6 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.
(4) Für Anfechtungsklagen gegen Entscheidungen der nationalen Streitbeilegungsstelle nach § 210 Absatz 2 in Verbindung mit § 148 ist das Verwaltungsgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die nationale Streitbeilegungsstelle ihren Sitz hat. Dies gilt auch für Verpflichtungsklagen in den Fällen des Satzes 1.	(4) Für Anfechtungsklagen gegen Entscheidungen der nationalen Streitbeilegungsstelle nach § 211 Absatz 2 in Verbindung mit § 72, § 128 Absatz 4, § 134 Absatz 5 oder § 149 ist das Verwaltungsgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die nationale Streitbeilegungsstelle ihren Sitz hat. Dies gilt auch für Verpflichtungsklagen in den Fällen des Satzes 1. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Streitigkeiten, die Entscheidungen der Bundesnetzagentur nach Teil 9 betreffen.
§ 217	§ 218
Vorlage- und Auskunftspflicht der Bundesnetzagentur	u n v e r ä n d e r t
(1) Für die Vorlage von Urkunden oder Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente oder die Erteilung von Auskünften durch die Bundesnetzagentur ist § 99 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Rechts der obersten Aufsichtsbehörde nach § 99 Absatz 1 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung, die Vorlage zu verweigern, das Recht der Bundesnetzagentur tritt, die Unterlagen als geheimhaltungsbedürftig zu kennzeichnen. Das Gericht der Hauptsache unterrichtet die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteresse durch die Offenlegung der Unterlagen im Hauptsacheverfahren berührt	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
werden könnte, darüber, dass die Unterlagen vorgelegt worden sind.	
(2) Das Gericht der Hauptsache entscheidet auf Antrag eines Beteiligten, der ein Geheimhaltungsinteresse an den vorgelegten Unterlagen geltend macht, durch Beschluss, inwieweit die §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung auf die Entscheidung in der Hauptsache anzuwenden sind. Die Beteiligtenrechte nach den §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung sind auszuschließen, soweit nach Abwägung aller Umstände das Geheimhaltungsinteresse das Interesse der Beteiligten auf rechtliches Gehör auch unter Beachtung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz überwiegt. Insoweit dürfen die Entscheidungsgründe im Hauptsacheverfahren die Art und den Inhalt der geheimgehaltenen Unterlagen nicht erkennen lassen. Die Mitglieder des Gerichts sind zur Geheimhaltung verpflichtet.	
(3) Der Antrag nach Absatz 2 Satz 1 ist innerhalb eines Monats zu stellen, nachdem das Gericht die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteressen durch die Offenlegung der Unterlagen berührt werden könnten, über die Vorlage der Unterlagen durch die Bundesnetzagentur unterrichtet hat. In diesem Verfahren ist § 100 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht anzuwenden. Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt sinngemäß.	
(4) Gegen die Entscheidung nach Absatz 2 Satz 1 ist die Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht gegeben. Über die Beschwerde entscheidet der für die Hauptsache zuständige Revisionssenat. Absatz 2 Satz 3 und 4 und Absatz 3 Satz 2 gelten sinngemäß.	
§ 218	§ 219
Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesnetzagentur erhebt zu den gegen ihre Entscheidungen eingelegten Rechtsbehelfen die folgenden Informationen:	
1. die Anzahl und den allgemeinen Inhalt der eingelegten Rechtsbehelfe,	
2. die Dauer der Verfahren und	
3. die Anzahl der Entscheidungen im vorläufigen Rechtsschutz.	
(2) Die Bundesnetzagentur stellt der Kommission und dem GEREK auf deren begründete Anfrage	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
die Informationen nach Absatz 1 sowie die Entscheidungen oder Gerichtsurteile zur Verfügung.	
§ 219	§ 220
Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	u n v e r ä n d e r t
Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Gesetz ergeben, gilt § 90 Absatz 1 und 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechend. In diesen Fällen treten an die Stelle des Bundeskartellamtes und seines Präsidenten oder seiner Präsidentin die Bundesnetzagentur und ihr Präsident oder ihre Präsidentin.	
Unterabschnitt 4	Unterabschnitt 4
Internationale Aufgaben	Internationale Aufgaben
§ 220	§ 221
Internationale Aufgaben	u n v e r ä n d e r t
(1) Im Bereich der europäischen und internationalen Telekommunikationspolitik, insbesondere bei der Mitarbeit in europäischen und internationalen Institutionen und Organisationen, wird die Bundesnetzagentur im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie oder des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur tätig. Dies gilt nicht für Aufgaben, die die Bundesnetzagentur aufgrund dieses Gesetzes oder anderer Gesetze sowie aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union in eigener Zuständigkeit wahrnimmt.	
(2) Die Bundesnetzagentur unterrichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorab über die wesentlichen Inhalte geplanter Sitzungen in europäischen und internationalen Gremien. Sie fasst die wesentlichen Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Sitzungen zusammen und übermittelt sie unverzüglich an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Bei Aufgaben, die die Bundesnetzagentur nach Absatz 1 Satz 2 in eigener Zuständigkeit wahrnimmt, finden die Sätze 1 und 2 keine Anwendung, soweit zwingende Vorschriften die vertrauliche Behandlung von Informationen fordern.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 221	§ 222
Anerkannte Abrechnungsstelle für den Seefunkverkehr	u n v e r ä n d e r t
Zuständige Behörde für die Anerkennung von Abrechnungsstellen für den internationalen Seefunkverkehr nach den Anforderungen der Internationalen Fernmeldeunion im Geltungsbereich dieses Gesetzes ist die Bundesnetzagentur.	
T e i l 1 2	T e i l 1 2
A b g a b e n	A b g a b e n
§ 222	§ 223
Gebühren und Auslagen; Verordnungsermächtigung	Gebühren und Auslagen; Verordnungsermächtigung
(1) Die Bundesnetzagentur erhebt für die folgenden individuell zurechenbaren öffentlichen Leistungen Gebühren und Auslagen:	(1) Die Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Frequenzen nach den §§ 91 und 92 sind abweichend von § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes so zu bestimmen, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellen. Für Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Rundfunkfrequenzen sind die medienrechtlichen Zielvorgaben der Länder zu berücksichtigen. Die Bemessung der Gebühren ist nach Maßgabe von Satz 1 in regelmäßigem Abstand, mindestens jedoch alle fünf Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls anzupassen. Gebührenerkenntnisse nach Satz 1 können eine Zahlung in jährlich fällig werdenden Raten vorsehen. Bei Erlöschen einer Frequenzzuteilung durch Verzicht nach § 102 Absatz 8 soll eine anteilige Gebührenermäßigung gewährt werden, wenn dadurch eine effizientere Frequenznutzung bewirkt wird. Es werden keine Gebühren erhoben, wenn Frequenzen im Wege eines Verfahrens nach § 100 Absatz 5 und 6 vergeben werden.
1. Entscheidungen über die Zuteilung eines Nutzungsrechts an Frequenzen nach § 90,	1. entfällt
2. Entscheidungen über die Zuteilung eines Nutzungsrechts an Nummern aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 107 Absatz 6,	2. entfällt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
3. <i>einzelfallbezogene Koordinierung, Anmeldung, Übertragung und Notifizierung von Satellitensystemen nach § 94,</i>	3. entfällt
4. <i>sonstige individuell zurechenbare öffentliche Leistungen, die in einem engen Zusammenhang mit einer Entscheidung nach den Nummern 1 bis 3 stehen,</i>	4. entfällt
5. <i>Maßnahmen aufgrund von Verstößen gegen dieses Gesetz oder die darauf beruhenden Rechtsverordnungen,</i>	5. entfällt
6. <i>Entscheidungen über die Übertragung von Wegerechten nach § 124,</i>	6. entfällt
7. <i>Entscheidungen der Zugangsregulierung nach § 21 Absatz 1 bis 3, § 22 Absatz 1, den §§ 24, 25, 26 Absatz 2 und den §§ 27, 29, 30 und 35,</i>	7. entfällt
8. <i>Entscheidungen der Entgeltregulierung nach § 38 Absatz 2, § 40 Absatz 4 sowie den §§ 45, 46, 47 und 49,</i>	8. entfällt
9. <i>Entscheidungen im Rahmen der Missbrauchsaufsicht nach § 50 Absatz 4,</i>	9. entfällt
10. <i>Entscheidungen über sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen nach § 211,</i>	10. entfällt
11. <i>Entscheidungen der Streitbeilegung nach § 148.</i>	11. entfällt
<i>Gebühren und Auslagen werden auch erhoben, wenn ein Antrag auf Vornahme einer in Satz 1 bezeichneten individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung</i>	entfällt
1. <i>aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt wird oder</i>	1. entfällt
2. <i>nach Beginn der sachlichen Bearbeitung, jedoch vor deren Beendigung, zurückgenommen wird.</i>	2. entfällt
(2) <i>Die Gebühren nach Absatz 1 werden vorbehaltlich des Absatzes 4 zur Deckung des Verwaltungsaufwands erhoben.</i>	(2) entfällt
(3) <i>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,</i>	(2) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium der Finanzen die Gebühren nach Absatz 1 Satz 1 sowie die mit einer Frequenzuteilung im Sachzusammenhang stehenden Gebühren durch eine Besondere Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesmi-

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	nisterium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung nach Satz 2, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.
1. <i>die gebührenpflichtigen Tatbestände nach Absatz 1 sowie die Höhe der hierfür zu erhebenden Gebühren näher zu bestimmen und dabei feste Sätze, auch in Form von Gebühren nach Zeitaufwand, oder Rahmensätze vorzusehen,</i>	1. entfällt
2. <i>eine bestimmte Zahlungsweise der Gebühren anzuordnen und</i>	2. entfällt
3. <i>das Nähere zur Ermittlung des Verwaltungsaufwands nach Absatz 2 zu bestimmen.</i>	3. entfällt
<i>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.</i>	entfällt
(4) <i>Abweichend von Absatz 2 kann die Gebühr für Entscheidungen über die Zuteilungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 so festgesetzt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellt. Absatz 2 findet keine Anwendung, wenn Nummern von außerordentlichem wirtschaftlichem Wert durch wettbewerbsorientierte oder vergleichende Auswahlverfahren vergeben werden. Es werden keine Gebühren erhoben, wenn Frequenzen im Wege eines Verfahrens nach § 99 Absatz 5 oder 6 vergeben werden. Gebührenentscheidungen für Frequenzzuteilungen nach Satz 1 können eine Zahlung in jährlich fällig werdenden Raten vorsehen.</i>	(3) Die Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Nummern können in einer Besonderen Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes abweichend von § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes so bestimmt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung der Nummern sicherstellen.
(5) <i>In Rechtsverordnungen nach Absatz 3 Satz 1 kann abweichend von den Vorschriften des Bundesgebührengesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 417) geändert worden ist, geregelt werden:</i>	(5) entfällt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. <i>der Umfang der zu erstattenden Auslagen und</i>	
2. <i>die Gebühr in den Fällen des Widerrufs oder der Rücknahme einer Zuteilung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 oder einer Übertragung von Wegerechten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 6, sofern die Betroffenen dies zu vertreten haben.</i>	
(6) Die Wegebauasträger können in ihrem Zuständigkeitsbereich Regelungen erlassen, nach denen lediglich die Verwaltungskosten abdeckende Gebühren und Auslagen für die Erteilung von Zustimmungsbescheiden nach § 126 Absatz 1 zur Nutzung öffentlicher Wege erhoben werden können. Eine Pauschalierung ist zulässig.	(4) Die Wegebauasträger können in ihrem Zuständigkeitsbereich Regelungen erlassen, nach denen lediglich die Verwaltungskosten abdeckende Gebühren und Auslagen für die Erteilung von Zustimmungsbescheiden nach § 127 Absatz 1 zur Nutzung öffentlicher Wege erhoben werden können. Eine Pauschalierung ist zulässig.
§ 223	§ 224
Frequenznutzungsbeitrag	Frequenznutzungsbeitrag
(1) Die Bundesnetzagentur erhebt jährliche Beiträge zur Deckung ihrer Kosten für die Verwaltung, Kontrolle und Durchsetzung von Allgemeinzuteilungen und Nutzungsrechten im Bereich der Frequenz- und Orbitnutzungen nach diesem Gesetz oder den darauf beruhenden Rechtsverordnungen. Dies umfasst insbesondere auch die Kosten der Bundesnetzagentur für	(1) u n v e r ä n d e r t
1. die Planung und Fortschreibung von Frequenznutzungen einschließlich der notwendigen Messungen, Prüfungen und Verträglichkeitsuntersuchungen zur Gewährleistung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung,	
2. internationale Zusammenarbeit, Harmonisierung und Normung.	
(2) Beitragspflichtig sind diejenigen, denen Frequenzen zugeteilt sind. Die Anteile an den Kosten werden den einzelnen Nutzergruppen, die sich aus der Frequenzzuweisung ergeben, so weit wie möglich aufwandsbezogen zugeordnet. Eine Beitragspflicht ist auch dann gegeben, wenn eine Frequenz aufgrund sonstiger Verwaltungsakte oder dauerhaft ohne Zuteilung genutzt wird. Dies gilt insbesondere für die bis zum 1. August 1996 erteilten Rechte, soweit sie Festlegungen über die Nutzung von Frequenzen enthalten.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) In die nach Absatz 1 abzugeltenden Kosten sind solche nicht einzubeziehen, für die bereits die nachstehenden Gebühren oder Beiträge nach den genannten Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung und nach den auf diesen Vorschriften beruhenden Rechtsverordnungen erhoben werden:	(3) In die nach Absatz 1 abzugeltenden Kosten sind solche nicht einzubeziehen, für die bereits die nachstehenden Gebühren oder Beiträge nach den genannten Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung und nach den auf diesen Vorschriften beruhenden Rechtsverordnungen erhoben werden:

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. eine Gebühr nach § 222,	1. eine Gebühr nach § 223,
2. Gebühren nach der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes,	2. Gebühren nach der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes,
3. Beiträge nach § 31 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. Beiträge nach § 35 des Funkanlagengesetzes.	4. u n v e r ä n d e r t
(4) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nach Maßgabe der vorstehenden Absätze das Nähere festzulegen über	(4) u n v e r ä n d e r t
1. den Kreis der Beitragspflichtigen,	
2. die Beitragssätze,	
3. die Beitragskalkulation und	
4. das Verfahren der Beitragserhebung einschließlich der Zahlungsweise.	
Der auf das Allgemeininteresse entfallende Kostenanteil ist beitragsmindernd zu berücksichtigen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung unter Sicherstellung der Einvernehmensregelung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.	
§ 224	§ 225
Kosten von außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren	u n v e r ä n d e r t
Für die außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren nach § 68 werden keine Gebühren und Auslagen erhoben. Jede Partei trägt die ihr durch die Teilnahme am Verfahren entstehenden Kosten selbst.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 225	§ 226
Kosten des Vorverfahrens	u n v e r ä n d e r t
(1) Für ein Vorverfahren werden Gebühren und Auslagen erhoben.	
(2) Für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs wird eine Gebühr bis zur Höhe der für die angefochtene Amtshandlung festgesetzten Gebühr erhoben. Über die Kosten entscheidet die Widerspruchsstelle nach billigem Ermessen. In den Fällen, in denen für die angefochtene Amtshandlung der Bundesnetzagentur keine Gebühr anfällt, bestimmt sich die Gebühr nach Maßgabe des § 34 Absatz 1 des Gerichtskostengesetzes; auf die Bestimmung des Wertes der Streitfrage finden die §§ 3 bis 9 der Zivilprozessordnung entsprechende Anwendung.	
(3) Wird ein Widerspruch nach Beginn seiner sachlichen Bearbeitung, jedoch vor deren Beendigung zurückgenommen, beträgt die Gebühr höchstens 75 Prozent der Widerspruchsgebühr. Über die Kosten entscheidet die Widerspruchsstelle nach billigem Ermessen.	
§ 226	§ 227
Mitteilung der Bundesnetzagentur	u n v e r ä n d e r t
Die Bundesnetzagentur veröffentlicht einen jährlichen Überblick über ihre Verwaltungskosten und die insgesamt eingenommenen Abgaben. Soweit erforderlich, werden Gebühren und Beitragssätze in den betroffenen Verordnungen für die Zukunft angepasst.	
T e i l 13	T e i l 13
B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n	B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n
§ 227	§ 228
Bußgeldvorschriften	Bußgeldvorschriften
(1) .Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig einer vollziehbaren Anordnung nach § 202 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 zuwiderhandelt.	(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig einer vollziehbaren Anordnung nach § 203 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 zuwiderhandelt.
(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
1. entgegen § 4 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	1. u n v e r ä n d e r t
2. entgegen § 5 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,	2. u n v e r ä n d e r t
3. einer vollziehbaren Anordnung nach	3. einer vollziehbaren Anordnung nach
a) § 25 Absatz 1, 2 oder 3 Satz 1, § 29 Absatz 4 Satz 2, § 38 Absatz 4 Satz 1 oder 2, § 44 Absatz 3 Satz 2, auch in Verbindung mit § 46 Absatz 6, § 46 Absatz 5, § 47 Absatz 1 Satz 1, § 49 Absatz 2 erster Halbsatz, § 50 Absatz 4 Satz 1, § 160 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 oder § 187 Absatz 1,	a) § 19 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 18 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz Nummer 2 oder 3 , § 25 Absatz 1, 2 oder 3 Satz 1, § 29 Absatz 4 Satz 2, § 38 Absatz 4 Satz 1 oder 2, § 44 Absatz 3 Satz 2, auch in Verbindung mit § 46 Absatz 6, § 46 Absatz 5, § 47 Absatz 1 Satz 1, § 49 Absatz 2 erster Halbsatz, § 50 Absatz 4 Satz 1, § 161 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 oder § 188 Absatz 1,
b) § 47 Absatz 3, § 103 oder § 202 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder 3 oder	b) § 47 Absatz 3, § 104 oder § 203 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder Satz 3 oder
c) § 58 Absatz 4 Satz 2, § 120 Absatz 1, 2 Satz 1 oder 2, Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 4 oder 5, § 146 Absatz 2 Satz 1 oder § 165 Absatz 2 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 1	c) § 58 Absatz 5 Satz 2, § 123 Absatz 1, 2 Satz 1 oder 2, Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 oder 5, § 149 Absatz 2 Satz 1 oder § 166 Absatz 2 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 1
zuwiderhandelt,	zuwiderhandelt,
4. entgegen	4. entgegen
a) § 32 Absatz 1,	a) § 34 Absatz 1,
b) § 45 Absatz 1 oder § 75 Absatz 2 Nummer 4 oder	b) § 45 Absatz 1 oder § 76 Absatz 2 Nummer 4 oder
c) § 110 Absatz 1 Nummer 1	c) § 111 Absatz 1 Nummer 1
eine Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,	eine Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,
5. ohne Genehmigung nach § 38 Absatz 1 Satz 1 ein Entgelt erhebt,	5. u n v e r ä n d e r t
6. einer Rechtsverordnung nach § 52 Absatz 4 oder § 107 Absatz 6 Satz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung aufgrund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,	6. einer Rechtsverordnung nach § 52 Absatz 4 oder § 108 Absatz 6 Satz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung aufgrund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
7. entgegen § 52 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit § 54 Absatz 3 Satz 3, eine Vertragszusammenfassung nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	7. entgegen § 54 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit § 54 Absatz 3 Satz 3, eine Vertragszusammenfassung nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
8. entgegen § 55 Absatz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	8. un v e r ä n d e r t
9. entgegen § 57 Absatz 2 Satz 1 den Endnutzer nicht oder nicht rechtzeitig unterrichtet,	9. un v e r ä n d e r t
10. entgegen § 58 Absatz 3 Satz 1 eine Dokumentation nicht oder nicht rechtzeitig erstellt,	10. entgegen § 58 Absatz 2 Satz 1 eine Dokumentation nicht oder nicht rechtzeitig erstellt,
11. entgegen § 59 Absatz 2 Satz 1 nicht sicherstellt, dass die Leistung beim Anbieterwechsel gegenüber dem Endnutzer nicht unterbrochen wird,	11. un v e r ä n d e r t
12. entgegen § 59 Absatz 2 Satz 3 den Telekommunikationsdienst unterbricht,	12. un v e r ä n d e r t
13. entgegen § 61 Absatz 3 Satz 1 eine Leistung ganz oder teilweise verweigert,	13. un v e r ä n d e r t
14. entgegen § 72 Absatz 3 Satz 1 den Anschluss einer Telekommunikationsendeinrichtung verweigert,	14. entgegen § 73 Absatz 3 Satz 1 den Anschluss einer Telekommunikationsendeinrichtung verweigert,
15. entgegen § 72 Absatz 3 Satz 3 die Zugangsdaten oder eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	15. entgegen § 73 Absatz 3 Satz 3 die Zugangsdaten oder eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
16. entgegen § 73 Absatz 5 eine Leistung anbietet,	16. entgegen § 74 Absatz 5 eine Leistung anbietet,
17. ohne Frequenzzuteilung nach § 90 Absatz 1 Satz 1 eine Frequenz nutzt,	17. ohne Frequenzzuteilung nach § 91 Absatz 1 Satz 1 eine Frequenz nutzt,
18. ohne Übertragung nach § 94 Absatz 2 Satz 1 ein deutsches Orbit- oder Frequenznutzungsrecht ausübt,	18. ohne Übertragung nach § 95 Absatz 2 Satz 1 ein deutsches Orbit- oder Frequenznutzungsrecht ausübt,
19. einer vollziehbaren Auflage nach § 98 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 zuwiderhandelt,	19. einer vollziehbaren Auflage nach § 99 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 zuwiderhandelt,
20. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 1 oder 2, Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 eine Angabe nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht,	20. entgegen § 109 Absatz 1 Satz 1 oder 2, Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 eine Angabe nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht,
21. entgegen § 108 Absatz 2 Satz 3 die Preisangabe zeitlich kürzer anzeigt,	21. entgegen § 109 Absatz 2 Satz 3 die Preisangabe zeitlich kürzer anzeigt,
22. entgegen § 109 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 109 Absatz 2 Satz 2, einen dort genannten Preis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ansagt,	22. entgegen § 110 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 110 Absatz 2 Satz 1 oder 2, Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 4 Satz 1 oder 2, einen dort genannten Preis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ansagt,
23. entgegen § 111 Absatz 1, 2, 4 oder 5 Satz 1 einen Preis erhebt,	23. entgegen § 112 Absatz 1, 2, 4 oder 5 Satz 1 einen Preis erhebt,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
24. entgegen § 112 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 112 Absatz 1 Satz 2, eine Verbindung nicht oder nicht rechtzeitig trennt,	24. entgegen § 113 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 113 Absatz 1 Satz 2, eine Verbindung nicht oder nicht rechtzeitig trennt,
25. entgegen § 113 Absatz 1 oder 3 Satz 2 einen dort genannten Dialer einsetzt,	25. entgegen § 114 Absatz 1 oder 3 Satz 2 einen dort genannten Dialer einsetzt,
26. entgegen § 114 Absatz 1 eine Warteschleife einsetzt,	26. entgegen § 115 Absatz 1 eine Warteschleife einsetzt,
27. entgegen § 114 Absatz 2 Satz 1 nicht sicherstellt, dass der Anrufende informiert wird,	27. entgegen § 115 Absatz 2 Satz 1 nicht sicherstellt, dass der Anrufende informiert wird,
28. entgegen § 118 Absatz 1 Satz 2 einen R-Gesprächsdienst anbietet,	28. entgegen § 119 Absatz 1 Satz 2 einen R-Gesprächsdienst anbietet,
29. entgegen § 119 Absatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine vollständige Rufnummer übermittelt und gekennzeichnet wird,	29. entgegen § 120 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 120 Absatz 5 Satz 1 , nicht sicherstellt, dass eine vollständige Rufnummer übermittelt und gekennzeichnet wird,
30. entgegen § 119 Absatz 1 Satz 3 oder Absatz 2 Satz 1 oder 3 eine dort genannte Rufnummer aufsetzt oder übermittelt,	30. entgegen § 120 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 120 Absatz 5 Satz 1 , oder entgegen § 120 Absatz 2 Satz 1 oder 3 eine dort genannte Rufnummer aufsetzt oder übermittelt,
31. entgegen § 119 Absatz 1 Satz 4 eine übermittelte Rufnummer verändert,	31. entgegen § 120 Absatz 1 Satz 4, auch in Verbindung mit § 120 Absatz 5 Satz 1 , eine übermittelte Rufnummer verändert,
32. entgegen § 119 Absatz 3 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Rufnummer nicht als Rufnummer des Anrufers übermittelt oder angezeigt wird,	32. entgegen § 120 Absatz 3 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Rufnummer nicht als Rufnummer des Anrufers übermittelt oder angezeigt wird,
33. entgegen § 119 Absatz 4 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Rufnummer nur in den dort genannten Fällen angezeigt wird,	33. entgegen § 120 Absatz 4 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Rufnummer nur in den dort genannten Fällen angezeigt wird,
34. entgegen § 119 Absatz 4 Satz 2 erster Halbsatz nicht sicherstellt, dass der Eintrittsweg gekennzeichnet wird,	34. entgegen § 120 Absatz 4 Satz 2 erster Halbsatz nicht sicherstellt, dass der Eintrittsweg gekennzeichnet wird,
35. entgegen § 163 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit § 163 Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach § 163 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2, nicht sicherstellt, dass eine Notrufverbindung hergestellt wird,	35. entgegen § 164 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit § 164 Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach § 164 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2, nicht sicherstellt, dass eine Notrufverbindung hergestellt wird,
36. entgegen § 163 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 163 Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach § 163 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3, oder entgegen § 163 Absatz 4 Satz 1 nicht sicherstellt, dass die Rufnummer oder die dort genannten Daten übermittelt werden,	36. entgegen § 164 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 164 Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach § 164 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3, oder entgegen § 164 Absatz 4 Satz 1 nicht sicherstellt, dass die Rufnummer oder die dort genannten Daten übermittelt werden,
37. entgegen § 163 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 163	37. entgegen § 164 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 164

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Absatz 5 Nummer 6, nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Notrufverbindung möglich ist,	Absatz 5 Nummer 6, nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Notrufverbindung möglich ist,
38. entgegen § 165 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4 Satz 2 oder § 180 Satz 2 ein Sicherheitskonzept nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,	38. entgegen § 166 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4 Satz 2 oder § 181 Satz 2 ein Sicherheitskonzept nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,
39. entgegen § 167 Absatz 1 Satz 1, § 169 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a, Absatz 2 Nummer 2 oder Absatz 3 Satz 1 oder § 174 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,	39. entgegen § 168 Absatz 1 Satz 1, § 170 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a, Absatz 2 Nummer 2 oder Absatz 3 Satz 1 oder § 175 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
40. entgegen § 168 Absatz 1 Satz 1 oder 2 oder Absatz 5 Satz 1 eine Benachrichtigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vornimmt,	40. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 oder 2 oder Absatz 5 Satz 1 eine Benachrichtigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vornimmt,
41. entgegen § 168 Absatz 3 Satz 1 das dort genannte Verzeichnis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,	41. entgegen § 169 Absatz 3 Satz 1 das dort genannte Verzeichnis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,
42. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 169 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a eine technische Einrichtung nicht vorhält oder eine organisatorische Vorkehrung nicht trifft,	42. entgegen § 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 170 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a eine technische Einrichtung nicht vorhält oder eine organisatorische Vorkehrung nicht trifft,
43. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 169 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a eine Steuermöglichkeit nicht oder nicht rechtzeitig bereitstellt oder eine Steuerung nicht oder nicht rechtzeitig ermöglicht,	43. entgegen § 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 170 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a eine Steuermöglichkeit nicht oder nicht rechtzeitig bereitstellt oder eine Steuerung nicht oder nicht rechtzeitig ermöglicht,
44. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b einen Zustellungsbevollmächtigten im Inland nicht oder nicht rechtzeitig benennt,	44. entgegen § 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b einen Zustellungsbevollmächtigten im Inland nicht oder nicht rechtzeitig benennt,
45. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 eine Prüfung nicht gestattet,	45. entgegen § 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 eine Prüfung nicht gestattet,
46. entgegen § 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 die Aufstellung oder den Betrieb eines dort genannten technischen Mittels nicht duldet oder den Zugang zu einem solchen technischen Mittel nicht gewährt,	46. entgegen § 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 die Aufstellung oder den Betrieb eines dort genannten technischen Mittels nicht duldet oder den Zugang zu einem solchen technischen Mittel nicht gewährt,
47. entgegen § 169 Absatz 8 Satz 3 einen Mangel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,	47. entgegen § 170 Absatz 8 Satz 3 einen Mangel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,
48. entgegen § 169 Absatz 9 Satz 1 einen Netzabschlusspunkt nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bereitstellt,	48. entgegen § 170 Absatz 9 Satz 1 einen Netzabschlusspunkt nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bereitstellt,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
49. entgegen § 171 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 171 Absatz 4, oder entgegen § 171 Absatz 4 dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erhebt, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig speichert oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig berichtet,	49. entgegen § 172 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 172 Absatz 3, oder entgegen § 172 Absatz 4 dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erhebt, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig speichert oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig berichtet,
50. entgegen § 171 Absatz 2 Satz 1 die Richtigkeit der Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig überprüft,	50. entgegen § 172 Absatz 2 Satz 1 die Richtigkeit der Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig überprüft,
51. entgegen § 171 Absatz 5 Satz 2 unrichtige Daten verwendet oder verarbeitet,	51. entgegen § 172 Absatz 5 Satz 2 unrichtige Daten verwendet oder verarbeitet,
52. entgegen § 171 Absatz 5 Satz 3 eine Änderung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,	52. entgegen § 172 Absatz 5 Satz 3 eine Änderung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,
53. entgegen § 171 Absatz 6 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht,	53. entgegen § 172 Absatz 6 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht,
54. entgegen § 172 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 nicht gewährleistet, dass die Bundesnetzagentur jederzeit und automatisiert Daten aus den Kundendateien abrufen kann,	54. entgegen § 173 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 nicht gewährleistet, dass die Bundesnetzagentur jederzeit und automatisiert Daten aus den Kundendateien abrufen kann,
55. entgegen § 172 Absatz 2 Satz 2 nicht sicherstellt, dass ihm die abgerufenen Daten nicht zur Kenntnis gelangen können,	55. entgegen § 173 Absatz 2 Satz 2 nicht sicherstellt, dass ihm die abgerufenen Daten nicht zur Kenntnis gelangen können,
56. entgegen § 173 Absatz 6 Stillschweigen nicht wahr,	56. entgegen § 174 Absatz 6 Satz 2 Stillschweigen nicht wahr,
57. entgegen § 175 Absatz 8 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht oder die Löschung nicht sicherstellt,	57. entgegen § 176 Absatz 8 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht oder die Löschung nicht sicherstellt,
58. entgegen § 176 Absatz 2 oder § 178 Absatz 2 dort genannte Daten für andere als die dort genannten Zwecke verwendet,	58. entgegen § 177 Absatz 2 oder § 179 Absatz 2 dort genannte Daten für andere als die dort genannten Zwecke verwendet,
59. entgegen § 177 Satz 1 nicht sicherstellt, dass Daten geschützt werden,	59. entgegen § 178 Satz 1 nicht sicherstellt, dass Daten geschützt werden,
60. entgegen § 178 Absatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass jeder Zugriff protokolliert wird,	60. entgegen § 179 Absatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass jeder Zugriff protokolliert wird,
61. entgegen § 181 Absatz 1 Satz 1 oder § 189 Absatz 1 Satz 2 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,	61. entgegen § 182 Absatz 1 Satz 1, § 183 Absatz 1 Satz 2 oder § 190 Absatz 1 Satz 2 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
62. entgegen § 184 Absatz 1 einen Telekommunikationsdienst, den Netzbetrieb oder eine Dienstleistung nicht aufrechterhält,	62. entgegen § 185 Absatz 1 einen Telekommunikationsdienst, den Netzbetrieb oder eine Dienstleistung nicht aufrechterhält,

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
63. entgegen § 185 Absatz 1 einen Anschluss oder einen Übertragungsweg nicht oder nicht rechtzeitig bereitstellt oder nicht oder nicht rechtzeitig entstört oder eine Datenübertragungsrate nicht oder nicht rechtzeitig erweitert,	63. entgegen § 186 Absatz 1 einen Anschluss oder einen Übertragungsweg nicht oder nicht rechtzeitig bereitstellt oder nicht oder nicht rechtzeitig entstört oder eine Datenübertragungsrate nicht oder nicht rechtzeitig erweitert,
64. entgegen § 186 Absatz 2 Satz 1 eine Vorkehrung nicht oder nicht rechtzeitig trifft,	64. entgegen § 187 Absatz 2 Satz 1 eine Vorkehrung nicht oder nicht rechtzeitig trifft,
65. entgegen § 186 Absatz 2 Satz 2 eine Vorkehrung nicht oder nicht rechtzeitig aufhebt,	65. entgegen § 187 Absatz 2 Satz 2 eine Vorkehrung nicht oder nicht rechtzeitig aufhebt,
66. entgegen § 186 Absatz 2 Satz 3 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gibt,	66. entgegen § 187 Absatz 2 Satz 3 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gibt,
67. entgegen § 189 Absatz 1 Satz 5 eine Überprüfung nicht duldet oder	67. entgegen § 190 Absatz 1 Satz 5 eine Überprüfung nicht duldet oder
68. entgegen § 202 Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt.	68. entgegen § 203 Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt.
(3) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 10), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/920 (ABl. L 147 vom 9.6.2017, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig	(3) u n v e r ä n d e r t
1. entgegen Artikel 3 Absatz 5 Satz 2 einen Entwurf nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,	
2. entgegen Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 einem dort genannten Antrag nicht oder nicht unverzüglich nach Zugang des Antrags nachkommt,	
3. entgegen Artikel 6a ein dort genanntes Entgelt berechnet,	
4. entgegen Artikel 6e Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 1 einen Aufschlag erhebt,	
5. entgegen Artikel 6e Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 oder 3 ein Entgelt nicht richtig abrechnet,	
6. entgegen Artikel 6e Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 2 eine andere Mindestabrechnungsdauer zugrunde legt,	
7. entgegen Artikel 11 ein technisches Merkmal verändert,	
8. entgegen Artikel 14 Absatz 1 Unterabsatz 1 eine dort genannte Preisinformation nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bereitstellt,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
9. entgegen Artikel 15 Absatz 2a Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 eine Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig versendet,	
10. entgegen Artikel 15 Absatz 3 Unterabsatz 6 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Meldung übermittelt wird,	
11. entgegen Artikel 15 Absatz 3 Unterabsatz 7 Satz 3 die Erbringung oder Inrechnungstellung eines dort genannten Dienstes nicht oder nicht rechtzeitig einstellt,	
12. entgegen Artikel 15 Absatz 3 Unterabsatz 8 eine dort genannte Änderung nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt oder	
13. entgegen Artikel 16 Absatz 4 Satz 2 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt.	
(4) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zu Endkundenentgelten für regulierte intra-EU-Kommunikation sowie zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG und der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 (ABl. L 310 vom 26.11.2015, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2018/1971 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig	(4) u n v e r ä n d e r t
1. entgegen Artikel 3 Absatz 2 als Anbieter von Internetzugangsdiensten eine Vereinbarung trifft oder eine Geschäftspraxis anwendet,	
2. entgegen Artikel 3 Absatz 3 Unterabsatz 3 erster Halbsatz eine dort genannte Verkehrsmanagementmaßnahme anwendet,	
3. entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass ein dort genannter Vertrag die dort genannten Angaben enthält,	
4. einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 zuwiderhandelt,	
5. entgegen Artikel 5 Absatz 2 eine dort genannte Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,	
6. entgegen Artikel 5a Absatz 2 Satz 2 einen Verbraucher nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
7. entgegen Artikel 5a Absatz 5 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, als Anbieter regulierter intra-EU-Kommunikation eine dort genannte Obergrenze nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig festlegt.	
(5) Ordnungswidrig handelt, wer als Anbieter regulierter intra-EU-Kommunikation nach Artikel 2 Absatz 2 Nummer 3 der Verordnung (EU) 2015/2120 vorsätzlich oder fahrlässig	(5) u n v e r ä n d e r t
1. gegenüber einem Verbraucher einen Endkundenpreis berechnet, der den in Artikel 5a Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2120 genannten Endkundenpreis überschreitet,	
2. nicht sicherstellt, dass ein in Artikel 5a Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/2120 genannter Tarifwechsel durchgeführt wird, oder	
3. nicht sicherstellt, dass ein Verbraucher gemäß Artikel 5a Absatz 4 der Verordnung (EU) 2015/2120 aus einem oder in einen dort genannten Tarif kostenfrei wechseln kann.	
(6) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig	(6) u n v e r ä n d e r t
1. entgegen Artikel 3 Absatz 1 einen Zugang zur Online-Benutzeroberfläche sperrt oder beschränkt,	
2. entgegen Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 1 einen Kunden zu einer dort genannten Version der Online-Benutzeroberfläche weiterleitet,	
3. entgegen Artikel 4 Absatz 1 unterschiedliche Allgemeine Geschäftsbedingungen anwendet oder	
4. entgegen Artikel 5 Absatz 1 unterschiedliche Bedingungen für einen Zahlungsvorgang anwendet.	
(7) Die Ordnungswidrigkeit kann geahndet werden	(7) Die Ordnungswidrigkeit kann geahndet werden
1. in den Fällen des	1. u n v e r ä n d e r t
a) Absatzes 2 Nummer 19,	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
b) Absatzes 3 Nummer 3 und 4 und des Absatzes 5 Nummer 1 und	
c) Absatzes 4 Nummer 1, 2 und 4	
mit einer Geldbuße bis zu einer Million Euro,	
2. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 Buchstabe <i>b</i> , Nummer 4 Buchstabe <i>b</i> , Nummer 18, 43, 44, 48, 55 und 58 bis 60 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro,	2. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 Buchstabe <i>a</i> , Nummer 4 Buchstabe <i>a</i> , Nummer 17, 42, 43, 47, 54 und 57 bis 59 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro,
3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 11, 38, 39, 47, 50, 51, 54 und 61 und des Absatzes 6 mit einer Geldbuße von bis zu dreihunderttausend Euro,	3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 10, 37, 38, 46, 49, 50, 53 und 60 und des Absatzes 6 mit einer Geldbuße von bis zu dreihunderttausend Euro,
4. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 Buchstabe <i>c</i> , Nummer 6 bis 8, 14 bis 16, 20 bis 36, 40, 42, 43, 61, 63 bis 66 und 68, des Absatzes 3 Nummer 1, 2 und 8, des Absatzes 4 Nummer 3 und 6 und des Absatzes 5 Nummer 2 und 3 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro,	4. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 Buchstabe <i>c</i> , Nummer 6 bis 8, 14 bis 16, 20 bis 36, 40, 61, 63 bis 66 und 68, des Absatzes 3 Nummer 1, 2 und 8, des Absatzes 4 Nummer 3 und 6 und des Absatzes 5 Nummer 2 und 3 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro,
5. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 12, 19 und 57 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und	5. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 11, 18 und 56 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und
6. in den übrigen Fällen der Absätze 1 bis 4 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro.	6. u n v e r ä n d e r t
(8) Bei einer juristischen Person oder Personenvereinigung mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als	(8) Bei einer juristischen Person oder Personenvereinigung mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als
1. 50 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 7 Nummer 1 in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 2 Nummer 19 in Verbindung mit § 30 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 2 Prozent,	1. 50 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 7 Nummer 1 Buchstabe <i>a</i> in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 2 Nummer 19 in Verbindung mit § 30 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 2 Prozent,
2. 100 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 7 Nummer 1 Buchstabe <i>b</i> in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 4 Nummer 1, 2 oder 4, jeweils in Verbindung mit § 30 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, mit einer Geldbuße bis zu 1 Prozent	2. 100 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 7 Nummer 1 Buchstabe <i>c</i> in Verbindung mit § 30 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 4 Nummer 1, 2 oder 4, jeweils in Verbindung mit § 30 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, mit einer Geldbuße bis zu 1 Prozent
des durchschnittlichen Jahresumsatzes geahndet werden, der von der juristischen Person oder Personenvereinigung weltweit in den letzten drei Geschäftsjahren	des durchschnittlichen Jahresumsatzes geahndet werden, der von der juristischen Person oder Personenvereinigung weltweit in den letzten drei Geschäftsjahren

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
erzielt wurde, die der Behördenentscheidung vorausgehen. In den durchschnittlichen Jahresumsatz nach Satz 1 sind die durchschnittlichen Jahresumsätze aller Unternehmen einzubeziehen, die mit der juristischen Person oder Personenvereinigung nach § 3 Nummer 70 verbunden oder zusammengeschlossen sind. Der durchschnittliche Jahresumsatz kann geschätzt werden.	erzielt wurde, die der Behördenentscheidung vorausgehen. In den durchschnittlichen Jahresumsatz nach Satz 1 sind die durchschnittlichen Jahresumsätze aller Unternehmen einzubeziehen, die mit der juristischen Person oder Personenvereinigung nach § 3 Nummer 69 verbunden oder zusammengeschlossen sind. Der durchschnittliche Jahresumsatz kann geschätzt werden.
(9) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesnetzagentur.	(9) u n v e r ä n d e r t
(10) Die Bundesnetzagentur ist zuständige Vollstreckungsbehörde für das Verfahren wegen der Festsetzung einer Geldbuße. Die Vollstreckung der im gerichtlichen Ordnungswidrigkeitenverfahren verhängten Geldbuße und des Geldbetrages, dessen Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten angeordnet wurde, erfolgt durch die Bundesnetzagentur als Vollstreckungsbehörde aufgrund einer von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts zu erteilenden, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen beglaubigten Abschrift der Urteilsformel entsprechend den Vorschriften über die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden. Die Geldbußen und die Geldbeträge, deren Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten angeordnet wurde, fließen der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.	(10) u n v e r ä n d e r t
T e i l 1 4	T e i l 1 4
Ü b e r g a n g s - u n d S c h l u s s v o r - s c h r i f t e n	Ü b e r g a n g s - u n d S c h l u s s v o r - s c h r i f t e n
§ 228	§ 229
Geltungsbereich	u n v e r ä n d e r t
Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nach Maßgabe des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798, 1799) auch im Bereich des Küstenmeers sowie im Bereich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
§ 229	§ 230
Übergangsvorschriften	Übergangsvorschriften
(1) Bestehende Frequenz- und Nummernzuteilungen sowie Wegerechte, die im Rahmen des § 8 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 (BGBl. I S. 1120) erteilt wurden, bleiben wirksam. Das Gleiche gilt auch für vorher erworbene Rechte, die eine Frequenznutzung gewähren.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Rechte und Verpflichtungen, die aufgrund des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 oder vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) erlassen worden sind, gelten als Rechte und Verpflichtungen nach diesem Gesetz im Sinne der §§ 201 und 211.	(2) Rechte und Verpflichtungen, die aufgrund des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 oder vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) erlassen worden sind, gelten als Rechte und Verpflichtungen nach diesem Gesetz im Sinne der §§ 202 und 212.
	(3) Festlegungen, die über Marktdefinitionen und -analysen nach §§ 10 und 11 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) getroffen worden sind, gelten als Festlegungen nach §§ 10 und 11 dieses Gesetzes.
(3) § 71 Absatz 2 ist bis zum ... <i>[einsetzen: Angabe des Tages und Monats des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes sowie der Jahreszahl des zweiten auf das Inkrafttreten folgenden Jahres]</i> nicht anzuwenden, wenn der Telekommunikationsdienst im Rahmen des Miet- und Pachtverhältnisses erbracht wird und die Gegenleistung <i>lediglich</i> als Betriebskosten abgerechnet wird.	(4) § 71 Absatz 2 ist bis zum 30. Juni 2024 nicht anzuwenden, wenn der Telekommunikationsdienst im Rahmen des Miet- und Pachtverhältnisses erbracht wird und die Gegenleistung ausschließlich als Betriebskosten abgerechnet wird.
	(5) Jede Partei kann einen vor dem 1. Dezember 2021 geschlossenen Gestattungsvertrag wegen der Beschränkung der Umlagefähigkeit nach § 2 Satz 1 Nummer 15 Buchstabe a und b der Betriebskostenverordnung frühestens mit Wirkung ab dem 1. Juli 2024 ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, soweit die Parteien für diesen Fall nichts anderes vereinbart haben. Die Kündigung berechtigt den anderen Teil nicht zum Schadensersatz.
(4) Bis zum Inkrafttreten einer Preisfestlegung für Premium-Dienste, Auskunftsdienste oder Massenvkehrsdienste nach § 122 Absatz 7 gilt § 108 mit der Maßgabe, dass der für die Inanspruchnahme dieser Dienste zu zahlende Preis für Anrufe aus den Festnetzen mit dem Hinweis auf die Möglichkeit abweichender Preise für Anrufe aus den Mobilfunknetzen anzugeben ist, soweit für Anrufe aus den Mobilfunknetzen Preise gelten, die von den Preisen für Anrufe aus den Festnetzen abweichen.	(6) Bis zum Inkrafttreten einer Preisfestlegung für Premium-Dienste, Auskunftsdienste oder Massenvkehrsdienste nach § 123 Absatz 7 gilt § 109 mit der Maßgabe, dass der für die Inanspruchnahme dieser Dienste zu zahlende Preis für Anrufe aus den Festnetzen mit dem Hinweis auf die Möglichkeit abweichender Preise für Anrufe aus den Mobilfunknetzen anzugeben ist, soweit für Anrufe aus den Mobilfunknetzen Preise gelten, die von den Preisen für Anrufe aus den Festnetzen abweichen.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>(5) Bis zum Inkrafttreten einer Preisfestlegung für Massenverkehrsdienste nach § 122 Absatz 7 gilt § 109 Absatz 3 mit der Maßgabe, dass der Diensteanbieter dem Endnutzer den für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Preis für Anrufe aus den Festnetzen mit dem Hinweis auf die Möglichkeit abweichender Preise für Anrufe aus den Mobilfunknetzen unmittelbar im Anschluss an die Inanspruchnahme des Dienstes anzusagen hat; dies gilt auch, wenn der Preis 1 Euro pro Minute oder Inanspruchnahme übersteigt.</p>	<p>(7) Bis zum Inkrafttreten einer Preisfestlegung für Massenverkehrsdienste nach § 123 Absatz 7 gilt § 110 Absatz 3 mit der Maßgabe, dass der Diensteanbieter dem Endnutzer den für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Preis für Anrufe aus den Festnetzen mit dem Hinweis auf die Möglichkeit abweichender Preise für Anrufe aus den Mobilfunknetzen unmittelbar im Anschluss an die Inanspruchnahme des Dienstes anzusagen hat; dies gilt auch, wenn der Preis 1 Euro pro Minute oder Inanspruchnahme übersteigt.</p>
<p>(6) Die Vorgaben des § 119 Absatz 3 und 4 sind spätestens ab dem <i>[einsetzen: Angabe des Tages und Monats des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes sowie der Jahreszahl des ersten auf das Inkrafttreten folgenden Jahres]</i> zu erfüllen.</p>	<p>(8) Die Vorgaben des § 120 Absatz 3 und 4 sind spätestens ab dem 1. Dezember 2022 zu erfüllen.</p>
<p>(7) Die Bundesnetzagentur kann abweichend von § 169 Absatz 2 Satz 3 und 4 festlegen, dass für eine von ihr zu bestimmende Übergangszeit von nicht mehr als zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf das Erfordernis eines vorherigen Konformitätsnachweises verzichtet werden kann.</p>	<p>(9) Die Bundesnetzagentur kann abweichend von § 172 Absatz 2 Satz 4 und 5 festlegen, dass für eine von ihr zu bestimmende Übergangszeit von nicht mehr als zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf das Erfordernis eines vorherigen Konformitätsnachweises verzichtet werden kann.</p>
<p>(8) Die von der Bundesnetzagentur vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941), das zuletzt durch Artikel 12 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, getroffenen Festlegungen bleiben wirksam, bis sie durch neue Festlegungen nach § 185 Absatz 2 Satz 2 ersetzt werden. Bescheinigungen, die nach § 6 Absatz 2 Satz 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes ausgestellt wurden, gelten bis zum Ablauf der zehnjährigen oder vermerkten kürzeren Geltungsdauer fort.</p>	<p>(10) Die von der Bundesnetzagentur vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941), das zuletzt durch Artikel 12 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, getroffenen Festlegungen bleiben wirksam, bis sie durch neue Festlegungen nach § 186 Absatz 2 Satz 2 ersetzt werden. Bescheinigungen, die nach § 6 Absatz 2 Satz 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes ausgestellt wurden, gelten bis zum Ablauf der zehnjährigen oder vermerkten kürzeren Geltungsdauer fort.</p>
<p>(9) Die bei der Bundesnetzagentur zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes gemäß § 77a Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 oder vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) vorliegenden Informationen dürfen von der zentralen Informationsstelle des Bundes nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen gemäß § 77a Absatz 3 Satz 4, § 77b Absatz 6 Satz 3 und § 77h Absatz 6 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes weiterverwendet werden, bis eine Neuverpflichtung gemäß § 78 Absatz 2 herbeigeführt wurde.</p>	<p>(11) Die bei der Bundesnetzagentur zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes gemäß § 77a Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 oder vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) vorliegenden Informationen dürfen von der zentralen Informationsstelle des Bundes nach Maßgabe der Einsichtnahmebedingungen gemäß § 77a Absatz 3 Satz 4, § 77b Absatz 6 Satz 3 und § 77h Absatz 6 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes weiterverwendet werden, bis eine Neuverpflichtung gemäß § 79 Absatz 2 herbeigeführt wurde.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(10) Die Vorgaben nach § 164 Absatz 3 und § 170 sind spätestens ab dem ... <i>[einsetzen: Angabe des Tages und Monats des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes sowie der Jahreszahl des ersten auf das Inkrafttreten folgenden Jahres]</i> zu erfüllen.	(12) Die Vorgaben nach § 165 Absatz 3 und § 171 sind spätestens ab dem 1. Dezember 2022 zu erfüllen.
(11) Die Zulässigkeit des Rechtsmittels gegen eine gerichtliche Entscheidung richtet sich nach den bisher geltenden Vorschriften, wenn die gerichtliche Entscheidung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verkündet oder von Amts wegen anstelle einer Verkündung zugestellt worden ist.	(13) u n v e r ä n d e r t
(12) Auf vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellte Anträge nach § 99 Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung sind die bisherigen Vorschriften anwendbar.	(14) u n v e r ä n d e r t
(13) Die §§ 6, 7 Absatz 2 und § 8 in der ab dem <i>[einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes]</i> geltenden Fassung sind erstmals auf Jahresfinanzberichte sowie Tätigkeitsabschlüsse für das nach dem 31. Dezember 2020 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.	(15) Die §§ 6, 7 Absatz 2 und § 8 in der ab dem 1. Dezember 2021 geltenden Fassung sind erstmals auf Jahresfinanzberichte sowie Tätigkeitsabschlüsse für das nach dem 31. Dezember 2020 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (FNA 12-4)	Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (FNA 12-4)
Das Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. <i>Juni 2017</i> (BGBl. I S. 2097) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 8a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 werden die Wörter „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	1. In § 8a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 werden die Wörter „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
2. § 8b Absatz 8 wird wie folgt geändert:	2. § 8b Absatz 8 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 4 wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 169“ ersetzt.	a) In Satz 4 wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 170 “ ersetzt.
b) In Satz 5 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	b) In Satz 5 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
3. In § 8d Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“	3. In § 8d Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 6

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
durch die Wörter „§ 3 Nummer 6 und § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	und § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 3	Artikel 3
Änderung des MAD-Gesetzes (FNA 12-5)	Änderung des MAD-Gesetzes (FNA 12-5)
In § 4b Absatz 1 Satz 1 des MAD-Gesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2977), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, werden die Wörter „§§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 6 und § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	In § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des MAD-Gesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2977), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, werden die Wörter „ den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 6 und § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 4	Artikel 4
Änderung des BND-Gesetzes (FNA 12-6)	Änderung des BND-Gesetzes (FNA 12-6)
Das BND-Gesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2979), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das BND-Gesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2979), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle des Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. § 3 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 2 wird im Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „§ 8a Absatz 2“ durch die Wörter „§ 8a Absatz 1 und 2“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 8a Absatz 2“ durch die Wörter „§ 8a Absatz 1 und 2“ ersetzt.
1. In § 4 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 6 und § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	2. In § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 6 und § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
2. In § 8 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 169“ ersetzt.	3. In § 8 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 170“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	4. In § 25 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „§ 110 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 170 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 5	Artikel 5
Änderung der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung (FNA 12-10-2)	Änderung der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung (FNA 12-10-2)
In § 10 Absatz 1 Nummer 1 der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2007 (BGBl. I S. 2294), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 3 Nummer 23 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 60 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	In § 10 Absatz 1 Nummer 1 der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2007 (BGBl. I S. 2294), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2667) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 3 Nummer 23 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 60 des Telekommunikationsgesetzes“ und die Wörter „dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz“ durch die Wörter „Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 6	Artikel 6
Änderung des Bundespolizeigesetzes (FNA 13-7-2)	Änderung des Bundespolizeigesetzes (FNA 13-7-2)
In § 22a Absatz 1 Satz 1 des Bundespolizeigesetzes vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), das zuletzt durch Artikel 26 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1724) geändert worden ist, werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 173 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	§ 22a des Bundespolizeigesetzes vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	2. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	3. In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	4. In § 22a Absatz 2 BPolG sind nach Satz 3 folgende Sätze einzufügen:
	„Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums oder ihre oder seine Vertretung getroffen werden. In diesem Fall ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.“
Artikel 7	Artikel 7
Änderung des Artikel 10-Gesetzes (FNA 190-4)	Änderung des Artikel 10-Gesetzes (FNA 190-4)
In § 2 Absatz 1 Satz 5 des Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), das zuletzt durch Artikel 38 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 169“ ersetzt.	In § 2 Absatz 1 Satz 5 des Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 170“ ersetzt.
Artikel 8	Artikel 8
Änderung des Gesetzes über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (FNA 200-6)	u n v e r ä n d e r t
§ 11 des Gesetzes über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 2009), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juli 2017	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
(BGBI. I S. 2503) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„§ 11	
Amtsblatt	
Das Amtsblatt der Bundesnetzagentur wird elektronisch veröffentlicht. Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts wird der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Bundesnetzagentur dauerhaft und kostenfrei zugänglich gemacht.“	
Artikel 9	Artikel 9
Änderung des BDBOS-Gesetzes (FNA 200-7)	Änderung des BDBOS-Gesetzes (FNA 200-7)
Das BDBOS-Gesetz vom 28. August 2006 (BGBI. I S. 2039), das zuletzt durch Artikel 41 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBI. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das BDBOS-Gesetz vom 28. August 2006 (BGBI. I S. 2039), das zuletzt durch Artikel 41 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBI. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Absatz 1 Satz 5 werden die Wörter „§ 57 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 95 Absatz 4 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	1. In § 2 Absatz 1 Satz 5 werden die Wörter „§ 57 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 96 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
2. In § 2a Absatz 3 werden die Wörter „§ 57 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 95 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	2. In § 2a Absatz 3 werden die Wörter „§ 57 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 96 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
3. Nach § 23 wird folgender § 24 eingefügt:	3. u n v e r ä n d e r t
„§ 24	
Pflicht zur Abgabe eines Angebots für die Bereitstellung von Telekommunikationsleistungen	
(1) Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsleistungen anbieten (Telekommunikationsunternehmen), haben der Bundesanstalt auf deren Verlangen hin unverzüglich, spätestens aber drei Monate nach Zugang des Angebotsverlangens, ein Angebot zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt nach § 2 Absatz 1 für die Bereitstellung von Telekommunikationsleistungen zu unterbreiten. Für die Bestimmung der Preise gilt die	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p>Verordnung PR Nr 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BAnz. 1953 Nr. 244), die zuletzt durch Artikel 70 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass die Preise vorrangig auf Grundlage marktüblicher Konditionen zu kalkulieren sind. Scheidet eine Kalkulation auf Grundlage marktüblicher Konditionen aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalls aus, sind die Selbstkostenpreise des Telekommunikationsunternehmens gemäß der Verordnung PR Nr 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen in der jeweils geltenden Fassung maßgeblich.</p>	
<p>(2) Die Bundesanstalt darf von einem Telekommunikationsunternehmen ein Angebot nach Absatz 1 nur verlangen, wenn</p>	
<p>1. in einem zuvor durchgeführten Verfahren zur Vergabe der Telekommunikationsleistungen keine oder keine geeigneten Angebote oder kein geeigneter Teilnahmeantrag abgegeben wurde; dies gilt auch für solche Verfahren, in denen sich der Auftraggeber in vergaberechtlich zulässiger Weise ohne vorherige Auftragsbekanntmachung unmittelbar an alle geeigneten Unternehmen wendet; und</p>	
<p>2. ein Verlangen nach Absatz 1 an alle für die geforderte Bereitstellung von Telekommunikationsleistungen geeigneten Telekommunikationsunternehmen gerichtet wird.</p>	
<p>(3) Die Bundesanstalt darf die Abgabe eines Angebots nach Absatz 1 nur für die Bereitstellung solcher Telekommunikationsleistungen verlangen, die weder von ihr selbst noch durch Nutzung von vorhandenen bundeseigenen oder aufgrund von Vereinbarungen mit den Ländern zur Verfügung stehenden Telekommunikationsleistungen erbracht werden können. Das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 ist von der Bundesanstalt im Angebotsverlangen gegenüber dem Telekommunikationsunternehmen zu erklären. Solange der Vertrag besteht, ist die Bundesanstalt verpflichtet, mindestens alle fünf Jahre nach dem Zustandekommen des Vertrags, der auf Grundlage der Abgabe eines Angebots nach Absatz 1 zwischen der Bundesanstalt und einem Telekommunikationsunternehmen abgeschlossen worden ist, ihre Erklärung zu erneuern, dass eine Erbringung nach Satz 1 weiterhin nicht möglich ist. Wird die verlangte Erklärung nicht binnen drei Monaten</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
nach Abgabe des Verlangens beigebracht, kann das Telekommunikationsunternehmen den Vertrag außerordentlich kündigen.	
(4) Die Bundesanstalt darf ein Telekommunikationsunternehmen nicht verpflichten, soweit die angefragte Bereitstellung oder die Bedingungen der Bereitstellung von Telekommunikationsleistungen für das Telekommunikationsunternehmen aus betriebsbedingten, technischen oder rechtlichen Gründen ganz oder teilweise unmöglich oder unzumutbar sind. Dies gilt insbesondere, wenn	
1. diese zu einem zusätzlichen Ausbau oder der Freihaltung von Netzkapazitäten führen würden,	
2. diese die Ausübung der Rechte durch Dritte für Zwecke des Ausbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität oder des Angebots von Telekommunikationsleistungen gegenüber Endnutzern nicht nur geringfügig einschränken würden,	
3. die Telekommunikationsleistungen erstmalig durch das Telekommunikationsunternehmen geschaffen werden müssten oder	
4. das Telekommunikationsunternehmen anlässlich eines Verfahrens nach Absatz 2 Nummer 1 ein freiwilliges Angebot über geeignete alternative Telekommunikationsleistungen abgegeben hat.	
(5) Die Bundesanstalt und die verpflichteten Telekommunikationsunternehmen können ab Zugang des Verlangens, ein Angebot gemäß Absatz 1 abzugeben, die Bundesnetzagentur als Vermittlerin anrufen.	
(6) Für Klagen gegen ein Verlangen der Bundesanstalt, ein Angebot gemäß Absatz 1 abzugeben, ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.“	
4. Der bisherige § 24 wird § 25.	4. u n v e r ä n d e r t
	Artikel 10
	Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (FNA 204-4)
	In § 9 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097), das durch

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Artikel 12 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 115 Absatz 4 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 27 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
Artikel 10	Artikel 11
Änderung des BSI-Gesetzes (FNA 2006-2)	Änderung des BSI-Gesetzes (FNA 206-2)
§ 2 des BSI-Gesetzes vom 14. August 2009 (BGBl. I S. 2821), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das BSI-Gesetz vom 14. August 2009 (BGBl. I S. 2821), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Zweiten Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. § 2 wird wie folgt geändert:
1. In Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „§ 3 Nummer 30“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 70“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
2. In Absatz 9 Satz 2 werden die Wörter „§ 88 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 4 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	b) In Absatz 9 Satz 2 werden die Wörter „§ 88 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
	2. § 5c wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	3. In § 7c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „§ 109a Absatz 5 oder 6 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 6 und 7 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 11	Artikel 12
Änderung der BSI-Kritisverordnung (FNA 206-2-2)	Änderung der BSI-Kritisverordnung (FNA 206-2-2)
Anhang 4 der BSI-Kritisverordnung vom 22. April 2016 (BGBl. I S. 958), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2017 (BGBl. I S. 1903) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Anhang 4 der BSI-Kritisverordnung vom 22. April 2016 (BGBl. I S. 958), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2017 (BGBl. I S. 1903) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. Teil 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
	a) In Buchstabe a werden die Wörter „öffentlichen Telefondienst, zu einem öffentlichen Datenübermittlungsdienst“ durch die Wörter „Sprachkommunikationsdienst, zu einem öffentlichen Datenübertragungsdienst“ ersetzt.
	b) In Buchstabe b werden die Wörter „öffentlich zugängliche Telefondienste und Datenübermittlungsdienste“ durch die Wörter „Sprachkommunikationsdienste und öffentliche Datenübertragungsdienste“ ersetzt.
	c) In Buchstabe d werden die Wörter „öffentlich zugänglicher Telefondienste, Datenübermittlungsdienste und Internetzugangsdienste“ durch die Wörter „von Sprachkommunikationsdiensten, öffentlich zugänglichen Datenübertragungsdiensten und Internetzugangsdiensten“ ersetzt.
1. Im Teil 2 Nummer 7 werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941)“ durch die Wörter „§ 184 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	2. Im Teil 2 Nummer 7 werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941)“ durch die Wörter „§ 185 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. Teil 3 wird wie folgt geändert:	3. Teil 3 wird wie folgt geändert:
a) Nummer 1.1.1 wird wie folgt geändert:	a) Nummer 1.1.1 wird wie folgt geändert:
aa) In Spalte B werden die Wörter „öffentlichen Telefondienst, zu einem öffentlichen Datenübermittlungsdienst“ durch die Wörter „Sprachkommunikationsdienst, zu einem öffentlichen Datenübertragungsdienst“ ersetzt.	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) In Spalte C wird die Angabe „§ 3 Nummer 21“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 58“ ersetzt.	bb) u n v e r ä n d e r t
cc) In Spalte D werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 PTSG“ durch die Wörter „§ 184 Absatz 1 Satz 1 TKG“ ersetzt.	cc) In Spalte D werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 PTSG“ durch die Wörter „§ 185 Absatz 1 Satz 1 TKG“ ersetzt.
b) Nummer 1.2.1 wird wie folgt geändert:	b) Nummer 1.2.1 wird wie folgt geändert:
aa) In Spalte B werden die Wörter „öffentlich zugängliche Telefondienste und Datenübermittlungsdienste“ durch die Wörter „Sprachkommunikationsdienste und Datenübertragungsdienste“ ersetzt.	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) In Spalte C wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Endnutzer“ ersetzt.	bb) In Spalte C wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Vertragspartner“ ersetzt.
cc) In Spalte D werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 PTSG“ durch die Wörter „§ 184 Absatz 1 Satz 1 TKG“ ersetzt.	cc) In Spalte D werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Nummer 2 PTSG“ durch die Wörter „§ 185 Absatz 1 Satz 1 TKG“ ersetzt.
c) In Nummer 1.3.1 Spalte B werden die Wörter „öffentlich zugängliche Telefondienste, Datenübermittlungsdienste“ durch die Wörter „Sprachkommunikationsdienste, Datenübertragungsdienste“ ersetzt.	c) u n v e r ä n d e r t
d) Nummer 1.4.1 wird wie folgt geändert:	d) Nummer 1.4.1 wird wie folgt geändert:
aa) In Spalte B werden die Wörter „öffentlich zugänglicher Telefondienste, Datenübermittlungsdienste oder Internetzugangsdienste“ durch die Wörter „von Sprachkommunikationsdiensten, Datenübertragungsdiensten oder Internetzugangsdiensten“ ersetzt.	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) In Spalte C wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Endnutzer“ ersetzt.	bb) In Spalte C wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Vertragspartner“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 12	Artikel 13
Änderung des De-Mail-Gesetzes (FNA 206-4)	Änderung des De-Mail-Gesetzes (FNA 206-4)
Das De-Mail-Gesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 666), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das De-Mail-Gesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 666), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 7 Absatz 4 werden die Wörter „§ 47 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 19 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	1. In § 7 Absatz 4 werden die Wörter „§ 47 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 18 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
2. In § 15 Satz 1 wird <i>das Wort</i> „Telekommunikationsgesetzes“ <i>durch das Wort</i> „Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ <i>ersetzt</i> .	2. In § 15 Satz 1 werden nach den Wörtern „des Telekommunikationsgesetzes“ die Wörter „, des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ eingefügt.
Artikel 13	Artikel 14
Änderung des Bundeskriminalamtgesetzes (FNA 2190-3)	Änderung des Bundeskriminalamtgesetzes (FNA 2190-3)
Das Bundeskriminalamtgesetz vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1354; 2019 I S. 400), das durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2744) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Bundeskriminalamtgesetz vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1354; 2019 I S. 400), das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. <i>In § 10 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 173 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.</i>	1. § 10 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
2. In § 40 Absatz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 173 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	2. § 40 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
3. In § 52 Absatz 1 werden die Wörter „(§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 10 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.	3. In § 52 Absatz 1 werden die Wörter „(§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	4. § 63a wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 werden die Wörter den „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	5. § 66a wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 werden die Wörter den „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 14	Artikel 15
Änderung der Betriebskostenverordnung (FNA 2330-32-2)	Änderung der Betriebskostenverordnung (FNA 2330-32-2)
Dem § 2 der Betriebskostenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346, 2347), die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Mai 2012 (BGBl. I S. 958) geändert worden ist, werden die folgenden Sätze angefügt:	§ 2 der Betriebskostenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346, 2347), die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Mai 2012 (BGBl. I S. 958) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. Nummer 15 wird wie folgt gefasst:
	„15. die Kosten
	a) des Betriebs der Gemeinschafts-Antennenanlage,
	hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms und die Kosten der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft einschließlich ihrer Einstellung durch eine Fachkraft,
	bis zum 30. Juni 2024 außerdem das Nutzungsentgelt für eine nicht zu dem Gebäude gehörende Antennenanlage sowie die Gebühren, die nach dem Urheberrechtsgesetz für die Kabelweiterleitung entstehen,
	oder
	b) des Betriebs der mit einem Breitbandnetz verbundenen privaten Verteilanlage,
	hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms,
	bis zum 30. Juni 2024 außerdem die weiteren Kosten entsprechend Buchstabe a, sowie die laufenden monatlichen Grundgebühren für Breitbandanschlüsse,
	oder
	c) des Betriebs einer gebäudeinternen Verteilanlage, die vollständig mittels Glasfaser mit einem öffentlichen Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 des Telekommunikationsgesetzes verbunden ist, wenn der Mieter seinen Anbieter

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten über seinen Anschluss frei wählen kann,
	hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms sowie ein Bereitstellungsentgelt gemäß § 72 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes;“
	2. Folgender Satz wird angefügt:
	„Für Anlagen, die ab dem 1. Dezember 2021 errichtet worden sind, ist Satz 1 Nummer 15 Buchstabe a und b nicht anzuwenden.“
„Satz 1 Nummer 15 findet Anwendung auf Anlagen, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes] in Betrieb gesetzt worden sind. Satz 1 Nummer 15 tritt am ... [einsetzen: Angabe des Tages und Monats des Inkrafttretens nach Artikel 58 dieses Gesetzes sowie der Jahreszahl des zweiten auf das Inkrafttreten folgenden Jahres] außer Kraft.“	entfällt
Artikel 15	Artikel 16
Änderung des Aufenthaltsgesetzes (FNA 26-12)	Änderung des Aufenthaltsgesetzes (FNA 26-12)
In § 48a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 169 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 171 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	In § 48a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2855) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
Artikel 16	Artikel 17
Änderung der Strafprozessordnung (FNA 312-2)	Änderung der Strafprozessordnung (FNA 312-2)
Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1648) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 100g wird wie folgt geändert:	1. § 100g wird wie folgt geändert:

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 10 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
c) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	c) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
2. § 100j wird wie folgt geändert:	2. § 100j wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
aa) In Satz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 171 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	aa) In Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.
bb) In Satz 2 werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 171 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	bb) In Satz 2 werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
b) In Absatz 2 werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 171 Absatz 1 Satz 3, § 176 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
3. § 101a wird wie folgt geändert:	3. § 101a wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
c) In Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „(§ 113c Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 176 Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	c) In Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „(§ 113c Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 177 Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
d) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	d) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
4. In § 479 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter „(§ 113c Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 176 Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	4. entfällt
Artikel 17	Artikel 18
Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (FNA 367-3)	Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (FNA 367-3)
Anlage 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Anlage 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In Nummer 200 wird die Spalte „Tätigkeit“ wie folgt geändert:	1. In Nummer 200 wird die Spalte „Tätigkeit“ wie folgt geändert:
a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 3 Nr. 3“ durch die Angabe „§ 3 Nr. 6“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 112“ in Nummer 1 durch die Angabe „§ 172“ ersetzt.	b) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 112“ in Nummer 1 durch die Angabe „§ 173“ ersetzt.
2. In Nummer 202 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	2. In Nummer 202 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
3. In Nummer 301 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	3. In Nummer 301 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
4. In Nummer 304 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	4. In Nummer 304 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
5. In Nummer 307 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	5. In Nummer 307 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
6. In Nummer 309 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	6. In Nummer 309 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
7. In Nummer 311 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	7. In Nummer 311 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
8. In dem der Nummer 315 vorangestellten Satz wird die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	8. In dem der Nummer 315 vorangestellten Satz wird die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
9. In Nummer 319 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	9. In Nummer 319 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
10. In Nummer 401 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 175 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.	10. In Nummer 401 wird in der Spalte „Tätigkeit“ die Angabe „§ 113b Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 176 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
	Artikel 19
	Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (FNA 400-2)
	Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 555b wird nach Nummer 4 folgende Nummer 4a eingefügt:
	„4a. durch die die Mietsache erstmalig mittels Glasfaser an ein öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 des Telekommunikationsgesetzes angeschlossen wird,“
	2. § 556 wird wie folgt geändert:
	a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:
	„(3a) Ein Glasfaserbereitstellungs-entgelt nach § 72 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes hat der Mieter nur bei wirtschaftlicher Umsetzung der Maßnahme zu tragen. Handelt es sich um eine aufwändige Maßnahme im Sinne von § 72 Absatz 2 Satz 4 des Telekommunikationsgesetzes, hat der Mieter die Kosten nur dann zu tragen, wenn der Vermieter vor Vereinbarung der Glasfaserbereitstellung soweit möglich drei Angebote eingeholt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	und das wirtschaftlichste ausgewählt hat.“
	b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
	„(4) Eine zum Nachteil des Mieters von Absatz 1, Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 oder Absatz 3a abweichende Vereinbarung ist unwirksam.“
	3. In § 559 Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
	„Im Fall des § 555b Nummer 4a ist die Erhöhung nur zulässig, wenn der Mieter seinen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten über den errichteten Anschluss frei wählen kann und der Vermieter kein Bereitstellungsentgelt gemäß § 72 des Telekommunikationsgesetzes als Betriebskosten umlegt oder umgelegt hat.“
Artikel 18	Artikel 20
Änderung des Unterlassungsklagengesetzes (FNA 402-38)	u n v e r ä n d e r t
§ 2 Absatz 2 Satz 1 des Unterlassungsklagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), das zuletzt durch Artikel 2 Gesetzes vom 26. November 2020 (BGBl. I S. 2568) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Nummer 12 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
2. In Nummer 13 wird der Punkt am Ende durch ein Komma und das Wort „und“ ersetzt.	
3. Folgende Nummer 14 wird angefügt:	
„14. die Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes, die das Verhältnis zwischen Anbietern von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten und Verbrauchern regeln.“	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 19	Artikel 21
Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes (FNA 4110-4)	Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes (FNA 4110-4)
§ 7 des Wertpapierhandelsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 543) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	§ 7 des Wertpapierhandelsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2773) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	1. In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „ im Sinne des § 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „ im Sinne der §§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
2. In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter „§ 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	2. In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter „ im Sinne des § 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „ im Sinne der §§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
Artikel 20	Artikel 22
Änderung des Patentgesetzes (FNA 420-1)	u n v e r ä n d e r t
In § 140b Absatz 9 Satz 1 des Patentgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	
Artikel 21	Artikel 23
Änderung des Gebrauchsmustergesetzes (FNA 421-1)	u n v e r ä n d e r t
In § 24b Absatz 9 Satz 1 des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1455), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
S. 2541) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	
Artikel 22	Artikel 24
Änderung des Markengesetzes (FNA 423-5-2)	u n v e r ä n d e r t
In § 19 Absatz 9 Satz 1 des Markengesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082; 1995 I S. 156; 1996 I S. 682), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2357) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	
Artikel 23	Artikel 25
Änderung des Urheberrechtsgesetzes (FNA 440-1)	Änderung des Urheberrechtsgesetzes (FNA 440-1)
In § 101 Absatz 9 Satz 1 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2014) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	In § 101 Absatz 9 Satz 1 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. November 2020 (BGBl. I S. 2568) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
Artikel 24	Artikel 26
Änderung des Designgesetzes (FNA 442-5)	Änderung des Designgesetzes (FNA 442-5)
In § 46 Absatz 9 Satz 1 des Designgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2014 (BGBl. I S. 122), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nummer 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	In § 46 Absatz 9 Satz 1 des Designgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2014 (BGBl. I S. 122), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. November 2020 (BGBl. I S. 2568) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nummer 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 25	Artikel 27
Änderung des Bundesleistungsgesetzes (FNA 54-1)	u n v e r ä n d e r t
§ 95 des Bundesleistungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2723) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„§ 95	
Die nach § 1 des Postsicherstellungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichteten Unternehmen sowie öffentliche Eisenbahnen können nicht zu Leistungen nach diesem Gesetz herangezogen werden.“	
Artikel 26	Artikel 28
Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes (FNA 602-2)	Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes (FNA 602-2)
Das Zollfahndungsdienstgesetz vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 17. August 2017 (BGBl. I S. 3202) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Zollfahndungsdienstgesetz vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 402), das durch Artikel 11 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 10 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 171 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 171 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ ersetzt.	1. § 10 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes).“ durch die Wörter „(§ 174

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	2. § 30 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „Bestandsdaten gemäß § 3 Nummer 6 des Telekommunikationsgesetzes und über die nach § 172 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt und die Wörter „(§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 174 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
	c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
	d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 113 Absatz 1 Satz 3, § 113c Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 174 Absatz 1 Satz 3, § 177 Absatz 1 Nummer 3 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. In § 23g Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „(§ 96 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 10 Absatz 1 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.	3. In § 77 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „(§ 96 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.
Artikel 27	Artikel 29
Änderung der FIDE-Verzeichnis-Verordnung (FNA 602-3-1)	Änderung der FIDE-Verzeichnis-Verordnung (FNA 602-3-1)
In § 1 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe u der FIDE-Verzeichnis-Verordnung vom 5. Oktober 2011 (BGBl. I S. 2057), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 148 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b Variante 2 bis 4 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 26 Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	In § 1 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe u der FIDE-Verzeichnis-Verordnung vom 5. Oktober 2011 (BGBl. I S. 2057), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 9. März 2021 (BGBl. I S. 327) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 148 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b Variante 2 bis 4 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 25 Absatz 1 Nummer 3 Variante 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
	Artikel 30
	Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (FNA 703-5)
	In § 46 Absatz 2a und 2b des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 9. März 2021 (BGBl. I S. 327) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „§ 121 Absatz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 195 Absatz 2 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.
Artikel 28	Artikel 31
Änderung der Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung (FNA 705-1-8)	u n v e r ä n d e r t
In § 9 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b der Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung vom 19. April 1988 (BGBl. I S. 530), die zuletzt durch Artikel 221 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
worden ist, werden die Wörter „gemäß § 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes, soweit sie aufgrund einer Rechtsverordnung gemäß § 3 des vorgenannten Gesetzes verpflichtet sind, für das Bundesamt für Post und Telekommunikation und für das Bundesamt für Zulassungen in der Telekommunikation,“ durch die Wörter „, die gemäß § 1 des Postsicherstellungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind, sowie für die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,“ ersetzt.	
Artikel 29	Artikel 32
Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (FNA 7400-4-1)	Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (FNA 7400-4-1)
In § 55 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 der Außenwirtschaftsverordnung vom 2. August 2013 (BGBl. I S. 2865), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. April 2020 (BAnz AT 20.04.2020 V1) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 169“ ersetzt.	In § 55 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 der Außenwirtschaftsverordnung vom 2. August 2013 (BGBl. I S. 2865), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 26. Oktober 2020 (BAnz AT 28.10.2020 V1) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 110“ durch die Angabe „§ 170“ ersetzt.
Artikel 30	Artikel 33
Änderung der Gasnetzentgeltverordnung (FNA 752-6-1)	Änderung der Gasnetzentgeltverordnung (FNA 752-6-1)
In § 9 Absatz 1 Satz 2 der Gasnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2197), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2935) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 77f“ durch die Angabe „§ 133“ ersetzt.	In § 9 Absatz 1 Satz 2 der Gasnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2197), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2935) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 77f“ durch die Angabe „§ 140“ ersetzt.
Artikel 31	Artikel 34
Änderung der Stromnetzentgeltverordnung (FNA 752-6-3)	Änderung der Stromnetzentgeltverordnung (FNA 752-6-3)
In § 9 Absatz 1 Satz 2 der Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2225), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 23. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2935) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 77f“ durch die Angabe „§ 133“ ersetzt.	In § 9 Absatz 1 Satz 2 der Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2225), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2269) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 77f“ durch die Angabe „§ 140“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 32	Artikel 35
Änderung der Niederspannungsanschlussverordnung (FNA 752-6-6)	Änderung der Niederspannungsanschlussverordnung (FNA 752-6-6)
In § 6 Absatz 3 Satz 1 der Niederspannungsanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 14. März 2019 (BGBl. I S. 333) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.	In § 6 Absatz 3 Satz 1 der Niederspannungsanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 30. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2269) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.
Artikel 33	Artikel 36
Änderung der Niederdruckanschlussverordnung (FNA 752-6-7)	Änderung der Niederdruckanschlussverordnung (FNA 752-6-7)
In § 6 Absatz 3 Satz 1 der Niederdruckanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477, 2485), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.	In § 6 Absatz 3 Satz 1 der Niederdruckanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477, 2485), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 30. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2269) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.
Artikel 34	Artikel 37
Änderung der Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-Verordnung (FNA 754-3-2)	u n v e r ä n d e r t
In § 14 Absatz 5 der Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-Verordnung vom 26. April 1982 (BGBl. I S. 520), die zuletzt durch Artikel 325 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „gemäß § 2 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes, soweit sie aufgrund einer Rechtsverordnung gemäß § 3 des vorgenannten Gesetzes verpflichtet sind,“ durch die Wörter „, die nach § 1 des Postsicherstellungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind,“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 35	Artikel 38
Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (FNA 7631-11)	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (FNA 7631-11)
In § 305a Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. März 2020 (BGBl. I S. 529) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nummer 30“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 70“ ersetzt.	In § 305a Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2773) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Nummer 30“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 70“ ersetzt.
Artikel 36	Artikel 39
Änderung des Telemediengesetzes (FNA 772-4)	Änderung des Telemediengesetzes (FNA 772-4)
Das Telemediengesetz vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Telemediengesetz vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 1 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 3 Nr. 24 des Telekommunikationsgesetzes, die ganz in der Übertragung von Signalen über Telekommunikationsnetze bestehen, telekommunikationsgestützte Dienste nach § 3 Nr. 25 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 61 des Telekommunikationsgesetzes, telekommunikationsgestützte Dienste nach § 3 Nummer 63 des Telekommunikationsgesetzes“ ersetzt.	1. u n v e r ä n d e r t
2. In § 7 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§ 88 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 4 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	2. In § 7 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§ 88 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
Artikel 37	Artikel 40
Änderung des Sortenschutzgesetzes (FNA 7822-7)	u n v e r ä n d e r t
In § 37b Absatz 9 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3164), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 37 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
S. 872) geändert worden ist, werden die Wörter „(§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 3 Nummer 70 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	
Artikel 38	Artikel 41
Änderung des Arbeitssicherstellungsgesetzes (FNA 800-18)	u n v e r ä n d e r t
In § 4 Absatz 1 Nummer 8 des Arbeitssicherstellungsgesetzes vom 9. Juli 1968 (BGBl. I S. 787), das zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 4. August 2019 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, werden die Wörter „bei Unternehmen nach § 2 Nr. 2 und 3 des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes, soweit sie aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 3 des vorgenannten Gesetzes verpflichtet sind,“ durch die Wörter „bei Unternehmen, die nach § 1 des Postsicherstellungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind,“ ersetzt.	
Artikel 39	Artikel 42
Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung (FNA 900-15-3)	Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung (FNA 900-15-3)
Die Telekommunikations-Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 2017 (BGBl. I S. 2316), die zuletzt durch Artikel 27 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1724) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Telekommunikations-Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 2017 (BGBl. I S. 2316), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom [einsetzen: Datum und Fundstelle des Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 1 wird wie folgt geändert:	1. § 1 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
b) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 5“ ersetzt.	b) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 5“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
2. § 2 wird wie folgt geändert:	2. § 2 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 9“ ersetzt.	a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 9“ ersetzt.
b) Nummer 3 Buchstabe b wird wie folgt geändert:	b) Nummer 3 Buchstabe b wird wie folgt geändert:
aa) In Doppelbuchstabe aa werden die Wörter „§ 96 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 8 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	aa) In Doppelbuchstabe aa werden die Wörter „§ 96 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „den §§ 9 und 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
bb) In Doppelbuchstabe bb werden die Wörter „§ 113c Absatz 1 Nummer 1 oder 2“ durch die Wörter „§ 176 Absatz 1 Nummer 1 oder 2“ ersetzt und wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 175“ ersetzt.	bb) In Doppelbuchstabe bb werden die Wörter „§ 113c Absatz 1 Nummer 1 oder 2“ durch die Wörter „§ 177 Absatz 1 Nummer 1 oder 2“ ersetzt und wird die Angabe „§ 113b“ durch die Angabe „§ 176“ ersetzt.
c) In Nummer 9 werden die Wörter „Teilnehmer oder sonstigen“ gestrichen.	c) u n v e r ä n d e r t
d) In Nummer 12 wird das Wort „teilnehmerbezogenen“ durch das Wort „nutzerbezogenen“ ersetzt und das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Sprachkommunikationsdienst“ ersetzt.	d) u n v e r ä n d e r t
e) Nummer 17 wird wie folgt geändert:	e) Nummer 17 wird wie folgt geändert:
aa) In Buchstabe b wird das Wort „teilnehmerbezogenen“ durch das Wort „nutzerbezogenen“ ersetzt.	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	bb) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
3. § 3 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	3. § 3 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
a) Satz 1 wird wie folgt geändert:	a) u n v e r ä n d e r t
aa) In Nummer 1 wird das Wort „Teilnehmernetze“ durch das Wort „Telekommunikationsnetze“ ersetzt.	
bb) In Nummer 3 wird das Wort „teilnehmerbezogenen“ durch das Wort „nutzerbezogenen“ ersetzt.	
cc) In Nummer 5 werden die Wörter „Teilnehmer oder sonstige Endnutzer“ durch das Wort „Nutzer“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
dd) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:	
„6. mit ihnen ausschließlich nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder ausschließlich nichtkennungsbezogene Internetzugangsdienste über ein drahtloses lokales Netzwerk erbracht werden und an sie nicht mehr als 100 000 Nutzer angeschlossen sind.“	
b) In Satz 2 werden die Wörter „öffentlich zugänglichen Telefondienstes“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Sprachkommunikationsdienstes“ ersetzt.	b) u n v e r ä n d e r t
c) In Satz 3 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.	c) In Satz 3 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.
4. In § 13 Satz 4 wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Nutzer“ ersetzt.	4. u n v e r ä n d e r t
	5. In § 14 wird folgender Satz angefügt:
	„Der Verpflichtete hat die Anordnungsdaten, die bei der technischen Umsetzung einer Anordnung aus technischen Gründen in einer Telekommunikationsanlage gespeichert oder hinterlegt werden müssen, nach Vorgaben des Telekommunikationsgesetzes sowie der Technischen Richtlinie nach § 170 Absatz 6 des Telekommunikationsgesetzes gegen unbefugte Kenntnisnahme zu schützen.“
5. In der Überschrift zu Abschnitt 4 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ ersetzt.	6. In der Überschrift zu Abschnitt 4 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ ersetzt.
6. § 19 wird wie folgt geändert:	7. § 19 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ ersetzt.
b) In Absatz 2 Satz 4 wird die Angabe „§ 110 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 7“ ersetzt.	b) In Absatz 2 Satz 4 wird die Angabe „§ 110 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 7“ ersetzt.
c) In Absatz 5 Satz 4 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Telekommunikationsgesetzes im Falle von nachträglich aufgetretenen Mängeln“ durch die Wörter	c) In Absatz 5 Satz 4 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Telekommunikationsgesetzes im Falle von nachträglich aufgetretenen Mängeln“ durch die Wörter

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
„§ 169 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Telekommunikationsgesetzes zur Beseitigung von Fehlfunktionen“ ersetzt.	„§ 170 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Telekommunikationsgesetzes zur Beseitigung von Fehlfunktionen“ ersetzt.
d) In Absatz 7 werden die Wörter „§ 115 Absatz 2 oder 3“ durch die Wörter „§ 182 Absatz 4 oder 5“ ersetzt.	d) In Absatz 7 werden die Wörter „§ 115 Absatz 2 oder 3“ durch die Wörter „§ 183 Absatz 4 oder 5“ ersetzt.
7. § 22 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	8. u n v e r ä n d e r t
a) In Satz 1 wird das Wort „Teilnehmerkreis“ durch das Wort „Nutzerkreis“ ersetzt.	
b) In Satz 2 Nummer 2 wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Nutzer“ ersetzt.	
8. § 23 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	9. § 23 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „im Einzelfall von der Bundesnetzagentur verlangten Prüfung nach § 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ durch die Wörter „insbesondere zur Beseitigung von Fehlfunktionen von der Bundesnetzagentur verlangten Prüfung nach § 169 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.	a) In Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „im Einzelfall von der Bundesnetzagentur verlangten Prüfung nach § 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ durch die Wörter „insbesondere zur Beseitigung von Fehlfunktionen von der Bundesnetzagentur verlangten Prüfung nach § 170 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.
b) In Satz 2 werden die Wörter „im Einzelfall von der Bundesnetzagentur verlangte Prüfung nach § 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ durch die Wörter „insbesondere zur Beseitigung von Fehlfunktionen von der Bundesnetzagentur verlangte Prüfung nach § 169 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.	b) In Satz 2 werden die Wörter „im Einzelfall von der Bundesnetzagentur verlangte Prüfung nach § 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ durch die Wörter „insbesondere zur Beseitigung von Fehlfunktionen von der Bundesnetzagentur verlangte Prüfung nach § 170 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.
9. § 24 wird wie folgt geändert:	10. § 24 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 9“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 9“ ersetzt.
b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 9“ ersetzt.	b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 110 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 9“ ersetzt.
10. In § 26 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Halbsatz 2“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Nummer 4 zweiter Halbsatz“ ersetzt.	11. In § 26 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Halbsatz 2“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Nummer 4 zweiter Halbsatz“ ersetzt.
11. In § 30 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 2“ ersetzt.	12. In § 30 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 2“ ersetzt.
12. § 31 wird wie folgt geändert:	13. § 31 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
„Die nach § 30 Verpflichteten haben sicherzustellen, dass sie Anordnungen zur Auskunftserteilung jederzeit elektronisch entgegennehmen sowie die zugehörigen Auskünfte auf gleichem Weg erteilen können; dabei haben diejenigen Verpflichteten, die zur Bereithaltung der Schnittstelle nach § 173 Absatz 7 Satz 2 erste Alternative des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind, diese Schnittstelle auch für die Entgegennahme der Anordnungen zur Auskunftserteilung und für die Übermittlung der zugehörigen Auskünfte zu verwenden und Verpflichtete, die nicht zur Bereithaltung dieser Schnittstelle verpflichtet sind, mindestens das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren nach § 173 Absatz 7 Satz 3 bereitzuhalten.“	„Die nach § 30 Verpflichteten haben sicherzustellen, dass sie Anordnungen zur Auskunftserteilung jederzeit elektronisch entgegennehmen sowie die zugehörigen Auskünfte auf gleichem Weg erteilen können; dabei haben diejenigen Verpflichteten, die zur Bereithaltung der Schnittstelle nach § 174 Absatz 7 Satz 2 erste Alternative des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind, diese Schnittstelle auch für die Entgegennahme der Anordnungen zur Auskunftserteilung und für die Übermittlung der zugehörigen Auskünfte zu verwenden und Verpflichtete, die nicht zur Bereithaltung dieser Schnittstelle verpflichtet sind, mindestens das E-Mail-basierte Übermittlungsverfahren nach § 174 Absatz 7 Satz 3 bereitzuhalten.“
bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
c) In Absatz 7 Nummer 2 wird die Angabe „§ 113“ durch die Angabe „§ 173“ ersetzt.	c) In Absatz 7 Nummer 2 wird die Angabe „§ 113“ durch die Angabe „§ 174“ ersetzt.
13. In § 34 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 6“ ersetzt.	14. In § 34 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 110 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 6“ ersetzt.
14. § 35 wird wie folgt geändert:	15. § 35 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 3 Nummer 4 werden die Wörter „(§ 96 oder § 113b des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 8 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes oder § 175 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	a) In Satz 3 Nummer 4 werden die Wörter „(§ 96 oder § 113b des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§§ 9 oder 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes oder § 176 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
b) In Satz 5 werden die Wörter „§ 96 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „§ 8 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.	b) In Satz 5 werden die Wörter „§ 96 des Telekommunikationsgesetzes“ durch die Wörter „den §§ 9 oder 12 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
15. In § 36 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a“ durch die Wörter „§ 169 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.	16. In § 36 Satz 2 werden die Wörter „§ 110 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a“ durch die Wörter „§ 170 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.
16. In § 37 wird die Angabe „§ 110 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 169 Absatz 8“ ersetzt.	17. In § 37 wird die Angabe „§ 110 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 170 Absatz 8“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 40	Artikel 43
Änderung der Telekommunikations-Nummerierungsverordnung (FNA 900-15-5)	Änderung der Telekommunikations-Nummerierungsverordnung (FNA 900-15-5)
Die Telekommunikations-Nummerierungsverordnung vom 5. Februar 2008 (BGBl. I S. 141), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 105 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Telekommunikations-Nummerierungsverordnung vom 5. Februar 2008 (BGBl. I S. 141), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 105 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 3 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 66 Abs. 4 Satz 3“ durch die Wörter „§ 107 Absatz 6 Satz 3“ ersetzt.	1. In § 3 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 66 Abs. 4 Satz 3“ durch die Wörter „§ 108 Absatz 6 Satz 3“ ersetzt.
2. In § 6 Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „§ 67 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 122 Absatz 1“ ersetzt.	2. In § 6 Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „§ 67 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 123 Absatz 1“ ersetzt.
3. § 8 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) In Satz 3 wird die Angabe „§ 46“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.	
b) In Satz 4 wird die Angabe „§ 46“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.	
4. § 9 wird wie folgt geändert:	4. § 9 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 66 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 107 Absatz 3“ ersetzt.	a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 66 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 3“ ersetzt.
b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 46“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.	b) u n v e r ä n d e r t
5. In § 10 Satz 1 wird die Angabe „§ 46“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.	5. u n v e r ä n d e r t
6. In § 11 wird die Angabe „§ 149 Abs. 1 Nr. 13“ durch die Wörter „§ 227 Absatz 2 Nummer 7“ ersetzt.	6. In § 11 wird die Angabe „§ 149 Abs. 1 Nr. 13“ durch die Wörter „§ 228 Absatz 2 Nummer 6“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 41	Artikel 44
Änderung der Verordnung über Notrufverbindungen (FNA 900-15-6)	Änderung der Verordnung über Notrufverbindungen (FNA 900-15-6)
Die Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. November 2012 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. November 2012 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Nummer 4 wird das Wort „Telefonnetzen“ durch das Wort „Telekommunikationsnetzen“ ersetzt.	1. u n v e r ä n d e r t
2. In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 108 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 163 Absatz 6“ ersetzt.	2. In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 108 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 164 Absatz 6“ ersetzt.
3. § 4 wird wie folgt geändert:	3. § 4 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 werden die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 163 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.	a) In Absatz 1 werden die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 164 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:	b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
aa) In Nummer 1 werden die Wörter „(§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 16 Absatz 1 Satz 5 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.	aa) In Nummer 1 werden die Wörter „(§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 15 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.
bb) In Nummer 2 werden die Wörter „(§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 14 Absatz 3 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.	bb) In Nummer 2 werden die Wörter „(§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes)“ durch die Wörter „(§ 13 Absatz 3 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)“ ersetzt.
c) In Absatz 8 Satz 1 Nummer 2 Satz 1 wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Endnutzer“ ersetzt.	c) u n v e r ä n d e r t
4. In § 6 Satz 1 wird die Angabe „§ 108 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 163 Absatz 6“ ersetzt.	4. In § 6 Satz 1 wird die Angabe „§ 108 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 164 Absatz 6“ ersetzt.
5. § 7 wird wie folgt geändert:	5. § 7 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird aufgehoben.	a) u n v e r ä n d e r t
b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 112“ durch die Angabe „§ 172“ ersetzt.	b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 112“ durch die Angabe „§ 173“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 42	Artikel 45
Änderung der TK-Transparenzverordnung (FNA 900-15-9)	Änderung der TK-Transparenzverordnung (FNA 900-15-9)
Die TK-Transparenzverordnung vom 19. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2977) wird wie folgt geändert:	Die TK-Transparenzverordnung vom 19. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2977) wird wie folgt geändert:
1. § 1 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes, die über einen Zugang zu einem öffentlichen Telekommunikationsnetz Internetzugangsdienste anbieten,“ durch die Wörter „anderer öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste als für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste“ ersetzt.	
b) Satz 2 wird aufgehoben.	
2. In § 3 Absatz 1 werden die Wörter „oder Endnutzern“ gestrichen.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 4 wird aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t
4. § 5 wird § 4 und wird wie folgt gefasst:	4. § 5 wird § 4 und wird wie folgt gefasst:
„§ 4	„§ 4
Informationen zur Vertragslaufzeit, Kündigung und zum Anbieterwechsel	Informationen zur Vertragslaufzeit, Kündigung und zum Anbieterwechsel
Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, müssen gegenüber Verbrauchern in der Rechnung sowie in der Information über den besten Tarif nach § 55 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes Folgendes angeben:	Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, müssen gegenüber Verbrauchern in der Rechnung sowie in der Information über den besten Tarif nach § 57 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes Folgendes angeben:
1. das Datum des Vertragsbeginns,	1. u n v e r ä n d e r t
2. den aktuellen Zeitpunkt des Endes der Mindestvertragslaufzeit,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Kündigungsfrist und den letzten Kalendertag, an dem die Kündigung eingehen	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
muss, um eine Vertragsverlängerung zu verhindern, und	
4. einen Hinweis auf die Information zum generellen Ablauf des Anbieterwechsels auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.	4. u n v e r ä n d e r t
Satz 1 gilt nicht für Vertragsverhältnisse mit einer Laufzeit von einem Monat oder weniger.“	Satz 1 gilt nicht für Vertragsverhältnisse mit einer Laufzeit von einem Monat oder weniger.“
5. § 6 wird § 5 und <i>in Absatz 1</i> werden die Wörter „Anbietern eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ durch die Wörter „Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste“ ersetzt.	5. § 6 wird § 5 und die Wörter „Anbietern eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ werden durch die Wörter „Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste“ ersetzt.
6. § 7 wird § 6 und wird wie folgt geändert:	6. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 werden die Wörter „Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes, die über einen Zugang zu einem öffentlichen Telekommunikationsnetz Internetzugangsdienste anbieten“ durch die Wörter „Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt“ ersetzt und werden nach dem Wort „Verbrauchern“ die Wörter „und, auf deren Verlangen, anderen Endnutzern“ gestrichen.	
b) In Absatz 2 werden die Wörter „oder des Endnutzers“ gestrichen.	
7. § 8 wird § 7 und wird wie folgt geändert:	7. § 8 wird § 7 und wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	a) u n v e r ä n d e r t
„(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, müssen Verbraucher unverzüglich nach der Schaltung des jeweiligen Anschlusses auf die Überprüfbarkeit der Datenübertragungsrate nach § 6 Absatz 1 hinweisen.“	
b) Absatz 2 wird aufgehoben.	b) u n v e r ä n d e r t
c) <i>Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.</i>	c) entfällt

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
d) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	c) Absatz 3 wird Absatz 2 und wird wie folgt geändert:
aa) Die Wörter „und, auf deren Verlangen, andere Endnutzer“ werden <i>gestrichen</i> .	aa) Die Wörter „und, auf deren Verlangen, andere Endnutzer gemäß Absatz 4 “ werden durch die Wörter „gemäß Absatz 3“ ersetzt .
bb) Die Angabe „§ 7 Absatz 1“ wird durch die Angabe „§ 6 Absatz 1“ ersetzt.	bb) u n v e r ä n d e r t
e) In Absatz 3 werden die Wörter „Absätzen 2 und 3“ durch die Wörter „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.	d) Absatz 4 wird Absatz 3 und die Wörter „Absätzen 2 und 3“ werden durch die Wörter „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.
8. Die §§ 9 bis 13 werden die §§ 8 bis 12.	8. u n v e r ä n d e r t
9. § 8 wird wie folgt gefasst:	9. u n v e r ä n d e r t
„§ 8	
Darstellung und Speicherung von anbielereigenen Messergebnissen	
(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, müssen im Fall einer anbielereigenen Messung nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 die Ergebnisse	
1. direkt im Anschluss an die Messung gemäß der Anlage darstellen und	
2. so bereithalten, dass sie auf der Internetseite des Anbieters im Online-Kundencenter abgerufen und ausgedruckt werden können.	
(2) Die Ergebnisse sind mindestens für sechs Monate bereitzuhalten.“	
10. § 9 wird wie folgt geändert:	10. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 werden die Wörter „Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ durch die Wörter „Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt“ ersetzt und werden die	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Wörter „und, auf deren Verlangen, anderen Endnutzern“ gestrichen.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „und, auf dessen Verlangen, der andere Endnutzer“ gestrichen.	
bb) In Satz 2 werden die Wörter „oder Endnutzer“ gestrichen.	
11. § 10 wird wie folgt gefasst:	11. § 10 wird wie folgt gefasst:
„§ 10	„§ 10
Kostenkontrolle bei Sprachkommunikationsdiensten, Internetzugangsdiensten und nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten	Kostenkontrolle bei Sprachkommunikationsdiensten, Internetzugangsdiensten und öffentlich zugänglichen nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten
(1) Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, bei denen es sich weder um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste noch um für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation genutzte Übertragungsdienste handelt, müssen Verbrauchern eine geeignete Einrichtung anbieten, um die Kosten von Sprachkommunikationsdiensten, Internetzugangsdiensten und nummerngebundenen interpersonellen Telekommunikationsdiensten zu kontrollieren. Diese Einrichtung umfasst auch unentgeltliche Warnhinweise bei anormalem oder übermäßigem Verbrauchsverhalten.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Pflicht nach Absatz 1 entfällt, wenn Anbieter gegenüber der Bundesnetzagentur anzeigen, dass dem Verbraucher bei erstmalig auftretenden anormalen oder übermäßig hohen Kosten aufgrund einer regelmäßigen unternehmensindividuellen Praxis ausschließlich verhältnismäßige Kosten in Rechnung gestellt werden.“	(2) u n v e r ä n d e r t
12. § 11 wird wie folgt geändert:	12. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ durch die Wörter „Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
bb) In Satz 3 werden die Wörter „Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ durch die Wörter „Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste“ ersetzt und werden die Wörter „und Endnutzer“ gestrichen.	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Die Wörter „Anbieter eines öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ werden durch die Wörter „Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste“ ersetzt.	
bb) Die Wörter „und Endnutzern“ werden gestrichen.	
13. § 13 wird wie folgt geändert:	13. § 12 wird wie folgt geändert:
a) <i>In dem Wortlaut vor der Nummerierung wird die Angabe „§ 149 Absatz 1 Nummer 7d“ durch die Angabe „§ 225 Absatz 2 Nummer 6“ ersetzt.</i>	a) Im einleitenden Satzteil werden die Wörter „§ 149 Absatz 1 Nummer 7d“ durch die Wörter „§ 228 Absatz 2 Nummer 6“ ersetzt.
b) Nummer 2 wird aufgehoben.	b) u n v e r ä n d e r t
c) Die Nummern 3 bis 7 werden die Nummern 2 bis 6.	c) Die Nummern 3 bis 7 werden die Nummern 2 bis 6.
aa) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 5 Satz 1“ durch die Angabe „§ 4 Satz 1“ ersetzt.	aa) u n v e r ä n d e r t
bb) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 7 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.	bb) u n v e r ä n d e r t
cc) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 9 Absatz 1“ durch die Angabe „§ 8 Absatz 1“ ersetzt.	cc) In Nummer 4 werden die Wörter „§ 8 Absatz 1, 2 oder Absatz 3“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 1 oder 2“ ersetzt.
	dd) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 9 Absatz 1“ durch die Wörter „§ 8 Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.
dd) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 10 Absatz 1“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 1“ ersetzt.	ee) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 10 Absatz 1“ durch die Angabe „§ 9 Absatz 1“ ersetzt.
14. § 14 wird aufgehoben.	14. u n v e r ä n d e r t
15. § 15 wird § 13.	15. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 43	Artikel 46
Änderung der Kundendatenankunftsverordnung (FNA 900-15-10)	Änderung der Kundendatenankunftsverordnung (FNA 900-15-10)
Die Kundendatenankunftsverordnung vom 14. Juni 2017 (BGBl. I S. 1667, 3343) wird wie folgt geändert:	Die Kundendatenankunftsverordnung vom 14. Juni 2017 (BGBl. I S. 1667, 3343) wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 112 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 172 Absatz 4“ ersetzt.	1. In § 2 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 112 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 173 Absatz 4“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 111 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2“ durch die Wörter „§ 171 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3“ ersetzt und die Wörter „§ 112 Absatz 1 Satz 1 bis 3“ durch die Wörter „§ 163 Absatz 1 Satz 1 bis 3“ ersetzt.	2. In § 7 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 111 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2“ durch die Wörter „§ 172 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3“ ersetzt und die Wörter „§ 112 Absatz 1 Satz 1 bis 3“ durch die Wörter „§ 173 Absatz 1 Satz 1 bis 3“ ersetzt.
3. In § 9 Absatz 3 werden die Wörter „§ 112 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 172 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.	3. In § 9 Absatz 3 werden die Wörter „§ 112 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 173 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
Artikel 44	Artikel 47
Änderung der TKG-EMVG-FuAG-Übertragungsverordnung (FNA 900-15-11)	Änderung der TKG-EMVG-FuAG-Übertragungsverordnung (FNA 900-15-11)
In § 1 der TKG-EMVG-FuAG-Übertragungsverordnung vom 5. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3534), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 5. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3534) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 45n Absatz 1, des § 142 Absatz 2 Satz 1 und des § 143 Absatz 4 Satz 1“ durch die Wörter „§ 52 Absatz 4, des § 222 Absatz 4 Satz 1 und des § 223 Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.	In § 1 der TKG-EMVG-FuAG-Übertragungsverordnung vom 5. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3534), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 5. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3534) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 45n Absatz 1, des § 142 Absatz 2 Satz 1 und des § 143 Absatz 4 Satz 1“ durch die Wörter „§ 52 Absatz 4, des § 223 Absatz 2 Satz 1 und des § 224 Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 45	Artikel 48
Änderung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes (FNA 900-16)	Änderung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes (FNA 900-16)
Das Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941), das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2473) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 506, 941), das durch Artikel 12 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t
„Gesetz zur Sicherstellung von Postdienstleistungen in besonderen Fällen (Postsicherstellungsgesetz – PSG)“.	
2. § 1 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Dieses Gesetz gilt für Unternehmen, die im Rahmen ihres geschäftsmäßig an die Öffentlichkeit gerichteten Angebots die in diesem Gesetz bezeichneten Postdienstleistungen bundesweit erbringen (Postunternehmen).“	
b) In Absatz 2 werden die Wörter „und Telekommunikationsdiensten“ sowie die Wörter „oder Telekommunikationsdiensten“ gestrichen.	
3. Die §§ 5 bis 7 werden aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t
4. § 8 wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Post- und Telekommunikationsunternehmen“ durch das Wort „Postunternehmen“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 werden die Wörter „Post- und Telekommunikationsunternehmen“ durch das Wort „Postunternehmen“ ersetzt und werden die Wörter „oder des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“ gestrichen.	
5. § 9 wird wie folgt geändert:	5. § 9 wird wie folgt geändert:
a) In der Überschrift werden das Wort „Entgelte“ und das Semikolon gestrichen.	a) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
b) Absatz 1 wird aufgehoben.	b) u n v e r ä n d e r t
c) Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen.	c) u n v e r ä n d e r t
d) In Satz 1 werden die Wörter „und den Telekommunikationsunternehmen“ gestrichen.	d) u n v e r ä n d e r t
	e) In Satz 2 werden die Wörter „und bei Telekommunikationsunternehmen der Nummer 11.3“ gestrichen.
6. § 10 wird wie folgt geändert:	6. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „und die Telekommunikationsunternehmen“ gestrichen.	
b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die Bundesnetzagentur kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Zwangsgelder bis zu 50 000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach Absatz 1 Satz 3 und den §§ 4 und 8 Absatz 1 festsetzen.“	
7. § 11 wird wie folgt geändert:	7. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Die Nummern 4 bis 9 werden aufgehoben.	
bb) Die Nummern 10 bis 12 werden die Nummern 4 bis 6.	
b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend Euro geahndet werden.“	
8. § 12 wird wie folgt geändert:	8. u n v e r ä n d e r t
a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.	
b) Die Absätze 2 bis 5 werden aufgehoben.	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 46	Artikel 49
Änderung der Signatarebenennungsverordnung (FNA 9020-11-1)	u n v e r ä n d e r t
In § 2 Nummer 1 der Signatarebenennungsverordnung vom 5. Mai 2003 (BGBl. I S. 648), die zuletzt durch Artikel 459 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.	
Artikel 47	Artikel 50
Änderung der Sicherheitsfunk-Schutzverordnung (FNA 9022-12-1)	u n v e r ä n d e r t
In § 2 Nummer 2 der Sicherheitsfunk-Schutzverordnung vom 13. Mai 2009 (BGBl. I S. 1060) wird die Angabe „§ 3 Nr. 27“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 65“ ersetzt und die Angabe „§ 3 Nr. 24“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 61“ ersetzt.	
Artikel 48	Artikel 51
Änderung des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes (FNA 9022-13)	Änderung des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes (FNA 9022-13)
In § 32 Absatz 2 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2879), das durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 146“ durch die Angabe „§ 225“ ersetzt.	In § 32 Absatz 2 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2879), das durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 146“ durch die Angabe „§ 226“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 49	Artikel 52
Änderung des Funkanlagengesetzes (FNA 9022-14)	Änderung des Funkanlagengesetzes (FNA 9022-14)
In § 36 Absatz 2 des Funkanlagengesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) wird die Angabe „§ 146“ durch die Angabe „§ 225“ ersetzt.	In § 36 Absatz 2 des Funkanlagengesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) wird die Angabe „§ 146“ durch die Angabe „§ 226“ ersetzt.
Artikel 50	Artikel 53
Änderung des Amateurfunkgesetzes (FNA 9022-2)	Änderung des Amateurfunkgesetzes (FNA 9022-2)
Das Amateurfunkgesetz vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2473) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Amateurfunkgesetz vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2473) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Nummer 3 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.	1. u n v e r ä n d e r t
2. § 3 wird wie folgt geändert:	2. § 3 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	b) u n v e r ä n d e r t
c) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	c) u n v e r ä n d e r t
d) In Absatz 5 werden die Wörter „Frequenznutzungsplan (§ 46 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 – BGBl. I S. 1120)“ durch die Wörter „Frequenzplan (§ 89 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.	d) In Absatz 5 werden die Wörter „Frequenznutzungsplan (§ 46 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 – BGBl. I S. 1120)“ durch die Wörter „Frequenzplan (§ 90 des Telekommunikationsgesetzes)“ ersetzt.
3. In § 5 Absatz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	
4. In § 6 Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.	4. u n v e r ä n d e r t
5. In § 9 Absatz 3 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	5. u n v e r ä n d e r t
6. § 10 wird wie folgt geändert:	6. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „(§ 66 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes)“ gestrichen.	
bb) In Satz 2 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird aufgehoben.	
7. § 11 wird wie folgt geändert:	7. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Regulierungsbehörde“ durch die Wörter „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ ersetzt.	
Artikel 51	Artikel 54
Änderung der InfrGG-Beleihungsverordnung (FNA 911-5-1)	Änderung der InfrGG-Beleihungsverordnung (FNA 911-5-1)
In § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 der InfrGG-Beleihungsverordnung vom 23. März 2020 (BGBl. I S. 743), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3206) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 68 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 119 Absatz 3“ ersetzt, werden die Wörter „§ 72 Absatz 1 und 3“ durch die Wörter „§ 123 Absatz 1 und 3“ ersetzt und wird die Angabe „§ 71 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 122 Absatz 2“ ersetzt.	In § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 der InfrGG-Beleihungsverordnung vom 23. März 2020 (BGBl. I S. 743), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3206) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 68 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 127 Absatz 1“ ersetzt, werden die Wörter „§ 72 Absatz 1 und 3“ durch die Wörter „§ 130 Absatz 1 und 3“ ersetzt und wird die Angabe „§ 71 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 129 Absatz 2“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
Artikel 52	Artikel 55
Änderung des Verkehrssicherungsgesetzes (FNA 930-6)	u n v e r ä n d e r t
In § 30 Absatz 1 des Verkehrssicherungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1968 (BGBl. I S. 1082), das zuletzt durch Artikel 499 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 2 des Post- und Telekommunikationssicherungsgesetzes, soweit sie aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 3 des vorgenannten Gesetzes verpflichtet sind,“ durch die Wörter „, die nach § 1 des Postsicherungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind,“ ersetzt.	
Artikel 53	Artikel 56
Änderung der Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs (FNA 930-6-6)	u n v e r ä n d e r t
In § 2 Absatz 2 Nummer 1 der Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs vom 23. September 1980 (BGBl. I S. 1795), die zuletzt durch Artikel 504 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 2 des Post- und Telekommunikationssicherungsgesetzes, soweit sie aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 3 des vorgenannten Gesetzes verpflichtet sind“ durch die Wörter „, die nach § 1 des Postsicherungsgesetzes oder Teil 10 Abschnitt 2 des Telekommunikationsgesetzes verpflichtet sind,“ ersetzt.	
Artikel 54	Artikel 57
Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes (FNA 940-9)	Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes (FNA 940-9)
In § 31 Absatz 2 Satz 3 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2237) geändert worden ist, wird die Angabe	In § 31 Absatz 2 Satz 3 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch Artikel 2a des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist, wird die

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
„§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.	Angabe „§ 3 Nr. 26“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 64“ ersetzt.
Artikel 55	Artikel 55
<i>Änderung des Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze</i>	entfällt
<i>Die Artikel 12 und 15 Absatz 2 des Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2473), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes zur Neufassung der Regelungen über Funkanlagen und zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes sowie zur Aufhebung des Gesetzes über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, werden aufgehoben.</i>	
Artikel 56	Artikel 56
<i>Weitere Änderung des Telekommunikationsgesetzes</i>	entfällt
<i>Das Telekommunikationsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</i>	
1. § 222 wird wie folgt gefasst:	
„§ 222	
<i>Gebühren und Auslagen; Verordnungsermächtigung</i>	
<i>(1) Die Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Frequenzen nach den §§ 90 und 91 sind abweichend von § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes so zu bestimmen, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellen. Die Bemessung der Gebühren ist nach Maßgabe von Satz 1 in regelmäßigem Abstand, mindestens jedoch alle fünf Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls anzupassen. Gebührenentscheidungen nach Satz 1 können eine Zahlung in jährlich fällig werdenden</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<p><i>Raten vorsehen. Bei Erlöschen einer Frequenzzuteilung durch Verzicht nach § 101 Absatz 8 soll eine anteilige Gebührenermäßigung gewährt werden, wenn dadurch eine effizientere Frequenznutzung bewirkt wird. Es werden keine Gebühren erhoben, wenn Frequenzen im Wege eines Verfahrens nach § 99 Absatz 5 und 6 vergeben werden.</i></p>	
<p><i>(2) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium der Finanzen die Gebühren nach Absatz 1 Satz 1 sowie die mit einer Frequenzzuteilung im Sachzusammenhang stehenden Gebühren durch eine Besondere Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung nach Satz 2, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.</i></p>	
<p><i>(3) Die Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Nummern können in einer Besonderen Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes abweichend von § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes so bestimmt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung der Nummern sicherstellen.</i></p>	
<p><i>(4) Die Wegebauasträger können in ihrem Zuständigkeitsbereich Regelungen erlassen, nach denen lediglich die Verwaltungskosten abdeckende Gebühren und Auslagen für die Erteilung von Zustimmungsbescheiden nach § 126 Absatz 1 zur Nutzung öffentlicher Wege erhoben werden können. Eine Pauschalierung ist zulässig.“</i></p>	
<p>2. § 223 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p><i>„(3) In die nach Absatz 1 abzugeltenden Kosten sind solche nicht einzubeziehen, für die bereits die nachstehenden Gebühren oder Beiträge nach den genannten Vorschriften in der jeweils</i></p>	

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
<i>gültigen Fassung und nach den auf diesen Vorschriften beruhenden Rechtsverordnungen erhoben werden:</i>	
1. <i>eine Gebühr nach § 222,</i>	
2. <i>Gebühren nach der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes,</i>	
3. <i>Beiträge nach § 31 des Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetzes oder</i>	
4. <i>Beiträge nach § 35 des Funkanlagen-gesetzes.“</i>	
	Artikel 58
	Änderung des Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts
	Artikel 6 des Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle] wird aufgehoben.
	Artikel 59
	Änderung des Telekommunikationsgesetzes
	Das Telekommunikationsgesetz vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle von Artikel 1 dieses Gesetzes] wird wie folgt geändert:
	1. § 170 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Nummer 6 werden die Wörter „§§ 6, 12 und 14 des BND-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 19, 24, 26, 32 und 33 des BND-Gesetzes“ ersetzt.
	b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „§ 8 Absatz 1 Satz 1 des BND-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 25 Absatz 1 Satz 1 des BND-Gesetzes“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 9. Ausschusses
	2. In § 182 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§§ 6, 12 und 14 des BND-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 19, 24, 26, 32 und 33 des BND-Gesetzes“ ersetzt.“
Artikel 57	Artikel 60
Überprüfung der Auswirkungen von Artikel 14	Überprüfung der Auswirkungen von Artikel 15
Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales berichtet im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2021, welche Auswirkungen sich nach dem durch Artikel 58 Absatz 1 ergebenden Inkrafttreten der Änderung von § 2 Nummer 15 der Betriebskostenverordnung auf die Höhe der Bedarfe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Dritten und Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie den fürsorgerischen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz ergeben.	Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales berichtet im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2021, welche Auswirkungen sich nach dem durch Artikel 61 Absatz 1 ergebenden Inkrafttreten der Änderung von § 2 Nummer 15 der Betriebskostenverordnung auf die Höhe der Bedarfe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Dritten und Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie den fürsorgerischen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz ergeben.
Artikel 58	Artikel 61
Inkrafttreten, Außerkrafttreten	Inkrafttreten, Außerkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich <i>des Absatzes 2</i> am ... <i>[einsetzen: Datum des ersten Tages des dritten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats]</i> in Kraft. Gleichzeitig tritt das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Februar 2020 (BGBl. I S. 146) geändert worden ist, außer Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Dezember 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448) geändert worden ist, außer Kraft.
(2) Artikel 56 tritt am <i>1. Oktober 2021</i> in Kraft.	(2) Artikel 58 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
	(3) Artikel 4 Nummer 4 und Artikel 59 treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung auf **Drucksache 19/26108** wurde in der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich gutachtlich beteiligt.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf **Drucksache 19/26964** wurde gemäß § 80 Absatz 3 GO-BT am 26. Februar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/26117** wurde in der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/26531** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Februar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Antrag auf **Drucksache 19/26532** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Februar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe e

Der Antrag auf **Drucksache 19/26533** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Februar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Mit dem Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 wird das Telekommunikationsgesetz umfassend überarbeitet und neu gefasst. Die Schwerpunkte der Novelle liegen in den folgenden Maßnahmen:

- Implementierung umfassender neuer Begriffsbestimmungen, insbesondere grundsätzliche Erweiterung des Anwendungsbereichs auf weitere Diensteanbieter;
- Schaffung von regulatorischen Anreizen für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität;
- Neuregelung der Marktregulierung, u. a. Regulierungsfreistellung für Ko-Investitions- und Kooperationsmodelle und Einführung einer symmetrischen Regulierung;
- Verbesserung der Informationen über telekommunikationsrelevante Infrastrukturen;
- Modernisierung der Frequenzverwaltung;
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität;
- Stärkung der Mitnutzungsrechte, auch für den Ausbau von Mobilfunknetzen;
- Stabilisierung der Verbraucherrechte auf einem insgesamt hohen Niveau mit verbesserten Kundenrechten in bestimmten Fällen;
- Stärkung der Durchsetzbarkeit von Vorgaben zur staatlichen Förderung von Telekommunikationsnetzen, einschließlich der Einführung von Regelungen zum offenen Netzzugang und zur Verbindlichkeit von Markterkundungsverfahren;
- Modernisierung des Universaldienstes, einschließlich der Verankerung eines Rechts des Einzelnen auf angemessene Versorgung mit Telekommunikationsdiensten;
- Anpassung der Verpflichtungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit an veränderte Bedürfnisse und technische Entwicklungen;
- Integration und Anpassung an den veränderten Bedarf der Nachfrager der den Bereich Telekommunikation betreffenden Vorschriften des Gesetzes zur Sicherstellung von Postdienstleistungen und Telekommunikationsdiensten (PTSG);
- Neuregelung organisatorischer und verfahrensrechtlicher Fragen der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn (Bundesnetzagentur – BNetzA);
- Überarbeitung des Bußgeldregimes.

In weiteren Artikeln werden notwendige Folgeänderungen in anderen Gesetzen umgesetzt.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag auf Drucksache 19/26117 stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, alle Bürgerinnen und Bürger sollten von den Möglichkeiten der digitalen Transformation profitieren können. Dafür müssten neben dem schnellstmöglichen Ausbau der Mobilfunknetze auch die kabelgebundenen Breitbandnetze vorangebracht werden. Aus diesem und weiteren Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf:

- im Rahmen der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes die Vorgaben für Netzinfrastruktur von Gebäuden (aktuell § 77k TKG) derart zu überarbeiten, dass für Neubauten und Gebäude, die umfangreich renoviert werden, gebäudeintern passive Netzinfrastrukturen, die Datendienste mit Geschwindigkeiten von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde ermöglichen, vorzuschreiben, und
- die Umlagefähigkeit der Kosten des Betriebs von Breitbandnetzen nach § 2 Nr. 15b Betriebskostenverordnung (BetrKV) so zu anzupassen, dass zukünftig ausschließlich die Kosten für Endbenutzeranschlüsse mit Geschwindigkeiten von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde als Betriebskosten gelten.

Zu Buchstabe c

Die den Antrag auf Drucksache 19/26531 stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt dar, das zu verabschiedende Gesetz könne zukunftsweisende Regelungen im Bereich digitale Infrastruktur festsetzen. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder Distanzunterricht – flächendeckend schnelles Internet sei die Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine zukunftsfähige Infrastruktur im Festnetz- und Mobilfunkbereich gehöre zur staatlichen Daseinsvorsorge.

Aus diesem und anderen Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) anzupassen und dabei insbesondere

- einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss festzuschreiben, mit einer Übertragungsrate, wie sie an der Mehrzahl der deutschen Internetanschlüsse bereits heute genutzt wird;
- nach § 77 TKModG-E die zentrale Informationsstelle des Bundes in die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur festlegen;
- nach § 104 (2) TKModG-E eine Diensteanbieterverpflichtung als mögliche „geeignete Maßnahme“ zur Beurteilung der Wettbewerbsverhältnisse durch die Bundesnetzagentur im Gesetzestext festzulegen und anzuwenden.

Zu Buchstabe d

Die den Antrag auf Drucksache 19/26532 stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, im Sinne eines starken Verbraucherschutzes, der Wahlmöglichkeiten für die Nutzerinnen und Nutzer, günstigere und flexiblere Vertragsmodelle und einen fairen Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt ins Zentrum stellt, solle das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz daher an den entsprechenden Stellen überarbeitet werden. Deshalb solle der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) angepasst werden und dabei insbesondere

1. nach § 56 (1) die anfängliche Laufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher oder einer Verbraucherin und einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste auf maximal 12 Monate zu begrenzen;
2. nach § 56 (3) festzusetzen, dass der Verbraucher oder die Verbraucherin weiterhin monatlich vom Anbieter darüber informiert werden muss, zu welchem Zeitpunkt ein laufender Vertrag gekündigt werden kann;
3. nach § 57 (4) die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Bandbreiten sicherzustellen, indem im Falle von erheblichen, kontinuierlichen oder regelmäßig wiederkehrenden Abweichungen bei der Übertragungsgeschwindigkeit oder bei anderen Dienstqualitätsparametern von der vertraglich vom Anbieter zugesicherten Leistung
 - a. den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein einfach und niedrigschwellig durchsetzbarer Schadensersatzanspruch in Höhe von fünf Euro pro nachgewiesenem Messtag pauschalisiert gewährt sowie ein Sonderkündigungsrecht bzw. ein Recht auf Tarifierpassung eingeräumt wird und
 - b. Minderung und Entschädigung im Falle von Bündelungsverträgen nicht nur auf einzelne Vertragsteile beschränkt wird und
 - c. hierfür ein einfaches, unbürokratisches Verfahren für die Inanspruchnahme von Entschädigungsleistungen durch die Bundesnetzagentur vorgegeben wird und
 - d. die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur erweitert werden und sie umsatzbezogene Bußgelder von bis zu 4 Prozent des in Deutschland im betreffenden Geschäftsbereich erzielten Jahresumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr verhängen kann;
4. nach § 58 die Regelungen zur Entstörung bei öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten auch auf zeitweise Ausfälle oder Aussetzer auszuweiten;

5. klarzustellen, dass die Entschädigungsregelung in § 58 (2), nach der die Entschädigung an den betroffenen Verbraucher oder die Verbraucherin ausgezahlt wird, die höher ist, auch auf die Entschädigungsregelungen in § 58 (3) (Technikertermin zur Behebung von Störungen) und § 59 (3) (Anbieterwechsel) anzuwenden ist;
6. in § 66 (3)
 - a. festzulegen, dass der Anbieter, wenn er die Dazubuchung zusätzlicher Dienste oder Endgeräte an eine Laufzeitverlängerung des Vertrages knüpft, explizit auf die Laufzeitverlängerung des Vertrages hinweisen muss und
 - b. klarzustellen, dass auch hier die ausdrückliche Bestätigung des Verbrauchers oder der Verbraucherin für die Laufzeitverlängerung des Vertrages in Textform einholen muss.

Zu Buchstabe e

Die den Antrag auf Drucksache 19/26533 stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schickt voraus, die Bundesregierung plane weitreichende Änderungen sicherheitsrechtlicher Regelungen, die jedoch nicht auf den Entwurf des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes beschränkt seien. Die Bundesregierung habe es geschafft, in einer ganzen Reihe verschiedener Gesetzesinitiativen, von denen zum heutigen Zeitpunkt niemand mit Gewissheit absehen kann, ob, wann und in welcher konkreten Form sie tatsächlich verabschiedet würden, eine Vielzahl korrespondierender oder nicht korrespondierender Änderungen im sicherheitsrechtlichen Bereich vorzunehmen, dass es selbst mit der Materie Vertrauten kaum mehr möglich sei, einen Überblick zu wahren. So sollen die Abschnitte Fernmeldegeheimnis und Datenschutz nach dem Willen der Bundesregierung in Gänze aus dem TKG gestrichen werden, um sie künftig in einem gesonderten Gesetz, dem Telekommunikation-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) zu regeln.

Angesichts der Pläne der Bundesregierung fordert die Fraktion, den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz) anzupassen und unter anderem

1. umgehend das angekündigte, jedoch bislang nicht im Bundeskabinett verabschiedete Telekommunikations-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) vorzulegen und sicherzustellen, dass Bürgerrechte im Allgemeinen und die informationelle Selbstbestimmung im Besonderen im sicherheitsrechtlichen Gefüge gewahrt werden;
2. sicherzustellen, dass das neu zu normierende Telekommunikations-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) umfassende Datenschutzvorschriften beinhaltet und zeitgleich mit dem Telekommunikationsmodernisierungsgesetz in Kraft tritt, um eine Schutzlücke und die Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Fernmeldegeheimnisses zu verhindern;
3. im Falle einer Verzögerung des Telekommunikations-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) die aus dem TKG gestrichenen Abschnitte 1 und 2 des Teils 7 (Fernmeldegeheimnis und Datenschutz) wieder kurzfristig im TKMoG einzubeziehen – und darüber hinaus das nationale TKRecht an die EU-DSGVO anzupassen;
4. sicherzustellen, dass der Bundesbeauftragte für den Datenschutz eine umfassende die Zuständigkeit für die datenschutzrechtliche Aufsicht über die Telekommunikationsunternehmen hat und entsprechende Zuständigkeitsnormen in das TKMoG oder in das Telekommunikations-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) aufzunehmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 96. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 110. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 91. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 79. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Im Rahmen seines Auftrags zur Überprüfung von Gesetzentwürfen und Verordnungen der Bundesregierung auf Vereinbarkeit mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** gemäß Einsetzungsantrag (Drucksache 19/1837) in seiner 68. Sitzung am 10. Februar 2021 mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz, Drucksache 19/26108) befasst.

Folgende Aussagen zur Nachhaltigkeit wurden in der Begründung des Gesetzentwurfs getroffen:

„Das Regelungsvorhaben steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dient.

Der Entwurf steht insbesondere mit den in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschriebenen Prinzipien für nachhaltige Entwicklung Nr. 4 „Nachhaltiges Wirtschaften stärken“ und Nr. 6 „Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen“ sowie den UN-Nachhaltigkeitszielen SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und SDG 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) im Einklang.

Das Gesetzesvorhaben ist vereinbar mit SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum). Der Entwurf bezweckt durch verschiedene Mechanismen u. a. den Wettbewerb im Telekommunikationssektor weiter zu fördern, beispielsweise durch Neuregelungen für den Umgang mit Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, Verlängerung der Marktüberprüfungsperiode sowie Erweiterungen der Befugnisse der Bundesnetzagentur. Der Wettbewerb kann auch durch Neuregelungen zur Stärkung der Rechte von Endnutzern gefördert werden.

Ein funktionierender Wettbewerb kann zum Wirtschaftswachstum (Unterziel 8.1 der UN Indikatoren) und zur Erreichung der Ziele im Bereich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Indikator 8.4 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie) beitragen. Ferner soll das novellierte Telekommunikationsgesetz durch verschiedene Regelungen investitionsfreundliche regulatorische Anreizmechanismen schaffen, wodurch das Regelungsvorhaben dazu beitragen kann, im betroffenen Sektor ein attraktives, stabiles und sicheres Investitionsumfeld zu schaffen, was wiederum zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum im Sinne von SDG 8 beitragen kann.

Ein erhöhter Wettbewerb kann sich wiederum positiv auf die Innovationsfähigkeit des Telekommunikationssektors auswirken. Daher kann das Gesetzesvorhaben zu einer Förderung von Innovation im Sinne von SDG 9 beitragen. Ferner wird im gesamten Telekommunikationsgesetz der Fokus auf die Förderung des Ausbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität gelegt. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur den aktuellen Bedarf an Datenkapazität fassen können, sondern auch zukünftige Bedarfe im Zuge des digitalen Wandels abdecken können. Der Entwurf schafft damit die Basis für die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie in Bezug auf Innovation und Digitalisierung insgesamt. Auch dadurch trägt der Entwurf zur Erreichung der Ziele im Bereich Innovation (SDG 9 und insbesondere Unterziel 9.1 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie) bei. Darüber hinaus trägt das Regelungsvorhaben bei, die flächendeckende Versorgung mit Telekommunikationsdiensten zu erreichen, mithin zur Erreichung der Ziele im Bereich des Aufbaus einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur (Unterziel 9.1 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie). Behinderungen etwaiger Nachhaltigkeitsziele durch das Regelungsvorhaben wurden nicht festgestellt.“

Formale Bewertung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung:

Eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs ist gegeben. Der Bezug zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergibt sich hinsichtlich folgender Leitprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, Sustainable Development Goals (SDGs), Indikatorenbereiche und Indikatoren:

- Leitprinzip 4 – Nachhaltiges Wirtschaften stärken,
- Leitprinzip 6 – Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen,
- SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum,
- SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur,
- Indikator 8.4 – Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: BIP je Einwohner.

Die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung ist nachvollziehbar und plausibel.

Eine Prüfbitte ist daher nicht erforderlich.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/26117 in seiner 77. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/26117 in seiner 79. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/26531 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/26531 in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/26531 in seiner 110. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/26531 in seiner 79. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen

der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/26532 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/26532 in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/26532 in seiner 110. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/26532 in seiner 79. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe e

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/26533 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/26533 in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/26533 in seiner 110. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/26533 in seiner 79. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Zu den Buchstaben a, b, c, d und e

Zu der öffentlichen Anhörung, die in der 108. Sitzung am 1. März 2021 stattfand, haben die Sachverständigen schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Zusammenstellung auf Ausschussdrucksache 19(9)984 enthalten sind.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Teil 1:

Wirtschaftspolitische und marktregulatorische Aspekte zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts

- Marktregulierung
- Kundenschutz
- Nummerierung
- Nebenkostenprivileg / Umlagefähigkeit der Betriebskosten

Jürgen Grützner, Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V. (VATM)

Wolfgang Kopf, Deutsche Telekom AG, Leiter Zentralbereich Politik und Regulierung (Deutsche Telekom)

Prof. Dr. rer. pol. Torsten J. Gerpott, Universität Duisburg-Essen (Uni-DUE)

Christoph Heil, Gewerkschaftssekretär Branche und Mitbestimmung im Fachbereich ver.di TK/IT (ver.di)

Prof. Dr. Thomas Fetzer, LL.M., Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Regulierungsrecht und Steuerrecht an der Universität Mannheim (Uni Mannheim)

Prof. Dr. Justus Haucap, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)

Peer Heinlein, Heinlein Support GmbH (mailbox.org)

Lina Ehrig, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (VZBV)

Prof. Ulrich Kelber, Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Bundesdatenschutzbeauftragter)

Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesnetzagentur Vizepräsident

Simon Japs, Deutscher Städtetag

Dr. Klaus Ritgen, Deutscher Landkreistag

Ralph Sonnenschein, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Teil 2:

Infrastrukturelle und frequenzpolitische Aspekte zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts

- Ausbau digitaler Infrastruktur (Informationen; Wegerechte und Mitnutzung)
- Frequenzordnung
- Universaldienst/Recht auf schnelles Internet

Tim Brauckmüller, atene KOM GmbH, Geschäftsführender Gesellschafter (atene KOM)

Dr. Bernd Sörries, WIK-Consult GmbH, Direktor, Abteilungsleiter Regulierung und Wettbewerb (WIK-Consult)

Prof. Dr. Matthias Cornils, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Medienrecht, Kulturrecht, Öffentliches Recht (JGU)

Prof. Dr. Thomas Fetzer, LL.M., Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Regulierungsrecht und Steuerrecht an der Universität Mannheim (Uni Mannheim)

Sven Knapp, BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. (BREKO)

Jürgen Grützner, Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V. (VATM)

Frank Rieger, Chaos Computer Club e.V. (CCC)

Lina Ehrig, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (VZBV)

Prof. Ulrich Kelber, Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Bundesdatenschutzbeauftragter)

Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesnetzagentur Vizepräsident

Simon Japs, Deutscher Städtetag

Dr. Klaus Ritgen, Deutscher Landkreistag

Ralph Sonnenschein, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Protokoll sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

V. Petitionen

Zu Buchstabe a

Dem Ausschuss lagen sieben Petitionen vor, zu denen der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)992:

Mit der Petition wird eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes in dem Sinne gefordert, bei einem Umzug ein Sonderkündigungsrecht einzuräumen.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)996:

Mit der Petition wird gefordert, die Kosten für den Transfer einer Mobilfunknummer zu einem anderen Provider zu verbieten oder auf ein Minimum von maximal 2,00 Euro zu deckeln sowie den Prozess erheblich zu vereinfachen.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)997:

Mit der Petition wird gefordert, eine zuverlässige 24-stündige Verfügbarkeit des Internets sowie verpflichtenden Schadensersatz bei Netzausfällen bei mehr als einer Stunde gesetzlich zu garantieren. Zudem sollen die Netzbetreiber verpflichtet werden, die Kundinnen und Kunden bei Störungen unverzüglich zu informieren.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)1004:

Mit der Petition wird gefordert, dass § 68 Absatz 1 Satz 2 und § 76 des TKG bezüglich der Beeinträchtigung von Gebäuden und Grundstücken geändert werden.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)1005:

Mit der Petition soll zur Stärkung der Verbraucher erreicht werden, dass es bei nicht vertragsmäßiger Internetgeschwindigkeit gesetzliche Minderungs-, Tarifwechsel- und Sonderkündigungsrechte geben soll. Außerdem sollten Anbieter stärker dafür haften, wenn ihre Vertriebsmitarbeiter falsche Versprechen zur Internetgeschwindigkeit machen und Verträge verkaufen, die gar nicht eingehalten werden können.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)1007:

In der Petition beschwert sich der Petent über die unzureichende Versorgung mit Internetanschlüssen für Homeoffice und digitales Lernen.

Petition auf Ausschussdrucksache 19(9)1026:

Mit der Petition soll eine Einführung einer gesetzlichen Vorgabe zur Interoperabilität von Internet Messengerdiensten erreicht werden, so dass eine Kommunikation zwischen verschiedenen Messengern möglich wird (Vergleich: E-Mail oder SMS).

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 115. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten. Die Petitionen wurden in den Beratungsprozess zu den Vorlagen einbezogen.

VI. Abgelehnte Anträge

Der folgende, von der Fraktion der FDP eingebrachte Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 19(9)1014 fand im Ausschuss für Wirtschaft und Energie keine Mehrheit:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Ausschussdrucksache 19(9)1014

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Artikel 1 § 108 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

“Wer gegenüber Endnutzern

- 1. Premium-Dienste,*
- 2. Auskunftsdienste,*
- 3. Massenverkehrsdienste,*
- 4. Service-Dienste,*
- 5. Kurzwahldienste oder*
- 6. Dienste über Nationale Teilnehmerrufnummern*

anbietet oder dafür wirbt, hat dabei den für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Höchstpreis nach § 109 Absatz 1 bis 5 zeitabhängig je Minute oder zeitunabhängig je Inanspruchnahme einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile anzugeben. Bei nach § 122 Absatz 7 Satz 1 festgelegten Preisen ist dieser Preis anzugeben. Besteht einheitlich netzübergreifend bei sämtlichen Anbietern ein niedrigerer Preis als der Höchstpreis, darf auch dieser angegeben werden.“

2. Artikel 1 § 111 Abs. 5 wird wie folgt gefasst:

“Preise für Anrufe bei Nationalen Teilnehmerrufnummern dürfen nur erhoben werden, wenn sie höchstens 0,14 Euro pro Minute betragen, soweit nach Absatz 6 keine abweichenden Preise erhoben werden können. Die Abrechnung darf höchstens im 60-Sekunden-Takt erfolgen.“

Begründung

Mit dem vorliegenden Entwurf verfolgt die Bundesregierung u. a. das Ziel, zum Schutz der Verbraucher für Persönliche Rufnummern einen Höchstpreis in Höhe von 0,14 Euro pro Minute festzusetzen. Dieser Höchstpreis entspricht dem für gewerbliche Mehrwert-Dienste mit der Vorwahl 0180. Bislang sind Anrufe auf Persönliche Rufnummern („0700er-Nummern“) nicht gesondert reguliert.

Zwar ist eine Regulierung der Anrufe auf Persönliche Rufnummern nicht grundsätzlich abzulehnen. Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Höchstpreis verfehlt jedoch das angestrebte Ziel, den Schutz der Verbraucher zu verbessern. Die Interessengemeinschaft der Besitzer von 0700-Rufnummern weist zu Recht darauf hin, dass dieser Höchstpreis grundsätzlich und teilweise deutlich über den jetzigen Preisen des marktbeherrschenden Festnetz-Telekommunikationsanbieters liegt. Auch stellt der Gesetzgeber damit die von ihm selbst initiierte Persönliche Rufnummer, die vorwiegend Privatpersonen und Selbstständige nutzen, auf eine tarifliche Ebene mit gewerblichen 0180-Rufnummern. Diese Nummer nutzen vor allem große Call-Center und werden dabei nicht selten an den Minutenpreisen beteiligt. Hingegen erhalten die 0700-Rufnummerninhaber in aller Regel keine Vergütungen.

Es ist davon auszugehen, dass sämtliche Anbieter diese Preisobergrenze in vollem Umfang ausschöpfen werden, wie es zum Beispiel auch bei den Preisobergrenzen für EU-Roaming und der Rufnummernportabilität der Fall ist.

Preiserhöhungen für Endnutzer beim Anruf auf eine Persönliche Rufnummer sind unangemessen. Durch die fortschreitende Digitalisierung der Telekommunikation, insbesondere die Einführung von IP-Telefonie, ist der Aufwand für diese Rufnummern seit langer Zeit gesunken. Selbst wenn Mehrkosten zu berücksichtigen wären, muss dies auf Seite der Nummernbesitzer erfolgen, nicht über die Endnutzer. Persönliche Rufnummern sind in erster Linie ein Service für die Rufnummernbesitzer, nicht die Anrufernden.

Der Vorschlag der Bundesregierung sollte daher zwischen gewerblichen Mehrwert-Diensten und der Persönlichen Rufnummer klar differenzieren. Insbesondere sollte darauf hingewirkt werden, Verbindungspreise an das allgemein gesunkene Preisniveau der Festnetz- oder Mobiltelefonie anzugleichen. Entfallen sollten außerdem die antiquierte Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenzeit bei Anrufen auf Persönliche Rufnummern.

Die Pflicht zur Preisangabe nach § 109 schafft für die Nutzer Persönlicher Rufnummern zusätzliche Bürokratie. Die Begründung, eine solche Nummer berge Missbrauchspotential, ist laut Bundesnetzagentur nicht belegt. Deshalb sollte die Preisangabeverpflichtung entfallen.

Der folgende, von der Fraktion der FDP eingebrachte Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 19(9)1015 fand im Ausschuss für Wirtschaft und Energie keine Mehrheit:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Ausschussdrucksache 19(9)1015

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 § 156 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

“Mindestens verfügbar sein müssen Sprachkommunikationsdienste, ein schneller Internetzugangsdienst für eine angemessene soziale und wirtschaftliche Teilhabe im Sinne des Absatzes 3, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort sowie die Verfügbarkeit mindestens eines von der Bundesnetzagentur gebilligten gedruckten oder digital angebotenen öffentlichen Teilnehmerverzeichnisses, das dem allgemeinen Bedarf entspricht und regelmäßig aktualisiert wird.“

Begründung

Der Entwurf der Bundesregierung sieht die ersatzlose Streichung der Universaldienstleistung des § 78 Abs. 2 Nr. 3 TKG, der augenblicklich die Verfügbarkeit mindestens eines gedruckten Endnutzerverzeichnisses vorsieht, aus dem Katalog der Universaldienstleistungen vor. Damit werden nicht nur die gedruckten Teilnehmerverzeichnisse, sondern Teilnehmerverzeichnisse insgesamt als Universaldienstleistung gestrichen. Kostenfreie, barrierefreie Teilnehmerverzeichnisse sind allerdings nach wie vor für viele Private, aber auch Gewerbetreibende als Teil der wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe zwingend notwendig und nicht durch digitale Suchmaschinen ersetzbar.

Es ist richtig, dass die Bedeutung gedruckter Teilnehmerverzeichnisse seit einigen Jahren abgenommen hat, gleichzeitig aber durch die Nutzung digitaler Verzeichnisse ergänzt und substituiert wurde. Nach wie sind zudem viele Menschen aufgrund digitaler Unterversorgung primär auf die Nutzung gedruckter Teilnehmerverzeichnisse angewiesen. Der Hinweis der Bundesregierung auf die allgemeine technische Entwicklung geht daher fehl.

Nicht zu vernachlässigen ist die Auswirkung auf viele kleine und mittelständische Unternehmen, die auf Teilnehmerverzeichnisse als Werbe- und Kontaktforum für ihre Kundinnen und Kunden weiterhin angewiesen sind. Profitieren würden von der Neuregelung hingegen große internationale, weitgehend unregulierte Plattformunternehmen, die schon heute über einen enormen Datenbestand verfügen und künftig ihren Marktanteil bei der Bereitstellung von Kontaktinformationen weiter ausbauen dürften.

Die vorgesehene Streichung ist nicht nur in der Sache schädlich, sondern europarechtlich keineswegs erforderlich. Artikel 87 der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation erlaubt den Mitgliedstaaten, zusätzliche Universaldienstleistungen über Artikel 84 hinaus festzuschreiben, wenn diese Verpflichtungen bereits vor dem 20. Dezember 2018 in Kraft waren. Der Marktanteil der Suchmaschine Google in Deutschland, der auch bei der sog. lokalen Suche mittlerweile als marktbeherrschend anzusehen ist, dürfte zudem die von Art. 87 erwähnten besonderen Umstände erfüllen.

Vor diesem Hintergrund ist es angemessen, im Rahmen des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes die Verfügbarkeit mindestens eines gedruckten oder digital angebotenen öffentlichen Teilnehmerverzeichnisses als Universaldienstleistung weiterhin festzuschreiben. Eine solche alternative Bereitstellung vermeidet zudem im Falle eines Marktversagens für gedruckte Teilnehmerverzeichnisse einen Eingriff des Bundes.

Der folgende, von der Fraktion der FDP eingebrachte Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 19(9)1016 fand im Ausschuss für Wirtschaft und Energie keine Mehrheit:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Ausschussdrucksache 19(9)1016

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 § 56 wird wie folgt gefasst:

“Die anfängliche Laufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher und einem Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste, der nicht nur nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste oder Übertragungsdienste für die Bereitstellung von Diensten der Maschine-Maschine-Kommunikation zum Gegenstand hat, darf 24 Monate nicht überschreiten. Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten sind verpflichtet, einem Teilnehmer zu ermöglichen, einen Vertrag mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten abzuschließen.“

Begründung

Der Entwurf der Bundesregierung sieht vor, dass Telekommunikationsdienstleister wie bereits im bestehenden Telekommunikationsgesetz mit ihren Kunden einen Vertrag von einer maximalen Mindestlaufzeit von 24 Monaten schließen können. Darüber hinaus ist im bestehenden Telekommunikationsgesetz geregelt, dass Telekommunikationsdienstleister verpflichtet sind, einem Teilnehmer zu ermöglichen, einen Vertrag mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten abzuschließen.

Neu im Gesetzesentwurf ist hingegen die Vorgabe, dass Anbieter ihren Kunden unaufgefordert einen Vertrag über die gleiche Telekommunikationsdienstleistung mit einer Höchstlaufzeit von 12 Monaten anbieten müssen, der den Preis mit einer längeren Laufzeit um nicht mehr als 25 Prozent im Monatsdurchschnitt übersteigt. Versäumt der Anbieter, dem Kunden unaufgefordert ein solches Angebot zu machen, sind Verträge mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten unwirksam.

Diese Neuregelung ist abzulehnen, da es sich dabei um einen schweren Eingriff in die Vertragsgestaltungsfreiheit der Anbieter handelt, der ordnungspolitisch nicht angemessen ist. Es besteht kein Anspruch auf bestimmte Vertragslaufzeiten zu vom Staat festgelegten Konditionen. In der Gesetzesbegründung findet sich keine weitere Begründung für diesen Eingriff. Auch auf dem Markt fehlen Indikatoren, die einen entsprechenden Eingriff rechtfertigen würden. Bereits heute gibt es eine Vielzahl von Verträgen mit einer Laufzeit von weniger als 24 Monaten, die mit den Verträgen über 24 Monate Laufzeit in Konkurrenz stehen.

Unabhängig davon ist die Festlegung, dass Verträge mit einer Höchstlaufzeit von 12 Monaten den Preis einer längeren Laufzeit um nicht mehr als 25 Prozent übersteigen dürfen, nicht nachvollziehbar und wird ebenfalls in der Gesetzesbegründung nicht weiter ausgeführt.

Dementsprechend sollte der Gesetzesentwurf der Bundesregierung sich wie im bereits bestehenden Telekommunikationsgesetz darauf beschränken, dass Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten verpflichtet sind, einem Teilnehmer zu ermöglichen, einen Vertrag mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten abzuschließen.

Der folgende, von der Fraktion der FDP eingebrachte Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 19(9)1049 fand im Ausschuss für Wirtschaft und Energie keine Mehrheit:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Ausschussdrucksache 19(9)1049.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Bundestag wolle beschließen:

Buchstabe a

Artikel 1 § 80 ist wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort "vierundzwanzig" durch das Wort "zwölf" ersetzt.

2. In Absatz 2 werden die Wörter "in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens" gestrichen.

3. In Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt gefasst:

"Die nach Absatz 1 zu erhebenden Informationen umfassen geografische Standortkoordinaten, die eingesetzte Mobilfunktechnologie sowie Angaben zur zu erwartenden qualitativen Netzabdeckung."

Begründung:

Der Stellungnahme des Bundesrates Drs. 29/21 (Beschluss) sollte gefolgt werden. Meldungen zum geplanten Netzausbau sind für die Unternehmen gemeinhin kaum mit einem Zeithorizont von zwei Jahren zu leisten. Die Verhältnismäßigkeit einer solchen Regelung ist zu bezweifeln. Ebenso impliziert der Gesetzentwurf, Erhebungen durch die Zentrale Informationsstelle mit einem Abstand von weniger als einem halben Jahr seien angemessen. Die Länder weisen jedoch darauf hin, dass derartige Abstände häufig keinen deutlichen Informationsgewinn versprechen. Der mit einer häufigeren Erhebung verbundene Aufwand steht also in keinem Verhältnis zum erwartbaren Nutzen.

Im Gegenzug soll dem Vorschlag der Länder gefolgt werden, weitere wichtige Informationen zu erheben.

Buchstabe b

1. Artikel 1 § 83 wird gestrichen.

2. Die bisherigen §§ 84-229 werden zu §§ 83-228

Begründung:

Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme Drs. 29/21 (Beschluss) richtigerweise festgestellt hat, wird mit § 83 ein zusätzliches, dem Markterkundungsverfahren ähnliches Verfahren neu geschaffen, welches allerdings keinen erkennbaren Mehrwert erwarten lässt. Im Gegenteil steht zu befürchten, dass trotz des bürokratischen Aufwands die Meldepolitik der Unternehmen taktischen Erwägungen folgen würde. So entstünde ein verfälschtes Bild der Ausbauplanung, das nicht zuletzt Förderverfahren erschweren könnte.

Buchstabe c

In Artikel 1 § 99 Abs. 5 ist folgender Satz anzufügen:

"Im Versteigerungsverfahren kann vorgesehen werden, dass die Mobilfunkabdeckung von Gebieten, die auch nach Erfüllung sämtlicher Frequenznutzungsbestimmungen nicht abgedeckt werden, ein Förderverfahren angeschlossen wird, bei dem der Zuschlag denjenigen Bietern erteilt wird, die sich für den geringsten Förderbetrag zur Gewährleistung der Abdeckung zu zuvor zu bestimmenden Bedingungen verpflichten."

Begründung:

Im Gesetzentwurf ist die Möglichkeit einer Negativ-Auktion zur Abdeckung der weißen Flecken, die auch nach der Erfüllung von Versorgungsaufträgen absehbar verbleiben werden, nicht vorgesehen. Ein solches Verfahren soll direkt im Anschluss an ein Versteigerungsverfahren durchgeführt werden können, um schnellstmöglich eine vollständige Abdeckung des Bundesgebiets zu erreichen.

Buchstabe d

In Artikel 1 § 220 Abs. 1 Nr. 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Zahlungsregelungen für Gebühren für die Nutzungsrechte für Funkfrequenzen sollen dabei mit der tatsächlichen Verfügbarkeit für die Nutzung der Funkfrequenzen in Verbindung stehen."

Begründung:

Die Möglichkeit, die Fälligkeit von Zahlungen für die Frequenzzuteilung an deren tatsächliche Verfügbarkeit zu knüpfen, wie dies in Art. 42 des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation vorgesehen ist, ist im Gesetzentwurf nicht klar ersichtlich. Dies soll hiermit geändert werden.

VII. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in seiner 115. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD brachten auf Ausschussdrucksache 19(9)1051 einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 ein.

Die Fraktion der FDP brachte auf den Ausschussdrucksachen 19(9)1014, 19(9)1015 und 19(9)1016 drei Änderungsanträge zum Gesetzentwurf auf Drucksache 19/26108 ein.

Die Fraktion der FDP brachte auf Ausschussdrucksache 19(9)1049 einen weiteren Änderungsantrag zum Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 ein.

Zu den Buchstaben b, c, d und e

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/26117, 19/26531, 19/26532 und 19/26533 in seiner 115. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten.

Zu den Buchstaben a, b, c, d und e

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, die Novelle des Telekommunikationsgesetzes sei ein wesentlicher Baustein, um Deutschland mit einer funktionierenden, zukunftsweisenden digitalen Infrastruktur zu versorgen. Der Regierungsentwurf sei trotz des umfangreichen parlamentarischen Verfahrens tiefgründig behandelt worden. Das parlamentarische Verfahren habe den Regierungsentwurf deutlich verbessert. Der Glasfaserausbau im Wohnungsbereich werde durch den Umbau des Nebenkostenprivilegs vorangetrieben. Die befristete Umlagefähigkeit der Investitionen in ein Inhouse-Netz mit Glasfaser gebe gerade auf dem letzten Abschnitt einen wichtigen Impuls für den Ausbau. Zudem führe „Open Access“ zu mehr Wettbewerb und zu mehr Wahlfreiheit für die Mieterinnen und Mieter. Auch in der Marktregulierung komme der Wettbewerb zum Zuge. Im Kundenschutz sei der komplexe Kompromiss der Ministerien zu den Vertragslaufzeiten neu verhandelt worden, was zu einer deutlich besseren Lösung geführt habe. Die Regelungen zur Minderung und Entstörung seien im Interesse der Kundinnen und Kunden deutlich verschärft worden. Diese seien innerhalb von zwei Kalendertagen zu erbringen. Zudem würden persönliche Rufnummern von der Preisangabe ausgenommen. Die Maximalpreise für diese Nummernkategorie würden auf 9 Cent begrenzt, um Missbrauch zu vermeiden. Das Gesetz lege das Ausbauziel für ein flächendeckendes 4G-Netz bis 2026 fest. Bis dahin solle an allen Straßen bis hinunter zur Kreisstraße Mobilfunk vorhanden sein. Darauf werde dann das 5G-Netz aufbauen. Die Möglichkeiten für lokales Roaming seien ausgeweitet worden. Bei der Mindestversorgung über den Universaldienst werde dem Bundestag ein Mitspracherecht eingeräumt. So könne die Mindestbandbreite mit der digitalen und gesellschaftlichen Entwicklung besser mithalten. Nicht nur Download-Geschwindigkeiten, sondern auch Upload-Rate und Latenz müssten angegeben werden. Homeoffice inklusive Verschlüsselung müsse möglich sein.

Die **Fraktion der SPD** bestätigte, der vorliegende Gesetzentwurf sei ein Mammutprojekt. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. Der Glasfaserausbau bis in die Wohngebäude hinein werde beschleunigt. Das alte TV-Kabelprivileg werde durch eine auf ein modernes Glasfasernetz ausgerichtete Umlage ersetzt. Die Umlage werde in der Zeit und in der Höhe begrenzt, so dass diese durch die Mieterinnen und Mieter leistbar sei. Auch im Verbraucherschutz würden Maßstäbe gesetzt. Wenn sich Verträge automatisch verlängerten, würden diese monatlich kündbar. Darauf müsse rechtzeitig hingewiesen werden. Telefonische Vertragsberatungen würden mit erweiterten Zustimmungsanforderungen versehen, Minderungsrechte und Entstörungsansprüche gestärkt. Zur „Verglasfaserung“ des Landes gehörten auch alternative Verlegungsmethoden und vereinfachte Genehmigungsverfahren, um die knappen Baukapazitäten effektiv zu nutzen. Letztere Regelungen seien gerade von der Baupraxis gefordert worden. Bei der Frequenzvergabe sei das Ziel der flächendeckenden Versorgung aufgenommen worden. Hinzu trete die Einrichtung eines „One Stop Shops“ als Anlaufstelle für Informationen. In diesem Sinne seien auch die Änderungsanträge der Opposition zum Tragen gekommen. Im Recht auf schnelles Internet im Universaldienst sei verankert worden, dass wichtige Funktionen wie die Online-Videotelefonie und Konferenzsysteme mit zum Zuge kämen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, das zu verabschiedende Gesetz sei ein Beispiel dafür, was passiere, wenn zu viele Punkte in einem Vorhaben geregelt werden sollen. Das Gesetz werde unübersichtlich. Die Anträge der Fraktion der FDP versuchten, in das Gesetz mehr marktwirtschaftliche Aspekte hineinzubringen. Sie scheiterten daran, dass die Komplexität des Vorhabens einer vernünftigen Gesetzgebung im Wege stehe. Die Fraktion schlug vor, solche umfangreichen Vorhaben zukünftig in Einzelgesetze aufzuspalten.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass die Opposition für das Studium mehrerer Hundert Seiten mit Änderungen und Ergänzungen nur 24 Stunden Zeit gehabt habe. Zudem hätten große Konzerne, die viel Lobbyarbeit leisteten, den Gesetzentwurf mit den Änderungen zeitgleich mit den Parlamentariern erhalten. Letzteres sei inakzeptabel. Auf der anderen Seite sei zu würdigen, dass die Novelle die Verbesserungsvorschläge der FDP-Fraktion zur Infrastruktur und den Immobilien aufgegriffen habe. Dies betreffe insbesondere das Nebenkostenprivileg. In der Gesamtbetrachtung sei das Gesetz allerdings nicht so investitionsfördernd wie gewünscht. Die Ausweitung des Universaldienstes entspreche ebenfalls nicht den Auffassungen der Fraktion der FDP über einen liberalen Kommunikationsmarkt. Aus diesem Grunde werde die Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** übernahm die Kritik der Fraktion der FDP an der Lobbyarbeit von großen Konzernen. Was das Gesetzesvorhaben betreffe, so habe die Bundesregierung bereits vor Jahren 50 Mbit versprochen. Im Download-Bereich gebe sich das Gesetz mit 30 Mbit zufrieden. Auch eine Mindestbandbreite werde nicht definiert. Ein Recht auf schnelles Internet sei nicht erkennbar. Stattdessen liefere der Gesetzentwurf ein Minderungs- und Kündigungsrecht, wenn Vertragsanbieter versprochene Zusagen nicht einhielten. Das Gesetz erlaube trotz anderslautender Urteile auch weiter eine umfassende Vorratsdatenspeicherung. Daraus ergebe sich eine Ausweitung der Befugnisse der Geheimdienste, die schon weitgehend dem Wunschkatalog des Bundesinnenministers entsprächen. Die Fraktion fragte nach dem Versprechen, bis 2030 das schnelle Internet zu implementieren. Der Gesetzentwurf enthalte solch ein Versprechen nicht. Wie würden die ländlichen Regionen in den Glasfaserausbau einbezogen? Das Gesetz sage nichts dazu. Schließlich fragte sie nach der Vorratsdatenspeicherung. Es gebe Urteile, dass diese grundgesetzwidrig sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der generellen Kritik von Abgeordneten der Oppositionsfraktionen an. Das Verfahren sei anzuzweifeln. Es habe genug Zeit gegeben, das gesamte Vorhaben ausführlich zu beraten. Auch die Verbände hätten nur kurze Fristen gehabt, um Stellung zu nehmen. Der kurz vorher vorgelegte umfangreiche Änderungsantrag erschwere die Beurteilung des Vorhabens. Die Fraktion kritisierte auch, dass die Presse offenbar schon vorinformiert gewesen sei. In Bezug auf die Grundversorgung und den Rechtsanspruch stimme sie den Ausführungen der Fraktion DIE LINKE. zu. Die Maßgaben führten nicht dazu, dass es einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet gebe. Das Nebenkostenprivileg führe zu einer Abwälzung der Kosten auf die Mieterinnen und Mieter. Die Deckelung mache deutlich, dass sich die Verbände durchgesetzt hätten. Zudem erschienen die kürzeren Vertragslaufzeiten für Telefon, Internet und Handy nicht so attraktiv wie die Zweijahresverträge. Die Fraktion forderte einen pauschalierten, durchsetzbaren Schadensersatzanspruch von fünf Euro pro Tag. Das Festhalten an der Vorratsdatenspeicherung sei scharf zu kritisieren. Dies stehe im Widerspruch zu den Antworten der Bundesregierung. Warum halte die Bundesregierung trotz des Urteils des EuGH an der Vorratsdatenspeicherung fest?

Zu Buchstabe a

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 19(9)1051.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 19(9)1014.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 19(9)1015.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP die Ablehnung des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 19(9)1016.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 19(9)1049.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung auf Drucksachen 19/26108, 19/26964 in geänderter Fassung zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26117 zu empfehlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26531 zu empfehlen.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26532 zu empfehlen.

Zu Buchstabe e

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26533 zu empfehlen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Telekommunikationsgesetz)

Zu § 2 Absatz 2 Nummer 1

Der flächendeckende Ausbau ist auch für das neu in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972 aufgenommene Regulierungsziel einer Konnektivität sowie des Zugangs zu und der Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität durch alle Bürger und Unternehmen von zentraler Bedeutung. Denn für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die nationalen Regulierungsbehörden und die anderen zuständigen Behörden sowie die Interessenträger bedeutet das Konnektivitätsziel zum einen, dass Netze und Dienste mit der höchstmöglichen, wirtschaftlich nachhaltigen Kapazität in einem bestimmten Bereich angestrebt werden, und zum anderen, dass ein territorialer Zusammenhalt im Sinne einer Konvergenz der in verschiedenen Gebieten verfügbaren Kapazität verfolgt wird (Erwägungsgrund 23 Richtlinie (EU) 2018/1972). Durch die Wortwahl „Sicherstellung“ wird diese hohe Bedeutung für den „territorialen Zusammenhalt“ ebenso wie bei anderen Regulierungszielen (vgl. Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972 und § 2 Absatz 2 Nummer 2) präziser zum Ausdruck gebracht.

Zu § 2 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a

Mit der Wortwahl „sicherstellen“ wird hervorgehoben, dass Konnektivität, breite Verfügbarkeit und beschleunigter Ausbau für die Wahrung der Nutzerinteressen von gesteigerter Bedeutung sind. Im Detail bedeutet dies beispielsweise beim Mobilfunknetzausbau, dass beim Setzen der Rahmenbedingungen eine durchgehende, unterbrechungsfreie Konnektivität und eine flächendeckende Versorgung angestrebt werden sollte.

Zu § 2 Absatz 2 Nummer 4 und 5

Zur Klarstellung wird das Regulierungsziel der „effizienten und störungsfreien Nutzung von Funkfrequenzen“ in § 2 Absatz 2 Nummer 5 verortet und werden nach der Benennung des Regulierungsziels die Wörter „auch unter Berücksichtigung der Belange des Rundfunks“ eingefügt. Hierdurch wird der Wortlaut der Vorgängernorm des § 2 Absatz 2 Nummer 7 aufgegriffen. Die Berücksichtigung der Belange des Rundfunks ist verfassungsrechtlich aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz ohnehin geboten. Eine allgemeine Regelung zur Berücksichtigung der Belange des Rundfunks enthält überdies § 2 Absatz 7. Das Regulierungsziel der effizienten und störungsfreien Nutzung von Funkfrequenzen ist im Zusammenhang mit den weiteren frequenzregulatorischen Zielen gemäß § 87 zu beachten.

Bei der Streichung in § 2 Absatz 2 Nummer 4 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Aufnahme des eigenständigen Regulierungsziels der effizienten und störungsfreien Nutzung von Funkfrequenzen in § 2 Absatz 2 Nummer 5.

Zu § 8 Absatz 1

Bei der Ergänzung der Wörter „oder dessen gesetzlichen Vertreter“ in § 8 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 handelt es sich um eine Klarstellung. Die Formulierung ist an § 21 Satz 1 des Publizitätsgesetzes angelehnt.

Zu § 13 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3

Die Bundesnetzagentur soll die in § 24 Absatz 2 verankerte Gleichwertigkeit des Zugangs (nach EoI-Konzept) auch in der Regulierungsverfügung und zwar im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung der auferlegten Verpflichtung berücksichtigen.

Zu § 17 Absatz 2

Es wird klargestellt, dass die Bundesnetzagentur Verwaltungsvorschriften zu den grundsätzlichen regulatorischen Anforderungen auch im Hinblick auf sog. symmetrische Zugangsverpflichtungen nach § 22 Absatz 1 (Zugangsverpflichtungen bei Hindernissen der Replizierbarkeit) erlassen kann. Im Regierungsentwurf wurde aufgrund eines redaktionellen Versehens auf Zugangsvereinbarungen nach § 23 Bezug genommen.

Zu § 18

In § 18 Absatz 1 wird ein Satz 2 hinzugefügt. Durch diesen wird sichergestellt, dass die Bundesnetzagentur Verpflichtungszusagen, die das in § 24 Absatz 2 TKG-E enthaltene EoI-Konzept berücksichtigen, im Rahmen ihrer Ermessensprüfung in besonderer Weise würdigen kann. Darüber hinaus wird an dieser Stelle klarstellend darauf hingewiesen, dass die Bundesnetzagentur bei der Bewertung von Verpflichtungszusagen auch die Wirksamkeit früherer Verpflichtungszusagen berücksichtigen kann.

Zu § 20 Absatz 1

In § 20 Absatz 1 wird der Adressatenkreis an Artikel 60 Richtlinie (EU) 2018/1972 angepasst. Adressat sind Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze. Der im Regierungsentwurf enthaltene Begriff des „Unternehmens“ würde eine nicht vom europäischen Gesetzgeber beabsichtigte Reichweite der Norm schaffen.

Zu § 24 Absatz 2

Durch die Anpassungen wird eine noch nähere Umsetzung am Wortlaut des Artikels 70 Richtlinie (EU) 2018/1972 erreicht. Absatz 2 entspricht nunmehr Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972. Demzufolge kann die Bundesnetzagentur das Unternehmen zu einer Gleichwertigkeit des Zugangs in Form des sogenannten „Equivalence of Input“ (EoI) verpflichten. EoI stellt dabei auf die „gleichen Fristen“ und die „gleichen Bedingungen“ ab und ist damit die strengste Form der Gleichbehandlung.

Zu § 26**Zu Absatz 2**

Die Zugangsverpflichtung zu baulichen Anlagen erfährt durch die Überarbeitung eine Aufwertung. Dies entspricht dem Gedanken von Artikel 72 Richtlinie (EU) 2018/1972, der die unionsrechtliche Vorgabe der Zugangsverpflichtung zu baulichen Anlagen darstellt. Zudem sieht Artikel 73 Absatz 2 UAbs. 2 der Richtlinie (EU)

2018/1972 vor, dass die nationalen Regierungsbehörden prüfen müssen, „ob die bloße Auferlegung“ von Zugangsverpflichtungen in Bezug auf bauliche Anlagen ein verhältnismäßiges Mittel zur Förderung von Wettbewerb und der Interessen der Endnutzer wäre, wenn sie die Auferlegung von Zugangsverpflichtungen erwägen. Der europäische Gesetzgeber sieht jedoch keinen Vorrang für die Auferlegung von Zugangsverpflichtungen hinsichtlich baulicher Anlagen und keinen Nachrang für die Auferlegung anderer Zugangsverpflichtungen (z. B. zu aktiven Netzkomponenten) vor. Die Auferlegung anderer Zugangsverpflichtungen ist dementsprechend auch nicht besonders begründungsbedürftig. Einer eigenständigen Norm im nationalen Recht zur Umsetzung des Artikels 72 Richtlinie (EU) 2018/1972 bedarf es vor diesem Hintergrund nicht. Artikel 73 Absatz 2 UAbs. 2 Richtlinie (EU) 2018/1972 sieht lediglich einen qualifizierten Prüfauftrag der nationalen Regierungsbehörde vor, der durch die Ergänzung der Berücksichtigungsvorgaben in Absatz 2 in nationales Recht umgesetzt wird.

Zu Absatz 3 Nummer 4

In Nummer 4 erfolgt eine sprachliche Anpassung an Artikel 73 Absatz 1 lit. h) Richtlinie (EU) 2018/1972.

Zu Absatz 3 Nummer 10

In Nummer 10 wird die nicht abschließende Aufzählung der in Artikel 72 Richtlinie (EU) 2018/1972 genannten baulichen Anlagen ergänzt.

Zu § 34 Absatz 3

Durch die Anpassung erhalten die interessierten Parteien Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist, die mindestens (vorher: in der Regel) einen Monat betragen soll, Stellung zu nehmen.

Zu § 43 Absatz 4

Die redaktionelle Überarbeitung in Satz 1 schafft einen Gleichlauf zur Formulierung in Absatz 2. Satz 2 wird gestrichen, da er aufgrund von Absatz 1 Satz 1, der bereits die elektronische Vorlage vorsieht, überflüssig ist.

Zu § 52 Absatz 7

Aufgrund des neu eingefügten § 103 Absatz 3 bis 5, der ein Monitoring der Mobilfunkversorgung regelt, entfällt der Bedarf für den bisherigen § 52 Absatz 7 Satz 2. Dieser wird daher gestrichen.

Zu § 56

Zu Absatz 1

An § 56 Absatz 1 Satz 2 und 3 TKG-E des Regierungsentwurfs soll nicht festgehalten werden. Die Anbieter sollen demgemäß nicht verpflichtet werden, zu jedem Vertrag mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten zugleich auch einen Vertrag über die gleiche Telekommunikationsdienstleistung mit einer anfänglichen Laufzeit von höchstens zwölf Monaten zu einem Preis anzubieten, der den Preis für den Vertrag mit der längeren Laufzeit um nicht mehr als 25 Prozent im Monatsdurchschnitt übersteigt. Es soll vielmehr beim status quo der aktuellen Regelung im bisherigen § 43b TKG bleiben.

Zu Absatz 3

In Absatz 3 wurde der Verweis auf Absatz 1 überarbeitet, da das Kündigungsrecht aus Artikel 105 Absatz 3 Richtlinie (EU) 2018/1972 nicht auf Verbraucher beschränkt ist, sondern sich auf Endnutzer insgesamt bezieht. Absatz 1 bezieht sich aber nur auf Verbraucher. Zudem ist die Anpassung erforderlich, um Konsistenz mit der Informationspflicht in Satz 2 zu erzielen, die ebenfalls gegenüber allen Endnutzern besteht.

Zu § 57

Zu Absatz 3

Durch die Überarbeitung des Absatzes 3 wird klargestellt, dass mit der Beratung zum besten Tarif keine Messung und Analyse von Daten einhergehen soll, die eine Speicherung und Verarbeitung entsprechender Verkehrsdaten des Endnutzers erforderlich macht. Deshalb wird nicht auf den „genutzten Umfang der Dienste“ abgestellt, sondern nunmehr auf den „Umfang der vom Endnutzer aktuell vertraglich vereinbarten Dienste“. Außerdem erfolgt eine Präzisierung, insoweit nicht jeder Leitungsbestandteil berücksichtigt werden soll, da sonst oftmals gar keine

passenden aktuellen Tarife angeboten werden könnten. Hier sollte insbesondere das inkludierte Datenvolumen in den Blick genommen werden, da dieses für Endnutzer regelmäßig von besonderer Relevanz ist.

Zu Absatz 4

In Satz 1 wird durch eine Streichung klargestellt, dass im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen der Nummern 1 und 2 nicht nur das Entgelt für den nicht vertragskonform geleisteten Vertragsbestandteil, sondern der gesamte Vertrag gemindert wird.

Durch das Hinzufügen eines neuen Satzes wird das Verfahren der Minderung präzisiert. Das Minderungsrecht ist dazu bestimmt, dem Verbraucher einen "Ausgleich" für eine in der Vergangenheit liegende nicht vertragsgemäße Leistung des Anbieters zu ermöglichen. Macht der Verbraucher von seinem Minderungsrecht Gebrauch, bezieht sich die Minderung daher immer auf einen vergangenen Zeitraum, in welchem der Anbieter nicht vertragsgemäß geleistet hat. Die Minderung knüpft also an eine bereits erfolgte „Minderleistung“ des Anbieters an. Das Minderungsrecht setzt bei Internetzugangsdiensten erhebliche, kontinuierliche oder regelmäßig wiederkehrende Abweichungen bei der Geschwindigkeit oder bei anderen Dienstqualitätsparametern zwischen der tatsächlichen Leistung der Internetzugangsdienste und der vom Anbieter der Internetzugangsdienste gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a bis d der Verordnung (EU) 2015/2120 angegebenen Leistung, die durch einen von der Bundesnetzagentur bereitgestellten oder von ihr oder einem von ihr beauftragten Dritten zertifizierten Überwachungsmechanismus ermittelt wurden, voraus (Satz 1 Nummer 1). Bei den anderen Telekommunikationsdiensten sind Voraussetzungen des Minderungsrechts anhaltende oder häufig auftretende erhebliche Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der im Vertrag angegebenen Leistung (Satz 1 Nummer 2). Die Beweislast für das Vorliegen der Voraussetzungen des Minderungsrechts obliegt nach allgemeinen Regeln dem, der sich auf das Minderungsrecht beruft, also dem Verbraucher. Durch die Aufnahme des Satzes 3 wird die Beweislast für die Zeit nach einem unstreitigen oder nachgewiesenen Eintritt der Voraussetzungen der Minderung umgekehrt. Es obliegt dann dem Anbieter, – ggf. auch rückwirkend – den Nachweis einer ordnungsgemäßen Leistung zu erbringen. So lange dieser „Gegenbeweis“ nicht erbracht wurde, soll das Minderungsrecht des Verbrauchers fortbestehen.

Zu § 58

Neben verschiedenen redaktionellen Anpassungen wird klargestellt, dass sich die für die Entstörung und die Entschädigung relevanten Fristen an Kalender- und nicht an Arbeitstagen orientieren. Darüber hinaus wird geregelt, dass keine Entschädigung verlangt werden kann, sofern die vollständige Unterbrechung des Dienstes auf „höherer Gewalt“ beruht. Höhere Gewalt ist bei Ereignissen gegeben, die sich nicht der Risikosphäre einer Betriebsstörung zurechnen lassen, weil sie als ein von außen kommendes Ereignis so außergewöhnlich sind, dass sie keinen betrieblichen Zusammenhang mehr aufweisen. Zu denken ist dabei insbesondere an Ereignisse, die durch elementare Naturgewalten oder durch Handlungen Dritter herbeigeführt werden, die auch bei Anwendung äußerster Sorgfalt nicht vorherseh- und abwendbar waren.

Zu § 61 Absatz 4

Nach dem bisherigen § 45k Absatz 2 TKG setzt eine Sperre wegen Zahlungsverzugs voraus, dass der Kunde (dort: „Teilnehmer“) mit Zahlungsverpflichtungen von mindestens 75 Euro in Verzug ist. Im Regierungsentwurf wurde diese Regelung in § 61 Absatz 4 fortgeführt. Allerdings wurde der Betrag, mit dem der Kunde (dort enger: „Verbraucher“) sich in Zahlungsverzug befinden muss, auf 150 Euro angehoben und somit verdoppelt. Diese Verdoppelung entspricht nicht der Entwicklung der Endkundenentgelte im Festnetzbereich und ist dementsprechend zu korrigieren. Die Anpassung auf 100 Euro bietet einen interessengerechten Ausgleich, da sie beidseitigen Schutz vor zu hohen Rückforderungen bietet, und entspricht der Höhe der insoweit als Vergleich heranziehbaren Regelung im Strommarkt (§ 19 Absatz 2 StromGVV).

Der Wortlaut des Absatzes 4 differenziert weiterhin nicht nach Art der Forderung. Insofern spielt es für die Berechnung der Höhe der rückständigen Forderungen keine Rolle, ob die Forderungen für die jeweilige Verbindungsleistung oder für pauschalierte Entgelte, die keine gesonderten Verbindungsentgelte aufweisen (sog. Flattarife), erhoben wurden. Gerade im Bereich der Festnetztelefonie sind inzwischen verbrauchsbezogene Leistungsabrechnungen die Ausnahme und Flattarife der Regelfall. Beide Formen der Leistungsabrechnung werden bei der Berechnung der Höhe des Zahlungsverzugs berücksichtigt.

Zu § 62

Absatz 1 des Regierungsentwurfs wird inhaltlich aufgeteilt und in Absatz 1 und 2 fortgeführt. Hintergrund ist, dass nicht jeder Rechnungen erstellende Anbieter auch Leistungen Dritter in Rechnung stellt. Sofern Fremdforderungen oder abgetretene Forderungen Dritter (sog. Drittanbieter) ausgewiesen werden, finden künftig zusätzlich – neben den Anforderungen an Rechnungsinhalte nach Absatz 1, die jeder rechnungsstellende Anbieter zu erfüllen hat – die Anforderungen an Rechnungsinhalte nach Absatz 2 Anwendung.

Zu § 69 Absatz 2

Absatz 2 regelt das Konkurrenzverhältnis eines Anspruchs nach Absatz 1 zu den in §§ 58 Absatz 3, 59 Absatz 4 und 60 Absatz 3 vorgesehenen Entschädigungsansprüchen des Endnutzers bzw. Verbrauchers und zu Schadensersatzansprüchen außerhalb des TKG nach den allgemeinen Vorschriften. Die Vorschrift dient dazu, eine Überkompensation und ungerechtfertigte Bereicherung des Endkunden oder Wettbewerbers zu vermeiden. Soweit neben einem Schadensersatzanspruch nach Absatz 1 solche Entschädigungsansprüche oder Schadensersatzansprüche nach den allgemeinen Vorschriften bestehen, sind diese auf den Schadensersatz nach Absatz 1 anzurechnen und umgekehrt.

Zu § 70

Der bisher nur bei vorsätzlichem Verhalten des Anbieters eingreifende Ausschluss der Haftungsbegrenzung wird im Einklang mit den Grundsätzen des deutschen Haftungsrechts auf grob fahrlässiges Verhalten erweitert. Hat der Anbieter einen Schadensfall oder ein seine Entschädigungspflicht gegenüber den Endnutzern begründendes Ereignis vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, ist eine Begrenzung seiner Haftung nicht angemessen.

Zu § 72

Der neue § 72 regelt ein Glasfaserbereitstellungsentgelt auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der ein Gebäude erstmalig mit einer Glasfaser-Netzinfrastruktur ausstattet, und dem Eigentümer des Grundstücks. Bei Vorliegen der Voraussetzungen kann ein Eigentümer, der zugleich Vermieter ist, das Entgelt als Betriebskosten auf den Mieter umlegen (vergleiche § 2 Satz 1 Nummer 15 Buchstabe c Betriebskostenverordnung – neu –), wenn eine Umlage im Mietvertrag vereinbart ist. Dies setzt einen Anreiz zum Ausbau der Gebäudeinfrastrukturen mit Glasfaser und stärkt damit die Verfügbarkeit von zukunftsfähigen Breitbandanschlüssen. Die Neuregelung stärkt die Wahlfreiheit des Endnutzers bei der Auswahl seines Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 normiert die Voraussetzungen für die Aufrüstung der gebäudeinternen Netzinfrastruktur, unter denen ein Bereitstellungsentgelt im Sinne des § 72 auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Eigentümer des Grundstücks erhoben werden kann. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen – aber auch nur dann – kann der vermietende Eigentümer das Bereitstellungsentgelt im Rahmen der Betriebskosten auf die Mieter umlegen.

Gemäß Nummer 1 ist Voraussetzung, dass das Gebäude des Gebäudeeigentümers erstmalig mit einer Netzinfrastruktur ausgestattet wird, die vollständig aus Glasfaserkomponenten besteht. Ferner ist lediglich die erstmalige Errichtung durch den Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes erfasst. Hat also beispielsweise der Eigentümer des Grundstücks die gebäudeinterne Netzinfrastruktur bereits zuvor auf eigene Kosten errichtet, scheidet die Erhebung eines Bereitstellungsentgelts im Sinne des § 72 aus.

Gemäß Nummer 2 ist weitere Voraussetzung, dass der Betreiber diese gebäudeinterne Netzinfrastruktur an ein öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität anschließt. Dies gewährleistet, dass der Endnutzer die durch die Glasfaser-Technologie ermöglichten sehr hohen Bandbreiten auch tatsächlich nutzen kann.

Gemäß Nummer 3 hat der Betreiber für den mit dem Gebäudeeigentümer vereinbarten Bereitstellungszeitraum die Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur nach Nummer 1 und des Anschlusses an das öffentliche Telekommunikationsnetz nach Nummer 2 zu gewährleisten. Die Dauer des Bereitstellungszeitraums obliegt der Parteivereinbarung.

Satz 2 trägt Konstellationen Rechnung, in denen der Berechtigte das Grundstück auf der Grundlage eines grundstücksgleichen Rechts wie ein Eigentümer nutzen kann. Durch Satz 2 wird gewährleistet, dass der Inhaber eines grundstücksgleichen Rechts ein Glasfaserbereitstellungsentgelt im Sinne dieser Vorschrift wirksam vereinbaren

kann. Dies gilt insbesondere im Fall des Erbbaurechts. Dabei ist regelmäßig davon auszugehen, dass der Erbbauberechtigte auch ohne Mitwirkung des Eigentümers die rechtlichen Handlungen vornehmen kann, um Versorgungsleitungen beziehungsweise Infrastruktur zu schaffen, da dies zum Haben eines Bauwerks im Sinne von § 1 Absatz 1 Erbbaurechtsgesetz gehört (vergleiche Kammergericht Berlin, Beschluss vom 16. April 1991 – 1 W 7518/88).

Zu Absatz 2

Absatz 2 trifft Vorgaben für die Erhebung des zu vereinbarenden Bereitstellungsentgeltes. Satz 1 statuiert auf Grundlage einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung einen Anspruch des Betreibers nach Absatz 1 auf ein regelmäßig wiederkehrendes Bereitstellungs-entgelt. Dieses darf nach Satz 2 in der Summe höchstens 540 Euro sowie pro Jahr höchstens 60 Euro pro Wohneinheit betragen. Im Regelfall soll der Zeitraum für die Erhebung des Bereitstellungsentgeltes längstens fünf Jahre betragen. Liegen die Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Vorgaben nach Absatz 3 oberhalb von 300 Euro, kann der Erhebungszeitraum nach Satz 3 auf insgesamt bis zu neun Jahre verlängert werden. Nach Satz 4 gilt schließlich ein Begründungserfordernis für aufwändige Maßnahmen. Gemäß § 556 Absatz 3a Satz 2 BGB-E gilt, dass für aufwändige Maßnahmen regelmäßig drei Angebote vor der Beauftragung einzuholen sind, wenn der Vermieter das Bereitstellungsentgelt auf den Mieter als Betriebskosten umlegen will. Der Mieter kann im Rahmen der Nebenkostenabrechnung die Begründung nach Satz 4 einsehen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die Kalkulation des Bereitstellungsentgeltes. Nach Satz 1 sind die für die Errichtung der Netzinfrastruktur in dem Gebäude tatsächlich entstandenen Kosten zuzüglich einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals gleichmäßig auf den Erhebungszeitraum für das Bereitstellungsentgelt zu verteilen. Zu den berücksichtigungsfähigen Kosten gehört damit auch eine risikoangemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Dadurch wird dem ausbauenden Unternehmen ein angemessener Gewinnanteil ermöglicht. Von den Kosten sind gemäß Satz 2 Zahlungen Dritter oder Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten in Abzug zu bringen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 trifft Vorgaben für den Inhalt der Rechnung des Betreibers nach Absatz 1 gegenüber dem Eigentümer des Grundstücks. Diese dienen der Transparenz mit Blick auf die Möglichkeit nach § 2 Satz 1 Nummer 15 Buchstabe c der Betriebskostenverordnung, das Bereitstellungsentgelt als Betriebskosten auf den Mieter umzulegen. Die Nummern 1 bis 3 geben vor, die relevanten Eckdaten zu Höhe des Entgelts, Erhebungszeitraum und Gesamtkosten der Maßnahme zu nennen. Gemäß Nummer 4 sind für aufwändige Maßnahmen (Absatz 2 Satz 4) überdies die Gründe darzulegen, warum der Grenzwert von 300 Euro überschritten wird. Nummer 5 erfordert die Darlegung weiterer Angaben, wenn Bereitstellungsentgelte erhoben werden sollen für Netzinfrastrukturen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet worden sind. All diese Angaben in der Rechnung ermöglichen dem Mieter die Prüfung dieser Position im Rahmen der Betriebskostenabrechnung.

Zu Absatz 5

Absatz 5 stellt klar, dass nach Ablauf des mit dem Betreiber nach Absatz 1 vereinbarten Bereitstellungszeitraums der Eigentümer des Grundstücks für die Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur im Gebäude verantwortlich ist. So wird sichergestellt, dass die von den Mietern über die Betriebskosten (mit-)finanzierte Infrastruktur auch nach Ablauf des Bereitstellungszeitraums betriebsbereit gehalten wird. Der Eigentümer des Grundstücks ist hierfür der richtige Pflichtenadressat. Denn wenn es sich bei der verbauten Netzinfrastruktur um einen wesentlichen Bestandteil des Gebäudes handelt, erstreckt sich das Eigentum am Grundstück ohnehin auf die verbaute Infrastruktur (vergleiche §§ 93, 94 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Andernfalls kann der Eigentümer des Grundstücks im Rahmen der Vereinbarung der Bereitstellung durch den Betreiber gemäß Absatz 1 sicherstellen, dass ihm das Eigentum spätestens mit Ablauf des Bereitstellungszeitraums zu übertragen ist. Es steht dem Eigentümer des Grundstücks frei, im Innenverhältnis einen Dritten mit der weiteren Gewährleistung der Betriebsbereitschaft zu beauftragen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 normiert den offenen Netzzugang am Hausübergabepunkt, der auf dem Grundstück des Eigentümers, regelmäßig im Keller des Gebäudes, liegt. Der Zugang ist durch denjenigen zu gewährleisten, der die Funktione-herrschaft über die gebäudeinterne Infrastruktur ausübt.

Gemäß Satz 1 ist Anbietern von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Zweck der Versorgung von Endnutzern mit Telekommunikationsdiensten der Zugang zur gebäudeinternen Netzinfrastruktur am Hausübergabepunkt jederzeit und dauerhaft zu gewähren. Die Bedingungen müssen transparent und diskriminierungsfrei festgelegt werden. Der Zugang muss unentgeltlich gewährt werden. Die Verpflichtung zur Zugangsgewährung trifft während des Bereitstellungszeitraums (Absatz 1 Nummer 3) den Betreiber nach Absatz 1. Im Anschluss ist nach Satz 2 der Eigentümer des Grundstücks verpflichtet.

Zu Absatz 7

Gemäß Absatz 7 Satz 1 gelten die Regelungen des § 72 für Glasinfrastrukturen, die bis zum 31. Dezember 2027 errichtet werden. Bis zu diesem Tag muss die Infrastruktur gemäß Absatz 1 Nummer 1 und 2 betriebsbereit sein. Nur für die Errichtung solcher Infrastrukturen können Bereitstellungsentgelte vereinbart werden. Der Bereitstellungszeitraum kann über diesen Tag hinausreichen.

Absatz 7 Satz 2 erlaubt die Erhebung von Bereitstellungsentgelten, wenn der Betreiber die Glasfaserinfrastruktur bereits in der Vergangenheit, frühestens jedoch am 1. Januar 2015, auf Grundlage eines Gestattungsvertrages errichtet hat. Gegenstand der zwischen Eigentümern von Grundstücken und Unternehmen (regelmäßig, aber nicht zwingend Anbieter von Telekommunikationsdiensten) vereinbarten Gestattungsverträge ist in der Regel die Verpflichtung des Unternehmens zur Errichtung oder Bereitstellung einer gebäudeinternen Netz-Infrastruktur sowie zur Belieferung mit Rundfunksignalen. Das vom Eigentümer zu zahlende Entgelt kann nach bislang geltendem Recht als Grundgebühr gemäß § 2 Nummer 15 Buchstabe b Betriebskostenverordnung auf den Mieter umgelegt werden.

Die Regelung in Satz 2 dient dem Schutz solcher Investitionen, die nach neuer Rechtslage Gegenstand des Glasfaserbereitstellungsentgeltes nach § 72 sein können. Aus Sicht des investierenden Unternehmens kann die Erhebung eines Bereitstellungsentgeltes erforderlich sein, wenn die Investition in Glasfaser über das nach dem Gestattungsvertrag zu zahlende Entgelt noch nicht vollständig refinanziert ist.

Voraussetzung ist zunächst, dass die in der Vergangenheit errichtete gebäudeinterne Infrastruktur die übrigen Voraussetzungen der vorhergehenden Absätze des § 72 erfüllt (Nummer 1). Außerdem darf der aus Anlass der erstmaligen Errichtung der gebäudeinternen Infrastruktur abgeschlossene Gestattungsvertrag nicht vor Ablauf der Übergangsfrist des § 230 Absatz 4 enden (Nummer 2). Maßgeblich ist dabei die vor Durchführung der Investitionsmaßnahme vereinbarte Laufzeit des Gestattungsvertrages. Etwaige spätere Vertragsverlängerungen sind unbeachtlich.

Satz 3 gewährleistet schließlich, dass nur solche Investitionskosten in das Bereitstellungsentgelt einfließen, die nicht bereits refinanziert sind. Typisierend wird dabei angenommen, dass das ausbauende Unternehmen die Errichtung der Infrastruktur gleichmäßig über die ursprünglich vorgesehene Vertragslaufzeit refinanziert hätte. Das nach den Vorgaben des Absatz 2 zu berechnende Bereitstellungsentgelt ist daher in dem Verhältnis zu kürzen, wie die vertraglich vereinbarte Dauer des Gestattungsvertrages anteilig fortgeschritten ist. Die Kürzung bezieht sich auf das Bereitstellungsentgelt, das – vor Anwendung der Kürzung – gemäß Absatz 2 Satz 2 höchstens 540 Euro betragen darf.

Zu § 81

Zu Absatz 1

Die Änderung der Formulierung von § 81 Absatz 1 Satz 1 dient der Herstellung der Konsistenz mit § 81 Absatz 2, wo der zentralen Informationsstelle hinsichtlich des „obs“ der Durchführung der Erhebungen gleichfalls kein Ermessen eingeräumt, sondern ebenfalls formuliert ist, dass die zentrale Informationsstelle des Bundes die Erhebungen durchführt. Die Änderung der Formulierung von § 81 Absatz 1 Satz 2 berücksichtigt, dass die Erhebung von Informationen für solche Gebiete, die bereits mit 3G-, 4G- oder 5G-Mobilfunk versorgt sind, nicht erforderlich ist. Der Zeitraum der Vorausschau wird auf 12 statt 24 Monate festgelegt, da mit zunehmend längerem Vorausschauzeitraum die Angaben mit größeren Unsicherheiten verbunden sind. Der Passus „sowie Angaben zu der erwartenden Netzabdeckung“ am Ende von Absatz 1 kann entfallen, da dies bereits in Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 geregelt ist.

Zu Absatz 3

Die Änderung der Formulierung von § 81 Absatz 3 Satz 1 berücksichtigt, dass geografische Standortkoordinaten gegebenenfalls erst dann vorliegen, wenn ein Bauantrag gestellt wird. Ist ein Bauantrag noch nicht gestellt, sind hinreichend genaue Angaben zu Suchkreisen für die Standortplanung ausreichend. Die Streichung der Angaben zu Frequenzbereichen und Mobilfunktechnologien sowie zur Anbindung des jeweiligen Standortes an öffentliche Telekommunikationsnetze berücksichtigt, dass diese Angaben für die Erstellung der Vorausschau einerseits nicht unbedingt erforderlich sind und dass andererseits diese Informationen zugleich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen darstellen können.

Zu § 83 Absatz 1

Die Bundesrat hat in Nummer 23 seiner Stellungnahme in Drs. 29/21 (Beschluss) gefordert, in § 83 Absatz 1 nach den Wörtern „und Trägerstrukturen,“ die Wörter „die für Zwecke des Mobilfunks zur Verfügung stehen und“ einzufügen. Zur Begründung führte der Bundesrat unter anderem aus, dass einen echten abkürzenden Nutzen für die Funknetzplanung nur eine Datenbank hätte, die die tatsächlich verfügbaren Liegenschaften klar ausweise. Daher sei die Meldeverpflichtung auf Liegenschaften zu begrenzen, mit denen tatsächlich Mobilfunkstandorte zu realisieren wären. Den Formulierungsvorschlag des Bundesrates hat die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates als zu einschränkend angesehen. Die nunmehr gewählte Formulierung kommt dem Anliegen des Bundesrates entgegen. Die Ersetzung des Begriffs „Trägerstrukturen“ durch den Begriff „sonstige physische Infrastrukturen“ ist eine Folgeänderung der rechtförmlichen Änderung des § 3 Nummer 54.

Zu § 87 Absatz 2 Nummer 1

Das Frequenzregulierungsziel in § 87 Absatz 2 Nummer 1 sieht vor, dass hochwertige, leistungsfähige, flächendeckende und unterbrechungsfreie drahtlose Sprach- und Datendienste für alle Endnutzer und dabei insbesondere die breitbandige Versorgung und die nutzbare Dienstqualität in ländlichen Räumen voranzutreiben sind und mindestens entlang von Bundesfernstraßen und auch im nachgeordneten Straßennetz sowie an allen Schienen- und Wasserwegen ein durchgehender, unterbrechungsfreier Zugang für alle Endnutzer zu Sprach- und breitbandigen Datendiensten des öffentlichen Mobilfunks möglichst bis 2026 zu gewährleisten ist.

Die umzusetzende unionsrechtliche Regelung ist explizit an die Mitgliedstaaten adressiert und weist dem nationalen Gesetzgeber die primäre Ausgestaltungsverantwortung zu (vgl. Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972). Die Bundesnetzagentur ist für die Durchführung der Frequenzverwaltung zuständig (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Satz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972). Individuelle Frequenznutzungsrechte werden „nach Maßgabe des Artikels 45“ gewährt (Artikel 48 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972). Folglich sieht der europäische Rechtsrahmen eine Rückkopplung der behördlichen Durchführungsverantwortung zu den Frequenzregulierungszielen vor. Der unionsrechtliche Katalog der möglichen Frequenzregulierungsziele ist nicht abschließend, so dass auch neue Ziele möglich wären und damit ein weiterer Umsetzungsspielraum besteht (vgl. Artikel 45 Absatz 2 Satz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972: „indem sie unter anderem“). Bereits der Regierungsentwurf nimmt die gesetzgeberische Ausgestaltungsverantwortung wahr (z. B. § 86 Absatz 1 Nummer 2 TKG-RegE: „unterbrechungsfreie“ drahtlose Sprach- und Datendienste bzw. „insbesondere die Versorgung und die nutzbare Dienstqualität in ländlichen Räumen“).

Durch Richtlinie (EU) 2018/1972 werden für den Mobilfunkausbau in der Europäischen Union und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt. Nach dem heutigen Stand der technologischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Bedürfnisse lässt sich außerdem aus Artikel 87f Absatz 1 Grundgesetz ein verbindlicher Verfassungsauftrag herleiten, der auf eine flächendeckende 4G-Versorgung gerichtet ist.

Es soll ein Binnenmarkt für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste errichtet werden, der den Ausbau und die Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität – auch bei Drahtlosnetzen – bewirkt (Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a, Artikel 2 Nummer 2, Erwägungsgrund 13 Richtlinie (EU) 2018/1972). Nach dem neuen Konnektivitätsziel sollen zum einen Netze und Dienste mit der höchstmöglichen, wirtschaftlich nachhaltigen Kapazität in einem bestimmten Bereich angestrebt und zum anderen ein territorialer Zusammenhalt im Sinne einer Konvergenz der in verschiedenen Gebieten verfügbaren Kapazität verfolgt werden (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a, Erwägungsgrund 23 Richtlinie (EU) 2018/1972). Auch der Gewährleistungsauftrag zur Förderung der Bürgerinteressen umfasst die Konnektivität und breite Verfügbarkeit und Nutzung von Mobilfunknetzen mit sehr hoher Kapazität (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d Richtlinie (EU) 2018/1972). Zu den allgemeinen Zielen kommen noch

Frequenzregulierungsziele hinzu (Artikel 45 Absatz 1, Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972). Die Mitgliedstaaten sorgen für die Umsetzung der Regulierungsziele durch die Regulierungsbehörden (Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 Richtlinie (EU) 2018/1972).

Aufgrund des neuen und ambitionierten europäischen Konnektivitätsziels (Errichtung von Mobilfunknetzen mit sehr hoher Kapazität) ist es notwendig, den schon seit Beginn der Liberalisierung bestehenden gesetzlichen Gewährleistungsauftrag (Gewährleistung flächendeckend angemessener und ausreichender Dienstleistungen, Artikel 87f Absatz 1 Grundgesetz beziehungsweise § 1 Absatz 1 TKG) weiter zu konkretisieren. Da der Ausbau von einzelnen Mobilfunktechnologien aufeinander aufbaut, kann mit der Gewährleistung eines Mindestziels bereits die Basis für den Ausbau der nächsten Mobilfunkgeneration und damit die Basis für die Erreichung der ambitionierten europäischen Ziele geschaffen werden. Das deckt sich auch mit der Mobilfunkstrategie der Bundesregierung. Denn danach sollen mobile Sprach- und Datendienste flächendeckend genutzt werden können und zugleich die Voraussetzungen für den 5G-Netzausbau geschaffen werden (Mobilfunkstrategie vom 18. November 2019, S. 7). Dies wiederum steht im Einklang mit der seit Beginn der Liberalisierung bestehenden Aufgabe der Bundesnetzagentur, durch den richtigen regulatorischen Rahmen flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen sicherzustellen und damit den verfassungsrechtlichen Garantierauftrag aus Artikel 87f Absatz 1 Grundgesetz zu erfüllen sowie gleichzeitig die richtigen Anreize für den Ausbau neuer, innovativer, darüber hinausgehender Dienste zu setzen. Die Regulierungsziele und -grundsätze stehen weiterhin gleichrangig nebeneinander.

Unter „Sprach- und breitbandige Datendienste des öffentlichen Mobilfunks“ ist, dem Konzept eines Mindestziels folgend, aktuell ein 4G-Ausbau zu verstehen, der zu gewährleisten ist (vgl. auch Mobilfunkstrategie, S. 6; ebenso das in Vorbereitung befindliche Mobilfunkförderprogramm). Durch die Ausgestaltung als Mindestziel bei den Sprach- aber insbesondere auch bei den breitbandigen Datendiensten hat die Bundesnetzagentur weiterhin die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Ermessensausübung durch Vorgabe technischer Kriterien den Abstand zu „hochleistungsfähigen“ Netzinfrastrukturen und damit zum wettbewerblichen Ausbau im Detail zu skizzieren.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht bleibt in diesem Zusammenhang allerdings weiterhin zur berücksichtigen, dass das Wettbewerbsprinzip aus Artikel 87f Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz nur unter dem Vorbehalt der Versorgungsgarantie gilt und nicht umgekehrt. Das in Artikel 87f Absatz 2 enthaltene Ziel privatwirtschaftlicher Leistungserbringung ist in den durch Artikel 87f Absatz 1 aufgegebenen Zweck eingeordnet, flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen zu gewährleisten. Artikel 87f Absatz 2 Satz 1 bewirkt für den von Absatz 1 erfassten Bereich keine völlige Freigabe dieser Dienstleistungen an den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, sondern nur eine Freigabe im Rahmen der Einbettung dieses Wettbewerbs in das Gewährleistungsregime des Artikel 87f Absatz 1. Artikel 87f Absatz 2 Satz 1 legt die Erbringung nicht uneingeschränkt auf das Wettbewerbsprinzip fest. Eine Auslegung des Artikel 87f Absatz 2, die ausnahmslos auf die Schaffung von Wettbewerb hinausläuft, wird vom Grundgesetz unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt gestützt. Der in Artikel 87f Absatz 1 enthaltene Infrastruktursicherungsauftrag soll verhindern, dass es bei und nach der Privatisierung und Liberalisierung zu einer Unterversorgung mit Dienstleistungen kommt, weil der Wettbewerb (noch) nicht funktioniert oder sich auf lukrative Bereiche beschränkt. Es erfolgt nur eine Entlassung mit der Maßgabe aus der staatlichen Regie, dass dabei die Verantwortung des Staates für die ehemals aus der Daseinsvorsorge entstandenen Aufgaben nicht aufgegeben wird. Das Privatisierungsgebot des Artikel 87f Absatz 2 Satz 1 GG zielt zwar auf den Rückzug des Staates; doch begründet der Infrastrukturgewährleistungsauftrag des Absatzes 1 die staatliche Verantwortung, marktwirtschaftlich bedingte Nachteile für eine Grundversorgung der Bevölkerung zu verhindern (BVerfGE 108, 370 Randnummer 94-96 (juris) – Postexklusivlizenz).

Die Gewährleistung eines „durchgehenden“ Netzzugangs ist dem Mobilfunk, der in seinem Kern auf eine mobile, bewegliche und nicht auf eine statische, vor Ort verharrende und ausschließlich auf Haushalte orientierte Nutzung angelegt ist, immanent und wird auch von den Erwägungen, die dem europäischen Rechtsrahmen zugrunde liegen, mitgetragen (vgl. „nahtlose“ flächendeckende Versorgung sowie die Netzanbindung; „größtmögliche Ausdehnung und Zuverlässigkeit“, um Anwendungen wie vernetzte Fahrzeuge und elektronische Gesundheitsdienste zu fördern, Erwägungsgrund 109 Richtlinie (EU) 2018/1972). Das Ziel eines durchgehenden Netzzugangs als Mindestbasis stützt auch die Erreichung der ambitionierten europäischen Ziele. Denn beim Zugang zu Mobilfunknetzen mit sehr hoher Kapazität erhalten neben dem bisherigen reinen Zugang und einer gewissen Bandbreite bereits heute neue Parameter wie Latenz, Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit Bedeutung (vgl. Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a, Erwägungsgrund 13 Richtlinie (EU) 2018/1972). Die Entwicklung neuartiger Dienste (wie z. B. vernetztes Fahren) unter Nutzung dieser zukünftigen Netze mit sehr hoher Kapazität würde behindert, wenn nicht als

Mindestvoraussetzung eine durchgehende Konnektivität gewährleistet würde. Auch die Europäische Kommission empfiehlt, eine „unterbrechungsfreie“ Konnektivität und geeignete Schritte zur Förderung des Netzausbaus gerade auch in ländlichen und abgelegenen Gebieten, da diese Voraussetzung für das Funktionieren zahlreicher 5G-Anwendungen in großen geografischen Gebieten ist (vgl. Empfehlung der Kommission vom 18.9.2020, C (2020) 6270 final, Randnummer 5). Der deutsche Gesetzgeber hat bereits 2019 Maßnahmen ergriffen, zukünftig eine „durchgehende“ Konnektivität als Mindestvoraussetzung zu erreichen, indem die Bundesnetzagentur mit der Befugnis ausgestattet wurde, auf ihrer Internetseite die von den Mobilfunknetzbetreibern übermittelten Informationen über die tatsächliche, standortbezogene Mobilfunknetzabdeckung, einschließlich „lokaler Schwerpunkte für Verbindungsabbrüche“ bei der Sprachtelefonie zu veröffentlichen (vgl. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes, Bundestagsdrucksache 19/11180 vom 26. Juni 2019, S. 2; § 45n Absatz 8 Satz 2 TKG bzw. § 52 Absatz 7 Satz 2 TKG-RegE). Ziel ist es, mehr Transparenz bzgl. der Orte zu schaffen, in denen es schwerpunktmäßig zu Verbindungsabbrüchen kommt. So erhalten die Nutzer in einem wettbewerblichen Marktumfeld mehr Transparenz über die Qualität des jeweiligen Netzes in ihrer Region und gleichzeitig erhöht es den Anreiz, etwaige Defizite in der Netzabdeckung zu beseitigen und so eine durchgehende Konnektivität ohne Verbindungsabbrüche zu erreichen. Diese Regelungen werden nunmehr durch eine regelmäßige Berichtspflicht ergänzt (s. § 103 Absätze 3 bis 5 TKG).

Der Zugang für „alle“ Nutzer stellt eine sich aus dem europäischen Rechtsrahmen direkt ergebende Mindestvoraussetzung dar (vgl. „alle“ Bürger, Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a; „Konnektivität und breite Verfügbarkeit“, Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d; „territorialer Zusammenhalt“, Erwägungsgrund 23 Richtlinie (EU) 2018/1972). Die unionsrechtlich beabsichtigte „breite Verfügbarkeit“ für „alle“ Bürger und der „territoriale Zusammenhalt“ greifen hier ineinander und finden ihre nationalrechtliche Ausgestaltung im „durchgehenden Zugang für alle Endnutzer zu Sprach- und breitbandige Datendiensten“. Der Ansatz, für alle Endnutzer zumindest den Netzzugang zu gewährleisten, findet sich auch auf der Instrumentenebene des europäischen Rechtsrahmens. Verknüpft die Bundesnetzagentur individuelle Funkfrequenznutzungsrechte mit Bedingungen (z. B. Vorgaben zum Versorgungsgrad im Wege einer Versorgungsauflage), so kann die Behörde nach Artikel 47 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972 nunmehr, insbesondere um eine effektive und effiziente Frequenznutzung sicherzustellen oder die Versorgung zu verbessern, mehrere Möglichkeiten vorsehen. Hierzu gehören die Ermöglichung der gemeinsamen Nutzung von passiven oder aktiven Infrastrukturen für die Funkfrequenznutzung oder von Funkfrequenzen, kommerzielle Roamingzugangvereinbarungen oder der gemeinsame Ausbau von Infrastrukturen für die Bereitstellung von auf Funkfrequenzen gestützten elektronischen Kommunikationsnetzen oder -diensten (s. § 99 Absatz 2). Außerdem kann die Bundesnetzagentur zukünftig zur gemeinsamen Nutzung passiver Infrastrukturen, lokalen Roamingvereinbarungen oder zur gemeinsamen Nutzung aktiver Infrastrukturen verpflichten, wenn Endnutzer „lückenhaft oder gar keinen Zugang zu Netzen oder Diensten haben“ (Artikel 61 Absatz 4 Satz 1 – 3 Richtlinie (EU) 2018/1972 bzw. § 106). Diese Instrumente werden den Netzausbau beschleunigen und eine breitere Netzabdeckung fördern, was wiederum eine wirksamere und effizientere Nutzung der Funkfrequenzen zum Vorteil der Verbraucher ermöglicht. Daher empfiehlt die Europäische Kommission den zuständigen Behörden, die Anwendung „wohlwollend“ zu prüfen, insbesondere auch in Gebieten, die eine geringe wirtschaftliche Rentabilität versprechen (Empfehlung der Kommission vom 18.9.2020, C (2020) 6270 final, Randnummer 26).

Die Mindestversorgung muss im Hinblick auf die Flächenversorgung „mindestens entlang von Bundesfernstraßen und auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Schienenstrecken erfolgen“. Der Begriff „Wasserwege“ bezieht sich auf Seehäfen sowie die Binnenwasserwege des Kernnetzes des Bundes. Dies deckt sich mit dem verfassungsrechtlichen Gewährleistungsauftrag („flächendeckend“, Artikel 87f Absatz 1 Grundgesetz bzw. § 1 Absatz 1 TKG) und den neu aufgenommenen europäischen Frequenzregulierungszielen („ihres Hoheitsgebietes“, „entlang wichtiger nationaler und europäischer Verkehrswege“, Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972). Einen vergleichbaren Ansatz verfolgt bereits seit 2015 die deutsche Frequenzregulierung. Denn seit der Vergabe der 4G-Frequenzen orientieren sich die Versorgungsaufgaben nicht nur an Haushalten, also der Wohnbevölkerung, sondern auch an Verkehrswegen. Bis Ende 2019 waren die Hauptverkehrswege (Bundesautobahnen und ICE-Strecken) von allen in der Vergabe erfolgreichen Netzbetreibern vollständig, also symmetrisch, zu versorgen (Az. BK1-11/003). Dieses setzte sich mit der 5G-Frequenzvergabe fort und wurde ausgeweitet. Bis 2023 sind Bundesautobahnen mit Downloadrate von 100 Mbit/s inklusive des neuen Qualitätsmerkmals Latenz zu versorgen und somit die Einführung neuer Dienste, wie z. B. das automatisierte Fahren, zu fördern und hierdurch der Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr – und folglich auch Verbraucherinteressen und gesamtgesellschaftlichen Zielen – Rechnung zu tragen. Im Zuge der technischen Entwicklung des automatisierten und

vernetzten Fahrens können die Anforderungen an die Latenzzeiten steigen (Bundesnetzagentur, Beschluss vom 26. November 2018, Az. BK1-17/001, Rn. 300 ff.). Bis 2023 muss diese 5G-Qualität auch auf allen Bundesstraßen mit den Verbindungsfunktionsstufen 0 und 1 und im nächsten Schritt bis 2025 auf allen Bundesstraßen realisiert werden. Bis 2025 ist außerdem der Ausbau auf 4G-Niveau in der Fläche entlang der Landes- und Staatsstraßen vorgegeben. Innovative Anwendungen, wie automatisiertes Fahren, sollen in absehbarer Zeit für den Verbraucher auch in der Fläche nutzbar sein. Ziel ist es, einen Beitrag zur Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land und ländlichen Gebieten zu leisten (vgl. Bundesnetzagentur, Beschluss vom 26.11.2018, Az. BK1-17-001, Rn. 332 ff.). Neben den Wasserstraßen ist schlussendlich auch die Versorgung entlang der Schienenstrecken mit einem vergleichbaren, sich in der Fläche fortsetzenden und an den Verkehrswegen orientierenden Ansatz vorgesehen. Bis 2023 ist ein 100 Mbit/s-Versorgung entlang der Schienenwege mit mehr als 2.000 Fahrgästen pro Tag und ab 2025 auf allen Schienenwegen mit 50 Mbit/s zu erreichen.

Bei dem sich an den Verkehrswegen orientierenden Ansatz der Bundesnetzagentur bleibt allerdings zu berücksichtigen, dass im Hinblick auf eine für alle Nutzer zur Verfügung stehenden Versorgung bei einem Großteil der Auflagen (Bundestraßen, Landes- und Staatsstraßen, Wasserwegen und Schienenwege) die sogenannte Anrechnungsklausel einschränkend wirkt. Es erfolgt kein symmetrischer Ausbau, vielmehr können sich die Netzbetreiber den Ausbau eines anderen Netzbetreibers vor Ort „anrechnen lassen“. Die Nutzer des nicht ausbauenden Anbieters haben grundsätzlich keinen Netzzugang. Die Bundesnetzagentur erwartet aber, dass Zuteilungsinhaber auf vertraglicher Grundlage in den Grenzen des Wettbewerbs- und Telekommunikationsrechts Kooperationen (z. B. Infrastruktur-Sharing, Roaming) eingehen, sodass durch jeden Zuteilungsinhaber ein weiterer Ausbau entlang z. B. der Landstraßen erfolgt (vgl. u. a. Bundesnetzagentur, Beschluss vom 26.11.2018, Az. BK1-17-001, Rn. 338). Die „durchgehende“ Versorgung „aller“ Nutzer ist eine zwingende Voraussetzung für den erfolgversprechenden Ausbau innovativer Dienste wie z. B. vernetztes Fahren. Dieses deckt sich auch mit der Erwartungshaltung der Bundesnetzagentur zu den bereits bestehenden Versorgungsaufgaben, wenn trotz Anrechnungsklausel davon ausgegangen wird, dass die Mobilfunknetzbetreiber auf vertraglicher Grundlage Kooperationen (z. B. Infrastruktur-Sharing, Roaming) eingehen, sodass durch jeden Zuteilungsinhaber ein weiterer Ausbau entlang der jeweils von der Anrechnungsklausel adressierten Verkehrswege erfolgt. Ist dieser Ansatz erfolgreich, erhalten somit schlussendlich alle Nutzer Netzzugang. Ist dieser Ansatz nicht erfolgreich, gibt der europäische Rechtsrahmen der Bundesnetzagentur nunmehr neue Instrumente an die Hand, um die Zielerreichung durch behördliches Handeln sicherzustellen (vgl. Artikel 47 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972, bzw. § 99 Absatz 2; Artikel 61 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972 bzw. § 106).

Ferner greift die Konkretisierung („Bundesfernstraßen und auch im nachgeordneten Straßennetz“) die bereits in der behördlichen Entscheidungspraxis seit 2015 verfolgten Linie auf, dass aufeinander folgend die unterschiedlichen Kategorien der Verkehrswege zu versorgen sind. Nach den Bundesfernstraßen, bestehend aus Bundesautobahnen und Bundestraßen, umfasst das „nachgeordnete Straßennetz“ die Landes- und Staatsstraßen sowie die Kreisstraßen. Neben den Landes- und Staatsstraßen haben dabei auch die Kreisstraßen eine tragende Funktion im überörtlichen Verkehr. Es gelten in der Regel vergleichbare Tempolimits mit einer ähnlichen Gefahrenlage. Folglich ist auch hier die Basis für eine durchgehende, allen Nutzern zugängliche Mindestversorgung mit Mobilfunkdiensten zu gewährleisten. Denn diese schafft perspektivisch die Basis für Netze mit sehr hoher Kapazität und damit für innovative Dienste wie automatisiertes und vernetztes Fahren und leistet demzufolge einen Beitrag zur Verkehrssicherheit sowie zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dadurch wird der Ausgestaltungsspielraum, den der Kodex in Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe a explizit den „Mitgliedstaaten“ bei der Definition „wichtiger“ nationaler Verkehrswege zuweist, genutzt. Außerdem wird damit darüber hinaus die unionsrechtlich geforderte Förderung der Versorgung des „Hoheitsgebietes“ mit hochwertigen und leistungsfähigen drahtlosen Breitbanddiensten (vgl. Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972) unterstützt. Denn nach Erwägungsgrund 109 Richtlinie (EU) 2018/1972 soll darauf hingewirkt werden, dass alle Bürger der Union bis 2020 sowohl in Gebäuden als auch im Freien Zugang zu den höchstmöglichen Breitbandgeschwindigkeiten von mindestens 30 Mbit/s haben sollten, und auf die Verwirklichung des hochgesteckten Ziels der Gigabitgesellschaft in der Union abgezielt werden. Solche Maßnahmen werden innovative digitale Dienste fördern und langfristige sozioökonomische Vorteile bringen. Die nahtlose flächendeckende Versorgung sowie die Netzanbindung in allen Mitgliedstaaten sollte die größtmögliche Ausdehnung und Zuverlässigkeit erreichen, um Anwendungen wie vernetzte Fahrzeuge und elektronische Gesundheitsdienste zu fördern.

Mit der gesetzlichen Konkretisierung „an allen Schienenstrecken“ wird gewährleistet, dass bei einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung neben der Versorgung der Straßen insbesondere die Schienenstrecken als zweiter

großer Verkehrsträger im Fokus stehen. Dieses ist auch aus umweltpolitischer Sicht von hervorgehobener Bedeutung, da damit die Attraktivität des Verkehrsträgers Bahn gesteigert und somit vermehrt Bürger zur Nutzung des Verkehrsträgers motiviert werden können. Das betrifft konkret „alle“ Schienenstrecken und nicht nur die Hauptverkehrstrecken. Denn nur so werden auch Pendler auf Nebenstrecken im Schienenpersonennahverkehr mit umfasst, für die eine durchgehende Mobilfunkverfügbarkeit von gesteigertem Interesse ist. Ebenso wie bei der Mobilfunkversorgung entlang von Straßen ist es auch bei der Versorgung entlang des Schienennetzes essentiell, dass eine „durchgehende“ Versorgung und eine Versorgung „aller“ Nutzer gewährleistet ist. Diese Konkretisierung zeichnet auf gesetzlicher Ebene eine Vorgabe nach, die die Bundesnetzagentur bereits seit 2015 beziehungsweise seit 2019 im Rahmen ihrer frequenzregulatorischen Festlegungen verfolgt (vgl. Bundesnetzagentur, Beschluss vom 28. Januar 2015 (Az. BK1-11/003) – 4G-Frequenzen; Beschluss vom 26. November 2018, Az. BK1-17-001). Auch hier gilt, dass für eine allen Nutzern zur Verfügung stehende Versorgung die sogenannte Anrechnungsklausel einschränkend wirkt, aber erwartet wird, dass Zuteilungsinhaber auf vertraglicher Grundlage in den Grenzen des Wettbewerbs- und Telekommunikationsrechts Kooperationen (z. B. Infrastruktur-Sharing, Roaming) eingehen, sodass durch jeden Zuteilungsinhaber ein weiterer Ausbau erfolgt (vgl. u. a. Bundesnetzagentur, Beschluss vom 26.11.2018, Az. BK1-17-001, Rn. 338). Demzufolge ist es – ebenso wie bei der Versorgung entlang der Straßen – auch für die Mobilfunkversorgung entlang aller Schienenstrecken entscheidend, dass der europäische Rechtsrahmen die Instrumente der Bundesnetzagentur zur Stärkung eines gemeinsamen, kostenreduzierenden Netzausbaus vorsieht (vgl. oben zu Artikel 47 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972), bzw. § 99 Absatz 2 und Artikel 61 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972 bzw. § 106). Ähnliches gilt für die Versorgung entlang der Wasserwege, d.h. der Seehäfen sowie der Binnenwasserwege des Kernnetzes des Bundes.

Mit der Formulierung „möglichst bis 2026“ wird bewusst ein Zeitziel gesetzt, um bei Unternehmen, Bürgern und Bundesnetzagentur für Rechts- und Planungssicherheit zu sorgen. Es handelt sich dabei aber nicht um eine unbedingte Erfolgshaftung, verbunden mit einer möglichen Pflicht für die Behörde, zu diesem Zeitpunkt unter allen Umständen die o.g. Versorgung durch entsprechende Auflagen durchzusetzen. Durch die relativierende Formulierung „möglichst“ bleibt Raum für eine Abwägungsentscheidung der Bundesnetzagentur, in der das Versorgungsziel im Abgleich mit dem Interesse der Wettbewerbsförderung auf der Ebene der Vergabebedingungen in konkrete zumutbare Versorgungsaufgaben ausgestaltet wird. Damit werden die Versorgungsaufgaben nicht der Sache nach schon auf Gesetzesebene vorweggenommen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist in diesem Zusammenhang allerdings weiterhin zu berücksichtigen, dass das Wettbewerbsprinzip aus Artikel 87f Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz nur unter dem Vorbehalt der Versorgungsgarantie gilt und nicht umgekehrt (vgl. BVerfGE 108, 370 Randnummer 94-96 (juris) – Postexklusivlizenz). Durch die weitergehende Konkretisierung, dass das Frequenzregulierungsziel nach § 87 Absatz 1 Nummer 1 zu „gewährleisten“ ist, wird zum Ausdruck gebracht, dass es sich auch um die Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gewährleistungsauftrags aus Artikel 87f Grundgesetz handelt, der seinen Niederschlag in § 1 TKG („flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen zu gewährleisten“) gefunden hat. Die im TKG-RegE gewählte Formulierung („vorantreiben“) wäre dem nicht uneingeschränkt gerecht geworden, da dieses als bloße Bemühensverpflichtung hätte aufgefasst werden können. Darüber hinaus bleibt der Bundesnetzagentur ausreichender Abwägungsspielraum, da es sich nicht um einen starren Rahmen, sondern um eine in der zeitlichen Perspektive flexible Formulierung handelt („möglichst“).

Zu § 89

Zu Absatz 1 Satz 5

In § 89 Absatz 1 Satz 5 wird die Ermächtigungsgrundlage für die Frequenzverordnung um den Hinweis ergänzt, die Frequenzverordnung können Regelungen, wie mit frei werdenden Frequenzen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle zu verfahren ist, aufgenommen werden. Dieser Zusatz ist auf ländersseitige Initiative in § 89 aufgenommen worden. Im Hinblick auf den sachlichen Anwendungsbereich handelt es sich um eine Nachfolgerregelung zu § 63 Absatz 4.

Zu § 90 Absatz 1 und 2

Es handelt sich um sprachliche Präzisierungen. Sie dienen der Unterscheidung der verschiedenen in § 89 vorgesehenen Verordnungsermächtigungen.

Zu § 91 Absatz 5 Satz 2

Es handelt sich um eine systematische Folgeanpassung. Die Regulierungsziele des § 2 werden durch die Ziele der Frequenzregulierung in § 87 konkretisiert.

Zu § 92**Zu Absatz 2 Nummer 3**

Mit der Konkretisierung wird die Problematik aufgegriffen, dass Versorgungsaufgaben teilweise in der Vergangenheit nicht rechtzeitig und ausreichend erfüllt wurden. Zum Teil mussten bis zu einjährige Nachfristen gewährt werden. Durch die Konkretisierung wird klargestellt, dass bei nicht-ordnungsgemäßer und -fristgerechter Erfüllung der Bedingungen aus der erstmaligen Zuteilung der Frequenznutzungsrechte, soweit dies zum Zeitpunkt der Verlängerungen schon hinreichend vorhersehbar und die Einhaltung nicht aus rechtlichen oder technischen Gründen unmöglich ist, erst recht keine Verlängerung dieser Rechte in Betracht kommt. Diesen Ansatz auch bereits auf Gesetzesebene zu konkretisieren, schafft bei der Bundesnetzagentur, aber auch bei den ausbauenden Netzbetreibern, Rechts- und Planungssicherheit und sichert faire Bedingungen auch zwischen den einzelnen Unternehmen untereinander ab. Der unionsrechtliche Spielraum für eine solche Konkretisierung ist gegeben, da es sich nur um die Ausgestaltung des Begriffs „ordnungsgemäße Einhaltung“ in Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe d Richtlinie (EU) 2018/1972 handelt und der Kriterienkatalog generell nicht abschließend ausgestaltet ist („u. a.“).

Zu Absatz 5

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist bereits heute anerkannt, dass im Rahmen einer Zuteilungsverlängerung auch bestehende Versorgungsaufgaben aufgeboben, fortgeführt oder modifiziert werden können. Bei einer Zuteilungsverlängerung handelt es sich rechtstechnisch nämlich um eine Neuzuteilung einer Frequenz, bei der auch Nebenbestimmungen neu auferlegt werden können. Diese Rechtslage ist auch unionsrechtlich fundiert und soll durch diese Regelung auch klarstellend im TKG verankert werden. Artikel 50 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972 bestimmt ausdrücklich, dass im Falle einer Zuteilungsverlängerung auch eine Überprüfung der Frequenznutzungsbedingungen erfolgen kann.

Eine Ausnahme hierzu bildet der Verlängerungsanspruch innerhalb des Zeitraums der Vorhersehbarkeit der Regulierung von mindestens 20 Jahren im Sinne des § 92 Absatz 3 Satz 3. Im Sinne des Vertrauensschutzes der Unternehmen auf den Fortbestand der zu Beginn der Frequenznutzungsdauer festgelegten Bedingungen können diesbezüglich Nebenbestimmungen für die Verlängerung von mindestens 15 Jahren um mindestens 5 Jahre grundsätzlich nicht einseitig geändert werden.

Zu § 96 Absatz 1

Die geltende Regelung, wonach die Sendernetzbetreiberauswahl nur dann durch den Inalteanbieter statt durch die Bundesnetzagentur erfolgt, wenn die Gesamtkapazität einem einzigen Inalteanbieter zur alleinigen Nutzung medienrechtlich zugewiesen ist, hat sich in der Praxis nicht bewährt. Sie entspricht weder dem Willen der Bedarfsträger noch ist sie medienpolitisch notwendig. Zwar wären bei einer gemeinsamen Sendernetzbetreiberauswahl durch mehrere Inalteanbieter etwaige später in den Multiplex aufzunehmende Inalteanbieter an diese Auswahlentscheidung gebunden, ohne sich daran beteiligen zu können. Doch diese Bindungswirkung besteht nach der geltenden Regelung für neu hinzukommende Inalteanbieter ebenso, wenn die Sendernetzbetreiberauswahl zum Start eines Multiplexes nicht durch die damaligen Inalteanbieter gemeinschaftlich erfolgte, sondern durch die Bundesnetzagentur.

Zu § 99 Absatz 2

Mit § 99 Absatz 2 wird Artikel 47 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972 umgesetzt. Damit wird klargestellt, dass neben den Verpflichtungsbefugnissen in § 105 (Förderung des Wettbewerbs) und § 106 (Lokales Roaming, Zugang zu aktiven und passiven Netzinfrastrukturen) weitere Möglichkeiten bestehen, die Versorgung zu verbessern, wenn die Bundesnetzagentur Frequenzzuteilungen gemäß Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 mit Nebenbestimmungen verknüpft. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Umsetzung der gemäß diesem Absatz auferlegten Bedingungen durch die Unternehmen weiterhin dem Wettbewerbsrecht unterworfen bleibt.

Die in Absatz 6 Nummer 1 bis 3 beschriebenen Möglichkeiten zur Versorgungsverbesserung einerseits und zur Reduzierung der Kostenlast bei den betroffenen Anbietern andererseits sind auch bereits in der jüngsten Entscheidungspraxis der Bundesnetzagentur angelegt. Denn die symmetrischen Ausbaupflichtungen sind mit einer Anrechnungsklausel versehen. Danach kann sich der an dem konkreten Ort nicht ausbauende Anbieter den Ausbau des ausbauenden Anbieters anrechnen lassen. Die Bundesnetzagentur erwartet aber, dass Zuteilungsinhaber auf vertraglicher Grundlage in den Grenzen des Wettbewerbs- und Telekommunikationsrechts Kooperationen (z. B.

Infrastruktur-Sharing, Roaming) eingehen, sodass durch jeden Zuteilungsinhaber ein weiterer Ausbau erfolgt (vgl. u. a. Bundesnetzagentur, Beschluss vom 26.11.2018, Az. BK1-17-001, Rn. 241). Dieses Instrumentarium wird mit der Umsetzung von Artikel 47 Absatz 2 in § 99 Absatz 2 und den darin beschriebenen Möglichkeiten sowie der Ausgestaltung des Frequenzregulierungsziels in § 87 Absatz 2 Nummer 1 gestärkt und konkretisiert. Eine Anrechnung des Ausbaus ist zur Entlastung des einzelnen Unternehmens weiterhin möglich, soweit damit das Frequenzregulierungsziel, hochwertige drahtlosen Sprach- und Datendienste flächendeckend und unterbrechungsfrei für alle Endnutzer vorangetrieben beziehungsweise mindestens entlang der Verkehrswege ein durchgehender, unterbrechungsfreier Zugang für alle Endnutzer zu Sprach- und breitbandigen Datendiensten des öffentlichen Mobilfunks möglichst bis 2026 gewährleistet wird (§ 87 Absatz 2 Nummer 1).

Zu § 100

Zu Absatz 1

Mit der Änderung des § 100 Absatz 1 wird bereits auf gesetzlicher Ebene eine Wertung vorgenommen, dass neben der Förderung des Wettbewerbs stets auch die Verbesserung der Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, angestrebt werden muss.

Zu Absatz 4 Nummer 4

Mit der Errichtung der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) und der Verfügbarkeit von Förderprogrammen für den Mobilfunk wurden von der Bundesregierung Rahmenbedingungen geschaffen, die es den Mobilfunknetzbetreibern grundsätzlich ermöglichen, die Kosten für die Erfüllung von Versorgungsaufgaben zu reduzieren. Diese Möglichkeit der Kostenreduzierung kann bereits heute im Rahmen der Verhältnismäßigkeitserwägungen bei der Festlegung von Versorgungsaufgaben berücksichtigt werden. Die Ergänzung stellt nunmehr klar, dass eine zumutbare Mitnutzung geförderter Infrastrukturen oder die Möglichkeit Infrastrukturen mit Hilfe von Fördermitteln aufzubauen, stets Berücksichtigung finden muss. Eine solche Berücksichtigungspflicht wird auf unionsrechtlicher Ebene durch die hohe Bedeutung, die die Richtlinie (EU) 2018/1972 einer effektiven und effizienten Frequenznutzung einräumt, gestützt (siehe Artikel 47 Absatz 1 und Artikel 13 Absatz 1 Richtlinie (EU) 2018/1972). Sofern öffentlich geförderte Infrastrukturen vorhanden sind oder aufgebaut werden können, die von Frequenzzuteilungsinhabern in zumutbarer Weise genutzt werden können, kann dies die Effizienz und die Effektivität der Frequenznutzung steigern und den Netzausbau gegebenenfalls beschleunigen.

Die grundsätzliche Möglichkeit des Gesetzgebers, kostensenkende Aspekte zu adressieren, zeigt auch Erwägungsgrund 101 der Richtlinie (EU) 2018/1972, der die Frage nach der Ausgestaltung von Entgelten für Frequenznutzungsrechte – auch im Zusammenhang mit Frequenzvergabeverfahren – beinhaltet. Demnach gilt: „Die Mitgliedstaaten könnten auch etwaige Kosten in Verbindung mit der Erfüllung der zur Förderung von politischen Zielen auferlegten Genehmigungsbedingungen berücksichtigen.“

Da die Verfügbarkeit öffentlicher Fördermittel für die Mitnutzung oder den Aufbau von Mobilfunkinfrastrukturen unmittelbare Auswirkungen auf die Erfüllungskosten für Versorgungsaufgaben hat, spricht dies dafür, diesen Aspekt auch bei der Auferlegung von Versorgungsaufgaben zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, dass bei einer Verfügbarkeit von Fördermitteln, die in zumutbarer Weise durch Mobilfunknetzbetreiber für die Mitnutzung oder den Aufbau von Mobilfunkinfrastrukturen – insbesondere in weißen Flecken – genutzt werden können, Versorgungsaufgaben gegebenenfalls weitreichender ausgestaltet werden können, als dies der Fall wäre, wenn Unternehmen die gesamte Netzinfrastuktur eigenwirtschaftlich neu aufbauen müssen. Zudem könnte das Vorhandensein von mitnutzbaren Infrastrukturen – im Sinne von Erwägungsgrund 101 – bei der Festlegung der Reservepreise in einem Versteigerungsverfahren berücksichtigt werden.

Zu § 101 Absatz 2 Nummer 5

Es handelt sich um eine systematische Folgeanpassung (s. o. Begründung zu § 91 Absatz 5 Satz 2).

Zu § 103

Zu Absatz 3

Um das in § 87 Absatz 2 Nummer 1 erstmals konkretisierte Mindestausbauziel („durchgehenden, unterbrechungsfreien Zugang für alle Endnutzer zu Sprach- und breitbandigen Datendiensten“) im zeitlich möglichst zu erreichenden Rahmen bis 2026 realisieren zu können, bedarf es zwangsläufig einer deutlich differenzierteren Datengrundlage über den Ausbauzustand der einzelnen Mobilfunknetze. Nur wenn klar ist, wo konkret und in welchem

Umfang generell es entlang des Verkehrsnetzes (Straße, Schiene, Wasserstraße) häufig zu Schwerpunkten von Verbindungsabbrüchen oder generellen Versorgungslücken in den jeweiligen Mobilfunknetzen kommt, können die Instrumente der Frequenzregulierung bzw. andere staatliche Maßnahmen gezielt auf die Beseitigung dieser Defizite ausgerichtet werden. Das deckt sich mit den bereits im aktuell geltenden Rechtsrahmen eingeführten nationalen Transparenzvorschriften. Bereits 2019 wurde in § 45n Absatz 8 Satz 2 vorgesehen, dass die Bundesnetzagentur auf ihrer Internetseite die von den Mobilfunknetzbetreibern übermittelten Informationen über die tatsächliche, standortbezogene Mobilfunknetzabdeckung einschließlich lokaler Schwerpunkte für Verbindungsabbrüche bei der Sprachtelefonie veröffentlicht (vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 19/6336, 19/6437 – Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes (5. TKG-Änderungsgesetz – 5. TKGÄndG), Bundestagsdrucksache 19/11180 vom 26. Juni 2019, S. 2). Diese bereits 2019 vorgesehenen Regelungen werden auf das nun in § 87 Absatz 2 Nummer 1 neu eingefügte Mobilfunkausbauziel angepasst und konkretisiert.

Neben der Erreichung des Frequenzregulierungsziels leistet ein höheres Maß an öffentlich für den einzelnen Mobilfunkkunden verfügbarer Transparenz zur Qualität der einzelnen Mobilfunknetze auch einen direkten Beitrag zum Qualitätswettbewerb. Denn wenn der Verbraucher sich einfach zugänglich über die Netzqualität des jeweiligen Anbieters in seiner Region, in der er sich üblicherweise aufhält, informieren kann, so kann er einfacher eine fundierte Entscheidung bei der Wahl seines Anbieters treffen. Gleichzeitig gibt ein höheres Maß an öffentlich verfügbarer Transparenz der Netzqualität für die Netzbetreiber einen zusätzlichen Anreiz, lokale Defizite zu beseitigen.

Dabei soll die veröffentlichte Netzabdeckung auch den unterschiedlichen Bedarfen der Mobilfunkkunden Rechnung tragen und ihnen eine informierte Entscheidung ermöglichen. Daher ist die Darstellung unter Berücksichtigung der Angebote am Markt stets anzupassen bzw. zu ergänzen, z. B. wenn die Unternehmen mit Zugang zu einem neuen Netzstandard (z. B. derzeit 5G) werben.

Zu Absatz 4

Mit dem nicht abschließenden Katalog in Absatz 4 wird der bisherige § 45n Absatz 8 Satz 2 wieder aufgegriffen und zusätzlich zum generellen Monitoringansatz des Absatz 3 hervorgehoben, dass die lokalen Schwerpunkte von Verbindungsabbrüchen und die nicht versorgten Bereiche entlang des Verkehrsnetzes von hervorgehobenem Interesse für ein Erreichen des Frequenzregulierungsziels in § 87 Absatz 2 Nummer 1 sind.

Zu Absatz 5

Das Erreichen der Frequenzregulierungsziele (insbesondere § 87 Absatz 2 Nummer 1) ist für den Mobilfunknetzausbau von hervorgehobener politischer Bedeutung. Um anbieterscharf und längenbezogen Defizite beziehungsweise Fortschritte bei der Netzabdeckung insbesondere entlang des Verkehrsnetzes (Straßen, Schiene, Wasserstraße) analysieren und daraufhin etwaigen rechtlichen Anpassungsbedarf kurzfristig einleiten zu können, bedarf es einer regelmäßigen Information des zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Zu § 106

Zu Absatz 1

Es erfolgte eine engere Anpassung an den unionsrechtlich vorgesehenen Rahmen. Denn Artikel 61 Absatz 4 Satz 1 Richtlinie (EU) 2018/1972 sieht nicht vor, dass die Anwendbarkeit der Regelung durch die Bundesnetzagentur vom Antrag eines Anbieters abhängig gemacht werden kann („[...] zuständige Behörden befugt sind, [...] Verpflichtungen [...] aufzuerlegen“, ebenso Erwägungsgrund 156 Richtlinie (EU) 2018/1972).

Ferner wird die unionsrechtlich angelegte Flexibilität in räumlicher Hinsicht genutzt. Denn Artikel 61 Absatz 4 Satz 1 Richtlinie (EU) 2018/1972 spricht von „lokalen“ Roamingzugangvereinbarungen. Demzufolge ist die Anwendung in einem „räumlich umgrenzten Gebiet“, statt räumlich „eng“ umgrenzten Gebiet unionsrechtlich möglich und tatsächlich auch geboten. Denn die ursprüngliche gewählte Formulierung hätte in der Praxis aller Voraussicht nach zu einer nahezu standortbezogenen Anwendung geführt. Diese hätte in der Einzelstandortverpflichtung sowohl für die Bundesnetzagentur als auch für die betroffenen Unternehmen zu einem sehr hohen Verwaltungsaufwand geführt. Das wird durch die Flexibilisierung vermieden. Schlussendlich trägt dieses auch zu einer zielgerichteteren Umsetzung des Regulierungsziels in § 87 Absatz 2 Nummer 1 bei. Gerade die durchgehende

und unterbrechungsfreie Versorgung der Straßen und Schienenstrecken in den ländlichen, schwer komplett eigenwirtschaftlich erschließbaren Regionen wird ein möglicher Anwendungsfall für lokales Roaming bzw. aktives Infrastruktursharing darstellen. Sowohl administrativ als auch technisch ist es wenig zielführend, hier standortscharfe Verpflichtungen aussprechen zu müssen. Für die betroffenen Unternehmen und für die Behörde, aber auch technisch, ist es effizienter, zumindest bestimmte längere Straßenverläufe oder bestimmte längere Abschnitte im Schienennetz zu „räumlich umgrenzten Gebieten“ zusammenzufassen.

Aufgrund der unterschiedlichen Zielrichtungen wird die Bundesnetzagentur das Instrument des „lokalen“ Roaming bzw. aktiven Infrastruktursharing in ihrer Einzelfallkasuistik vom Instrumentarium in § 105 („nationales“ oder „regionales“ Roaming“) abgrenzen. Denn „lokales“ Roaming bzw. aktives Infrastruktursharing kommt dort zum Einsatz, wo ein äußerst lückenhafter oder gar kein Zugang zu Netzen und Diensten zu verzeichnen ist (vgl. Artikel 61 Absatz 4 Satz 2 Richtlinie (EU) 2018/1972). Das Instrumentarium in § 105 dient hingegen der Wettbewerbsförderung.

Zu Absatz 1 Nummer 1

Die Norm wird weiter an Artikel 61 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972 angenähert. Die Verpflichtungsbefugnis für die Bundesnetzagentur im Hinblick auf die Mitnutzung von passiven Infrastrukturen ergibt sich nun direkt aus Absatz 1. Ein gegebenenfalls zeitaufwendiges Verfahren nach §§ 136 ff. wird somit vermieden.

Zu Absatz 1 Nummer 6

Es ist weiterhin sichergestellt, dass die Beteiligten vorrangig im Rahmen von Verhandlungen Vereinbarungen zum lokalen Roaming bzw. Infrastruktursharing treffen sollen. Mit der Aufnahme von konkreten Fristvorgaben ist jedoch sichergestellt, dass diese Verhandlungen in einem konzentrierten und zeitlich begrenzten Rahmen stattfinden und somit eine tatsächliche Verbesserung der Mobilfunkversorgung nicht unnötigerweise verzögert wird. Da es sich konkret ausschließlich um räumlich begrenzte und nicht um regionale oder nationale Vereinbarungen handelt, ist die Verhandlungssituation auch nicht von erhöhter Komplexität. Demzufolge ist eine Verhandlungsdauer von drei Monaten mit einer Verlängerungsmöglichkeit von einem weiteren Monat ausreichend.

Zu Absatz 2

Es erfolgt eine Anpassung an den abschließenden Abwägungskatalog in Artikel 61 Absatz 4 Satz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972. Da ein allgemeiner Verweis auf die Regulierungsziele in § 2 Absatz 2 keine unionsrechtliche Entsprechung in Artikel 61 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/1972 hat, bedarf es auch keines Verweises bei der nationalen Umsetzung.

Zu Absatz 2 Nummer 1

Die unionsrechtliche Basis in Artikel 61 Absatz 4 Satz 4 Buchstabe a Richtlinie (EU) 2018/1972 wird übernommen und an die Konkretisierung in den Frequenzregulierungszielen (§ 87 Absatz 2 Nummer 1) angepasst. Damit wird auch eine Konkretisierung des Anwendungsbereichs von lokalem Roaming und aktivem Infrastruktur Sharing sichergestellt.

Zu Absatz 2 Nummer 3

Durch Aufnahme des gesetzlichen Merkmals „wesentlich“ erfolgt eine Anpassung an den Wortlaut von Artikel 61 Absatz 4 Satz 4 Buchstabe a, Artikel 61 Absatz 3 Richtlinie (EU) 2018/1972.

Zu Absatz 2 Nummer 7

Es erfolgt eine Anpassung an den Wortlaut des Artikel 61 Absatz 4 Satz 4 Buchstabe f Richtlinie (EU) 2018/1972, da der Wortlaut des Regierungsentwurfes enger ausgestaltet war.

Zu Absatz 4

Die Streichung des Begriffes „eng“ ist eine Folgeanpassung aufgrund der Änderung in Absatz 1. Der räumliche Anwendungsbereich des Zugangs zu „aktiven“ Netzinfrastrukturen ist damit identisch zum Anwendungsbereich des lokalen Roaming und des Zugangs zu passiven Infrastrukturen.

Zu Absatz 5

Nach der zeitlichen Strukturierung der zunächst notwendigen Verhandlungen zwischen den Beteiligten nach Absatz 1 Nummer 6 ist es ebenfalls notwendig, ein mögliches behördliches Entscheidungsverfahren zeitlich zu strukturieren und somit einen Beitrag zu einer möglichst zeitnahen Verbesserung der Mobilfunkversorgung zu leisten. Hierzu ist vorgesehen, dass die Entscheidung der Bundesnetzagentur über die Bedingungen des lokalen Roaming oder des Zugangs zu aktiven Netzinfrastrukturen innerhalb von zwei Monaten gefällt wird. Außerdem ist eine Fristverlängerung von einem Monat möglich.

Zu § 109 Absatz 1

Von einer Aufnahme der Persönlichen Rufnummern in den Anwendungsbereich der Preisangabepflicht wird abgesehen. Persönliche Rufnummern sind zum überwiegenden Teil Privatpersonen zugeteilt, die diese Rufnummern nicht gewerblich nutzen. Für diese Gruppe von Zuteilungsnehmern würde die Preisangabepflicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen. Dies bestätigen die Ausführungen der Sachverständigen in der öffentlichen Anhörung. Insofern wird von der Regelung Abstand genommen.

Zu § 110 Absatz 1

Die Preisansage bei der Inanspruchnahme sprachgestützter Betreiberauswahl führt derzeit nicht zu dem Maß an Preistransparenz, das zu einem umfassenden Schutz der Nutzer erforderlich ist. Bei der Bundesnetzagentur gehen weiterhin Beschwerden über die Preisansagen verschiedener Anbieter ein, die zwischen einer Preisansage in Euro und Cent variieren und dadurch Verwechslungen provozieren. Da eine Vorgabe, den Preis ausschließlich in Cent anzusetzen für zahlreiche Anbieter, die ihre Preise bislang ausschließlich in Euro ansagen, zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen würde, wird für die Preisansage bei der Inanspruchnahme sprachgestützter Betreiberauswahl keine Währungseinheit vorgegeben. Die erforderliche Preistransparenz und damit der Schutz der Verbraucher wird dadurch erreicht, dass ein Wechsel zwischen Preisansagen in Euro und in Cent untersagt wird. Anbieter werden sich künftig für eine Währungseinheit entscheiden müssen. Preisverwechslungen werden auf diese Weise vermieden. Zudem ist eine Umstellung der Systeme bei den Anbietern nicht erforderlich. Die Regelung schafft insofern einen Ausgleich zwischen den Anforderungen der Preistransparenz und des Verbraucherschutzes einerseits und den Belastungen der Anbieter andererseits.

Zu § 112**Zu Absatz 3**

Es handelt sich lediglich um eine sprachliche Klarstellung ohne inhaltliche Änderung, die aufgrund der Aufteilung der bisherigen Regelung in mehrere Absätze erforderlich ist.

Zu Absatz 5

Zum Schutz der Verbraucher wird für Persönliche Rufnummern und Nationale Teilnehmerrufnummern ein Höchstpreis in Höhe von 0,09 Euro pro Minute festgesetzt. Nach den Beratungen im parlamentarischen Verfahren erscheint der zunächst angedachte Höchstpreis von 0,14 Euro pro Minute nicht angemessen. Die Tarife zahlreicher Anbieter für Verbindungen zu Persönlichen Rufnummern und Nationalen Teilnehmerrufnummern liegen bereits heute unter der Preishöchstgrenze von 0,09 Euro pro Minute. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die zur Erhöhung des Verbraucherschutzes vorgenommene Absenkung der Preishöchstgrenze nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen auf Seiten der Anbieter führt.

Zu § 120 Absatz 2

Der neue Satz 4 enthält eine Festlegungsbefugnis der Bundesnetzagentur für Voraussetzungen, unter denen abweichend von Satz 1 das Aufsetzen einer ausländischen Rufnummer zulässig ist. Es sind insbesondere im Zusammenhang mit dem zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt Geschäftsmodelle denkbar, bei denen es sachgerecht erscheint, dass eine ausländische Rufnummer als weitere Rufnummer aufgesetzt wird. So gibt es Unternehmen, die von Deutschland aus im gesamten europäischen Wirtschaftsraum agieren. Hier kann es auch aus Verbrauchersicht (z. B. für einen Rückruf der Rufnummer) wünschenswert sein, wenn sie von einer Rufnummer des eigenen Landes kontaktiert werden. Der Schutzzweck von Satz 1 ist etwa dann nicht beeinträchtigt, wenn eine missbräuchliche Nutzung der ausländischen Rufnummer ausgeschlossen ist, weil etwa die ausländische Rufnummer nur zu Anrufen in das entsprechende europäische Ausland genutzt wird und sichergestellt ist, dass der

Nutzung das nationale Recht des jeweiligen Landes nicht entgegensteht. Insbesondere muss ein Nutzungsrecht nach dem jeweiligen Landesrecht bestehen und die Nutzung der Rufnummer im Ausland muss nach dem jeweiligen nationalen Recht zulässig sein. Die Bundesnetzagentur entscheidet nach billigem Ermessen ob sie eine entsprechende Festlegung erlässt und wie die Voraussetzungen im Einzelnen ausgestaltet werden. Dabei berücksichtigt sie die Stellungnahmen der betroffenen Fachkreise und Verbraucherverbände.

Zu § 126 Absatz 2

Absatz 2 wird auf Antrag des Bundesrates aus rechtssystematischen Gründen in § 127 verschoben und bildet dort in sprachlich und rechtstechnisch gestraffter Form den ansonsten in seinem Regelungsgehalt unveränderten neuen Absatz 7.

Gleichzeitig wird hierdurch das Verhältnis zu § 127 Absatz 1 geklärt. Die mindertiefe Verlegung erfordert keinen gesonderten Antrag. Soll eine mindertiefe Verlegung erfolgen, ist dies im Zustimmungsantrag jedoch ausdrücklich mitzuteilen. Die Mitteilung umfasst dabei auch die technischen und baulichen Merkmale der mindertiefen Verlegung im beantragten Fall. Die Mitteilung des Antragstellers umfasst u. a. Angaben zur vorgesehenen Verlegetiefe bzw. Mindestüberdeckung, Verlegebreite und zum geplanten Trassenverlauf.

Zu § 127

Zu Absatz 3

Die durch den Bundesrat vorgeschlagene Änderung erhöht die Verständlichkeit der Norm und vermeidet ungewollte Auslegungen.

Zu Absatz 4

Die in Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Änderungen des Absatzes 3 stehenden Ergänzungen des Absatzes 4 bezwecken zum einen die stärkere Betonung des optionalen Charakters der Regelung als auch die Übertragung des Regelungs- und Fristensystems des Absatzes 3.

Mit der Einfügung des Begriffs „etwaiger“ wird klargestellt, dass das hier vorgeschlagene beschleunigte Verfahren nur Anwendung findet, wenn der zuständige Wegebaustraäger entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen hat oder erlässt. Es steht dem Wegebaustraäger frei zu entscheiden, ob er von der Möglichkeit der Beschleunigung und Entlastung Gebrauch machen will oder nicht.

Der Begriff des Nutzungsberechtigten wird aus Gründen der Klarstellung durch den Begriff des Anzeigenden ersetzt, um zu verdeutlichen, dass die Anzeige auch durch einen Nicht-Nutzungsberechtigten erfolgen kann, wenn dies für einen oder im Auftrag eines Nutzungsberechtigten erfolgt. Das Vorliegen der Nutzungsberechtigung und die Beauftragung oder Bevollmächtigung ist vom Wegebaustraäger nicht zuletzt zur Sicherung etwaiger Regressansprüche wie auch sonst im Zustimmungsverfahren u. a. durch Beachtung der von der Bundesnetzagentur gemäß § 125 Absatz 4, Satz 2 zur Verfügung gestellten Informationen nachzuvollziehen.

Zu Absatz 5

Der Begriff „gemeinsam“ wird durch den Begriff „zeitgleich“ ersetzt und der letzte Halbsatz gestrichen, um normklar jegliche Konzentrationswirkung – auch im Hinblick auf den Fristlauf – auszuschließen. Die koordinierende Stelle soll sowohl nach außen als auch nach innen als One-Stop-Shop bzw. Lotse fungieren. Nach außen sollen sie für den Antragsteller primärer Ansprechpartner sein, der auch bspw. Verfahrensfragen beantwortet, soweit es möglich ist. Nach innen kann die koordinierende Stelle eine unterstützende, koordinierende und Expertise aufbauende Funktion ausüben, die dazu beitragen kann, die Zustimmungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und den Aufwand – auch für die Verwaltung – zu minimieren. Erfahrungen in einzelnen Ländern, die bereits vergleichbare Stellen eingerichtet haben, zeigen, dass Effizienz- und Entlastungseffekte sowohl auf Verwaltungs- als auch auf Wirtschaftsseite generiert werden.

Zu Absatz 7

Der neue Absatz 7 entspricht im Hinblick auf den Regelungsgehalt dem im Regierungsentwurf vorgeschlagenen § 126 Absatz 2. Die Verschiebung erfolgt auf Antrag des Bundesrates aus rechtssystematischen Gründen. Im Übrigen wird der Wortlaut gestrafft und die unnötige Nummerierung aufgelöst.

Darüber hinaus wird die ausdrückliche Nennung der Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien (ATB-BeStra) gestrichen, da diese als technisches Regelwerk gemäß § 126 ohnehin zu beachten ist und weil neben diesem Regelwerk auch weitere technische Regelwerke existieren, deren Geltung durch den Normtext nicht ausgeschlossen werden soll.

Die mindertiefe Verlegung erfordert keinen gesonderten Antrag. Soll eine mindertiefe Verlegung erfolgen, ist dies im Zustimmungsantrag jedoch ausdrücklich mitzuteilen. Die Mitteilung umfasst dabei auch die technischen und baulichen Merkmale der mindertiefen Verlegung im beantragten Fall. Die Mitteilung des Antragstellers umfasst u. a. Angaben zur vorgesehenen Verlegetiefe bzw. Mindestüberdeckung, Verlegebreite und zum geplanten Trassenverlauf.

Zu Absatz 8

Absatz 8 entspricht dem bisherigen Absatz 7. Der neue Satz 3 stellt klar, dass der Wegebausträger bezüglich mindertiefer Verlegung, für die (noch) keine anerkannten Regeln der Technik bestehen, im Rahmen von Nebenbestimmungen zur Zustimmung nach § 127 Absatz 1 von den Angaben des Antragsstellers abweichende Vorgaben zur Art und Weise der Errichtung bei der mindertiefen Verlegung machen darf, wenn dies mit Blick auf § 126 Absatz 1 aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist.

Gleiches gilt für die Errichtung und Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite, wenn als Unterfall der anerkannten Regeln der Technik noch kein Errichtungs- und Anbindungskonzept vorliegt.

Zu § 129 Absatz 4

Auf Initiative des Bundesrates wird die Verwaltungsaktbefugnis des Unterhaltspflichtigen ausdrücklich im neuen Absatz 4 festgeschrieben, wenngleich sich diese auch bereits nach gegenwärtiger Rechtslage durch Gesetzesauslegung herleiten lässt.

Zu § 130 Absatz 4

Auf Initiative des Bundesrates wird die Verwaltungsaktbefugnis des Unterhaltspflichtigen ausdrücklich im neuen Absatz 4 festgeschrieben, wenngleich sich diese auch bereits nach gegenwärtiger Rechtslage durch Gesetzesauslegung herleiten lässt.

Zu § 131 Absatz 1

Die Schonung der Baumpflanzungen hat auch bei Wirtschaftswegen im Sinne des § 134 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 zu erfolgen.

Zu § 143 Absatz 3

Die Ergänzung beschreibt einen typischen Fall einer unwesentlichen Beeinträchtigung des Hauptzwecks der Bauarbeiten.

Zu § 145 Absatz 8

Der neu eingefügte Absatz 8 stellt sicher, dass keine Doppelfinanzierung neu errichteter gebäudeinterner Netzinfrastrukturen möglich ist, indem er die Anwendung der Absätze 2 und 3 ausschließt, soweit die gebäudeinterne Netzinfrastruktur einer Verpflichtung zum offenen Netzzugang gemäß § 72 Absatz 6 unterliegt. In diesen Fällen besteht kein Anspruch auf Mitnutzung gemäß § 145 Absatz 2.

Zu § 149 Absatz 5 Satz 2

Durch die Änderung in Satz 2 wird klargestellt, dass zukünftig ein Mitnutzungsentgelt nach Absatz 3 im Fall der Aufrüstung bestehender Netzinfrastrukturen in Gebäuden nur dann in Betracht kommt, wenn als Folge der Maßnahme die gebäudeinterne Netzinfrastruktur vollständig aus Glasfaserkomponenten besteht. Dadurch wird sichergestellt, dass über die Mitnutzungsentgelte nach Absatz 3 nur die gebäudeinterne Aufrüstung bestehender Infrastrukturen mit Glasfaser refinanziert werden kann.

Die Ergänzung des Satz 2 dient der Vermeidung (volks-)wirtschaftlich nachteiliger und ungerechtfertigter Entwicklungen, indem vorgesehen wird, dass der Entgeltmaßstab für die Mitnutzung gebäudeinterner Netzinfrastruk-

turen nach Absatz 3 nur zwischen Eigentümern und Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze Anwendung findet und nur soweit die mitzunutzende gebäudeinterne Netzinfrastruktur auf Kosten eines Eigentümers oder Betreibers eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes errichtet wurde.

Zudem wird durch den letzten Halbsatz klargestellt, dass Unternehmen im Sinne des § 3 Nummer 69 TKG-E, die mit dem Verfügungsberechtigten Eigentümer verbunden sind, vom Anwendungsbereich des Satzes 2 und damit von den Bestimmungen des Mitnutzungsentgelts nach den Maßstäben des Absatzes 3, ausgeschlossen sind. Dies ist mit Blick auf die Systematik innerhalb dieses Gesetzes erforderlich. Danach soll dem Grundstücks- beziehungsweise Gebäudeeigentümer die Refinanzierung von Investitionsmaßnahmen zur Aufrüstung der gebäudeinternen Netzinfrastruktur entweder im Rahmen eines auf den Mieter umlegbaren Glasfaserbereitstellungsentgeltes nach § 72 TKG-E in Verbindung mit § 2 Nummer 15 Buchstabe c BetrKV oder durch eine Erhöhung der Miete als Folge einer Modernisierungsmaßnahme nach §§ 555b, 559 BGB möglich sein. Eine weitere Möglichkeit zur Refinanzierung für den Eigentümer ist nicht erforderlich.

Zu § 150

Durch die Streichung des letzten Satzes wird jegliche Konzentrationswirkung – auch im Hinblick auf den Fristlauf – normklar ausgeschlossen. Im Übrigen ist auf den Regelungszusammenhang mit § 127 Absatz 5 hinzuweisen.

Zu § 152 Absatz 1

Die Streichung der Sätze 2 und 3 sind Ergebnis eines Prüfauftrags des Bundesrates zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Zu § 156 Absatz 1

Die Änderung verdeutlicht, dass die Bereitstellungsfrist nicht im Ermessen des Diensteverpflichteten steht, sondern normativ vorgegeben ist.

Zu § 157

Zu Absatz 1

Die Aufgabe der Marktbeobachtung nimmt die Bundesnetzagentur dauerhaft, insbesondere durch Prüfung eingehender Endnutzerbeschwerden wahr. Einmal jährlich soll eine Zusammenfassung und Bewertung der ihr vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zur Versorgung mit einem Mindestangebot an Telekommunikationsdiensten im Jahresbericht der Bundesnetzagentur erfolgen.

Zu Absatz 3

Die Festlegung der technischen Details in Form eines einfachen Verwaltungsaktes, so wie ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehen, ist aufgrund der bundesweiten Auswirkungen auf die Grundversorgung nicht angemessen. Mit der Festlegung der detaillierten technischen Anforderungen in Form einer Rechtsverordnung erhält diese Entscheidung eine höhere Rechtsverbindlichkeit. Durch die Option, diese Verordnungsermächtigung an die Bundesnetzagentur zu übertragen (Absatz 5), bleibt gleichzeitig der Ansatz des Regierungsentwurfes erhalten, dass die Behörde die technischen Details ausarbeiten kann. Vor Erlass der Rechtsverordnung ist dann jedoch das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und mit dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages herzustellen.

Durch die Konkretisierung in Satz 3 wird klargestellt, dass auch die in Anhang V der Richtlinie (EU) 2018/1972 genannten Dienste (wie beispielsweise Anruf und Videoanrufe (Standardqualität) nach Nummer 11 oder die Nutzungsmöglichkeit sozialer Medien nach Nummer 10) bereits so leistungsfähig sein müssen, dass reguläre Teleheimarbeitsanwendungen einschließlich Verschlüsselungsverfahren im üblichen Umfang darunter fallen und damit lediglich die minimale Untergrenze beschrieben wird und somit Artikel 92 Richtlinie (EU) 2018/1972 unberührt bleibt. Es ist davon auszugehen, dass diese Leistung durch ein 30-Mbit-Produkt erreicht wird.

Schließlich ist es für das Funktionieren der beschriebenen Mindestdienste notwendig, dass die Daten mit einer bestimmten Zuverlässigkeit, d. h. Latenz, gesendet und empfangen werden können und so eine flüssige Sprachübertragung und ruckelfreier Empfang und Versand von Videobildern über den individuell zu betrachtenden Anschluss sichergestellt wird. Folglich ist neben den beiden Faktoren Download- und Uploadrate auch die mögliche Verzögerung der empfangenen und gesendeten Daten, die Latenz, auf Gesetzesebene als festzulegendes technisches Kriterium vorzusehen. Entgegen der Begründung des Regierungsentwurfes zu § 156 Absatz 3 sollte

bei der Festlegung grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die festgelegten Werte über den Tagesverlauf auch nutzbar sind. Weitreichende Ausnahmen, wie oft diese Werte für die Endnutzer im Tagesverlauf (24 Stunden) tatsächlich verfügbar sein müssen beziehungsweise unterschritten werden dürfen, damit eine Versorgung noch gewährleistet ist, erscheinen zumindest grundsätzlich nicht zielführend. In keinem Fall kann, so wie noch in der Begründung des Regierungsentwurfes vorgesehen, von solchen Vorgaben für das gesamte Bundesgebiet oder für Teile davon abgesehen werden. Denn dadurch entstände die Gefahr, dass auch im Falle der hier relevanten Mindestversorgung die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eben nicht erreicht wird.

Laut Empfehlung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vom 18. März 2020 muss Telearbeitern ein sicherer Fernzugriff zum Beispiel im üblichen Umfang über kryptografisch abgesicherte Virtual Private Networks (VPN) auf das Netz der jeweiligen Institution ermöglicht werden. Ansonsten können Informationen abgehört oder manipuliert werden. Der gesamte Datenfluss der mobilen Arbeitsplätze sollte ausschließlich über das VPN in das Netz der Institution geleitet werden, um die dortigen Sicherheitsstrukturen zu nutzen; dies betrifft insbesondere die durch Webbrowser erzeugten Datenströme. Ein Umgehen der VPN-Verbindung sollte unbedingt unterbunden werden, um eine risikoreiche direkte Kopplung des internen Netzes mit dem Internet zu verhindern. Im Hinblick auf die technischen Leistungsmerkmale des individuell zu betrachtenden Anschlusses ist es demzufolge zur wirtschaftlichen Teilhabe im Sinne des Artikel 84 Richtlinie (EU) 2018/1972 notwendig, dass die Teleheimarbeitsplatzanwendungen (wie bspw. Datenzugriff oder Telefon- und Videokonferenzen) auch unter Einsatz von Verschlüsselungstechniken (VPN) im üblichen Umfang realisiert werden können.

Mit der Ergänzung in Satz 4 wird der technologieneutralen Ausrichtung des Universaldienstanschlusses Rechnung getragen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht zweifelsfrei festgelegt werden, ob es bei den technischen Merkmalen Uploadrate und Latenz zwingend notwendig ist, die Werte zu erreichen, die von 80 Prozent der Verbraucher im Bundesgebiet genutzt werden, oder ob auch die Absenkung auf ein niedrigeres Niveau möglich ist und somit der Anschluss über eine größere Auswahl an Anschlusstechnologien realisiert werden kann. Vor einer etwaigen Festlegung, die eine Absenkung des Leistungsniveaus bei den Merkmalen Uploadrate und Latenz beinhaltet, ist jedoch tatsächlich nachzuweisen, dass die in Satz 3 genannten Dienste und oben beschriebenen Mindestdienste und hier insbesondere die Teleheimarbeit einschließlich Verschlüsselungsverfahren im üblichen Umfang auch bei geringeren Vorgaben zu diesen Merkmalen beim Endnutzer grundsätzlich störungsfrei funktionieren.

Für die Verfahrensabläufe zur Feststellung der Unterversorgung (§ 160) und zur Verpflichtung zur Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen (§ 161) bieten sich durch eine vollständige Digitalisierung Beschleunigungspotentiale. Sobald die Digitalisierung der Verfahrensabläufe umgesetzt wurde, sollte auch die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, die dazugehörigen Fristen in § 160 bzw. § 161 zeitnah anzupassen.

Zu Absatz 4

Die Anpassungen im bisherigen Absatz 4 sind Folgeänderungen, die aus der Entscheidung in Absatz 3 resultieren, die Anforderungen an den Sprachkommunikations- sowie Internetzugangsdienst im Wege der Rechtsverordnung zu erlassen. Demnach stehen die Bedingungen für die Überprüfung der ergangenen Entscheidung nicht mehr im Ermessen der Bundesnetzagentur, sondern es wird ein fester Turnus für die erneute Untersuchung des in der Rechtsverordnung festgelegten Qualitätsstandards vorgegeben. Zudem ist das Prüfungsergebnis dem am Erlass der Rechtsverordnung mitwirkenden Ausschuss des Deutschen Bundestages mitzuteilen.

Zu Absatz 5

In Absatz 5 wird die Möglichkeit geschaffen, die Verordnungsermächtigung an die Bundesnetzagentur zu übertragen. Damit bleibt der Ansatz des Regierungsentwurfes erhalten, dass die Behörde die technischen Details ausarbeiten kann. Systematisch wird damit ein seit mehreren Jahren im Verbraucherschutzteil des Telekommunikationsgesetzes erfolgreich etabliertes Verfahren übernommen (vgl. § 52 Absatz 6). Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung und bundesweiten Wirkung der Festlegungsentscheidung nach Absatz 3 ist die Herstellung des Einvernehmens mit dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur als zuständigen Fachausschuss des Deutschen Bundestages zielführend und angemessen.

Zu § 158 Absatz 1

Mit der Entscheidung über die Grundsätze zur Ermittlung erschwinglicher Preise bestimmt die Bundesnetzagentur einen wesentlichen Inhalt des Rechtsanspruchs auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten. So ist der Zugang zu Sprachkommunikationsdiensten und zu einem schnellen Internetzugangsdienst für Verbraucher zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Die Grundsätze bilden – neben den Anforderungen an die bereitzustellende Qualität der Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 – daher die notwendige Basis für die Feststellung einer Unterversorgung und die sich daran anschließenden Sicherungsmaßnahmen der Bundesnetzagentur. Demzufolge hat sich die Bundesnetzagentur für die zu treffenden Abwägungen umfassend mit den Verbraucher- und Unternehmensverbänden und sonstigen Fachkreisen zu den festzulegenden Grundsätzen zu beraten.

Zu § 160**Zu Absatz 1**

Die Verkürzung der Frist von vier auf zwei Monate dient der Verfahrensstraffung.

Durch die Einfügung „objektiv“ ist nunmehr hinreichend klargestellt, dass eine Versorgung mit Diensten nach § 157 Absatz 2 objektiv durch die Bundesnetzagentur vorhersehbar sein muss, indem sich der bevorstehende Ausbau durch konkrete Ereignisse bereits manifestiert hat. Dies ist für den geförderten Ausbau der Fall, wenn ein endgültiger Zuwendungsbescheid vorliegt. Im Falle des eigenwirtschaftlichen Ausbaus liegt eine hinreichende Manifestierung dann vor, wenn innerhalb der nächsten zwölf Monate mit einem Ausbau zu rechnen ist.

Die Berücksichtigung des konkret bevorstehenden eigenwirtschaftlichen und des geförderten Ausbaus ist aus europarechtlichen Gründen geboten (siehe dazu Erwägungsgrund 229 Richtlinie (EU) 2018/1972: „Bei der Gewährleistung einer Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen mit immer höherer Kapazität spielt der Markt eine zentrale Rolle. In Gebieten, in denen der Markt keine entsprechende Versorgung hervorbringt, wird zur Förderung des angemessenen Breitbandinternetzugangs auf andere Mittel zur Erreichung der Gemeinwohlziele zurückgegriffen, die grundsätzlich kosteneffizienter und weniger wettbewerbsverzerrend scheinen als Universaldienstverpflichtungen, so z. B. Finanzinstrumente im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und der Fazilität „Connecting Europe“, die Inanspruchnahme von Mitteln aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die Verknüpfung von Versorgungsverpflichtungen mit Funkfrequenznutzungsrechten zur Förderung des Breitbandnetzausbaus in dünner besiedelten Gebieten sowie öffentliche Investitionen im Einklang mit dem Beihilferecht der Union.“).

Die Einfügung in Satz 2 verschafft der Bundesnetzagentur die nötige Flexibilität auf besondere Umstände des Einzelfalls und auf den daraus resultierenden Umfang an Sachverhaltsermittlungen reagieren zu können.

Zu Absatz 2

Die Änderung setzt den Lauf der Monatsfrist für die Einreichung von Angeboten zu ausgleichsfreien Erbringung nicht ausschließlich mit der Bekanntgabe der Ankündigung in Gang, sondern verknüpft diese mit der gleichzeitigen Veröffentlichung der Unterversorgungsfeststellung. Auf diese Weise wird ein zusätzlicher, zeitlich nicht definierter Prüfabschnitt von der Feststellung der Unterversorgung bis zur Bekanntgabe der Ankündigung, nach § 161 Absatz 2 vorzugehen, vermieden.

Zu § 161 Absatz 2

Die Formulierung „innerhalb einer bestimmten Frist“ ist entbehrlich, da in Satz 4 nunmehr die aufzuerlegende Bereitstellungsfrist hinsichtlich des bestimmbaren Zeitraums konkretisiert wird.

Zur besseren Übersichtlichkeit der Regelung wird das Fristenregime des Verpflichtungsverfahrens in den bisherigen Sätzen 7 und 8 in Satz 2 und 3 überführt und hinsichtlich des Anknüpfungspunktes für den Beginn der Verfahrensfrist an den „Ablauf der Monatsfrist zur Einreichung ausgleichsfreier Verpflichtungszusagen“ anstelle der Veröffentlichung der Unterversorgungsfeststellung geknüpft. Dies dient der Klarstellung, da der bisherige Gesetzeswortlaut offenließ, ob die viermonatige Frist bereits die Monatsfrist zur Einreichung freiwilliger Zusagen zur ausgleichsfreien Erbringung der Telekommunikationsdienste nach § 157 Absatz 2 beinhaltet.

In Satz 4 wird die durch die Bundesnetzagentur zu bestimmende Bereitstellungsfrist für den Regelfall auf sechs Monate nach Auferlegung der konkreten Versorgungspflicht begrenzt. Auf diese Weise können betroffene End-

nutzer besser abschätzen, bis wann einer festgestellten Unterversorgung regelmäßig abzuhelfen ist. Zugleich verbleibt der Bundesnetzagentur der notwendige Spielraum, die Bereitstellungsfrist an den konkreten (technischen) Bedingungen des Einzelfalls auszurichten.

Zu § 163 Absatz 6

Die Bereitstellung einer Netzanbindung im Wege des Anspruchs auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten ermöglicht die Nutzung von Online-Diensten. Damit dient das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten über dem Allgemeinwohl auch den Interessen der Anbieter von Telekommunikationsdiensten (so auch Erwägungsgrund 242 der Richtlinie (EU) 2018/1972). Diese sind also grundsätzlich auch bei den Mechanismen zur Deckung der durch das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten entstehenden Nettokosten zu berücksichtigen. In erster Linie betrifft dies die Interessen der Anbieter, deren Dienste von der Verpflichtung zur Versorgung gemäß § 157 Absatz 2 umfasst sind, also Sprachkommunikationsdienste und Internetzugangsdienste. Dies kann aber auch solche Telekommunikationsdienste betreffen, die über die Dienste nach § 157 Absatz 2 hinausgehen. So kann eine Einbeziehung der Anbieter von Telekommunikationsdiensten, die über die Dienste nach § 157 Absatz 2 hinausgehen, auch zu einer möglichst breiten Streuung der Abgaben und damit zu einer Minimierung der Belastung der Endnutzer führen (vgl. Erwägungsgrund 243 der Richtlinie (EU) 2018/1972). Aus diesem Kreis sind insbesondere die nummernunabhängigen interpersonellen Kommunikationsdienste nach § 3 Nummer 40 von Bedeutung. Relevante nummerngebundene interpersonelle Telekommunikationsdienste hingegen fallen bereits jetzt als Sprachkommunikationsdienste unter die Verpflichtung nach § 159.

Eine Einbeziehung von weiteren Anbietern von nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdiensten in die Umlage hat jedoch erhebliche praktische Schwierigkeiten und erheblichen Verwaltungsaufwand zur Folge, da diese grundsätzlich keiner Meldepflicht nach § 5 Absatz 1 unterliegen und so bereits eine abschließende Identifizierung schwierig ist. Weiterhin darf eine Einbeziehung in die Umlageverpflichtung nach § 163 nicht zu einer Erschwerung des Marktzugangs für Start-up Unternehmen führen und so Innovationen behindern. Eine Anknüpfung an die Möglichkeit der Verpflichtung nummernunabhängiger interpersoneller Telekommunikationsdienste zur Interoperabilität nach § 21 Absatz 2 scheint daher eine gute Grundlage sowohl für eine Überwindung der praktischen Schwierigkeiten als auch für eine Auswahl derjenigen Telekommunikationsdienste zu sein, die für eine Einbeziehung in die Umlage in Frage kommen. Von der Regelung umfasst, sind nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste, die zur Gewährleistung der durchgehenden Konnektivität von Endnutzern beitragen und somit von der Art der angebotenen Dienste auch mit den Diensten vergleichbar sind, die über das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 gewährleistet werden müssen. Zu nennen sind hier insbesondere klassische Messengerdienste. Andere Telekommunikationsdienste wie Rundfunkübertragungsdienste und Maschine-zu-Maschine-Kommunikation fallen nicht hierunter. Aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit mit Sprachkommunikations- oder Internetzugangsdiensten erscheint eine Einbeziehung jedoch auch nicht gerechtfertigt. Gleichzeitig würde es sich – als Voraussetzung nach § 21 Absatz 2 Nummer 1 – um nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste handeln, die eine nennenswerte Abdeckung und Nutzerbasis und damit eine gewisse Marktrelevanz aufweisen.

Auch wird durch die Anknüpfung an Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Nummer 1 zusätzlicher Verwaltungsaufwand vermieden, da die Bundesnetzagentur dessen Voraussetzungen ohnehin zu prüfen hat. Nichtsdestotrotz hat die Bundesnetzagentur bei der Frage der Einbeziehung in die Umlageverpflichtung ein eigenes Ermessen und ist nicht an das Ermessen des § 21 Absatz 2 gebunden. Die Verwaltungsvereinfachung gilt daher für die Erfassung der Voraussetzungen, die Entscheidung der Einbeziehung ergeht jedoch unabhängig von der Entscheidung in § 21 Absatz 2, nummernunabhängige interpersonelle Telekommunikationsdienste zur Interoperabilität zu verpflichten. Deshalb gelten auch die Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Nummern 2 bis 4 an dieser Stelle nicht entsprechend.

Die dem Absatz 6 nachfolgenden Absätze gelten auch für diesen. Demnach hat die Bundesnetzagentur bei der Berechnung des Anteils der nach Absatz 6 Verpflichteten zu den nach § 159 Verpflichteten nach Absatz 9 Satz 1 insbesondere die Grundsätze der Transparenz, der geringstmöglichen Marktverfälschung, der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen und nach Absatz 9 Satz 2 die Grundsätze für die Berechnung der Anteile zueinander zu veröffentlichen.

Da es sich bei nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdiensten regelmäßig um Dienste handelt, die nicht auf Basis eines klassischen Entgelts erbracht werden, sollte sich die Höhe der jeweiligen Abgabe an der Anzahl der aktiven Nutzer in Deutschland bemessen, da der Jahresinlandsumsatz als Basis schwer zu ermitteln ist. Im Gegensatz zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das in § 1 Absatz 2 auf die registrierten Nutzer

abstellt, wird hier auf die monatlich aktiven Nutzer im Inland verwiesen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass insbesondere die registrierten Nutzer solcher kostenlosen Dienste zur Berechnung der Abgabe gemäß Absatz 6 herangezogen werden, die lediglich aufgrund der Nutzung eines bestimmten Endgerätes bei dem entsprechenden Dienst registriert sind, ohne diesen jedoch aktiv zu nutzen (zum Beispiel im Fall einer Vorinstallation).

Die entsprechende Geltung der Absätze 2 bis 5 ist erforderlich, damit die gleichen Regelungen bei der Überlieferung der Daten sowie bei der Berechnung des Anteils auch für die weiteren verpflichteten Unternehmen gelten.

Zu § 165 Absatz 4

Die Änderungen berücksichtigen die Änderungen durch das Zweite Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme. Mit der Änderung wird klargestellt, dass sich diese Verpflichtung nur auf Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze mit erhöhtem Gefährdungspotenzial bezieht. Die Klarstellung steht in Einklang mit Erwägungsgrund 95 der Richtlinie (EU) 2018/1972, der die Erforderlichkeit der Sicherstellung angemessener Sicherheitsanforderungen entsprechend der spezifischen Art und wirtschaftlichen Bedeutung der Dienste bekräftigt.

Zu § 170 Absatz 11

Es wird eine neue Pflicht für Betreiber öffentlicher Mobilfunknetze eingeführt, die vorschreibt, eine unverschlüsselte Überwachungskopie in ihren Roaming-Verträgen in der EU vorzusehen, sofern entsprechende Standards hierfür existieren, die in der Technischen Richtlinie beschrieben sind. Die Regelung ist auf Roamingpartner in der EU beschränkt. Eine von den Endnutzern selbst aufgebrachte Verschlüsselung bleibt hiervon unberührt.

Zu § 171

Es wird durch die Mobilfunknetzbetreiber sichergestellt, dass die Sicherheitsbehörden IMSI-Catcher auch in zukünftigen (5G-)Netzen einsetzen können, ohne dass dies dem Endnutzer bekannt wird, z. B. durch Anzeige auf dem Endgerät. Der hohe Sicherheitsstandard im Mobilfunkbereich bleibt durch die geforderten Mitwirkungspflichten der Provider erhalten und wird nicht geschwächt. Gerade, weil über den IMSI-Catcher-Einsatz nur verschlüsselte Kennungen erhoben werden können, ist es wichtig, dass die verschlüsselte Kennung unmittelbar im Nachhinein mittels Auskunft durch den Netzbetreiber einem Endgerät zugeordnet wird. Der Netzbetreiber nimmt die Korrelation von verschlüsselter (temporärer) Kennung zur tatsächlichen (permanenten) Kennung eines Telekommunikationsanschlusses vor und sendet diese Ergebnisse an die anfragende berechnete Stelle. Ein Unterlaufen oder Schwächen der Verschlüsselung ist somit nicht vorhanden. Zugleich wird durch diese Art der Mitwirkung sichergestellt, dass die unbefugte Einbringung eines IMSI-Catchers (z. B. durch einen ausländischen Nachrichtendienst) zukünftig nicht mehr möglich sein wird.

Die Änderung am Ende der Regelung ist erforderlich, um zu verhindern, dass dem Endnutzer die Ermittlungsmaßnahme durch eine Benachrichtigung seitens der Betreiber vor Abschluss der Maßnahme und damit zu früh bekannt und der Ermittlungserfolg dadurch gefährdet wird. Wie in der Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Februar 2021 angekündigt, wird der Vorschlag des Bundesrates an dieser Stelle aufgegriffen.

Zu § 172

Zu Absatz 1

Die Regelung des Absatz 1 überführt lediglich die bereits geltende Regelung des § 111 Absatz 1 Satz 1 und 2 TKG in das überarbeitete TKG. Von Absatz 1 sind damit weiterhin nur Dienste erfasst, die Rufnummern oder andere Anschlusskennungen vergeben. Aufgrund der neuen Begriffsdefinitionen in § 3 Nummer 23 TKG-E für Internetzugangsdienste und Nummer 61 Buchstabe a) TKG-E werden Internetzugangsdienste als Untergruppe der Telekommunikationsdienste zur Klarstellung aufgeführt. Bei Nichterfassung der Internetzugangsdienste bei den Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden würde auch das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität teilweise ins Leere laufen.

Zu Absatz 3

Die Verpflichtung zur Datenspeicherung für Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Telekommunikationsdienste wird – wie in der Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Februar 2021 angekündigt – im Vergleich zum Regierungsentwurf erweitert. Neben Kennung sowie Name

und Anschrift des Nutzers sind auch das Geburtsdatum und Daten zur Vergabe der Kennung bzw. des Vertragsbeginns zu speichern, soweit diese Daten vom Anbieter erhoben werden. Auch diese Daten liefern den Sicherheitsbehörden wichtige Anhaltspunkte bei der Verfolgung von Straftaten. Das Geburtsdatum ist in Fällen einer abweichenden Schreibweise des Namens relevant. Angaben zur Vergabe der Kennung entfalten im Rahmen der Bewertung von Alibiangaben Relevanz, als dass diese Rückschlüsse auf eine reelle Nutzbarkeit der Kennung zum fraglichen Zeitpunkt zulassen.

Zu § 174

Die Änderungen berücksichtigen die Änderungen des bisherigen § 113 TKG durch das Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020 in der Fassung nach dem Vermittlungsausschuss 24.03.2021 sowie durch das Zweite Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme. Dabei wird zugleich der bisherige § 113 Absatz 5 Nummer 3 und 5 TKG korrigiert. In Nummer 3 ist die Schwelle an die korrespondierende „Tür“ in § 10 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, Absatz 3 BKAG anzupassen. Zudem ist Nummer 5 zu streichen. Einer Beschränkung der Auskunft nach Absatz 1 Satz 3 für die Behörden der Zollverwaltung und die nach Landesrecht zuständigen Behörden zur Verhütung von Straftaten nach §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 226a des Strafgesetzbuches bedarf es nicht.

Die Änderung in Absatz 6 entspricht der Regelung im bisherigen § 113 Absatz 4 Satz 1 TKG.

Zudem wird zur Präzisierung der Norm in Absatz 7 der Begriff des „Nutzers“ durch den Begriff „Vertragspartner“ ersetzt. Dieser macht die Norm für die Adressaten besser handhabbar und entspricht dem aufgrund der Vorgabe der Richtlinie (EU) 2018/1972 gestrichenen Begriff des „Teilnehmers“. Er erfasst jede natürliche oder juristische Person, die mit dem Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes einen Vertrag über die Erbringung von Telekommunikationsdiensten geschlossen hat.

Zu § 185 Absatz 1

Zur Präzisierung der Norm wird der Begriff des „Nutzers“ durch den Begriff „Vertragspartner“ ersetzt. Dieser macht die Norm für die Adressaten besser handhabbar und entspricht dem aufgrund der Vorgabe der Richtlinie (EU) 2018/1972 gestrichenen Begriff des „Teilnehmers“. Er erfasst jede natürliche oder juristische Person, die mit dem Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes einen Vertrag über die Erbringung von Telekommunikationsdiensten geschlossen hat.

Zu § 197 Absatz 6

Die in Absatz 6 vorgenommene Ergänzung des Satzes 2 greift eine Bitte des Bundesrates auf, der in seiner Stellungnahme zum Regierungsentwurf darauf hingewiesen hat, dass TKG und Medienstaatsvertrag (MStV) teilweise inhaltliche wie begriffliche Überschneidungen und Wechselwirkungen aufweisen. Aus Sicht des Bundesrates ist daher die ergänzte Verfahrensregelung in Satz 2 sinnvoll, mit der eine Abstimmung und zumindest ein grundlegender Gleichlauf in der Praxis der Aufsichtsbehörden sichergestellt werden soll. Die Bundesregierung hat dem Vorschlag des Bundesrates unter der Prämisse zugestimmt, dass konsequenterweise gleichlautende Verfahrensregeln auch im MStV erlassen werden, damit das vom Bundesrat erklärte Ziel sichergestellt werden kann.

Zu § 209 Absatz 1

Es handelt sich lediglich um eine redaktionelle Änderung, die keine inhaltliche Änderung bewirkt. Bei dem Begriff „Rechtsbehelf“ handelt es sich um den weitergehenden Terminus, der alle prozessualen Mittel bezeichnet, mit denen generell die Nachprüfung eines Verwaltungshandelns oder einer gerichtlichen Entscheidung erreicht werden kann. Demgegenüber sind „Rechtsmittel“ enger zu verstehen und meinen solche Rechtsbehelfe, die in einem anhängigen gerichtlichen Verfahren eine Entscheidung vor Eintritt der Rechtskraft der Nachprüfung einer höheren Instanz unterbreiten. Die Vorschrift ist vor diesem Hintergrund anzupassen, da sie sich nicht allein auf Rechtsbehelfe in einem gerichtlichen Verfahren bezieht.

Zu § 211

Zu Absatz 2

Die Ergänzung des Absatz 2 durch den Verweis auf den neuen § 72 begründet die Zuständigkeit der nationalen Streitbeilegungsstelle auch in Streitfällen um den offenen Netzzugang sowie die Glasfaserbereitstellungsentgelte

nach § 72. Damit wird eine einheitliche Entscheidungspraxis für den Netzzugang zu gebäudeinternen Netzinfrastrukturen gewährleistet.

Zu Absatz 4

Satz 1 wurde redaktionell überarbeitet, da dort bislang nicht die Konstellation abgebildet war, dass die Bundesnetzagentur über einen Vizepräsidenten und eine Vizepräsidentin verfügt und die Beschlusskammer in den aufgeführten Fällen auch in dieser Besetzung entscheidet.

Zu § 217

Bei der Änderung der Bezeichnung der Vorschrift handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Änderung, die keine inhaltliche Änderung bewirkt. Bei dem Begriff „Rechtsbehelf“ handelt es sich um den weitergehenden Terminus, der alle prozessualen Mittel bezeichnet, mit denen generell die Nachprüfung eines Verwaltungshandelns oder einer gerichtlichen Entscheidung erreicht werden kann. Demgegenüber sind „Rechtsmittel“ enger zu verstehen und meinen solche Rechtsbehelfe, die in einem anhängigen gerichtlichen Verfahren eine Entscheidung vor Eintritt der Rechtskraft der Nachprüfung einer höheren Instanz unterbreiten. Die Vorschrift ist vor diesem Hintergrund anzupassen, da sie sich nicht allein auf Rechtsbehelfe in einem gerichtlichen Verfahren bezieht.

Zu Absatz 2

Bislang galt für verschiedene Entscheidungen der Bundesnetzagentur im Universaldienstverfahren nach § 132 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 137 Absatz 2, dass ein Vorverfahren nach § 68 Abs. 1 Satz 1 VwGO nicht stattfindet. Nunmehr entscheidet die Bundesnetzagentur im Rahmen des Verfahrens zur Sicherstellung der Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nicht mehr als Beschlusskammer. Gleichwohl besteht auch weiterhin ein öffentliches Interesse daran, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten zu beschleunigen und möglichst zügig Rechtsklarheit für alle Beteiligten durch eine rechtskräftige Entscheidung herbeizuführen. Deshalb wird durch die Einfügung der Ausschluss des Vorverfahrens (§ 68 Absatz 1 Satz 2 einleitender Satzteil VwGO) für Entscheidungen der Bundesnetzagentur im Rahmen der Sicherstellung des Anspruchs auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten fortgeführt. So können die betroffenen Unternehmen wie bisher im Universaldienstverfahren gegen die Feststellung der Unterversorgung und die Auferlegung einer Verpflichtung sowie nunmehr auch gegen Festsetzungen im Rahmen des Umlageverfahrens unmittelbar gerichtlichen Rechtsschutz geltend machen.

Für den Ausschluss des Vorverfahrens spricht zudem, dass das Verpflichtungsverfahren sowohl durch eine qualifizierte Anhörung als auch durch eine umfängliche Informationspflicht der betroffenen Unternehmen gekennzeichnet ist, die eine fachlich fundierte Entscheidung durch die Fachabteilung der Bundesnetzagentur absichern. Auch beruht die für die Verfahrenseinleitung erforderliche Unterversorgungsfeststellung auf mit unterschiedlichen Kreisen abgestimmten Festlegungen von Anforderungen an den schnellen Internetzugangsdienst sowie von Grundsätzen zur Bestimmung erschwinglicher Preise.

Zu Absatz 3

Das Verfahren der Bundesnetzagentur zum Anspruch auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten, darunter insbesondere die Verpflichtung zur Erbringung des Mindestangebots an Telekommunikationsdiensten in einem bestimmten Gebiet, soll eine schnelle Aufhebung des Versorgungsdefizits bewirken.

Mit der Regelung wird der Rechtsweg der bislang als Beschlusskammerentscheidungen ergangenen Entscheidungen der Bundesnetzagentur im Rahmen des Universaldienstverfahrens nach dem bisherigen § 81 i. V. m. § 132 Absatz 1 Satz 1 TKG fortgeführt, um die Zeiträume bis zum Eintritt der Rechtskraft zu straffen und damit eine rechtssichere und zügige Aufhebung des Versorgungsdefizits zu erreichen.

Die Entscheidung für eine Beibehaltung des verkürzten verwaltungsgerichtlichen Instanzenzugs trägt den verschiedenen Interessen wie einerseits der Marktbeteiligten an schnellen rechtskräftigen Entscheidungen und andererseits der Betroffenen an einer gründlichen tatsächlichen und rechtlichen Kontrolle der behördlichen sowie gerichtlichen Entscheidung ausreichend Rechnung. Die Rechtsschutzgarantie (Artikel 19 Absatz 4 GG) gewährleistet keinen Instanzenzug (vgl. BVerfGE 107, 395 Rn. 17 ff.).

Zu Absatz 4

Wegen des besonderen Interesses an möglichst einheitlichen Entscheidungen zum Anspruch auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten sollen sämtliche erstinstanzlichen Gerichtsverfahren mit Bezug zum Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten konzentriert vor dem Verwaltungsgericht Köln entschieden werden. Das Interesse an einer einheitlichen rechtlichen Einordnung der Besonderheiten des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten überwiegt das Interesse an einer besonderen Ortskunde des Gerichts (§ 52 Nummer 1 VwGO), da auch regulatorische Gesichtspunkte sowie Gesichtspunkte der Mitnutzung von Infrastrukturen bei den Gerichtsverfahren eine große Rolle spielen können. Das Verwaltungsgericht Köln entscheidet auch über erstinstanzliche Verfahren der übrigen Beschlusskammern der Bundesnetzagentur und nach diesem Gesetzentwurf auch über Verfahren, die Entscheidungen der nationalen Streitbeilegungsstelle zum Gegenstand haben. Dies begründet eine besondere Sachkompetenz des Verwaltungsgerichts Köln für sachgerechte und möglichst einheitliche Entscheidungen auch zum Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten. Konsequenterweise werden Entscheidungen der Bundesnetzagentur als nationaler Streitbeilegungsstelle, die die gemeinsame Nutzung von Telekommunikationseinrichtungen und Grundstücken unter außergewöhnlichen Bedingungen zum Gegenstand haben, ebenfalls dem Verwaltungsgericht Köln zur Entscheidung zugewiesen.

Zu den §§ 223 und 224

Die Anpassung der Regelung zu Gebühren und Auslagen ist aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes am 1. Dezember 2021 erforderlich. Nach dem Regierungsentwurf war ein Inkrafttreten vor dem 1. Oktober 2021 vorgesehen. Daher wurden die bisherigen Regelungen in §§ 142 und 143 TKG in Artikel 1 des Regierungsentwurfs fortgeschrieben. Artikel 55 und 56 des Regierungsentwurfs sahen eine Übernahme der Änderungen, die das Digi-NetzG aufgrund des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vorgenommen hat, vor. Da das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz am 1. Dezember 2021 in Kraft tritt, ist diese Übernahme der Änderungen nicht weiter erforderlich. Die Artikel 55 und 56 des Regierungsentwurfs sind daher zu streichen. Die in Artikel 56 enthaltenen Regelungen werden in Artikel 1 §§ 223 und 224 aufgenommen.

Zu § 223 Absatz 1 Satz 2

Die Berücksichtigung der medienrechtlichen Zielvorgaben der Länder bei der Bemessung der Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung von Rundfunkfrequenzen trägt der besonderen verfassungsrechtlichen Bedeutung des Rundfunks als Medium und Faktor der Meinungsbildung der Bevölkerung auch auf der Ebene der Gebühren-erhebung Rechnung und wahrt zugleich die föderale Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern.

Zu § 228 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a

Mit der Möglichkeit der Bundesnetzagentur, Verpflichtungszusagen für verbindlich zu erklären (§§ 18 und 19), wird ein neues Regulierungsinstrument eingeführt. Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht können freiwillige Selbstverpflichtungen gegenüber der Bundesnetzagentur abgeben. Die Bundesnetzagentur erklärt diese Verpflichtungszusagen nach § 19 Absatz 1 für verbindlich, wenn sie den materiellen Voraussetzungen des § 18 genügen. Dadurch können die Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht drohende Regulierungsverfügungen abwenden. Mit der vorgenommenen Ergänzung wird sichergestellt, dass Verstöße gegen Verpflichtungszusagen in gleicher Weise von der Bundesnetzagentur geahndet werden können, wie Verstöße gegen Regulierungsverfügungen.

Mit § 228 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a) in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 18 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz Nummer 2 und 3 wird ein neuer Ordnungswidrigkeitstatbestand für den Fall geschaffen, dass ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gegen eine für verbindlich erklärte Verpflichtungserklärung verstößt. Aufgrund nicht ausreichender Bestimmtheit von § 18 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz Nummer 1, der auf kommerzielle Vereinbarungen verweist, die in Bezug auf die Bewertung geeigneter und angemessener Verpflichtungen nach § 13 relevant sind, war eine Bußgeldbewehrung in diesem Fall nicht möglich.

Zu § 230**Zu Absatz 3**

Durch die Übergangsvorschrift wird sichergestellt, dass Festlegungen über die Marktanalyse nach §§ 10 bis 11 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auch

dann fortgelten, wenn diese Festlegungen zwar bereits ergangen sind, jedoch noch nicht mit der Regulierungsverfügung als einheitlichem Verwaltungsakt veröffentlicht worden sind. Die Übergangsregelung dient der Vermeidung bürokratischen Aufwands sowie Kosten, die mit einer Wiederholung solcher Festlegungen verbunden wären. Dies gilt insbesondere, da die materiellen Maßstäbe der Marktanalyse nach §§ 10 bis 11 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 im Wesentlichen unverändert fortgelten.

Zu Absatz 4

Die Übergangsregelung gewährleistet, dass Mieter von ihrem Kündigungsrecht bezüglich Telekommunikationsdiensten, die im Rahmen des Miet- oder Pachtverhältnisses erbracht werden, erst nach dem 30. Juni 2024 Gebrauch machen können. Die verlängerte Übergangsfrist dient dem Vertrauensschutz.

Nicht erfasst von Absatz 4 sind Telekommunikationsdienste, die nicht ausschließlich als Betriebskosten abgerechnet werden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ein Vermieter den Mieter mit einem Internetzugang versorgt und hierfür mit dem Mieter eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen hat. Mit Blick auf solche Zusatzvereinbarungen können Mieter daher ab Inkrafttreten dieses Gesetzes von ihrem Recht gemäß § 71 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit § 56 Absatz 3 Gebrauch machen und die Beendigung der Inanspruchnahme des vereinbarten Telekommunikationsdienstes erklären.

Zu Absatz 5

Absatz 5 ermöglicht die Kündigung sogenannter Gestattungsverträge. Dies vermeidet unbillige Härten insbesondere auf Seiten des vermietenden Grundstückseigentümers, der weiterhin aus dem Gestattungsvertrag zur Zahlung laufender monatlicher Grundgebühren verpflichtet ist, diese aber nach Ablauf des Übergangszeitraums, der mit Ablauf des 30. Juni 2024 endet, nicht mehr als Betriebskosten umlegen kann. Die Kündigung kann jederzeit mit Wirkung ab dem 1. Juli 2024 erklärt werden.

Zu Artikel 5

Neben der Anpassung der Verweise auf Regelungen des TKG wird der durch das Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020 neugefasste § 22a BPolG um eine Regelung zur Vorgehensweise bei Gefahr im Verzug ergänzt, wie sie beispielsweise in § 40 Absatz 3 Satz 2 und 3 BKAG durch das vorgenannte Gesetz bereits aufgenommen wurde.

Zu Artikel 15

§ 2 Nummer 15 wird neu gefasst. Hinsichtlich der Buchstaben a und b wird für die dort zu Grunde liegenden Anwendungsfälle sichergestellt, dass die bislang geltende Rechtslage bis zum 30. Juni 2024 in der Sache unverändert fort gilt. Über dieses Datum hinaus sind im Fall von Gemeinschaftsantennenanlagen nach Buchstabe a nur noch die Kosten des Betriebsstroms und die Kosten der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft sowie im Fall von privaten Verteilanlagen nach Buchstabe b die Kosten des Betriebsstroms als Betriebskosten im Sinne des § 1 der Betriebskostenverordnung ansatzfähig.

In Nummer 15 wird darüber hinaus ein neuer Buchstabe c angefügt, der laufende Kosten des Betriebs einer gebäudeinternen Glasfaser-Netzinfrastruktur als umlagefähige Betriebskosten benennt. Erfasst ist der Betrieb einer gebäudeinternen Netzinfrastruktur, die an ein öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 TKG-E angeschlossen worden ist. Der Anschluss an das vorgelagerte öffentliche Netz mit sehr hoher Kapazität muss mittels Glasfaser erfolgen, also gebäuseseitig ausschließlich mit Glasfaserkomponenten, durchgehend vom Anschluss an das öffentliche Telekommunikationsnetz bis zum Netzabschlusspunkt, dem Anschluss in der Wohnung. Die Umlage ist nur zulässig, wenn der Mieter seinen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten über den errichteten Anschluss frei wählen kann. Der Mieter darf nicht darin beschränkt werden, einen Anbieter zu wählen, der an seinem Wohnort leistungsbereit und leistungsfähig ist.

Umlagefähig sind nach Buchstabe c zum einen die Kosten des Betriebsstroms, zum anderen das Bereitstellungsentgelt gemäß dem neu geschaffenen § 72 TKG-E, sofern dieses anfällt, weil der Vermieter einen Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze damit beauftragt hat, die gebäudeinterne Netzinfrastruktur bereitzustellen. Das Bereitstellungsentgelt ist nur dann umlagefähig, wenn die Anforderungen des § 72 TKG-E eingehalten sind.

Betriebskosten sind lediglich die Positionen nach Buchstabe a oder b oder c. Sie stehen alternativ nebeneinander. Daher darf beispielsweise in den Zeiträumen, in denen für ein bereits existierendes Breitbandnetz nach Buchstabe b Betriebskosten umgelegt werden, nicht zugleich nach Buchstabe c ein Bereitstellungsgelt für eine zusätzlich installierte gebäudeinterne Glasfaser-Netzinfrastruktur umgelegt werden.

Der neu eingefügte Satz 2 stellt klar, dass ab Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtete Anlagen keine Betriebskosten nach Satz 1 Nummer 15 Buchstabe a und b der Betriebskostenverordnung erhoben werden können.

Zu Artikel 19

Zu § 555b

Durch die Einfügung der neuen Nummer 4a nach § 555b Nummer 4 wird gesetzlich klargestellt, dass der erstmalige Anschluss der Mietsache (regelmäßig: Wohnung oder Haus) durch Glasfaser an ein öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 TKG-E eine Modernisierungsmaßnahme darstellt. Sofern der Vermieter also selbst den Ausbau vornimmt – und nicht lediglich das Netz gegen ein umlagefähiges Bereitstellungsgelt von einem Glasfasernetzbetreiber bereitstellen lässt –, ist er von näherer Darlegung entbunden, dass in dem erstmaligen Glasfaseranschluss eine Gebrauchswerterhöhung liegt.

Hinsichtlich der Begriffe „öffentliches Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 des Telekommunikationsgesetzes“ und „mittels Glasfaser“ wird auf die Begründung zu § 72 Absatz 1 Nummer 1 und 2 TKG-E verwiesen.

Zu § 556

Absatz 3a Satz 1 stellt klar, dass der Vermieter bei der Durchführung der Maßnahme nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu handeln hat. Dies gilt unabhängig davon, welche Kosten die Maßnahme auslöst. Satz 2 verlangt darüber hinaus die Einholung von drei Angeboten, wenn es sich um eine aufwändige Maßnahme im Sinne von § 72 Absatz 2 Satz 4 TKG-E handelt, wenn also die Gesamtkosten der Maßnahme 300 Euro übersteigen. Dabei reicht die Pflicht zur Einholung von drei Angeboten nur soweit, wie die Situation vor Ort es erlaubt. Sofern der Vermieter weniger als drei Angebote erlangen kann, ist notwendig, dass er dies dokumentiert. Die Pflicht nach Satz 1, die Maßnahme wirtschaftlich umzusetzen, bleibt unberührt.

Mit der Ergänzung von § 556 um den Absatz 3a wird sichergestellt, dass Abweichungen zum Nachteil des Mieters nicht wirksam vereinbart werden können.

Zu § 559

Durch die Anfügung des neuen Satzes 2 in § 559 Absatz 1 BGB wird geregelt, dass die Mieterhöhung nur zulässig ist, wenn der Mieter seinen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten über den errichteten Anschluss frei wählen kann. Dies verhindert, dass der Mieter einen Dienst nur bei einem Anbieter in Anspruch nehmen könnte, den der Vermieter festgelegt hätte. Die Wahlfreiheit ermöglicht es dem Mieter, Angebote bei verschiedenen Anbietern einzuholen. Dies stärkt seine Stellung als Verbraucher und sichert zugleich den Wettbewerb der Anbieter. Die Wahlfreiheit des Mieters soll daher regelmäßig mit dem Zugangsanspruch des Anbieters von Telekommunikationsdiensten gegen den jeweiligen Betreiber der gebäudeinternen Netzinfrastruktur korrespondieren (vgl. den neu geschaffenen § 72 Absatz 6 TKG-E). Im letzten Halbsatz wird klargestellt, dass der Vermieter keine Mieterhöhung durchführen kann, wenn die Errichtung zuvor – jedenfalls teilweise – durch Umlage des Bereitstellungsentgelts gemäß dem neu geschaffenen § 72 Absatz 1 TKG-E finanziert worden ist. So ist ausgeschlossen, dass Mieter, wirtschaftlich betrachtet, doppelt in Anspruch genommen werden.

Zu Artikel 42 Nummer 5

Die Regelung stellt klar, dass Anordnungsdaten der deutschen Sicherheitsbehörden im Rahmen einer Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme nach den Vorgaben des TKG und der Technischen Richtlinie zur TKÜV zu schützen sind. Die bestehenden Schutzanforderungen gelten unabhängig davon, ob sich die entsprechende Telekommunikationsanlage im Inland oder im Ausland befindet. Auch im Falle eines Standorts im Ausland ist das vorgegebene Schutzniveau einzuhalten, um die sensiblen Daten der zu überwachenden Anschlüsse/Personen vor dem unbefugten Zugriff zu schützen.

Zu Artikel 58 und 59

Artikel 6 des Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts betreffen Folgeanpassungen im TKG. Diese beziehen sich jedoch auf das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004, das nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 außer Kraft tritt. Der Artikel wird daher aufgehoben und durch angepasste Änderungsbefehle in Artikel 59 ersetzt.

Zu Artikel 61

Die Vorgaben dieses Gesetzes, insbesondere im Bereich Kundenschutz, erzeugen einen nicht unerheblichen Umsetzungsaufwand für die Unternehmen und stellen folglich eine Belastung für diese dar. Dem wird durch die Inkrafttretensregelung in Artikel 60 Absatz 1, die ein Inkrafttreten am 1. Dezember 2021 vorsieht, so weit wie möglich Rechnung getragen. Der ursprüngliche Absatz 2, der ein Inkrafttreten des Artikels 56 am 1. Oktober 2021 vorsah, wird aufgrund der Anpassung in Absatz 1 gestrichen. Aufgrund der neuen Inkrafttretensregelung sind zudem die Artikel 55 und 56 des Regierungsentwurfs zu streichen und Artikel 1 §§ 223 und 224 anzupassen.

Absatz 2 enthält nunmehr eine gesonderte Inkrafttretensregelung für den neu aufgenommenen Artikel 58.

Absatz 3 enthält eine gesonderte Inkrafttretensregelung für Artikel 4 Nummer 4 und Artikel 59. Diese betreffen Folgeanpassungen der durch das Gesetz zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts geänderten Regelungen, die am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Berlin, den 21. April 2021

Hansjörg Durz
Berichterstatler